Jahrbuch für WIRTSCHAFTS GESCHICHTE

1988/2

Jahrbuch für WIRTSCHAFTS GESCHICHTE

AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN DER DDR
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

Unter beratender Mitarbeit von
H. Aptheker (USA), E. Hobsbawm (Großbritannien), L. Jeleček (ČSSR), J. Kuczynski (DDR), G. Mori (Italien), H. Mottek (DDR), E. Niederhauser (UVR), Z. P. Pach (UVR), J. Purš (ČSSR), Ju. A. Tichonow (UdSSR), J. Tomaszewski (VR Polen)

Redaktionskollegium
Hermann Lehmann (Chefredakteur), Ingrid Kresse (Stellv. Chefredakteur), Rudolf Berthold, Siegfried Epperlein, Renate Günther (Redakteur), Günter Hertel, Wolfgang Jonas, Parviz Khalatbari, Fedor Kretschmar (Redakteur), Thomas Kuczynski, Hans Müller, Hans-Heinrich Müller, Peter Musiolek, Helga Nussbaum, Jan Peters, Hans Radandt, Siegfried Richter, Waldtraut Schmidt, Renate Scholze (Redakteur), Alfred Schröter, Helga Schultz, Ingrid Thümmler (Redaktionssekretär)

Arbeitsgruppe Literaturkritik
Ingrid Kresse (Leiter), Hagen Fischer, Horst Handke, Hans-Heinrich Müller, Jörg Roesler, Martina Schattkowsky

Jahrbuch für WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

1988/2

Akademie-Verlag Berlin 1988

Dieser Titel wurde von Originalmanuskripten reproduziert.

ISBN 3-05-000554-8
ISSN 0075 - 2800

Anschrift der Redaktion:
DDR-1100 Berlin, Prenzlauer Promenade 149 - 152
Erschienen im Akademie-Verlag Berlin, DDR-1086 Berlin, Leipziger Str. 3 - 4
© Akademie-Verlag Berlin 1988
Lizenznummer: 202 . 100/40/88
Printed in the German Democratic Republic
Offsetdruck: VEB Kongreß- und Werbedruck, 9273 Oberlungwitz
Redaktionsschluß: 15. 9. 1987
LSV 0305
Bestellnummer: 754 8217 (2103/88/2)
01800

Inhalt

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

Jürgen Kuczynski — Die Entwicklung von Sozialstruktur und Produktivität seit 1850 — 9

Teresa Małecka — Bestrebungen zur Stabilisierung der polnischen Währung und das US-Kapital (1924 bis 1927) — 23

Lutz Werner — Thünens wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen aus seinem Hauptwerk "Der isolierte Staat" — 39

Zu Problemen der Wirtschaftsgeschichte der griechisch-römischen Antike

Jan Pečírka — Zwei Modelle der altgriechischen Wirtschaft. Der "Modernismus" bei der Interpretation der antiken Geschichte im 19. und beginnenden 20. Jh. — 61

Peter Musiolek/Hagen Fischer — Neuere Literatur zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der griechisch-römischen Antike (Moses I. Finley, Die antike Wirtschaft; Thomas Pekáry, Die Wirtschaft der griechisch-römischen Antike; Michel Austin/Pierre Vidal-Naquet, Gesellschaft und Wirtschaft im alten Griechenland; Hans-Joachim Gehrke, Jenseits von Athen und Sparta; Géza Alföldy, Römische Sozialgeschichte; Francesco de Martino, Wirtschaftsgeschichte des alten Rom; Jochen Bleicken, Verfassungs- und Sozialgeschichte des Römischen Kaiserreiches; Studien zur antiken Sozialgeschichte) — 83

LITERATURKRITIK

Jörg Roesler — Zum Umsiedlerproblem in der Wirtschafts- und Sozialpolitik der SED 1945 bis 1949/50 (Im revolutionären Kampf geschmiedet; Führende Kraft des demokratischen Neuaufbaus; Zur Wirtschaftspolitik der SED; Die SED - führende Kraft der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung /1945 - 1949/; Zur Sozialpolitik in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945 bis 1949; Heinrich Rau, Für die Arbeiter-und-Bauern-Macht; Bruno Leuschner, Ökonomie und Klassenkampf; Joachim Piskol/Christel Nehrig/Paul Trixa, Antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf dem Land /1945 - 1949/) — 109

Jaroslav Mlýnský	Eine Untersuchung über das tschechische Proletariat von 1945 bis 1948 (Ondřej Felcman, Český proletariát v boji za vítězství socialistické revoluce 1945 - 1948)	127
Karin Lehmann	Quelleneditionen zur Bankgeschichte (Office of Military Government for Germany, United States, Ermittlungen gegen die Deutsche Bank; Office of Military Government for Germany, United States, Ermittlungen gegen die Dresdner Bank)	131
Jürgen Kuczynski	Berliner Welt von 1900 bis 1914 (Dieter und Ruth Glatzer, Berliner Leben 1900 - 1914)	135
Reinhold Zilch	Geld, Waffen und Rohstoffe - die "Sehnen des Krieges" (Kathleen Burk, Britain, America and the Sinews of War 1914 - 1918)	139
Reinhold Zilch	Kontinuität im bürgerlichen Monopolverständnis (Kartelle und Kartellgesetzgebung in Praxis und Rechtsprechung vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart)	143
Gerd Henniger	Bayern auf dem Weg zur Industrialisierung (Leben und Arbeiten im Industriezeitalter)	147
Rudolf Berthold	Die Lösung der Agrarfrage und die Durchsetzung des Kapitalismus in der Landwirtschaft (Bauern und bürgerliche Revolution)	151
Barbara Pätzold	Eine Studie zum Verhältnis von Klerus und Bürgertum im Spätmittelalter (Wolfram Heitzenröder, Reichsstädte und Kirche in der Wetterau)	179
Eike Gringmuth-Dallmer	Mittelalterliche und frühneuzeitliche Siedlungsentwicklung in Moor- und Marschengebieten (Siedlungsforschung)	183
Jörg Roesler	Fertilitätstrends	191
Jörg Roesler	Wirtschaftsdynamik - Wirtschaftsrecht	192
Jörg Roesler	Geschichte des Staates und des Rechts der DDR	193
Jörg Roesler	Siegfried Suckut, Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945 - 1949	194
Jörg Roesler	Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945, Bd. 1 - 3	196

Hermann Lehmann	John Burnheim, Über Demokratie	197
Hermann Lehmann	Der Weg in die Soziale Marktwirtschaft	198
Baldur Kaulisch	Karl Erich Born, Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Deutschen Kaiserreichs (1867/71 - 1914)	200
Karin Lehmann	Manfred Pohl, Entstehung und Entwicklung des Universalbankensystems	202
Reinhold Zilch	Hans-Joachim Braun, Wirtschafts- und finanzpolitische Entscheidungsprozesse in England in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts	203
Helga Berndt	Hans-Jürgen Gerhard, Diensteinkommen der Göttinger Officianten 1750 - 1850	204
Hans-Heinrich Müller	Quellen zur Geschichte des Handwerks	206
Martina Schattkowsky	Prestations paysannes, dîmes, rente foncière et mouvement de la production agricole à l'epoque préindustrielle	207
Reinhard Schumacher	Lexikon früher Kulturen	209
Reinhard Schumacher	Memorias de historia antigua	210

BIBLIOGRAPHIE

Bibliographie wirtschaftshistorischer Literatur der DDR, 32. Lieferung (Dieter Müller) 213

Autorenverzeichnis 231

Содержание, Contents, Contenu, Sumario 233

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

Die Entwicklung von Sozialstruktur und Produktivität seit 1850

von Jürgen Kuczynski

1. Sozialstruktur

Ein Grobmodell

Das Sozialprodukt setzt sich bekanntlich aus den Leistungen der materiellen Produktion (Landwirtschaft und Industrie) und der Dienstleistungen zusammen. Der Begriff der materiellen Produktion ist einigermaßen klar. Die beste Definition der Dienstleistungen habe ich im Londoner Economist vom 23. Mai 1987 gefunden. Sie besagt: Dienstleistungen sind "die Früchte wirtschaftlicher Aktivität, die man sich nicht auf die Füße fallen lassen kann". Ich möchte sagen, daß ich sie für die einzig richtige halte.

Theoretisch! aber hat Lenin uns gelehrt, wieviel komplizierter die Praxis als die Theorie ist. Nehmen wir an, wir wollten die Sozialstruktur der Beschäftigten untersuchen. Mit Recht sagen wir, daß alle in der Industrie Beschäftigten zur Produktion gerechnet werden sollten - ganz gleich ob Hand- oder Kopfarbeiter, ganz gleich ob technischer Direktor, Ingenieur, Buchhalter, gelernter oder ungelernter Arbeiter, einschließlich der Putzfrau. Wenn aber der Fabrikdirektor die Putzarbeiten einem speziell dazu eingerichteten Betrieb übergibt, fallen die Putzfrauen aus der Produktion heraus und gelten als mit Dienstleistungen Beschäftigte.

Wenn in der Industrie Frauen arbeitslos werden, kann man sie weiter als zur Produktion gehörig rechnen - natürlich aber nicht mehr, wenn sie, ausgesteuert aus der Versicherung, die Arbeitssuche aufgeben und Hausfrauen werden. Gehen sie aber dann in einem Lande mit geregelter Prostitution auf die Straße, sind sie plötzlich im Dienstleistungsgewerbe beschäftigt.

Ist man aber nicht der **Ansicht**, daß eine wirtschaftliche Tätigkeit bezahlt werden muß, dann **gehören** zweifellos die Hausfrauen z. T. zum Dienstleistungsgewerbe; praktisch wäre dann die gesamte weibliche erwachsene Bevölkerung sowohl in den Entwicklungsländern als auch in den entwickelten kapitalistischen Ländern als auch in den sozialistischen Ländern mit Dienstleistungen beschäftigt. Überdies hätten überall in der Welt die Frauen in ihrer übergroßen Mehrheit zwei Berufe: in der Produktion (Landwirtschaft und Industrie) sowie im Dienstleistungsgewerbe. Doch müßte man überlegen, ob Kochen oder Backen nicht ein Teil der Fertigungsindustrie ist, zumal man - siehe oben - sich die Früchte dieser wirtschaftlichen Aktivität bisweilen faktisch, wenn auch versehentlich, teilweise auf die Füße fallen läßt.

Die letztere Überlegung mag überspitzt erscheinen, ist es jedoch keineswegs, wenn wir folgendes feststellen: Die amerikanische offizielle Statistik bemerkt, daß sie bei der Berechnung des Sozialprodukts stets nur das Endprodukt berücksichtigt, also z. B. nur das Brot, nicht jedoch die Produktion von Weizen zur Herstellung von Brot. Weiter wird angemerkt, daß man auch die Produktion für den Eigenverbrauch etwa durch Bauernfamilien von Heizmateria-

lien (z. B. Holz) oder die (theoretische) Miete von Eigenwohnungen, dagegen nicht Eigenreparaturen oder Eigenschneiderei berücksichtigt.[1]

Man sieht, wie kompliziert der Sektor der Dienstleistungen, wie kompliziert die Untersuchung der Sozialstruktur ist.

Dabei haben wir ein Problem, auf das schon Marx gestoßen ist, noch nicht berücksichtigt: Welche Dienstleistungen gehören so eng zur Produktion, daß man sagen muß, sie trügen mit dazu bei, das Mehrprodukt (Mehrwert) zu schaffen? Bei einem großen Teil des Transportgewerbes ist das zweifellos der Fall. Man könnte also das Dienstleistungsgewerbe in zwei große Teile gliedern: den Teil, der zur Schaffung von Mehrprodukt beiträgt, und den, der einfach von der Produktion abgezweigtes Mehrprodukt bzw. abgezweigten Mehrwert erhält.

Doch auch dabei kann es Komplikationen geben. Marx meint, daß ein Unternehmer sehr wohl einen Clown oder eine Sängerin im Betrieb auftreten lassen kann, um die Arbeiter zu intensiverer Arbeit, also zur Mehrwerterhöhung zu veranlassen - also gehören sie zur materiellen Produktion. Treten sie jedoch in einem Zirkus bzw. in einem Konzertsaal auf, dann gehören sie zweifellos zum Dienstleistungsgewerbe.

Ist es also richtig, wie es allgemein geschieht, das Transportwesen zum Dienstleistungsgewerbe zu rechnen? Und wie steht es mit den Privatautomobilen, mit denen man zur Arbeit in der Industrie fährt?

Auch folgende Überlegung scheint mir wichtig:
Die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) hat eine interessante Untersuchung gemacht, die die Dienstleistungen in solche für den Markt und solche durch den Staat (bzw. andere entsprechende Institutionen wie Gemeinden usw.) aufgliedert. Danach ergeben sich für 11 der ihr angegliederten 24 imperialistischen Staaten im Durchschnitt folgende Daten:

T a b e l l e 1

Anteil am Bruttosozialprodukt+
(in %)

Land	Produktion	Dienstleistungen für den Markt	Andere Dienstleistungen
USA	35	53	13
Niederlande	39	47	15
Kanada	38	42	20
Schweden	38	36	26
Frankreich	41	45	14
Großbritannien	42	42	16
Japan	43	47	10
BRD	45	41	14
Italien	46	40	14
Norwegen	46	40	14
Spanien	47	43	10
OECD, Durchschnitt	43	44	14

+ Da die Zahlen gerundet sind, ergibt die Summe der Prozentzahlen nicht immer 100.

Quelle:
Goods and services in OECD economies, D. Blades, OECD Economic Studies, Spring 1987,

1 Vgl. Historical Statistics of the United States, Colonial Times to 1957, U. S.

Viel erstaunlicher noch als die Unterschiede des Anteils der Produktion oder der Dienstleistungen für den Markt am Sozialprodukt sind die der Staatsleistungen. Diese sind in Schweden etwa zweieinhalbmal so hoch wie in Japan oder Spanien, wobei recht merkwürdig ist, daß das wissenschaftlich-technisch hochentwickelte Japan und das in dieser Beziehung relativ unterentwickelte Spanien die gleichen Werte aufweisen.

Den bei weitem höchsten Anteil an den Dienstleistungen für den Markt haben die Vereinigten Staaten, gefolgt von Japan und den Niederlanden, also die zwei stärksten Wirtschaftsmächte des Kapitals, gefolgt von einem ganz kleinen Land. Die drittstärkste Wirtschaftsmacht in der Welt des Kapitals, die BRD, steht in ihren Dienstleistungen für den Markt in dieser Tabelle erst an achter Stelle.

Schaltet man die staatlichen Dienstleistungen aus, so spielen Produktion und Dienstleistungen etwa die gleiche Rolle. Doch meine ich, daß diese Ausschaltung natürlich zu interessanten Überlegungen führen kann, sie jedoch nicht berechtigt ist, wenn man die Sozialstruktur einer Gesellschaft im großen und ganzen untersucht.

Und überdies haben wir einen, wie wir noch sehen werden, sehr wichtigen Faktor nicht untersucht: die Beschäftigungsstruktur in der Produktion und im Dienstleistungsgewerbe, die das Gewicht der Dienstleistungen in der Sozialstruktur wesentlich verstärkt.

D i e n s t l e i s t u n g s g e s e l l s c h a f t ?

In den USA wurde daher der Ausdruck Dienstleistungsgesellschaft geprägt - als Nachfolge der Industriegesellschaft. Die meisten Marxisten lehnen ihn ab, und mit gutem Grunde, wie wir noch sehen werden. In jedem Fall setzen aber auch sie sich sehr gründlich mit der neuen Rolle der Dienstleistungen auseinander, und zwar, weil sie sich nämlich zumeist nicht scheuen, praktisch alle in den Dienstleistungen Beschäftigten, ganz gleich ob Arbeiter oder Angestellte oder Beamte, zur Arbeiterklasse zu rechnen, um dann über den Charakter dieser so ganz anders, als sie Marx, Engels und Lenin vor Augen und definiert hatten, zusammengesetzten Arbeiterklasse hinsichtlich ihrer Ideologie und Kampfbereitschaft nachzudenken.

Es ist kein Wunder, daß der Ausdruck "Dienstleistungsgesellschaft" in den USA aufgekommen ist, da dort die Beschäftigung im Dienstleistungssektor gerade in den letzten Jahrzehnten ganz besonders stark gestiegen ist. Nach dem 10jährigen Zensus war die Entwicklung die folgende:
(Siehe Tabelle 2 auf der folgenden Seite.)

Um 1890, kurz vor dem Beginn des Stadiums des Imperialismus, begann der Prozentsatz der mit Dienstleistungen Beschäftigten den in der Industrie zu überholen - ein Vierteljahrhundert bevor die Zahl der in der Industrie Beschäftigten die der in der Landwirtschaft Beschäftigten übertraf. Man könnte versucht sein, zu sagen, daß zwischen 1900 und 1910 sich die Landwirtschaftsgesellschaft in eine Dienstleistungsgesellschaft verwandelte. Eine Gesellschaft, in der die in der Industrie Beschäftigten die qualifizierte Mehrheit stellten, hat es in den USA niemals gegeben.

Und doch sind wir der Meinung, daß man seit dem Beginn des 19. Jh., seit etwa 1820 in Großbritannien und später in allen 24 heute zur OECD gehörenden Ländern, von einer Industriegesellschaft, von entwickelten Industrieländern sprechen muß. Warum? Weil sich 1820 die erste kapitalistische Wirtschaftskrise, die Krise von 1825 in Großbritannien, zu entwickeln begann.

Department of Commerce, Bureau of the Census, Washington D. C. 1960, S. 131.

Tabelle 2

Beschäftigung nach Wirtschaftssektoren in den USA+
(in %)

Jahr	Insgesamt	Landwirtschaft	Industrie	Dienstleistungen
1850	100	64	18	19
1860	100	60	20	21
1870	100	50	25	25
1880	100	50	25	25
1890	100	43	28	29
1900	100	38	30	32
1910	100	32	32	37
1920	100	27	34	38
1930	100	22	32	47
1940	100	17	31	52
1950	100	14	31	55
1960	100	9	30	61
1970	100	5	33	62
1980	100	4	29	67

+ Landwirtschaft schließt die Forstwirtschaft mit ein, Industrie umfaßt auch Bergbau und Baugewerbe, der Rest wird als Services, als Dienstleistungen, betrachtet. Da die Zahlen gerundet sind, ergibt die Summe der Prozentzahlen nicht immer 100.

Quellen:
Berechnungen aufgrund von Historical Statistics of the United States, veröffentlicht v. US-Department of Commerce, Washington D. C. 1960, und von Statistical Abstract of the United States, laufend.

Diese Wirtschaftskrisen, die Marx so gründlich untersucht und so genau erklärt hat, brechen nämlich in der Industrie aus und bestimmen das ganze Wirtschaftsgeschehen. Es gibt keine zyklischen Krisen in der Landwirtschaft oder im Dienstleistungsgewerbe. Sie entstehen stets in der Industrie. Sie bestimmen aber den Verlauf der gesamten Wirtschaft und führen nicht nur zu Zusammenbrüchen in der Industrie, sondern auch zur Vernichtung kleiner Bauernhöfe und großer Banken oder zur rapiden Verschuldung des Staates infolge sinkender Steuereinnahmen. Sie führen zur Arbeitslosigkeit in der Industrie wie im Dienstleistungsgewerbe, sei es unter Journalisten oder Lehrern. Darum ist die kapitalistische Wirtschaft, auch wenn bis fast zwei Drittel aller Werktätigen im Dienstleistungssektor beschäftigt sind, als Industriegesellschaft zu charakterisieren.

Schon aus Tabelle 1 war ersichtlich, daß der Anteil der Wirtschaftsleistung des Dienstleistungssektors am gesamten Bruttosozialprodukt in den USA gegenwärtig rund 66 % beträgt, dem entspricht bei der Roheit der Zahlen als Anteil der im Dienstleistungssektor Beschäftigten ein sehr genauer Prozentsatz von 67 %. Und doch würden wir einen fundamentalen Fehler begehen, wenn wir uns mit dieser Feststellung begnügen würden. Betrachten wir darum die folgende Tabelle:

Tabelle 3

Sozialprodukt nach Wirtschaftssektoren in den USA+
(in %)

Jahre	Insgesamt	Landwirtschaft	Industrie	Dienstleistungen
1869 und 1879	100	20,5	21,0	58,5
1879 und 1889	100	16,1	24,2	59,7
1889 und 1899	100	17,1	25,6	57,3
1899/1908	100	16,7	26,0	57,3
1904/13	100	17,0	26,5	56,5
1909/18	100	17,7	27,3	55,0
1914/23	100	15,2	28,5	56,3
1919/28	100	12,2	29,2	58,6
1919/28	100	10,5	28,8	60,7
1929/38	100	8,5	24,0	67,5
1939/48	100	9,4	32,1	56,5
1933/41	100	8,7	30,6	60,7
1942/49	100	8,9	35,9	55,2
1950/58	100	5,6	36,2	58,2
1958/71	100	3,7	34,6	61,7
1971/75	100	3,6	32,6	63,8
1975/82	100	3,0	31,2	65,8

+ Diese Tabelle wurde in der Quelle mit Zahlen hinter dem Komma berechnet veröffentlicht, was im Grunde ganz überflüssig ist, da die Zahlen ebenso wie die der vorangehenden Tabelle viel zu ungenau sind. Man sieht das sehr deutlich an den beiden Zahlen für 1919/1928, die beide in der amtlichen Veröffentlichung zu finden sind, da diese sich auf verschiedene Zahlen stützt.

Quelle:
Siehe Tab. 2.

Bevor wir die Tabellen 2 und 3 analysieren, seien andere Berechnungen gegeben. Angus Maddison kommt für 1870 und 1979 zu folgenden Zahlen:

Tabelle 4

Beschäftigung nach Wirtschaftssektoren
(in %)

		Insgesamt	Landwirtschaft	Industrie	Dienstleistungen
USA	1870	100	50,0	24,4	25,6
	1979	100	3,5	30,7	65,8
16 Industrieländer, Durchschnitt	1870	100	48,8	27,5	23,7
	1979	100	7,5	34,5	58,0

Quelle:
Maddison, Angus, Phases of capitalist development, Oxford/New York 1982, S. 205.

Ferner hat Maddison folgende Zahlen errechnet:

T a b e l l e 5

Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des Sozialprodukts pro Beschäftigten und der Beschäftigung nach Wirtschaftssektoren in den USA und im Durchschnitt der größten kapitalistischen Industrieländer+

	1950 - 1973			1973 - 1978		
	Landwirtschaft	Industrie	Dienstleistungen	Landwirtschaft	Industrie	Dienstleistungen
	Durchschnittl. jährliche Wachstumsrate des Sozialprodukts pro Beschäftigten					
USA	5,5	2,4	1,8	1,2	0,6	0,2
6 Länder	5,8	5,2	2,6	3,4	2,8	1,6
	Durchschnittl. jährliche Wachstumsrate der Beschäftigung					
USA	-3,5	1,4	2,2	-0,3	1,0	2,9
6 Länder	-3,1	1,3	2,2	-2,3	-1,0	1,6

+ Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Japan, USA und (keineswegs zu den großen zählend) die Niederlande.

Quelle:
Maddison, Angus, Phases of capitalist development, Oxford/New York 1982, S. 117.

Die erste ganz stark auffallende Tatsache ist, daß sich, wie schon bemerkt, die Rolle des Sektors Dienstleistungen ganz stark verändert hat, wenn wir uns ansehen, wie sich die Beschäftigung dort im letzten Jahrhundert und mehr entwickelte. Sie ist enorm gestiegen. Das Gewicht der Dienstleistungen hat sich bei den Beschäftigten in den USA von 1850 bis 1910 etwa verdoppelt - daher das große Interesse von Karl Kautsky und dann Lenin an dem "Neuen Mittelstand" vor dem ersten Weltkrieg. Von 1910 bis heute hat das Gewicht sich noch einmal fast verdoppelt. Man scheint wahrlich berechtigt, von einer Dienstleistungsgesellschaft seit dem ersten Weltkrieg zu sprechen.

Und dann sehen wir uns Tabelle 3 an, und wir haben den Eindruck, daß es spätestens seit dem Ende der industriellen Revolution, zumindest in den USA, niemals eine andere als eine Dienstleistungsgesellschaft gegeben hat.

Werfen wir, bevor wir fortfahren, noch einen Blick auf eine Reihe von anderen Ländern, für die Simon Kuznets einige Zahlen zusammengestellt hat:

T a b e l l e 6

Sozialprodukt nach Wirtschaftssektoren
(in %)

Frankreich				Deutschland			
Jahr	L+	I++	D+++	Jahr	L	I	D
1789	49	18	33	1860/69	32,3	24,0	43,7
1847	44	29	27	1875/84	24,3	26,7	49,0
1892	37	32	30	1905/14	18,0	38,8	43,2
1934/38	22	40	38	1930/38	13,7	44,0	42,3
Großbritannien				Italien			
Jahr	L	I	D	Jahr	L	I	D
1895	9,7	36,9	53,4	1862/65	57,1	20,0	22,9
1911	8,0	39,3	52,7	1876/80	55,7	19,6	24,7
1930	3,8	45,4	50,8	1891/95	46,7	21,0	32,3
1934	4,1	49,3	46,6	1931/35	27,7	28,9	43,4

\+ Landwirtschaft.
++ Industrie.
+++ Dienstleistungen.

Quelle:
Economic Development and Cultural Change, Supplement to Vol. V, Nr. 4, Juli 1957, S. 68 ff.

Immer wieder muß betont werden, wie unsicher die einzelnen Zahlen sind und daß "Dienstleistungen" auch Tätigkeiten erfassen, die man nicht eigentlich als Dienstleistungen bezeichnen kann - im Falle Deutschlands sogar ausdrücklich das Handwerk.

Doch eines ist trotz aller Grobheit der Zahlen ganz klar: Während die Zahl der mit Dienstleistungen Beschäftigten im Laufe der Zeit, und ganz besonders in der Epoche des Imperialismus, rapide steigt, gilt das im allgemeinen nicht für den Anteil der Dienstleistungen am Sozialprodukt. In den USA war er schon 1869 wie 1879 ungewöhnlich hoch, kaum niedriger als 100 Jahre später. Für die meisten Industrieländer gilt das gleiche - eine Ausnahme macht Italien. Wie ist das zu erklären?

Doch zuvor noch einige Zahlen zu den entsprechenden Gestaltung der Verhältnisse in den Entwicklungsländern. B. M. Bolotin und V. L. Šejnis geben folgende Zahlen:

T a b e l l e 7

Beschäftigung nach Wirtschaftssektoren
(in %)

Jahr	Insgesamt	Landwirtschaft	Industrie	Dienstleistungen
	Alle Entwicklungsländer			
1950	100	75,8	9,2	15,0
1970	100	65,2	13,7	21,1
1985	100	54,4	15,0	30,6
	Afrika (außer Republik Südafrika)			
1950	100	83,3	6,0	10,7
1970	100	74,1	10,1	15,8
1985	100	61,6	15,8	22,6
	Lateinamerika und Karibik			
1950	100	53,7	18,8	27,5
1970	100	41,1	21,7	37,5
1985	100	30,0	23,6	46,4

Quelle:
Bolotin, S. M./Šejnis, V. L., Ėkonomika razvivajuščichsja stran v cifrach. 1950 - 1985, Moskva 1986, S. 298, zit. in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 4/1987, S. 565.

In den am schwächsten entwickelten Staaten, in Afrika, ist die Rolle der Landwirtschaft immer noch überwältigend groß, jedoch hat auch hier die Industrie nicht die Rolle der Dienstleistungen gespielt. Auf dem stärker entwickelten lateinamerikanischen Kontinent hat eine rapide Veränderung nach dem Muster der entwickelten Industrieländer stattgefunden. Die asiatischen Länder liegen in der Entwicklung ihrer Wirtschaftssektoren zwischen den beiden Extremen Afrika und Lateinamerika.

Doch nun endlich zu Versuchen der Erklärung, vor allem auch der Diskrepanz zwischen der Entwicklung des relativen Gewichts des Anteils der Dienstleistungen am Sozialprodukt und an der Beschäftigung.

Es geht doch um eine ganz groteske Entwicklung: In unseren Tabellen 2 und 3 für die USA stieg der Anteil der im Dienstleistungsgewerbe Beschäftigten von 19 auf 67 %, während der Anteil des im Dienstleistungsgewerbe hergestellten Produkts sich in etwa der gleichen Zeit von 59 auf 66 % erhöhte. Es muß also, so scheint es, ein ungeheurer relativer Rückgang der Produktivität stattgefunden haben.

Ein Teil dieser Diskrepanz ist jedoch sicherlich darauf zurückzuführen, daß in früheren Zeiten ein beachtlicher Teil des Sozialprodukts durch unbezahlte, also nicht in unserer Beschäftigungstabelle enthaltene Hausarbeit hergestellt wurde. In der Landwirtschaft (auch noch z. T. in den Städten) fiel früher auch der Einzelhandel mit solchen Produkten wie Brot, Gemüse, Kleidern usw. fort. Das heißt, die Produkte erschienen im Sozialprodukt, die mit der Produktion und die gegenwärtig mit der Verteilung des Produkts Beschäftigten fielen jedoch fort. Ferner spielte im Laufe der Zeit das produzierende - im Gegensatz zum reparierenden - Handwerk eine immer geringere Rolle. Die Produkte wurden in Fabriken hergestellt. Während man aber vom Handwerker zumeist direkt kaufte, wurden die Fabrikprodukte über den Groß- und Kleinhandel verkauft. Das Sozialprodukt konnte also theoretisch stabil bleiben, während die Beschäftigung im Dienstleistungsgewerbe ansteigen mußte.

Und wie steht es mit dem "reparierenden" Handwerk? Wenn die Wäsche im Dienstleistungsgewerbe gereinigt wird, ist das eine Reparatur, die dem Sozialprodukt nichts hinzufügt, wohl aber mehr in der Statistik erscheinende Menschen beschäftigt als zu der Zeit, in der die Wäsche zu Hause gewaschen wurde. Das gleiche gilt für das Schleifen von Scheren und Messern, ebenso für Schuhreparaturen, auch für die Reparatur von Kühlschränken, während früher deren Stelle der Eishersteller und die mit dem Vertrieb beschäftigten Eismänner, die natürlich als Industriearbeiter gezählt wurden, eingenommen hatten.

So ließen sich noch manch andere ähnliche Beispiele geben, die zur Erklärung der Diskrepanz zwischen Produkt und Beschäftigung beitragen. Doch genügen sie nicht. Wir müssen dazu noch ganz andere Faktoren anführen.

P a r a s i t i s m u s

In seiner Schrift über den Imperialismus im Kapitel "Parasitismus und Fäulnis des Kapitalismus" zitiert Lenin den englischen Politökonomen John Atkinson Hobson (von dem er mit Recht sagt, daß er "eine sehr gute und ausführliche Beschreibung der grundlegenden ökonomischen und politischen Besonderheiten des Imperialismus gibt") so:

"Die Perspektive der Aufteilung Chinas veranlaßt Hobson zu folgender ökonomischer Einschätzung: 'Der größte Teil Westeuropas könnte dann das Aussehen und den Charakter annehmen, die einige Gegenden in Süd-England, an der Riviera sowie in den von Touristen am meisten besuchten und von den reichen Leuten bewohnten Teilen Italiens und der Schweiz - bereits haben: ein Häuflein reicher Aristokraten, die Dividenden und Pensionen aus dem Fernen Osten beziehen, mit einer größeren Gruppe von Angestellten und Händlern und einer noch größeren Anzahl von Dienstboten und Arbeitern im Transportgewerbe und in den letzten Stadien der Produktion leicht verderblicher Waren; die wichtigsten Industrien wären verschwunden, die Lebensmittel und Industriefabrikate für den Massenkonsum würden als Tribut aus Asien und Afrika kommen.' 'Wir haben die Möglichkeit einer noch umfassenderen Vereinigung der westlichen Länder angedeutet, eine europäische Föderation der Großmächte, die, weit entfernt, die Sache der Weltzivilisation voranzubringen, die ungeheure Gefahr eines westlichen Parasitismus heraufbeschwören könnte: eine Gruppe fortgeschrittener Industrienationen, deren obere Klassen aus Asien und Afrika gewaltige Tribute beziehen und mit Hilfe dieser Tribute große Massen gefügigen Personals unterhalten, die nicht mehr in der Produktion von landwirtschaftlichen und industriellen Massenerzeugnissen, sondern mit persönlichen Dienstleistungen oder untergeordneter Industriearbeit unter der Kontrolle einer neuen Finanzaristokratie beschäftigt werden. Mögen diejenigen, die eine solche Theorie' (es müßte heißen: Perspektive) 'als nicht der Erwägung wert verächtlich abtun, die heutigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in jenen Bezirken Südenglands untersuchen, die schon jetzt in eine solche Lage versetzt sind, und mögen sie darüber nachdenken, welch gewaltiges Ausmaß ein derartiges System annehmen würde, wenn China der ökonomischen Herrschaft ähnlicher Gruppen von Finanziers, Investoren, von Beamten in Staat und Wirtschaft unterworfen würden, die das größte potentielle Profitreservoir, das die Welt je gekannt hat, ausschöpfen würden, um diesen Profit in Europa zu verzehren. Die Situation ist viel zu kompliziert, das Spiel der Weltkräfte viel zu unberechenbar, als daß diese oder irgendeine andere Zukunftsdeutung als einzige mit Sicherheit zutreffen müßte. Aber die Einflüsse, die den Imperialismus Westeuropas gegenwärtig beherrschen, bewegen sich in dieser Richtung, und wenn ihnen nicht Widerstand geleistet wird oder sie nicht in eine andere Richtung gedrängt werden, dann bewegen sie sich auf dieses Ziel zu.

Der Verfasser hat vollkommen recht. W ü r d e n die Kräfte des Imperialismus nicht auf Widerstand stoßen, so würden sie eben dahin führen."[2]

Und da diesen entwickelten Industrieländern außer in China und Osteuropa bisher kaum ein entsprechender Widerstand entgegengesetzt worden ist, sind diese Tendenzen bis in die Gegenwart zu beobachten.

Dienstboten, Bankangestellte, Soldaten, Beamte usw. aber sind in ihrer Mehrheit parasitäre Erscheinungen der kapitalistischen Gesellschaft (im Sozialismus sind Soldaten in dem Moment überflüssig, in dem die Welt sozialistisch geworden sein wird, ein Großteil der Beamten bzw. Regierungsangestellten wird dann ebenfalls entbehrlich sein, Hilfen im Haushalt sind heute schon stark eingeschränkt und werden mit der Entwicklung der Haushaltstechnik immer überflüssiger, Bankangestellte werden mit dem Aufhören der Geldwirtschaft verschwinden, usw.).

Das heißt, ein Hauptgrund für das rasche Wachstum der mit Dienstleistungen Beschäftigten ist der im Imperialismus beschleunigt wachsende Parasitismus.

Ein zweiter Grund ist, daß die Produktivität im Sektor Dienstleistungen nur relativ langsam steigt. Ganz entscheidend jedoch ist neben dem Parasitismus die Zusammensetzung des jeweiligen Bruttosozialprodukts: In der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion werden c + v + m zusammengerechnet, bei vielen Dienstleistungen aber handelt es sich außer der Miete praktisch nur um v + m oder gar nur um v wie etwas bei Soldaten oder Regierungsangestellten - in diesem Fall erscheinen c und m in den Lieferindustrien, bei Waffen ebenso wie bei Gebäuden. Der Beitrag von nur v, von nur Löhnen und Gehältern, zum Bruttosozialprodukt ist aber natürlich viel geringer als der von c + v + m, während er bei dem Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungsgewerbe voll in Erscheinung tritt. Daher kann der Anteil von Dienstleistungen dieser Art am Bruttosozialprodukt durchaus stabil bleiben, während der Anteil der Beschäftigten stark steigt, insbesondere wenn gleichzeitig die Produktivität pro Beschäftigten im Dienstleistungsgewerbe relativ zurückbleibt.

Das erscheint mir eine der wichtigsten Erklärungen für den großen Unterschied zwischen der relativen Stabilität des Anteils der Dienstleistungen am Bruttosozialprodukt etwa in den USA und der rapiden Steigerung des Anteils der mit Dienstleistungen Beschäftigten.

D i e q u a n t i t a t i v e R o l l e d e r I n d u s t r i e

Untersuchen wir abschließend die quantitative Rolle der Industrie innerhalb der Produktion von Gütern. Thomas Kuczynski hat aufgrund meiner Statistiken bis 1963 und danach aufgrund der UNO-Statistiken (ohne die sozialistischen Länder) folgende Zahlen (die ich zu Jahrzehnten zusammenfasse) für die materielle Produktion berechnet:

T a b e l l e 8

Anteil der Industrie an der materiellen Weltproduktion

Jahr	In %	Jahr	In %	Jahr	In %
1850 - 1859	26,6	1900 - 1910	45,1	1950 - 1959	62,9
1860 - 1869	30,8	1910 - 1919	50,2	1960 - 1969	61,3
1870 - 1879	32,9	1920 - 1929	48,5	1970 - 1979	73,9
1880 - 1889	35,3	1930 - 1939	48,2	1980 - 1983	74,1
1890 - 1899	39,8	1940 - 1949	60,0		

Quelle: Siehe folgende Seite.

2 Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Berlin 1955 ff., Bd. 22, S. 284 f.

Quelle zu Tab. 8:
Vgl. Kuczynski, Thomas, Die Entwicklung des Außenhandels während der "Größten Depression" - ein Ausnahmefall, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1/1987, Tab. 3, S. 92.

Während die Industrie bei der Schaffung des Bruttosozialprodukts niemals die erste Rolle spielte, ist ihre Bedeutung innerhalb der materiellen Produktion schnell gewachsen - jedoch auch innerhalb der Welt des Kapitals in stetem Kampf gegen die Landwirtschaft, die sie erst während des zweiten Weltkrieges vom ersten Platz innerhalb der materiellen Produktion endgültig vertrieb.

Die Gesamtstruktur der Welt des Kapitals erfordert wahrlich noch gründliche Untersuchungen, bevor wir sie nach einem ihrer drei großen Sektoren Landwirtschaft, Industrie, Dienstleistungen benennen wollen - wenn wir es überhaupt für sinnvoll halten, das zu tun. Mir genügen die Kennzeichnungen kapitalistisch und imperialistisch bzw. monopolkapitalistisch.

2. Entwicklung der Produktivität

Die Geschichte der Menschheit zeigt - mit Rückschlägen bzw. Zwischenperioden der Stagnation - im großen und ganzen eine Steigerung der Produktivkraft an. Am stärksten ist bisher die Produktivität des Menschen im Kapitalismus gestiegen. Auch in der Epoche des Imperialismus. Denn, wie es schon im "Kommunistischen Manifest" heißt: "Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente ... fortwährend zu revolutionieren."[3]

Für die Welt bzw. wichtige Länder haben wir Angaben über die Entwicklung der Produktivität, d. h. der Arbeitsleistung pro Beschäftigten seit 1840:

Tabelle 9

Entwicklung der Produktivität in der Industrie+
(1900 = 100)

Jahr	Index	Steigerung (in %)	Jahr	Index	Steigerung (in %)	Jahr	Index	Steigerung (in %)
1840 - 1849	40		1900 - 1909	110	22	1960 - 1969	362	32
1850 - 1859	45	10	1910 - 1919	133	21	1970 - 1979	503	39
1860 - 1869	55	20	1920 - 1929	155	17	1980 - 1982	588	17
1870 - 1879	70	30	1930 - 1939	197	27			
1880 - 1889	80	15	1940 - 1949	225	14			
1890 - 1899	90	10	1950 - 1959	274	22			

+ Da die Berechnungen natürlich ganz grob sind, wurden die Zahlen bis 1900 gerundet.

Quellen:
Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 37, Berlin 1967, sowie Statistical Yearbook, United Nations, laufend.

3 Marx, Karl/Engels, Friedrich, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx/Engels, Werke, Berlin 1956 ff., Bd. 4, S. 465.

Die Steigerung der Produktivität war enorm, insbesondere im letzten Vierteljahrhundert. Die Zahlen bis 1900 zeigen jedoch wohl eine übertriebene Steigerung an, da sie nur die Hauptindustrieländer, die aber stets über etwa zwei Drittel der Weltindustrie verfügten, umfassen. Umgekehrt ist die enorme Steigerung der Produktivität während der wissenschaftlich-technischen Revolution herabgedrückt, da sie die kümmerliche Entwicklung im industriellen Hauptland des Kapitalismus, in den USA, natürlich miterfaßt.

Auch beobachten wir, daß in der ganzen Zeit von 1840/49 bis 1980/82 sich die Steigerung der Arbeitsproduktivität sehr ungleichmäßig gestaltete. Sie erreichte einen Höhepunkt in den 70er Jahren des 19. Jh., der etwa dem Niveau des Beginns der wissenschaftlich-technischen Revolution in den 60er Jahren unseres Jahrhunderts entsprach.

Maddison hat auch für 16 entwickelte kapitalistische Länder einen Durchschnitt des jährlichen Wachstums der Produktivität bei der Herstellung des Bruttosozialprodukts berechnet und kommt zu folgenden Zahlen[4]:

1870 - 1913	1,6 %	1950 - 1973	4,3 %	1870 - 1979	2,4 %
1913 - 1950	1,8 %	1973 - 1979	2,7 %		

Für die Vereinigten Staaten lauten die Zahlen:

1870 - 1913	2,0 %	1950 - 1973	2,6 %	1870 - 1979	2,3 %
1913 - 1950	2,6 %	1973 - 1979	1,4 %		

Für Großbritannien lauten sie:

1870 - 1913	2,2 %	1950 - 1973	3,1 %	1870 - 1979	1,8 %
1913 - 1950	1,6 %	1973 - 1979	2,1 %		

1950 bis 1973, Jahre, die Maddison mit Recht das "goldene Zeitalter" (Golden Age) der Produktivität nennt, finden keinen Widerhall in den Vereinigten Staaten und nur einen recht beschränkten in Großbritannien, den beiden Ländern mit der höchsten Rüstungsquote - Wissenschaftler und Techniker werden auf 6 bis 9 % des Sozialprodukts konzentriert, so daß die zivile Wirtschaftsproduktivität nur relativ langsam vorwärtskommt.

Untersuchen wir nun die Produktivität in den Hauptsektoren der Wirtschaft. Zunächst nur für die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg, für die Maddison für 5 große Industriestaaten in der Welt des Kapitals plus die Niederlande folgende Zahlen gibt:

4 Maddison, Angus, Phases of capitalist development, Oxford/New York 1982, S. 96.

Tabelle 10

Produktivität nach Wirtschaftssektoren
Jährliche Wachstumsrate
(in %)

Land	1950 - 1973			1973 - 1978		
	Landwirtschaft	Industrie	Dienstleistungen	Landwirtschaft	Industrie	Dienstleistungen
Frankreich	5,6	5,2	3,0	5,4	3,5	1,8
BRD	6,3	5,6	3,0	5,0	3,3	2,8
Japan	7,3	9,5	3,6	1,2	4,4	2,1
Niederlande	5,5	5,8	2,4	4,9	3,5	2,0
Großbritannien	4,7	2,9	1,6	2,8	1,5	0,7
USA	5,5	2,4	1,8	1,2	0,6	0,2
Durchschnitt	5,8	5,2	2,6	3,4	2,8	1,6

Quelle:
Maddison, Angus, Phases of capitalist development, Oxford/New York 1982, S. 117.

Stets liegt die Steigerung der Produktivität im Sektor Dienstleistungen wesentlich unter dem Niveau der in der materiellen Produktion zu beobachtenden.

Für die Vereinigten Staaten können wir Indizes der Produktivität in Landwirtschaft und Industrie bis weit zurück berechnen.

Tabelle 11

Produktivität in Landwirtschaft und Industrie
(1900 = 100)

Jahre+	Landwirtschaft	Industrie	Jahre	Landwirtschaft	Industrie
1843 - 1848	52	34	1915 - 1921	106	127
1849 - 1858	56	37	1922 - 1933	124	187
1859 - 1867	50	41	1933 - 1941	141	237
1868 - 1878	62	58	1942 - 1945	179	280
1878 - 1885	77	72	1945 - 1959	349	372
1885 - 1897	84	86	1958 - 1971	759	546
1897 - 1908	100	104	1971 - 1975	1 187	847
1908 - 1914	97	116	1975 - 1982	1 620	1 157

+ Wenn angebracht, nach Wirtschaftszyklen gruppiert.

Bis 1900 steigt die Produktivität in der Industrie auf das 3fache, in der Landwirtschaft nur auf das Doppelte. Von 1900 bis in die 50er Jahre steigt sie nach anfänglich noch starkem Hinterherhinken der Landwirtschaft in beiden Wirtschaftssektoren etwa gleich stark. Danach eilt die Landwirtschaft der Industrie voraus. Setzen wir nun 1843/48 gleich 100, dann betrug die Steigerung bis 1975/82 in der Landwirtschaft wie in der Industrie rund das 30fache. Nach einem Hinterherhinken von (s. Tab. 11) mehr als 100 Jahren hat die Landwirtschaft die Industrie in der Produktivitätssteigerung eingeholt, und zwar innerhalb von ganz kurzer Zeit: Die große landwirtschaftliche Revolution setzte in den 40er Jahren unseres Jahrhunderts ein. Etwas später beobachten wir das gleiche in Westeuropa und darauf in einer Reihe von Entwicklungsländern.

So können wir feststellen: Von den drei Sektoren der Wirtschaft beobachten wir in den letzten 50 Jahren die schnellste Entwicklung der Produktivität in der Landwirtschaft und die langsamste im Dienstleistungsgewerbe.

Wahrlich, wir Gesellschaftswissenschaftler haben noch viel zu leisten, um die Wandlungen in der Struktur unserer Gesellschaften voll zu erfassen und zu erklären, insbesondere was die Dienstleistungen betrifft.

Bestrebungen zur Stabilisierung der polnischen Währung und das US-Kapital (1924 bis 1927)

von Teresa Małecka

1. Die Strategie Benjamin Strongs zur internationalen finanziellen Stabilisierung nach dem ersten Weltkrieg
2. Strong zu den polnischen Stabilisierungsbemühungen in den Jahren 1924/25
3. Die vorläufige Konzeption zur Stabilisierung in Polen
4. Die endgültige Konzeption zur Stabilisierung in Polen

Die Stabilisierung der polnischen Währung war eine der wichtigsten Fragen in der Regierungspolitik der Republik Polen in der ersten Hälfte der 20er Jahre. Es wurde dabei vor allem die Linie verfolgt, mit ausländischen Anleihen das Haushaltsdefizit zu beseitigen und die finanziellen Verhältnisse zu stabilisieren.[1] Die größte Hoffnung setzte Polen damals in das Kapital der Vereinigten Staaten, das als apolitisch angesehen wurde. Als es aber wegen der Isolationspolitik der Warren-G.-Harding-Regierung ausblieb, führte man angesichts der sich 1923 stark verschärfenden wirtschaftlichen und sozialpolitischen Lage Polens eine Währungsstabilisierung aus eigener Kraft durch.[2]

Nach anfänglichen Erfolgen der 1924 von Ministerpräsident und Finanzminister Władysław Grabski durchgeführten Reformen traten im Sommer 1925 erneut Währungsschwierigkeiten auf. Ähnlich wie in den vorherigen Jahren wandte man sich in erste Linie an das amerikanische Kapital. Zu entsprechenden Verhandlungen auf dem Kapitalmarkt der Vereinigten Staaten begab sich der Vizepräsident der Polnischen Bank (Bank Polski), Feliks Młynarski, in die USA. Bevor er jedoch in New York eintraf, brach der Złoty zusammen. "Der Zusammenbruch ... des Złoty", schrieb Młynarski später, "riß mir den Boden unter den Füßen weg. Wenn es nämlich schon nicht leicht gewesen war, bei der anhaltenden Stabilisierung in den Vereinigten Staaten nach Krediten Ausschau zu halten, sanken die Chancen meiner Mission nach dem Zusammenbruch des Złoty auf Null ... Unsere Kreditwürdigkeit ging von Tag zu Tag zurück."[3] Unter diesen Umständen erwies es sich als unmöglich, irgendeine Emission auf dem amerikanischen Markt zu tätigen. Im Zusammenhang damit bemühte sich Młynarski bei der amerikanischen zentralen Notenbank, der Federal Reserve Bank of New York, um einen Stützungskredit. Nach mehreren Gesprächen mit dem Vizegouverneur dieser Bank, James H. Case, der während der Abwesenheit von Gouverneur Benjamin Strong die

1 Małecka, Teresa, Bemühungen polnischer Regierungen um US-Kapital für Polens Wirtschaft in den Jahren 1919 bis 1925, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 2/1986, S. 45 - 61.
2 Näheres bei Tomaszewski, Jerzy, Stabilizacja waluty polskiej 1924 - 26, Warszawa 1961.
3 Młynarski, Feliks, Wspomnienia, Warszawa 1971, S. 235.

Bankgeschäfte leitete, konnte Młynarski einen Stützungskredit von 10 Mill. Dollar für die Polnische Bank erlangen.

Unabhängig von Młynarskis Bemühungen gelang es ferner, Kontakt zur Bank Dillon, Read and Co. aufzunehmen, die der polnischen Regierung Anfang 1925 eine Emissionsanleihe gewährte.[4] Die Verhandlungen über den Kredit zum Ausgleich des Staatshaushalts führten der Handelsrat der Gesandtschaft der Republik Polen in Washington, Kozieł-Poklewski, und der Geschäftsträger Hipolit Gliwic. Unter diesen Bedingungen aber machte Dillon, Read and Co. ihre Stellung gegenüber polnischen Behörden vom Urteil des Gouverneurs der Federal Reserve Bank of New York, Benjamin Strong, abhängig.[5] Als Gouverneur der US-Zentralbank befaßte sich Strong nämlich mit der Lösung finanzieller Probleme in der Welt, wobei er die volle Unterstützung sowohl der Washingtoner Administration als auch privater Kapitalkreise der USA genoß.

1. Die Strategie Benjamin Strongs zur finanziellen Stabilisierung nach dem ersten Weltkrieg

Das Interesse Strongs an der finanziellen Lage Europas nach dem ersten Weltkrieg entsprang dem allgemein in den USA verbreiteten Bestreben, die Interessen der expansiven amerikanischen Wirtschaft "zu sichern", was nach Überzeugung der Regierungs- und Kapitalkreise der Vereinigten Staaten eine Stabilisierung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen in Europa erforderlich machte. Eine Voraussetzung für diese Stabilisierung war die Sanierung der Währungen, die zur Wiederherstellung des Systems der Goldwährung führen sollte, die damals als vollkommenster Funktionsmechanismus der Weltwirtschaft angesehen wurde.[6]

Der Aktionsbereich Strongs hing jedoch in hohem Maße von den Beziehungen zum Gouverneur der Bank of England, Montagu Norman, ab. Norman vertrat den am besten entwickelten Kapitalmarkt der Welt, der über langjährige Traditionen und Erfahrungen in internationalen Finanzfragen verfügte. Einfluß und Kontakte der Bank of England stellten für Strong besonders anfänglich eine notwendige Brücke der Verständigung mit Europa dar.

Doch auch Norman war an der Zusammenarbeit mit der New Yorker Bank interessiert. Seit dem Krieg war die Federal Reserve Bank of New York zur zentralen Emissionseinrichtung der größten Finanzmacht der Welt geworden, die über gewaltige Kapitalreserven verfügte, was die Bank of England berücksichtigen mußte. Die Zusammenarbeit der beiden Bankiers hatte in den Jahren 1919 bis 1921 bei mehreren längeren Reisen Strongs nach Europa begonnen.[7]

4 Landau, Zbigniew, Bank Dillon, Read and Co. a Polska, in: Sprawy Międzynarodowe, Nr. 7 - 8/1960.

5 Vgl. Landau, Zbigniew/Tomaszewski, Jerzy, Kapitały obce w Polsce 1918 - 1939. Materiały i dokumenty, Warszawa 1964, S. 240, Hipolit Gliwic an Außenminister Aleksander Skrzyński, 12. 10. 1925.

6 Chandler, Lester V., Benjamin Strong. Central Banker, Washington 1958, S. 250 - 253, 266 - 168.

7 Ebenda, S. 247, 262 - 264. - Über die Außenpolitik der Zentralbanken und deren Zusammenarbeit vgl. auch Hardach, Gerd, Die Kooperation der Zentralbanken als Element der internationalen Politik 1924 - 1933, in: Konstellationen internationaler Politik 1924 - 1932. Politische und wirtschaftliche Faktoren in den Beziehungen zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten, hg. v. Gustav Schmidt, Bochum 1983, S. 48 - 64; Habedank, Heinz, Die Reichsbank in der Weimarer Republik. Zur Rolle der Zentralbank in der Politik des deutschen Imperialismus = Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte, hg. v. Jürgen Kuczynski u. Hans Mottek, Bd. 12, Ber-

Ein charakteristisches Merkmal der Strategie Strongs war die "Country-by-country"-Auffassung von der Stabilisierung. Strong war ein Feind aller Pläne, in denen die gleichzeitige Stabilisierung aller Währungen vorgesehen war; er war ein Gegner aller zu diesem Zweck einberufenen internationalen Konferenzen. Das rührte u. a. daher, daß Strong der Ansicht war, im jeweiligen Land müßten entsprechende Voraussetzungen entstehen, um die Stabilisierung einer auf Goldparität gestützten Währung zu erreichen. Zu diesen Voraussetzungen zählte er einen in vernünftigen Grenzen ausgeglichenen Staatshaushalt, eine gesunde Finanzpolitik, eine in vernünftigem Maße ausgeglichene Handelsbilanz, interne Staatsschulden, die mit dem Steueraufkommen der Bevölkerung Schritt hielten, eine auf gesunden Prinzipien basierende, gut geführte Emissionsbank und in vernünftigen Grenzen gehaltene Goldreserven bei der Emissionsbank. Die Wiederherstellung der Goldwährung betrachtete Strong nur als einen - wenn auch sehr wichtigen - Bestandteil der Stabilisierung der Wirtschaftsbeziehungen im Land selbst und auf internationaler Ebene. Daher erhielt ein Land erst dann eine Anleihe zur Erleichterung der Wiederherstellung des Goldwährungssystems, wenn es ein umfassendes, allseitiges Stabilisierungsprogramm beschloß oder zu beschließen bereit war. Wenn ein Land die von Strong vorgesehenen Bedingungen nicht erfüllte, stieß es häufig auf erhebliche Schwierigkeiten beim Erlangen irgendwelcher Anleihen auf dem internationalen Kapitalmarkt, weil die Unterstützung des Gouverneurs der Federal Reserve Bank of New York oder der Bank of England fehlte. In vielen Fällen verweigerten große Bankhäuser eine Anleihe, wenn die Zentralbank des sich darum bemühenden Landes nicht gleichzeitig einen Kredit von anderen Zentralbanken erhielt.[8]

Sowohl Strong als auch Norman waren überzeugt, daß das internationale Goldwährungssystem so schnell wie möglich wiederhergestellt werden müsse. Sie waren sich jedoch klar darüber, daß man das erst erreichen konnte, wenn sich die britische Währung wieder auf die Goldparität gründete. Die Stabilisierung der britischen Währung wurde jedoch durch das ungelöste Problem der Reparationen und Kriegsschulden erschwert. Der Gouverneur der Federal Reserve Bank war der Ansicht, daß es ohne die Regelung dieser beiden Angelegenheiten nicht möglich sei, mit der Stabilisierung Europas zu beginnen. Daher stand die Regelung der Reparationen und Kriegsschulden auch im Mittelpunkt des Interesses von Strong.[9]

lin 1981; Hogan, Michael J., Informal Entente: The Private Structure of Cooperation in Anglo-American Economic Diplomacy, 1918 - 1928, New York 1977; Müller, Helmut, Die Zentralbank - eine Nebenregierung. Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht als Politiker der Weimarer Republik, Opladen 1973; Meyer, Richard M., Banker's Diplomacy, New York 1970; Clarke, Stephen V. O., Central Bank Cooperation, 1924 - 31, New York 1967; Boyle, Andrew, Montagu Norman, London 1967.

8 Chandler, S. 285 f., Benjamin Strong an Herbert Hoover, 22. 4. 1922; vgl. auch Burk, Kathleen, Diplomacy and the Private Banker: The Case of the House of Morgan, in: Konstellationen ..., S. 25 - 40.

9 Die Wechselbeziehungen zwischen Reparationen und Kriegsschulden einerseits und der europäischen Stabilisierung andererseits stellte Strong in einem Brief an den Finanzminister der USA, Andrew William Mellon, v. 27. 5. 1924 dar (vgl. Chandler, S. 273 - 277); vgl. auch Wurm, Clemens A., Frankreich, die Reparationen und die interalliierten Schulden in den 20er Jahren = Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien, hg. v. Gerald D. Feldman, 6, Oldenburg o. J., S. 315 - 324; derselbe, Interalliierte Schulden, Reparationen - Sicherheit/Abrüstung. Die Kriegsschuldenfrage in den britisch-französischen Beziehungen 1924 - 1929, in: Konstellationen ..., S. 89 - 121; Krüger, Peter, Deutschland, die Reparationen und das internationale System in den zwanziger Jahren, in: ebenda, S. 131 - 139; Artaud, Denise, Les dettes interalliées et la reconstruction de l'Europe, in: ebenda, S. 140 - 146.

Die Annahme des Dawesplans im August 1924 und die etwas früher eingeleitete Aktion zur Konversion der Kriegsschulden der Alliierten in den USA boten die Möglichkeit, die englische Währung rasch zu stabilisieren. Die im April 1925 vorgenommene Stabilisierung des Pfund Sterling wurde von Strong und Norman als Krönung ihrer mehrjährigen gemeinsamen Bemühungen angesehen. Sie eröffnete den Weg zur Wiederherstellung der Goldparität vieler anderer Währungen innerhalb und außerhalb Europas. Anfang 1926 verfügten mehr als 30 Länder über eine stabilisierte, in Gold konvertierbare Währung. In den Jahren 1925 bis 1928 wurde unter Vermittlung der Zentralbanken eine Stabilisierung der Finanzverhältnisse in Belgien, Italien, Polen, Rumänien und Frankreich vereinbart und durchgeführt.[10] Auf diese Weise wurde die Forderung der amerikanischen Interessengruppen verwirklicht, die sich 1923 "beklagt" hatten, daß sich "die wirtschaftliche Unordnung Europas sehr schwer auf die wirtschaftliche Entwicklung der Vereinigten Staaten" auswirke.[11] Die Zusammenarbeit zwischen den Gouverneuren der Federal Reserve Bank of New York und der Bank of England verlief bis zur Stabilisierung in Polen durchaus harmonisch.

2. Strong zu den polnischen Stabilisierungsbemühungen in den Jahren 1924/25

Das Interesse Benjamin Strongs an der Stabilisierung der polnischen Währung offenbarte sich Ende 1924, d. h. nach der Durchführung der Finanz- und Währungsreformen Władysław Grabskis. Die anfänglichen Erfolge der polnischen Regierung hatten in Polen die Voraussetzungen für eine internationale Stabilisierungsaktion geschaffen. Ende 1924 zeigte sich, daß Polen ausländische Unterstützung benötigte. Zunächst wurden jedoch keinerlei Gespräche aufgenommen. Die Regierung Grabski war nämlich nicht geneigt, sich den Forderungen der Gouverneure unterzuordnen, und sie unterbreitete kein umfassendes Programm zur Stabilisierung der Wirtschaft Polens. Das hing mit dem Grundsatz Grabskis zusammen, ausländischem Kapital keine Zugeständnisse politischer oder gesamtwirtschaftlicher Art zu machen.

Der Zusammenbruch des Zloty Mitte 1925 und die dadurch hervorgerufene schwere Wirtschaftskrise bewogen die beiden Gouverneure, sich mit der Stabilisierung in Polen zu befassen. Sie war Gegenstand englisch-amerikanischer Diskussionen beim Aufenthalt Strongs in Großbritannien Ende August und Anfang September 1925. Eingehend wurde diese Frage auch mit dem Vizepräsidenten der Polnischen Bank, Feliks Młynarski, besprochen, der im September die Bank of England besuchte.[12] Damals wurde anscheinend zum erstenmal die Konzeption zur Stabilisierung der polnischen Währung formuliert, die man der polnischen Regierung vorschlug. In Gegenwart des Gouverneurs der Bank of England äußerte sich Strong gegenüber Młynarski "kritisch über die Illu-

10 Leffler, Melvyn P., The Elusive Quest. America's Pursuit of European Stability and French Security, 1919 - 1933, Chapel Hill 1979; Schuker, Stephen A., The End of French Predominance in Europe: The financial Crisis of 1924 and the Adoption of the Dawes Plan, Chapel Hill 1976; Costigliola, Frank, The Politics of Financial Stabilization. American Reconstruction Policy in Europe, 1924 - 30, Ithaca/New York 1973; Link, Werner, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921 - 1932, Düsseldorf 1970; Wandel, Eckhard, Die Bedeutung der Vereinigten Staaten für das deutsche Reparationsproblem 1924 - 1929, Tübingen 1971.

11 Archiwum Akt Nowych (AAN), Botschaft der Republik Polen in Washington (BPW), Bd. 152, Wirtschaftsbericht des polnischen Handelsrates, Hipolit Gliwic, 27. 8. 1923.

12 Młynarski betonte: "Es war offensichtlich, daß sie (Strong und Norman - T. M.) die Sache ernst nahmen, denn sie widmeten mir für das Gespräch am selben Tag fünf Stunden" (Młynarski, Wspomnienia, S. 268).

sionen Grabskis hinsichtlich der Rettung der Lage durch kleine Anleihen"; er riet, seine "große Gewogenheit gegenüber Polen" betonend, die polnische Regierung möge nicht länger zögern und beginnen, Verträge über eine Stabilisierungsanleihe zu schließen, die auf der Grundlage eines von den führenden Emissionsbanken akzeptierten Stabilisierungsplans auf mehreren ausländischen Märkten emittiert werden könnte. Dieser Vorschlag enthielt auch die Bedingungen für eine Kontrolle, von der Strong sagte, daß sie eine Form "der für den Erfolg der Stabilisierungsanleihe und des Verkaufs auf dem Markt erforderlichen Aufsicht" sei. "Notwendig ist das wegen der besonders schwierigen Lage Polens und wegen des Zwangs, den Einfluß der deutschen Propaganda auf die Weltöffentlichkeit neutralisieren zu müssen. Bei Einhaltung dieser Bedingung wird die polnische Stabilisierungsanleihe dagegen leichter Absatz finden und zugleich in dem Sinne entscheidenden Charakter annehmen, als ihr weitere langfristige und kurzfristige Kredite in einer Zahl folgen werden, die ausreicht, um die polnische Wirtschaft zu sanieren und ihr Entwicklungstempo zu beschleunigen."[13] Mit dieser Feststellung brachte Strong zugleich die Ansicht des Gouverneurs der Bank of England, Montagu Norman, zum Ausdruck.

Ebenso wie Norman war Strong Gegner einer Aufbesserung der polnischen Staatsfinanzen durch kleine Anleihen, ohne daß ein umfassendes, auf eine große internationale Stabilisierungsanleihe gestütztes Programm zur Sanierung der finanziellen Verhältnisse vorlag. Daraus resultierte seine Einstellung zum Vorschlag Clarence Dillons, der sich auf Bitten der polnischen Behörden Ende September 1925 an den Gouverneur der Federal Reserve Bank gewandt hatte, er möge bei der Gründung eines Syndikats helfen, das der Polnischen Bank einen Kredit gewähren solle. Der Gouverneur lehnte nicht nur eine direkte Beteiligung am Syndikat, sondern auch jede indirekte Unterstützung ab. Unter diesen Umständen begannen sich die Bankiers der Firma Dillon gegenüber dem geplanten Kredit für die Polnische Bank reservierter zu verhalten und erklärten Hipolit Gliwic schließlich, daß "die Firma Dillon, Read and Co. angesichts der ungeklärten Situation mit dem Garantiepakt in Locarno ... vorläufig nicht den Vorschlag machen kann, einen Kredit zu gewähren".[14]

Dieser endgültigen Antwort der Bankiers von Dillon, Read and Co. war am 6. Oktober 1925 ein langes Gespräch zwischen Dillon und Strong über die polnischen Fragen vorausgegangen. Strong hatte dabei erklärt: "Da seit der Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse von Herrn Hilton Young viel Zeit vergangen ist und sich die Umstände stark verändert haben, wäre es nützlich, einen amerikanischen Experten (nach Polen - T. M.) einzuladen, um die Lage zu untersuchen und sein entsprechendes Gutachten abzugeben. Bis dahin ... sollte man davon Abstand nehmen, sich an der Finanzierung Polens zu beteiligen."[15] Das bedeutete, alle Maßnahmen gegenüber Polen in den Händen des Gouverneurs der Federal Reserve Bank of New York zu konzentrieren und die amerikanische Unterstützung von der Haltung der polnischen Regierung abhängig zu machen. Als sich Grabski dem Rat und Stabilisierungsangebot Strongs wegen der Kontrollbedingungen widersetzte, sah Strong "die ganze Angelegenheit als erledigt" an.[16]

Das Fehlen ausländischer Unterstützung und die sich im Herbst 1925 ständig vertiefende Finanzkrise erschütterten in Polen das Vertrauen in die Regierung. Der rapide fallende Kurs der polnischen Währung, eine Folge der Ein-

13 Ebenda, S. 267 f.
14 Landau/Tomaszewski, S. 240, Gliwic an Władysław Grabski, 12. 10. 1925.
15 Ebenda, S. 241.
16 Młynarski, Wspomnienia, S. 273.

stellung der Stützungsaktion durch den Präsidenten der Polnischen Bank, Stanisław Karpiński, führte schließlich zum Sturz der Regierung Grabski.[17]

Die Nachfolger Grabskis, Ministerpräsident Aleksander Skrzyński und Jerzy Zdziechowski als Finanzminister, unternahmen erneut den Versuch, Kontakt zu Finanziers der USA aufzunehmen. Anfänglich wurde jedoch die Linie Grabskis fortgesetzt. Man bemühte sich also um eine Anleihe für die Polnische Bank und die Staatsfinanzen zur Beseitigung des Haushaltsdefizits. Genutzt wurde auch der im Oktober von Feliks Młynarski geknüpfte Kontakt zur Banker's Trust Co., die sich für eine Pacht des Polnischen Tabakmonopols interessierte, und man begann mit Verhandlungen.

Eine Vorbedingung für die Aufnahme ins einzelne gehender Verhandlungen bestand jedoch in Übereinstimmung mit der Forderung Strongs vom Oktober darin, daß die polnische Regierung einen amerikanischen Experten nach Polen einladen sollte. Die Regierung erklärte sich mit dieser Bedingung der Banker's Trust Co. einverstanden und lud im November 1925 Professor Edwin W. Kemmerer ein, den die amerikanische Seite vorgeschlagen hatte.[18] Gleichzeitig gewährte die Regierung der Firma eine dreimonatige Option für Verhandlungen über die Verpachtung des Tabakmonopols. Um die Öffentlichkeit der Vereinigten Staaten gegenüber der Republik Polen geneigter zu stimmen, tätigte Skrzyński außerdem am 15. Dezember eine Rückzahlung von 500 000 Dollar sog. Kriegsschulden.[19]

Es war jedoch bekannt, daß Strong und Norman entscheidenden Einfluß auf die Einstellung der Finanziers der USA gegenüber Polen ausübten. Wenn man also den Zustrom amerikanischen Kapitals nach Polen sichern wollte, mußte man entsprechend den Wünschen der Gouverneure vorgehen. Das war um so notwendiger, als Deutschland mit seiner sorgfältig organisierten antipolnischen Propaganda danach trachtete, die polnischen Bemühungen zu vereiteln.

Die Position Deutschlands festigte sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1925 durch die Unterzeichnung des Locarnopaktes (Oktober 1925). Da sich Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht in europäischen Wirtschaftsproblemen gut auskannte, konnte er intervenieren und Einfluß auf Fragen anderer europäischer Staaten, darunter auch Polens, ausüben. Seine persönlichen Beziehungen zum englischen Kapital ausnutzend, war der Reichsbankpräsident bemüht, seinen Einfluß dahingehend geltend zu machen, daß Norman und durch ihn Strong den deutschen Standpunkt zur polnischen Frage berücksichtigten. Das Hauptziel bestand darin, die polnische Regierung zu zwingen, als Gegenleistung für die Finanzhilfe politische Zugeständnisse zu machen. Deshalb wurde allen polnischen Bemühungen um eine Anleihe mit den verschiedensten Mitteln entgegengewirkt.[20]

17 Das Rücktrittsgesuch Grabskis wurde am 13. 11. 1925 angenommen (vgl. Karpiński, Zygmunt, Bank Polski 1924 - 1939, Warszawa 1958, S. 117; Grabski, Władysław, Dwa lata pracy u podstaw państwowości naszej 1924 - 1925, Warszawa 1927, S. 241).

18 Professor Edwin K. Kemmerer erfreute sich nämlich allgemeinen Vertrauens unter den Finanziers der USA. Vgl. AAN, Botschaft der Republik Polen in London (BPL), Bd. 641, Bl. 65, Rapport des Gesandten der Republik Polen in Washington Jan Ciechanowski, 15. 3. 1926.

19 AAN, BPW, Bd. 300, Bl. 78, Jan Ciechanowski an das polnische Außenministerium, 17. 12. 1925.

20 Pohl, Karl H., Weimars Wirtschaft und die Außenpolitik der Republik 1924 - 1926, Düsseldorf 1979; Rieckhoff, Harald v., German-Polish Relations, 1918 - 1933, Baltimore/London 1971; Lippelt, Helmut, "Politische Sanierung" Zur deutschen Politik gegenüber Polen 1925/26, in: Vierteljahrhefte für Zeitgeschichte, Bd. 19, 1971, S. 323 - 373; Ratyńska, Barbara, Stosunki polsko-niemieckie w okresie wojny gospodarczej 1919 - 1930, Warszawa 1968; Gasiorowski, Zygmunt J., Stresemann and Poland after Locarno, in: Journal of Central European Affairs, Bd. 18, 1958, S. 292 - 317.

Unter diesen Umständen entschloß man sich in polnischen Regierungskreisen, eine Stabilisierungsanleihe aufzunehmen. Da jedoch das Polen nicht gerade wohlgesinnte England im Völkerbund eine führende Stellung einnahm, wurde damals die Konzeption verworfen, sich die ausländische Unterstützung über den Finanzausschuß des Völkerbundes zu verschaffen. Dagegen wurde der Vorschlag unterbreitet, eine Anleihe, wie sie sich aus dem Dawesplan ergab, aufzunehmen. Man betrachtete eine solche Anleihe damals jedoch nicht als vordringlich. In Übereinstimmung mit der Empfehlung Kemmerers, der Ende 1925 und Anfang 1926 in Polen gewesen war, bemühte sich Finanzminister Jerzy Zdziechowski um eine Anleihe von 15 Mill. Dollar für die Polnische Bank, um Valutareserven zu schaffen und die Produktion anzukurbeln. Die Verwirklichung der Stabilisierungskonzeption setzte nämlich eine längere Vorbereitungszeit voraus. Man beschloß, zuerst den Gouverneur der Federal Reserve Bank, Benjamin Strong, für die polnische Konzeption zu gewinnen, worum sich der neue polnische Gesandte in Washington, Jan Ciechanowski, bemühte.[21]

3. Die vorläufige Konzeption zur Stabilisierung in Polen

Seiner Instruktion entsprechend, bemühte sich Jan Ciechanowski vom Beginn seiner Amtszeit an darum, mit Hilfe und durch Vermittlung Strongs die Stabilisierungsanleihe vorzubereiten. Wie schon erwähnt, bestand die Vorbedingung für die Zusammenarbeit darin, daß die Lage der polnischen Wirtschaft von einem amerikanischen Experten untersucht wurde und daß die polnische Regierung in ihrer Finanz- und Wirtschaftspolitik die Forderungen Strongs berücksichtigte. Mit der Einladung Professor Kemmerers zu einem zweiwöchigen Aufenthalt in Polen war Ende 1925 die erste Bedingung erfüllt und damit für Ciechanowski der Weg zum Arbeitszimmer des Gouverneurs der Federal Reserve Bank frei So konnte sich die polnische Regierung über Strongs Meinung zu Richtungen der Wirtschaftspolitik und einzelnen aktuellen Lösungen informieren und auf eine amerikanisch-polnische Zusammenarbeit bei der Ausarbeitung eines Rahmenplans zur Sanierung der Wirtschaft Polens hinwirken.[22]

Die positive Einstellung der Behörden der Republik Polen zu den Empfehlungen und Forderungen Strongs und die häufigen persönlichen Kontakte mit Jan Ciechanowski bewirkten ein zunehmendes Interesse des Gouverneurs an den polnischen Fragen. Es waren nur zwei Monate seit dem ersten Gespräch (im Januar 1926) mit Ciechanowski vergangen, als Strong am 12. März in Gegenwart der Vizegouverneure der Federal Reserve Bank, James H. Case und George L. Harrison, feststellte, er sei "der akkreditierte Berater des polnischen Gesandten in Washington. Nachdem er diese Rolle einmal übernommen habe, möchte er nach wie vor mein Vertrauen (das Vertrauen Ciechanowskis - T. M.) verdienen; er denke daher ständig an unsere Angelegenheiten und hege den Wunsch, sie in diesem Kreise einen Schritt voranzutreiben und möglichst zu konkretisieren." Dann betonte Strong ausdrücklich, daß er aus politischen Gründen dagegen sei, eine Kontrolle des Völkerbundes über Polen zu beschließen. Seiner Ansicht nach genüge es, wenn sich Polen damit einverstanden erkläre, einen von ihm empfohlenen ständigen Berater zu akzeptieren.[23] Noch im Dezember 1925 hatte er an Norman geschrieben: "Rehabilitation of Poland is difficult question probably needing support of various Money Markets and large measure of foreign control over series of years; therefore, I hardly

21 Program finansowy rządu, in: Czas, Nr. 285, 9. 12. 1925; Demagogia gospodarcza, in: Nasz Przegląd, Nr. 117, 28. 4. 1926; AAN, BPL, Bd. 641, Bl. 16 - 18, Jerzy Zdziechowski an die Gesandtschaft der Republik Polen in London, 17. 1. 1926.

22 AAN, BPL, Bl. 33, 35, Politischer Rapport des Gesandten der Republik Polen in Washington Jan Ciechanowski, 8. 3. 1926.

23 Ebenda, Bl. 63 - 68, ... Rapport ... Ciechanowski, 15. 3. 1926.

think we can now give advice or suggest remedy or otherwise hastly assume responsibilities."[24]

Nach den Gesprächen mit Ciechanowski entschloß sich Strong, auf seiner beabsichtigten Europareise den polnischen Finanzminister Jerzy Zdziechowski zu treffen. Bei dieser Begegnung, die im Mai in Paris stattfinden sollte, wollten Zdziechowski und Strong die Stabilisierungsanleihe und eine Zusammenarbeit mit Norman erörtern. Strong war nämlich der Ansicht: "Die amerikanischen Finanziers sind zu weit entfernt, als daß sie nur auf ihr eigenes Urteil bauen könnten. Sie kennen die europäische Frage nicht gut genug, und daher muß Gouverneur Norman zur Zusammenarbeit herangezogen werden."[25] Strong verpflichtete sich nicht nur, eine Vereinbarung mit den Engländern zu vermitteln, sondern er wollte diese auch dahingehend beeinflussen, daß sie ihren Standpunkt zur Kontrolle durch den Völkerbund änderten.[26]

Zum entscheidenden Gespräch zwischen Strong und Norman kam es noch vor dem Maiumsturz in Polen. Trotz der stärkeren Position Normans auf dem internationalen Kapitalmarkt gelang es Strong, jenen zu einer aktiven Beteiligung an einer möglichst raschen Gesundung der polnischen Währung zu bewegen. Hervorzuheben ist aber die Tatsache, daß der Gouverneur der Bank of England geneigt war, unter Umgehung des Völkerbundes nur den Plan zu akzeptieren, der eine gemeinsame Aktion aller größeren Notenbanken, darunter auch der deutschen Reichsbank, vorsah.[27]

Diese Haltung Normans entsprang u. a. der schwierigen finanziellen Lage der Bank of England und den früher eingetretenen Veränderungen im Kräfteverhältnis in Europa, durch die es zu einer deutsch-französischen Annäherung gekommen war.[28]

Die Zustimmung zur Beteiligung der Reichsbank durch den Gouverneur der Federal Reserve Bank ging auf Normans Einfluß zurück. Zuvor hatte Strong nämlich nach den Gesprächen mit Ciechanowski eine Zusammenarbeit mit Hjalmar Schacht wegen der politischen Forderungen Deutschlands ausgeschlossen.[29]

Der Stabilisierungsaktion sollte eine erneute Informationsreise Kemmerers nach Polen vorausgehen. Inzwischen kam es aber dort zu Piłsudskis Staatsstreich, durch den die Gespräche mit dem Gouverneur der Federal Reserve Bank unterbrochen wurden und so die geplante Begegnung des polnischen Finanzministers Zdziechowski mit Strong nicht zustande kam.

Der Staatsstreich beunruhigte die internationalen Kapitalkreise und vertiefte das mangelnde Vertrauen in Polen als Kreditnehmer. Vor dem neuen polnischen Kabinett stand das große Problem, das verlorene Vertrauen wieder zu festigen. Ähnlich wie seine Vorgänger betrachtete es nämlich die Realisierung von Auslandsanleihen als seine Hauptaufgabe, als Conditio sine qua non für die wirtschaftliche Entwicklung Polens. Eine ausländische Unterstützung schien unabdingbar zu sein wegen des durch den Staatsstreich hervorgerufenen

24 Federal Reserve Bank of New York (FRB NY), Harrison Collection from Columbia University, 1925, Benjamin Strong an Montagu Norman, 26. 12. 1925.
25 AAN, BPL, Bd. 641, Bl. 65, ... Rapport ... Ciechanowski, 15. 3. 1926; ebenda, Bl. 51, ... Rapport ... Ciechanowski, 10. 3. 1926; ebenda, Bl. 77 f., ... Rapport ... Ciechanowski, 29. 3. 1926.
26 Ebenda, Bl. 102, ... Rapport ... Ciechanowski, 12. 4. 1926.
27 FRB NY, C 261.1, Benjamin Strong an George L. Harrison, 15. 5. 1926 u. 29. 6. 1926.
28 Breiter bei Wurm, Clemens A., Die französische Sicherheitspolitik in der Phase der Umorientierung 1924 - 1926, Frankfurt (Main) 1979; Jacobson, Jan, Locarno Diplomacy. Germany and the West 1925 - 1929, Princeton 1972; Costigliola, Frank, Anglo-American Financial Rivalry in the 1920s, in: Journal of Economic History, 4/1977, S. 918 - 933.
29 AAN, BPL, Bd. 641, Bl. 158, ... Rapport ... Ciechanowski, 23. 6. 1926.

starken Kurssturzes des Złoty, der nicht nur erhebliche wirtschaftliche, sondern auch politische Konsequenzen heraufbeschwor. Später war die Auslandshilfe ein Ergebnis des eingeschlagenen politischen Kurses. Von Mai bis Juli 1926 ergriffen die polnischen Behörden eine Reihe von Maßnahmen, die darauf abzielten, potentielle Auslandskontrahenten davon zu überzeugen, daß man sie bevorzugt behandeln wolle.[30]

Grundlegende Bedeutung hatte - besonders für das Kapital der USA - die erneute Einladung Kemmerers nach Polen. Am 28. Mai 1926, d. h. noch vor der Diskussion über die Grundsätze der Wirtschaftspolitik der Regierung, wurde darüber positiv entschieden. Die Mission amerikanischer Experten traf bereits am 3. Juli in Warschau ein.

Während des Aufenthalts dieser Experten kam es in der Wirtschaft Polens zu zahlreichen vorteilhaften Veränderungen. Im Juli wurde erstmals der Staatshaushalt ausgeglichen. Die seit September 1925 ständig positive Handelsbilanz und die verstärkte Aktivität des Handels (u. a. begünstigt durch den Einfluß der Bergarbeiterstreiks in England auf Polens Kohleexport) trugen dazu bei, daß sich die Position des Złoty erheblich verbesserte und faktisch schon im Juli 1926 eine Stabilisierung eintrat.[31]

Die von Kemmerer geleitete Mission, die Mitte September Warschau verließ, stand also unter dem Eindruck des aus eigener Kraft von Polen erreichten Haushaltsgleichgewichts und der Währungsstabilisierung. Ihr Rapport[32] erweckte großes Interesse bei den Finanziers der USA und fand eine positive Resonanz. Gleichzeitig wurde der Rapport von amerikanischen Firmen sehr ernst genommen. Damit er jedoch zur Grundlage für Verhandlungen über eine Auslandsanleihe werden konnte, mußte die polnische Regierung auf die Empfehlungen des Rapports positiv reagieren.

Die polnische Regierung brachte ihre Einstellung in einer Note zum Ausdruck, die Kemmerer vor seiner Abreise aus Polen überreicht wurde. Berührt wurden darin die Rohstoff- und die Agrarproduktion sowie die verarbeitende Industrie in Polen, wobei das Bestreben betont wurde, die Landwirtschaft zu entwickeln und die natürlichen Ressourcen besser zu nutzen. Dann gab die Regierung die Erklärung ab, daß sie die Empfehlungen der Mission sehr ernst nehme und den Prozeß der Kartellisierung unterstütze, was zu vorteilhaften Veränderungen im organisatorischen System der Industrie und des Bankwesens führen werde.[33]

In ihrer Kreditpolitik gingen die nach dem Maiumsturz amtierenden Regierungen in Übereinstimmung mit den bereits früher von Aleksander Skrzyński aufgestellten Prinzipien von der Voraussetzung aus, daß die faktische Stabilisierung der Währung die Vorbedingung für die Aufnahme von Verhandlungen

30 Näheres bei Landau, Zbigniew, Stosunek kapitału zagranicznego do lokat w Polsce 1926, in: Przegląd Zachodni, 2/1962, S. 70 f.; derselbe, Plan stabilizacyjny. 1927 - 30. Geneza, Założenia, wyniki, Warszawa 1963, S. 42 - 88.

31 Klarner, Czesław, Dorobek czterech miesięcy. Dwie mowy programowe, Warszawa 1926, S. 12.

32 Kemmerer, Edwin W., Sprawozdania oraz zalecenia Komisji doradców finansowych ..., 3 Bde., Kraków 1926, in engl. Sprache derselbe, Republic of Poland, Reports Submitted by the Commission of the American Financial Experts ..., Warsaw 1926; vgl. AAN, BPL, Bd. 641, Bl. 150, ... Rapport ... Ciechanowski, 10. 6. 1926.

33 AAN, BPL, Bd. 641, Feliks Młynarski über seine Reise nach London und Paris, 29. 9. 1926; FRB NY, C 261.1, George L. Harrison über ein Telefonat mit Jan Ciechanowski, 5. 11. 1926.

sei.[34] Uneinig war man sich jedoch über die Art der Kredite. Es wurden Vorschläge sowohl für Investitionskredite als auch für Stabilisierungsanleihen, für eine große Anleihe oder für mehrere kleine, gemacht. Die verhältnismäßig schnell erreichte Stabilisierung des Złoty bei deutlichen Anzeichen einer lebhafteren Konjunktur bewirkte, daß Finanzminister Czesław Klarner als Befürworter eines Investitionskredits erklärte, Polen könne nicht jeden Kredit aufnehmen.[35] Damit ist u. a. die Tatsache zu erklären, daß - wie Feliks Młynarski Ende September schrieb - "die seit Mai amtierende Regierung bisher nicht beschlossen hat, sich nach einer größeren Sanierungsanleihe umzusehen".[36]

Die Ablösung des Finanzministers am 2. Oktober 1926 durch Gabriel Czechowicz bedeutete zugleich eine andere Kreditkonzeption auf der Grundlage eines Wirtschaftsprogramms, das die meisten Postulate der Kemmerer-Mission berücksichtigte. Czechowicz stellte im Oktober fest: "Wir müssen solche Bedingungen schaffen, die die Kontinuität und Planmäßigkeit unserer Arbeiten auf wirtschaftlich-finanziellem Gebiet gewährleisten. Das Ausland fürchtet Ungewißheit und Experimente am meisten. Solche unüberlegten Experimente dürfen sich in unserem Leben nicht wiederholen."[37] Das Vertrauen des Auslands sollte durch ein Gesetz zur Stabilisierung des Złoty geweckt und dazu eine Anleihe aufgenommen werden. Zuerst mußte jedoch ein allgemeiner Sanierungsplan ausgearbeitet werden, in dem die Empfehlungen der Kemmerer-Mission berücksichtigt waren. Dafür aber brauchte man ziemlich viel Zeit.

Unterdessen wurde der amerikanische Markt auf die geplante Transaktion vorbereitet. Der polnische Gesandte Jan Ciechanowski nahm Kontakt zu Dillon auf, der nach wie vor der Bankier Polens in den USA war, um die Fragen der Anleihe von 1925 und die allgemeinen Beziehungen zur Bank Dillon, Read and Co. zu regeln. Die von der Firma Dillon unternommene Intervention an der Börse führte zu einer erheblichen Kurssteigerung der polnischen Wertpapiere.[38]

Ende 1926 verstärkte sich das Interesse von US-Bankiers an Polen. Ein Angebot machte die Banker's Trust Co., mit der die polnische Regierung schon von Dezember 1925 bis März 1926 verhandelt hatte. Die Verhandlungen waren im März 1926 unterbrochen worden, da die Ergebnisse der Expertise Kemmerers abgewartet werden mußten. Tatsächlich hatte sich die Banker's Trust Co. angesichts des damals fehlenden Vertrauens des amerikanischen Kapitals in den polnischen Staat und unter dem negativen Einfluß des Gouverneurs der Bank of England auf die Finanzkreise der USA jedoch eine Finanzkontrolle ausbedungen, worauf Finanzminister Jerzy Zdziechowski nicht eingehen wollte.[39]

34 Diese Einstellung fand ihren Niederschlag in zahlreichen Äußerungen, z. B. von Czesław Klarner im Sejm, 22. 6. 1926, und von Finanzminister Gabriel Czechowicz im Sejm, 13. 11. 1926; Współpraca rządu ze sferami gospodarczymi państwa. Sprawozdania z narady Ministrów, Warszawa 1927, S. 79 - 83 (Rede von Czechowicz auf einer Wirtschaftsberatung der polnischen Regierung).

35 Klarner, Dorobek ..., S. 39 f.

36 AAN, BPL, Bd. 641, Bl. 165.

37 Współpraca rządu ..., S. 82; vgl. auch Mowa budżetowa Gabriela Czechowicza, Ministerstwo Skarbu, Warszawa 1928, S. 21.

38 AAN, BPW, Bd. 470, Bl. 24 - 27, Rapport des Handelsrates in Washington Witold Wańkowicz, 22. 12. 1926: Pogląd na sprawy finansowe polskie na rynku Stanów Zjednoczonych.

39 FRB NY, C 262.1, bzw. AAN, BPL, Bd. 641, Bl. 89, Aktennotiz für Benjamin Strong von Jan Ciechanowski, 8. 4. 1926; AAN, BPL, Bl. 39 - 41, ... Rapport ... Ciechanowski, 8. 3. 1926, über ein Gespräch mit der Banker's Trust Co. am 6. 3. 1926.

Die Expertise Kemmerers und die im Sommer 1926 erreichte Stabilisierung des Zloty bewirkten, daß der Vertreter der Banker's Trust Co. bei seinem Treffen mit Młynarski im September die Bereitschaft zum Ausdruck brachte, die Gespräche mit der polnischen Regierung wiederaufzunehmen, ohne daß er diesmal irgendeine Kontrolle erwähnte. Młynarski, der selbst eine große Stabilisierungsaktion befürwortete und die Forderungen Strongs anerkannte, entgegnete, daß die Regierung zuerst ihre Beziehungen zu Dillon regeln müsse.[40]

Nach vielen Unterredungen enthob im Dezember 1926 die polnische Regierung die Bank Dillon, Read and Co. ihrer Funktion als Bankier Polens[41] und nahm die Verhandlungen mit Banker's Trust Co. auf, deren Delegation am 3. Dezember in Warschau eintraf und eine mit der Pacht des Tabakmonopols verknüpfte Anleihe vorschlug. Nach Vorgesprächen mit dem Vizepräsidenten der US-Firma B. A. Tompkins und dem Direktor ihrer Pariser Filiale, Henri Fischer, erhielt die Banker's Trust Co. eine Option, und die Delegation verließ Polen. Wenige Tage später stellte sich jedoch heraus, daß der polnische Außenminister August Zaleski, ohne Finanzminister Gabriel Czechowicz darüber zu informieren, Kontakt zur Chase Securities Corporation und zu Blair and Co. aufgenommen hatte. Der Vertreter dieser Gruppe, Jean Monnet, kam in der zweiten Dezemberhälfte nach Warschau und bot eine Stabilisierungsanleihe an. Nach den Gesprächen mit Zaleski erhielt Monnet eine Option für die Aufnahme von Verhandlungen über einen Stabilisierungskredit. Das Angebot interessierte die polnische Regierung. Ein Hindernis bildete nun allerdings die Verpflichtung der Regierung gegenüber der Banker's Trust Co. Einen Ausweg aus dieser Situation fand Feliks Młynarski. Er schlug Monnet vor, sich mit der Banker's Trust Co. zu einigen und sie dazu zu bewegen, auf die Option zu verzichten und sich der Gruppe Monnets anzuschließen. Monnet begab sich nach New York. Im Januar 1927 traf von ihm die Nachricht ein, daß die Banker's Trust Co. als Gegenleistung für den Vorsitz in der Stabilisierungsgruppe auf ihre Option verzichtet habe. Die Gruppe schlug eine Anleihe von ca. 100 Mill. Dollar vor.[42] Es vergingen jedoch noch mehrere Monate, bevor der Vertrag unterzeichnet wurde.

4. Die endgültige Konzeption zur Stabilisierung in Polen

Ausgangspunkt für die Gespräche über die Stabilisierungsanleihe war eine Vereinbarung über die Prinzipien für die Aufstellung des Stabilisierungsplans mit den amerikanischen Finanziers. Dieser Plan bildete dann die Grundlage für die weiteren Verhandlungen über die Bedingungen der Anleihe. Im Zusammenhang mit dem internationalen Charakter der Stabilisierungsoperation mußte der Plan jedoch die Zustimmung der europäischen zentralen Notenbanken finden. Das äußere Merkmal dieser Zustimmung sollte darin bestehen, daß die führenden Banken der Welt der Polnischen Bank einen Reservekredit einräumten.

Die Verhandlungen wurden von Feliks Młynarski und Adam Krzyżanowski, Professor an der Jagiellonischen Universität, einem ausgezeichneten Finanzexper-

40 AAN, BPL, Bd. 641, Bl. 160.

41 FRB NY, Harrison Papers, Aktennotizen Harrisons über ein Gespräch mit Ciechanowski am 26. 1. 1927 und ein Gespräch mit Hayward von Dillon, Read and Co. am 28. 1. 1927, 2. 2. 1927.

42 Młynarski, Wspomnienia, S. 286 - 288; AAN, BPL, Bd. 642, Jean Monnet an August Zaleski, 18. 1. 1927; FRB NY, Harrison Papers, Aktennotiz Harrisons über ein Gespräch mit Dwight Morrow am 12. 1. 1927, 2. 2. 1927.

ten, in den USA mit dem Vertreter des Bankenkonsortiums Jean Monnet geführt. Die polnischen Delegierten waren befugt, im Namen ihrer Regierung zu handeln.

Auf dem Wege nach Amerika bemühten sie sich mit Erfolg um Unterstützung in Paris. Der Präsident der Banque de France, Emil Moreau, schaltete sich in die polnische Stabilisierungsaktion ein, was von Ministerpräsident Raymond Poincaré voll gebilligt wurde.[43] Zu schweren Differenzen zwischen Polen und den Bankiers kam es jedoch über die Form der ausländischen Kontrolle des Stabilisierungsprozesses. Von Monnet wurde die Bildung einer internationalen Kommission verlangt, womit Krzyżanowski und Młynarski nicht einverstanden sein konnten. Erst nach viertägigen Beratungen (vom 1. bis 4. März) mit Strong in Asheville, der in der Angelegenheit als Vermittler tätig wurde, unterzeichneten die Partner den Entwurf des Stabilisierungsplans, der aber noch von Warschau bestätigt werden mußte.[44]

Der Entwurf sah vor, daß der Stabilisierungsprozeß von einem amerikanischen Berater mit festem Aufenthalt in Polen während der Durchführung des Planes und einem von Zeit zu Zeit zur Lösung bestimmter Probleme in Warschau anwesenden Komitee europäischer Experten als Bankrat der Polnischen Bank überwacht werden sollte. Wie sich später zeigte, führte diese Bedingung zu ernsten Spannungen nicht nur zwischen der polnischen Regierung und dem Bankenkonsortium, sondern auch zwischen der Federal Reserve Bank of New York und den anderen Notenbanken.

Die Haltung der Federal Reserve Bank zur Stabilisierung in Polen formulierte Strong während des Treffens in Asheville. Er fühle sich imstande, die polnische Währung aus eigener Kraft zu stabilisieren, falls die anderen Zentralbanken ihre Unterstützung versagen sollten, und glaube, daß das Beispiel des amerikanischen Marktes mit der Federal Reserve Bank an der Spitze die anderen Märkte zur Mitwirkung anregen würde. Die polnische Stabilisierungsoperation sollte ein erster "test case", d. h. ein Prüfstein für den potentiellen Einfluß der US-Finanzmacht auf die Kreise der europäischen Notenbanken sein. Er schätze jedoch die Zusammenarbeit mit ihnen und sei um ihre Teilnahme an der polnischen Stabilisierungsaktion bemüht. Daher entsandte er den Vizegouverneur der Federal Reserve Bank of New Work, George L. Harrison, nach Europa, um die Standpunkte von Montagu Norman, Emil Moreau und Hjalmar Schacht zu koordinieren und eine Beteiligung dieser Bankiers an der Stabilisierung zu erzielen.[45] Gleichzeitig ersuchte er US-Behörden um ihre Zu-

43 Młynarski, Wspomnienia, S. 291 f. - Der "Wiederaufstieg Frankreichs zur Weltkapitalmacht gab Paris seine traditionelle Stellung als bedeutender internationaler Finanzmarkt zurück" (Wurm, Frankreich, die Reparationen ..., S. 328).

44 FRB NY, C 261.1 A, Federal Reserve Bank of New York "History" of Polish Stabilization Loan, 1927; Młynarski, Wspomnienia, S. 292 - 299. - Strong führte die Gespräche in Asheville inoffiziell. (Vgl. FRB NY, Harrison Papers, Aktennotiz Harrisons über ein Gespräch mit Dwight Morrow, 2. 2. 1927: "... we would at all times be glad to see representatives of our correspondents abroad an any of their problems, but ... we could not be in a position of receiving an official delegation of the Polish Government or conferring with them officially about their governmental affairs.")

45 AAN, BPL, Bd. 642, Bl. 16 - 21, ... Rapport ... Ciechanowski, 14. 3. 1927; FRB NY, Harrison Papers, Aktennotiz Harrisons, 7. 3. 1927; FRB NY, C 261.1, Strong an Harrison, 6. 3. 1927: "... we must probably be prepared to undertake our part of the business alone, even if the other banks do not join us. If they decide not to, no harm is done, at least to our own prestige."

stimmung. Die Federal Reserve Board, Finanzminister Andrew William Mellon und die staatliche Vermögensverwaltung willigten bald ein und unterstützten Harrisons Reise nach Europa.[46]

In Frankreich führte Harrison zuerst getrennte Gespräche. Emil Moreau sprach sich für die amerikanische Konzeption aus. Norman und Schacht waren dagegen. Zwischen ihren Ansichten bestand jedoch ein gewisser Unterschied. Norman bestand ab Mitte 1926 nicht mehr darauf, daß die Durchführung der Stabilisierungsaktion durch den Völkerbund erfolgen müsse. Er blieb jedoch dabei, daß dies für Polen der beste Weg sei. Er stellte damals auch keinerlei politische Bedingungen, betonte aber, daß eine weitgehende internationale Kontrolle der polnischen Wirtschaft notwenig sei.[47]

Am 3. April traf sich Harrison in Calais mit Norman, Moreau und Schacht. Alle Beteiligten sprachen sich zwar für die weitere Zusammenarbeit aus, aber die Opposition von Montagu Norman und Hjalmar Schacht nahm zu. Nochmals versuchten sie, den Völkerbund einzuschalten und die internationale Kontrolle auszubauen. Da sich Moreau dieser Konzeption mit Entschiedenheit erfolgreich widersetzte, schlug Schacht im Einvernehmen mit Norman vor, daß die Notenbanken der Polnischen Bank den Kredit gewähren und ihr volle Freiheit bei der Aufnahme der Anleihe und bei der Ausführung des Stabilisierungsplanes lassen sollten, ohne ihrerseits die Bürgschaft dafür zu übernehmen. Dieser Vorschlag hätte die Anleiheoperation der Sicherheitsgarantie durch die größten Banken der Welt beraubt, auf die sich das zunehmende Vertrauen des ausländischen Kapitals gegenüber Polen stützen sollte, und wurde deshalb von amerikanischer Seite - unterstützt von Moreau - abgelehnt. Danach wurde noch ein anderer Versuch unternommen, die Anleihe zu vereiteln. Norman und Schacht "have said finally ... that they will participate in a credit later after adoption of a plan as described in paragraph 3 if we (Federal Reserve Bank of New York - T. M.) ask them to do so. Moreau says that he will participate under either procedure but that he much prefers that of paragraph 3." Der Paragraph 3 sah vor, daß der Stabilisierungsplan vor seiner Verwirklichung von einem internationalen Expertenkomitee zu prüfen und ein internationales Schiedsorgan für den Fall zu bilden sei, daß Probleme bei der Realisierung des Planes entstehen sollten. Harrison selbst sah die Nachteile einer solchen Lösung und setzte die Diskussion fort. Trotz vieler Schwierigkeiten setzte sich die amerikanische Konzeption durch.[48]

Als die Regierung der Republik Polen am 2. Juni 1927 den Stabilisierungsplan akzeptierte, traf Strong im Einvernehmen und mit Unterstützung der Federal Reserve Board die Entscheidung, daß die Federal Reserve Bank of New York der Polnischen Bank einen Reservekredit von 20 Mrd. Dollar einräumte.[49] Am 8. Juni schrieb ihm Norman: "Without waiting to review program ... I will recommend Bank of England to accept your invitation to participate in any such credit provided similar invitation is offered to and accepted by Reichsbank as well as Bank of France."[50]

46 FRB NY, C 261.1, D. R. Crissinger, Gouverneur der Federal Reserve Board an Harrison, 16. 3. 1927: "... the Board hereby approves the action ... with the understanding that he (Harrison - T. M.) make no commitments". Vgl. auch Harrisons Aktennotizen über eine Zusammenkunft mit Finanzminister Mellon am 5. 3. 1927 und ein Telefonat mit Ciechanowski am 7. 3. 1927 (FRB NY, Harrison Papers, Aktennotizen Harrisons, 17. 3. 1927)

47 FRB NY, C 261.1, Harrisons Kabelgramm, Paris, 29. 3. 1927.

48 FRB NY, Harrison Papers, Harrison an Strong und Case, 5. 4. 1927 u. 8. 4. 1927; ebenda, Aktennotizen Harrisons über ein Gespräch mit der Banque de France, 9. 4. 1927, mit Mlynarski, 9. 4. 1927, mit Norman, 11. 4. 1927, mit Norman und Monnet 12. 4. 1927.

49 Ebenda, C 261.1, Harrison an W. P. G. Harding, 22. 6. 1927, Strong an Crissinger 19. 7. 1927.

50 FRB NY, Bank Polski Credit, Cables, Norman an Strong, 8. 6. 1927.

Bis zum 17. Juni hatten Strong und Moreau den Kredit für die Polnische Bank eingeleitet. An der Transaktion beteiligten sich außer der Federal Reserve Bank of New York 13 europäische Notenbanken.

Dieser Kredit war die Voraussetzung für die Durchführung eines umfassenden Stabilisierungsprogramms. Die Einzelheiten dieses Programms und die Bedingungen der Anleihe wurden zwischen polnischen Delegierten und Vertretern der an der Anleihe interessierten amerikanischen Banken abgesprochen. Die Verhandlungen waren schwierig und langwierig. Sowohl die Richtlinien des Stabilisierungsplans als auch die Kreditbedingungen lösten eine ganze Reihe von Kontroversen aus. Verhandelt wurde in den Vereinigten Staaten, in Paris und in Warschau, und erst am 11. Oktober 1927 kam es zu einer Einigung über die Kreditbedingungen, so daß man die Unterzeichnung der Verträge einleiten konnte.[51] Die Rechtsgrundlage für diese Verträge bildeten eine Verordnung des Präsidenten der Republik Polen, durch die die Regierung ermächtigt wurde, die Anleihe aufzunehmen, der Stabilisierungsplan sowie die Verordnung über die Stabilisierung des Zloty.[52]

Nach den Vereinbarungen erhielt die polnische Regierung eine Anleihe in Höhe von 62 Mill. Dollar und 2 Mill. Pfund Sterling, mit einem Zinssatz von 7 % und einer Tilgungsfrist bis 1947, wobei 47 Mill. Dollar auf dem amerikanischen Markt emittiert werden sollten. Banker's Trust Co. und Chase Securities Corporation übernahmen die Funktion des Bankiers der polnischen Regierung in den USA. Für die Kontrolle des Stabilisierungsplans sollte 3 Jahre lang als Vertreter der Bankiers Charles Dewey zuständig sein, der aufgrund der Modalitäten des Planes zum Finanzberater der polnischen Regierung und zum Bankrat der Polnischen Bank berufen wurde. Die Bedingungen für die Stabilisierungsanleihe wurden von den Finanziers als "zu gut" eingeschätzt. Selbst George L Harrison stellte einige Jahre später fest: "Der Preis (für die Anleihe - T. M.) war unter Berücksichtigung ihrer Verwendung, die von Natur aus keine sich unmittelbar rentierende und keine sich selbst finanzierende Verwendung war, unermeßlich hoch. Diesen hohen Anleihepreis konnte man nur zahlen, wenn man mit Vergünstigungen in Form einer weiteren Finanzierung Polens auf ausländischen Märkten und des Zustroms von Investitionen nach Polen rechnete."[53] Eine solche Bedeutung maß man der Anleihe aber in Polen bei. Das Ziel wurde leider nicht erreicht.

Die ungewöhnliche Kompliziertheit der Stabilisierung in Polen, die durch das Aufeinanderprallen unterschiedlicher politischer und wirtschaftlicher Interessen bedingt war, bewirkte, daß das Interesse der Finanzkreise der USA an einer Stabilisierung der polnischen Währung in der letzten Verhandlungsphase erheblich nachließ. Gewissen Einfluß hatte hierbei sicherlich auch die Erkrankung des Hauptverfechters der Stabilisierung in Polen, Benjamin Strongs, der 1928 starb. Gleichzeitig beeinflußten die Hindernisse und Schwierigkeiten bei den Verhandlungen, deren Abbruch und anschließende Wiederaufnahme die Auslandsmärkte nicht gerade günstig. So stieß die Anleihe, auch wenn sie den

51 Am umfassendsten ist der Verlauf der Verhandlungen über die Stabilisierungsanleihe dargestellt bei Pease, Neal, Poland, the United States and the stabilization of Europe, 1924 - 1933, phil Diss., Yale University, New Haven 1982, S. 179 - 231; vgl. auch Meyer, Banker's ..., S. 77 - 99; Dulles, John F., Polish Stabilization Plan, New York 1927; Landau, Plan stabilizacyjny ..., S. 113 - 169; Młynarski, Wspomnienia, S. 290 - 314.

52 Der Text dieser Verträge ist von John F. Dulles veröffentlicht worden: Poland. Plan of Financial Stabilization 1927. Documents Relating to the Realization of the Plan of Stabilization, New York 1928 (printed for privy distribution).

53 Bericht des Finanzberaters der Botschaft der Republik Polen in Washington über ein Gespräch mit dem Gouverneur der Federal Reserve Bank, G. L. Harrison, dem polnischen Finanzminister Jan Piłsudski vorgelegt am 8. 3. 1931, nach: Landau, Plan stabilizacyjny ..., S. 247.

Gläubigern große Vorteile sicherte, bei ihrer Verwirklichung auf ziemliche Schwierigkeiten. Der Erfolg der Anleihe in den Vereinigten Staaten, wo über 65 % des gesamten Betrags untergebracht wurden, war nur von kurzer Dauer. Schon im Dezember 1927 fiel nämlich der Kurs, und an der Börse mußte interveniert werden.

Außer auf die erwähnten Ursachen ging der Mißerfolg der Stabilisierungsaktion in Polen zu einem wesentlichen Teil auf Gründe zurück, die über Kapitalbewegungen in den USA entschieden. Eine wichtige Rolle spielte in den Kalkulationen amerikanischer Bankiers und Industrieller neben dem Gewinn das Risiko. In den 20er Jahren wurden alle Länder Mitteleuropas von den Kapitalgruppen der USA aus dieser Sicht eingeschätzt. Und kein anderer Staat dieses Gebietes schien ihnen so unruhig zu sein wie Polen. Sie scheuten das Risiko, weil sie Polen wegen dessen Außenpolitik, der politischen Konfrontation des Piłsudskilagers mit dem Parlament (Sejm) und der geographischen Lage dieses Staates zwischen der Sowjetunion und Deutschland mißtrauten. Dieses Mißtrauen wurde von europäischen Äußerungen über eine Revision der deutsch-polnischen Grenze sowie einer starken antipolnischen deutschen Propaganda vertieft.

Ungünstig wirkte sich auf die Einstellung von US-Kapitalgruppen gegenüber Polen auch die in Washington vertretene außenpolitische Linie aus. In der Europapolitik der US-Regierungen unter den von den Republikanern gestellten Präsidenten wurde Polen nicht als vollwertiger Partner angesehen, auch wenn es auf Amerikas Weg zur wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung Europas lag und so ein Interesse der US-Hochfinanz an der Stabilisierung der Verhältnisse in Polen bestand. Die Republik Polen paßte nicht ins politische Konzept der USA. Man sah in ihr mehr ein Problem, einen Gegenstand der Europapolitik als ein Subjekt, dem eine Rolle in internationalen Angelegenheiten zukam.

Aus diesen Gründen reagierten polnische Obligationen empfindlicher auf jede Verschlechterung der Emissionsbedingungen als andere vergleichbare Wertpapiere, was wiederum die Überzeugung von der geringen Rentabilität finanzieller Transaktionen mit Polen nährte. Eine Erschütterung an der New Yorker Börse reichte dafür aus, daß sich Mitte 1928 der amerikanische Emissionsmarkt den wenig attraktiven polnischen Obligationen völlig verschloß. Das wirkte sich negativ auf die Stabilisierungsaktion aus. Die großen Hoffnungen, die von den polnischen Behörden gerade in den amerikanischen Markt gesetzt wurden, hatten sich nicht erfüllt.

Thünens wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen aus seinem Hauptwerk "Der isolierte Staat"

von Lutz Werner

In den ersten beiden Dritteln des 19. Jh. entwickelte sich die Gutswirtschaft in Mecklenburg, deren Existenz durch Privilegien gesichert war, zu einem kapitalistischen Gewerbe, das jedem Kapitalanleger offenstand. Die Folgen der napoleonischen Kriege, die Kontinentalsperre, eine daraus resultierende Kreditnot sowie die Auswirkungen der Agrarkrise von etwa 1819 bis 1830 veranlaßten viele adlige Gutsherren zum Verkauf ihrer Güter. In der ersten Hälfte des 19. Jh. war es daher immer mehr Bürgerlichen möglich, in die bis dahin vorrangig dem Adel vorbehaltene Sphäre einzudringen (vgl. Tab. 1).

T a b e l l e 1

Die Zusammensetzung der Großgrundbesitzerklasse in Mecklenburg-Schwerin (1793 bis 1863)

Jahr	Adlige Großgrundbesitzer	Bürgerliche Großgrundbesitzer
1793	300	111
1828	292	225
1840	280	279
1857	301	319
1863	301	320

Quellen:

Boll, Ernst, Geschichte Mecklenburgs mit besonderer Berücksichtigung der Kulturgeschichte, Bd. 2, Neubrandenburg 1856, S. 323; Großherzoglich-Mecklenburg-Schwerinscher Staatskalender, Schwerin 1828; ebenda, Schwerin 1840; ebenda, Schwerin 1857 (Ritterschaftliche Ämter); Mecklenburgische Vaterlandskunde, T. 2, hg. v. Wilhelm Raabe, Wismar/Ludwigslust 1863, S. 120 f.

Es gelang dem Adel allerdings, den sehr großen Gutsbesitz bzw. den Besitz ganzer Gutskomplexe weiterhin in seiner Hand zu konzentrieren. Um 1860 gab es in den zwei Großherzogtümern Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz 334 adlige und hochadlige Rittergutsbesitzer mit 494 Hauptgütern, die insgesamt 2 345 Hufen umfaßten, sowie 339 bürgerliche Großgrundbesitzer mit 388 Hauptgütern und 1 152 Hufen.[1] So hatte jeder adlige Besitzer durchschnittlich 1,5 Güter mit einer Größe von 4,8 Hufen gegenüber 1,14 Gütern mit einer Durchschnittsgröße von 3 Hufen pro bürgerlichem Besitzer. Es kam zu einer Formierung der mecklenburgischen Rittergutsbesitzerklasse auf kapitalistischer Basis, einem mehrere Jahrzehnte andauernden sozialökonomischen

1 Mecklenburgische Vaterlandskunde, T. 2, hg. v. Wilhelm Raabe, Wismar/Ludwigslust 1863, S. 120 f.

und politischen Konstituierungsprozeß der agrarkapitalistischen Elemente im gutswirtschaftlichen Sektor der mecklenburgischen Landwirtschaft.

Der Besitz eines der etwa 1 100 privilegierten Rittergüter[2] in den durch eine gemeinsame spätfeudale Ständeverfassung politisch verbundenen mecklenburgischen Großherzogtümern Schwerin und Strelitz bot seinem Bewirtschafter eine Reihe bedeutender direkter und indirekter Vorteile bei der Verwertung des agrikolen Kapitals: das Recht der persönlichen Landstandschaft, d. h. die Einflußnahme auf wirtschafts-, sozial- und agrarpolitische Fragen, die faktische Zoll- und Steuerfreiheit beim Brauerei- und Brennereibetrieb sowie beim Export der Gutsprodukte und beim Direktbezug ausländischer (d. h. nichtmecklenburgischer) Waren, Patrimonialgerichtsbarkeit, Polizeigewalt und Patronatsrecht u. a. m.[3] Die Leibeigenschaft wurde in Mecklenburg erst schrittweise in den Jahren 1821 bis 1824 aufgehoben. Der durch das Ausbleiben der industriellen Revolution in der ersten Hälfte des 19. Jh. hervorgerufene Massenpauperismus und die spätfeudale Staats- und Rechtsverfassung in Mecklenburg, deren Merkmale u. a. in der Aufrechterhaltung der Zunftverfassung, fehlender Gewerbefreiheit und Freizügigkeit, der ökonomischen Absperrung von Stadt und Land sowie einer extrem inhumanen Armen- und Heimatgesetzgebung bestanden, hielt die Tagelöhner der Ritter- und Domanialgüter weiterhin in einer bereits von den Zeitgenossen kritisierten faktischen Hörigkeit.[4]

Der bekannte bürgerliche Musterlandwirt und Agrarwissenschaftler Johann Heinrich von Thünen[5] wirtschaftete von 1810 bis 1850 auf einem dieser mecklenburgischen Rittergüter, dem in der Nähe von Teterow gelegenen, 465 ha großen Lehngut Tellow. Im Unterschied zur Mehrzahl seiner Berufs- und Klassengenossen in Mecklenburg, die durch eine Kombination der quasifeudalen Privilegierung ihrer Rittergüter mit modernen kapitalistischen Produktionsmethoden zu einer Optimierung des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses gelangen wollten, lehnte der an den zeitgenössischen Ideen der Nationalökonomie und Agrarwissenschaft geschulte Thünen derartige, langfristig perspektivlose Vorstellungen ab. Seine wirtschaftspolitische Konzeption zielte, unter Berücksichtigung der wechselseitigen Bedingtheit von Industrie und Landwirt-

2 In Tab. 1 fand die Zahl der ritterschaftlichen Güter, die Klöstern, Stiftungen, Städten u. a. Einrichtungen gehörten, keine Berücksichtigung.

3 Vgl. Lengerke, Alexander v., Darstellung der Landwirtschaft in den Großherzogtümern Mecklenburg, Bd. 1, Königsberg 1831, S. 92 ff.

4 Vgl. Boll, Ernst, Geschichte Mecklenburgs mit besonderer Berücksichtigung der Kulturgeschichte, Bd. 2, Neubrandenburg 1856, S. 607 f.

5 Einen umfassenden Überblick über Leben und Werk Thünens vermitteln aus marxistisch-leninistischer Sicht die Materialien des interdisziplinären Thünen-Symposiums 1983. Vgl. Thünen-Bibliographie, hg. im Auftrag des Rektors aus Anlaß des 200. Geburtstages von Johann Heinrich v. Thünen (1783 - 1850), zusammengest. u. bearb. v. Elfriede Rohde u. Lutz Werner unter Mitarb. v. Jürgen Seemann = Veröffentlichungen der Universitätsbibliothek, 66, Rostock 1982; Thünen-Symposium, veranstaltet von der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR und der Historiker-Gesellschaft der DDR vom 22. - 24. 6. 1983 in Rostock anläßlich des 200. Geburtstages von Johann Heinrich v. Thünen (1783 - 1850), Referate, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock (WZ Rostock). Naturwiss. Reihe, 1 - 2/1984; Heitz, Gerhard/Werner, Lutz, Zum 200. Geburtstag Johann Heinrich von Thünens. Thünens Werk und Wirkung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (JWG), 2/1984, S. 55 ff.; dieselben, Johann Heinrich von Thünen (1783 bis 1850). Leben, Werk und Wirken aus marxistischer Sicht, in: ebenda, S. 65 ff.; Berthold, Rudolf, Thünen im Lichte der DDR-Forschung, in: ebenda, S. 81 ff.; Lehmann, Hermann, Thünens Platz in der Geschichte der politischen Ökonomie, in: ebenda, S. 93 ff.

schaft, auf eine gewerblich-industrielle Entwicklung in Mecklenburg, die der vorrangig exportorientierten einheimischen Gutswirtschaft einen aufnahmefähigen Markt im Lande selbst schaffen sollte. Mit dieser weitgehenden agrar- und wirtschaftspolitischen Konzeption, die sich wie ein roter Faden durch Thünens Hauptwerk[6] sowie eine Vielzahl seiner Schriften[7] zieht, nahm der progressive bürgerliche[8] Wirtschaftswissenschaftler in der mecklenburgischen Rittergutsbesitzerklasse eine Ausnahmeposition ein. Aufgrund der eigenen ökonomischen Situation stand die Entwicklung der kapitalistischen Gutswirtschaft daher im Mittelpunkt seines Interesses. Von der Forschung weitgehend unbeachtet blieb bisher jedoch, daß Thünen seine Aufmerksamkeit sehr wohl auch den übrigen Bereichen der sich entwickelnden kapitalistischen Landwirtschaft, der bäuerlichen Wirtschaft und dem in Mecklenburg wichtigen Sektor der städtischen Agrarproduktion zuwandte. Diese Arbeiten Thünens und seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen zur Überwindung der spätfeudalen Zoll- und Steuerverhältnisse in Mecklenburg verweisen nachhaltig darauf, daß der Verfasser des Werkes "Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie" die in seinem Hauptwerk entwickelten Lehren schöpferisch auf den gesamten Sektor der sich herausbildenden kapitalistischen Landwirtschaft angewandt sehen wollte. Auf diesen bislang wenig beachteten Sachverhalt machte Rudolf Berthold bereits im Jahre 1983 ausdrücklich aufmerksam. Er führte u. a. aus: "Für eine Minderheit von kapitalistischen Junkerwirtschaften führte Thünen seine Untersuchungen nicht durch. ... Seine Forschungen betrafen im engeren Sinne den kapitalistischen Sektor der damaligen Landwirtschaft und seine allgemeinen Aussagen die gesamte Landwirtschaft. Als er sein Hauptwerk konzipierte und niederzuschreiben begann, befand sich das kapitalistische System erst in seinem Anfangsstadium. ... Es zeugt von der Genialität Thünens, daß er in der Frühphase des Kapitalismus wesentliche ökonomische Probleme desselben in der Landwirtschaft erkannte und richtige Antworten auf eine Fülle neuer Fragen fand".[9]

Als Thünen im Juni 1826 nach mehr als 20jähriger intensiver Forschungsarbeit in der Hamburger Filiale des Verlagshauses Friedrich Perthes sein Werk[10] "Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie oder Untersuchungen über den Einfluß, den die Getreidepreise, der Reichtum des Bodens und die Abgaben auf den Ackerbau ausüben" veröffentlichte, war aus der Sicht der Agrarökonomie in der Tat eine neue Zeit angebrochen. In diesem für seine agrarökonomischen Auffassungen[11] relevanten Buch, das seit

6 Vgl. Thünen, Johann Heinrich v., Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie, hg. v. Hermann Schumacher, 3. Aufl. Berlin 1875.

7 Vgl. Thünen-Bibliographie, S. 7 ff. - Vor allem Thünens mannigfaltige Arbeiten in den "Neuen Annalen der Mecklenburgischen Landwirtschaftsgesellschaft" und den "Auszügen aus den Distriktsprotokollen und Berichten des Mecklenburgischen Patriotischen Vereins" aus den Jahren 1813 - 1850 sind in dieser Beziehung interessant.

8 Thünen lehnte den Adelsstand ab. Vgl. Lehsten, Gustav v., Der Adel Mecklenburgs seit dem Landesgrundgesetzlichen Erbvergleiche (1755), Rostock 1864, S. 268; Masch, Gottlieb Matthias Carl, Mecklenburger Adel, Schwerin 1858, S. 12.

9 Berthold, S. 90 f.

10 In dem vorliegenden Aufsatz wird mit der 3teiligen Gesamtausgabe von 1875 gearbeitet (vgl. Anm. 6). Diese Ausgabe enthält z. T. Material, das von Thünens Biographen Schumacher nach dessen Tod im Jahre 1850 veröffentlicht wurde.

11 Die folgenden Ausführungen zu Thünens Stellung in der bürgerlichen Agrarökonomie basieren auf den älteren Arbeiten von Asmus Petersen, die sich durch eine detaillierte Werk- und Archivkenntnis auszeichnen, sowie vor allem auf den Ergebnissen des interdisziplinären Thünen-Symposiums 1983. Vgl. Petersen, Asmus, Thünens Isolierter Staat. Die Landwirtschaft

der Nachauflage im Jahre 1842 als erster Teil des "Isolierten Staates" gezählt wird, griff Thünen erstmals jene drängenden Probleme auf, die sich im Bereich der Agrarökonomie durch die kapitalistische Entwicklung der Landwirtschaft auf dem "preußischen Wege" ergaben. Ökonomische Kategorien, wie Lohn, Preis, Profit sowie betriebswirtschaftliche Berechnungen über Transportkosten, Investitionen und Rentabilität, die für den mit frondienstleistenden Leibeigenen produzierenden Feudalherrn keine Rolle spielten, bestimmten jetzt letztlich das wirtschaftliche Ergebnis des Gutsbetriebes. Die neu in den Großgrundbesitz einströmenden bürgerlichen Kräfte,[12] zu denen auch Thünen gehörte, wirkten als konsequente Exponenten des kapitalistischen Fortschritts erfolgreich bei der Entwicklung der agraren Produktivkräfte und der Landwirtschaftswissenschaften.

Die Agrarkrise in den 20er Jahren des 19. Jh. machte das Wirken der neuen ökonomischen Gesetze des Kapitalismus den Betroffenen besonders spürbar. Das Getreide, Hauptexportprodukt der mecklenburgischen und preußischen Gutswirtschaften nach England, wurde für längere Zeit infolge der protektionistischen Politik des Inselkönigreiches faktisch nicht absetzbar. Der schwach entwickelte Markt in den nordostdeutschen Agrarüberschußgebieten konnte derartige Mengen Getreide nicht aufnehmen. Der Marktpreis für Getreide sank unter den Produktionspreis. In dieser kritischen betriebswirtschaftlichen Situation versuchte Thünen, den komplizierten agrarökonomischen Zusammenhängen in der Landwirtschaft nachzuspüren und zur Lösung eines Problems beizutragen, das ihn seit seiner Jugend beschäftigte. Thünen, der die Grundidee des "Isolierten Staates" bereits 1802 als jugendlicher Eleve bei Lukas Andreas Staudinger unter dem Eindruck der Wirkungen des großen Konsumtionszentrums Hamburg auf das agrarische Umland aufgegriffen hatte,[13] erfüllte damit eine zeitgenössische Anforderung an die sich herausbildende kapitalistische Agrarökonomie. Nachdem Thünens Lehrer Albrecht Daniel Thaer um die Jahrhundertwende, zu Beginn der kapitalistischen Agrarumwälzung, unter Einbeziehung der Ökonomie das landwirtschaftliche Wissen seiner Zeit zusammengefaßt, systematisiert und damit den Grundstein für eine bürgerliche Agrarwissenschaft gelegt hatte, begründete Thünen mit seinen Untersuchungen im "Isolierten Staat" die selbständige agrarökonomische Forschung in Deutschland. Damit leistete er, wissenschaftshistorisch gesehen, einen hervorragenden Beitrag zur Herausbildung selbständiger wissenschaftlicher Disziplinen im System der Agrarwissenschaften.[14]

Die tragende Idee dieses Werkes fußt auf folgendem Modell: "Man denke sich eine sehr große Stadt in der Mitte einer fruchtbaren Ebene gelegen, die von

als Glied der Volkswirtschaft, Berlin 1944; derselbe, Landwirtschaftliche Betriebslehre. Johann Heinrich v. Thünen/Friedrich Aereboe, in: Männer, die Nahrung schufen, hg. v. Otto Keune, Hannover 1952; derselbe, Thünen als Agrarökonom, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 10, Stuttgart 1959; Gussek, Karl-Diether/Jannermann, Gerhard, Thünens für die bürgerliche Ökonomik der landwirtschaftlichen Produktion bahnbrechende theoretisch-methodologische und methodische Arbeitsweise, in: WZ Rostock. Naturwiss. Reihe, 1 - 2/1984, S. 25 ff.

12 Bürgerliche Elemente dominierten auch unter den Pächtern ritterschaftlicher und domanialer Gutshöfe. Die Pachtverhältnisse mecklenburgischer Rittergüter sind aus den zeitgenössischen gedruckten Quellen nicht nachvollziehbar; die 253 domanialen Pachthöfe in Mecklenburg-Schwerin waren an bürgerliche Pächter verpachtet. Vgl. Großherzoglich-Mecklenburg-Schwerinscher Staatskalender, T. 2, Schwerin 1857, S. 4 ff., 67.

13 Vgl. Thünen, Johann Heinrich v., Die Beschreibung der Landwirtschaft in dem Dorfe Groß-Flottbek bei Hamburg, veröff. durch Richard Ehrenberg, in: Thünen-Archiv. Organ für exakte Wirtschaftsforschung, Bd. 1, Rostock 1906, S. 97 ff.

14 Vgl. Berthold, S. 91.

keinem schiffbaren Flusse oder Kanal durchströmt wird. Die Ebene selbst bestehe aus einem durchaus gleichen Boden, der überall der Kultur fähig ist. In großer Entfernung von der Stadt endige sich die Ebene in eine unkultivierte Wildnis, wodurch dieser Staat von der übrigen Welt gänzlich getrennt wird. Die Ebene enthalte weiter keine Städte, als die eine große Stadt, und diese muß also alle Produkte des Kunstfleißes für das Land liefern, so wie die Stadt einzig von der sie umgebenden Landfläche mit Lebensmitteln versorgt werden kann. ... Es entsteht nun die Frage: wie wird sich unter diesen Verhältnissen der Ackerbau gestalten, und wie wird die größere oder geringere Entfernung von der Stadt auf den Landbau einwirken, wenn dieser mit der höchsten Konsequenz betrieben wird?"[15] Thünen stellte mit dieser Abstraktion erstmalig eindeutig die Frage nach dem Einfluß des Weltmarktes bzw. des Weltmarktpreises auf ein bestimmtes Agrarprodukt, hier auf das Getreide, auf die Gestaltung der landwirtschaftlichen Produktion. Wie aus vielen Ausführungen Thünens ersichtlich wird, betrachtete er im konkreten Zusammenhang den Londoner Getreidemarkt, der als wichtigstes Konsumtionszentrum den Getreidepreis in der ersten Hälfte des 19. Jh. in Europa normierte, als "die Stadt". Von dieser Voraussetzung ausgehend, untersuchte Thünen die Relationen seines Gutes Tellow in verschiedenen Verkehrslagen zum mecklenburgischen Getreideexporthafen Rostock, dessen Marktpreis von London her bestimmt wurde.

Thünen stellte mit seinen Untersuchungen im "Isolierten Staat" eine glänzende Betrachtung der entscheidenden Faktoren an, die die Betriebsorganisation agrarkapitalistischer Betriebe beeinflußten. Dabei bediente er sich einer abstrakt-isolierenden Methode, d. h., er betrachtete nacheinander die Wirkung einzelner Faktoren bei Konstanz der übrigen Faktoren, um dann ihre Wechselwirkung zu beurteilen. In seine Untersuchungen bezog er nahezu alle auf einen agrarkapitalistischen Betrieb einwirkenden Standortfaktoren ein: unterschiedliche Marktpreise des Getreides, Loco-Hofpreise des Getreides, d. h. die ökonomische Entfernung vom Markt, die Transportfähigkeit der Produkte, die unterschiedliche Bodenfruchtbarkeit, die Höhe der Marktproduktion, die innere Verkehrslage des Betriebes, die unterschiedliche Intensität der Wirtschaftszweige im Betrieb, Nachfrage, Bevölkerungsdichte, den Entwicklungsstand der agraren Produktivkräfte, Produktionsmittelpreise, die Verbilligung des Transportes durch die Schiffahrt, die Infrastruktur des Gebietes zwischen Erzeuger und Markt, Möglichkeiten der gewerblichen Weiterverarbeitung von Agrarprodukten im Betrieb selbst, züchterische Kenntnisse und Perspektiven, die Entwicklung der Weltmarktbedingungen, unterschiedlichen Düngerbedarf, Schädlingseinflüsse als natürlicher Risikofaktor, die Wechselwirkung von Agrar- und Industrieproduktion durch die Standortbestimmung industrieller Weiterverarbeitung außerhalb des Agrarbetriebes, Probleme der Zoll-, Steuer- und Handelspolitik, die Form der Ackerstücke, Oberflächengestaltung, Steingehalt des Bodens, den Zustand der Gebäude, den Wechsel ertragreicher und ertragarmer Jahre sowie die Berücksichtigung des Zeitfaktors bei der Reaktion auf sich verändernde Bedingungen.

Nicht alle genannten Faktoren untersuchte Thünen in gleichem Umfang. Sein eigentlicher Ausgangspunkt war die Wirkung des Getreidepreises auf den landwirtschaftlichen Betrieb, vorrangig die Untersuchung des Faktors Transportkosten entsprechend der Verkehrslage des landwirtschaftlichen Betriebes.

Seine Aufmerksamkeit galt der volkswirtschaftlichen Fragestellung: Wie werden die Preise reguliert? Thünens unmittelbare, praktische Zielstellung wurde durch die komplizierte ökonomische Situation der Entstehungszeit des "Isolierten Staates" geprägt. In diesem Zusammenhang ging es ihm vor allem darum, sich und seinen Berufsgenossen zu verdeutlichen, wie durch die Wahl des Ackerbausystems das Verhältnis von Marktpreis, Transportkosten und individuellen Selbstkosten zur Erzielung einer maximalen Landrente beeinflußt werden kann.

15 Thünen, Der isolierte Staat ..., Bd. 1, S. 1 f.

Da er unmittelbar mit der Praxis verbunden war, enthalten diese Untersuchungen mit seinen umfangreichen bodenstatischen Forschungsarbeiten auch eine naturwissenschaftliche Komponente. Basierend auf der Humustheorie Thaers, suchten die Bodenstatiker nach einem Gleichgewicht zwischen Nährstoffentzug und Humuszufuhr. Naturwissenschaftliche und ökonomische Aspekte miteinander verknüpfend, versuchte Thünen, im "Isolierten Staat" und in anderen Arbeiten nachzuweisen, daß es für den Landwirt sinnvoll sei, in Zeiten niedriger Agrarpreise einen Humusvorrat im Boden zu schaffen, der dann unter konjunkturell günstigen Bedingungen durch vermehrte Getreidesaaten hohe Profite bringen würde.

Mit Hilfe seiner Abstraktion war Thünen in der Lage, die erste verkehrsökonomisch begründete Intensitäts- und Standorttheorie in der Geschichte der kapitalistischen Agrarökonomie abzuleiten. Er arbeitete richtig heraus, daß verschiedene Verkehrslagen, d. h. unterschiedliche Transportkosten je Getreideeinheit des zu verfrachtenden Agrarproduktes, durchaus mannigfaltige Nutzungssysteme mit differenzierten Intensitätsgraden erfordern. Den unmittelbaren Anlaß zu diesen Darlegungen bildete Thünens Auseinandersetzung mit seinem Lehrer Thaer. Beeindruckt von der günstigen Fruchtfolgegestaltung und der hohen Rohertragsfähigkeit, hatte Thaer in seinen Hauptwerken die Anwendung der kapital- und arbeitsintensiven englischen Fruchtwechselwirtschaft in breitem Umfang empfohlen, ohne dabei in jedem Fall die betriebswirtschaftlichen Gegebenheiten genügend zu berücksichtigen.

Im einzelnen untergliederte Thünen sein Intensitäts- und Standortmodell im "Isolierten Staat" in 6 landwirtschaftliche Produktionskreise, in denen entsprechend der Höhe der Transportkosten verschiedene Produkte mit unterschiedlicher Intensität rentabel erzeugt werden können: Den ersten Kreis bildete die "Freie Wirtschaft", d. h. eine Kombination von Gartenbau, Milchwirtschaft und hochintensivem Ackerbau. Die Höhe der erwirtschafteten Renten und Profite von diesen Produkten, die z. T. keinen langen Transportweg vertragen, verwies alle übrigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse in verkehrsfernere Marktlagen. Als zweiter Kreis schloß sich die extensive Forstwirtschaft zur Gewinnung von Brenn- und Bauholz an. Dieser Bruch in der Intensitätskette, die sich ausschließlich an den Erfordernissen eines Konsumtionszentrums orientierte, hatte unter den Transportbedingungen des "Isolierten Staates" - Wagentransport über unbefestigte Landstraßen zu Beginn des 19. Jh. - durchaus seine Berechtigung. Mit abnehmender Intensität folgten dann die damals gebräuchlichen Systeme der Getreideproduktion: die kapital- und arbeitsintensive Fruchtwechselwirtschaft mit hohen Betriebskosten, die daher nicht in der Lage war, zusätzliche Transportkosten zu tragen; die minder intensive Koppelwirtschaft und endlich die mit einem geringen Aufwand an variablem und konstantem Kapital arbeitende Dreifelderwirtschaft mit ihren nur niedrigen Roherträgen, die aber aufgrund ihrer geringen Betriebskosten je Gewichtseinheit ab Hof auch noch bei relativ hohen Transportkosten Reinerträge erzielte. Der sechste Kreis sollte der Viehhaltung und Viehzucht vorbehalten bleiben, einem vorwiegend extensiven Landwirtschaftszweig. Allerdings kommt es nun in Thünens Darstellung erneut zu einem Bruch in der abfallenden Intensitätskette. Im inneren Teil des Kreises mit vorwiegender Viehhaltung siedelt Thünen die intensive Flachsproduktion und ihre Weiterverarbeitung sowie vor allem die technischen Nebengewerbe der Landwirtschaft wie den Brennereibetrieb an. Unter den abstrahierten Voraussetzungen seines Modells, in dem immer nur ein Hauptprodukt im jeweiligen Kreis untersucht wird, ist dieser Standort konsequent. Die intensiven Nebengewerbe erfordern einen hohen Arbeitsaufwand bei gleichzeitigen geringen Transportkosten des vergleichsweise wenig voluminösen, also gut transportierbaren Endproduktes. Da in dem Kreis der Viehzucht der in einer Menge von Scheffeln Roggen ausgedrückte Arbeitslohn billig ist, kann der "homo oeconomicus" des "Isolierten Staates" an diesem Standort mit hohem Profit die Nebengewerbe betreiben, die zudem billige Futterstoffe für die Viehmast als Nebenprodukt liefern.

Bei der Bestimmung der flächenmäßigen Ausdehnung der einzelnen Produktionskreise und der ökonomisch zwingenden Übergänge von einem in der Regel intensiven Wirtschaftssystem, bei dem der Transportierbarkeit der Produkte durch deren Quantität (z. B. Kartoffeln) oder Qualität (z. B. Frischmilch) deutliche Grenzen gesetzt waren, zu einem minder intensiven Wirtschaftssystem, dessen dauerhaftere und nicht so voluminöse Produkte über längere Strecken mit Gewinn transportiert werden konnten, wandte Thünen erstmalig Elemente der ökonomischen Grenzanalyse an. Die Betrachtung der Verkehrslage verschiedener Standorte führte ihn auch - unabhängig von dem englischen klassischen bürgerlichen Ökonomen David Ricardo - zur Ableitung der einfachen Formen der Differentialrente. Diese bedeutende Denkleistung hatte Karl Marx primär im Sinn, als er Thünen anerkennend "beinahe als eine Ausnahme unter den deutschen Ökonomen"[16] bezeichnete. Lang andauernde niedrige Getreidepreise, Kapitalmangel der Großgrundbesitzer, Entwicklungsprobleme der agraren Produktivkräfte und noch bestehende feudale Hemmnisse bei der Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise drängten Thünen direkt zu seinen Untersuchungen. Um so enttäuschender war es daher für ihn, daß der Wert seiner agrarökonomischen Auffassungen nicht zu seinen Lebzeiten erkannt und rezipiert wurde. Seiner unmittelbaren Zielgruppe, den kapitalistischen Großgrundbesitzern und Pächtern, war der mit so vielen mathematischen Formeln und umfangreichen Berechnungen angereicherte, schwer lesbare "Isolierte Staat" viel zu kompliziert. Thünens Werk wurde von den Zeitgenossen mehr ehrfürchtig bestaunt als verstanden.[17] Anerkennende Rezensionen durch die Fachwelt[18] blieben zwar nicht aus; insgesamt traf aber Alexander v. Lengerke den Kern, als er 1838, 12 Jahre nach dem Erscheinen des agrarökonomisch relevanten Teiles des "Isolierten Staates" einschätzte: "Indessen ist und wird derselbe noch lange in seiner abstrakten Haltung ein verborgener Schatz für das größere Publicum bleiben; um ihn zu heben, dazu gehören cameralistische und naturwissenschaftliche Vorstudien, die nicht Jedermanns Sache sind."[19] 7 Jahre nach dem Erscheinen des "Isolierten Staates" waren erst 420 Exemplare der 500 Bücher zählenden Auflage verkauft.[20] Thünen selbst schrieb bereits 1829 mit einem Unterton der Resignation: "Es scheint mir fast, daß es für das Publikum kein Bedürfnis ist, über die Gegenstände, die mich von jeher am lebhaftesten interessiert haben, zur Klarheit zu gelangen. Wenigstens ist unter allen Recensionen meiner Schrift keine einzige, so lobend sie auch seyn mögen, die in das eigentliche Wesen derselben eingegangen ist".[21]

In der Tat teilte er das Schicksal der zu früh Gekommenen. Der hohe Abstraktionsgrad seines Buches hinderte die schnelle Verbreitung in den Jahren der Krise. Von der Mitte der 30er Jahre bis in die 70er Jahre des 19. Jh.

16 Marx, Karl, an Hermann Schumacher, 21. 9. 1875, in: Marx/Engels, Werke, Berlin 1956 ff., Bd. 34, S. 151.

17 Vgl. Frauendorfer, Sigmund v., Ideengeschichte der Agrarwirtschaft und Agrarpolitik im deutschen Sprachgebiet, Bd. 1, München 1957, S. 289.

18 Vgl. u. a. Thaer, Albrecht Daniel, Der isolierte Staat ... von Johann Heinrich von Thünen auf Tellow in Mecklenburg, in: Möglinsche Annalen der Landwirtschaft, Berlin, 19. Jg. 1827, S. 1 ff.; Koppe, Johann Gottlieb, Wie reguliert sich die Landrente, wenn Boden in geringerer Qualität in Verbindung mit Schafhaltung bewirtschaftet wird, in: ebenda, S. 337 ff.; vgl. des weiteren Klemm, Volker, Zum Meinungsstreit um das beste Ackerbausystem zwischen Thaer, Koppe und Thünen, in: WZ Rostock. Naturwiss. Reihe, 1 - 2/1984, S. 97 ff.

19 Landwirtschaftliches Conversations-Lexikon für Praktiker und Laien, hg. v. Alexander v. Lengerke, Bd. 4, Prag 1838, S. 651 f.

20 Vgl. Thünen-Archiv der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock (TA), BI - 82, Thünen an Edo Heinrich v. Thünen, Januar 1833.

21 Ebenda, BI - 56, Thünen an Chr. D. v. Buttel, 23. 6. 1829.

herrschte in der deutschen Landwirtschaft eine bemerkenswerte Phase der Prosperität. Infolgedessen standen vor allem Probleme der Steigerung der Roherträge durch die Anwendung der Naturwissenschaften und der Technik im Mittelpunkt des Interesses der Landwirte. Thünens sehr spezielle, auf Rentabilitäts- und Standortprobleme ausgerichtete Untersuchungen fanden daher erst wieder im letzten Drittel des 19. Jh. bei führenden Vertretern der landwirtschaftlichen Betriebslehre, wie I. J. Fühling, Henry Settegast, J. B. Lambl und Adolf Krämer, Interesse, als die deutsche kapitalistische Landwirtschaft, wenn auch aus anderen Ursachen, erneut mit krisenhaften wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu kämpfen hatte. Während der ersten Hälfte des 20. Jh. schließlich dominierte in der deutschen Agrarökonomie eine ausgesprochene Thünen-Schule, die vor allem von Theodor Brinkmann und Friedrich Aereboe bestimmt wurde.[22] In der jüngeren Vergangenheit können Versuche neoliberaler Agrarökonomen der BRD registriert werden, zur Lösung der Misere der EG-Agrarpolitik im Sinne einer ungezügelten freien Marktwirtschaft das Werk Thünens zu befragen.[23]

Als Zwischenbilanz kann also ein bemerkenswerter Sachverhalt konstatiert werden. Thünen, dessen Hauptwerk nach seinem Tode in mannigfaltiger Weise die bürgerliche agrar- und politökonomische sowie wirtschaftsgeographische Forschung befruchtet hat und dessen "Isolierter Staat" bis heute zahlreiche Nachauflagen erlebte, bewirkte zu Lebzeiten in seinem unmittelbaren Umfeld Mecklenburg mit diesem Buch nur sehr wenig. Will man der Wirkungsgeschichte des "Isolierten Staates" in Mecklenburg nachspüren, wird man sich der agrarpolitischen Tätigkeit seines Autors, vor allem im "Mecklenburgischen Patriotischen Verein", zuwenden müssen. In den "Landwirtschaftlichen Annalen" dieses Vereins, dessen Tätigkeit zwischen 1820 und 1850 von einer konsequent agrarkapitalistischen progressiven Fraktion bürgerlicher Gutsbesitzer und Gutspächter bestimmt wurde, nahm Thünen zu einer Vielzahl agrarwissenschaftlicher und agrarpolitischer Fragen Stellung.[24] Das Spektrum der in diesem Zusammenhang behandelten Themen war äußerst breit. Es umfaßte Fragen der Bodenstatik, der Tierernährungslehre, der Bodenkunde, Probleme der Kreditpolitik, des mecklenburgischen Verkehrswesens und der Schafzucht. Große Aufmerksamkeit widmete Thünen in seinen Aufsätzen Fragen der Vermarktungsstrategie für landwirtschaftliche Produkte, Problemen der Entwicklung der Landtechnik und der Verbesserung der landwirtschaftlichen Fachausbildung.[25]

Das gesamte, in sich vielschichtige agrarpolitische und agrarwissenschaftliche Tätigkeitsspektrum Thünens auf dieser Ebene war durch eine Gemeinsamkeit gekennzeichnet. Thünen versuchte hier, seine grundlegenden nationalökonomischen, betriebswirtschaftlichen, agrarwissenschaftlichen und sozialtheoretischen Erkenntnisse, die er im "Isolierten Staat" in einer dem wissenschaftlich nicht vorgebildeten Leser nur sehr schwer zugänglichen Form dargelegt hatte, in den Dienst der praktischen Erfordernisse der sich auf dem kapita-

22 Vgl. Nou, Joosen, Studies in the Development of Agricultural Economics in Europe, Uppsala 1967, S. 188 ff., 237 f.

23 Vgl. Schmitt, Günther, Johann Heinrich v. Thünen und die Wirtschaftswissenschaften heute, Vortrag, gehalten auf der Tagung der Albrecht-Thaer-Gesellschaft am 6. 3. 1983 in Jever/BRD (Ms. im TA); derselbe, Johann Heinrich von Thünen und die Wirtschaftswissenschaften heute, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Berlin (West), 6/1983, S. 641 ff. (mit weiterführenden Literaturhinweisen).

24 Vgl. Werner, Lutz, Politik und Agrarpolitik im Lebenswerk von Johann Heinrich v. Thünen (1783 - 1850). Studien zu seinem agrarpolitischen Wirken in Mecklenburg, phil. Diss. A, Rostock 1983.

25 Vgl. Friedrichs, Willi/Havemann, Klaus, J. H. v. Thünens Vorstellung über Gestaltung und Inhalt der landwirtschaftlichen Ausbildung, in: WZ Rostock. Naturwiss. Reihe, 8/1983, S. 1 ff.

listischen Entwicklungsweg befindlichen Landwirtschaft Mecklenburgs zu stellen bzw. feudale Hemmnisse dieses Prozesses zu überwinden. Er griff damit aktiv in die Diskussion wichtiger agrarwissenschaftlicher Probleme bzw. der wichtigsten agrarpolitischen Tagesfragen ein, die in der ersten Hälfte des 19. Jh. in Mecklenburg zur Lösung drängten. In mehreren Fällen, wie bei der Einrichtung eines kapitalistischen Kreditsystems[26] und beim Aufbau eines leistungsfähigen Chausseennetzes[27], vermochte Thünen mit seiner an den Erkenntnissen des "Isolierten Staates" geschulten Argumentation den Prozeß der politischen Willensbildung bzw. der sachlichen Entscheidungsfindung innerhalb der herrschenden mecklenburgischen Großgrundbesitzerklasse im Sinne des historischen Fortschritts zu beeinflussen.[28] Auch die im folgenden dargestellten, wenig bekannten agrarpolitischen Aktivitäten Thünens müssen in diesem Kontext gesehen werden.

Ein Problem, das in diesem Zusammenhang einer Betrachtung wert erscheint, ist Thünens Stellung zur Bauernschaft. Gelegentlich wurde mit Erstaunen und Unverständnis konstatiert, daß sich der bedeutendste Agrarökonom des 19. Jh. nicht zur wichtigsten agrarpolitischen Frage seiner Zeit, der kapitalistischen Bauernbefreiung, geäußert hat.[29] Dazu bestand aber für Thünen, der im ritterschaftlichen Landesteil Mecklenburgs wirtschaftete, kaum eine Notwendigkeit. Mit einem bis in die Mitte des 19. Jh. anhaltenden schrankenlosen Bauernlegen hatten dort die ritterschaftlichen Großgrundbesitzer das Bauernproblem auf ihre Art und Weise gelöst, indem sie die Klasse der Bauern nahezu auslöschten. Von den etwa 12 000 ritterschaftlichen Bauernstellen vor dem Dreißigjährigen Krieg blieben bis 1860 nur noch etwa 1 200 Stellen mit einer durchschnittlich schwachen Landausstattung von weniger als 10 ha übrig.[30] Thünen selbst wirtschaftete auf einem Gut, das sein Vorgänger aus gelegten Bauernstellen aufgebaut hatte.[31]

"Der isolierte Staat" reflektierte demzufolge lediglich grundsätzliche Probleme aus dem landwirtschaftlichen Erfahrungsbereich, den sein Autor durch die eigene praktische Tätigkeit gewonnen hatte. Thünen orientierte sich in seinem Buch vor allem an der Entwicklung des kapitalistisch wirtschaftenden Gutsbetriebes im ritterschaftlichen Landesteil Mecklenburgs, in dem die bäuerliche Ökonomie lediglich eine periphere Erscheinung darstellte. Berücksichtigt man die soziale Stellung Thünens als mecklenburgischer Gutsbesitzer und das historisch-politische Umfeld, in dem sein Hauptwerk entstand, dann erscheint es allerdings bemerkenswert, daß dem "Isolierten Staat" eine bauernfeindliche Tendenz völlig fehlt.

26 Vgl. Thünen, Johann Heinrich v., Über die Einführung eines Kreditsystems in Mecklenburg und über die Bestimmung des Pfandwertes mecklenburgischer Landgüter, in: Neue Annalen der Mecklenburgischen Landwirtschaftsgesellschaft (NAML), 4. Jg. 1817, S. 401 ff.

27 Vgl. Werner, Lutz, Johann Heinrich v. Thünen (1783 - 1850) als Verkehrsgeograph und Verkehrspolitiker, in: Petermanns Geographische Mitteilungen, 1, 1985, S. 33 ff.

28 Der 1819 gegründete Ritterschaftliche Kreditverein basierte - um nur ein Beispiel anzuführen - im wesentlichen auf Thünens Vorschlägen aus dem Jahre 1817.

29 Vgl. Frauendorfer, S. 299.

30 Vgl. Mager, Friedrich, Geschichte des Bauerntums und der Bodenkultur im Lande Mecklenburg, Berlin 1955, S. 373; Mecklenburg in den Jahren 1850 - 1860, in: Unsere Zeit. Jahrbuch zum Conversationslexikon, Bd. 4, Leipzig 1860, S. 684.

31 Vgl. Werner, Lutz, Die Umwandlung des Bauerndorfes Tellow in einen gutsherrlichen Eigenbetrieb - ein Beispiel spätfeudaler Agrarentwicklung in Mecklenburg, in: Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus, Bd. 6, Berlin 1982, S. 411 ff.

Darüber hinaus offenbart Thünens Tätigkeit im Rahmen des "Mecklenburgischen Patriotischen Vereins"[32] ein ausgesprochen positives und interessiertes Verhältnis zur Problematik der bäuerlichen Landwirtschaft in Mecklenburg. In den 40er Jahren unternahm eine Gruppe bürgerlich-liberaler Großgrundbesitzer den subjektiv durchaus ehrlich gemeinten Versuch, die ökonomische Situation der zu diesem Zeitpunkt noch nicht regulierten mecklenburgischen Bauern im Domanium und in der Ritterschaft zu verbessern.[33] Im Kern ging es darum, durch landwirtschaftliche Schulung und Beteiligung an den agrarwissenschaftlichen und technischen Aktivitäten des "Mecklenburgischen Patriotischen Vereins" den Bauern den Anschluß an die kapitalistische Intensivierung der Agrarwirtschaft zu ermöglichen, die in den Gutsbetrieben bereits mehrere Jahrzehnte auf Hochtouren lief. Die Aktivisten dieses Projekts - aus den Quellen werden die Gebrüder Johann und Friedrich Pogge, Dr. Samuel Schnelle, Thünen und Johann Ludwig Schumacher, der vertraute Freund Thünens und Vater seines späteren Biographen, erkennbar - organisierten in den Distrikten des "Mecklenburgischen Patriotischen Vereins" und landesweit Bauernversammlungen, auf denen Probleme der Intensivierung der bäuerlichen Landwirtschaft mit z. T. bemerkenswerter Resonanz diskutiert wurden. Die erste landesweite Bauernversammlung am 3. November 1842 in Güstrow führte immerhin 69 mecklenburgische Bauern und 49 Mitglieder des "Mecklenburgischen Patriotischen Vereins" zusammen. 1844 folgte eine weitere landesweite Zusammenkunft mit ähnlicher Resonanz.[34] Langfristig war diesen Bemühungen jedoch kein Erfolg beschieden.

Die Organisierung der mecklenburgischen Bauern im "Mecklenburgischen Patriotischen Verein" scheiterte aus verschiedenen Gründen. Die Mehrzahl der bürgerlichen und adligen Rittergutsbesitzer und Pächter erblickte in den Überresten der bäuerlichen Landwirtschaft im ritterschaftlichen Landesteil vor allem ein Objekt zum "Bauernlegen". Von dieser Seite konnte kaum Hilfe und Unterstützung kommen. Auch die mecklenburgischen Domänenverwaltungen verfolgten die Aktivitäten der Gruppe um Thünen und die Gebrüder Pogge mit Mißtrauen. In spätfeudalen dirigistischen Vorstellungen befangen, sah die Kammer in den domanialen Zeitpachtbauern und ihren Stellen unmündige Verwaltungsobjekte, die zu einer selbständigen Organisation sowie zur Bewältigung des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses unfähig waren.[35] Die Hauptursache für das Scheitern der Bauernpolitik der liberalen Gutsbesitzergruppe wurde jedoch von einem ungenannten Autor erkannt, der die Bauernversammlungen wegen ihrer politischen Abstinenz kritisierte: "Die Ursache, warum so wenig von dem goldenen Segen, der auf die anderen Klassen der Landsleute herabgeflossen, sich diesen beiden letztern (Bauern und Tagelöhnern - L. W.) mitgeteilt, liegt meistenteils in den Verhältnissen oder vielmehr Mißverhältnissen derselben. Der Bauer ist kein Eigentümer und wenn sich ein kleines Grundstück einer erhöhten Kultur erfreuen soll, kann es dies nur, wenn es Eigentum ist".[36] Damit war die nach wie vor ungelöste Problematik der Regulierungen in Mecklenburg angesprochen: eine Aufgabe, die sich aber unter dem im Vormärz bestehenden Kräfteverhältnis mit einer den Staat beherrschenden bauernfeindlichen Ritterschaft als vorerst unlösbar er-

32 Vgl. Friedrichs, Willi/Havemann, Klaus, Zur Geschichte und zum Wirken des Mecklenburgischen Patriotischen Vereins, in: WZ Rostock. Naturwiss. Reihe, 1/1986, S. 66 ff. (mit weiterführenden Literaturhinweisen zur Geschichte dieser landwirtschaftlichen Gesellschaft).

33 Vgl. Auszüge aus den Distriktsprotokollen und Berichten des Mecklenburgischen Patriotischen Vereins (PMPV), Bd. 3, Rostock 1831 - 1841, Sp. 2677 ff.; ebenda, Bd. 4, Rostock 1842 - 1845, Sp. 4031 ff.

34 Vgl. Schröder-Lembke, Gertrud, Carl Pogge und seine Söhne, Rostock 1950, S. 55 f. (Ms. im TA).

35 Vgl. Mecklenburg in den Jahren 1850 - 1860, S. 685 f.

36 Distriktsversammlung Grabow, 30. 10. 1841, in: PMPV, Bd. 3, Sp. 3010.

wies. Die Bewegung zur Einbeziehung der Bauern in die Arbeit des "Mecklenburgischen Patriotischen Vereins" erlangte daher keine Massenbasis und schlief wenige Jahre nach dem Tod ihres entschiedenen Vorkämpfers Friedrich Pogge im Oktober 1843 wieder ein. Thünen stand in der vor allem zu Beginn der 40er Jahre des 19. Jh. im "Mecklenburgischen Patriotischen Verein" intensiv und kontrovers geführten Diskussion um die Bauernversammlungen engagiert auf der Seite der Befürworter. Er war wesentlich an der Ausarbeitung des Themenkatalogs für die Bauernversammlungen beteiligt, bei denen es um Intensivierungsmaßnahmen für die bäuerliche Landwirtschaft ging. Seine in diesem Zusammenhang verschiedentlich vorgebrachten Anregungen, mecklenburgische Bauernsöhne auf Vereinskosten nach Belgien zu entsenden, um dort fortgeschrittene landwirtschaftliche Intensivkulturen zu studieren sowie in Mecklenburg selbst mit Hilfe auswärtiger Kolonisten intensive bäuerliche Musterbetriebe einzurichten, gehören zu den konzeptionell weitreichendsten Gedanken, die von der Initiative zur Hebung der mecklenburgischen Bauernwirtschaften ausgingen.[37] Ein Indiz für die Resonanz dieser unkonventionellen Thünenschen Vorschläge im starren Mecklenburg des Vormärz ist darin zu sehen, daß kein Geringerer als Fritz Reuter die Idee der "landwirtschaftlichen Kunstreisen" ins gelobte Land der bäuerlichen Agrarökonomie, nach Belgien, bereits 1847 das erste Mal satirisch verarbeitet hat.[38] Thünen verband seine Vorstellungen zur Hebung der Kultur der bäuerlichen Landwirtschaft mit weitergehenden sozialpolitischen Vorstellungen, die er ausführlich kurz vor seinem Tod im zweiten Teil des "Isolierten Staates" darlegte. Den Tellower Gutsherrn beunruhigten zutiefst die demographischen und sozialen Begleiterscheinungen der agrarkapitalistischen Entwicklung auf dem "preußischen Wege", deren Auswirkungen - relative Überbevölkerung und Massenpauperismus - zu seinen Lebzeiten aufgrund der sich noch in ihrem Anfangsstadium befindlichen industriekapitalistischen Entwicklung ein ungelöstes Problem darstellten. Im Unterschied zu Thomas Robert Malthus, dessen düstere Prognosen über die Entwicklung der Menschheit er ablehnte,[39] suchte Thünen nach humanistischen

37 Vgl. Protokoll der Distriktsversammlung des Teterower Distrikts des MPV vom 12. 3. 1841 (= Protokoll der 2. Distriktsbauernversammlung), in: PMPV, Bd. 3, Sp. 2885 ff.; Thünen, Johann Heinrich v., Einrichtung von Musterwirtschaften für kleinere Landwirte. Auszug aus: Protokoll der Hauptversammlung des MPV am 4. Juli 1843 in Güstrow, in: PMPV, Bd. 4, Sp. 4305 ff.

38 Reuter griff den offensichtlich in der Öffentlichkeit breit diskutierten Versuch der Bauernversammlungen in Mecklenburg zuerst in einer 1847 erschienen Skizze auf. 1854 legte er seiner Verserzählung "Die Reis' 'na Bellingen" diese 1847 veröffentlichte Skizze zugrunde. - Vgl. Reuter, Fritz, Hans Dumm - der kluge Bauer, in: Mecklenburg. Ein Jahrbuch für alle Stände, hg. v. Wilhelm Raabe, Hamburg 1847; auszugsweise abgedruckt bei: Reuter, Fritz, Gesammelte Werke, hg. v. Kurt Batt, Bd. 3, Rostock 1967, S. 533 f.; derselbe, Die Reis' 'na Bellingen, in: ebenda, S. 17 ff.

39 Die früheste klare Absage an Malthus findet sich bereits in einem unveröffentlichten Manuskript aus dem Jahre 1823: "Wenn nach Malthus ein großer Teil des menschlichen Elends daher rührt, daß die Volksmenge stärker zunimmt als die Nahrungsmittel, so ist andererseits doch nicht zu leugnen, daß gerade die Sorge für das Wohl und das Fortkommen seiner Kinder den Menschen zu der großen Anstrengung seiner Kräfte und zu den Entbehrungen, wodurch neue Kapitalien gebildet werden, anreizen können und daß ohne diesen Antrieb - der nicht stattfinden würde, wenn in jeder Ehe nur zwei oder drei Kinder erzeugt würden - die Kultur sich nur auf dem fruchtbarsten Boden ausgebreitet hätte und Europa nicht so viele Hunderttausende enthalten würde, als es jetzt Millionen zählt." (TA, EXVII - 2, S. 31.) - In einem 1842 erarbeiteten Manuskript, das er 1850 im "Isolierten Staat", Bd. 2.1., veröffentlichte, schrieb Thünen unter dem Ein-

Konzepten zur Lösung des Problems im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise. Wie aus den folgenden und anderen überlieferten Äußerungen hervorgeht, sah er in der Erhöhung der Intensität der Landwirtschaft eine Möglichkeit, die massenhaft freigesetzten Arbeitskräfte, die einen sozialen Unruheherd darstellten, sinnvoll zu beschäftigen. Auf der Hauptversammlung des "Mecklenburgischen Patriotischen Vereins" im Juli 1843 begründete er seinen Vorschlag, Musterwirtschaften für kleine Landwirte einzurichten, u. a. mit folgenden Argumenten: "Wie ist nun hier einem künftigen, aber deutlich herannahenden Übel entgegen zu wirken. Ich sehe keine Hilfe, als in der Erhöhung der intensiven, mehr Arbeit fordernden Kultur des Bodens. Durch Einführung der Stallfütterung in den kleinen Wirtschaften, durch Erweiterung des Hackfruchtanbaues und vorzüglich durch Ausdehnung und Verbesserung des Flachsbaues kann noch eine große Zahl von Menschen nützlich beschäftigt werden und eine Menge Menschen, die sonst der Armenkasse zur Last fallen würde, kann dadurch ihr Brot verdienen. In allen diesen Kulturzweigen können aber die Belgier unsere Lehrer werden, und indem wir uns ihre besseren Kulturmethoden aneignen, können wir der Verarmung und Not, die eine nicht ferne Zukunft uns deutlich im Bilde zeigt, wahrscheinlich vorbeugen."[40]

Die agrarpolitische Problematik der Durchführung der mecklenburgischen Bauernversammlungen stellte eine wenn auch bemerkenswerte Randerscheinung im Spektrum der politischen Auseinandersetzung im Mecklenburg des Vormärz dar. Mit seiner Parteinahme in der Auseinandersetzung zwischen der bürgerlich-liberalen Opposition und der vom Adel geführten, herrschenden altständisch-konservativen Gruppierung in der Ritterschaft schaltete sich Thünen dagegen in die wichtigste, seit 1838 in scharfer polemischer Form ausgetragene politische Streitfrage im mecklenburgischen Vormärz ein.[41] Die Argumentation, die Thünen in die Diskussion um wirtschaftspolitische Fragen einbrachte, basierte in jeder Hinsicht auf den Erkenntnissen und dem methodologischen Instrumentarium des "Isolierten Staates". Der Verfasser dieses Werkes und Musterlandwirt von Tellow kann in diesem Zusammenhang ohne Übertreibung als der agrarpolitische und agrarwissenschaftliche Vordenker der zahlenmäßig kleinen, aber politisch einflußreichen Gruppierung liberaler bürgerlicher Gutsbesitzer in der mecklenburgischen Ritterschaft bezeichnet wer-

druck der Entwicklung der agraren und industriellen Produktivkräfte in der sich voll entfaltenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung: "Erwägt man nun, daß mit der größeren Verbreitung der geistigen Ausbildung auch die Zahl derer wächst, welche befähigt sind, Entdeckungen und Erfindungen im Maschinenwesen und im Landbau zu machen, daß jede solche Erfindung die Arbeit des Menschen wirksamer macht und durch ein größeres Produkt lohnt, daß also mit der steigenden geistigen Kultur der Mensch mehr und mehr der mühevollen körperlichen Anstrengungen überhoben wird: so möchte man schließen, daß das menschliche Geschlecht nach Jahrtausenden zu einem paradiesischen Zustand gelangen könne, wo der Mensch sein Leben nicht in Müßiggang, sondern in einer mäßigen, Geist und Körper übenden, Gesundheit und Frohsinn stärkenden, Tätigkeit hinbrächte." (Thünen, Der isolierte Staat ..., Bd. 2.1., S. 47.)

40 Thünen, Johann Heinrich v., Einrichtung von Musterwirtschaften ..., Sp. 4305.

41 Zu wichtigen Aspekten der politischen und wirtschaftspolitischen Vorstellungen der vormärzlichen liberalen Gutsbesitzeropposition vgl. Schnelle, Samuel, Die Adelskorporation und die Fideikommißstiftungen in Mecklenburg, Hamburg 1845; Soltau, Friedrich, Neueste Zustände und Ereignisse in Mecklenburg, Schwerin 1851; Über die Grundübel des mecklenburgischen Steuerwesens und die Mittel zu deren Heilung, Rostock 1860; Werner, Lutz, Liberalismus und bürgerlicher Großgrundbesitz in Mecklenburg vor 1850. Zu den politischen Ansichten von Johann Heinrich v. Thünen, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 12/1986, S. 1080 ff.

den. Dieser Gruppierung ging es nicht nur, wie der Mehrzahl ihrer Klassengenossen aus dem bürgerlichen Lager, um die vollständige politische, soziale und gesellschaftliche Gleichstellung mit den adligen Großgrundbesitzern im spätfeudalen Herrschaftssystem Mecklenburgs. In der auf den mecklenburgischen Landtagen und in der Publizistik mit erheblicher polemischer Schärfe ausgetragenen Auseinandersetzung im Vormärz stießen die Vertreter jener Gruppierung zu gemäßigt liberalen Positionen vor. Im Sinne einer für den agrarischen und den gewerblich-industriellen Sektor der mecklenburgischen Volkswirtschaft gleichfalls günstigen Entwicklung strebten die Vertreter jener Fraktion nach einer bürgerlich-liberalen Modifizierung der mecklenburgischen Ständeverfassung aus dem Jahre 1755, die, auf spätfeudalen staatsrechtlichen Normen basierend, für die politische und sozialökonomische Entwicklung in Mecklenburg gleichermaßen das wichtigste Hemmnis bildete. Den wirtschaftspolitischen Kernpunkt der vormärzlichen Auseinandersetzung bildete die bürgerlich-liberale Forderung nach einer zeitgemäßen, kapitalistischen Reform des spätfeudalen mecklenburgischen Zoll- und Steuersystems. Diese Reformvorschläge zielten darauf, die einseitige Privilegierung der Gutswirtschaften abzuschaffen. Sie eröffneten die Perspektive einer industriekapitalistischen Entwicklung der mecklenburgischen Städte sowie die Möglichkeit, die Großherzogtümer an den preußisch-deutschen Zollverein anzuschließen.

Gleichsam in einer Art kümmerlicher Hegemoniesubstitution unterstützten jene liberalen Gutsbesitzer, wie Thünen, die Gebrüder Pogge, Schnelle, Ernst Steve, Christian Wilhelm Engel, Hans Carl Peter Manecke, Ewald Cosmus v. Frisch u. a., die z. T. hervorragende Landwirte waren, das schwach entwickelte mecklenburgische Städtebürgertum bei seiner politischen Konstituierung. In zahlreichen politischen Einzelfragen, wie der Verhinderung der Monopolisierung des Grund und Bodens durch Fideikommißstiftungen, einer Revision des inhumanen feudalen Armen-, Niederlassungs- und Heimatrechts, in dem Bemühen um die Verkleinerung der ritterschaftlichen Güter, um Anlagemöglichkeiten für bürgerliches Kapital zu schaffen, bei der Forderung nach der Aufhebung der Patrimonialgerichte usw., gingen die bürgerlich-liberalen Gutsbesitzer gegen den Willen der Mehrzahl ihrer Klassengenossen mit dem Städtebürgertum. Thünen, obgleich selbst als Rittergutsbesitzer zoll- und steuerrechtlich bei der Verwertung seines agrikolen Kapitals erheblich bevorrechtet, lehnte die Privilegien der spätfeudalen mecklenburgischen Verfassung, die eine gewerblich-industrielle Entwicklung entscheidend hemmten, als volkswirtschaftlich völlig verfehlt ab. Seine staatswirtschaftlichen Vorstellungen, die er ungeachtet der anderslautenden Überzeugungen seiner ritterschaftlichen Standes- und Klassengenossen in Mecklenburg engagiert und mit hoher politischer Wirksamkeit propagierte, zielten auf die proportionale Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft. Seine zoll- und steuerpolitischen Ausführungen korrespondieren in diesem Zusammenhang mit dem System von Friedrich List. In seinen hinterlassenen Materialien zum "Isolierten Staat" schrieb Thünen dazu - um nur einen von vielen diesbezüglichen Belegen anzuführen: "Es geht hieraus hervor: daß auch da - wie in Mecklenburg der Fall ist - wo man das Interesse der Gutsbesitzer für das einzige, für das Staatsinteresse selbst nimmt, der eigene Vorteil der Gutsbesitzer sie auffordert, das Aufblühen der Fabriken zu begünstigen, und daß die Gutsbesitzer, wenn sie auch die Erzeugnisse der inländischen Fabriken etwas höher bezahlen sollten, als die der ausländischen, durch den erhöhten Wert ihrer Bodenerzeugnisse für das kleine Opfer reichlich entschädigt werden.

Wie die dichtere Bevölkerung auf den Getreidepreis und damit auch auf den Wert des Bodens wirkt, davon gibt die Vergleichung der 14-jährigen Durchschnittspreise in der Provinz Preußen mit denen in der Rheinprovinz ein auffallendes und schlagendes Beispiel. Das Verhältnis ist wie 32 Sgr. zu 51 Sgr."[42]

42 Thünen, Der isolierte Staat ..., Bd. 2.2., S. 98 f.

Entsprechend dieser wirtschaftspolitischen Überzeugung engagierte sich Thünen stark in der Diskussion um die liberale mecklenburgische Zoll- und Steuerreform, die auf mehreren Landtagen der 40er Jahre des 19. Jh. verhandelt wurde. Im Kern ging es bei diesen von den großherzoglichen Landesregierungen initiierten Reformverhandlungen um die Abschaffung der über 80 mecklenburgischen Binnenzölle und die Ablösung eines Systems von Mahl-, Schlacht- und Handelssteuern, das die Städte einseitig belastete. Statt dessen sollte durch die Einführung eines effizienten allgemeinen Grenzzollsystems, durch die Festsetzung einer Maischbottichsteuer und einer nur mäßigen Gewerbesteuer für die Landesregierungen eine sichere Einnahmequelle eröffnet werden. Die Zurückweisung dieser an sich wirtschaftlich vernünftigen Vorschläge erfolgte durch die erdrückende Mehrheit einer Koalition adliger und bürgerlich-konservativer Gutsbesitzer (160 : 15 Stimmen) auf dem Landtag von 1847.[43] Die konservative Mehrheit in der Ritterschaft hatte sehr wohl erkannt, daß mit diesem Reformprogramm mehr als ihre Zollfreiheit und das Recht, steuerfrei Branntwein zu brennen, bedroht waren. Die Verwirklichung der von den Landesregierungen, den Städten und der kleinen Gruppierung liberaler Gutsbesitzer getragenen Reformvorstellungen wäre einer Schwächung der ständischen Verfassung gleichgekommen. Einmal in Kraft gesetzt, hätte das effektiv wirksame System der neuen Zölle und Steuern den Landesregierungen eine Finanzquelle eröffnet, die vom ständischen Steuerbewilligungsrecht unabhängig gewesen wäre. Damit jedoch wäre die wichtigste politische Waffe der Ritterschaft beträchtlich abgestumpft worden. Thünen betrachtete als Wirtschaftswissenschaftler diese Problematik vor allem von ihrer ökonomischen Seite. Die macht- und verfassungspolitische Seite der Reformdebatte, die auf eine beträchtliche Schwächung der auch von ihm abgelehnten, die Ritterschaft einseitig privilegierenden Ständeverfassung zielte, spielte in seinen überlieferten Arbeiten keine Rolle. Im Frühjahr 1846 arbeitete er - durch Krankheit zeitweise an der Teilnahme an den Reformverhandlungen gehindert - für die bürgerlichen Oppositionsführer in der Ritterschaft ein umfangreiches Gutachten aus, das teilweise in der Presse veröffentlicht und stark beachtet wurde.[44] In einem Begleitbrief erläuterte er die volkswirtschaftliche Zielstellung seiner Ausarbeitung, und hier atmet - wie auch in seinem Gutachten - jeder Satz den Geist des "Isolierten Staates": "Die Wechselwirkung, die der Wohlstand der Städte und des platten Landes aufeinander ausüben, wird in der Praxis lange nicht genug gewürdigt und ist selbst in der Theorie nicht genug erkannt und hervorgehoben ... Eine Stadt wie Berlin mit 400 000 Einwohnern nach der Mitte Mecklenburgs verlegt, würde den Kaufwert, Pachtpreis und das Einkommen von Grund und Boden in Mecklenburg, in der Gesamtheit genommen, um mindestens 50 % erhöhen. Eine Stadt von 100 000 Einwohnern würde einen minderen, aber doch noch sehr bedeutenden Einfluß ausüben ... Jede Konsumtionsvermehrung der Städte, sei diese hervorgerufen durch das Wachsen der Wohlhabenheit der Städtebewohner oder durch eine Vermehrung der Einwohner, bewirkt eine Erhöhung der Bodenrente auf den benachbarten Gütern. Die Befreiung der Städte von drükkenden, ihr Aufblühen hemmenden Abgaben und die Übertragung des bisherigen Steuerbetrages auf das ganze Land ist also keineswegs als eine bloße Begünstigung der Städte zu betrachten, sondern liegt im richtig verstandenen Interesse der Grundbesitzer selbst. Nur darf man dabei den Gesichtskreis nicht auf die nächste Zukunft beschränken, sondern muß den Blick auf den endlichen Erfolg zu richten vermögen."[45]

43 Vgl. TA, BI - 204a, Thünen an Helene v. Buttel, 1847.
44 Vgl. Thünen, Johann Heinrich v., Erachten über die Steuerreform, geschrieben im Frühjahr 1846, in: TA, EVII - 5; auszugsweise veröff. in: Freimütiges Abendblatt, Schwerin, 6. 11. 1846; 20. 11. 1846; 27. 11. 1846.
45 TA, BI - 181a, Thünen an Christian Wilhelm Engel, 14. 5. 1846.

Ein weiterer Beleg für die schöpferische Anwendung der im "Isolierten Staat" entwickelten agrarökonomischen und volkswirtschaftlichen Theorien durch Thünen bei seiner agrarpolitischen Tätigkeit in Mecklenburg kann auf einem Gebiet erbracht werden, das weitgehend außerhalb des Blickwinkels der zeitgenössischen Agrarliteratur lag, die vorrangig auf den gutswirtschaftlich-kapitalistischen und den bäuerlichen Sektor der Landwirtschaft fixiert war. Im Jahre 1829 regten die Bürgermeister der kleinen mecklenburgischen Landstädte Kröpelin und Schwaan an, die seit der Gründung des "Mecklenburgischen Patriotischen Vereins" geführte Diskussion über den Nutzen und die Möglichkeiten einer Reform der Landwirtschaft in den kleinen Ackerbürgerstädten erneut zu beleben.[46] Damit war ein Problem angesprochen, das trotz seines großen volkswirtschaftlichen Gewichts in Mecklenburg ein Stiefkind der agrarkapitalistischen Entwicklung geblieben war.[47] (Vgl. Tab. 2.)

T a b e l l e 2

Umfang des städtischen Ackerbaus in Mecklenburg-Schwerin um 1830 (Mecklenburgischer Kreis)+

Stadt	Einwohnerzahl	Größe der Stadtfeldmark (in ha)	Ackerland (in ha)	Versteuerter Heuertrag der Wiesen (in Fuder) vierspännig	zweispännig
Parchim	5 122	7 007	779	150	593
Waren	4 406	16 377	377	138	716
Grabow	3 405	3 438	235	574	151
Hagenow	2 606	-	493	577	2
Rhena	234	307	38	81	-
Malchow	2 250	2 522	316	21	101
Grevesmühlen	2 105	1 647	780	93	-
Wittenburg	2 032	2 153	411	129	286
Dömitz	1 945	-	263	697	-
Crivitz	1 838	2 556	504	-	206
Sternberg	1 836	2 032	374	255	-
Lübz	1 787	1 170	593	-	197
Gadebusch	1 779	1 406	703	128	61
Kröpelin	1 707	1 639	766	199	-
Neustadt	1 635	3 313	151	762	-
Neubuckow	1 394	-	260	28	2
Brüel	1 252	-	291	32	93

+ Berechnungsgrundlage: 461,6 Quadratruten = 1 ha, 1 mecklenb. Morgen = 300 Quadratruten = 0,65 ha.

Quelle:
Berechnet nach: Großherzoglich-Mecklenburg-Schwerinscher Staatskalender, Schwerin 1828, T. 2, S. 134 f.

46 Vgl. Über Ackerkultur in den Städten, in: NAML, 16. Jg. 1829, S. 481 ff.; Ackerkultur in den Städten, in: PMPV, Bd. 1: 1821 - 1830, Sp. 735 f.

47 Zur agrarischen Komponente der kleinen mecklenburgischen Landstädte vgl. Heitz, Gerhard, Zur Rolle der kleinen mecklenburgischen Landstädte in der Periode des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus, in: Hansische Studien, Heinrich Sproemberg zum 70. Geburtstag, redaktionell bearb. v. Gerhard Heitz u. Manfred Unger, Berlin 1961, S. 103 ff.; Lobsch, Renate/Klünder, Gisela, Umfang und Struktur des kleinstädtischen Landbesitzes in Mecklenburg im Früh- und Spätfeudalismus, Diplomarbeit, Sektion Geschichte, Universität Rostock 1972; Schultz Helga/Klünder, Gisela/Lobsch, Renate, Zum Landbesitz mecklenburgischer Städte im Feudalismus, in: WZ Rostock. Gesellschaftswiss. Reihe, 3/1973, S. 271 ff.; Olechnowitz, Karl-

Ein im Prinzip gleiches Bild böte die Untersuchung der 18 Landstädte des wendischen Kreises, die Einbeziehung der Stiftsstädte Warin und Bützow oder eine Betrachtung der Landstädte des Großherzogtums Mecklenburg-Strelitz, das im Rahmen der altständischen Verfassung den stargardschen Kreis umfaßte.

Das 1842 erschienene "Geographisch-statistisch-historische Handbuch des Mecklenburger Landes" konstatierte bei der Behandlung der mecklenburgischen Gewerbe und der Industrie: "Es gibt zwar in den Städten die notwendigen Handwerker für die allgemeinsten Bedürfnisse - in kleinen Städten oft in auffallend großer Zahl, weil hier der Handwerksmann häufig zugleich Akkerbau treibt, wenig oder keine Leute hält und daher wenig Arbeit produziert - aber die höheren technischen Gewerbe, sowie fabrikartige Anstalten und Manufakturen existieren nur in sehr geringer Zahl und sind von keinem bedeutendem Einfluß auf das Ganze."[48]

Bei den Ortsbeschreibungen findet sich die inhaltlich stets gleiche Aussage: "Ackerbau ist ein Hauptnahrungszweig und wird nicht ohne Vorteil betrieben" (Kröpelin) oder "Die Stadt erfreut sich eines regsamen Gewerbefleißes und Verkehrs und zieht aus der meist fruchtbaren, wohlbevölkerten Umgegend sowie aus dem eigenen beträchtlichen Ackerbau ihre hauptsächlichste Nahrung."[49] Das letztgenannte Beispiel stammt aus der Beschreibung der kleinen Stadt Wittenburg, die um 1840 2 650 Einwohner hatte. Ihre Sozialstruktur kann stellvertretend für die der kleinen Kommunen herangezogen werden: "Es wohnen hier 2 Apotheker, 32 Kaufleute, 6 Judenfamilien, 13 Gastwirte, 7 Branntweinbrenner und Brauer, 2 Essigbrauer, 3 Grützmacher, 5 Mehlhändler, 2 Gärtner, 1 Seifensieder, 2 Lohgerber, 1 Ledertauer, 3 Hutmacher, 4 Tabakspinner, 29 Weber, 68 Schuster, überhaupt 328 Gewerbetreibende, außerdem 33 Bauleute oder Ackerbürger."[50]

Der Kröpeliner Bürgermeister, Conrad August Ackermann resümierte 1829 in den Distriktsprotokollen des "Mecklenburgischen Patriotischen Vereins" die Lage des städtischen Ackerbaus, der im Widerspruch zu seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung völlig daniederlag: "Da nun aber auch die Bewohner besonders kleiner Städte auf den Ackerbau hingewiesen sind und teils ein Haupt-, teils ein Nebengeschäft daraus machen, so liegt der Wunsch nahe, daß sie den höchstmöglichen Ertrag von ihren Besitzungen erzielen mögen.

Man sollte glauben, daß der Acker städtischer Bewohner wegen seines geringen Umfanges, wegen Betriebsamkeit und Aufklärung der Städter, in einem erhöhten Kulturzustande, einem großen Fruchtgarten ähnlich sehen müßte; aber es ist leider umgekehrt, das Ackerstück bekundet größtenteils seinen beklagenswerten Zustand und seine Ärmlichkeit in Vergleichen zu den Bauernfeldern auf dem Lande."[51]

Thünen entsprach im Winter 1831 dem Wunsch des "Mecklenburgischen Patriotischen Vereins", ein Gutachten über die Mißstände und deren Ursachen im Ackerbau der Landstädte anzufertigen sowie zeitgemäße Reformvorschläge auszuarbeiten.[52] Sein "Erachten über die Verbesserung des Ackerbaus der Städte",[53] das er im gleichen Jahr veröffentlichte, geriet faktisch zu einer popu-

Friedrich, Landstädte und landstädtisches Bürgertum in Mecklenburg im 17. und 18. Jahrhundert, in: ebenda, 3/1977, S. 231 ff.

48 Hempel, Gustav, Geographisch-statistisch-historisches Handbuch des Mecklenburger Landes, T. 1, Parchim/Ludwigslust 1842, S. 171 f.

49 Ebenda, T. 2, S. 142.

50 Ebenda, S. 132 f.

51 Ackerkultur in den Städten, Sp. 735.

52 Vgl. TA, BI - 66, Thünen an Edo Heinrich v. Thünen, Januar 1831.

53 Vgl. Thünen, Johann Heinrich v., Erachten über die Verbesserung des Ackerbaues der Städte, in: NAML, 17. Jg. 1831, S. 337 ff.

lärwissenschaftlichen Erläuterung des "Isolierten Staates" unter besonderer Berücksichtigung des städtischen Sektors der Landwirtschaft. Im Unterschied zu der "labormäßigen", abstrakten Fiktion des "Isolierten Staates" entwickelte Thünen hier eine Ordnung landwirtschaftlicher Produktionszonen, deren Mittelpunkt ein Konsumtions- und landwirtschaftliches Produktionszentrum bildete. Infolgedessen war er in der Lage, seine im einzelnen zu erläuternden Vorschläge in einer für die Zeitgenossen leicht erfaßbaren Form zu erklären und rechnerisch zu belegen, da ein solcher Denkansatz der betriebswirtschaftlichen Praxis entsprach. Die durch leicht verständliche, aber aussagekräftige Rentabilitätsberechnungen aus der landwirtschaftlichen Praxis abgesicherten "ausgezeichneten Bemerkungen des Herrn Dr. v. Thünen auf Tellow über die städtische Ackerwirtschaft"[54] fanden daher in ihrer Zielgruppe eine bemerkenswerte Resonanz - sehr im Unterschied zu den langatmigen, sehr theoretischen und wenig praxisverbundenen Ausführungen, die bislang zu diesem Gegenstand in Mecklenburg erschienen waren.[55]

In seinem Gutachten analysierte Thünen zunächst detailliert die herkömmliche Landwirtschaft auf der aus Ackerflächen, Weiden, Heuwiesen, z. T. umfangreichen Waldungen und Wasserflächen bestehenden Stadtfeldmark. Er legte dabei einen streng ökonomischen Maßstab an, als er der Frage nachging, ob und inwieweit es für die Städte sinnvoll sei, eine eigene Agrarproduktion zu betreiben bzw. bestimmte Produkte von rentabel produzierenden landwirtschaftlichen Betrieben des Umlandes zu kaufen: "Je kleiner die Stadt ist, um so kleiner ist auch der Kreis, aus welchem sie ihre Bedürfnisse bezieht, und um so mehr nähert sich - durch das Abnehmen der Transportkosten - der Preis dem bloßen Betrage der Produktionskosten.

Für die auf dem Stadtfelde gebauten Gewächse werden die Transportkosten ganz erspart und den Stadtbewohnern kosten dieselben nichts als die Produktionskosten.

Die Frage, ob eine Produktion für die Stadt einträglich sei oder nicht, reduziert sich also auf die andere Frage, ob die Produktionskosten auf dem Stadtacker niedriger oder höher zu stehen kommen, als die Produktionskosten dieses Gewächses auf den Gütern und die Transportkosten desselben zusammen genommen."[56]

Nachfolgend untersuchte Thünen die Rentabilität der Zweige städtischer Agrarwirtschaft: Getreidebau, Milch- und Weidewirtschaft, Heugewinnung, Schäferei, Kartoffelanbau, Flachsanbau und -verarbeitung sowie Forstwirtschaft zur Brennholzgewinnung. Sein Urteil fiel vernichtend aus: "Wir erblicken in dem Ackerbau der Städte ein seltsames Gemisch von einträglichen und verlustbringenden Produktionen, und ein fast unbegreifliches Streben, den unfruchtbaren Produktionen die ganze Kraft zuzuwenden und dagegen die fruchtbaren zu beschränken, oder durch verkehrte Einrichtungen nutzlos zu machen."[57]

54 PMPV, Bd. 2, Protokoll der Distriktsversammlung Grabow 1831, Sp. 1040.
55 Neben verschiedenen kleineren Diskussionsbeiträgen in den PMPV verdienen vor allem die folgenden zwei umfänglichen Gutachten Aufmerksamkeit. Vgl. Über das Interesse an der Erhaltung des Ackerbau treibenden Städters; insbesondere über die antichretische Verpfändung von Bürgeräckern an benachbarte Bauern in Mecklenburg, in: NAML, 2. Jg. 1815, S. 283 ff.; Bemerkungen über den Wert, den Betrieb und Verbesserung des Ackerbaues und der Viehzucht bei den Städten in Mecklenburg, in: ebenda, S. 417 ff. - Beide Abhandlungen erschienen anonym.
56 Thünen, Erachten über die Verbesserung des Ackerbaues der Städte, S. 343.
57 Ebenda, S. 362.

Als Ursachen dieser Misere erkannte Thünen ein ganzes Bündel ungelöster Probleme sowie eine Vielzahl reformbedürftiger Einrichtungen. Im Unterschied zu den arrondierten, effektiv wirtschaftenden Gutsbetrieben, die Thünen zum Vergleich heranzog, herrschte in den Städten noch ungebrochen die tradierte mittelalterliche Agrarverfassung. Anstelle der in Mecklenburg üblichen Koppelwirtschaft mit ihrem agronomisch günstigen Wechsel von Acker- und Weideland lag der Stadtacker, in viele Parzellen der Anteilbesitzer zersplittert, in einer Dreifelderwirtschaft in Gemengelage. Der Flurzwang, gemeinsame Nutzungs- und Triftrechte auf der Brache und eine in Kommunionwirtschaft betriebene und daher mangelhaft meliorierte, völlig übertriebene Gemeindeweide hemmten die weitere Entwicklung der agraren Produktivkräfte. Aus dieser Agrarverfassung erwuchs dem städtischen Ackerbau gegenüber dem des platten Landes eine Reihe von Nachteilen, die die Rentabilität minderten: eine aufgrund der großen Ausdehnungen der Stadtfeldmark und der Zersplitterung der Ackeranteile ungünstige innere Verkehrslage für den einzelnen Ackerbürger, eine aufgrund der oft nur geringen Breite der Ackerparzellen minder gute Bodenbearbeitung (es konnte oft weder quergehakt noch konnten Mergelgruben angelegt werden), die Gemengelage verhinderte ein zusammenhängendes Entwässerungssystem, die Dreifelderwirtschaft mit Hutungsrechten machte den Anbau auf der Brache mit Hack- und Futterfrüchten unmöglich und trug nur geringe Ernten. Allerdings, so mußte Thünen feststellen, hatte die schlechte Ertragslage des städtischen Ackerbaus auch durchaus subjektive Gründe, die in der mangelnden Einsicht der Bürger in agrarökonomische Gesetzmäßigkeiten, in einem verknöcherten Traditionalismus und in ihrer Zwitterstellung als Handwerker und Landwirte zu suchen waren: "Beschäftigt sich aber der Bürger nicht ausschließlich mit dem Ackerbau, sondern betreibt er zugleich ein Handwerk, so wird er in keinem von beiden Geschäften Meister, seine Arbeit wird unvollkommen und sein Arbeitsprodukt bleibt gering. Der Nachteil, der hieraus entspringt, kann zwar dem Kalkül nicht unterworfen werden, ist aber weit größer als er dem ersten Augenblick nach zu sein scheint, - und wahrscheinlich liegt hierin der Hauptgrund, warum die Erzeugnisse des Gewerbefleißes der kleinen Städte die Konkurrenz mit denen des Auslandes im allgemeinen weder in der Güte noch im Preise aushalten können."[58] Als ökonomisch völlig verfehlt hielt Thünen den historisch gewachsenen starken Getreidebau auf der Stadtfeldmark: "Die ... größere Entfernung des Stadtackers betreffenden Verschiedenheiten bewirken, daß bei gleichen Ernten die Produktion des Getreides auf den Stadtfeldern höher zu stehen kommt, als auf den Gütern ... die Ernten auf den Stadtfeldern (sind aber) bedeutend geringer ..., als auf den Gutsfeldern von gleicher physischer Beschaffenheit des Bodens und gleichem Dunggehalt. Die Kosten der Aussaat und die der Feldbestellung als Haken, Eggen usw. bleiben dieselben, die Ernte mag groß oder klein sein; die Produktionskosten des Getreides auf ein und demselben Boden werden also um so größer, je mehr die Ernten abnehmen.

Die beiden Abweichungen; größere Entfernung des Ackers und geringere Ernten von gleichem Boden, wirken also gemeinschaftlich dahin, daß die Erzeugung des Getreides auf den Stadtfeldern kostbarer wird als auf den Gütern."[59]

Nach einer vorangegangenen detaillierten Berechnung resümierte Thünen: "Der Preis des Roggens in der Stadt ist, wie schon oben gezeigt, gleich dem Betrage der Produktionskosten auf den benachbarten Gütern und den Transportkosten desselben von diesen Gütern nach der Stadt zusammengenommen.

58 Ebenda, S. 351 f.
59 Ebenda, S. 347.

Da der Kornbedarf der kleinen Städte von den Gütern, die 1/2 bis 1 Meile von der Stadt entfernt liegen, befriedigt werden kann, so können wir die Transportkosten für einen Scheffel Roggen nur zu 1 ß und incl. der Verkaufs- oder Handelskosten höchstens zu 1 1/2 ß annehmen. Den Stadtbewohnern kostet die Produktion eines Scheffels Roggen mehr als den Landwirten ... 10 8/10 ß; beim eigenen Anbau des Roggens ersparen sie dagegen die Transportkosten desselben, welche pr. Scheffel betragen ... 1 1/2 ß
es bleiben 9 3/10 ß.

Die Stadtbewohner verlieren also auf jeden Scheffel Roggen, den sie selbst erbauen, 9 3/10 ß, oder, was desselbe sagt, jeder selbst produzierte Scheffel Roggen kostet ihnen 9 3/10 ß mehr als wofür sie denselben kaufen können."[60]

In den folgenden Ausführungen unterwarf Thünen die übrigen Zweige der städtischen Landwirtschaft einer genauso strengen Rentabilitätsberechnung und kam zu dem Schluß, daß der Landwirtschaftsbetrieb der Städte ökonomisch faktisch auf dem Kopf stand: "Wir sehen, wie die Viehweiden, die eine hohe Rente gewähren könnten, durch Übertreibung mit Vieh aufhören, eine Rente zu geben; wir sehen, wie dagegen der verlustbringende Getreidebau auf jede mögliche Weise erweitert wird."[61]

Dieser Zustand - so erkannte Thünen - hatte historische Wurzeln. Er war ein Relikt aus dem späten Mittelalter, in dem sich die Städte gegen das Raubrittertum wehren mußten und jeder Stadtbewohner ein Interesse daran haben mußte, unentbehrliche Grundnahrungsmittel unabhängig von der Zufuhr durch den Handel selbst zu produzieren. Unter den Bedingungen der kapitalistischen Warenwirtschaft allerdings - so Thünen - sei diese Art der Ackerwirtschaft ein Anachronismus, der aber durch das Moment der Beharrung fortlebe: "Diese Verhältnisse sind nun schon seit mehreren Jahrhunderten durchaus verändert, keiner bedroht mehr die Sicherheit der Städte, keiner stört mehr die Zufuhr von Lebensmitteln, die veralteten Einrichtungen sind unzweckmäßig und verderblich für den Wohlstand und das Aufblühen der Städte geworden; aber die städtischen Verfassungen sind dem Beharrungszustand so günstig, daß die Einrichtungen noch fortdauern, nachdem die Ursachen, die diese hervorgerufen haben, schon seit Jahrhunderten verschwunden sind."[62] Thünen erkannte jedoch an, daß die kleinstädtische Landwirtschaft auch im 19. Jh. durchaus ihre praktische Existenzberechtigung hatte. Sie müsse aber - so führte er aus - Produkte hervorbringen, die aufgrund der spezifischen Standortvorteile - reichliches Angebot an Arbeitskräften, Dungüberfluß, ein im gewerblichen Bereich nur z. T. ausgelasteter Pferdebesatz, kurze Wege zum Verbraucher - kostengünstiger als auf dem platten Lande erzeugt werden könnten.[63] Nur auf diesem Wege könnten die städtischen Landparzellen, deren Kauf- und Pachtwert um 1830 lediglich 50 % des Gutslandes vergleichbarer Größe und Bonität betrug, zu einem hohen Reinertrag gebracht werden.[64]

In seinem knapp 100 Druckseiten umfassenden Gutachten schlug der Tellower Musterlandwirt, basierend auf den agrarökonomischen Untersuchungen des "Isolierten Staates", radikale Reformmaßnahmen vor, die tief in die tradierte Agrarverfassung eingriffen und der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktivkräfte neuen Raum boten.[65]

60 Ebenda, S. 349 f.
61 Ebenda, S. 362.
62 Ebenda, S. 408 f.
63 Vgl. ebenda, S. 370 ff.
64 Vgl. ebenda, S. 367 f.
65 Vgl. ebenda, S. 376 ff.

Im Kern forderte Thünen eine Intensivierung des städtischen Ackerbaus. Den nahe der Ringmauer gelegenen, gut erreichbaren Acker wollte er separieren und, in Anlehnung an seine Ausführungen im "Isolierten Staat", der "freien Wirtschaft", d. h. einer intensiven Kartoffel- und Gemüseproduktion zur Deckung des städtischen Eigenbedarfs, unterwerfen.

Der zweite, größere Kreis des Stadtfeldes sollte in einer stark gedüngten sechsschlägigen Koppelwirtschaft genutzt werden, deren Fruchtfolge auf die Erfordernisse einer intensiven Milchwirtschaft und Kartoffelproduktion abgestimmt war. Wohl um in den schwerfälligen Verwaltungsapparaten der Kommunen den komplizierten und zeitaufwendigen Separierungsprozeß zu umgehen, verzichtete Thünen hier allerdings auf die Aufhebung des Flurzwanges und der Gemengelage. Als wichtigste Voraussetzung für einen verbesserten Feldbau der Städte forderte er eine gründlichere Bodenbearbeitung, vor allem den Einsatz eiserner Eggen auf der Dreeschbrache zur Queckenbekämpfung. Den weit von der Stadt entfernten Acker, der aufgrund der inneren Verkehrslage zum Wirtschaftshof wenig oder gar keinen Reinertag erbrachte, empfahl Thünen zur Gewinnung von billigem Brennholz aufzuforsten bzw. dort selbständige Pachthöfe mit eigenem, verkehrsmäßig günstigem Betriebsmittelpunkt zu errichten. Diese Anregung sollte vor allem brennstoffintensive Gewerbe in die Städte ziehen - eine Überlegung, die in dem mit fossilen Brennstoffen nicht reich gesegneten Mecklenburg ihre Berechtigung hatte. Die Errichtung von selbständigen Pachthöfen auf der äußeren Stadtfeldmark hätte die Ausgliederung dieses Landes aus der städtischen Landwirtschaft bedeutet.

Durch die Einführung eines nennenswerten Weidegeldes sollte die Gemeinschaftsweide entlastet werden und deren Nutzung nur noch für den Berechtigten ökonomisch sinnvoll sein, der in der Lage war, eine profitable kommerzielle Milchwirtschaft zu treiben. Die Mehrzahl der kleinen Berechtigten, die nur eine Kuh oder ein paar Schafe halten konnten, sollte durch die Verteilung des einkommenden Weidegeldes vollständig entschädigt werden.

Die Kornerzeugung ließ Thünen nur noch insoweit zu, wie sie der Strohgewinnung für die Milchwirtschaft diente. Die Schafhaltung wollte er völlig abschaffen. Beide Zweige, so wies er exakt nach, würden in der Stadt gegenüber der dort profitableren Milchwirtschaft sowie der Kartoffel- und Gemüseerzeugung mit finanziellem Nachteil betrieben. Der Ankauf von Getreide und Spinnwolle, Produkte, die durch die Gutswirtschaften mit weniger Unkosten erzeugt wurden, könnte von den Städten ohne finanziellen Nachteil bewerkstelligt werden, da der Vorteil eines niedrigen Kartoffel-, Gemüse- und Milchpreises durch die stadtnahe Eigenproduktion diese Investition mehr als ausgleichen würde.

Besonders verwies Thünen jedoch den Flachsbau als Grundlage der heimgewerblichen Leinenweberei in die Landstädte. Der durch die intensive Viehwirtschaft reichlich anfallende Dung und die Konzentration von Arbeitskräften in den Städten bildeten seiner Meinung nach optimale Voraussetzungen für den Anbau und die Verarbeitung dieser arbeitsintensiven Kultur. Dieser Vorschlag ist im Zusammenhang mit Thünens bereits erwähnten Vorstellungen über die Lösung des Pauperismusproblems zu sehen.

Die Schlußbemerkungen des "Erachtens über die Verbesserung des Ackerbaus der Städte" sind m. E. hervorragend dazu geeignet, nachzuweisen, daß hier ein Wirtschaftswissenschaftler zur Feder gegriffen hatte, der die Volkswirtschaft als Ganzes betrachtete. Thünen schrieb: "Indem nun die Verbesserung des städtischen Ackerbaus nach zwei Seiten, auf Erhöhung der Ackerrente und auf Erniedrigung des Preises mehrerer Lebensbedürfnisse zugleich hinwirkt, während die Verbesserung der Ackerkultur auf einzelnen Landgütern nur nach einer Seite, nämlich auf Vermehrung der Ackerrente wirkt, hat erstere - bei gleichen Flächen - ein weit größeres Interesse als letztere.

Da aber die Erniedrigung des Preises der Lebensbedürfnisse die Erweiterung der bestehenden Gewerbe und das Emporblühen neuer Fabriken hervorbringt, wenigstens hervorbringen kann, und dieses die zweifache Wirkung hat, daß 1) die Fabrikate wohlfeiler werden und 2) im Lande die Konsumtion an Getreide, Fleisch usw. zunimmt: so sind alle Bewohner des ganzen Landes dabei interessiert und die Verbesserung des städtischen Ackerbaus wird in dieser Beziehung zu einer Angelegenheit des ganzen Staates.

Die bürgerliche Gesellschaft ist kein Aggregat, sondern ein organisches Ganzes, und so wie beim Menschen der ganze Körper mitleidet, wenn nur ein Glied desselben verletzt ist: - so wirkt auch in der bürgerlichen Gesellschaft das Leiden eines Standes nachteilig auf das Wohl aller anderen Stände zurück."66

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß Thünen, der mit der Veröffentlichung seines Hauptwerkes "Der isolierte Staat" im Jahre 1826 die selbständige agrarökonomische Forschung in Deutschland begründet hatte, auch in seiner agrarpolitischen Tätigkeit in Mecklenburg das in diesem Werk enthaltene theoretische, methodisch-methodologische Instrumentarium und das seine Untersuchungen charakterisierende hohe agrarökonomische Erkenntnisniveau praktisch umsetzen konnte. In den meisten seiner Schriften erwies sich Thünen als ein Landwirt, Wissenschaftler und Agrarpolitiker, der den Prozeß der kapitalistischen Agrarentwicklung in seiner Totalität sowie in seinen Beziehungen zur bürgerlichen Umwälzung und zur industriellen Revolution im Auge hatte. Als Agrarökonom bestand sein Hauptanliegen darin, den Platz und die Funktion der Landwirtschaft im System einer kapitalistischen Volkswirtschaft umfassend darzustellen.

66 Ebenda, S. 431.

Jb. f. Wirtschaftsgeschichte 1988/2

Zwei Modelle der altgriechischen Wirtschaft

Der "Modernismus" bei der Interpretation der antiken Geschichte im 19. und beginnenden 20. Jh.

von Jan Pečírka

War die griechische Wirtschaft des 5. und 4. Jh. v. u. Z. "Volks- und Weltwirtschaft, in der die Landwirtschaft immer mehr zurück-, die Industrie hervortritt, in der diese zur Großindustrie wird, kapitalistisch basiert und automatisch sich steigernd, in der Fabriken, die für den Export arbeiten, eine Konkurrenz auf dem Weltmarkt erzeugen?" Oder war in der griechischen Wirtschaft "umgekehrt die Stufe der 'geschlossenen Hauswirtschaft' nur unwesentlich überschritten worden? Hat es keine Volkswirtschaft gegeben und keine großen internationalen Wirtschaftszusammenhänge, keinen auf internationalem Güteraustausch fußenden Handel und damit auch keine für einen Massenexport arbeitende Großindustrie? Ist die Orientierung also mehr eine agrarische als industriell-kommerzielle? Kommt dem Handel nicht viel mehr zu als die Rolle, mit Spezialitäten zu hausieren, die ein Handwerk aus den am Orte vorhandenen Rohstoffen über den lokalen Bedarf hinaus produzierte?"[1]

In diesen Worten faßte Friedrich Oertel 1925 zwei sichtlich unvereinbare Auffassungen, Modelle der ökonomischen und sozialen Struktur des antiken Griechenlands zusammen, wie sie sich ihm damals nach vielen Jahren einer sehr lebhaften - und sehr polemischen - Diskussion darstellten. Er hat natürlich die beiden Modelle vereinfacht beschrieben, besonders das "antimodernistische", das in seiner Fassung wirklich die Bezeichnung "primitivistisch" verdient und auch so genannt wurde. Wir werden noch sehen, wie ungenau Oertel die Ansichten der Gegner des Modernismus, zu denen er nur sehr bedingt gehörte, wiedergab. In dieser Form hat das "primitivistische" Modell in der Geschichte der klassischen Zeit Griechenlands nie existiert (und konnte folglich auch sehr leicht widerlegt werden). Es bleibt jedoch die Frage, wie man a u f g r u n d d e r s e l b e n T a t s a c h e n , geschöpft aus den antiken schriftlichen Quellen und aus den archäologischen Ausgrabungen, zu derart unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Verallgemeinerungen gelangen konnte.

Um diese Frage beantworten zu können, ist es unumgänglich, auf die Anfänge der obenerwähnten Meinungsverschiedenheit über den Grundcharakter der wirtschaftlichen und sozialen Struktur des Alten Griechenlands zurückzukommen, um die theoretischen Probleme (und die theoretisch-ideologischen und sogar politischen Klippen) besser zu verstehen, vor die das Alte Griechenland den Historiker stellt. Obgleich die "Hundertjährige Diskussion"[2] schon

1 Oertel, Friedrich, in seinem Anhang zu: Pöhlmann, Robert v., Geschichte der sozialen Frage und des Sozialismus in der antiken Welt, Bd. 2, 3. Aufl., München 1925, S. 516 f.

2 Fünf der wichtigsten Diskussionsbeiträge aus den Jahren 1893 bis 1902 sind heute leicht zugänglich in: The Bücher - Meyer Controversy, hg. v. M(oses) I. Finley, New York 1979. - Der Band enthält fotomechanische Nachdrucke (leider ohne Kommentar und Einführung) der folgenden Auf-

vielmals behandelt wurde,[3] haben sich die bisherigen Schilderungen ihres Verlaufs mit wenigen Ausnahmen vor allem auf eine Beschreibung der vorgeschlagenen Modelle sowie auf den "Kampf" ihrer Autoren konzentriert, also mehr oder weniger auf die faktographische Seite der Diskussion, auf das Bild der griechischen Geschichte,[4] das ihre Protagonisten entworfen haben. Doch die Schöpfer der einzelnen Modelle gingen von weiteren theoretischen Ausgangspunkten aus und verfochten - bewußt oder unbewußt - verschiedene ideologische Positionen und nicht selten ausgesprochen politische Gesichtspunkte, wie Moses I. Finley und in Italien Ettore Lepore[5] gezeigt haben. Und es sind oft eben diese ideologischen und politischen Gesichtspunkte, die die wissenschaftlichen Methoden einzelner Diskussionsteilnehmer und die ideologische Funktion ihrer Modelle beleuchten oder erklären können.

sätze: Bücher, Karl, Die Entstehung der Volkswirtschaft, Tübingen 1893. - Dem Nachdruck liegt die 5. Aufl., Tübingen 1906, zugrunde; Meyer, Eduard, Die wirtschaftliche Entwicklung des Altertums = (Hildebrands) Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Folge 3, 9 (64), Jena 1895, S. 696 - 750. - Dem Nachdruck liegt derselbe, Kleine Schriften, 2 Bde., 2. Aufl., Halle 1924, zugrunde; Beloch, Karl Julius, Die Großindustrie im Altertum, in: Zeitschrift für Socialwissenschaft, 2, 1899, S. 18 - 26; derselbe, Zur griechischen Wirtschaftsgeschichte, in: ebenda, 5, 1902, S. 95 - 103 u. 169 - 179; Bücher, Karl, Zur griechischen Wirtschaftsgeschichte, in: Festgaben für Albert Schäffle, Tübingen 1901, S. 193 - 254. - Dem Nachdruck liegt die wesentlich erweiterte Fassung in: derselbe, Zur griechischen Wirtschaftsgeschichte, Tübingen 1922, S. 1 - 97, zugrunde.

3 Oertel, S. 509 - 585; Gernet, Louis, Comment charactériser l'économie de la Grèce antique?, in: Annales d'histoire économique et sociale, 2, 1933, S. 561 - 566 (Nachdruck von derselbe, Les Grecs sans miracle, Paris 1893, S. 193 - 200); Will, Edouard, Trois quarts de siècle de recherches sur l'économie grecque antique, in: Annales. Economies, Sociétés, Civilisations, 9, 1954, S. 7 - 22; Pearson, Harry W., The Secular Debate on Economic Primitivism, in: Trade and Market in the Early Empires, hg. v. Karl Palányi u. a., Glencoe 1953, S. 3 - 11; Hoselitz, Bert F., Theories of Stages of Economic Growth, in: Theories of Economic Growth, hg. v. Bert F. Hoselitz, Glencoe 1960, S. 193 -238; Lepore, Ettore, Economica antica e storiografia moderna, in: Ricerche storiche ed economiche in memoria di C. Barbagallo, Bd. 1, Napoli 1970, S. 3 - 33; Austin, Michel/Vidal-Naquet, Pierre, Gesellschaft und Wirtschaft im alten Griechenland, München 1984 (deutsche Fassung auf der Grundlage der 2. französ. Aufl., Paris 1973), Kap. 1; Finley, M(oses) I., The Ancient City: From Fustel de Coulanges to Max Weber and beyond, in: Economy and Society in Ancient Greece, hg. v. B. D. Shaw u. R. S. Saller, London 1981, S. 1 - 23. - Die Erstveröffentlichung erfolgte 1977; derselbe, Slavery and the Historians, in: Histoire sociale/Social History, 12, 1979, S. 247 - 261; derselbe, Die Sklaverei in der Antike, München 1981, Kap. 1: Die Sklaverei und die moderne Ideologie.

4 Ähnliche Probleme der römischen Geschichte sind natürlich auch erörtert worden. Doch konzentrierte sich die Diskussion, besonders in ihren Anfängen, auf die griechische Geschichte, auf die ich mich hier beschränken werde.

5 Vgl. den bibliographischen Nachweis in: Anm. 3.

Der Begründer der Wirtschaftsgeschichte des Alten Griechenlands, August Boeckh (1785 bis 1867), wollte keineswegs ein Werk über die Geschichte der athenischen Finanzen verfassen. Die "Haushaltung" im Titel seines Werkes ist eine genaue Übersetzung des griechischen Wortes "oikonomia",[6] also ging es ihm um die Ökonomie der Polis, d. h. des Staates. Doch das Geld war in seinen Augen der für die Entwicklung der Wirtschaft Athens entscheidende Faktor: "Athen ward die Lehrerin aller edlen und freien Künste und der Wissenschaften, die Erzieherin der Zeitgenossen und der Nachwelt. Aber der Geist bedarf außer der Tugend der Seele zur äußeren Wirksamkeit sinnlicher Kräfte, welche alle für Geld feil gehalten werden: diese mächtige Springfeder setzt das ganze Getriebe menschlicher Tätigkeit in Bewegung." Daher kann "das Leben des Altertums ohne Kunde seiner Finanzen noch sein Finanzwesen ohne die genauere Einsicht ins innere des Staates und öffentlichen Lebens nicht verstanden werden."[7] Daher bildet die Geschichte der athenischen Finanzen - in der gezeigten weiten Auffassung - das Zentralthema von Boeckhs berühmtem Buch, wie sich am anschaulichsten an den Titeln von Buch 2 bis 4 zeigen läßt. Sie lauten: "Von der Finanzverwaltung und den Ausgaben", "Von den ordentlichen Einkünften des athenischen Staates", "Von den außerordentlichen Einkünften des athenischen Staates und den besonderen Finanzmaßregeln der Hellenen".

Und den Inhalt des ersten Buches faßt Boeckh so zusammen: "Vor der Betrachtung der attischen Finanzen (in Buch 2 bis 4 - J. P.) sei also dieses erste Buch der Bestimmung der Preise, des Lohnes und Zinses gewidmet."[8]

Bei seiner Betonung der Bedeutung des Finanzwesens ging Boeckh von der Beobachtung moderner Verhältnisse aus, von einer Parallele zum modernen Staat seiner Zeit. Er betont dies am Anfang von Buch 2, dessen erstes Kapitel den Titel "Ob die Finanzen in den Staaten des Altertums dieselbe Wichtigkeit hatten wie in unseren Zeiten" trägt: "Kann also wohl behauptet werden, das Finanzwesen sei den Alten minder wichtig als uns gewesen, und habe einen geringeren Einfluß auf das Staatenwohl gehabt? Gewiß nicht, wenn man anders die Vergleichung richtig anstellt, und den Unterschied nicht übersieht, welcher in der sehr ungleichen Größe der merkwürdigsten und wichtigsten Staaten des Altertums und des heutigen Europas liegt."[9]

Auch der zum Klassiker gewordene Historiker und Bewunderer der athenischen Demokratie, der liberale Politiker und Bankier Goerge Grote, sah in seinem zwölfbändigen Werk "History of Greece" (1845 bis 1856) die wirtschaftliche Entwicklung des Alten Griechenlands durch die Brille der ökonomischen Verhältnisse seiner Zeit, so daß er beispielsweise bei der Beschreibung von Solons Vermögensklassen feststellen konnte, daß jeder Bürger in sie eingeordnet wurde nach dem "taxable capital, calculated with a certain reference to his annual income" und "a graduated income tax" zahlte.[10]

6 "Hé oikonomiké (scilicet techné)" bedeutet in den Politika des Aristoteles (passim) "die Kunst, das Familiengut zu verwalten", "die Kunst der Haushaltung" - von "oikos" (u. a. "Haus, Familiengut") und "nemein" (u. a. "verwalten").

7 Boeckh, August, Die Staatshaushaltung der Athener, Bd. 1, 2. Aufl., Berlin 1851, S. 1 f.

8 Ebenda, S. 5.

9 Ebenda, Bd. 2, 2. Aufl., Berlin 1851, S. 184.

10 Grote, George, History of Greece, Bd. 3, 2. Aufl., New York 1859, S. 118. - Diese Schlußfolgerungen waren auch deshalb möglich, weil Grote (ebenda, S. 314 ff.) für den ersten griechischen Staatsmann, der Münzen prägte, der antiken Tradition gemäß den Herrscher von Argos, Pheidon, hielt (Ephoros bei Strabon, 8, 358, vgl. auch 376), den er in die Zeit 770 - 730 v. u. Z. datierte.

Und mit ähnlicher Selbstverständlichkeit benutzte die gegenwartsbezogene ökonomische Terminologie z. B. Bernhard Büchsenschütz 1869 in seinen beiden Studien: "Besitz und Erwerb im griechischen Alterthume" und "Die Hauptstätten des Gewerbefleißes im klassischen Alterthume".[11]

Diese Benutzung der gegenwartsbezogenen ökonomischen Terminologie bei der Beschreibung der Wirtschaftsverhältnisse des antiken Griechenlands war bei den Pionieren der griechischen Wirtschaftsgeschichte begreiflich. Es handelte sich freilich um ein "modernisierendes" Vorgehen, doch dürfen wir diese Modernisierung bei den ersten zwei Dritteln des 19. Jh. als eine unwillkürliche, unbefangene betrachten. Sie war eine - man möchte fast sagen - Hilfsmethode, die eine Beschreibung und Erschließung von bis dahin nichtbeschriebenen und nichterschlossenen historischen Tatsachen und Zusammenhängen erleichterte, und als solche sogar eine der Vorbedingungen zu einer wissenschaftlichen Beschreibung und Erschließung der antiken Wirtschaft. Gaben doch eben die stürmische Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft und ihre Analyse durch die bürgerliche politische Ökonomie einen Anstoß zur Erforschung der Wirtschaft der frühen historischen Epochen. Boeckhs "Modernisierung" gründete sich auf keine bestimmte theoretische Auffassung der Wirtschaftsgeschichte. George Cornewall Lewis, der Boeckhs Buch ins Englische übersetzte, konnte konstatieren "that Boeckh's economic ideas did not go beyond those to be expected of an educated Athenian of the age of Aristotle."[12] Sein "Modernismus" war eine Kinderkrankheit der sich konstituierenden Wissenschaft von der Wirtschaftsgeschichte des Altertums. Max Weber hat noch Büchsenschütz' "Besitz und Erwerb im griechischen Alterthume" zu Recht als eine "brave, aber über ökonomische Kategorien ganz unorientierte Arbeit"[13] charakterisiert.

Eine gleichartige "Modernisierung" ist übrigens auch schon bei den Klassikern der bürgerlichen politischen Ökonomie zu finden, z. B. bei Adam Smith.[14] Bert Hoselitz faßt das Wesen der Kritik des deutschen Wirtschaftswissenschaftlers Friedrich List (1789 bis 1846) an Adam Smith und der klassischen Schule der politischen Ökonomie zu Recht wie folgt zusammen: List kritisierte "the essentially deductive character of classical theory and its lack of interest in deriving generalisations from the study and examination of empirical historical processes".[15] Und Hoselitz fügt hinzu, daß man in den Werken der klassischen Ökonomen nur "very few explicit, realistic discussions of economic relations in a social framework different from that of their own times" finden kann.[16]

11 Büchsenschütz, Bernhard, Besitz und Erwerb im griechischen Alterthume, Halle 1869; derselbe, Die Hauptstätten des Gewerbefleißes im klassischen Alterthume, Leipzig 1869.

12 Lewis, D. M., Boeckh, Staatshaushaltung der Athener. 1817 - 1967, in: Acta of the Fifth International Congress of Greek an Latin Epigraphy, Oxford 1971, S. 35 - 40.

13 Weber, Max, Agrargeschichte (Altertum), in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 1, 3. Aufl., Jena 1909, S. 198.

14 Smith sah die Arbeitsteilung als "die zwangsläufige, wenn auch sehr langsame und allmähliche Folge einer gewissen Neigung der menschlichen Natur - die keinen solch ausgiebigen Vorteil im Blick hat - zum Tausch und zum Tauschhandel bzw. zum wechselseitigen Austausch von Gegenständen". (Smith, Adam, Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums, Bd. 1, Berlin 1963, S. 20.)

15 Hoselitz, S. 198 (Hervorhebung von mir - J. P.).

In den zwei letzten Dritteln des 19. Jh., die zugleich die Zeit der Entstehung des Marxismus waren, begannen theoretisches Denken und ideologische Lage sich allmählich zu wandeln, und in dessen letztem Jahrzehnt gipfelte diese Entwicklung in einer breiten und oft sehr scharfen Auseinandersetzung über die Art und Weise, wie die Wirtschafts- und Sozialstruktur der antiken Gesellschaften zu beschreiben sei. Im Verlauf dieser Diskussion prägten sich die beiden anfangs erwähnten gegensätzlichen Denkmodelle der antiken Geschichte.

Die unhistorische Auffassung der Wirtschaftserscheinungen und -gesetze, die den Vertretern der klassischen politischen Ökonomie eigen war, wurde nach der Mitte des 19. Jh. zur Zielscheibe der Kritik von zwei Seiten. Von der bürgerlichen Seite erhob sich die kritische Stimme der sog. historischen Schule der politischen Ökonomie, die bestrebt war, das Wirtschaftsleben der Völker historisch zu beschreiben und zu untersuchen, und die gegenüber dem Ahistorismus der klassischen Schule "eine historische Auffassung der politischen Ökonomie"[17] forderte. Von der anderen Seite nahm der sich herausbildende Marxismus, der "asiatische, antike, feudale und modern bürgerliche Produktionsweisen als progressive Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation bezeichnet" hat,[18] eindeutig Stellung gegen den Ahistorismus und die mit ihm verbundene Modernisierung: "Aber, wird man sagen, die allgemeinen Gesetze des ökonomischen Lebens sind ein und dieselben; ganz gleichgültig, ob man sie auf Gegenwart oder Vergangenheit anwendet. Grade das leugnet Marx. Nach ihm existieren solche abstrakte Gesetze nicht ... Nach seiner Meinung besitzt im Gegenteil jede historische Periode ihre eignen Gesetze ..."[19]

Trotz der Verschiedenheit, ja Gegensätzlichkeit der ideologischen und politischen Wege des wissenschaftlichen Sozialismus und des sog. Kathedersozialismus, in dessen Reihen hervorragende Vertreter der jüngeren Generation der historischen Schule der politischen Ökonomie gehörten, u. a. auch der bedeutende Wirtschaftshistoriker K a r l B ü c h e r (1847 bis 1930), hatten beide Richtungen der Kritik des Ahistorismus der klassischen Schule der politischen Ökonomie eines gemeinsam: Sie haben beide anerkannt, daß die historische Entwicklung der Menschheit in aufeinander folgenden Entwicklungsphasen verläuft - "Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation" bei Marx, "Wirtschaftsstufen" bei Bücher. Und auch Büchers Kritik an der "neuern 'historischen' Schule", welche, "anstatt ... in das Wesen früherer Wirtschaftsepochen einzudringen, fast unbesehen die gewohnten, von den Erscheinungen der modernen V o l k s wirtschaft abstrahierten Kategorien auf die Vergangenheit übertragen" und "an den verkehrswirtschaftlichen Begriffen so lange herumgeknetet hat, bis sie wohl oder übel für alle Wirtschaftsepochen passend erscheinen".[20] Auch diese Kritik können wir heute ohne weiteres akzeptieren.

16 Ebenda (Hervorhebung von mir - J. P.).

17 Krause, Werner, Die Reaktion der bürgerlichen politischen Ökonomie auf das Vordringen des Marxismus in der Arbeiterbewegung, in: Geschichte der politischen Ökonomie. Grundriß, hg. v. Herbert Meißner, Berlin 1978, S. 234, wo auch die negativen Seiten dieser Kritik zusammengefaßt sind. - Vgl. z. B. auch Wendt, Siegfried, Geschichte der Volkswirtschaftslehre, Berlin (West) 1961, S. 97, der über Gustav von Schmoller schreibt, daß dieser bemüht war, "eine geschichtlich gegründete Theorie, mit deren Hilfe die Wirtschaft aus dem Zusammenhang ihrer gesellschaftlichen und politischen Bedingtheiten verstanden werden kann", zu schaffen.

18 Marx, Karl, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: Marx/Engels, Werke (MEW), Berlin 1956 ff., Bd. 13, S. 9.

19 Derselbe, Das Kapital, Bd. 1, in: MEW, Bd. 23, S. 26, zitiert zustimmend im "Nachwort zur zweiten Auflage" aus der Besprechung dieses Bandes durch Kaufman, Illarion I., Točka zrenija politiko-ėkonomičeskoj kritiki u Karla Marksa, in: Vestnik Evropy ..., 3, Sanktpeterburg 1872.

20 Bücher, Karl, Die Entstehung der Volkswirtschaft, Tübingen 1911, S. 87.

Ich kann nicht umhin, hier ein paar Worte zur Würdigung der etwas umstrittenen Persönlichkeit von Karl Bücher hinzuzufügen. In Eduard Bernsteins Brief an Friedrich Engels, wahrscheinlich am 18. August 1884 und jedenfalls kurz vor dem Erscheinen von Engels' "Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats" geschrieben, lesen wir: "Ich frage Dich also an, ob Du etwas dagegen hast, wenn Schabelitz die Aushängebogen, sobald der letzte die Presse verlassen, an einige wenige bessere Zeitschriften und an einige uns nahestehende Dozenten versendet. Zu den letzteren rechne ich z. B. Professor Dr. Bücher in Basel, Verfasser von 'Die Aufstände der unfreien Arbeiter im Altertum' etc., ein sehr ehrenhafter Mann, der in seinen Vorlesungen ganz offen sich als Anhänger der Marxschen Werttheorie bekannt hat und seine Hörer zum Studium von Marx animiert hat."[21]

Die Autoren des Artikels "Karl Bücher, seine politische und wissenschaftliche Stellung", denen ich die Kenntnis des Briefes verdanke, kommentieren diesen Brief wie folgt: "Wir sehen also, daß Karl Bücher bereits vor seiner Leipziger Tätigkeit weit in Deutschland und vor allem auch in führenden Kreisen der Sozialdemokratie bekannt war und die ökonomischen Theorien von Marx seinen Hörern nahebrachte." Und wenn Bücher auch immer ein bürgerlicher Ökonom geblieben sei, so habe er doch nie in den Reihen der Rechtsradikalen gestanden.[22] Das beweisen übrigens seine Rektorrede vom 31. Oktober 1903, wo er die Studenten vor der "traurige(n) Bootschaft von der Herrenmoral" warnte und von Eigennutz der Wirtschaftsunternehmer sprach, die "das ethische Feingefühl, das Bewußtsein der sozialen Verantwortlichkeit" verlieren, und seine viel späteren Worte in dem Vortrag "Die Sozialisierung" vom Jahre 1919 in Tübingen (man vergleiche seine Haltung mit der Einstellung eines Eduard Meyer oder Karl Julius Beloch nach dem Kriege[23]: "Persönlich bin ich von der Unausbleiblichkeit eines schließlichen Sieges des Sozialismus überzeugt, habe aber niemals geglaubt, daß ich die Zeit noch erleben werde, wo er Wirklichkeit werden solle. Ich habe viele Jahre meines Lebens der Untersuchung vergangener Stufen der Wirtschaft gewidmet, ich habe sie

21 Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Friedrich Engels, hg. v. Helmut Hirsch, Assen van Corcum 1970, Brief Nr. 102.

22 Barthel, Heinz/Kesselbauer, Günther/Voigt, Manfred, Karl Bücher. Seine politische und wissenschaftliche Stellung in: Karl-Marx-Universität Leipzig. 1409 - 1959 = Beiträge zur Universitätsgeschichte, Bd. 2, Leipzig 1959, S. 78 - 91. - Vgl. auch Finley, Die Sklaverei in der Antike, S. 50: Karl Bücher (und Max Weber), "die zwar keine Marxisten waren, aber sehr gute Kenntnisse über Marx besaßen und stark von ihm beeinflußt waren".

23 Finley, der sonst Bücher eindeutig positiv beurteilt, irrt, wenn er sagt, "keiner von diesen Dreien (Karl Bücher, Max Weber und Giuseppe Salvioli - J. P.) schrieb über die Antike als solche" (Finley, Die Sklaverei in der Antike, S. 50), behandelte doch Büchers erstes Buch, das 1874 in Frankfurt am Main erschien, "Die Aufstände der unfreien Arbeiter 143 - 129 v. Chr.". - Jürgen Kuczynski, der in seiner Abhandlung "Die deutsche Historische Schule" Büchers Werk sehr ausgewogen und ansonsten positiv beurteilt, spricht von dessen "wahrlich kümmerliche(r) Stufentheorie" und bemerkt dazu: "ich gebrauche dieses Wort, weil ... kaum jemand bei uns oder in der BRD oder anderswo im Ausland diese noch kennt oder gar propagiert." (Kuczynski, Jürgen, Studien zu einer Geschichte der Gesellschaftswissenschaften, Bd. 8: Zur Geschichte der Wirtschaftsgeschichtsschreibung, Berlin 1978, S. 163). Dies mag für die Wirtschaftsgeschichte gelten, nicht aber für die Geschichte des Altertums (vgl. z. B. die in Anm. 3 zitierten Werke Finleys, eines der bedeutendsten Historiker der Antike im 3. Viertel unseres Jh.). Mögen die Wirtschaftsstufen uns h e u t e als kümmerlich erscheinen, am Ende des vorigen Jh. waren sie es keineswegs, wie ich im Text gezeigt zu haben hoffe.

in eine Ordnung zu bringen und auch im Stillen für mich sie in die Zukunft hinein fortzusetzen versucht. Und da habe ich mir immer wieder sagen müssen, daß die ökonomische Welt einmal in der Richtung zu suchen sein werde, wie die besten unter den Sozialisten sie sich vorstellen."[24]

Infolgedessen konnte es auch passieren, daß in dem letzten Jahrzehnt des 19. und dem ersten des 20. Jh., wo der theoretische Streit in der Alten Geschichte in einer heftigen Diskussion gipfelte, an der u. a. Karl Bücher auf der einen und Eduard Meyer, Robert Pöhlmann sowie Karl Julius Beloch auf der anderen Seite teilnahmen, die marxistische bzw., der damaligen Terminologie zufolge, die materialistische oder (im sehr breiten Sinn) sozialistische Theorie und Methode in Mitleidenschaft gezogen und oft sogar zum direkten Streitmittelpunkt wurde.

Dabei haben Pöhlmann und Beloch ihre theoretische und politische Stellung klar proklamiert. R o b e r t P ö h l m a n n begann seinen Aufsatz "Die Feldgemeinschaft bei Homer" in der Auflage von 1895 folgendermaßen: "Die Ideen des modernen Sozialismus über die auf einer 'höheren' Stufe menschheitlicher Entwicklung zu erwartende Vergesellschaftung der Produktion und den Sieg des Gemeinschaftsprinzips über die individualistischen Lebensformen der heutigen Gesellschaft haben naturgemäß ein lebhaftes Interesse für jene Frühepochen der Menschheit hervorgerufen, wo der gesellschaftliche Instinkt, der Sozialtrieb des Menschen in der Tat mancherlei Sozialgebilde von mehr oder weniger kommunistischem Gepräge erzeugt hat. Ebenso natürlich ist es, daß das subjektive Interesse, das man diesen Erscheinungen entgegenbrachte, der W u n s c h , möglichst viel Kommunismus in der Geschichte verwirklicht zu sehen, vielfach dazu geführt hat, in die Vergangenheit eine Auffassung hineinzutragen, die der geschichtlichen Wirklichkeit nicht entspricht."[25] Und er führt an, als "bezeichnend für diesen Standpunkt", "die dem bekannten Werke Morgans (Ancient Society) entnommene Prophezeiung, mit der ein Hauptvorkämpfer des Sozialismus, Fr. Engels sein Buch über den Ursprung der Familie ... abschließt: 'Demokratie in der Verwaltung, Brüderlichkeit in der Gesellschaft ...'"[26]

In seiner Besprechung der 2. Auflage von Pöhlmanns "Geschichte der sozialen Frage" konstatierte Matthias Gelzer zu Recht dessen "Tendenz, die antiken Berichte mit einem modernen Schlagwort oder mit einem Zitat eines modernen sozialistischen oder sozialpolitischen Autors abzustempeln und so belehrend auf die soziale Politik der Gegenwart einzuwirken."[27]

24 Bücher, Karl, Die Sozialisierung, Tübingen 1919, S. 16, zit. nach: Barthel/Kesselbauer/Voigt, S. 81.

25 Pöhlmann, Robert, Die Feldgemeinschaft bei Homer, zuerst veröffentlicht in: Zeitschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 1, 1893, S. 1 - 42, erweitert (u. a. um die Kritik an Friedrich Engels) in: derselbe, Aus Altertum und Gegenwart, 1. Aufl., München 1895, S. 105 - 148, die dem Zitat zugrunde liegt, in der 2. Aufl., München 1911, ausgelassen, da inzwischen (leicht gekürzt) benutzt in: derselbe, Geschichte des antiken Kommunismus und Sozialismus, Bd. 1, München 1893, Bd. 2, München 1901; in der 3. Aufl. (= derselbe, Geschichte der sozialen Frage und des Sozialismus in der antiken Welt, 2 Bde., München 1925) wieder leicht verändert, u. a. um einen milden, aber direkten Angriff gegen die Sozialisten (ebenda, S. 12 - 36).

26 Ebenda.

27 Gelzer, Matthias, in: Historische Zeitschrift, 113, 1914, S. 102 - 106 (Zitat S. 102). - Oertel, S. 518, vertritt in seiner kommentierten Zusammenfassung von Pöhlmanns Ansichten die Auffassung, daß die "negative" (= anti-mondernistische) Position "entschieden zu eng" sei, deren Kritik der "positiven" (= modernistischen) Theorie zu weit gehe, letztere aber "mancherlei Einschränkungen" benötige.

Karl Julius Beloch reagierte auf Büchers Bekämpfung des Modernismus im Jahre 1902 mit dem Artikel "Zur griechischen Wirtschaftsgeschichte".[28] Nach Arnaldo Momigliano sei u. a. das Interesse für Handels- und Industrieklassen für Beloch charakteristisch gewesen und er habe sie mit der kapitalistischen Terminologie "con franca modernizzazione"[29] beschrieben; für die Schilderung der politischen Ereignisse habe er sich modernisierender, der nationalistischen Ideologie entnommener Terminologie bedient. In derselben Weise habe er übrigens schon im Jahre 1893 im ersten Band seiner "Griechischen Geschichte" das griechische Wirtschaftsleben "con forte accentuazione degli elementi capitalistici" rekonstruiert.[30]

Sein politisches Credo hat Beloch selbst klar ausgesprochen: Er sei sein "ganzes Leben lang Republikaner geblieben; freilich eine Republik wie unter Ebert, in der Sozialisten und Juden das große Wort führten, habe ich nicht gewollt",[31] aber doch dem Junkerstaat und den "zwei Dutzend Monarchen"[32] vorgezogen. Und sein Schüler Ulrich Kahrstedt schrieb in seinem Nekrolog auf Beloch u. a., daß dieser in der Weimarer Republik "mit einem Programm des Hasses gegen Franzosen, Juden und Sozialisten"[33] bei der Wahl der Abgeordneten kandidiert habe.

Es ist dagegen wohlbekannt, daß man bei Eduard Meyer keine direkte Kritik des Marxismus findet. Meyers Zeitgenossen verstanden jedoch seine Angriffe gegen Bücher als solche. So sah z. B. R. Lange in seiner Besprechung von Meyers Aufsatz "Die Sklaverei im Altertum" (1899), der gegen Bücher gerichtet war, eine kritische Ablehnung der marxistischen Geschichtsschreibung und schloß mit der Bemerkung, daß es interessant sei, Meyers Ansichten nicht nur "über die materialistische Geschichtsschreibung"[34], sondern auch über andere historische Richtungen zu hören.

Ebenso verstand Meyers Angriff auch Finley. Mit einer unter Althistorikern ungewohnten und um so begrüßenswerteren Offenheit charakterisierte er den politischen Sinn von Meyers Angriff mit folgenden Worten: "Für (Eduard Meyer) war Sozialismus das schlimmste Symbol für alles, was in der Welt nicht in Ordnung war, und zwar nicht nur sozialistische Politik, sondern jede Art vom sozialistischen Denken überhaupt ... Aber er war nach seinem Selbstverständnis auch ein Methodiker und Geschichtsphilosoph. Und diese Meinung war schuld an seiner Wut gegen Bücher und die Nationalökonomen, denn die von ihnen vertretene Stufenlehre war eine Gefahr nicht nur für seine Vorstellung vom Altertum, sondern für sein soziales und politisches Credo, für seine Welt

28 Beloch, Karl Julius, Zur griechischen Wirtschaftsgeschichte, in: Zeitschrift für Socialwissenschaft, 5/1902, erweitert in: derselbe, Griechische Geschichte, Bd. 3, T. 2, 2. Aufl., Berlin/Leipzig 1923, S. 419 - 449.

29 Momigliano, Arnaldo, Giulio Beloch, in: Terzo contributo alla storia degli studi classici e del mondo, Bd. 1, Roma 1966, S. 239 - 265 (Zitat S. 243 f.).

30 Ebenda, S. 251.

31 Beloch, Karl Julius, in: Die Geschichtswissenschaft der Gegenwart in Selbstdarstellungen, hg. v. Sigfrid Steinberg, Bd. 2, Leipzig 1926, S. 16 f.

32 Ebenda.

33 Kahrstedt, Ulrich, in: Geschäftliche Nachrichten der Göttingischen Akademie der Wissenschaften, Göttingen 1928/1929, S. 81. - In seiner Kritik an Bücher spottet Beloch, Griechische Geschichte, Bd. 3, T. 2, 2. Aufl., S. 241, "die Parallele zwischen Griechen und Negern scheint Bücher besonders zu gefallen".

34 Lange, R., Rezension zu Eduard Meyer, Die Sklaverei im Altertum (bibliographischer Nachweis in: Anm. 71), in: Wochenschrift für klassische Philologie, 16, 1899, S. 794 - 799.

und Weltanschauung."[35] Und "... non-Marxists and anti-Marxists were ... content to rest on Eduard Meyer, whose lecture (Die Sklaverei im Altertum - J. P.), they thought, amounted to a disproof of Marxism as well."[36]

Finleys treffenden Worten ist nichts hinzuzufügen. Ich möchte sie jedoch mit einer chronologischen Aufstellung der Diskussion des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jh. illustrieren und bekräftigen. Es ist wohl bekannt, daß Eduard Meyer ängstlich an einer "rein wissenschaftlichen" Diskussion festhielt. Er "sprach normalerweise mit Verachtung von der Gruppe der 'Nationalökonomen' und richtete seine unbändige Wut (so muß man es wohl nennen) auf Karl Bücher und nicht auf Karl Marx."[37] Die chronologische Aufstellung und die Themen der Auseinandersetzung zeigen jedoch das wahre Ziel des Angriffs eindeutig genug.

Der Angriff bürgerlicher Althistoriker gegen die sozialistischen oder dem Sozialismus nahen Theorien der Geschichtsschreibung wurde in drei Hauptrichtungen geführt:

1. Gegen die Theorien einer gesetzmäßigen progressiven Entwicklung der menschlichen Gesellschaft in einer Reihe von Stadien, Stufen oder Formationen stellte Eduard Meyer seine Theorie von der Entwicklung der Menschheit in "Zyklen". Deren höchstes Stadium sei der Kapitalismus und danach kein Fortschritt mehr möglich. Der erste Zyklus der Weltgeschichte habe im antiken Kapitalismus kulminiert, den Gipfel des zweiten Zyklus habe die Menschheit mit dem modernen Kapitalismus erreicht. Deshalb seien, Meyer zufolge, analog dem ersten Zyklus die Zukunftaussichten der Menschen des 20. Jh. äußerst pessimistisch zu werten.[38]

2. Im engen Zusammenhang damit steht Meyers Ablehnung der These von der Sklaverei als s p e z i f i s c h e r Grundlage der sozialökonomischen Struktur antiker Gesellschaften. Auch das Altertum - ebenso wie Europa seit dem Ende des Altertums - habe Perioden eines Feudalismus und eines Kapitalismus durchgemacht und die antike Sklaverei sich keineswegs von der neuzeitlichen Lohnarbeit unterschieden.

Wir könnten hier Max Webers oben zitierte Worte[39] zur Unorientiertheit von Büchsenschütz über ökonomische Kategorien auf Meyer übertragen, stände nicht zwischen diesen beiden ein Vierteljahrhundert eindrucksvoller Entwicklung der politischen Ökonomie und des Marxismus.

3. Schließlich verfocht Meyer gegen die marxistische Theorie des historischen Ursprungs und des Klassencharakters des Staates mit Nachdruck die Ansicht von dessen Ewigkeit und Wohltätigkeit. Die Theorie von der v o r staatlichen Gentilgesellschaft war für ihn unannehmbar.[40]

35 Finley, Die Sklaverei in der Antike, S. 53, 57.
36 Derselbe, Progress in Historiography, in: Daedalus, Summer 1977, S. 136, vgl. auch S. 137.
37 Derselbe, Die Sklaverei in der Antike, S. 53. - Finley konstatiert zu Recht, daß eine d i r e k t e Referenz auf Marx bei Meyer nicht zu finden ist.
38 Vgl. ebenda, S. 57, 195, Anm. 93, Finley über Meyers Besprechung zu Oswald Spengler, Der Untergang des Abendlandes, in: Deutsche Literatur-Zeitung, 45, 1924, S. 1759 - 1780, und selbständig, Berlin 1925 (4 Aufl.).
39 Weber, Agrargeschichte, S. 198.
40 Vgl. Meyer, Eduard, Über die Anfänge des Staats und sein Verhältnis zu den Geschlechtsverbänden und zum Volkstum, in: Sitzungsberichte der Königlich Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Berlin 1907, S. 508 - 538, benutzt später in: derselbe, Geschichte des Altertums, Bd. 1, T. 1, 2. Aufl., Stuttgart/Berlin 1907, Kap. I, 2.

In der chronologischen Aufstellung müssen wir uns auf die m. E. wichtigsten Werke beschränken, die die ideologischen Positionen einzelner Teilnehmer klar hervortreten lassen. Um die allgemeine theoretische Situation anzudeuten, habe ich auch einige Daten eingeschoben, die die Diskussion nicht d i r e k t berühren, und eine kurze Tabelle einiger politischen Ereignisse angeknüpft.

1859
Karl Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, mit dem berühmten oben zitierten Passus über die "progressiven Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation".

1865
Karl Rodbertus kritisierte in seiner Arbeit "Zur Geschichte der römischen Tributsteuern seit Augustus"[41] die Repräsentanten der klassischen Schule der politischen Ökonomie wegen Verabsolutierung der zeitgenössischen ökonomischen Beziehungen und der mit diesen verbundenen Begriffe, d. h., er kritisierte die "Modernisierung" wirtschaftlicher Beziehungen der Vergangenheit. Gegen diese verfocht er die geschichtliche Gebundenheit, die Historizität von Wirtschaftssystemen. Max Weber stellt fest: "Für den Großhaushalt der Antike hat R o d b e r t u s zuerst den Ausdruck 'Oikos' verwendet, dessen Begriffsmerkmal die - prinzipielle - Autarkie der Bedarfsdeckung durch Hausangehörige oder haushörige Arbeitskräfte, welchen die sachlichen Beschaffungsmittel tauschlos zur Verfügung stehen, sein sollte."[42]

1867
Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1.

1869
Bernhard Büchsenschütz, Besitz und Erwerb im griechischen Alterthume und Die Hauptstätten des Gewerbefleißes im klassischen Alterthume.

1874
Karl Bücher, Die Aufstände der unfreien Arbeiter 143 - 129 v. Chr. - "Meine Absicht war, eine bisher wenig beachtete Seite der sozialen Krisis, aus welcher die Gracchischen Reformpläne hervorgingen, zu Händen des weiteren Kreises derjenigen darzustellen, welche d e r w i c h t i g s t e n F r a g e d e r J e t z t z e i t mehr als unwürdige Voreingenommenheit oder sträfliche Gleichgültigkeit entgegenbringen".[43]

1876
Karl Bücher, Zur Arbeiterfrage im Mittelalter. "Wollen wir die wirtschaftliche Organisation des Mittelalters begreifen, so müssen wir von unseren, durch die modernen Verkehrsmittel, durch Handels- und Gewerbefreiheit, durch die kapitalistischen Industrieformen völlig veränderten Verhältnissen absehen."[44]

1877
Lewis Henry Morgan, Ancient Society or Researches in the Lines of Human Progress from Savagery through Barbarism to Civilisation, New York.

1879
Karl Bücher publiziert seine Übersetzung von Émile de Laveleye, De la propriété et ses formes primitives (1874), unter dem Titel Das Ureigentum. Später im Jahr 1921 in einer Besprechung von Georg von Belows "Probleme der Wirtschaftsgeschichte" schrieb Bücher: Laveleye und er, Bücher, seien überzeugt, daß "Kollektiveigentum an Grund und Boden ... die ursprüngliche Rechts-

41 Rodbertus, Karl, Zur Geschichte der römischen Tributsteuern seit Augustus, in: (Hildebrands) Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 4, 1865, S. 339 ff.
42 Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1922, S. 69.
43 Bücher, Karl, Die Aufstände der unfreien Arbeiter 143 - 129 v. Chr., Frankfurt am Main 1874, Nachwort v. 24. 8. 1874 (Hervorhebungen von mir - J. P.).
44 Derselbe, Zur Arbeiterfrage im Mittelalter, in: Die Wage. Wochenblatt für Politik und Literatur, hg. v. Guido Weiß, Berlin, 1876, S. 785 - 789, 801 - 809 (Zitat S. 787).

form des Eigentums überhaupt gewesen sei." De Laveleye habe sogar die Überzeugung ausgesprochen, daß die Rückkehr "zu den alten Grundeigentumsformen" vielleicht die Kulturvölker "von den schlimmen sozialen Gegensätzen" retten werde, welche ihre Existenz bedrohten.[45] Und zu Belows bekannter Ablehnung der Theorie des kollektiven Grundeigentums bemerkte Bücher: "Eine Theorie, auf die in Deutschland Männer wie G(eorg) Hanssen, H(einrich) von Sybel, G(eorg) L(udwig) von Maurer, W(ilhelm) Roscher, (August) von Haxthausen, (Heinrich) Brunner gestoßen waren, wird dadurch gewiß nicht weniger wert, daß Engländer und Belgier sie aussprachen oder daß die Sozialisten sich ihrer bemächtigen und kann auch nicht dadurch diskreditiert werden."[46]

1884

Friedrich Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. Im Anschluß an Lewis H. Morgans Forschungen.

Eduard Meyer, Geschichte des Altertums, Bd. 1.

Wahrscheinlich aus demselben Jahr 1884 stammt der Brief Nr. 102 von Eduard Bernstein an Friedrich Engels, worin Bernstein im Namen von Karl Kautsky um Engels' Erlaubnis bittet, die Aushängebogen von "Der Ursprung der Familie ..." u. a. auch an Karl Bücher zu senden, mit der Bitte um eine Besprechung.[47]

1885

Karl Marx, Das Kapital, Bd. 2.

1890

13. Oktober. Karl Bücher, die Vorlesung "Die Entstehung der Volkswirtschaft" beim Antritt seines Lehramts an der Technischen Hochschule in Karlsruhe.

1891

Lewis Henry Morgans "Ancient Society ..."[48] ins Deutsche übersetzt von Wilhelm Eichhoff und Karl Kautsky, Stuttgart.

Max Weber, Die römische Agrargeschichte in ihrer Bedeutung für das Staats- und Privatrecht, Stuttgart.

1892,

4. Januar. Karl Bücher, Die gewerblichen Betriebssysteme in ihrer geschichtlichen Entwicklung. Eine Vorlesung. - Später in den Sammelband "Die Entstehung der Volkswirtschaft" eingegliedert.

Karl Bücher, Les formes d'industrie dans leur développement historique.[49] Französische Fassung der vorhergehenden Vorlesung.

Karl Bücher, Artikel "Gewerbe".[50] - In der Bibliographie neben Georg Ludwig Maurer, Gustav Schmoller und anderen hier und in allen späteren Auflagen auch Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, angeführt. - In der 2. Auflage von 1900 lesen wir u. a.: "4. Die Betriebssysteme. Derselbe Prozeß der Differenzierung und Integration, welcher die ganze Geschichte der Gesellschaft durchzieht, offenbart sich auch in der Entwicklung des Gewerbes. Auch sie beginnt mit vielfältig zusammengesetzten Gebilden, schreitet dann zum Einfachen fort, um schließlich wieder mit Zusammengesetztem zu enden. Ursprünglich gibt es nur einen großen Produktionsprozeß, zu dem frei-

45 Derselbe, Rezension zu Georg von Below, Probleme der Wirtschaftsgeschichte, Tübingen 1920, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 76, 1921, S. 535 - 542 (Zitate S. 539).

46 Ebenda, S. 541 (Hervorhebungen von mir - J. P.).

47 Vgl. Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Friedrich Engels.

48 Morgan, Lewis Henry, Die Urgesellschaft, Stuttgart 1891.

49 Bücher, Karl, Les formes d'industrie dans leur développement historique. in: Revue d'économie politique, 6, 1892, S. 623 - 643.

50 Derselbe, Gewerbe, in : Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 3, 1. Aufl., Jena 1892, S. 922 - 950, 2. Aufl., Jena 1900.

occupatorische, landwirtschaftliche und gewerbliche Arbeiten gehören; die Wirtschaft ist nichts weiter als vorsorgliche Bedürfnisbefriedigung der Familie, sozusagen die materielle Seite des Familienlebens; Produktion und Konsumtion gehen in ihr unvermittelt fortwährend ineinander über. In dieser umfassenden Organisation liegt das Gewerbe wie eine Keimzelle eingeschlossen ... Wollen wir diesen ganzen Entwicklungsprozeß überschauen und wissenschaftlich beherrschen, so kann dies nur so geschehen, daß wir seinen typischen Verlauf in den Hauptphasen feststellen. Wir gelangen so zu einer Reihe aufeinander folgenden Entwicklungsstufen, deren jede das gewerbliche Leben von einem besonderen Prinzip des wirtschaftlichen Handelns beherrscht zeigt und die wir darum als Betriebssysteme bezeichnen können."[51] In diesen 3 Artikeln aus dem Jahr 1892 entwickelt Bücher eine historische Stufenfolge der Formen der "Betriebssysteme"[52]:

1. Hauswerk = gewerbliche Eigenproduktion (industrie de foyer)[53]: Stoffumformung der autonomen Hauswirtschaft. In "Gewerbe" (1. Aufl.) heißt diese (Haupt-)Stufe Hausfleiß. Sie hat zwei (Unter-)Stufen. Auf der e r s t e n S t u f e existiert die Arbeitsteilung nur zwischen den Geschlechtern. Diese Stufe findet Bücher bei den Nordgermanen, den Slaven, in der "familia rustica" und "familia urbana" der Römer (mit Sklaven), bei dem kaiserlichen Hof sowohl der Römer als auch Karls des Großen. Für die Autarkie des Oikos führt Bücher Varro und Plinius an und spricht von der "charakteristische(n) Eigentümlichkeit der antiken Oikenwirtschaft ..., die Rodbertus in seinen bahnbrechenden Aufsätzen" so beschreibt, daß in ihr "keine Scheidung von Grund- und Kapitaleigentum" stattfindet.[54] Auf der z w e i t e n S t u f e des Hausfleisses, die immer noch "auf der Unterlage der Urproduktion, insgemein der Landwirtschaft" ruht, ist zwar der Austausch nicht regelmäßig, doch erscheinen hier Anfänge eines selbständigen Handels, der älter ist als selbständiges Handwerk. Denn ausgetauscht werden nur die Erzeugnisse des Oikos (also nicht etwa eines selbständigen Tischlers). Auch die Sklavenwerkstätte ist nur "eine Art der Vermögensnutzung des Oikos" und darf nicht "mit unserer unternehmungsweise betriebenen Fabrikindustrie" verwechselt werden. - Die Arbeitsteilung innerhalb der Familie bildet die wirtschaftliche Basis "jener älteren matriarchalen und patriarchalen Familienverbände ..., deren weite Verbreitung Morgan erwiesen hat". - "Warenproduktion findet nicht statt", auch kein "Unternehmungskapital" existiert. Dafür erscheinen im Rahmen des Haushalts nichtverwandte Elemente - Sklaverei, Hörigkeit, Leibeigenschaft. Sie entspringen wirtschaftlicher Nötigkeit: "das Haus mit seiner inneren Arbeitsgliederung soll autonom erhalten werden".

Ich habe absichtlich Büchers Ausführungen über die "Oikenwirtschaft" etwas ausführlicher zitiert, um zu zeigen, daß sie keineswegs "kümmerlich" sind. Vieles davon ist auch heute noch als Forschungsrichtung ziemlich aktuell. Die griechische Polis der klassischen Zeit war nämlich eine Gemeinde der B ü r g e r o i k e n , nicht eine Gemeinde der Bürger als individueller (oder individualistischer) Menschen des 19. und 20. Jh. im Sinne Eduard Meyers und der übrigen "Modernisten". "Denn jeder Staat ist aus o i k i a i zusammengesetzt", sagt Aristoteles.[55]

2. Lohnwerk = Kundenarbeit (travail loué); diese Stufe bildet den Übergang zwischen der Hauswirtschaft und der Stadtwirtschaft.[56] "Es ist ein bemer-

51 Ebenda, 2. Aufl., S. 363.
52 Inhaltsangabe auf der Grundlage von Bücher, Karl, Die gewerblichen Betriebssysteme in ihrer geschichtlichen Entwicklung, in: derselbe, Die Entstehung der Volkswirtschaft.
53 Französische Belegstellen aus: derselbe, Les formes ..., S. 626.
54 Deutsche Zitate aus: derselbe, Gewerbe, 1. Aufl., S. 924 ff.
55 Aristoteles, Politika, 1,2,1.
56 Bücher, Die gewerblichen Betriebssysteme ..., S. 189.

kenswerter Zug der Gewerbegeschichte, daß alle höhere Kunstfertigkeit erst im Schoße des sich selbstgenügenden Hauses ausreifen muß, ehe sie wirtschaftlich selbständig wird." Auf dieser Stufe erscheinen in Athen die "choris oikountes", d. h. Sklaven, die für den Herrn außerhalb seines Hauses selbständig arbeiten und sich selbst ernähren. Auch die Metöken zählt Bücher zu dieser Stufe.[57]

3. Das Handwerk im eigenen Sinne (Preiswerk) = Kundenproduktion (métier). Diese Stufe kulminiert in der ausgebildeten Stadtwirtschaft. Arbeitsinstrumente, Betriebsstätten und Rohstoffe (d. h. nach Bücher das Kapital) bleiben das Eigentum des Arbeiters, der auch die Produkte seiner Arbeit beherrscht und direkt dem Konsumenten übergibt.[58]

Auf den Stufen 1 bis 3 verlaufen die allmähliche Emanzipation des Arbeiters von Grund und Boden und die Bildung des Kapitals. Auf den Stufen 3 bis 5 löst sich das Kapital allmählich von der Arbeit, und der Arbeiter wird dem Kapital unterworfen.

4. Der Verlag (Hausindustrie) = "dezentralisierte Warenproduktion" (industrie à domicile); sie bildet den Übergang von Stadtwirtschaft zu National- oder Volkswirtschaft (geschlossener Stadtwirtschaft). Auch das Produkt wird zum Kapital; es erscheinen kaufmännische Unternehmer. Der Arbeiter behält entweder alle Produktionsmittel oder verliert zuerst das Stoffkapital, dann auch das Werkzeugkapital.

5. Die Fabrik = "zentralisierte Warenproduktion", "ausgebildete Volkswirtschaft" (fabrique). Alle Kapitalbestandteile sind in den Händen des Fabrikanten, "der auf ihrem Grunde die gewerbliche Produktion neu organisiert".

1893
Karl Bücher, Die Entstehung der Volkswirtschaft.[59] - Er legte hier seine klassische Stufentheorie vor: Oikenwirtschaft, Stadtwirtschaft, Volkswirtschaft
Robert Pöhlmann, Die Feldgemeinschaft bei Homer.[60]
Robert Pöhlmann, Geschichte des antiken Kommunismus und Sozialismus.[61]
Robert Pöhlmann, Das romantische Element im Kommunismus und Sozialismus der Griechen.[62]
Karl Julius Beloch, Griechische Geschichte.[63]

1895
Eduard Meyer, Die wirtschaftliche Entwicklung des Altertums[64] - ein Vortrag, gehalten auf dem 3. deutschen Historikerkongreß in Frankfurt am Main, gegen Rodbertus' und Büchers Oikenwirtschaft gerichtet. Gegen die Theorie der progressiven Entwicklung der Menschheit stellte Meyer seine zyklische Theorie auf.
Robert Pöhlmann, Die Feldgemeinschaft bei Homer (zuerst 1893, nun etwas verbreitert).[65] - Auf S. 394 desselben Sammelbandes spricht Pöhlmann von

57 Derselbe, Gewerbe, 1. Aufl., S. 927 - 929.
58 Derselbe, Die gewerblichen Betriebssysteme ..., S. 189, 191.
59 Bibliographischer Nachweis in: Anm. 2.
60 Bibliographischer Nachweis in: Anm. 25.
61 Bibliographischer Nachweis: ebenda.
62 Pöhlmann, Robert v., Das romantische Element im Kommunismus und Sozialismus der Griechen, in: Historische Zeitschrift, 70, 1893, S. 6 ff.
63 Beloch, Karl Julius, Griechische Geschichte, Bd. 1, Straßburg 1893.
64 Meyer, Eduard, Die wirtschaftliche Entwicklung des Altertums, Jena 1895, veröffentlicht auch in: (Hildebrands) Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Folge 3, 9 (64), S. 696 - 750, sowie in: derselbe: Kleine Schriften, Bd. 1, 2. Aufl., Halle 1924, S. 78 - 160.
65 Pöhlmann, Robert v., Aus Altertum und Gegenwart, 1. Aufl., S. 105 - 148.

"wissenschaftlicher Wertlosigkeit" von Morgans Theorie.
Robert Pöhlmann, Aus dem Hellenischen Mittelalter.[66]

1896
Max Weber, Die sozialen Gründe des Untergangs der antiken Kultur.[67]

1897
Ju. Beloch, Istorija Grecii (übers. v. M. Geršenson), Bd. 1, Moskva.
Karl Bücher, Der wirtschaftliche Urzustand.[68]
Karl Bücher, Die Wirtschaft der Naturvölker[69] - eine Vorlesung am 13. November.
Max Weber, Agrargeschichte, T. 1: Agrarverhältnisse im Altertum.[70]

1898
Karl Bücher, Die Entstehung der Volkswirtschaft, 2. Aufl., Tübingen.
Tomáš G. Masaryk, Otázka sociální. Základy marxismus sociologické a filosofické, Praha.
Éduard Mejer, Ékonomičeskoe razvitie drevnego mira (übers. v. M. Geršenson), Petersburg.
Eduard Meyer, Die Sklaverei im Altertum, eine Vorlesung, Dresden.[71]

1899
Eduard Mejer, Rabstvo v drevnem mire, Moskva.
Karl Julius Beloch, Die Großindustrie im Altertum.[72]
Karl Julius Beloch, Die Handelsbewegung im Altertum.[73]
Karl Bücher, Die Wirtschaft der Naturvölker.[74]

1900
Eduard Meyer, Hospodářský vývoj starověku.[75]

1901
Karl Bücher, Zur griechischen Wirtschaftsgeschichte.[76] - Büchers Antwort auf Meyers und Belochs Angriffe, merkwürdigerweise weniger bekannt, als sie es verdient. Es gelang Bücher, besonders Belochs Behauptungen von einer antiken "Großindustrie" darin erfolgreich zu widerlegen. Vgl. Finley: "in a long essay, full of erudition and wit, (Bücher) examined in detail the

66 Derselbe, Aus dem Hellenischen Mittelalter, in: Historische Zeitschrift, 75 (= Neue Folge, 39), 1895, S. 139 - 236.
67 Weber, Max, Die sozialen Gründe des Untergangs der antiken Kultur, in: Die Wahrheit, 6, 1896, S. 57 - 77, veröffentlicht auch in: derselbe, Gesammelte Aufsätze zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Tübingen 1924, S. 289 - 311.
68 Bücher, Karl, Der wirtschaftliche Urzustand, in: Preußische Jahrbücher, 90, 1897, S. 213 - 241.
69 Derselbe, Die Wirtschaft der Naturvölker, in: Jahrbuch der Gehe-Stiftung, 3, 1899, S. 1 - 119.
70 Weber, Max, Agrargeschichte, T. 1: Agrarverhältnisse im Altertum, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Supplementbd., 1. Aufl., Jena 1897, S. 1- 18.
71 Meyer, Eduard, Die Sklaverei im Altertum, in: Vorträge der Gehe-Stiftung, 16, Dresden, veröffentlicht auch in: Jahrbuch der Gehe-Stiftung, 3, 1899, S. 189 - 237, sowie in: derselbe, Kleine Schriften, Bd. 1, 2. Aufl., S. 169 - 212.
72 Bibliographischer Nachweis in: Anm. 2.
73 Beloch, Karl Julius, Die Handelsbewegung im Altertum, in: (Conrads) Jahrbücher für Nationalökonomie, 3. Folge, 18, 1899, S. 626 - 631.
74 Bibliographischer Nachweis in: Anm. 69.
75 Meyer, Eduard, Hospodářský vývoj starověku, in: Náše doba, Praha, 7, 1900, S. 571 - 578, 663 - 672, 741 - 750, 809 - 819.
76 Bibliographischer Nachweis in: Anm. 2.

Athenian evidence adduced by Meyer and Beloch, and he left their conclusions in tatters".[77]

1902

Eduard Meyer, Zur Theorie und Methodik der Geschichte.[78] "Jetzt wird der Geisteswissenschaft und der Geschichte dieselbe Aufgabe gestellt (wie den Naturwissenschaften - J. P.): auch sie soll Gesetze entdecken und in den Einzelvorgängen nachweisen. Daraus folgt, daß diese Einzelvorgänge degradiert werden zu einer bloßen Materialsammlung."[79] Jedoch: "Die Geschichte ist keine systematische Wissenschaft. Ihre Aufgabe ist die Erforschung und darstellende Erzählung von Vorgängen, die einmal der realen Welt angehört haben, und darum kann sie, wie auch der einzelne Historiker seine Aufgabe sich stellen möge, niemals loskommen von der unendlichen Mannigfaltigkeit des Einzelnen, welche in allem Wirklichen, in allem, was wir eine Tatsache nennen, beschlossen liegt."[80]

Karl Julius Beloch, Zur griechischen Wirtschaftsgeschichte.[81] - Beloch tritt erneut gegen Rodbertus und Bücher auf, insbesondere gegen Büchers Arbeit von 1901.

1904

É. Mejer, Teoretičeskie i metodologičeskie voprosy istorii. Filosofsko-istoričeskie issledovanija, Moskva.

Max Weber, Die "Objektivität" sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis.[82]

Max Weber, Der Streit um den Charakter der altgermanischen Sozialverfassung in der deutschen Literatur des letzten Jahrzehnts.[83]

1906

E. Mejer, Ėkonomičeskoe razvitie drevnogo mira, Moskva.

Max Weber, Kritische Studien auf dem Gebiet der kulturwissenschaftlichen Logik, 1: Zur Auseinandersetzung mit Eduard Meyer; 2: Objektive Möglichkeit und adäquate Verursachung in der historischen Kausalbetrachtung.[84]

1907

Eduard Meyer, Über die Anfänge des Staats und sein Verhältnis zu den Geschlechtsverbänden und zum Volkstum. Eine Vorlesung in der Berliner Akademie.[85] - Die Unabdinglichkeit und Ewigkeit des Staates wird gepriesen; er

77 Finley, The Ancient City, S. 13.

78 Meyer, Eduard, Zur Theorie und Methodik der Geschichte. Geschichtsphilosophische Untersuchungen, Halle 1902, erweitert veröffentlicht auch in: derselbe, Kleine Schriften, 1. Aufl., Halle 1910, S. 1- 78, Bd. 1, 2. Aufl. S. 1 - 78.

79 Derselbe, Kleine Schriften, S. 7.

80 Ebenda.

81 Bibliographischer Nachweis in: Anm. 2 u. 28.

82 Weber, Max, Die "Objektivität" sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 19, 1904, S. 22 - 87, veröffentlicht auch in: derselbe, Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen 1922, S. 146 - 214.

83 Derselbe, Der Streit um den Charakter der altgermanischen Sozialverfassung in der deutschen Literatur des letzten Jahrzehnts, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 3. Folge, 28, 1904, S. 433 - 470, veröffentlicht auch in: derselbe, Gesammelte Aufsätze zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, S. 508 - 556.

84 Derselbe, Kritische Studien auf dem Gebiet der kulturwissenschaftlichen Logik, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 22, 1906, S. 143 - 207, veröffentlicht auch in: derselbe, Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, S. 215 - 290.

85 Bibliographischer Nachweis in: Anm. 40.

sei sogar älter als die Menschheit, denn er habe auch bei den Tieren existiert. Eben in dieser Abhandlung findet man nämlich die berühmte (und fast unglaubliche) Schilderung des "Staates" der Straßenhunde von Istanbul. Meyer habe bei ihnen beobachtet, wie sie sogar Versammlungen "mit lautem Gebell" veranstalteten.[86]

Max Weber, Rudolf Stammlers "Überwindung" der materialistischen Geschichtsauffassung.[87]

1909
Max Weber, Agrarverhältnisse im Altertum.[88]

1917
Max Weber, Der Sinn der "Wertfreiheit" der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften.[89]

1920
Max Weber stirbt.

1922
Max Weber, Grundriß der Sozialökonomik, 3. Abt.: Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen.

1923
Max Weber, Wirtschaftsgeschichte. Aus den nachgelassenen Vorlesungen hg. v. Melchior Palyi, München/Leipzig.

1924
Eduard Meyer, Kleine Schriften, 2 Bde., 2. Aufl., Halle.
Eduard Meyer, Besprechung von Oswald Spengler, Der Untergang des Abendlandes.[90]

1930
Karl Bücher und Eduard Meyer sterben.

Ich habe die chronologische Aufstellung mit dem Tode von Karl Bücher und Eduard Meyer abgeschlossen, also mit dem Hinscheiden der ersten Generation der "Hundertjährigen Diskussion", und die Arbeiten der nächsten Generation (Johannes Hasebroek, Erich Ziebarth, Ulrich Kahrstedt und Michail I. Rostovcev, Gustave Glotz, Tenney Frank u. a.), die vor diesem Datum erschienen sind, nicht mehr aufgenommen. Denn die Diskussion ist in dieser nächsten Etappe in weit größerem Maße als vorher international geworden, und außerdem hat in sie ein ganz neuer und immer wichtiger werdender Faktor einge-

86 Vgl. Meyer, Über die Anfänge des Staats ..., in: Sitzungsberichte ..., S. 509, Anm. 1.

87 Weber, Max, Rudolf Stammlers "Überwindung" der materialistischen Geschichtsauffassung, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 24, 1907, S. 94 - 151, veröffentlicht auch in: derselbe, Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, S. 291 - 359.

88 Derselbe, Agrarverhältnisse im Altertum, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 1, 3. Aufl., Jena 1909, S. 52 - 188, veröffentlicht auch in: derselbe, Gesammelte Aufsätze zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, S. 1 - 288.

89 Derselbe, Der Sinn der "Wertfreiheit" der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften, in: Logos. Internationale Zeitschrift für Philosophie und Kultur, 7, 1917, S. 40 - 88, veröffentlicht auch in: derselbe, Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, S. 451 - 502.

90 Meyer, Eduard, Rezension zu Oswald Spengler, Der Untergang des Abendlandes, in: Deutsche Literatur-Zeitung, 45, 1924, S. 1759 - 1780, veröffentlicht auch selbständig, Berlin 1925 (4 Aufl.).

griffen: die sich seit den 20er Jahren unseres Jahrhunderts immer schneller und wirkungsvoller, wenn auch nicht ohne Probleme und Konflikte entwickelnde sowjetische Historiographie.

Ich möchte jedoch meine Beschreibung der ersten Phase der Diskussion mit einer Skizze der uns hier interessierenden Ansichten von Max Weber fortsetzen, dessen - obzwar er schon im Jahre 1920 gestorben ist und an der Diskussion nur indirekt teilgenommen hat - theoretische Position für unser Problem als ein Gipfel der bürgerlichen Historiographie (und Soziologie) angesehen werden muß und darüber hinaus die weitere Entwicklung der theoretischen Ansichten und der Methodologie mancher Althistoriker (u. a. Finleys) stark beeinflußt hat.

Ebenso wie Bücher hat Max Weber die Ansichten von Karl Marx in manchen Fragen akzeptiert, obwohl er nie ein Marxist war, und er stand auch Karl Bücher nahe und hat dessen theoretische Positionen gegen Eduard Meyer verteidigt: "Marx was the spectre haunting Weber ... throughout his life, much more so than might be inferred from the rare and even crude comments on Marx and Marxism to be found in Weber's writings ...[91] On the other hand, (Weber) saw 'Marx's interpretation of history, in terms of the various forms of production, as a most useful hypothesis which might help to gain important insights into the development of modern industrial society.' In consequence, for the pre-industrial ages, and for the ancient city in particular, there was a large area of overlap and agreement between them."[92]

Und in seinem Werk "Agrarverhältnisse im Altertum" (1909) verteidigt Weber Büchers "Oikenwirtschaft" gegen Eduard Meyer zu Recht mit dem Hinweis darauf, daß es sich bei Bücher um eine "idealtypische" (also n i c h t historisch- c h r o n o l o g i s c h e) Konstruktion handele.[93] Bücher hat übrigens selber ausdrücklich erklärt, seine "Betriebssysteme" sollten nicht die Geschichte ersetzen.[94] Sie seien die Stufen "der sich vervollkommnenden Lebensformen", d e r e n R e i h e n f o l g e n i c h t v e r b i n d l i c h i s t : Sie können übersprungen werden, eine kann die andere überdauern, so daß mehrere zeitlich parallel sein mögen. Sie verkörpern nur "eine Stufenfolge der Intensität, in der wir die Menschenarbeit immer wirkungsvoller werden sehen".[95] Weber stimmt der Ansicht Büchers zu: Es "wäre nichts gefährlicher, als sich die Verhältnisse der Antike 'modern' vorzustellen".[96] Meyer will "die Verwendung besonderer ökonomischer Kategorien für das Altertum überhaupt verwerfen" und z. B. für das klassische Athen die "ganz modernen Begriffe" Fabrik und Fabrikarbeiter benutzen, wozu Weber - mit leichter Ironie - bemerkt: "Das Merkwürdige an diesen angeblichen antiken 'Fabriken' ist, daß sie dergestalt 'unterschlagen' (Aphobos) oder 'verpraßt' (Timerokos) werden konnten, daß sie (im p h y s i s c h e n

91 Finley, The Ancient City, S. 322, mit Verweis auf Kocka, Jürgen, Karl Marx und Max Weber. Ein methodologischer Vergleich, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 122, 1966, S. 328 - 357.
92 Ebenda, S. 323, mit Zitat aus Mommsen, Wolfgang Justus, The Age of Bureaucracy. Perspectives on the Political Sociology of Max Weber, Oxford 1974, S. 15 - 17.
93 Weber, Agrarverhältnisse im Altertum, S. 7 ff.
94 Bücher, Gewerbe, 2. Aufl., S. 364.
95 Ebenda. - Auch hier hat Finley, The Ancient City, S. 316, das Richtige gesehen: "Bücher, in short, knew perfectly well that the closed household was not the sole or universal economic formation in Graeco-Roman antiquity".
96 Weber, Agrarverhältnisse im Altertum, S. 10.

Sinne) spurlos verschwanden, ohne daß von ihnen etwas übrig blieb! D a s wenigstens brächte eine moderne Fabrik doch wohl nicht fertig."[97]

Webers eigene Position zu den "Wirtschaftsstufen" (Bücher) oder den "progressiven Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation" (Marx) war scharf gegen Meyers Behauptung gerichtet,[98] daß die Geschichte keine systematische Wissenschaft sei und nur die "unendliche Mannigfaltigkeit des Einzelnen" beschreiben soll. Auf der anderen Seite wollte Weber seine "Idealtypen" n i c h t entwicklungsgeschichtlich interpretiert sehen. "Die Auffassung des Idealtypus von Weber richtete sich gegen die marxistische Auffassung vom Zusammenhang zwischen historischer und logischer Analyse", er betrachtete die Idealtypen als "logische Konstruktionen der 'verstehenden Soziologie', nicht aber als eine wissenschaftliche Widerspiegelung der objektiven Wirklichkeit".[99] Webers "Idealtypen" waren wirklich als logische Konstruktionen aus ihren historischen Zusammenhängen herausgerissen, so daß er z. B. konstatieren konnte: "Die gleiche historische Erscheinung kann z. B. in einem Teil ihrer Bestandteile 'feudal', im anderen 'patrimonial', im noch anderen 'bürokratisch', im wieder anderen 'charismatisch' geartet sein. Damit diese Worte etwas E i n d e u t i g e s meinen, muß die Soziologie ihrerseits 'reine' ('Ideal'-) Typen von Gebilden jener Art entwerfen ... Solche idealtypischen Konstruktionen sind z. B. die von der reinen Theorie der Volkswirtschaftslehre aufgestellten Begriffe und 'Gesetze'."[100]

Doch Weber lehnte es ab, "soziale Merkmale" in den Begriff von "Kapital" hineinzutragen, und wollte den Begriff "kapitalistische Wirtschaft" nur für eine bestimmte "Kapitalverwendungsart" begrenzen, d. h. für "die Ausbeutung fremder Arbeit durch Vertrag mit dem 'freien' Arbeiter". Ihm zufolge existierte das Kapital überall da, "wo Besitzobjekte, die Gegenstand des V e r k e h r s sind, von Privaten zum Zweck verkehrswirtschaftlichen E r w e r b e s benutzt werden". Wenn wir "Kapital" so definieren - und Weber weiß sehr wohl, daß hier alles eben von der Definition abhängt -, dann hätte eine Reihe von Phasen der antiken Geschichte "ein recht weitgehend 'kapitalistisches' Gepräge".[101] "Wenn wir eine 'Kulturstufe' konstruieren", wird dadurch immer "ein gewisses Maß innerer 'Verwandtschaft'" in der Entwicklung verschiedener Völker festgestellt, "niemals aber" bedeutet dies, daß die Kulturstufen "mit irgendeiner G e s e t z m ä ß i g k e i t aneinander f o l g e n. Mit anderen Worten: sie sind begriffliche Darstellungsmittel."[102]

Die Trennung von logischer und historischer Analyse ist hier klar ausgedruckt, und sie erscheint auch in Webers Auffassung von "oikos" wieder, die

97 Ebenda, S. 8, Anm. 1.

98 Vgl. Weber, Kritische Studien auf dem Gebiet der kulturwissenschaftlichen Logik (darin die Auseinandersetzung mit Eduard Meyer; vgl. dazu das Jahr 1906 in meiner chronologischen Aufstellung).

99 Bönisch, Alfred, Entwicklungstendenzen der bürgerlichen Ökonomie, in: Geschichte der politischen Ökonomie, S. 469. - Wieder muß ich allerdings bemerken, daß Max Webers theoretische Ansichten im Jahre 1905 im Vergleich mit denen Eduard Meyers, Robert Pöhlmanns und Karl Julius Belochs für die Alte Geschichte viel P o s i t i v e s enthielten.

100 Weber, Max, Soziologische Grundbegriffe, T. 1: Methodische Grundlagen der Soziologie. Grundriß der Sozialökonomik, in: derselbe, Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, S. 521, 509.

101 Derselbe, Agrarverhältnisse im Altertum, S. 58 f., bzw. in: derselbe, Gesammelte Aufsätze zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, S. 13 - 15.

102 Derselbe, Der Streit um den Charakter der altgermanischen Sozialverfassung in der deutschen Literatur des letzten Jahrzehnts, in: Gesammelte Aufsätze zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, S. 517.

ich zum Schluß noch in extenso zitieren will, weil sie m. E. manchmal mißverstanden wird: "Ein 'Oikos' im technischen Sinne ist nicht etwa einfach jede 'große' Hausgemeinschaft oder jede solche, die mannigfache Produkte, z. B. gewerbliche neben landwirtschaftlichen, in Eigenproduktion herstellt, sondern er ist der autoritär geleitete Haushalt eines Fürsten, Grundherrn, Patriziers, dessen letztes Leitmotiv nicht kapitalistischer G e l d e r w e r b , sondern organisierte naturale D e c k u n g d e s B e d a r f s d e s H e r r n ist. Dazu kann er sich aller Mittel, auch des Tausches nach außen, in größtem Maßstab bedienen." Als Beispiele führt Weber an: die "Königswirtschaften des Orients, namentlich Ägyptens (des Neuen Reiches - J. P.), und in kleinerem Maßstab die Wirtschaft der Adligen und Fürsten des homerischen Typus" und die ihnen nahestehenden "Hofhaltungen der Perser und auch der Frankenkönige."[103]

Fassen wir zusammen: Auf der einen Seite kritisiert Max Weber Eduard Meyer. Es ist möglich und nötig zu verallgemeinern, denn es besteht "ein gewisses Maß innerer 'Verwandtschaft' in der Entwicklung verschiedener Völker", das die Bildung von "Idealtypen" möglich macht, die allerdings nur als l o g i s c h e Gebilde, als "begriffliche Darstellungsmittel" angesehen werden müssen. Auf der anderen Seite behauptet Max Weber zum Unterschied vom Marxismus, daß diese (logischen) Idealtypen n i c h t "mit irgendeiner G e s e t z m ä ß i g k e i t aneinander f o l g e n" - und so verbaut er sich den Weg zur Verbindung des Logischen mit dem Historischen, verjagt die Idee der progressiven Entwicklung der Menschen aus ihrem historischen Schema und bleibt damit fest auf dem Boden der bürgerlichen Ideologie.

Auch Webers theoretische Position entspricht seiner politischen Stellung. "Seine Teilnahme für den Kampf des Proletariats um menschenwürdige Existenz war seit Jahrzehnten so groß, daß er sich öfters überlegt hatte, ob er sich nicht als Parteisozialist ganz in ihre Reihen stellen könne - aber immer mit negativem Ergebnis."[104] Eduard Baumgarten sah Webers Position realistischer als Webers Witwe in dem vorigen Zitat aus Webers Biographie: In der Einleitung zu einer Anthologie aus Webers Schriften schreibt er: "In diesem Kreis (d. h. im Kreis der Christlich-Sozialen Friedrich Naumanns - J. P.) vorwiegend ethisch ausgerichteter Menschen der sogenannten bürgerlichen Linken vertrat Max Weber, ausgleichend, die dort vernachlässigten Gesichtspunkte der 'Rechten', soweit er selbst sie für berechtigt hielt, vor allem: den Primat der nationalen Macht gegenüber den Idealen sozialer Gerechtigkeit, gesellschaftlicher Wohlfahrt, menschlichen Glücks."[105] Ihm schwebte vor, "die Arbeiter zu Mitträgern nationaler Macht und Verantwortung heranzubilden, statt in ihre Verelendungstheorien einzustimmen, die (von Marx her gesehen) das Ziel hatten, sie als Klasse gegen die Nation abzusondern."[106] Er zog im Jah-

103 Derselbe, Wirtschaft und Gesellschaft (vgl. dazu das Jahr 1922 in meiner chronologischen Aufstellung), S. 212 f. Vgl. auch derselbe, Wirtschaftsgeschichte, München/Leipzig 1923, S. 124: Die antike Küstenkultur stecke "in Naturalwirtschaft. Ferner beruhte sie auf der Sklaverei. Als sie in das Innere vordrang und eine Binnenkultur zu werden begann, stockte die Sklavenzufuhr. Daher suchten die Grundherren sich vom Markt unabhängig zu machen, indem sie ihren Bedarf mit eigenen Arbeitskräften deckten. Diese Autarkie des Oikos ... ist in Wirklichkeit eine Erscheinung der späteren Antike und erreicht in der Karolingerzeit ihren Höhepunkt ... Der ganze Prozeß bedeutet zunehmende Rückkehr zur Naturalwirtschaft."

104 Weber, Marianne, Max Weber. Ein Lebensbild, Tübingen 1926, S. 642.

105 Baumgarten, Eduard, Einleitung zu Weber, Max, Soziologie, Weltgeschichtliche Analysen, Politik, hg. u. erklärt v. Johannes Winckelmann, 4. Aufl., Stuttgart 1968, S. XV f.

106 Ebenda.

re 1918 gemäßigte demokratische Reformen der sozialistischen Revolution vor[107] und - nach dem Zeugnis seiner Witwe - war besonders den Kommunisten gegenüber feindlich. Er sprach von "den Banden Liebknechts" in einem Brief aus Frankfurt am Main vom 22. November 1918, wo wir weiter lesen: "Es ist noch nicht sicher, ob Frankfurt nicht doch Okkupationsgebiet wird - manche von dem feigen Bürgerpack wünschen es sogar! Aus Angst vor den Sozzen! Hole sie der Teufel!"[108] Und in einer Rede nach Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs Ermordung erklärte er: "Die Diktatur der Straße hat ein Ende gefunden, wie ich es nicht gewünscht habe. Liebknecht war zweifellos ein ehrlicher Mann. Er hat die Straße zum Kampf aufgerufen - die Straße hat ihn erschlagen. Ehrlich waren auch die Arbeiter- und Soldatenräte. Das Bürgertum darf nicht vergessen, was es ihrer ehrlichen redlichen Arbeit verdankt."[109]

Man könnte wohl sagen, daß ich zu weit von den zwei Modellen der antiken Wirtschaftsentwicklung, die diesen Artikel eröffnen, abgeschweift bin. Doch mein Vorhaben war, den Zusammenhang der (manchmal unausgesprochenen) theoretischen Positionen bedeutender Althistoriker und Soziologien mit ihren ideologischen und politischen Ansichten zu zeigen und zu illustrieren. Um ihn noch etwas anschaulicher zu machen, schließe ich eine kurze und schematische chronologische Tabelle der politischen Situation in der behandelten Periode an. Sie zeigt die wachsende Bedeutung der Sozialisten in Deutschland, welche die steigende Gegenoffensive der bürgerlichen Historiker hervorrief. Denn die wachsende Bedeutung der Sozialisten brachte auch wachsende Bedeutung der sozialistischen Ideologie mit sich:

Die Wahlen von 1877 - 500 000 Stimmen für die SPD,
1878 bis 1890 Bismarcks Gesetze gegen die Sozialisten in Geltung,
die Wahlen von 1898 - über 2 Mill. Stimmen für die SPD,
die Wahlen von 1903 - über 3 Mill. Stimmen für die SPD,
die Wahlen von 1912 - über 4 Mill. Stimmen für die SPD, die mit 110 Mandaten stärkste Partei im Reichstag wird.

Der gewichtigste Versuch in Böhmen, die Philosophie des Marxismus zu "widerlegen", erschien aus der Feder des künftigen ersten Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik und idealistischen Philosophen, des damaligen Universitätsprofessors der Philosophie an der Karls-Universität in Prag Tomáš G. Masaryk. In seinem Buch "Die philosophischen und soziologischen Grundlagen des Marxismus. Studien zur sozialen Frage"[110] führt Masaryk in der Bibliographie zum § 88 (Marx' Geschichte der Wirtschaft) außer Arbeiten von Émile de Laveleye, Maxim Kowalewski und Karl Bücher[111] u. a. auch Meyers "Die wirtschaftliche Entwicklung des Altertums" an. Und als er weiter unten von der Zahl der Sklaven in Griechenland spricht, sagt er: "Engels akzeptiert z. B. die ältere Ansicht von der Menge der Sklaven in Griechenland - in Wirklichkeit gab es dort viel weniger Sklaven, auch hatten sie jene weit-

107 Ebenda, S. XXIII.
108 Weber, Marianne, S. 646.
109 Ebenda, S. 653.
110 Masaryk, Tomáš G., Otázka sociální, Praha 1898; deutsche Fassung derselbe, Die philosophischen und soziologischen Grundlagen des Marxismus. Studien zur sozialen Frage, Wien 1899.
111 Bücher, Die Entstehung der Volkswirtschaft, 2. Aufl., Tübingen 1898; derselbe, Arbeit und Rhythmus, 1. Aufl., Leipzig 1896 =Abhandlungen der Königlich Sächsischen Gesellschaft der Wissenschaften, Philologisch-historische Classe, Bd. 17, 2. Aufl., Leipzig 1899.

reichende wirtschaftliche Bedeutung nicht, die ihnen Engels zumißt."[112] Und dazu bemerkt Masaryk: "Allein es kommt nicht bloß auf die Zahl der Sklaven an - entscheidender ist die von Meyer erwiesene Tatsache, daß die Sklaverei eine viel geringere wirtschaftliche Geltung hatte ...; die Verhältnisse waren nicht wesentlich anders als heute. Überhaupt verdient die ganze Schrift Meyers gelesen und mit der Engels'schen Utopie verglichen zu werden. Jedoch wäre es nicht billig zu verschweigen, daß Engels seine Ansicht aus der älteren nicht socialistischen Literatur geschöpft hat."[113]

Und Masaryk sorgte auch dafür, daß dem tschechischen Leser Meyers Ansichten zugänglich sind. Er veröffentlichte im Jahre 1900 eine tschechische Übersetzung von Meyers "Wirtschaftliche Entwicklung des Altertums" in der von ihm redigierten Zeitschrift "Naše doba" (= Unsere Zeit, mit dem Untertitel: Revue für Wissenschaft, Kunst und soziales Leben).[114]

Ich weiß nicht, ob und wie Eduard Meyer auf diese unverhüllte Benutzung seiner Schrift gegen Friedrich Engels reagierte. Sie blieb aber unter den Althistorikern nicht unbekannt. In Gaetano de Sanctis' Buch "Per la scienza dell' antichità. Saggi e polemiche" finden wir ein umfangreiches Appendice: Intorno al materialismo historico.[115] Als Motto benutzt de Sanctis E. Meyers Worte gegen Schlagworte in der Alten Geschichte und empfiehlt seinen Lesern, als Antidot gegen Marxismus, ein Buch von Eduard Bernstein und "in specie l'eccellento libro del Masaryk". Diese Episode bringt einen weiteren Beweis, daß das modernisierende Modell der antiken Geschichte objektiv eindeutig als antimarxistisch gedeutet werden muß.[116]

112 Masaryk, Die philosophischen und soziologischen Grundlagen des Marxismus, S. 370 mit Anm. 2.
113 Ebenda.
114 Bibliographischer Nachweis in: Anm. 75.
115 Sanctis, Gaetano de, Per la scienza dell' antichità. Saggi e polemiche, Torino/Milano/Roma 1909, S. 259 - 299.
116 Pečírka, Jan, August Boeckh, Karl Bücher, Eduard Meyer und die griechische Wirtschaftsgeschichte, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin. Gesellschaftswissenschaftliche Reihe, 1/1987, S. 29 - 33.

Neuere Literatur zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der griechisch-römischen Antike

Moses I. Finley, Die antike Wirtschaft, autorisierte Übers. aus dem Engl. v. Andreas Wittenburg

Deutscher Taschenbuch Verlag, 1. Aufl., München 1977, 2. Aufl., München 1980, 220 S., 9,80 DM

Thomas Pekáry, Die Wirtschaft der griechisch-römischen Antike = Wissenschaftliche Paperbacks, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, hg. v. Hans Pohl, 9

Franz Steiner Verlag, 1. Aufl., Wiesbaden 1976, 2. Aufl., Wiesbaden 1979, 149 S., 18,- DM

Michel Austin/Pierre Vidal-Naquet, Gesellschaft und Wirtschaft im alten Griechenland, aus dem Franz. übers. v. Andreas Wittenburg

Verlag C. H. Beck, München 1984, 344 S., 38,- DM

Hans-Joachim Gehrke, Jenseits von Athen und Sparta. Das dritte Griechenland und seine Staatenwelt

Verlag C. H. Beck, München 1986, 214 S., 32,- DM

Géza Alföldy, Römische Sozialgeschichte = Wissenschaftliche Paperbacks, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, hg. v. Hans Pohl, 8

Franz Steiner Verlag, 3., völlig überarb. Aufl., Wiesbaden 1984, 212 S., 24,- DM

Francesco de Martino, Wirtschaftsgeschichte des alten Rom, aus dem Italienischen übers. v. Brigitte Galsterer

Verlag C. H. Beck, München 1985, 766 S., 148,- DM

Jochen Bleicken, Verfassungs- und Sozialgeschichte des Römischen Kaiserreiches, Bd. 1.2. = Uni-Taschenbücher, 838

Ferdinand Schöningh, Paderborn 1978, 352 u. 304 S., 18,80 DM je Bd.

Studien zur antiken Sozialgeschichte. Festschrift Friedrich Vittinghoff, hg. v. Werner Eck, Hartmut Galsterer u. Hartmut Wolff = Kölner Historische Abhandlungen, 28

Böhlau-Verlag, Köln/Wien 1980, XV u. 595 S., 128,- DM

von Peter Musiolek/Hagen Fischer

Die Auseinandersetzung um die Charakterisierung der antiken Wirtschaft[1] dauerte an. Die modernisierende Sicht, die Verwendung modernisierender Termini ist deutlich bei Fritz Heichelheim[2] und Michael Rostovtzeff[3] zu erkennen.

1 Vgl. dazu den vorangehenden Beitrag Pečírka, Jan, Zwei Modelle der altgriechischen Wirtschaft.

2 Heichelheim, Fritz M., An Ancient Economic History, 3 Bde., Leiden 1958 - 1959 = durchges. u. ergänzte Ausg. v. derselbe, Wirtschaftsgeschichte

Eine Darstellung der Kontroverse zwischen den Anschauungen der "Modernisten" und der "Primitivisten" nahm Edouard Will[4] vor, wobei er feststellte, daß der Schwerpunkt der Auseinandersetzungen in der deutschen Fachliteratur zu finden war. Im Vorwort "The secular Debate on Economic Primitivism" zu dem Band "Trade and Market in the Early Empires"[5] stützte sich Harry Pearson stark auf Max Weber[6], der die Kontroverse relativierte, die Besonderheiten der griechischen Entwicklung unterstrich und die Bürger der griechischen Stadt mehr als Konsumenten denn als Produzenten ansah und darin einen wesentlichen Unterschied zur neuzeitlichen Entwicklung erblickte. Pearson[7] wies die Vorstellung Eduard Meyers, die antike Wirtschaft sei "modern", durch das Kapital bestimmt gewesen, zurück und stellte fest, daß die antike Wirtschaft anders als das moderne Marktsystem organisiert war. In mehreren Studien hat Karl Polanyi[8] seine Auffassung dargelegt, daß ältere Wirtschaftsformen nicht mit den Maßstäben einer modernen marktwirtschaftlich orientierten Gesellschaft zu messen seien. Seiner Meinung nach ist die Vorherrschaft des durch den Markt vermittelten Austausches erst beim Übergang zur kapitalistischen Produktionsweise anzusetzen. Erst dann erfolge die Distribution von Gütern, Diensten und Statusmerkmalen über den ökonomischen Marktmechanismus. In allen anderen, früheren Gesellschaftsformen sei die Ökonomie in die sozialen Verhältnisse und Institutionen eingebettet (embedded), könne deshalb keine eigenständige Sphäre ausbilden und sei deshalb durch nichtökonomische Faktoren bestimmt. So ließe sich auch erklären, warum es in der Antike keine Wirtschaftstheorie und keine Wirtschaftspolitik gegeben habe.[9] Polanyis Auffassungen sind ausführlich und kritisch diskutiert worden.[10] Anknüpfend an Polanyi, hat Moses I. Finley "Trade and Politics in the Ancient World. Classical Greece" die Problematik von Wirtschaft und Gesellschaft dargestellt.[11] Probleme von Wirtschaft im klassischen Athen untersuchte auch

des Altertums, Leyden 1938.

3 Rostovtzeff, Michael, Gesellschafts- und Wirtschaftsgeschichte der Hellenistischen Welt, 3 Bde., Darmstadt 1955 = durchges. dt. Übers. v. derselbe, The Social and Economic History of the Hellenistic World, Oxford 1941.

4 Will, Edouard, Trois quarts de siècle de recherches sur l'économie grecque antique, in: Annales. Economies, Sociétés, Civilisations, 9, 1954, S. 7 - 22.

5 Polanyi, Karl/Arensberg, Conrad/Pearson, Harry W., Trade and Market in the Early Empires, Glencoe 1957.

6 Weber, Max, Agrarverhältnisse im Altertum, zuerst in: Handbuch der Staatswissenschaften, 3. Aufl., Jena 1909, dann in: derselbe, Gesammelte Aufsätze zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Tübingen 1924, S. 1 - 288.

7 Pearson, Harry W., in: Polanyi/Arensberg/Pearson, S. 7 ff.

8 Polanyi, Karl, in: ebenda, dt. Übers. in: derselbe, Ökonomie und Gesellschaft, Frankfurt (Main) 1979; derselbe, The Great Transformation, New York 1957, dt. Ausg.: derselbe, The Great Transformation, Frankfurt (Main) 1978; Primitive, Archaic and Modern Economies, hg. v. G. Dalton, Garden City (N. Y.) 1968.

9 Polanyi, Ökonomie und Gesellschaft, S. 149 ff.

10 Humphreys, Sally C., History, Economics and Anthropology: the work of Karl Polanyi, in: History and Theory, 8, 1969, S. 165 - 212; Garlan, Yvon, L'oeuvre de Polanyi: la place de l'économie dans les sociétés anciennes, in: La Pensée, Paris 1973, S. 118 - 127. - Besonders dessen These, daß Griechenland noch im 4. Jh. in den Anfängen des Marktsystems gesteckt habe, ist von Ste. Croix, G. E. M. de, in: The Economic History Review, 2. Serie, Bd. 12, Nr. 3/1959 - 1960, S. 510, abgelehnt worden.

11 Finley, Moses I., in: Proceedings of the 2nd International Conference of Economic History, Aix-en-Provence 1962, Bd. 1, Paris 1965, Neudruck New York 1979.

Sally C. Humphreys.[12] Dabei zeigte sie sich nicht sehr optimistisch, was die Überwindung der immer noch andauernden Diskussionen um den Charakter der antiken Wirtschaft, besonders der Athens, betrifft: "The question of the primitiveness or modernity of the ancient, and especially the Athenian economy ... is not yet dead. Though the terms in which the problem was posed, and its evolutionist background, cannot be accepted today, the desire to make increased use of comparative studies was at the root of the argument, and we still have to face today the task of finding an interpretation of ancient economic history which accommodates not only primitive technology, small-scale organisation and a general contempt for economic enterprise, but also widespread trade, the beginnings of banking and economic analysis, and attitudes characterised by contemporary sources as individualistic and mercenary."[13]

Wenn das Interesse an der antiken Wirtschaftsgeschichte in den letzten Jahrzehnten zugenommen hat, so hat daran das Werk von Finley einen ganz besonderen Anteil.[14] In der Auseinandersetzung mit modernistischen Auffassungen ist vor allem sein Buch "The Ancient Economy" hervorzuheben.[15] Das Buch ist aus Vorlesungen hervorgegangen. Für die deutsche Ausgabe "Die antike Wirtschaft" wurde der Anmerkungsapparat noch beträchtlich erweitert; einige Ergänzungen wurden vorgenommen.

Im 1. Kapitel "Die Menschen der Antike und ihre Wirtschaft" (S. 7 - 30) geht es Finley darum, zu erläutern und zu beweisen, daß den Menschen der Antike der Begriff "Wirtschaft" gefehlt habe und darüber hinaus auch die begrifflichen Voraussetzungen für das, was wir "die Wirtschaft" nennen. "Natürlich waren sie als Bauern oder Handwerker tätig, stellten Waren her, betrieben Bergbau, natürlich wurden Steuern erhoben und Münzen geprägt, man deponierte Geld und nahm welches auf, natürlich machten sie Gewinn oder scheiterten an ihren Unternehmungen. Sie sahen aber nicht all diese einzelnen Aktivitäten gedanklich als Einheit." (S. 12)

Aristoteles, dessen Ziel es war, alle Zweige des Wissens zu erfassen, habe aus diesem Grund keine "Ökonomie" geschrieben. Klagen über die Spärlichkeit und Mittelmäßigkeit antiker "Wirtschaftsliteratur" beruhten auf einer grundsätzlich falschen Vorstellung davon, worum es bei derartiger Literatur gehen konnte (S. 12).[16]

Zu dem Einwand, daß dadurch "Wirtschaft" willkürlich auf die Analyse des kapitalistischen Systems eingeengt würde, während doch nichtkapitalistische oder vorkapitalistische Gesellschaften auch eine Wirtschaftsordnung besaßen, mit Regeln und Gesetzmäßigkeiten und sogar mit einem gewissen Maß an Vorhersagbarkeit, ganz gleich ob von ihnen systematisiert oder nicht, äußerte sich Finley so: "Ich halte diesen Einwand von dem Wort willkürlich abgesehen für richtig; auch ich bin eindeutig der Meinung, daß wir das Recht haben, solche Wirtschaftsordnungen zu untersuchen und Fragen über ihre Gesellschaft zu stellen, auf die die Menschen der Antike nicht gekommen wären." (S. 14) Ihm geht es um eine grundsätzliche methodische Frage. "Die Wirtschaftssprache und die wirtschaftlichen Vorstellungen, die uns allen, sogar den Laien unter uns, vertraut sind ..., und die von uns benutzten Modelle sind dazu an-

12 Humphreys, Sally C., Economy and society in classical Athens, in: Annali della Scuola Normale Superiore di Pisa, 2. Serie, Bd. 39, 1970.
13 Ebenda, S. 2 f.
14 Vgl. Vidal-Naquet, Pierre, Economie et société dans la Grèce ancienne: l'oeuvre de M. I. Finley, in: Archives Européennes de Sociologie, Bd. 6, 1965, S. 111 - 148.
15 Finley, Moses I., The Ancient Economy, Berkeley/Los Angeles 1973, autorisierte Übers. v. Andreas Wittenburg: derselbe, Die antike Wirtschaft, 1. Aufl., München 1977, 2. Aufl., München 1980.
16 Vgl. derselbe, Aristoteles und ökonomische Analyse, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (JWG), 2/1971, S. 87 - 105.

getan, uns in eine falsche Richtung zu weisen." (S. 14) Wichtig ist ihm, daß es in der Antike, bis auf Ausnahmen, weder auf dem privaten noch auf dem öffentlichen Sektor Zahlenreihen von ökonomischen Daten für einen längeren Zeitraum gab; deshalb konnte es auch keine Statistik geben (S. 18). Immer wieder setzt sich Finley mit Beispielen modernistischer Sicht auseinander; er plädiert dafür, "Modelle zu suchen, die der Wirtschaft der Antike entsprechen und nicht (oder wenigstens nicht notwendigerweise) der unseren." (S. 19) Antike ist für ihn die griechisch-römische Welt in der Zeit zwischen 1000 v. u. Z. und 500 (S. 22).

Im Kapitel 2 "Stände und Status" (S. 31 - 64) wird die Bedeutung dieser Begriffe in der Antike charakterisiert, wobei Status im Sinne von "Sozialprestige", wie etwa im Wort "Status-Symbol", interpretiert wird. Der Autor führt aus, daß das Urteil über Reichtum in der Antike völlig eindeutig war; Reichtum war notwendig und gut, Voraussetzung für ein angenehmes Leben. Armut war nicht erstrebenswert. "Selig sind die Armen" gehörte grundsätzlich nicht in die antike Vorstellungswelt.

Drei Kategorien sozialer Einteilung werden untersucht: Stand, Klasse, Status. Stand wird als "eine juristisch bestimmte Gruppe innerhalb der Bevölkerung" definiert (S. 44). Er besaß formale Privilegien und unterlag Beschränkungen in bezug auf Beteiligung an der Regierung, auf das Militärische, seine Rechtsstellung, auf Wirtschaft, Religion, Eheschließung und bezüglich seiner Stellung im Verhältnis zu anderen Ständen; ursprünglich war die Zugehörigkeit erblich. Dieser Zustand änderte sich aber; die Zweiteilung Patrizier - Plebejer verlor ihre Bedeutung; der oberste Stand wurde der "ordo senatorius" (Mitglieder des Senats), der sich im Lauf der Jahre in wachsender Mehrheit aus Plebejern zusammensetzte. Im 2. Jh. v. u. Z. wurde dann festgelegt, daß der Ritterstand de facto alle Nichtsenatoren mit einem Mindestvermögen von 400 000 Sesterzen umfassen sollte (S. 44). Die Ständeorganisation reichte am Ende des 2. Jh. v. u. Z. allein für den Zusammenhalt nicht mehr aus. Die Nobilität, die nicht juristisch definiert war, war kein Stand, sondern ein Status (S. 45). Die römische Bürgerschaft ist auch als Stand zu betrachten, denn der römische Bürger besaß Privilegien und Verpflichtungen, die gesetzlich festgelegt waren und über die eifersüchtig gewacht wurde. Finley ist der Meinung, daß der marxistische Klassenbegriff nicht auf die Gliederung der antiken Gesellschaft anwendbar ist (S. 48), zitiert die Bemerkung von Georg Lukács "Das Standesbewußtsein verdeckt das Klassenbewußtsein".[17]

Im 3. Kapitel "Herren und Sklaven" (S. 65 - 108) wird die Sklaverei als Institution dargestellt. Finley bezeichnet die "klassischen" Perioden in Griechenland und Italien als Zeitalter der ersten wirklichen Sklavenhaltergesellschaften in der Geschichte (S. 76). Er meint damit die Zeit vom 6. Jh. v. u. Z. an in Griechenland, vom 3. Jh. v. u. Z. in Rom und Italien bis zum 3. Jh. (S. 74).

Finley wendet sich gegen die immer wieder geäußerte Behauptung, die Sklavenarbeit wäre nicht effektiv, nicht rentabel gewesen (S. 94). Er argumentiert auch dagegen, daß die Sklaverei den technischen Fortschritt und das Anwachsen der Produktivität verhindert hätte. Die Zusammenhänge zwischen antiker Sklaverei und moderner Ideologie werden von Finley in dem Buch "Die Sklaverei in der Antike" ausführlich diskutiert, der Antimarxismus als mächtige Ideologie charakterisiert.[18]

Im 4. Kapitel "Grundherren und Bauern" (S. 109 - 145) werden die Verhältnisse in der Landwirtschaft beschrieben. Finley geht davon aus, daß die meisten Menschen in der Welt der Antike in der einen oder anderen Weise vom Bodenertrag lebten (S. 112). Größenverhältnisse der landwirtschaftlichen Betriebe werden diskutiert, die Lage der Bauern wird geschildert, landwirt-

17 Lukács, Georg, Geschichte und Klassenbewußtsein, Berlin 1923.
18 Finley, Moses I., Die Sklaverei in der Antike, München 1981, Kap. 1, S. 11 - 78.

schaftliche Produkte werden aufgezählt. Eine Vielzahl von Quellen wurde ausgewertet, eine Fülle von Literaturangaben vermittelt weiterführende Überlegungen. (Zum Verhältnis von Stadt und Land in Griechenland bieten auch die verschiedenen Beiträge des Sammelbandes "Problèmes de la terre en Grèce ancienne"[19] neue Erkenntnisse, die auf neuen archäologischen Forschungen in Gebieten griechischer Kolonien Italiens, Siziliens und des Schwarzmeerküstenbereiches beruhen.)

Das 5. Kapitel "Stadt und Land" (S. 146 - 178) ist den Beziehungen, der Einheit von Stadt und Land gewidmet. Nach Finleys Meinung umfaßte die Stadt in der klassischen Antike sowohl die "chora", das agrarische Hinterland als auch ein städtisches Zentrum (S. 146). Hier unterscheidet Finley nicht zwischen Stadt und Polis, Stadtstaat. Eine andere Auffassung vertritt Frank Kolb.[20] Finley geht der Frage nach, ob die antiken Städte in erster Linie Konsumzentren waren, wie Max Weber annahm (S. 148).

Finley differenziert; Rom ist für ihn die "vollkommen parasitäre Stadt" (S. 155), aber andere Städte, die keine Beute aus den Provinzen und keine Tribute erhielten, mußten Äquivalente liefern. Er unterscheidet Städte, die Handels- und Umschlagplätze waren, über Zölle, Hafengebühren verfügten, verweist hier auf Aigina, Chios und die große Mehrheit der Städte, deren Bürger mit der Landwirtschaft verbunden waren. Viele Städte waren vollständig agrarisch, das Land war die einzige Quelle ihres Reichtums, und sie hatten für Metalle, Sklaven und Luxusgüter mit den Überschüssen ihrer landwirtschaftlichen Produktion zu zahlen (S 156). Daneben gab es seiner Meinung nach auch Städte mit unzureichender landwirtschaftlicher Grundlage und einer gemischten Wirtschaft; er nimmt Athen als zu untersuchendes Beispiel, aber "nicht das parasitäre, imperialistische Athen mit den hohen Tributen", sondern Athen im 4. Jh. v. u. Z. (S. 157). Nach ausführlicher Erörterung der Quellen, der wichtigsten Fachliteratur, anderer Auffassungen werden alle sonstigen Produkte, wie Öl, Wein, verworfen, die als Exportwaren da und dort angeführt werden; nur Silber, sowohl in Barren als auch in Münzen, wird von Finley als Exportware akzeptiert (S. 160). In einer Zusammenfassung verweist er auf vier veränderliche Größen als Zahlungsmöglichkeiten antiker Städte für Bedarfsgüter: Erträge aus der Landwirtschaft, besondere Ressourcen wie Silber, Einkommen durch Handel und Tourismus und Einkommen aus Steuern, Tributen, Pachten und Geschenken von Unterworfenen (S. 166 f.).

Im 6. Kapitel "Der Staat und die Wirtschaft" (S. 179 - 211) plädiert Finley dafür, daß eine Untersuchung des Verhältnisses zwischen Staat und Wirtschaft nicht nur zwischen der unabhängigen Gemeinde, dem Stadt-Staat und der autokratischen Monarchie unterscheiden müsse, sondern auch zwischen den hellenistischen Monarchien und den römischen (S. 183). Finley hebt die totale Autorität des Staates hervor, sowohl bei den Stadt-Staaten wie bei den Autokratien (S. 184), aber sie betrieben keine Wirtschaftspolitik.

Antike Staaten hatten kein Budget im modernen Sinne: In jedem konkreten Fall, z. B. beim Bau eines Tempels, mußten Maßnahmen ergriffen werden, um die Mittel aufzubringen. Athen erhob keine ständigen Steuern, auch Rom erhob lange Zeit keine Grundsteuer. Erst im römischen Kaiserreich im 3. Jh. wird die Grundsteuer zur Hauptquelle des staatlichen Einkommens (S. 210). Aber dies war auch schon die Zeit, in der die antike Welt aufgrund ihrer sozialen und politischen Struktur, deren tief verwurzelten und institutionalisier-

19 Problèmes de la terre en Grèce ancienne, hg. v. M. I. Finley, Paris 1973; vgl. auch die Rezension von Audring, Gert/Kreißig, Heinz, Stadt und Land im alten Griechenland, in: JWG, 4/1975, S. 179 ff.

20 Kolb, Frank, Die Stadt im Altertum, München 1984; vgl. die Rezension dieses Buches Musiolek, Peter, in: Deutsche Literatur-Zeitung, 4/1986, Sp. 284 - 286.

ten Wertvorstellungen und der Organisation und Ausbeutung ihrer Produktivkräfte, die das Ganze stützten, ihrem Ende entgegeneilte (S. 211).

Zweifellos ist der leider inzwischen verstorbene Sir Moses Finley der hervorragendste Vertreter der antimodernistischen Richtung, der die modernistische Sicht der antiken Wirtschaft heftig kritisierte und widerlegte. Er fand Mitstreiter, Schüler, aber auch Kritiker; eine ausführliche Würdigung seiner Verdienste ist in diesem Zusammenhang nicht möglich. Von seinen anregenden Bemühungen, die Struktur der antiken Wirtschaft aus ihrer Spezifik heraus zu erläutern, gingen wichtige, die Forschung befruchtende Impulse aus.[21] Leider gibt es immer noch modernistische Auffassungen[22] und so manche unverständliche Argumentation wie diese: "Der Begriff Industrie fügt sich nicht ohne weiteres in den Rahmen der Wirtschaft des klassischen Griechenlands ein; er umfaßt in dieser Darstellung deshalb auch all das, was man heute als Heimarbeit oder Kleingewerbe bezeichnen würde. Ja, er bezieht - noch etwas gewagter - sogar die Bebauung des Bodens mit ein",[23] da es schwerfalle, "irgendwelche ernstzunehmenden Beweise für 'Industrie' im heutigen Sinne zu finden, sofern wir nicht den Ackerbau und sonstige Nahrungsmittelerzeugung so bezeichnen wollen".[24]

Die Darstellung der Wirtschaft der Antike von Thomas Pekáry, die erste Gesamtdarstellung seit längerer Zeit in deutscher Sprache, will Studenten der Alten Geschichte und Forschern der Nachbargebiete Archäologie und Philologie einen ersten Zugang zu den Problemen der antiken Wirtschaftsgeschichte bieten (S. IX). Sie behandelt zeitlich die Jahre von etwa 800 v. u. Z. bis gegen 400.

Pekáry stellt fest, daß "die antike Wirtschaft eine grundlegend verschiedene Struktur" gegenüber den modernen Verhältnissen aufweist, wendet sich gegen die Rückprojizierung moderner Vorstellungen, betont, daß die Antike weder Industrie und Großbetriebe noch Großbanken, Wertpapiere und Aktien kannte (S. 1). Er hält es für unrichtig, von antiken Inflationen zu sprechen (S. 2), sieht es als fragwürdige Rückprojizierung an, wenn man die hellenistische und römische Außenpolitik als primär durch wirtschaftliche Interessen bestimmt betrachtet (S. 3). Grundlage der Wirtschaft ist für ihn die Landwirtschaft; das Handwerk habe eine zunehmende Differenzierung und Spezialisierung erlebt, aber es seien keine Großbetriebe entstanden (S. 4). Die im Umlauf befindliche Geldmenge sei sehr klein gewesen, der Staat habe sich nicht um das Verkehrs- und Transportwesen gekümmert (S. 5). Bei der Behandlung der Grundprobleme der antiken Wirtschaft ist der Einfluß Finleys erkennbar.

Die Darstellung ist in drei Teile gegliedert: I. Die griechische Welt (S. 7 - 42); II. Das Zeitalter des Hellenismus (S. 43 - 75) und III. Rom (S. 76 - 131).

Münzwesen und Geldwert werden in einem Anhang erläutert. Dabei wendet sich Pekáry gegen die oft praktizierte Umrechnung von antikem Geld in moderne Währungen und unterstreicht, daß man eine annähernde Vorstellung vom Wert und von der Kaufkraft des antiken Geldes am ehesten gewinnt, wenn man Löhne, Preise und Lebenshaltungskosten in einzelnen Epochen betrachtet (S. 132 f.).

Die drei Hauptteile sind in Kapitel untergliedert, jedes Kapitel bringt Quellen- und Literaturhinweise.

21 Vgl. Koščelenko, G. A., Ėkonomika Drevnej Grecii v sovremennoj zarubežnoj literature, in: Drevnij vostok i antičnyj mir, Moskva 1980, S. 126.
22 Davison, Z. W. I./Harper, I. E., European Economic History, Bd. 1: The Ancient World, New York 1972.
23 Hopper, Robert J., Handel und Industrie im klassischen Griechenland, München 1982, S. 9.
24 Ebenda, S. 11.

Die griechische Welt, der erste Hauptteil, enthält die Kapitel: 1. Die geometrische Zeit; hauptsächlich wird der Entwicklungsstand der Landwirtschaft dargestellt, die wichtigsten Produkte werden genannt, die Arbeit und die Arbeitenden dargestellt. Im 2. Kapitel, Die Ausbreitung des Griechentums, wird die Problematik der Kolonisation besprochen, darauf folgt als 3. Kapitel Das 7. Jahrhundert, wo wiederum besonders die Entwicklung in der Landwirtschaft beschrieben wird. Hier schließt sich das 4. Kapitel über Reformen und Bodenfragen des 6. und 5. Jh. v. u. Z. an. Angaben über das Handwerk (Kap. 5) und über den Handel (Kap. 6) informieren über den Entwicklungsstand dieser Erwerbszweige. Im 7. Kapitel, Staatshaushalt und privates Vermögen, wird festgestellt, daß der Staat das Wirtschaftsleben nicht zu steuern versuchte. Einnahmen und Ausgaben des Staates werden zusammengestellt, Löhne, Preise, Vermögensverhältnisse angegeben. Das 8. Kapitel behandelt das Bankwesen, dessen früheste Funktionen, das Geldwechseln und die Pfandleihe.

Im 9. Kapitel, der Darstellung des 4. Jahrhunderts v. u. Z., folgt Pekáry der Auffassung Rostovtzeffs, daß Athen Absatzmärkte in Italien und Sizilien einbüßte.

Die Entwicklung im Hellenismus (T. II) und die Entwicklung Roms (T. III) sind ähnlich gegliedert. In den Kapiteln wird wie auch in Teil I ein informativer traditioneller Überblick über die Produktionszweige gegeben. Leider werden die Eigentumsverhältnisse und die Abhängigkeitsverhältnisse kaum behandelt, die ökonomische Bedeutung der Sklaverei nicht erwähnt.

Eine andere Art des Herangehens zeigt das Buch von Michel Austin/Pierre Vidal-Naquet "Gesellschaft und Wirtschaft im alten Griechenland".

Der deutschen Fassung liegt die zweite, durchgesehene Auflage "Economies et sociétés en Grèce ancienne", Paris 1973, zugrunde. Das Buch erschien zuerst 1972 in Paris, es wurde ins Englische (1977) und Italienische (1982) übersetzt. Die Entwicklung der Forschung, der Zuwachs an Quellen wurden durch Ergänzungen berücksichtigt. Das Buch entstand auf Anregung von Pierre Lévéque, der auch Hauptinitiator der internationalen Colloques sur l'esclavage war.[25] In seiner Rezension hebt J. K. Davies[26] die Tradition Louis Gernets und den Einfluß der Arbeiten von Finley hervor. Die beiden Autoren erwähnen auch Max Weber und Johannes Hasebroek, Jean-Pierre Vernant und Edouard Will sowie Karl Polanyi in ihrer Traditionslinie und betonen als Hinweis auf ihre intellektuelle Herkunft den Reichtum an Gedanken in den "Grundrissen der Kritik der Politischen Ökonomie" von Karl Marx (vgl. das Vorwort zur deutschen Ausgabe, S. VIII).

Das Buch ist in zwei Hauptteile gegliedert: I. Darstellung, in sieben Kapiteln mit insgesamt 127 Seiten plus 15 Seiten Anmerkungen, und II. Texte und Dokumente, entsprechend den Kapiteln unterteilt, auf 184 Seiten. Der Anhang enthält ein Abkürzungsverzeichnis, ein Verzeichnis der Karten, ein Verzeichnis der Übersetzungen der Texte und Dokumente sowie ein Register (9 Seiten).

Im ersten Kapitel "Grundvorstellungen und Hauptprobleme" (S. 3 - 27) werden von den Autoren die Entwicklung der Kontroverse über die griechische Wirtschaft der Antike, ihre Auffassung, daß die griechische Wirtschaft in die Gesellschaft "eingebettet" sei, die Rolle der Sklaverei, des Klassenkampfes dargestellt. Kapitel 2 (S. 28 - 38) behandelt die homerische Welt, wobei die Entwicklung des mykenischen Griechenlands in der Bronzezeit außerhalb des Rahmens, der diesem Buch gesetzt ist, liegt. Als homerische Welt wird die

25 Kreißig, Heinz, Zur Sklaverei im Altertum. Eine Zwischenbilanz der internationalen Colloques sur l'esclavage, in: JWG, 3/1978, S. 125, 138.
26 Davies, J. K., in: Phoenix, 29, 1975, S. 94.

Zeit des 10. und 9. Jh. v. u. Z. gesehen, die "Dunklen Jahrhunderte", als deren Grundlage der aristokratische Oikos.

Kapitel 3 (S. 39 - 61) erörtert die archaische Zeit (8. - 6. Jh. v. u. Z.): die Entwicklung der Polis, die Unruhen der archaischen Zeit, landwirtschaftliche Aspekte der Krise, Neuverteilung des Landes und Verbesserungen im Status der Bauern, die Kolonisation, Getreideimport und die Anfänge der Münzprägung.

In Kapitel 4 (S. 62 - 74) und Kapitel 5 (S. 75 - 90) werden nach einer Typologie der griechischen Staaten die Hauptkategorien der Bevölkerung in Sparta, die Besonderheit Spartas und die charakteristischen Merkmale Athens der klassischen Zeit im Unterschied zu Sparta erläutert. Kapitel 6 (S. 91 - 106) hat die griechischen Poleis und wirtschaftliche Probleme zum Inhalt. Das wirtschaftliche Verhalten, Politik im Interesse des Imports, nicht des Exports, Importhandel, Finanzpolitik, Einkünfte (aus Bergwerken), Steuern, Tribute, die Entwicklung des Geldes, die Kontrolle wirtschaftlicher Tätigkeit werden charakterisiert. Kapitel 7 (S. 107 - 127) behandelt die Zeit der Krisen, den peloponnesischen Krieg, die Kriege im 4. Jh., die Entwicklung der militärischen Technik, die sozialen Auseinandersetzungen und die Verarmung der Massen, die innenpolitischen Aspekte des Niedergangs der athenischen Polis. Die Reaktionen auf die Krise, das Ende des Ideals vom Bürger und Bauern, Neuerungen im wirtschaftlichen Leben Athens und die Verbreitung der Monarchie werden dargestellt.

Die 132 Quellentexte des Teils II sind den Kapiteln des Teils I, der Darstellung, zugeordnet. Das Buch wendet sich nicht nur an Fachleute, es ist eigentlich als Studienbuch für Studenten entstanden. Ein Vorzug dieses Buches gegenüber anderen Darstellungen von Gesellschaft und Wirtschaft der griechischen Antike besteht darin, daß es den beiden Autoren durch die Zuordnung der übersetzten und erläuterten Quellentexte zu den Kapiteln der Darstellung gelungen ist, ein sehr lebendiges Bild von der antiken griechischen Wirtschaft zu entwerfen.

Weiterführende Literatur oder auch gegensätzliche Auffassungen werden in den Anmerkungen vermittelt. Als weiterer Vorzug ist festzustellen, daß die Zusammenhänge zwischen der Entwicklung der Gesellschaft und der Entwicklung der Wirtschaft sehr deutlich werden. Die Entwicklung in der Landwirtschaft, in Handwerk und Handel sind nicht losgelöst behandelt, sondern als wirtschaftliche Tätigkeit der Bürger, der Metoiken, der Sklaven dargestellt worden.

Manchmal ist die Darstellung allerdings etwas summarisch. Der Meinung, daß die Sklaven keine Klasse bildeten (vgl. S. 19 f.), kann der Rezensent nicht zustimmen. Interessanterweise gebraucht Vernant den Begriff Sklavenklasse[27], ebenso Ste. Croix.[28]

Die Sklaverei habe die Produktionsverhältnisse bestimmt, innerhalb der landwirtschaftlichen und handwerklichen Produktion seien die Sklaven "zu einer großen Gruppe mit allen Merkmalen einer Klasse" geworden.[29]

Die beiden Autoren betonen, "daß in gleicher Weise wie es keine eigenständige 'wirtschaftliche' Kategorie gab, auch keine unabhängige 'soziale' Kategorie existierte. Wir können daher a priori davon ausgehen, daß die griechische So-

27 Vernant, Jean Pierre, Remarques sur la lutte de classes dans la Grèce ancienne, in: Eirene, 4/1965, S. 7.

28 Ste. Croix, G. E. M. de, Karl Marx and the History of Classical Antiquity, in: Arethusa, 8, 1975, S. 7 ff.

29 Vgl. Kreißig, Heinz, Wirtschaft und Gesellschaft im Seleukidenreich, Berlin 1978, S. 9; vgl. derselbe, Weitere Literatur zur antiken Sklaverei und anderen Abhängigkeitsformen im griechischen und hellenistischen Raum, in: Klio, 2/1982, S. 571 - 575.

zialgeschichte ebenso wie die Wirtschaftsgeschichte in die politische Geschichte eingegliedert ist" (S. 19, ähnlich S. 92). In dem Unterkapitel "Die griechische Wirtschaft ist in die Gesellschaft 'eingebettet'" fassen die Autoren zusammen: "Man könnte sagen, daß jede ökonomische Analyse der griechischen Geschichte unvermeidlich in eine politische Untersuchung mündet und sich mit ihr verquickt." (S. 10)

Beide Aussagen drücken ein Vorherrschen der Politik in der Antike aus.

Es ist in diesem Zusammenhang nicht uninteressant, was Marx zu dieser Problematik äußerte. Im "Kapital" schrieb er, man habe zu seiner materialistischen Geschichtserklärung angemerkt, "alles dies sei zwar richtig für die heutige Welt, wo die materiellen Interessen, aber weder für das Mittelalter, wo der Katholizismus, noch für Athen und Rom, wo die Politik herrschte." Marx fuhr, diesen Einwand widerlegend, fort: "Zunächst ist es befremdlich, daß jemand vorauszusetzen beliebt, diese weltbekannten Redensarten über Mittelalter und antike Welt seien irgend jemand unbekannt geblieben. So viel ist klar, daß das Mittelalter nicht vom Katholizismus und die antike Welt nicht von der Politik leben konnte. Die Art und Weise, wie sie ihr Leben gewannen, erklärt umgekehrt, warum dort die Politik, hier der Katholizismus die Hauptrolle spielte."[30]

Es wird nicht bestritten, daß die Menschen der Antike ihr Leben als von der Politik her wesentlich bestimmt angesehen oder die Motive ihres Handelns als politische Motive verstanden hätten. Nur müßte auch hinter die bewußten Beweggründe gesehen werden.

"Eine Darstellung der griechischen Geschichte aus der Perspektive der mittleren und kleineren Staaten ist schon oft als Desiderat empfunden worden". Diese völlig richtige Feststellung formuliert Hans-Joachim Gehrke im Vorwort (S. 7) seines Buches "Jenseits von Athen und Sparta". Die neuere Forschung hat zwar in zahlreichen Einzeluntersuchungen verschiedene interessante Ergebnisse erbracht; der Autor sieht aber die Schwierigkeiten der Quellenlage, der großen Vielfalt der politischen Einheiten und bezeichnet sein Buch als Experiment, auch als Anregung, auf dem hier vorgeschlagenen Weg weiterzugehen. Er geht davon aus, daß jenseits der Individualität der über 600 einzelnen antiken Staaten strukturelle Gemeinsamkeiten in wirtschaftlicher, sozialer, religiöser, geistiger und politischer Hinsicht existierten, und will die Ambivalenz von Vielgestaltigkeit und Einheit herausarbeiten (I. Einleitung: Thematische Einführung, S. 11 - 13). Wie schon im Titel ausgedrückt, werden Athen und Sparta nicht in die Darstellung einbezogen; auch die griechischen Kolonien in Sizilien, Unteritalien, an der illyrischen, iberischen und gallischen Küste, der Propontis, der Küsten des Schwarzen Meeres und Nordafrikas sind nicht erfaßt.

In einem allgemeinen Teil (S. 14 - 95) werden die strukturellen Grundzüge der griechischen Geschichte herausgearbeitet, in einem speziellen Teil (S. 96 - 176) sucht der Autor die verschiedenen Staaten in ein typologisches System zu bringen, und zwar auf der Basis der ökonomischen Voraussetzungen sowie der sozialen und politischen Verhältnisse. Solche Typisierungen der Poleis sind bisher nur in Ansätzen versucht worden.[31] Überlegungen von Finley[32] bestärkten Gehrke, "mit modellartigen Vorstellungen zu arbeiten" (S. 96). Der

30 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Berlin 1956 ff., Bd. 23, S. 96.

31 Vgl. Amit, M., Great and Small Poleis. A Study in the Relations between the Great Powers and the Small Cities in Ancient Greece, in: Collection Latomus, Bd. 134, Bruxelles 1973; Welwey, Karl-Wilhelm, Die griechische Polis, Stuttgart/Berlin (West)/Köln/Mainz 1983, bes. III, 3: Mittlere und kleinere Poleis, S. 270 - 285.

32 Finley, Moses I., Soziale Modelle zur antiken Geschichte, in: Historische Zeitschrift, 239, 1984, S. 265 ff.

behandelte Zeitraum reicht von der Ausbildung des Staates der archaischen Zeit bis zur Unterwerfung Griechenlands durch die Römer im 2. Jh. v. u. Z.

Im allgemeinen Teil geht Gehrke zuerst auf das geographische Milieu, das Klima ein; er schildert den geringen Anteil von fruchtbarem Boden, den großen Umfang von Berglandschaften, den Mangel an Bodenschätzen, die schlechten Verbindungswege zu Lande, die kommunikative Funktion des Meeres (S. 14 - 18). Im 2. Kapitel (S. 18 - 31) werden Wirtschaftsleben und soziale Strukturen erläutert. Gehrke beschreibt die Landwirtschaft, die Arbeit der Bauern, die wichtigsten Produkte, Betriebsformen und soziale Grundeinheiten, hebt zu Recht hervor, daß an die 80 % aller Einwohner in der Landwirtschaft tätig waren. Handwerk und Handel waren "im allgemeinen von wesentlich geringerer Bedeutung" (S. 28). Die Gesamtzahl der im 5. Jh. in Athen an der Herstellung der berühmten rotfigurigen Vasen gleichzeitig beteiligten Handwerker, einschließlich Sklaven, wird auf maximal 500 beziffert.[33]

Im 3. Kapitel (S. 31 - 75) werden die Grundzüge des politischen Lebens erörtert. Die Siedlungskonzentration vom 8. - 6. Jh. wird als äußeres Indiz der Polisbildung bewertet. Unter Ausnutzung ihrer ökonomischen Ressourcen, ihres sozialen Gewichts und ihrer politischen Position, als Einzelkämpfer, Richter, sei es der Aristokratie gelungen, die politische Macht in den eigenen Reihen zu monopolisieren, ja teilweise überhaupt erst als solche zu konstituieren (S. 35). Der soziale und ökonomische Druck auf die Kleinbauern habe sich verstärkt, Verarmung, Verschuldung drohten, "der Antagonismus zwischen Adel und Volk war unverkennbar" (S. 40). Dies habe zur Krise der archaischen Zeit geführt. Die Überwindung der Krise, die Entspannung der Situation sei durch Maßnahmen von Nomotheten oder Aisymneten (Gesetzgebern oder Vermittlern), wie Kodifizierung des Rechts, Vorgehen gegen Schuldknechtschaft, gegen Verschuldung der Bauern, Festlegungen zur Mitbestimmung breiterer Schichten, zur Beteiligung an der Politik besonders der Hopliten, der mittleren Bauern, gelungen. Gehrke ist der Meinung, daß die Hopliten einen besonderen Polispatriotismus entwickelten, der den Partikularismus förderte (S. 45).

Bei der idealtypischen Darstellung der Struktur der Konflikte, der Konkurrenz um Macht und Machtanteil wird zwischen internen, zwischen staatlichen und integrierten Konflikten unterschieden. Es wird hervorgehoben, daß in der klassischen Zeit der archaische Klassen- und Ständekampf Adel gegen Demos überlagert, ja ersetzt wird durch den Konflikt zwischen Oligarchen und Demokraten (S. 47); die Staseis (Bürgerkriege) seien eine mindestens latente Bedrohung gewesen. Kriege, oft brutal geführt, zur Machterweiterung, zur Bereicherung, waren zwischen den Poleis sehr häufig; die Gefahr des Krieges war permanent vorhanden (S. 53), interne und zwischenstaatliche Konflikte waren oft miteinander verbunden. Bei der Charakterisierung des rechtlichen Rahmens werden die klassischen Verfassungen besprochen, die Herausbildung von Bundesstaaten wird dargestellt, Elemente der Völkerrechtsentwicklung, das Problem einer allgemeinen Friedensordnung werden diskutiert (S. 60 - 75).

Nach der Betrachtung der Dialektik von Besonderheit und Gemeinsamkeit in den sozialen und ökonomischen Verhältnissen sowie der politischen Strukturen wendet sich Gehrke der Sprache und Schrift, der Religiosität und dem Mythos zu, die seiner Meinung nach die spezifische Dialektik besonders deutlich verkörperten (S. 75 - 95). Dabei geht er auf die Bedeutung von Literatur, Philosophie und Kunst für die Leitfrage nach der Dialektik von Trennendem und Verbindendem ein.

33 Cook, R. M., Die Bedeutung der bemalten Keramik für den griechischen Handel, in: Jahrbuch des deutschen archäologischen Instituts, 74, 1959, S. 114 ff.

War im allgemeinen Teil, bei der Kennzeichnung des wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Lebens, besonders die gesamtheitliche Perspektive maßgebend, so wendet sich der Autor nun bei seiner typologischen Zusammenstellung der individuellen Seite zu. Wesentliche Kriterien für die typologische Einordnung sind für ihn die jeweilige Agrarstruktur (Größe, Güte des Acker- und Weidelandes einer Polis) sowie die Nutzung des Meeres. Wenn der Handel zur See eine größere Dimension hatte, wird der maritime Gesichtspunkt als bedeutend bezeichnet.

Das ergibt folgende Gliederung: 1. Bedeutende Agrarstaaten; 2. Mittlere Agrarstaaten; 3. Mittlere Agrarstaaten mit bedeutender maritimer Komponente; 4. Mittlere und kleinere Agrarstaaten mit maritimer Komponente; 5. Ärmere Agrarstaaten (ohne oder mit geringfügiger maritimer Komponente); 6. Staaten mit ausgeprägten Spezialisierungen.

Dem T y p 1 werden Staaten zugeordnet, die über große fruchtbare und gut bewässerte Ebenen sowie landwirtschaftlich gut nutzbares Ackerland verfügten, mit starken Adelsschichten, größeren Betriebsformen. Besprochen werden a) Thessalien, b) Boiotien unter Einbeziehung Thebens, c) Elis, d) Chalkis und Eretria (S. 97 - 106).

Man kann der Zuordnung a, b, c generell zustimmen. Aber die Zuordnung von Chalkis, Eretria erscheint doch kaum gerechtfertigt. Gehrke meint selbst, daß Chalkis dem Typ 3 näher komme, die agrarische Kapazität und die entsprechende Sozialstruktur aber für ihn ausschlaggebend seien. Gleiches gelte für Eretria. Meines Erachtens sollten die Rolle von Chalkis bei der Kolonisation, die handwerkliche Produktion und die Bedeutung beider Poleis im Handel, die günstigen Häfen, die Seeschiffahrt für die Zuordnung zu Typ 3 sprechen. Auch die historische Entwicklung in a, b verlief ganz anders als in d.

Für T y p 2 wird als kennzeichnend der binnenländische Charakter, eine kleinere Anbaufläche angesehen; die Wirtschafts- und Lebensweise habe der mittlerer und kleinerer Bauern entsprochen: a) Phleius, b) die bedeutenderen arkadischen Poleis und c) Argos dienen als Beispiele (S. 107 -116). Das Gebiet von Phleius umfaßte nur 135 km², Argos dagegen 1 400 km²; die historische Entwicklung, auch die Bedeutung war sehr unterschiedlich.

Als am verbreitetsten unter den griechischen Staaten mittlerer Bedeutung bezeichnet der Autor T y p 3; als wichtiges Charakteristikum wird auch hier die landwirtschaftliche Basis genannt, aber die Ausrichtung auf bestimmte Produkte betont, die auf Lokalmärkten absetzbar waren; die Bedeutung von Häfen, Schiffahrt, differenziertem Handwerk, Handel und Zwischenhandel wird hervorgehoben: a) Samos, b) Chios, c) Mytilene, d) Rhodos, e) Korinth, f) Milet sind die besprochenen Beispiele (S. 116 - 136).

Als Kriterien für den T y p 4 werden genannt: Ackerland durchaus noch von Bedeutung, agrarische Lebensweise als hoher Stellenwert, kleine Bauern, weniger soziale Differenzierung als bei Typ 3, aber mehr als bei Typ 2, geringere Bedeutung von Handwerk und Fernhandel. Zusammengestellt sind: a) Sikyon, b) Megara, c) Achaia, d) Karystos, e) Halieis, f) Kleinere Ägäisinseln (S. 136 - 150). Sikyon, Megara bezeichnet der Autor selbst als Grenzfälle. Die Größenverhältnisse (Megara um 700 v. u. Z. etwa 700 km², nach Territorialverlusten noch um 500 km², manche Inseln unter 20 km²), auch die unterschiedliche historische Entwicklung und Bedeutung (Megara war Metropole) sprechen m. E. gegen eine Zusammenfassung als Typ.

Als T y p 5 werden ärmere Agrarstaaten mit begrenzter Anbaufläche, keinem oder nur beschränktem Zugang zum Meer gekennzeichnet, in denen ältere Stammesorganisationen erhalten geblieben sind: a) Arkadien (außer den unter 2 genannten Poleis), b) Aitolien, c) Akarnanien, d) Phokis dienen als Beispiele (S. 150 - 163).

Beim T y p 6 sind neben der agrarischen Basis ausgeprägte Spezialisierungen das wesentliche Kriterium:

a) Als Poleis mit bedeutenden Bodenschätzen werden Paros (Marmor), Siphnos (Gold, Silber) charakterisiert.

b) Als "religiöse Dienstleistungszentren" behandelt der Autor Delphi, Delos und Ephesos. Gegen die typologische Zuordnung von Ephesos zu den "religiösen Dienstleistungszentren" muß Einspruch erhoben werden. Abgesehen von der zu stark modernisierenden Bezeichnung hatte die Polis eine ausgeprägte agrarische Struktur, außerdem gab es beste Voraussetzungen für den Handel.

Als c) Händlerstaaten werden Aigina und Phokaia bezeichnet, als strukturbestimmend werden Häfen, Flotte und Seehandel angesehen (S. 163 - 176).

Der Autor war bemüht, Vielgestaltigkeit und Einheit innerhalb der griechischen Geschichte durch typologische Kriterien zu erfassen. Sein Anliegen war, Staaten, Gebiete, Entwicklungen einzubeziehen, die in Darstellungen der griechischen Geschichte meist zu kurz kommen. Auch wenn bei einigen Zuordnungen Bedenken geäußert wurden, ist das Herangehen des Autors zu begrüßen: Ein vernachlässigter Bereich griechischer Geschichte wird beleuchtet. Bei der Darstellung der Konflikte innerhalb der Bürgerschaft sollte beachtet werden, daß diese Konflikte auch zurücktraten, Klassenauseinandersetzungen zurückgedrängt wurden zugunsten eines Zusammengehörigkeitsempfindens der Bürger gegenüber Abhängigen, Sklaven in der Polis und bei Konflikten mit anderen Poleis.

Bei der Anwendung der vom Autor gewählten Kriterien im speziellen Teil wird zu wenig Wert auf die historische Entwicklung der einzelnen Poleis gelegt: Polis, Ethnos, Bundesstaat werden zu wenig unterschieden,[34] die verschiedenen Abhängigkeitsverhältnisse, Sklaverei, Hörigkeit, zu wenig beachtet.

Im Kapitel "Lehren aus der griechischen Geschichte" (S. 177 f.) wird der "griechische Pessimismus" betont. Dies ist nach der Hervorhebung der großen Leistungen ein etwas überraschender Schluß.

Ausführliche Anmerkungen ermöglichen die kritische Überprüfung, weiterführende Literatur wird genannt.

Géza Alföldy betrachtet es als Hauptziel, "Studierenden der Altertumswissenschaften, der allgemeinen Geschichte und der Sozialwissenschaften eine Einführung in die wichtigsten Probleme der römischen Sozialgeschichte zu geben" (S. 9). Durch diese Zielsetzung seien einige Besonderheiten der Darstellung zu erklären, so Wiederholungen, wo sie im Kontext geboten erscheinen, Beschränkung bei Quellen- oder Literaturangaben auf "illustrative Beispiele" (S. 9). Andererseits waren ein gewisses Seitenlimit einzuhalten (S. 8), ferner Überschneidungen mit der in der gleichen Reihe erschienenen Arbeit zur antiken Wirtschaftsgeschichte zu vermeiden.[35] Als schwierig erwies sich die Definition des Begriffs "Sozialgeschichte", von der Alföldy selbst sagt, daß sie solange brauchbar sei, bis sie durch eine bessere Konzeption ersetzt würde. Danach liege der Gegenstand der Sozialgeschichte in den sozialen Strukturen der Gesellschaft, "also in jenen dauerhaften Faktoren, die ihre Eigenart bestimmen; sie sind in den Grundlagen und Kriterien für die Gliederung einer Gesellschaft ... mit den einzelnen Schichten, Ständen oder Klassen und schließlich in den gegenseitigen Beziehungen zwischen einzelnen Teilen der Gesellschaft ... sowie aufgrund eines gemeinsamen politischen Rahmens und eines

34 Vgl. Austin, Michel/Vidal-Naquet, Pierre, Gesellschaft und Wirtschaft im alten Griechenland, München 1984, S. 62 f. - Die Autoren legen bei ihrer Typologie der griechischen Staaten Wert auf die Unterscheidung "ethnos" - "polis".

35 Pekáry, Thomas, Die Wirtschaft der griechisch-römischen Antike, Wiesbaden 1981.

Bezugssystems zu erkennen" (S. 10). Methodologisch entscheidet sich Alföldy dafür, die mehr als tausendjährige römische Geschichte in mehrere Epochen zu unterteilen und für jede Epoche mindestens eine "Momentaufnahme" zu liefern. Er befindet sich in der herkömmlichen Tradition, wenn er die frühe Kaiserzeit am ausführlichsten behandelt. Objektiv berechtigt dazu die hier recht gute Quellengrundlage und, daß diese Zeit der Höhepunkt des antiken Roms war, subjektiv, daß sie gleichzeitig auch sein eigentliches Forschungsgebiet bildet. Eine vierjährige Vorlesungstätigkeit an der Universität Bochum ging der Abfassung dieses Hochschulbuches voran (S. 11).

Da eine umfassende Besprechung der vorliegenden Darstellungen in einer Sammelrezension unmöglich ist, sei das Augenmerk hier wie im folgenden auf einige Probleme gerichtet. Hierfür bietet sich zuerst der "Ständekampf" zwischen Patriziern und Plebejern in der frühen Republik an. Da überrascht etwas, daß Alföldy ihn im ersten Kapitel "Die frührömische Gesellschaft" (S. 13 - 26) behandelt, im zweiten Kapitel "Die römische Gesellschaft vom Beginn der Expansion bis zum zweiten Punischen Krieg" (S. 27 - 43) jedoch weiterführt unter dem Teilaspekt des Ausgleiches der Stände (S. 27 ff.). Mit anderen Worten: Hier wird eine rein politisch motivierte, durch den angeblich oder tatsächlich erfolgten Sturz des Königtums zu Beginn des 6. Jh. zäsierte Trennungslinie gezogen: Alföldy betont, daß die Ursachen des Kampfes zwischen Patriziern und Plebejern bis ins 6. Jh. v. u. Z. zurückgingen. Die Ursachen lägen in der einerseits politischen, andererseits wirtschaftlichen Unterdrückung der Plebejer (die Formulierung "der breiten Volksmassen", vgl. S. 22, ist für das frühe Rom m. E. unglücklich), wobei die Plebejer keineswegs einheitliche Interessen verfochten (S. 22). Doch erst der Sturz des Königtums hätte für die Aufnahme des politischen Kampfes gegen die Adelsherrschaft günstige Voraussetzungen geboten (S. 23). Auch wenn man der Datierung der Reformen des Servius Tullius erst nach 450 v. u. Z. zustimmt: Einer Zweiteilung des Ständekampfes in einen politischen, wie die Ausführungen S. 23 ff. nahelegen und S. 29 explizit formuliert wird, und einen sozialen "Teil" widersprechen wohl doch die Quellen, aus denen immer wieder hervorgeht, daß in allen Phasen dieser Auseinandersetzung soziale Kämpfe eine wichtige Rolle spielten.[36]

Die Entwicklung Roms nach dem zweiten Punischen Krieg wird S. 44 ff. im 3. Kapitel dargestellt: "Der Strukturwandel im 2. Jahrhundert v. Chr.".

Der Leser erfährt die Folgen der Eroberungen (Zustrom von Schätzen, Sklaven als Arbeitskräfte usw. nach Rom, Aufschwung von Handwerk und Handel, Bedeutung der neuen Ritterschicht), wodurch Rom das gesamte Mittelmeergebiet beherrschte (S. 49 ff.), ebenso die damit verbundenen Veränderungen der Lage der unteren Schichten. Weniger verständlich ist die Betonung des Zusammenhaltes "der römischen Gesellschaft", welche früher durch Normen garantiert gewesen sei, "die auf einer vom traditionsbewußten Adel geprägten Religion und Ethik basierten und die Verhaltensweisen der Massen der Bürger, und ganz selbstverständlich des Adels, entsprechend den Regeln des mos maiorum bestimmten" (S. 58). So richtig die Feststellung ist, daß das Herrschafts- und Regierungssystem aus der Zeit der frühen Republik, als Rom noch Stadtstaat war, anachronistisch geworden war (S. 59), also seine Funktion nicht mehr erfüllen konnte: Die "Erschütterung der geistigen Grundlagen des römischen Staates" war dennoch keine späte Racheübung Hannibals und der besiegten Griechen, deren geistiger Einfluß die Normen Roms durchsetzte. Hier waren jene Entwicklungen die Ursache, die zu den sich ständig verschärfenden sozialen Widersprüchen führten, an denen die Republik schließlich untergehen mußte. Der von Alföldy betonte Ausgleich der Stände (S. 27) war schon zur Zeit des Ständekampfes selbst innerhalb der Nobilität höchstens

36 Dionysios, Halikarnassos, 6, 22 ff.; 6, 43; im gesamten Buch 7 geht es um Getreidemangel und Hungerunruhen; 8, 91; Mitte des 5. Jh. v. u. Z., 9, 37; 9, 59; 10, 37; Livius, 1, 23, 1; 2, 41, 1 f.; 6, 14, 3 f.; 6, 36, 10 ff.; 8, 28, 1 ff.; 9, 46, 14 (zum Jahr 304 v. u. Z.).

vorübergehend,[37] die Kluft zwischen "alten Familien und homines novi" war zu keiner Zeit völlig geschwunden. So ist die Krise der späten Republik nicht vorrangig der "Kurzsichtigkeit vieler maßgebender Personen" (S. 60) zuzuschreiben, sondern der Tatsache, daß die ganz andere Qualität der Widersprüche gegenüber der Zeit des Ständekampfes auch ganz andere Lösungen als im 6./5. Jh. erzwang. Das wird zweifellos zuwenig betont. Daß sich die Gesellschaftsordnung in Rom im 2./1. Jh. gegenüber der Frühzeit grundlegend geändert hatte, erkennt Alföldy zwar an; jedoch werden die Konsequenzen für die Bestimmung des Inhaltes der sozialen Widersprüche in den Jahrzehnten vor der Errichtung des Prinzipates nicht gezogen. So müßte hier schon betont werden, daß "die bestehende Sozialordnung in ihren Grundlagen zu verändern nicht nur nicht gefordert wurde" (S. 61), sondern objektiv nicht auf der Tagesordnung stand und die Krise der römischen Republik keine Krise der antiken Wirtschaftsform war. Die Ausführungen S. 78 ff. stellen zwar fest, daß sich das Gesellschaftssystem bis zum Prinzipat nicht grundlegend geändert habe, vermitteln aber dem Leser keine Begründung. Die "Ablösung der Oligarchie durch die Alleinherrschaft" (S. 83), zu der es keine Alternative mehr gab (S. 84), wird ebenfalls nur als Faktum aufgezählt.

Entsprechend zurückhaltend wird der Prinzipat selbst dem Leser im Kapitel 5 "Die Gesellschaftsordnung der Prinzipatszeit" vorgestellt (S. 85 ff.). Natürlich geht Alföldy nicht daran vorbei, daß es einen großen wirtschaftlichen Aufschwung gab (S. 85), den er mit den günstigen Voraussetzungen der "pax Romana" und der damit "erfolgten Erschließung und Urbanisation, hauptsächlich in der westlichen Reichshälfte" (S. 85) begründet. Es mag dem beschränkten Platz, der zur Verfügung stand, geschuldet sein, daß diese Friedenspolitik des Augustus in ihrem Wesen nicht näher bestimmt wird.[38]

Wenigstens sollte nicht nur vage formuliert werden, man "könnte zwar die Prinzipatszeit auch als die Blüte des römischen Wirtschaftslebens bezeichnen" (S. 86) - das w a r sie zweifellos, wenn man ihre Klassengebundenheit nicht außer acht läßt: Daß selbst in den Städten ein großer Teil der Bevölkerung in Not leben mußte, hätte klarer als z. B. S. 131 hervorgehoben werden können. Leider werden auch die Grundlagen des Aufschwunges der Städte nicht genug gewürdigt. Die Versicherung, der wirtschaftliche Aufschwung im Prinzipat habe nur solange gedauert, wie die Erschließung und Urbanisation der in der späten Republik und zu Beginn der Kaiserzeit eroberten neuen Provinzen zuerst für die italische und dann für die provinziale Wirtschaft Entfaltungsmöglichkeiten boten (S. 87), sollte zeitlich und regional differenziert werden. Im Rahmen einer Rezension läßt sich nur andeuten, daß die Urbanisation etwa in Pannonien erst Mitte des 3. Jh. zu Ende ging, in Africa das Städtewesen noch im 4. Jh. intakt war und schließlich in Gallien wieder eine andere Situation als im kleinasiatisch-syrischen Raum bestand.[39] Hier wäre auf die Rolle der Stadt im "römischen Wirtschaftsleben" (S. 86) zu verweisen, erst mit dessen Krise waren doch Stagnation und Rückgang der antiken Städte verbunden.

Alföldy stellt heraus, daß der Staat - Instrument zur Erhaltung der auf Sklaverei basierenden Wirtschaftsweise - erst dann vernichtet wurde, als deren Krise nicht mehr mit staatlichen Machtmitteln behoben werden konnte (S. 179).

37 Z. B. die Zensur des Appius Claudius: Livius, 9, 46, 10 (vgl. Aurelius Victor, 34, 1).

38 Reserven schon bei Velleius Paterculus, 2, 89, 3; Seyfahrt, Wolfgang, Römische Geschichte (Kaiserzeit), Bd. 1, Berlin 1974, S. 43; Dieter, Horst/Günther, Rigobert, Römische Geschichte bis 476, Berlin 1980, S. 217 ff.

39 Darauf werde ich ausführlich in Fischer, Hagen, Zu Problemen von Stadt und Stadtentwicklung im Römischen Reich während des 3. Jahrhunderts eingehen (mit Quellen und Literaturhinweisen; im Druck).

Aber auch hier wird nur angedeutet, daß die Bedingungen innerhalb des Imperiums unterschiedlich waren (S. 179). In jedem Fall ist es anachronistisch, die Ursache für die Krise des 3. Jh. oder den Untergang Westroms gleichsam in mangelnder Initiative des Staates während des 1./2. Jh. zu sehen: Der römische Staat habe über "gewisse Voraussetzungen, die die Herausbildung eines neuen, ja sogar eines frühkapitalistischen Wirtschaftssystems hätten ermöglichen können", verfügt (S. 87). Alföldy zählt hierzu beinahe unerschöpfliche Rohstoffquellen, mehr als 1 000 Städte als Produktionszentren, einheitliche Währung im ganzen Reich, entwickeltes Bank- und Kreditsystem, Unternehmer und Finanzkräfte, stark verbreitetes System der Lohnarbeit, nicht zu unterschätzendes Know-how-System. "Was jedoch fehlte, war vermutlich einfach jener Bedarf für die ausreichende Ernährung und die umfassende Beschäftigung breiter Volksmassen, der im 18. Jahrhundert in Westeuropa die industrielle Revolution einleitete" (S. 87). Ein solcher "Ausweg" war - was sowohl in den marxistischen als auch in vielen bürgerlichen Darstellungen unumstritten sein dürfte - für die Antike nicht möglich, ganz abgesehen davon, daß weder das Problem einer "ausreichenden Ernährung" noch das einer "umfassenden Beschäftigung" auch nur als nebenrangige Mechanismen für die industrielle Revolution anzusehen sind. Hier werden Entwicklungsbedingungen der Neuzeit unhistorisch zurückprojiziert. Für eine weitere Neuauflage wäre zu wünschen, daß der Autor theoretische Fragen ausführlicher behandelt, wodurch die gediegene Detailvermittlung bei den - um mit Alföldy zu sprechen - Momentaufnahmen noch an Wert gewinnen würde.

Gerade die Auseinandersetzung mit Neigungen in der bürgerlichen Literatur, moderne Termini und Betrachtungen in die Alte Geschichte zu übertragen (wie bei Alföldy), ist ein Anliegen des breit angelegten Buches von Francesco de Martino. So verweist dieser zu Recht Begriffe wie Kreditinstitute, Banken, Bankiers in die Neuzeit (S. 174, vgl. auch S. 363) und hebt hervor, daß die antike Wirtschaft mit einem kapitalistischen System "weder in seiner ursprünglichen noch in seiner heutigen Form irgend etwas gemein" (S. 531) habe. Francesco de Martino betont diesen grundsätzlichen Vorbehalt gegen unhistorisch aktualisierende Begriffe namentlich in Auseinandersetzung mit Rostovtzeff und Heichelheim (z. B. S. 230). Dennoch gehen seine berechtigten Zurückweisungen solcher Versuche und seine eigene Terminologie nicht immer konform. So wird S. 74 von einer römischen Wirtschaftspolitik nach den punischen Kriegen, S. 223 sogar von der imperialistischen Wirtschaftspolitik, die auf der Ausbeutung der Provinzen und der Sklavenarbeit beruht habe, S. 99 vom Zeitalter der imperialistischen Expansion gesprochen, ohne dabei zu berücksichtigen, daß es Wirtschaftspolitik im heutigen Sinne in der Antike nicht gab, Begriffe, wie Arbeitsmarkt, Massenkonsum (vgl. S. 183 bzw. 188), eben auch zwangsläufig mit gegenwartsbezogenen Vorstellungen verbunden sind. Gleiches gilt für die Charakterisierung der Hauptstadt Rom als weitgehend parasitäre Stadt (vgl. S. 394).

Damit sind gewisse Schwierigkeiten, diesem Buch in einer räumlich begrenzten Rezension gerecht zu werden, angedeutet. Es behandelt in herkömmlicher Art in einem ersten Teil die Republik. Die Kapitel 1 und 3: "Die archaische Zeit" (S. 13 ff.) bzw. "Die gesellschaftliche Schichtung des archaischen Rom" (S. 33 ff.) werden unterbrochen von Kapitel 2: "Die Krise des 5. Jahrhunderts" (S. 26 ff.), wo der indifferente Begriff "archaisch" zeitlich konkretisiert wird. Wirtschaftshistorisch kaum zu begründen für Roms frühe Republik ist die Überschrift des 4. Kapitels " N e u b e g i n n (Hervorhebung von mir - H. F.) und Reformen im 4. Jahrhundert" (S. 40 ff.). Kapitel 5 bringt "Kolonien und Agrarpolitik" (S. 50 ff.), Kapitel 6 "Die Münzprägung" (S. 61 f.), Kapitel 8 "Die Sklavenwirtschaft" (S. 85 ff.), wovon unerklärlicherweise die Kapitel 9 und 10 über die Landwirtschaft bzw. deren Arbeitskräfte (S. 105 ff. bzw. 123 ff.) abgegrenzt werden. Von den folgenden Abschnitten sei nur noch Kapitel 18 genannt: Es bezieht sich auf "Rom und die hellenistische Welt" (S. 225 ff.) - im wesentlichen also auf jene östlichen Gebiete, die in der späteren

Republik (Makedonien/Griechenland, große Teile Kleinasiens und Syriens) und im Prinzipat (Ägypten, das restliche Kleinasien bis zum Euphratbogen und Teile Mesopotamiens) von Rom annektiert wurden (S. 225 ff.).

Der zweite Teil gilt der Kaiserzeit, davon behandeln Kapitel 19 bis 25 den Prinzipat ("Die Wirtschaft der Kaiserzeit", S. 246 ff.; "Die Landwirtschaft", S. 256 ff.; "Die Arbeitskräfte", S. 294 ff.; "Die Veränderungen in der Landwirtschaft", S. 326 f.; "Das Gewerbe in der Kaiserzeit", S. 328 ff.; "Der Handel in der Kaiserzeit", S. 356 ff.; "Der Geldumlauf", S. 377), Kapitel 26 bis 28 die Krise des 3. Jh. (u. a. "Der monetäre Aspekt", S. 391 ff.) und schließlich den Dominat, allgemein als Absolutismus (vgl. Kap. 28: "Die Überwindung der Krise und die Geburt des Absolutismus", S. 420 ff.) eingeführt. Weitere Themen sind in Kapitel 29 "Sklaven und Kolonen" (S. 445 ff.), in Kapitel 30 "Die Korporationen" (S. 461 ff.) und in Kapitel 31 "Die Steuerordnung" (S. 466 ff.), bis als Fortsetzung des Kapitesl 18 ein nun alle Provinzen des Römischen Reiches berücksichtigender Streifzug ("Das Imperium und die römische Welt", S. 481 ff.) in Kapitel 32 erscheint und schließlich eine Zusammenfassung versucht wird (Kap. 33: "Die charakteristischen Züge der römischen Wirtschaft", S. 529 ff.). Ein Anmerkungsteil (S. 557 ff.) und mehrere Register (S. 699 ff.: 1. Stellen, 2. Moderne Autoren, 3. Orte, Personen, Sachen) stehen am Schluß des Buches. Trotz klarer Abgrenzung in den Überschriften ist dieser Anmerkungs- und Registerteil nicht ganz leicht erschließbar. So wird im 2. Register bei Wieland Held auf S. 454 verwiesen. Dort erfährt der Leser ohne bibliographische Angaben, daß von Held eine Geschichte des Kolonates existiere. Den Titel der Arbeit und die Seitenangabe der Belegstelle findet man vielmehr inmitten einer zweiseitigen Bibliographie zu Kapitel 29 nach den Anmerkungen zu diesem Kapitel (S. 670).

Während de Martino die Klassiker des Marxismus/Leninismus recht häufig zu Rate zieht, werden an weiterer marxistischer Literatur im wesentlichen nur sowjetische Arbeiten aufgeführt. So fehlen im Hellenismuskapitel Untersuchungen von Heinz Kreißig, für Rom - von István Hahn, Rigobert Günther, Hans-Joachim Diesner, Jan Burian, um nur einige wenige Autoren zu nennen. Natürlich ist hier Vollständigkeit für den einzelnen nicht erreichbar, wie der Autor zu Recht schreibt (S. 8). Daß Arbeiten der genannten Wissenschaftler jedoch gänzlich fehlen, kann nicht allein mit schwerer Literaturzugänglichkeit erklärt werden.

So, wie die erschienene Literatur längst unübersehbar geworden ist, kann man auch von der ausgewogensten Darstellung größerer Zeiträume nicht erwarten, daß sie alle Probleme vollständig erfaßt.

Es ist zweifellos ein Problem der Wertung, in welchem Maße die kleinasiatisch-syrischen Provinzen am Vorabend des Unterganges der Republik durch römische Machthaber - nicht schlechthin durch den Staat - ausgeplündert wurden bzw. wie nachhaltig das erfolgen konnte. Rezensent muß hier darauf verweisen, daß aus den Quellen recht eindeutig hervorgeht, daß viele ungerechtfertigte Abgabenforderungen nicht oder nicht vollständig eingetrieben werden konnten, da vor Ablauf der Frist der Erpresser verstorben war und sein Nachfolger in der Regel gerade die Städte, die am meisten ausgesaugt werden sollten, begünstigte.[40] Das im einzelnen zu untersuchen konnte nicht Aufgabe

40 Vgl. zunächst Dio Cassius, 50, 28, wonach trotz aller vorangegangenen Plünderungen dem Octavian im Jahre 31 v. u. Z. die Bewohner der Provinz Asia als reichste galten. Amisos, von Soldaten des Lucullus gegen dessen Willen geplündert, erhält von ihm Vergünstigungen: Plutarch, Lucullus, 19; Strabo, 12, p. 547; eine Liste der Repressalien bzw. folgenden Vergünstigungen bei Broughton, T. R. S., Roman Asia Minor, in: An Economic Survey of Ancient Rome, Bd. 4, Baltimore 1938, S. 538 f. - Zur Widersprüchlichkeit der Quellenlage vgl. auch Fischer, Hagen, Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Kleinasien vom 2. Jahrhundert v. bis zum 2. Jahrhundert u. Z., in: JWG, Sonderbd. 1977, S. 178 ff.

der Arbeit de Martinos sein, wenngleich man sich eine stärkere Berücksichtigung auch der römischen Provinzen gewünscht hätte. Doch ist dessen Feststellung, daß Asia als Provinz am Ende der Republik nicht bis zur äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit ausgebeutet war - mit dem Zusatz "die Wirtschaft war in Ordnung" -, zwar etwas knapp, aber sicher zutreffend ausgefallen (S. 218). Wenn aber im Kapitel 32 gesagt wird: "Kleinasien hatte in der Republik sehr unter der Entvölkerung und den Verwüstungen der Bürgerkriege gelitten und war zu Beginn der Kaiserzeit erschöpft" (S. 506 f.), ist das zwar ein ausdrucksvoller Vorspann, der de Martino die Möglichkeit gibt, (nochmals) das (im übrigen so nicht haltbare) Bild von der angeblich segensreichen Friedenspolitik des Augustus ("gute Verwaltung, Frieden, Sicherheit der Meere") zu entwerfen. Es widerspricht aber der richtigeren Lagebeurteilung, die wir zuvor angeführt haben.

Nicht leicht ist es, selbst nach mehrmaligem Durcharbeiten des mitunter eigenartig verschlungenen Handlungsganges, die Position des Autors dort zu erfahren, wo man ein aus den Quellen herausgearbeitetes Urteil von ihm erwarten würde. Das betrifft z. B. das Verhältnis zwischen der Arbeit von Freien und Sklaven, obwohl er sich an verschiedenen Stellen zu Rentabilitätsfragen äußert. S. 98 ff. geht es um Preise für Sklaven sowie deren Unterhaltskosten im Vergleich zur ökonomischen Effektivität des Einsatzes von Tagelöhnern - eine Problematik, die gleich wieder abgeschwächt wird: "Aber all diese Gründe wären für eine derartige Ausbreitung des Sklavensystems nicht ausreichend gewesen, wenn die Sklaverei nicht aus wirtschaftlichen Gründen für die Landbesitzer von Nutzen gewesen wären. Überdies begünstigten nun die Größenverhältnisse des Grundbesitzes und das Entstehen von Latifundien die Beschäftigung von Sklaven, und das Vorhandensein von Sklaven begünstigte eine Landwirtschaft auf Latifundienbasis" (S. 99). Hinzugefügt wird, die römische Oberschicht und die römische Regierung hätten die negativen Auswirkungen einer Ausbreitung der Sklaverei auf die Beschäftigung der freien Bevölkerung nicht genügend einkalkuliert. Hiermit wird die Durchsetzung der Sklaverei in der Landwirtschaft als subjektive Fehlentscheidung dargestellt. Die größere Rentabilität von "villa" und auch "latifundium" (was hier nicht genügend getrennt wird) jedoch gegenüber den überlebten kleinen Bauernwirtschaften als dominierenden Betriebsgrößen, also die Tatsache der Alternativlosigkeit zur Ausbreitung der Sklaverei, wird nicht angesprochen. Nicht einverstanden kann der Leser auch sein, wenn die Vorhaben der Gracchen als großzügigste "Reform und vielleicht der einzige genuine Ausdruck einer demokratischen Staatsidee" (S. 134) charakterisiert wird. Hier ging es um Widerspiegelungen sozialer Konflikte (Verarmung der kleinen landwirtschaftlichen Eigentümer), die sich auch in einem rapiden Rückgang der Zahl der Bürger niederschlugen, die aus eigenem Aufkommen die Bewaffnung für ihren Dienst in der römischen Armee stellen könnten. Sie waren zensuslos geworden, wodurch das Heer erheblich geschwächt und Roms Machtapparat bedroht wurde, mit anderen Worten: Auch seitens der herrschenden Klasse schien es geboten, einzugreifen. Die Versuche der Gracchen, hier durch Zuteilung von Land aus dem (zum großen Teil von Angehörigen der Nobilität okkupierten) "ager publicus" an mittellose Bauern eine neue Schicht kleiner Eigentümer und damit wieder Zensusbürger zu schaffen, mußten scheitern. Diese Versuche, einen freien Bauernstand zu restaurieren, waren antiquiert, was allein schon die Tatsache zeigt, daß die Gracchen auf ein rund 250 Jahre altes Gesetz aus dem Jahre 367 v. u. Z. zurückgriffen, da Rom noch eine Ackerbürgerstadt neben anderen, wichtigeren Städten (griechische Städte in Süditalien) war (Livius, 7, 25, 3) und die antike Produktionsweise auf Sklavereibasis noch über 100 Jahre brauchte, ehe sie sich durchsetzen konnte. Hinzu kommt die bekannte Tatsache, daß die Agrargesetze des Jahres 367 v. u. Z. offenbar schon damals schwer durchsetzbar waren, hat doch einer ihrer Urheber selbst dagegen verstoßen und mußte bestraft werden (vgl. Livius, 7, 16, 9). Wenn de Martino hingegen an der Gracchenbewegung bemängelt, sie habe nicht die Sklaverei als solche als wesentlichen Grund für die Übel, die man beklagte, "aufs Korn" genommen

(S. 134), ist das eine unhistorische Fragestellung. Sie und andere Aspekte, unter denen de Martino die Reformen der Gebrüder Gracchus würdigt, wären zweifellos erledigt, wenn de Martino erläutert hätte, daß die doch de facto das gleiche bezweckenden Veteranenlandverleihungen der Zeit ab Beginn des 1. Jh. v. u. Z. an der dominierenden Betriebsgröße in der Landwirtschaft nichts geändert haben bzw. wie der Widerstand des größten Teils der römischen (landlosen) städtischen Plebs gegen Landzuweisungen außerhalb Italiens (durch G. Gracchus, Cäsar) zu beurteilen ist.

Man wird de Martinos Einschätzung teilen, wenn er keinen Unterschied zwischen der Effektivität freier untergeordneter Arbeit (Tagelöhner) und der von Sklaven sehen möchte (S. 103). Dagegen glaubt er, daß die Sklavenarbeit weniger "wirkungsvoll" als die freier Bauern war, bei denen das Engagement sicherlich viel größer gewesen wäre (S. 102) - eine Behauptung, welche die Quellen nicht stützen, zumal von de Martino auch nicht nach Zeit und Region geschieden wird. Noch weniger kann man aus dieser These pauschal ableiten, die Sklaverei sei eine "Ursache für die Stagnation gewesen" (S. 102). Aber selbst die in der Literatur außerordentlich umstrittene Ursache der Verlagerung der norditalischen Terra-sigillata-Produktion nach Gallien noch im 1. Jh. u. Z. sucht de Martino mit dieser anfechtbaren These zu klären. Während man in Arezzo mit Sklaven produzierte, arbeiteten in Condatomague (La Graufesenque) freie Handwerker, "Stellt man beide einander gegenüber, so mußte die zweite Art den Sieg davon tragen" (S. 341). Hier hat sich de Martino von einer nicht belegbaren Ausgangseinschätzung, die sich, wie wir sahen, auch nur auf landwirtschaftliche Verhältnisse bezog, zu Schlußfolgerungen über das Handwerk während des Höhepunktes der Antike in Rom bewegen lassen, die aus den Quellen, wie er selbst betont, nicht zu erarbeiten sind. Ebenfalls nicht eindeutig durch die zur Verfügung stehenden Quellen ist die Frage zu beantworten, warum gallische Terra-sigillata-Erzeugnisse spätestens seit der Mitte des 1. Jh. nicht nur im Umfeld ihrer Herstellungsorte dominierten, sondern sogar auf der Apenninenhalbinsel selbst die norditalischen Erzeugnisse verdrängten. Abgesehen davon, daß hier eher gegenwartsbezogene Gesichtspunkte vorgetragen werden, wonach man schwerlich ein ausländisches Produkt erworben hätte, ohne sich Vorteile davon zu versprechen - als ob die benachbarte gallische Provinz für das Zentrum des Imperium Romanum, also Italien, Ausland im heutigen Sinne war. De Martino setzt, aufbauend auf der Unterlegenheitsthese der von Sklaven betriebenen Handwerksstätten voraus, daß die Produkte der gallischen Produzenten preislich und qualitativ besser gewesen seien, da Freie billiger, mit höherer Produktivität und zuverlässiger gearbeitet hätten (S. 341). Natürlich ist sich de Martino der Fragwürdigkeit des Verfahrens, auf eine nicht gesicherte These weitgehende Schlußfolgerungen aufzubauen, bewußt, schränkt er doch selbst ein: "Falls unsere Überlegungen stimmen ..." (S. 341). Der Rezensent bedauert nur, daß hier versucht wurde, ein in der Literatur immer wieder diskutiertes Problem, die Verlagerung eines der wenigen Produkte, die auf der italischen Halbinsel (neben campanischen Öllampen oder Parfümen, den wenig später aufkommenden einfachen Gläsern und natürlich Weinen und Ölen) hergestellt und in vielen Provinzen gehandelt wurden, mit einer sicherlich allzu vereinfachten Erklärung abzutun. Dabei bleiben wesentliche Fragen zu diesem Komplex verborgen, wie: Kann man schon für das 1. Jh. von einem spürbaren Rückgang des italischen Raumes als ökonomischen Zentrums des Reiches sprechen? Tatsache ist doch, daß auch die campanischen Lampen noch im 1. Jh. als Handelsprodukte ausschieden, ohne daß ein Grund belegt werden kann. Das gleiche gilt von italischen Speiseölen und Weinen, die selbst im italischen Raum teilweise durch spanische Erzeugnisse ersetzt wurden. Weiter: Ist es ein Zufall, daß nicht nur bei campanischen Parfümen und Lampen die Produktion zumindest stark rückläufig war, sondern auch die uns sehr bekannte Stadt Pompeii trotz gegenteiliger kaiserlicher Anstöße nach dem Erdbeben des Jahres 79 u. Z. unter Kaiser Titus nicht wieder aufgebaut wurde? An dieser Tendenz würde auch nichts ändern, wenn zu korrigieren wäre, daß der wichtige Hafen Puteoli spätestens

zu Beginn des 2. Jh. - de Martino meint: bereits seit Claudius[41] - nach Ansicht vieler Forscher erheblich an Bedeutung verloren hatte. Wohl aber erscheint das wichtige Capua in den Quellen ab etwa 2. Jh. immer seltener.[42] Leider behandelt de Martino die eben skizzierten Fragen isoliert voneinander: Das Problem der campanischen Öllampen, S. 342; die pompejanische Frage, S. 269, 291; die Aspekte, die für eine schon relativ frühe Krise der italischen Landwirtschaft sprechen, S. 257 ff. Aber auch die andere Möglichkeit, den rapiden Rückgang der Terra-sigillata-Produktion im italischen Raum im Zusammenhang mit der raschen Verbreitung billiger italischer Glaswaren zu sehen,[43] wird von de Martino nicht in Betracht gezogen, obwohl beide Erscheinungen sich nahezu zeitgleich vollzogen. Damit entfiele endgültig das Argument von der angeblichen Überlegenheit der Produzenten der gallischen Terra-sigillata-Werkstätten. Die wichtige Frage nach Möglichkeiten des Anreizes für die Sklaven durch ihre Besitzer, um ihr Arbeitsinteresse zu wecken, diskutiert de Martino leider an ganz anderer Stelle.

Zu den am häufigsten angewendeten Möglichkeiten des Anreizes gehörte bekanntlich die Freilassung. Daß diese Vergünstigung recht häufig gewährt wurde, wird ausdrücklich gesagt (S. 130), ebenso daß sie "einer der wirkungsvollsten Antriebe für die Effizienz der Sklavenarbeit war" (S. 130).[44] Gerade aber weil die großen Latifundienwirtschaften, die auf Sklaverei basierten, eine Betriebsgröße erreicht hatten, die sie unrentabel werden ließ, ist nicht verständlich, warum de Martino nicht die Notwendigkeit einer Änderung sieht. Dabei ist die Äußerung, die Latifundien verdürben Italien (Plinius, nat. hist., 18, 35), eindeutig; das von de Martino ausführlich erörterte Moment, ob die in den Wirtschaften geborenen Sklaven- bzw. Findelkinder den Rückgang an verfügbaren unfreien Arbeitskräften hätten ausgleichen können (S. 294 - 300), ist zweitrangig. Bei den großen Latifundien (neben Mühlen und Bergwerken), wo viele Sklaven eingesetzt waren, überwog die nackte außerökonomische Gewalt der vom Sklavenbesitzer eingesetzten Bürokratie; hinzu kam die Unrentabilität dieser Verwaltung. Die hierzu eingesetzten Kräfte produzierten nicht selbst; sie waren außerdem meist nicht in der Lage, anders als mit Willkür vermeintlich oder tatsächlich geringe Arbeitsleistungen zu bestrafen. Eine individuell abgestufte Motivierung der Arbeitskräfte zu gewährleisten war angesichts der Größenverhältnisse der Latifundien oft nicht mehr möglich; hier mußten andere Wege versucht werden, abgesehen davon, daß die Zusammenballung einer Vielzahl von Sklaven für den Besitzer immer eine latente Gefahr bedeuten konnte. Es ging darum, durch geeignete Methoden

41 Gerade die Entwicklung Puteolis im späteren Prinzipat ist jedoch oft zu negativ gesehen worden: Daß ein Rückgang Puteolis schon zur Zeit Claudius' eingesetzt habe, ist zweifellos eine zu frühe Datierung. - Zur Förderung Puteolis durch die Flavier vgl. Frederiksen, M. W., Puteoli, in: Realencyclopädie Pauly-Wissowa, Bd. 23, Stuttgart 1959, Sp. 2041 f.- Ebenso behauptete Puteoli entgegen Frank, T., Rome and Italy of the Empire, in: An Economic Survey of Ancient Rome, Bd. 5, New Jersey 1959, S. 237, am Beginn des 2. Jh. noch seine Bedeutung. - Vgl. auch die Quellenzusammenstellung Fischer, Hagen, Zur Entwicklung Ostias und Puteolis vom 1. Jahrhundert v. u. Z. bis zum 3. Jahrhundert, in: Münstersche Beiträge zur Antiken Handelsgeschichte, 5, 1/1986, S. 3 ff.

42 Diese Tatsache fiel schon Hülsen, Chr., Capua, in: Realencyclopädie Pauly-Wissowa, Bd. 3, Stuttgart 1899, Sp. 1359, auf.

43 Petronius, Satyrica, 50, 7.

44 Dennoch trifft auch für de Martino die von Alföldy geäußerte Verwunderung darüber zu, daß allgemein in der Sekundärliteratur die Konsequenzen aus unserem Wissen über die Vielzahl von Sklavenfreilassungen, die auch unter Augustus andauerten, nicht gezogen werden: Alföldy, Geza, Die Freilassung von Sklaven und die Struktur der Sklaverei in der römischen Kaiserzeit, in: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der römischen Kaiserzeit, Darmstadt 1981, S. 338 ff.

auch in der Landwirtschaft höhere Erträge zu erreichen, indem man praktikable Bedingungen einführte, wodurch einerseits Aufruhr unter den Arbeitskräften verhindert wurde, andererseits der Eigentümer der landwirtschaftlichen Besitzung zu größerem Gewinn kam. Hier bot sich der Einsatz von Kolonen an, von Pächtern also, die zu vorher bestimmten Bedingungen zeitlich begrenzt ein Stück Land zur Bearbeitung erhielten und über den Mehrertrag, den sie erwirtschafteten, frei verfügen konnten.

Anders waren die Verhältnisse in Handwerksstätten. Selbst in größeren Produktionszentren kam es zwar zu gewisser Spezialisierung, nicht aber zu Arbeitsteilungen (S. 192). Wo jedoch die individuelle Produktion dominierte, waren die Arbeitsergebnisse der eingesetzten Sklaven, Freigelassenen oder Freien zu kontrollieren, vermochte der Eigentümer gezielt zu belohnen oder zu bestrafen.

Es ging also nicht um das "Versagen einer der wichtigsten Quellen der Massensklaverei, der Kriegsgefangenschaft", wie de Martino formuliert (S. 294, 456) und als deren wesentliche Ursache er (in ausdrücklichem Gegensatz zu den Ergebnissen von Forschern wie E. M. Štaerman, M. K. Trofimova, M. I. Finley, P. A. Brunt) den lange andauernden Frieden im frühen Prinzipat sehen will.

Leider wird auch das allmähliche Vordringen des Kolonen nicht gewürdigt. De Martino sieht nur, daß der Kolonat aus einer Umwandlung des freien Bauern in einen an die Scholle gefesselten Produzenten entstanden sei. Er erkennt nur die Annäherung des Freien an den Sklaven an (S. 447 f.) und läßt immer wieder durchblicken, daß Mangel an Sklaven dazu gezwungen habe.

Natürlich kann hiermit die Notwendigkeit des Einsatzes von Freien als Kolonen im 1. Jh. nicht erklärt werden; der Kolonat, den de Martino vorstellt, ist der des 4. Jh., da der freie Bauer gesetzlich an die Scholle gefesselt wurde (so S. 415). Es ist auch unbestreitbar, daß in manchen Gebieten - hier differenziert de Martino, der offensichtlich überwiegend von italischen Verhältnissen ausgeht, zu wenig - auch dort kolonenähnliche Abhängigkeitsformen durchgesetzt wurden, wo es Möglichkeiten der Sklavenbeschaffung durch Kriegsgefangene gegeben hätte. Das gilt nicht erst für das 3. Jh. (S. 415) - noch weniger war das 5. Jh. der Einschnitt (S. 445) -, sondern schon für die Barbaren, die man in Pannonien unter Marc Aurel ansiedelte.[45]

So wird man nicht umhinkönnen, festzustellen, daß die wichtige Institution des Kolonates zu einseitig, die seiner Vorstufen fast gar nicht berücksichtigt worden ist. Weiterhin bleibt die Darstellung der Entwicklung in den Provinzen sehr kursorisch: Pro Provinz standen im Durchschnitt für die gesamte Kaiserzeit ganze 3 bis 4 Seiten zur Verfügung.

Die folgenden Arbeiten behandeln wirtschaftshistorische Fragen zu mehr oder weniger großen Teilabschnitten römischer Geschichte, wodurch die behandelten Probleme spezieller erörtert werden können. Wie die beiden oben rezensierten Bücher ist ohne Zweifel die Monographie von Jochen Bleicken zur Verfassungs- und Sozialgeschichte des Römischen Kaiserreiches ein bereits zur Standardliteratur zu zählendes Werk. Im Unterschied zu den Arbeiten Alföldys und de Martinos, in denen wesentliche Fragen, die Bleicken untersucht, eben-

45 Dieter/Günther, S. 154, wonach sich die Kaiser (angefangen von Vespasian bis hin zu Hadrian) bemühten, dem Bevölkerungsrückgang in Städten Italiens gegenzusteuern, indem sie kaiserliche Kolonen zu Stadtbürgern und Eigentümern ihres gepachteten Landes machten (für Campania sowie Ostia und Lanuvium in Latium belegt); ebenda, S. 159 ff.: Barbarenansiedlungen seit Marc Aurel, damit Verhältnisse des 4. Jh. partiell vorweggenommen. - Zu Darstellungsproblemen des Übergangs vom "colonus" als Pächter auf Zeit zum an Land gebundenen Zwangspächter vgl. auch Jones, A. H. M., Der römische Kolonat, in: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der römischen Kaiserzeit, S. 80 ff.

falls behandelt werden, gliedert Bleicken nach Sachgruppen und kann so die Wandlungen kontinuierlich verfolgen, ohne Wiederholungen in Kauf nehmen zu müssen[46] - im Unterschied zu den beiden anderen Autoren führt Bleicken sein Thema bis zum Vorabend der Thronbesteigung Kaiser Herakleios' (610 bis 641), also über 600 Jahre (Bd. 1, S. 11). Dieser Aufbau gestattet ihm, die Entwicklung Italiens im 1./2. Jh. präziser als de Martino zu fassen. Zu Recht verbindet Bleicken den überprovinzialen Rückgang des italischen Handels mit Terrasigillata-Erzeugnissen, kampanischen Ton- und Bronzegefäßen sowie landwirtschaftlichen Produkten (Öl, Wein) mit der raschen Übernahme von Produktionsverfahren in den Provinzen. An Ort und Stelle nachproduzierte Erzeugnisse waren billiger, da hohe Transportkosten sparend (Bd. 2, S. 75), und schließlich kam die (für Bleicken seit Mitte des 2. Jh. spürbare) geringere Nachfrage nach teueren Artikeln, begründet durch Verarmung reicher städtischer Schichten (Dekurionen), hinzu, die überhaupt zum Rückgang des über weitere Strecken gehenden Warenverkehrs führte (Bd. 2, S. 75). Allerdings bleibt bei dieser Betrachtungsweise die Tatsache zu sehr im Hintergrund, daß diese Verarmung im Reichsrahmen keineswegs gleichzeitig erfolgte, die genannten Produkte der Apenninenhalbinsel eben nicht nur ihre Abnehmer in den Provinzen verloren, sondern auch die eigenen Märkte durch provinziale Erzeugnisse versorgt wurden, d. h. Italien seine ökonomische Vorrangrolle verlor (Bd. 2, S. 66), wobei hinzugefügt werden muß, daß selbst in der Zeit der großen Prosperität Italiens diese Stellung überwiegend politischen Gründen, nicht wirtschaftlichen Potenzen geschuldet war: Rom wurde in dem Maße, wie es sein Gebiet über Italien, später die Provinzen ausgedehnt hatte, politisches Zentrum (Bd. 2, S. 14), von dem die Apenninenhalbinsel profitierte. Die Äußerung Strabos, die Wichtigkeit einer italischen Stadt könne daran gemessen werden, in welchem Maße sie Rom beliefere (Strabo, 5, 1, 7), drückte das im frühen Prinzipat aus. Und natürlich ist unbestreitbar, daß in provinzialen antiken Städten besonders der westlichen und afrikanischen Provinzen viele Errungenschaften Roms (Bäder, Amphitheater bzw. Theater, Markthallen, Gebäude für Magistraturen) "die städtische Lebenskultur der zentralen Stadt widerspiegeln" (Bd. 2, S. 14). Weniger zustimmen würde der Rezensent allerdings dem Gedankengang, daß es im Alten Orient "städtische Kultur seit Jahrtausenden gegeben" habe, der Osten jedoch vor allem durch die griechische Stadt gekennzeichnet sei (Bd. 2, S. 15). Hier scheint allzu vereinfacht eine Kontinuität zwischen altorientalischen Städten des 4./2. Jt. und den Poleis griechischer Prägung (Bd. 2, S. 15) hergestellt worden zu sein. Es soll noch einschränkend hinzugefügt werden, daß auch im Hellenismus keineswegs die Polis als Stadttyp in allen Gebieten der ehemals altorientalischen Reiche dominierte und selbst in römischer Zeit in den kleinasiatisch/syrischen Provinzen alles Territorium verwaltungsmäßig an antike Städte aufgeteilt werden konnte. Erst recht galt das für Ägypten. Der grundlegende Unterschied zwischen der Struktur der Großreiche des Alten Orients und der des Imperium Romanum bestand zweifellos darin, daß in letzterem die Städte als Verwaltungseinheiten gegenüber anderen Formen (die z. B. auf Stammeseinheiten beruhten, welche Bleiken zwar für die gallisch-germanischen und iberischen Provinzen erwähnt, aber nicht für Kleinasien/Syrien) ganz klar dominierten (Bd. 2, S. 15). Auch wenn in einigen Regionen Kleinasiens sogar seit dem 3. Jh. solche ländlichen Administrationen z. T. wieder auflebten, ändert sich am Gesamtbild nichts. Vielmehr gehörte der überwiegende Teil des agrarisch genutzten Bodens verwaltungsmäßig zu Städten. Insofern war der Bauer, dessen Besitz auf städti-

46 Auffällig sind widersprüchliche Aussagen zwischen dem Abschnitt "Sklaven und Freigelassene" (Bd. 1, S. 332 - 342), der viel zu knapp ausfiel, und dem Abschnitt "Das Kolonat" (Bd. 2, S. 79 - 87) über die Möglichkeit, Fremdsklaven zu erwerben, ab spätem Prinzipat. In der späteren Kaiserzeit seien wieder viele Menschen versklavt worden (Bd. 1, S. 336), aber unter Marc Aurel hätten auch Ansiedlungen von Barbaren als Kolonen stattgefunden (Bd. 2, S. 81).

schem Territorium lag, ebenso Bürger seiner Stadt wie der Händler oder Handwerker, war für ihn die Stadt als kulturelles und politisches Zentrum der Mittelpunkt des Lebens (Bd. 2, S. 52), und das war sie bis in die Spätantike: Bleicken rechnet noch um das Jahr 450 mit etwa 1 500 Städten, davon 900 in der östlichen Reichshälfte, wogegen nur etwa 150 "weitere Verwaltungseinheiten", die ungleich über das Reich verteilt und teilweise auch nur sehr klein gewesen seien, existiert hätten, davon in den östlichen Provinzen nicht ganz 100 (Bd. 2, S. 19).

Sosehr man auch dem Autor nicht nur in diesem Punkt gern folgen möchte, müssen doch Einschränkungen gemacht werden. Auch wenn man gelten läßt, daß das Buch, entsprechend seinem Titel, in erster Linie die Verfassungsgeschichte berücksichtigt, ist doch der sozialhistorische Aspekt zu kurz gekommen.

Während die Passus "Das Kaisertum, Charakter und Wandel der monarchischen Herrschaft" und "Die kaiserliche Reichsverwaltung" im Bd. 1 bereitgehalten wurden und sich über die S. 17 - 276 erstrecken, stehen dem Abschnitt 3 "Die soziale Gliederung im Reich" mit den Unterkapiteln Senatorenstand (bis zum 3. Jh.), Ritterstand (bis zum 3. Jh.), neue Aristokratie des 3. bis 6. Jh., römische Bürger, nichtrömische Reichsbevölkerung (Peregrine), nichtrömische Bevölkerungsgruppen der späteren Kaiserzeit mit Sklaven und Freigelassenen nur 64 Seiten (S. 277 - 341) zur Verfügung, davon für den Senatorenstand 17 Seiten. Dieses Verhältnis zeigt, daß über die Lage der unteren Schichten nahezu gar keine spezifische Aussage getroffen werden kann, auf regionale Unterschiede ebenso kaum eingegangen wird wie auf soziale Konflikte. Das wird auch im zweiten Band nicht nachgeholt, wo "Urbanisierung und Romanisierung" auf 38 Seiten (S. 9 - 47), "Die wirtschaftliche Entwicklung des Reiches" auf 55 Seiten behandelt werden. Auch das ist für 600 Jahre einfach ein zu geringer Raum, wohingegen "Der Wandel der Religiosität" die S. 105 - 218 beansprucht, darunter für das Christentum die S. 140 - 218, ohne daß versucht wird, die Durchsetzung des Christentums wirtschafts- bzw. sozialgeschichtlich zu erklären. Eine Ausnahme bildet allenfalls der aber doch sehr allgemein gehaltene Hinweis, die Christen hätten auch für das irdische Dasein Vorstellungen und Stützen, die ihre Lehren über alle anderen stellten, und die Erwähnung einer "Sozialethik mit ihrem ausgesprochenen Sinn für den Nächsten, der ... der Mensch schlechthin war" (S. 177). Nicht einmal hier jedoch wird ein Zusammenhang mit den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen gegeben, unter denen besonders seit dem 3. Jh. der überwiegende Teil der Bevölkerung leben mußte.

Den zweiten Band beschließen Erörterungen zur Struktur der Außenpolitik (S. 219 - 234). Der Abschnitt "Quellen und Forschung" (S. 234 - 271) gibt nur sehr allgemeine Forschungsschwerpunkte an, ohne unterschiedliche Auffassungen zwischen bürgerlichen und marxistischen Auffassungen zu erwähnen. Dem entspricht, daß das Literaturverzeichnis (Bd. 2, S. 272 - 293) Arbeiten marxistischer Historiker nahezu völlig unberücksichtigt läßt. Wo eine Auseinandersetzung mit ihnen erfolgt, geschieht das in klischeehaften Wendungen: So haben den Marxisten angeblich das mangelnde Klassenbewußtsein der Sklaven "schwer zu schaffen gemacht" (S. 338). Besonders eigenartig ist der Vorwurf an Althistoriker der Akademie der Wissenschaften in Mainz, sie seien mit ihrem Versuch, eine juristische (der zwischen Sklaven und Freien) zur sozialen Scheidelinie zu machen (deren Existenz Bleicken S. 337 f. zu bestreiten sucht), "sogar weit hinter die marxistische Forschung zurückgefallen" (S. 339). Hier wäre zu wünschen, daß Bleicken in einer Neuauflage diese doch sehr grobe Pauschalverurteilung zugunsten einer differenzierten, damit sachbezogenen Kommentierung ersetzt. Immerhin meint beispielsweise Helmuth Schneider nicht zu Unrecht - und die vorgestellten Bücher von de Martino und Alföldy könnten das unterstreichen -, daß auch in westeuropäischen Ländern sowie den USA die marxistische Literatur zur antiken Sozial- und Wirtschaftsgeschichte beachtet und nicht mehr undifferenziert abgelehnt wür-

de.[47] Daß das sicher nicht ohne Einschränkungen zutrifft, zeigt neben Bleikkens Monographie auch Karl Christs Beitrag in der Festschrift für Friedrich Vittinghoff "Grundfragen der römischen Sozialstruktur" (S. 197 - 228). Die Konzeption dieses Forschungsberichtes wird vielleicht am deutlichsten, wenn man als Maßstab zugrunde legt, daß für die Würdigung von Rostovtzeff, an dem sicherlich kein Althistoriker vorbeigehen kann,[48] dessen Beiträge aber vielfach distanziert gewertet werden müssen,[49] immerhin 4 Seiten (S. 204 - 208) zur Verfügung stehen, dagegen nur 2 1/2 Seiten (S. 210 - 213) für die gesamte marxistische Literatur. Christ beschränkt sich zudem darauf, die Anwendung des (von ihm teilweise mißverstandenen) marxistischen Klassenbegriffs auf die Alte Geschichte abzulehnen, wobei er einfach auf Gegenstimmen in bürgerlicher Literatur verweist, ohne selbst eine eigene Position zu erarbeiten. Hier verliert jegliche Auseinandersetzung ihren Sinn, zumal, wenn sie nicht auf der Grundlage jüngerer Literatur geführt wird. So wird der Vorwurf eines angeblich bis zur Unbrauchbarkeit überspannten Klassenbegriffs (so S. 212) anhand eines einzigen, nun schon über 25 Jahre alten achtseitigen Zeitschriftenartikels zu belegen versucht (S. 226, Anm. 90). Dagegen läßt sich über Christs Terminologie, wo er sie herausarbeitet, durchaus diskutieren, beispielsweise wenn er sich dagegen wendet, Senatoren, Ritter und Dekurionen als Oberschicht des Imperiums zu betrachten, als ob sie nicht, natürlich abgestuft, im Prinzipat zur herrschenden Klasse zu zählen wären. Die Frage, ob der Prinzeps an der Ergänzung der letzteren mitwirkte oder nicht (S. 215), die Christ wohl nicht ganz zu Recht völlig verneint, ist für die soziale Stellung dieser obersten Schicht in den Städten belangslos.

Werner Ecks Darlegungen über "Die Präsenz senatorischer Familien in den Städten des Imperium Romanum bis zum späten 3. Jahrhundert" (S. 283 - 322) zeigen, anhand einer Zusammenstellung von Namen, Amt, Stadt, Zeit und Quellennachweis leicht überprüfbar, daß in dem Maße, wie immer mehr Senatoren aus den Provinzen stammten, vorherige provinziale städtische Magistratoren auch in den Senat aufsteigen konnten (S. 311); gerade im italischen Raum konnten umgekehrt wegen der Nähe zu Rom mitunter auch Mitglieder des Senatorenstandes in einzelnen Städten noch munizipale Aufgaben übernehmen - nicht einmal nur in erster Generation aufgestiegene Männer (homines novi, S. 312 f.). Wir wissen, daß noch in der Spätantike diese Bindung römischer Senatoren an ihre ehemalige Heimatstadt in der Regel intakt blieb, d. h., daß sie sich dort engagierten. Was für den Senator selbst zutrifft, gilt in mindestens demselben Grad für Mitglieder der senatorischen Familie (S. 312). Diese generelle Tendenz gilt ungeachtet dessen, daß nach Ecks Quellen nicht in allen Provinzen gleichmäßig senatorische Familienmitglieder die Städte ihrer Herkunft förderten. Zum Beispiel sind die Belege für Städte in Gallia Narbonensis und Spanien sehr gering, obwohl von dort zahlreiche Senatoren kamen (S. 315).

Von den weiteren, zu Spezialfragen Stellung nehmenden Artikeln sei zunächst auf den Aufsatz von Jürgen von Ungern-Sternberg "Das Ende des Ständekampfes" (S. 101 - 119) verwiesen. Dieser Autor datiert das Ende des Ständekampfes erst in die Zeit des zweiten Punischen Krieges, da jetzt die Volkstribunen Gesetze auf Initiative des Senats vor die Volksversammlung der Plebs

47 Schneider, Helmuth, Einleitung zu: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der römischen Kaiserzeit, S. 16 mit Anm. 69.

48 Vgl. u. a. Kreißig, Heinz, Versuch einer Konzeption der hellenistischen Epoche, in: JWG, 1/1982, S. 154: Einschätzung Rostovtzeffs.

49 Diese - zumindest nach heutigem Erkenntnisstand - unbestreitbare Kritik bleibt in Christs Formulierung, daß Rostovtzeffs Werk "für die Disziplin der Alten Geschichte ... kaum zu überschätzen" sei (S. 204), unberücksichtigt.

brachten, womit "diese also zu einem Organ des Gesamtstaates" wurde (S. 113). Jetzt habe der größte innere Konsensus in Rom geherrscht (S. 114). Abgesehen davon, daß die politische Organisation Roms als Stadtstaat, der es in diesem Zeitraum zweifellos noch war, die Bezeichnung Gesamtstaat fragwürdig erscheinen läßt - die These einer Beendigung von "discordia" (Zwietracht) und "certamen" (Kampf), wonach also Eintracht zwischen den Klassen bzw. Ständen geherrscht habe, die an Sallust (hist. Fragm., 11 M) anknüpft, kann nicht als reale Widerspiegelung der Wirklichkeit angenommen werden. Soziale Widersprüche waren vorübergehend scheinbar in den Hintergrund getreten: Die Bedrohung durch die Karthager (S. 113), also die Folgen der römischen Niederlagen, damit verbundene Gebietsverluste, ließen das Bild, das Sallust zeichnet, realitätskonform erscheinen. Die Tatsache jedoch, daß Sallust aus Gründen der Konzeption diese Idylle suggerieren wollte, um die folgende Zeit um so schärfer davon abheben zu können - zum anderen, daß die Auseinandersetzungen zwischen den armen Plebejern und herrschenden Schichten gerade als Folge der sich durch den zweiten Punischen Krieg verschärfenden Gegensätze heftiger denn je entfachten -, stellen die Bedeutung der vermeintlichen "concordia" (Eintracht) zwischen den Ständen in Frage. Damit entfällt nach Meinung des Rezensenten auch der Sinn einer solchen Zäsur als Begründung, den Ständekampf zu jenem Zeitpunkt als beendet anzusehen. Auch wäre hier das sicherlich nur mitspielende Moment der Verfassungsfrage überbetont, während die traditionelle Annahme vom Ende des Ständekampfes etwa mit der "lex Hortensia" dem Inhalt der sozialen Konflikte zwischen Patriziern und Plebejern besser gerecht würde. Es ist sicherlich unbestreitbar, daß zur Zeit der großen Eroberungskriege Roms, da sich die antike, auf Sklaverei basierende Produktionsweise durchsetzte, der Charakter der Auseinandersetzungen ein anderer war.

In Roms frühe Zeit führt auch Alfred Heuß' Artikel zum Thema "Rechtslogische Unregelmäßigkeit und historischer Wandel" (S. 121 - 144). Ausgehend von der Stellung des frühen Roms und seines Herrschaftsinstrumentes, des sog. Italischen Bundes (S. 121), zeichnet Heuß einige Linien vom Aufkommen des "municipium" - "ein Relationsbegriff", der "ursprünglich nur das Verhältnis einer eigenständigen Gemeinde zu Rom" beinhaltete (S. 125) - bis zur "Unifizierung Italiens" (S. 135) nach dem Jahre 89 v. u. Z. Dieser Prozeß wird gewürdigt und verglichen mit dem "ähnlichen Vorgang von Herrschaftswachstum", also der Entwicklung des Römischen Reiches außerhalb Italiens seit Augustus, als dieser zur "Omnipotenz eines geschlossenen Herrschaftssystems" wurde, dessen Endstadium, die Constitutio Antoniana, sich im Unterschied zu den Ergebnissen des Jahre 89 v. u. Z. nicht "als eindeutige Größe" präsentierte (S. 135). Dabei werden die schon angesprochenen ländlichen Gebiete, soweit sie "Annexe von Städten latinischen oder römischen Rechts waren" (S. 136), als Zeichen einer größeren "Elastizität" des kaiserlichen Instrumentariums, "um an die Untertanen und ihre soziale Lebensform heranzukommen" (S. 135), eingestuft. So berechtigt der Hinweis darauf ist, daß die Urbanisierung und damit die Durchsetzung des römischen Bürgerrechts in der Kaiserzeit systematischer verfolgt wurde: Diese doch langwierigen, widersprüchlich verlaufenden Prozesse werden, so auch in der letztzitierten Annahme einer "größeren Elastizität", allzu vereinfacht dargestellt, soziale Aspekte völlig außer acht gelassen bzw. zeitlos gebraucht ("Grundsatz, die vorhandene Dynamik des sozialen und überhaupt des historischen Wandels anzuerkennen", in der Kaiserzeit, S. 139). Wenigstens hätte, wenn zu Recht eine Gleichsetzung zwischen erfolgter Erkämpfung des römischen Bürgerrechtes durch die Italiker in der Republik und Verleihung des römischen Bürgerrechtes an nahezu alle Einwohner des Reiches in der Kaiserzeit abgelehnt wird, der soziale Hintergrund der (auch nicht erwähnten) juristischen Entleerung der Bedeutung eben des römischen Bürgerrechtes im 3. Jh. angesprochen werden müssen. Statt dessen werden vieldeutige Begriffe, wie die zitierten (Elastizität, Dynamik, Herrschaftswachstum, "Unifizierung Italiens" in der Republik usw.), wozu schließlich auch die "den Verhältnissen

innewohnende Kraft", die sich durch Revolution durchsetzen mußte, gehört, eingesetzt. Unter letztem versteht Heuß den Kampf der Italiker im Bundesgenossenkrieg.

In die Kolonisationspolitik der Prinzipes Nero und Vespasian führt der Artikel von Hartmut Galsterer, "Politik in römischen Städten: Die 'Seditio' des Jahres 59 n. Chr. in Pompeii" (S. 323 - 338). Galsterer bringt u. a. die sozial motivierten Unruhen des Jahres 58 in Puteoli zwischen der armen Bevölkerung und der wohlhabenden Oberschicht mit der zwei Jahre später erfolgten "Koloniegründung oder -verstärkung" in Verbindung: "Immerhin war zur Zeit Neros Puteoli noch der Haupthafen der Flotte, die das ägyptische Getreide nach Italien brachte -, und Unruhen in der Stadt konnten leicht die Kornversorgung Roms gefährden" (S. 329). Es wird sicher niemals möglich sein, hier völlige Gewißheit zu schaffen. Für die Wahrscheinlichkeit einer Verbindung beider Ereignisse - immerhin wurde die Revolte nur durch eine Prätorianerkohorte, welche die vom Senat beauftragten Emissäre "unterstützen" sollte, also durch Intervention von Rom aus, unterdrückt - spräche folgendes: Es ist ziemlich gewiß, daß Kaiser Claudius sich zum Ausbau des Hafens von Puteoli genötigt sah, nachdem es in Rom zu Hungerkrawallen kam und der Kaiser selbst mit Brotteilen beworfen wurde (Suetonius, Claudius, 18). Wie Galsterer wird man auch die 9 Jahre später durch Vespasian erfolgte nochmalige Verleihung eines Colonia-Status mit politischen Gründen erklären: Puteoli stand, im Gegensatz zum wichtigeren benachbarten Capua, während des Prätendentenkampfes nach Neros Tod auf seiten der Flavier. Gerade die unter Nero und Vespasian nachweisbare Begünstigung vor allem der campanischen Städte - und damit nehmen wir ein oben diskutiertes Problem nochmals auf - rückt die Tatsache, daß kaum ein Jahrhundert später die Quellen gerade diese Städte fast völlig übergehen, um so auffälliger ins Licht. Für die so wichtige Stadt Capua kann die Ursache nicht darin gelegen haben, daß Vespasian das campanische Zentrum etwa drastisch beschnitten hätte. Dafür fehlen entsprechende Quellenaussagen. Selbst die Annahme von Galsterer, Puteoli hätte einen Teil des Territoriums von Capua erhalten (S. 330), bleibt eine mehr oder weniger zutreffende Vermutung. - Um die Vielfalt der Beiträge aufzuzeigen, die diese Festschrift zum 70. Geburtstag von Vittinghoff vereint, seien noch einige erwähnt: Hans-Günther Simon untersucht die Quellengrundlagen einer gemeinhin angenommenen Heeresreform des Kaisers Gallienus inmitten des Höhepunktes der Krise des 3. Jh. ("Die Reform der Reiterei unter Kaiser Gallienus", S. 435 - 452). Sie seien alles in allem so dürftig, daß die These von einer Reiterreform unter diesem Kaiser einer Nachprüfung nicht standhalte (S. 442). Simon nimmt hingegen an, daß die Aufstellung mobiler militärischer Großverbände, auch Reiterverbände, tendenziell schon längere Zeit davor eingesetzt habe und unter diesem Herrscher "zu einem Abschluß gebracht" wurde (S. 448). Joseph Vogt steuert eine Prosaübersetzung des Lebensberichtes des Pontinus von Pella (in das Jahr 459 datiert) nebst kurzer Einführung bei (S. 527 - 572), Glen W. Bowersock schließlich den Versuch eines Lebensbildes von Mavia, einer christlichen Königin (besser wohl Inhaberin eines Heereskönigtums) bei arabischen nomadischen Stämmen zur Zeit des römischen Kaisers Valens (S. 477 - 495). Dieser Artikel ist neben Robert Werner "Zur Herkunft der Anten" (S. 573 - 595) der einzige, wo das Gebiet der griechisch-römischen Antike verlassen wird. Insgesamt liegt ein Band vor, den zu merken sich lohnt. Sein Wert wird nur dadurch eingeschränkt, daß sich archäologische Forschungsergebnisse darin zu wenig niederschlagen, sieht man von Andreas Mocsy "Zu den Auxiliarvici in Pannonien" (S. 365 - 376) ab. Das überrascht gerade bei diesem Werk zu Ehren von Vittinghoff, der sich auf dem Gebiet der Erforschung des römischen Städtewesens bleibende Verdienste erwarb: Ist es doch gerade die Archäologie, die in den letzten Jahrzehnten hier unser Wissen gewaltig vorangebracht hat.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß sich die vorstehende Sammelrezension mit Darstellungen zu befassen hatte, die - als Spezialuntersuchungen

oder als Übersichten über größere Stoffgebiete auf der Grundlage des neuesten Forschungsstandes - in ihrer Mehrzahl inzwischen zur Standardliteratur gezählt werden können. Auch die marxistische Geschichtswissenschaft kann an diesen Werken nicht vorbeigehen. Sie wird viele Aspekte anregend aufnehmen, darüber hinaus aber auch andere Probleme verstärkt einbeziehen müssen. Hierzu gehören beispielsweise Fragen zu Eigentums- und Abhängigkeitsverhältnissen, die bisher noch nicht ihrem Gewicht entsprechend berücksichtigt wurden.

LITERATURKRITIK

Zum Umsiedlerproblem in der Wirtschafts- und Sozialpolitik der SED 1945 bis 1949/50

Im revolutionären Kampf geschmiedet. Über das Ringen um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Bezirk Leipzig 1945/46, hg. v. der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung Leipzig der SED in Zusammenarbeit mit der Sektion Geschichte der Karl-Marx-Universität Leipzig, (im folgenden: I)

Leipzig 1978, 301 S.

Führende Kraft des demokratischen Neuaufbaus. Über die Formierung und beschleunigte Entwicklung der SED als marxistisch-leninistische Partei im Ringen um die antifaschistisch-demokratische Umwälzung und die Macht der Arbeiterklasse im Bezirk Leipzig 1946 bis 1949, hg. v. der Abteilung Agitation/Propaganda und der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung Leipzig der SED in Zusammenarbeit mit der Sektion Geschichte der Karl-Marx-Universität Leipzig und dem Staatsarchiv (im folgenden: II)

Leipzig 1985, 352 S.

Zur Wirtschaftspolitik der SED, Bd. 1: 1945 - 1949 (im folgenden: III)

Dietz Verlag, Berlin 1984, 280 S., 13,50 M

Die SED - führende Kraft der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung (1945 - 1949) (im folgenden: IV)

Dietz Verlag, Berlin 1984, 224 S., 7,80 M

Zur Sozialpolitik in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945 bis 1949. Dokumente und Materialien (im folgenden: V)

Dietz Verlag, Berlin 1984, 342 S., 6,90 M

Heinrich Rau, Für die Arbeiter-und-Bauern-Macht. Ausgewählte Reden und Aufsätze 1922 - 1961 (im folgenden: VI)

Dietz Verlag, Berlin 1984, 472 S., 8,50 M

Bruno Leuschner, Ökonomie und Klassenkampf. Ausgewählte Reden und Aufsätze 1945 - 1965 (im folgenden: VII)

Dietz Verlag, Berlin 1984, 597 S., 8,50 M

Joachim Piskol/Christel Nehrig/Paul Trixa, Antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf dem Land (1945 - 1949) (im folgenden: VIII)

VEB Deutscher Landwirtschaftsverlag, Berlin 1984, 207 S., 13,50 M

von Jörg Roesler

Unter den hier zu besprechenden Büchern befinden sich drei Monographien (III, IV, VIII), die der Politik bzw. Wirtschaftspolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung gewidmet sind. Zum Zeitraum von 1945 bis 1949 liegt bereits eine Reihe von

Veröffentlichungen vor.[1] Es handelt sich um die Vorgeschichte der DDR, die am intensivsten untersucht wurde, um Jahre, die sich durch eine dichte Aufeinanderfolge von Ereignissen und durch Intensität der sich vollziehenden Wandlungen auszeichnen.

Die Verfasser der drei Monographien konzentrieren sich bei der Darstellung der Ergebnisse und Erfahrungen von Politik und Wirtschaftspolitik der SED in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung auf die Ereignisse und Prozessse, die die Entwicklung des Gebietes zwischen Elbe und Oder - einst ein Kerngebiet des kapitalistischen bzw. faschistischen Deutschlands - zur sozialistischen DDR charakterisieren. Unter politischem Blickwinkel betrachtet, sind das: die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse (1945), die Vereinigung der Arbeiterparteien (1946), der Ausbau ihrer politischen Machtpositionen (1946/47) und die Weiterführung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung (1948/49); unter wirtschaftspolitischem Blickwinkel die Bodenreform (1945), die Enteignung des Monopolkapitals (1946), der Kampf um eine höhere Arbeitsproduktivität sowie der Beginn der Wettbewerbsbewegung (1947/48) und der Übergang zur zentralen Wirtschaftsplanung (1948/49). Bei der Darstellung des Klassenkampfes machen die Autoren vor allem das Wechselverhältnis von Politik und Ökonomie, von Demokratie und Entwicklung zum Sozialismus, von Wirtschafts- und Sozialpolitik sichtbar. Sie weisen nach, daß KPD bzw. SED in ihrer strategischen Orientierung von der marxistisch-leninistischen Theorie und den Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung ausgingen. Sie legen zugleich wichtige Erkenntnisse dar, die für jene Länder und Völker, die sich heute auf einen sozialistischen Entwicklungsweg orientieren, von Interesse sind. Dabei behandeln sie grundlegende Entwicklungslinien und Zusammenhänge auf hohem theoretischem Niveau, aber auch den konkret-historischen Vorgang beispielsweise in diesem Dorf oder jenem Betrieb und in der geistigen Auseinandersetzung um unterschiedliche, z. T. konträre Auffassungen, die unter den im demokratischen Block verbündeten Parteien über die Lösung strategischer Fragen wie der Bodenreform, der Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher, des Charakters der Wirtschaftsplanung herrschten. Die Verfasser stellen dar, wie sich jene Auffassungen durchsetzten, die dann in die grundlegenden Parteibeschlüsse bzw. die gesetzlichen Bestimmungen eingingen, und nicht zuletzt, wie z. B. Diskussionen innerhalb der Partei der Arbeiterklasse um Vorstellungen verliefen, denen zufolge bereits in den ersten Nachkriegsjahren mit der Errichtung des Sozialismus begonnen werden sollte.

Die Bemühungen um größere Anschaulichkeit und das Bestreben, den Meinungsbildungsprozeß zu berücksichtigen, sind - ebenso wie die stärkere sozialgeschichtliche bzw. sozialpolitische Fundierung - Ausdruck neuer, begrüßenswerter Tendenzen in der Geschichtsschreibung der DDR.

Erfreulich ist die verstärkte Hinwendung zur Edition historischer Dokumente. Zwei Bände (VI, VII) enthalten Reden und Aufsätze führender Wirtschaftsfunktionäre der 40er und 50er Jahre. Damit wurde das vor Jahren begonnene Unternehmen[2] des Dietz Verlages in größerem Umfang fortgesetzt. Die ausgewählten Reden und Aufsätze von Heinrich Rau umspannen einen Zeitraum von rund 40 Jahren (1922 bis 1961). Sie geben Einblick in Raus Tätigkeit als Leiter der Abteilung Landwirtschaft des Zentralkomitees der KPD, als Interbrigadist in Spanien sowie als Leiter der Deutschen Wirtschaftskommission bzw.

1 Vgl. Doernberg, Stefan, Die Geburt eines neuen Deutschland 1945 - 1949. Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung und die Entstehung der DDR, Berlin 1959; Barthel, Horst, Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR. Zur Wirtschaftsentwicklung auf dem Gebiet der DDR 1945 - 1949/50, Berlin 1979.

2 Selbmann, Fritz, Ausgewählte Reden und Aufsätze, Berlin 1974.

der Plankommission der DDR und als Minister für Außenhandel der Republik. Die 76 abgedruckten Reden und Aufsätze von Bruno Leuschner entstanden in den 20 Jahren seiner Tätigkeit als Verantwortlicher für Wirtschaftsfragen in der zentralen Leitung der KPD bzw. SED, als Leiter der Deutschen Wirtschaftskommission sowie der Plankommission (1952 bis 1961) und als Mitglied des Exekutivkomitees des RGW. 16 der 62 Reden und Aufsätze von Rau und 16 der 76 publizierten Arbeiten von Leuschner wurden zum ersten Mal veröffentlicht. Viele seinerzeit in der Presse, in Protokollen und Broschüren erschienene Reden und Aufsätze sind heute dem Historiker nur noch schwer zugänglich. Das trifft vor allem für den hier interessierenden Zeitraum von 1945 bis 1949/50 zu, der in beiden Bänden mit einer ganzen Reihe von Dokumenten vertreten ist. Mit beiden Quellenpublikationen erschließt sich, insbesondere für den Wirtschaftshistoriker der DDR, ein Schatz, den die Editoren einleitend zu Recht als "eine wertvolle Quelle zur Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Deutschen Demokratischen Republik" (VI, S. 11) bezeichnen.

Ähnlich willkommen wie die Reden und Aufsätze von Rau und Leuschner dürfte die dritte hier zu besprechende Quellenpublikation (V) sein. Sie enthält 85 Dokumente bzw. Auszüge aus Dokumenten, die dem Leser Inhalt und Ziel der Sozialpolitik der SED von 1945 bis 1949 erstmals in dieser Geschlossenheit vor Augen führen.

Dokumentationen vermitteln - vor allem wenn sie ungekürzt wiedergegeben werden - dem Leser ein konkret-historisches Bild von den zum jeweiligen Augenblick vor der Partei der Arbeiterklasse stehenden Aufgaben, die sich von großen Entwicklungslinien ebenso wie von Teilaufgaben ableiten. Ob kurz- oder langfristig von Bedeutung - alle auf die Tagesordnung gesetzten Themen waren zur Lösung herangereift. Dringlichkeit solcherart war meist Anlaß für die Rede, den Aufsatz, die Entschließung oder das Gesetz. Quellenpublikationen verweisen mitunter auch auf Richtungen und Wertungen, die unter Umständen nur für verhältnismäßig kurze Zeit - bestenfalls für einige Jahre - galten und "nur aus den konkreten Klassenauseinandersetzungen jener Zeit heraus zu verstehen" sind (VII, S. 6). Jedoch "werden damit dem heutigen Leser die Bedingungen des damaligen Kampfes verständlicher und deutlicher" (VII, S. 6).

Der zeitliche Abstand vom damaligen Geschehen und das Wissen um die Jahrzehnte erfolgreichen Aufbaus seit dieser Zeit ermöglichen es dem Historiker, bei der Einschätzung in jener Zeit zu lösenden Aufgaben zu differenzieren: Es gab solche, die einen wesentlichen Schritt, eine wichtige Stufe auf dem Weg zum Sozialismus waren, und solche, die nur zeitweilige Bedeutung hatten, durch deren Bewältigung aber der Weg für die Lösung von Aufgaben strategischer Bedeutung frei wurde.

So erklärte Bruno Leuschner auf der Wirtschaftskonferenz der KPD im Dezember 1945 in seinem Referat über den Wirtschaftsplan 1946, bevor er die Schwerpunkte des Planes umriß, programmatisch: "Unsere Sorge gilt denen, die infolge der Hitlerpolitik gegenwärtig keine Möglichkeit haben, ihren Lebensunterhalt zu fristen, den nach Millionen zählenden Umsiedlern, den Kriegsinvaliden, für die geeignete Arbeitsplätze gefunden werden müssen - jawohl, ihnen gilt unsere Sorge: den Arbeitern und Angestellten, die nicht in Arbeit stehen. Sie wieder in Arbeit und Brot zu bringen, das ist unsere Aufgabe." (VII, S. 12).

Arbeit und Brot für das Volk! - das ist der Grundton der Mehrzahl der im Band zur Sozialpolitik abgedruckten Dokumente. Der "Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit" stand als Forderung Nummer zwei (nach der Liquidierung der Überreste des Faschismus) im Aufruf des ZK der KPD an das schaffende Volk in Stadt und Land vom 11. Juni 1945. Der Kampf gegen den Schwarzmarkt und um die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die Bemühungen um die Integration der Umsiedler und die Eingliederung der Heim-

kehrer gehörten zu den drückendsten Problemen der ersten Nachkriegsjahre. Es gibt in den aus jener Zeit publizierten Reden von Rau und Leuschner kaum eine, in der sie sich nicht zu einem oder mehreren dieser Probleme äußerten. Auch die Mehrzahl der im Dokumentenband zur Sozialpolitik in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung wiedergegebenen Dokumente enthält solche Fragen.

Die SED wußte, daß die endgültige Lösung der genannten Probleme nur möglich war, wenn die sozialökonomischen Umwälzungen ohne Stocken vorangetrieben wurden. Sie wußte aber auch, daß man mit der Lösung der sozialen Nachkriegsprobleme nicht bis zum Abschluß der sozialökonomischen Veränderungen warten konnte. Mehr noch, sie wußte, daß jede Vernachlässigung dieser vom faschistischen Krieg geerbten Probleme den politischen und ökonomischen Neuaufbau gefährden mußte. Das hieß zugleich: Je schneller es gelang, Schwarzmarkt und Arbeitslosigkeit zu überwinden, je rascher Umsiedler und Heimkehrer ihren Platz in der Gesellschaft erhielten, desto besser waren die Voraussetzungen für die Lösung der großen strategischen Aufgaben auf dem Weg zum sozialistischen Aufbau. "Von der Lösung solch brennender Fragen wie der Ernährungs- und Wohnungsfrage, der medizinischen Betreuung und der Integration der Umsiedler", schreibt Manfred Bensing - Autor der beiden hier zu besprechenden regionalgeschichtlichen Titel (I, II), die der Geschichte der Parteiorganisation des heutigen Bezirkes Leipzig von 1945 bis 1949 gewidmet sind -, "hing ganz wesentlich ab, ob die Bevölkerung zu dem neuen Machtorgan Vertrauen faßte, wie sie sich der Argumentation der antifaschistischen Kräfte anschloß" (I, S. 115). Bensing hat sich mit diesen beiden Bänden das Ziel gestellt, den Zusammenhang zwischen dem Kampf für die Überwindung von Alltagsproblemen der Nachkriegszeit und für die Lösung von strategischen Aufgaben des demokratischen Aufbaus anschaulich und überzeugend darzulegen. Die detaillierte Beschreibung von Ereignissen und Ereignisfolgen ist zweifellos das wichtigste Ergebnis, das mit solcher regionalgeschichtlichen Aufbereitung in die Geschichtsschreibung der DDR eingebracht wurde.

Sollte die Darstellung der Wechselbeziehungen zwischen zeitbedingten und strategischen Aufgaben auf regionalgeschichtliche Arbeiten beschränkt bleiben? Oder anders gefragt: Müssen Arbeitslosigkeit, Schwarzmarkt, Umsiedler- und Heimkehrerprobleme - hier stellvertretend für weitere genannt -, die in der Regionalgeschichte eine ihrer damaligen Bedeutung annähernd entsprechende Berücksichtigung erhalten, in den Gesamtdarstellungen Randprobleme bleiben? Waren die genannten Probleme nicht von mehr als örtlicher Relevanz, hatten sie nicht gesamtgesellschaftliche Bedeutung? Müßten wir ihrer Darstellung nicht mehr Aufmerksamkeit widmen, um dem Leser die B e d i n g u n g e n d e s K l a s s e n k a m p f e s, unter denen der demokratische Neuaufbau und die sozialistischen Revolutionen in Angriff genommen wurden, vor Augen zu führen? Versetzen wir ihn nicht erst dann in die Lage, die Leistungen der Partei der Arbeiterklasse vollständig zu würdigen?

Die Fragen, die sich dem Rezensenten nach dem Lesen der hier zu besprechenden Bücher stellen, spielen seit einiger Zeit auch eine Rolle in der Diskussion um das Geschichtsbild der DDR, die unter den Historikern geführt wird.[3] Worum es ihm geht, soll am Beispiel des Umsiedlerproblems verdeut-

3 Vgl. Badstübner, Rolf, Das Geschichtsbild vom Werden und Wachsen der DDR. Probleme der Forschung und Darstellung, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), 4/1981; Dittrich, Gottfried, Zur Geschichte der DDR als Nationalgeschichte. Bemerkungen zum Artikel von Rolf Badstübner, in: ebenda, 8/1982; Prokop, Siegfried, Geschichte der DDR als Nationalgeschichte. Bemerkungen zum Artikel von Rolf Badstübner, in: ebenda; derselbe, Geschichte der DDR als Nationalgeschichte. Bemerkungen zu Rolf

licht werden. Die Umsiedler waren im Vergleich zu Kriegsgefangenen, Kriegsversehrten, Arbeitslosen und anderen die zahlenmäßig größte soziale Gruppe, die durch Faschismus und Krieg ihren bisherigen sozialen Status verloren hatte und sozial und ökonomisch neu integriert werden mußte. In der zweiten Hälfte der 40er Jahre war jeder vierte DDR-Bürger Umsiedler bzw. Neubürger. Dementsprechend wurde das Umsiedlerproblem im Herbst 1945 "als größte und schwer zu lösendste (Frage) nach Kriegsbeendigung" (V, S. 73) betrachtet. Ungeachtet dessen hat dieses soziale, wirtschaftspolitische und politische Problem ersten Ranges in den Darstellungen über die antifaschistisch-demokratische Umwälzung kaum Platz gefunden. Das trifft auch für die drei hier zu besprechenden Monographien zu. Bei der Behandlung der Wahlen von 1946 werden die Neubürger als Wählergruppe erwähnt (IV, S. 133; III, S. 132; VIII, S. 101). Mehr als 90 000 Umsiedler erhielten Neubauernhöfe. Das war ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zur Lösung des Umsiedlerproblems, worauf noch eingegangen werden soll. Er betraf aber - die Familienangehörigen mitgerechnet - knapp 8 % der Umsiedler. Welchen Weg die übrigen 92 % - mehr als 4 Mill. - während der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung gingen, darüber erfährt der Leser in den genannten Monographien so gut wie nichts.

Das Einströmen der Umsiedler in das Gebiet zwischen Elbe und Oder setzte bereits Anfang 1945 mit dem Näherrücken der Front ein. Die Zahl der Umsiedler nahm noch im Sommer 1945 mit der beginnenden Aussiedlung der Deutschen aus Polen und der ČSR erhebliche Ausmaße an. Hunderttausende zogen durch die sowjetische Besatzungszone, um eine Unterkunft zu finden, oder versuchten, in die westlichen Besatzungszonen weiterzuwandern. Um wie viele es sich handelte, konnte vor der ersten Bevölkerungszählung in der sowjetischen Besatzungszone im Dezember 1945[4] nur grob eingeschätzt werden. Aber bereits die Zahl der mit der Eisenbahn aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße in den Großstädten Eintreffenden ließ das Ausmaß der Umsiedleraktion erkennen. Seite Ende Juni z. B. gelangten mit den Zügen täglich 4 000 bis 5 000 Umsiedler nach Berlin. "Viele Wochen hindurch", heißt es in einem zeitgenössischen Bericht, "beherrschten diese wandernden Menschen das Straßenbild Berlins, wie sie zumeist zu Fuß, verelendet, völlig erschöpft, ihre geringen Habseligkeiten mit einem kleinen Hand- oder einem Kinderwagen mit sich führend, ihres Weges zogen."[5] Berlin lag am Schnittpunkt der Eisenbahnverbindungen der früheren deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße. Die Statistik der Berliner Sammel- und Durchgangslager[6] erlaubt daher, wenn es sich auch nur um einen Ausschnitt aus der Gesamtzahl der Umgesiedelten handelt, einen Einblick in die D y n a m i k der einsetzenden Immigrationsbewegung (vgl. Tab. 1 auf der folgenden Seite).

Badstübners Artikel und Gottfried Dittrichs Diskussionsbeitrag, in: ebenda, 1/1983; Benser, Günter, Wortmeldung zur Diskussion um die DDR-Geschichte, in: ebenda, 3/1983.

4 Vgl. Die Volkszählung vom 1. Dezember 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone, Berlin 1946; Masuhr, Kurt, Bevölkerungsbilanz 1945, in: Statistische Praxis, 2/1946, S. 22 f.

5 Umsiedler- und Heimkehrerfürsorge, in: Berliner Statistik, 2/1947, S. 38.

6 Die Niederlassung von Umsiedlern in Berlin verbot der Berliner Stadtkommandant, Marschall Shukow, am 27. Juli 1945, um eine drohende Übervölkerung der Stadt zu verhindern (Berliner Stadtarchiv, Rep. 10.6., Nr. 429).

Tabelle 1

Umsiedler+ in Durchgangs- und Sammellagern Berlins im Jahre 1945

Monat	Anzahl der Lager	Umsiedler Zugang	Abgang	in Lagern am Monatsende
Juli	48	537 300	531 712	5 588
August	48	386 420	376 133	15 875
September	59	234 773	226 370	24 278
Oktober	56	184 939	176 854	32 372
November	53	150 943	163 034	20 281
Dezember	43	85 871	87 767	18 385

+ In diesen Zahlen ist ein 1945 noch sehr geringer Anteil von Heimkehrern enthalten.

Quelle:
Berliner Statistik, 2/1947, S. 39.

Das Umsiedlerproblem erreichte also bereits wenige Wochen nach dem 8. Mai 1945 beträchtliche Dimensionen. In den anderen Städten und Gebieten war die Situation ähnlich. Neben der ansässigen Bevölkerung mußten im Spätsommer 1945 allein in Leipzig ständig 82 000 Umsiedler und wöchentlich 6 000 bis 8 000 Durchreisende versorgt werden (I, S. 103).

Daß Polen die früheren deutschen Gebiete östlich der Oder und Neiße unterstellt werden sollten, war bereits auf der Konferenz der Regierungschefs der drei Großmächte der Antihitlerkoalition im Februar 1945 in Jalta festgelegt worden.[7] Detaillierte Regelungen über die Aufnahme der Umsiedler von den einzelnen Besatzungszonen standen jedoch noch aus, als der Umsiedlerstrom in die sowjetische Besatzungszone einsetzte. Auf der Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) wurden die Aussiedlungsvorstellungen der Alliierten konkretisiert.[8] Sie appellierten an die Regierungen Polens, der ČSR und Ungarns, die Umsiedlung der Deutschen organisiert und in Abstimmung mit dem noch zu bildenden Alliierten Kontrollrat für Deutschland schrittweise zu vollziehen.[9]

Als die KPD ihren Aufruf vom 11. Juni 1945 veröffentlichte, nahm sie auch zur Umsiedlungsaktion Stellung. In den bekannten zehn Punkten trat sie für

7 Vgl. Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente, Berlin 1957, S. 50.
8 Vgl. ebenda, S. 87.
9 Im Abschnitt XIII der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz heißt es dazu: "Die Konferenz hat folgendes Abkommen über die Aussiedlung der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn getroffen: Die drei Regierungen erkennen nach allseitiger Überprüfung der Frage an, daß eine Umsiedlung der in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn verbliebenen deutschen Bevölkerung oder eines Teils dieser Bevölkerung nach Deutschland erfolgen muß. Sie stimmen darin überein, daß jede Umsiedlung, die stattfinden wird, auf organisierte und humane Weise vorgenommen werden soll. Da das Eintreffen einer großen Zahl Deutscher in Deutschland die Last erhöht, die bereits auf den Besatzungsbehörden liegt, sind sie der Ansicht, daß der Kontrollrat in Deutschland diese Probleme in erster Linie studieren muß, wobei der gerechten Verteilung dieser Deutschen auf alle Besatzungszonen besondere Aufmerksamkeit zu schenken ist." (ebenda, S. 87 f.)

ein "friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben mit den anderen Völkern" ein und für die "Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung für die durch die Hitleraggression den anderen Völkern zugefügten Schäden"[10]. Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie schloß ein, die Umsiedler, die über die neue Grenze kamen, als gleichberechtigte Staatsbürger, eben als Neubürger, anzuerkennen und sie im Gebiet westlich von Oder und Neiße anzusiedeln. Damit war bereits wenige Wochen nach der Kapitulation der Hitlerregierung im Osten Deutschlands eine Grundsatzentscheidung getroffen worden, die die Voraussetzung für eine positive Lösung des Umsiedlerproblems schuf. Das wurde in der Folgezeit besonders deutlich angesichts der Entwicklung im Westen Deutschlands, wo weder die SPD noch die bürgerlichen Parteien den Mut aufbrachten, sich zur Oder-Neiße-Linie und zur Umsiedlung als Tagesaufgabe zu bekennen. Die in den westlichen Besatzungszonen als "Heimatvertriebene" bezeichneten Umsiedler wurden staatsbürgerlich und ökonomisch diskriminiert, so daß sie noch Anfang der 50er Jahre, als in der DDR die Integration der Umsiedler bereits vollzogen war, ein soziales Problem ersten Ranges darstellten.[11]

Die KPD konnte im Sommer 1945 noch keine konkrete Lösung des Umsiedlerproblems vorschlagen. Erste konzeptionelle Vorstellungen entwickelte und verwirklichte sie im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Bodenreform, die sie bereits in ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 verlangt hatte. Sie sah in der Aufteilung des Großgrundbesitzes den Abschluß des jahrhundertelangen Kampfes der Bauern um den Boden. Insofern stand die Durchführung der Bodenreform in keinem ursächlichen Zusammenhang mit dem Umsiedlerproblem. Jedoch stellte die KPD schon im genannten Aufruf einen Zusammenhang zwischen der Zerschlagung des Großgrundbesitzes und der Lösung des Umsiedlerproblems her. Bereits Anfang Juni 1945, als der Umsiedlerstrom in großem Umfang gerade einsetzte, forderte sie die Zuteilung von Land "an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern"[12]. Je offensichtlicher der Umfang der Umsiedlung wurde, desto mehr erhielt dieses Argument an Gewicht. In einem Rundfunkvortrag am 11. August 1945 erklärte Heinrich Rau: "Hunderttausende bäuerliche Flüchtlinge warten auf eine Siedlerstelle. Nur eine großzügige Bodenreform kann hier helfen." (VI, S. 144) Der Aufruf der KPD vom 8. September 1945, der zu Beginn der Durchführung der Bodenreform veröffentlicht wurde, wies erneut auf die mit der Aufteilung des Großgrundbesitzes gegebene Möglichkeit hin, den "bäuerlichen Umsiedlern wieder eine Existenzmöglichkeit" zu schaffen.[13] Für eine Neubauernstelle auf dem Grund und Boden der aufgeteilten Güter konnten sich landlose Bauern, Landarbeiter und Umsiedler bewerben. Ihnen wurde der Boden schuldenfrei gegen eine Gebühr übergeben, die dem Gegenwert einer einzigen durchschnittlichen Getreideernte entsprach. Die Summe war innerhalb von 20 Jahren zurückzu-

10 Vgl. Zur ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Beschlüsse und Gesetze, Bd. 1: 1945 - 1955, Berlin 1955, S. 14 f.

11 Vgl. Umsiedlerelend in Westdeutschland, in: Statistische Praxis, 7/1951, S. 108; vgl. auch Jolles, Hiddo, Zur Soziologie der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, Köln 1965, S. 160 ff., 187. Vgl. Zur ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ..., Bd. 1, S. 14. Ebenda, S. 18 ff. - Heinrich Rau, der sich seit den 20er Jahren in der zentralen Leitung der KPD mit der Bauernfrage beschäftigt hatte, erklärte dazu: "Der Kampf um Boden dauert in Deutschland mehr als 400 Jahre." (VI, S. 147)

12 Zur ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ..., Bd. 1, S. 14.

13 Ebenda, S. 20. Hoernle, Edwin, Ein Leben für die Bauernbefreiung. Das Wirken Edwin Hoernles als Agrarpolitiker und eine Auswahl seiner agrarpolitischen Schriften, Berlin 1965, S. 649.

zahlen. Während der ersten drei Jahre nach Übernahme des Grundstücks blieb die Rückzahlung gestundet. Vieh, Geräte und Gebäude wurden, soweit sie auf den Gütern vorhanden waren, den Neubauern kostenlos übergeben.

Wie verhielten sich die Umsiedler gegenüber diesem Angebot?

Zwei Tendenzen waren zu beobachten: In den meisten Fällen gehörten die Umsiedler zu den ersten, die sich als Anwärter auf Land anmeldeten. Der zweiten unter den Umsiedlern zu beobachtenden Tendenz ist größeres Gewicht beizumessen: "Ein Teil der Umsiedler verhielt sich ... abwartend. Dabei spielten Illusionen über eine baldige Rückkehr eine Rolle." (VIII, S. 48) Diese Illusionen, genährt durch eine unterschwellige Propaganda aus den westlichen Besatzungszonen erschwerten die Erfassung und Betreuung der Umsiedler, die eine wesentliche Voraussetzung für ihre spätere Integration waren. Im Aufruf zur Sicherung der Ernte vom 24. Juli 1945 hatte der Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien an die Umsiedler appelliert: "Das deutsche Volk ist bereit, den letzten Bissen Brot mit euch zu teilen. Doch fordern sie (die antifaschistisch-demokratischen Parteien - J. R.) mit Recht: Stellt alle unnützen Wanderungen ein, die nur unnötige Unruhe auf das Land tragen. Stellt euch an Ort und Stelle zur Entearbeit zur Verfügung. Die große Not zwingt zu hartem Gebot: Alle Arbeitsfähigen müssen Unterkunft und Brot durch Arbeit verdienen." (V, S. 43)

Die unkontrollierten Wanderungen stellten die Anfang Juni 1945 geschaffene Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) und die im gleichen Monat entstandenen Regional- und Zentralverwaltungen vor Probleme, denen sie unmittelbar nach ihrer Gründung noch nicht gewachsen waren. Eine Erfassung und Koordinierung der über die Grenze kommenden Menschen - bis zu 28 000 an einem Tag[14] - erwies sich wegen der durch den Krieg zerstörten und zerrütteten Kommunikations- und Transportverbindungen als unmöglich.[15] Nachdem im Verlauf des Monats August eine ganze Reihe von deutschen Zentralverwaltungen ihre Arbeit aufgenommen hatte, kam es zwischen Vertretern der Deutschen Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge und Vertretern der Länder am 3. September 1945 im Berliner Stadthaus zu einer ersten Zusammenkunft, die dem Umsiedlerproblem gewidmet war.[16] Dort forderten die Vertreter der Länder eine zentrale Leitung für die Lösung dieses Problems. Nach den Vorstellungen der Länder sollten der Deutschen Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge die Lenkung der Umsiedlerströme und die spätere soziale und ökonomische Integration der Neubürger übertragen werden. Es zeigte sich aber bald, daß die Zentralverwaltung mit dieser zusätzlichen Aufgabe überfordert war. Daher kam es am 29. September 1945 zur Gründung der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler,[17] die im Auftrag der SMAD alle die Umsiedler betreffenden Maßnahmen mit den fünf Ländern der sowjetischen Besatzungszone koordinieren sollte.[18] Diese Maßnahmen betrafen die Errichtung von insgesamt 628 Durchschleusungs-, Aufnahme- und Quarantänelagern sowie die Organisierung der Verpflegung und Kleidung für Millionen Umsiedler. Das Hauptziel der koordinierenden Tätigkeit sollte sein, die Umsiedler so schnell wie möglich von der Straße in die Quarantäne- und Durchgangslager und von dort wiederum so schnell wie möglich in die weniger

14 Lange, Erich, Umsiedler im Produktionsprozeß, in: Die Wirtschaft, 3/1948, S. 81.
15 Tschesnow, Michael, Einige Betrachtungen zum Umsiedlerproblem, in: ebenda, 1/1946, S. 14 f.
16 Meinicke, Wolfgang, Zu einigen Fragen der Lösung des Umsiedlerproblems in der sowjetischen Besatzungszone, S. 4 (unveröffentl. Ms.).
17 Ebenda.
18 Merker, Wolfgang, Die Deutschen Zentralverwaltungen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945 - 1947, Diss. A, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1980, Anhang, S. 17 f.

zerstörten Städte, vor allem auf das Land, weiterzuleiten,[19] überall dorthin, wo für sie ein Dach über dem Kopf vorhanden war.[20]

Die Kommunisten in den Selbstverwaltungsorganen wußten, daß ihre administrativen Mittel unzureichend waren und das Umsiedlerelend nur mit Hilfe der alteingesessenen Bevölkerung ernsthaft gemildert werden konnte. Bereits im August 1945 war die Bildung von Umsiedlerausschüssen als Vertretung der Umsiedler und als Hilfsorgane der Verwaltung zur Regelung der Umsiedlerfragen angeregt worden. Sie sollten sich aus Vertretern der Umsiedler sowie aus Vertretern der Behörden, d. h. des Wohnungsamtes, des Arbeitsamtes, des Wirtschaftsamtes, ferner aus Vertretern der Blockparteien u. a. zusammensetzen.[21] Angesichts des bevorstehenden Winters verstärkten im Oktober 1945 die Selbstverwaltungsorgane ihre Appelle, die Not der Umsiedler durch eine von den Umsiedlerausschüssen getragene Sammel-Selbsthilfeaktion zu erleichtern (V, S. 75). Im Schreiben der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg zur Bildung von Umsiedlerausschüssen vom 9. Oktober 1945 hieß es: "Die Ausschüsse müssen sich voll und ganz bewußt sein, daß nur eine gründliche Arbeit die sonst der Verelendung Preisgegebenen ... retten kann. Jeder einzelne muß von dem Gedanken beseelt sein, den auf der Landstraße Umherirrenden eine neue Heimat schaffen zu wollen. Alle nur denkbaren Möglichkeiten müssen zu diesem Zweck erschöpfend ausgewertet werden." (V, S. 73)

Im Spätherbst 1945 bestätigte der Alliierte Kontrollrat, der bereits in seiner Proklamation Nr. 2 vom 20. September 1945 zum Ablauf der Umsiedleraktion Stellung genommen hatte,[22] endgültig den Plan "Über die Umsiedlung der aus Österreich[23], der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen ausgewiesenen deutschen Bevölkerung nach den vier Besatzungszonen Deutschlands". Der Mitte November veröffentlichte Beschluß legte eine vorläufige Verteilung der Umsiedler auf die vier Besatzungszonen fest und billigte einen Plan für die schrittweise Aussiedlung der noch in den östlichen und südöstlichen Nachbarländern verbliebenen Deutschen im Zeitraum von Dezember 1945 bis Juli 1946.[24] Mit der Akzeptierung des Kontrollratsbeschlusses mußten die Westmächte auch ihre anfänglichen Einwände, Umsiedler in größerem Umfang in ihre Zonen hineinzulassen, aufgeben, so daß sich die Lage in der sowjetischen Besatzungszone durch das teilweise Abwandern der Umsiedler nach Westen, vor allem in die britische Besatzungszone[25], vorübergehend etwas entspannte.[26]

Der Zeitraum, in dem die Unterkunft im Prinzip das einzige Kriterium für die Ansiedlung war und in dem es faktisch noch keine zentrale Lenkung des Umsiedlerstromes gab, ging im Dezember 1945 zu Ende. Die Volkszählung vom Dezember hat die im zweiten Halbjahr 1945 spontan entstandene, von Land zu Land (und auch von Kreis zu Kreis) so unterschiedliche Verteilung der Umsiedler festgehalten (vgl. Tab. 2).

19 Zentrales Gewerkschaftsarchiv (ZGA), Nr. 2986.
20 Tschesnow, S. 14; Lange, S. 81; Ediger, Franz, Das Umsiedlerproblem, Berlin 1948, S. 3.
21 Merker, Paul, Die nächsten Schritte zur Lösung des Umsiedlerproblems, o. O. o. J., S. 21.
22 Vgl. Abschnitt II und IX der Proklamation (Polen, Deutschland und die Oder-Neiße-Grenze. Dokumentation zur Zeitgeschichte, hg. v. Rudi Goguel, Berlin 1959, S. 402 f.).
23 Es handelte sich um etwa 150 000 Personen, die vor 1938 im Deutschen Reich gelebt hatten. (Vgl. ebenda, S. 403).
24 Ebenda, S. 403 ff.
25 Ebenda, S. 405 ff.
26 In Mecklenburg sank die Zahl der Umsiedler von 1,4 Mill. im November auf 631 000 im Dezember. Sie stieg dann in der Folgezeit wieder auf 1 Mill. (vgl. ZGA, Nr. 2985, 2986).

Tabelle 2

Verteilung der Umsiedler auf die Länder der sowjetischen Besatzungszone 1945 bis 1949

Länder	Umsiedler Dezember 1945 in 1 000	in % aller Umsiedler	in % der Wohnbevölkerung	August 1946 in 1 000	Zu- bzw. Abnahme in 1 000	in % aller Umsiedler	in % der Wohnbevölkerung	März 1949 in 1 000	Zu- bzw. Abnahme in 1 000	in % aller Umsiedler	in % der Wohnbevölkerung
Sachsen	439	17,7	9,2	545	+106	16,4	10,1	989	+444	22,3	17,1
Thüringen	425	17,1	17,1	549	+124	16,5	19,2	681	+132	15,3	23,0
Mecklenburg	631	25,4	36,6	851	+220	25,5	41,7	987	+136	22,2	46,5
Sachsen-Anhalt	581	23,4	16,7	766	+185	23,0	19,0	1 062	+296	23,9	24,8
Brandenburg	406	16,4	19,5	619	+213	18,6	24,9	723	+104	16,3	27,4
Insgesamt	2 482	100	17,1	3 330	+848	100	19,8	4 442	+1 112	100	25,0

Quelle:
Zentrales Gewerkschaftsarchiv, Nr. 2985; Die Volkszählung vom 1. Dezember 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone, Berlin 1946.

In seinem Referat auf der ersten Wirtschaftskonferenz der KPD nach dem Krieg Ende Dezember 1945/Anfang Januar 1946 versicherte Bruno Leuschner "den nach Millionen zählenden Umsiedlern", daß sich die KPD die Aufgabe gestellt habe, "sie wieder in Arbeit und Brot zu bringen" (VII, S. 12). "Ein wesentlicher Faktor", erklärte er, "sind die nach Millionen zählenden Umsiedler und die Kriegsinvaliden, für die geeignete Arbeitsplätze gefunden werden müssen". (VII, S. 24)

Anfang 1946 begann eine zweite Etappe der Lenkung des Umsiedlerstromes, in der die übermäßige Konzentration von Umsiedlern, die ihre Integration in die soziale und ökonomische Umgebung ausschloß, aufzulösen war. So lebten z. B. im Dezember 1945 allein im Landkreis Schwerin (Mecklenburg) 60 000 Umsiedler neben 30 000 Alteingesessenen. Bis Oktober 1946 konnte durch Umlenkung auf weniger mit Neubürgern belegte Kreise Mecklenburgs deren Zahl auf 39 500 verringert werden. Darüber hinaus bemühten sich die Verwaltungen, die auch noch 1946 in beträchtlicher Zahl über die Grenze kommenden Umsiedler (vgl. Tab. 3) gleichmäßiger auf die Länder zu verteilen.

T a b e l l e 3

Anzahl der Umsiedler in der sowjetischen Besatzungszone 1945 bis 1949

Zeitpunkt	Umsiedler in 1 000	Veränderung in 1 000	in % der Wohnbevölkerung
Dezember 1945	2 482	.	17,1
August 1946	3 330	+848	19,8
Oktober 1946	3 746	+416	21,7
Januar 1947	4 093	+347	23,6
April 1947	4 186	+92	23,8
Oktober 1947	4 293	+107	24,2
Dezember 1947	4 432	+139	24,7
Juni 1948	4 348	-84	24,3
Dezember 1948	4 338	-10	24,3
März 1949	4 442	+104	25,0

Quelle:
Zentrales Gewerkschaftsarchiv, Nr. 2985; Die Volkszählung vom 1. Dezember 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone, Berlin 1946.

Entscheidendes Kriterium für die Unterbringung der Umsiedler wurde nunmehr, wie Michael Tschesnow, Vizepräsident der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, Anfang 1946 erklärte, "die arbeitswilligen Umsiedler planvoll und sinnvoll in die Wirtschaft einzubauen, ihren Berufen und den Bedürfnissen der Wirtschaft entsprechend"[27]. Anfänglich wurden angesichts der bombenzerstörten Industriestädte und der schwierigen Ernährungslage darunter vor allem die Bedürfnisse der Landwirtschaft verstanden. Zunächst wurden die stärker agrarischen Länder im Norden der sowjetischen Besatzungszone, vor allem Mecklenburg, für die planmäßige Ansiedlung der Umsiedler vorgesehen. Sehr bald zeigte sich jedoch die begrenzte Aufnahmefähigkeit der rein agrarischen Gebiete sowohl hinsichtlich der Arbeitsplätze als auch des Wohnraums.[28] Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler machte es sich nun zum Prinzip,

27 Tschesnow, S. 15.
28 Vgl. Schultze, Joachim H., Die Verteilung der Neubürger in Thüringen nach geographisch-raumordnerischen Gesichtspunkten, in: Raumforschung und Raumordnung, 1/1948, S. 22; Ediger, S. 3.

"die einzelnen Dörfer auf die Dauer nicht stärker mit Umsiedlern zu belegen, als Landarbeiter, Bauarbeiter, Handwerker und sonstige Arbeitskräfte tatsächlich benötigt werden".[29] Sie begann, die Umsiedler mehr in den Industriegebieten Sachsen-Anhalts, Sachsens und Thüringens anzusiedeln (vgl. Tab. 2). Für das stark zerstörte Berlin blieb allerdings der Befehl des sowjetischen Stadtkommandanten vom Juli 1945, der die Ansiedlung von Umsiedlern verbot, weiterhin bestehen.[30]

Entsprechend der neuen Konzeption kamen Bergarbeiter und Textilarbeiter aus Mecklenburg und Brandenburg nach Sachsen und Thüringen zur Unterstützung der Textilindustrie bzw. zur Eröffnung des Uranerzbergbaus. Insgesamt vollzog sich dieser Lenkungsprozeß jedoch stärker über die Ansiedlung von Neuankömmlingen als durch eine "zweite Umsiedlung". Im Jahre 1947 waren bereits mehr Umsiedler in der Industrie als in der Landwirtschaft beschäftigt, wenn der Anteil der in der Industrie Beschäftigten auch deutlich unter dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung lag.[31]

Eine wesentliche ideologische Aufgabe für die Partei bestand darin, Stimmungen der alteingesessenen Bevölkerung gegen die Umsiedler auf den Grund zu gehen und auf politische und ideologische Gefahren hinzuweisen, die dort heraufbeschworen wurden, wo sich Alteingesessene z. T. aus wirtschaftlichen Motiven den Sorgen und Nöten der Umsiedler verschlossen. Da sich die allgemeinen Wohnungs- und Ernährungsprobleme durch die Umsiedler noch verschärften, nahm die ansässige Bevölkerung sie nur widerwillig auf.[32] Von den alteingesessenen Gewerbetreibenden wurden die Umsiedler teilweise als unerwünschte Konkurrenz betrachtet.[33]

Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, die davon ausging, daß die Umsiedler "weder als eine besondere Klasse noch als besonderer Stand angesehen werden dürfen"[34], trat für "die Aufnahme der Umsiedler in die bestehenden handwerklichen Genossenschaften ... oder die Bildung solcher Genossenschaften durch die Umsiedler selbst in Gemeinschaft mit alteingesessenen Handwerkern"[35] ein. Neben wirtschaftlichen Motiven gab es andere, die den Integrationsprozeß trotz einer grundsätzlich klaren Linie der SED, der Zentralverwaltungen und der Landesregierungen hemmten. Dazu erklärte Paul Merker, Präsident der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler: "Der unterschiedliche Dialekt, die Zugehörigkeit zu einer anderen Konfession, die Tatsache, daß sie vorübergehend auf die Hilfe und Unterstützung der Alteingesessenen angewiesen sind, die sich ihrerseits oftmals durch die Zuwanderer in ihren Lebensgewohnheiten eingeengt fühlen, erschweren natürlich die Assimilierung der Umsiedler."[36]

29 Merker, Die nächsten Schritte ..., S. 15.
30 Der Anteil der Umsiedler an der Einwohnerschaft betrug in Berlin im Oktober 1946 lediglich 1,3 %. Im sowjetisch besetzten Sektor von Berlin lebten nur 0,9 % aller Umsiedler des späteren Territoriums der DDR (vgl. Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in den vier Besatzungszonen, Berlin o. J., S. 25). Es handelte sich im wesentlichen um Menschen, die vor Verkündung des Befehls, z. T. noch vor Kriegsende, nach Berlin gelangt waren (Berliner Stadtarchiv, Rep. 106, Nr. 429).
31 Lange, S. 82; Merker, Die nächsten Schritte ..., S. 15.
32 Tschesnow, S. 16; Lange, S. 82; Aus der Arbeit des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes ..., S. 277; Merker, Die nächsten Schritte ..., S. 8, 15 f.
33 Ediger, S. 5, 13; Merker, Die nächsten Schritte ..., S. 16.
34 Merker, Die nächsten Schritte ..., S. 37.
35 Ebenda, S. 17.
36 Ebenda, S. 8.

Die örtlichen Behörden, die die Integration der Umsiedler unmittelbar zu leiten hatten, konnten sich vielfach von egoistischen Haltungen mancher Alteingesessenen nicht frei machen. Sie unternahmen nicht immer alles, um die Umsiedler bezüglich Arbeit, Wohnung und Versorgung der übrigen Bevölkerung gleichzustellen.[37] Dagegen halfen zentrale Kontrollen.[38] Wirksamer aber war Überzeugungsarbeit an Ort und Stelle, z. B. durch den Bürgermeister, mit dem Ziel, ein Vertrauensverhältnis zwischen Alt- und Neubürgern zu schaffen.

Wenn es um die Integration der Umsiedler ging, beschäftigten sich auch leitende Gremien der Partei der Arbeiterklasse mit Detailfragen, wie Wohnungen, Hausrat und Möblierung für die Neubürger. So faßte 1946 das Zentralsekretariat der SED einen Beschluß, in dem es sich gegen die leihweise Überlassung von Möbeln und Hausrat durch Alteingesessene an Umsiedler wandte und sich für den Verkauf bzw. die vorbehaltlose Übereignung durch Zuweisung an die Bedürftigen aussprach. Zur Begründung dieses Beschlusses erklärte Paul Merker: "Die leihweise Überlassung von Möbeln und Hausrat an Umsiedler überbrückt zwar einen momentanen Notstand, fördert jedoch nicht den im Interesse der Umsiedler notwendigen Prozeß der tatsächlichen Wiederseßhaftwerdung. Differenzen und Reibereien zwischen Eigentümern und Benutzern der Gegenstände lassen sich nicht vermeiden und fördern nicht das Zusammenleben zwischen Umsiedlern und Altansässigen."[39]

Engherzigkeit und Abneigung eines Teils der Alteingesessenen gegenüber den Umsiedlern standen Hilfsbereitschaft und Solidarität vieler anderer gegenüber. Spenden und Sammelaktionen bewirkten eine gewisse Umverteilung von Möbeln und Hausrat zugunsten der Neubürger, die in der Regel nur mit Handgepäck ankamen. Solange die Produktion von Möbeln und Hausrat noch nicht in größerem Maßstab angelaufen war, bleiben Sammelaktionen und z. T. der Verkauf der Hauptweg zur Versorgung der Umsiedler mit den notwendigsten Gebrauchsgegenständen.

Wie die Bemühungen um die Erleichterung der Lebensbedingungen und die Integration der Umsiedler von den Neubürgern selbst aufgenommen wurden, darüber gaben die Wahlen vom Herbst 1946 Auskunft. Im September und Oktober 1946 wurden in der sowjetischen Besatzungszone die parlamentarischen Körperschaften in den Gemeinden, Städten, Kreisen und Ländern demokratisch gewählt. Die SED forderte in einem Aufruf alle Umsiedler und Neubauern auf, zu den Ergebnissen der Arbeit der Partei mit ihrer Stimmabgabe Stellung zu nehmen.[40] Sie trat gleichzeitig kompromißlos für die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Linie ein.[41] Da etwa jeder fünfte Wähler Umsiedler war, übten die Neubürger maßgeblichen Einfluß auf das Wahlergebnis aus. Die SED erhielt bei den Wahlen in den Gemeinden, wo sich ihre Politik gegenüber den Umsiedlern am anschaulichsten durchsetzte, von den über 9 Mill. gültigen Stimmen mehr als 5 Mill. bzw. 58.5 %. Sie stellte 76.2 % der gewählten Gemeindevertreter (vgl. IV, S. 134) Besonders honorierten die Wähler die Bodenreform, in de-

37 Vgl. Ulbricht, Walter, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. 3: 1946 - 1950, Berlin 1960, S. 363; Ediger, S. 9; Merker, Die nächsten Schritte ..., S. 28, 32.

38 Aus der Arbeit des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes ..., S. 277. - Zum Beispiel nahm die Ankündigung seines Auftretens auf die Herkunft des Landrates direkt Bezug (vgl. das Faksimile der Ankündigung seines Auftretens vor Umsiedlern in Bad Lausick; II, S. 66).

39 Merker, Die nächsten Schritte ..., S. 29.

40 Vgl. Aufruf an alle Neubauern und Umsiedler, in: Dokumente der SED. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralsekretariats und des Parteivorstandes, Bd. 1, Berlin 1951, S. 106 ff.

41 Ebenda, S. 98 f.

ren Ergebnis fast die Hälfte der neugegründeten Bauernwirtschaften an Umsiedler vergeben worden waren. In Mecklenburg z. B., dem Land mit dem höchsten Umsiedleranteil in der sowjetischen Besatzungszone, wo fast jeder zweite Neubürger war,[42] lag der Anteil der Stimmen für die SED bei den Landtagswahlen mit 59,5 % über dem Durchschnitt der Besatzungszone insgesamt,[43] in den Landkreisen sogar bei 75,2 %. In ausgesprochenen Neubauerndörfern betrug der Stimmenanteil für die SED teilweise 90 % (VIII, S. 101).

Die Wahlen waren ein großer politischer Erfolg für die SED und eine Anerkennung insbesondere für ihre Politik der Unterstützung und Integration der Umsiedler. Die 1945 und auch noch im ersten Halbjahr 1946 durchaus reale Gefahr, daß die mehr als 3 1/2 Mill. Umsiedler in der sowjetischen Besatzungszone eine Reserve für restaurative oder sogar konterrevolutionäre Kräfte bilden würden, war gebannt. Die Politik der Integration war von der Mehrheit der Umsiedler akzeptiert worden. Die Fortführung dieser Politik garantierte, daß die Umsiedler, deren Zahl auch in den nächsten Jahren noch zunahm (vgl. Tab. 3), immer stärker in den demokratischen Neuaufbau einbezogen werden konnten.

Das Jahr 1947 brachte zwar noch nicht, wie von der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler zunächst erwartet,[44] das Ende der Umsiedlungsaktion, aber doch eine beträchtliche Verringerung der Anzahl der Zuwanderer (vgl. Tab. 3). Umsiedler kamen noch aus Polen, der Sowjetunion und den südosteuropäischen Staaten, wodurch sich der Anteil der Neubürger aus der ČSR deutlich verringerte (vgl. Tab. 4).

T a b e l l e 4

Herkunft der Umsiedler in der sowjetischen Besatzungszone und speziell in Mecklenburg 1946 bis 1948
(in % aller Umsiedler)

Jetziges Wohngebiet	Ende 1946 Herkunftsland			31. 12. 1947 Herkunftsland			31. 12. 1948 Herkunftsland		
	Polen	ČSR	andere Staaten+	Polen	ČSR	andere Staaten+	Polen	ČSR	andere Staaten+
Sowjetische Besatzungszone	66,1	27,7	6,2	72,7	20,4	6,9	76,1	15,9	8,0
Mecklenburg	75,6	17,1	7,2	76,5	16,6	6,9	70,4	20,0	9,6

+ Sowjetunion, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien u. a.

Quelle:
Zentrales Gewerkschaftsarchiv, Nr. 2985.

Die Tab. 4 läßt am Beispiel Mecklenburgs erkennen, daß das spontane Moment der Ansiedlung immer mehr zurückging. Der zunächst deutlich überdurchschnittliche Anteil der Umsiedler aus Polen (im August 1946 hatte er noch bei

42 Vgl. ZGA, Nr. 2986.
43 Vom Werden unseres Staates. Eine Chronik, Bd. 1: 1945 - 1949, Berlin 1966, S. 329.
44 Lange, S. 81.

83,6 % gelegen[45]) ist darauf zurückzuführen, daß Umsiedler besonders aus dem benachbarten Pommern eingeströmt waren und sich im grenznahen Gebiet niederließen, da sie, wie bereits erwähnt, anfangs die Illusion von einer baldigen Rückkehr hegten.[46] Bis Ende 1948 hatte sich die Herkunftsstruktur durch die Ansiedlung von Umsiedlern aus der ČSR und Südosteuropa wesentlich geändert.

Im Jahre 1948 war die Zahl der Umsiedler leicht rückläufig. Die Zugänge konnten die Abgänge, die durch den (für die gesamte Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone bestehenden) Sterbeüberschuß bzw. durch das "Weiterwandern" in die westlichen Besatzungszonen entstanden, nicht kompensieren. Von 1947 an, vor allem aber ab 1948 und 1949 wurde der Zugang an Umsiedlern wesentlich durch die Heimkehr von Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion, Polen und der ČSR bestimmt, die, sowie sie jenseits von Oder, Neiße und Erzgebirge geboren waren, nunmehr zu den Umsiedlern zählten.[47] Die günstigere regionale Verteilung der Arbeitskräfte trug wesentlich zur beschleunigten Eingliederung der Umsiedler in den Produktionsprozeß bei (vgl. Tab. 5 auf der folgenden Seite).

Die Umsiedler hat die Zunahme der Arbeitsuchenden nicht stärker als andere Bevölkerungsgruppen getroffen. Sie waren keineswegs die ersten, die ihren Arbeitsplatz verloren. Wenn man berücksichtigt, daß die Neubürger durch einen höheren Frauenanteil[48] sowie einen überproportionalen Anteil an den besonders vom Beschäftigungsrückgang betroffenen Gruppen der Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft und der häuslichen Dienste[49] (vgl. Tab. 6) gegenüber den Alteingesessenen strukturell benachteiligt waren, dann läßt sich kaum ein besserer Beweis für die Integration der Umsiedler in den Arbeitsprozeß als die Beibehaltung ihres proportionalen Anteiles an der Gesamtzahl der Arbeitsuchenden finden. Über die Beschäftigungsstruktur der Umsiedler im Vergleich zur Gesamtbevölkerung gibt Tab. 6 Auskunft.

T a b e l l e 6

Umsiedler und Gesamtbevölkerung nach Beschäftigtengruppen in der sowjetischen Besatzungszone und speziell in Mecklenburg August 1947 (in %)

Beschäftigtengruppe	Sowjetische Besatzungszone			Mecklenburg		
	Gesamtbevölkerung (1)	Umsiedler (2)	(1 : 2)	Gesamtbevölkerung (1)	Umsiedler (2)	(1 : 2)
Unselbständige Beschäftigte	76,7	87,2	1,14	66,3	77,1	1,16
Selbständige	23,3	1,8	0,55	33,7	22,9	0.68
davon: Landwirte	13,3	9,4	0,71	25,4	18,9	0.74
Freie Berufe	0,8	0,4	0,50	0,8	0,4	0,50
Gewerbetreibende	4,5	1,1	0,24	3,2	1,2	0,38
Handwerker	4,7	1,9	0,40	4,3	2,4	0,56

Quelle:
Zentrales Gewerkschaftsarchiv, Nr. 2985.

45 ZGA, Nr. 2986.
46 Vgl. Volks- und Berufszählung ...

Tabelle 5

Einbeziehung der Umsiedler in den Arbeitsprozeß 1946 bis 1949

	Ende 1946	Febr. 1947	Aug. 1947	Okt. 1947	Dez. 1947	März 1948	Juni 1948	Sept. 1948	Dez. 1948	März 1949
Arbeitsfähige Umsiedler in % aller Umsiedler	.	41,8	46,7	47,6	48,2	48,7	49,1	49,9	49,5	47,8
In Arbeit stehende, in % der arbeitsfähigen Umsiedler	ca. 60*	.	75,3	74,0	72,7	70,7	71,4	70,7	69,2	66,1
Arbeitsuchende** in 1 000	.	112	38	41	48	57	37	47	72	127
Arbeitsuchende in % der Arbeitsfähigen	.	.	1,9	2,0	2,3	2,7	1,7	2,2	3,4	5,9
Arbeitsuchende in % aller Arbeitssuchenden	.	49,7	37,5	38,0	39,4	41,5	34,9	29,9	34,4	32,5

* Männer 90 %, Frauen 40 %.
** Vollarbeitslose und erwerbsbeschränkte Arbeitslose.

Quelle:
Zentrales Gewerkschaftsarchiv, Nr. 2985; Vom Werden unseres Staates. Eine Chronik, Bd. 1: 1945 - 1949, Berlin 1966, S. 99; Barthel, Horst, Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR. Zur Wirtschaftsentwicklung auf dem Gebiet der DDR 1945 - 1949/50, Berlin 1979, S. 53.

Der 1948/49 nachlassende Zustrom der Umsiedler erlaubte es, ihre Betreuung zunehmend im Rahmen der üblichen Verwaltungsstruktur bzw. durch die demokratischen Parteien und Massenorganisationen fortzuführen. Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler konnte aus diesem Grunde 1949 aufgelöst werden.[50] Die Arbeit der Umsiedlerausschüsse wurde im Mai 1949 von den Massenorganisationen, insbesondere dem FDGB und der Volkssolidarität, übernommen.[51] Die letzten Umsiedler kamen im Jahre 1950 nach Verhandlungen mit polnischen Regierungsstellen in die DDR. Hauptsächlich handelte es sich dabei um die Zusammenführung von durch die Kriegsereignisse getrennten Familien.[52] Diese Verhandlungen standen in engem Zusammenhang mit der am 6. Juli 1950 von der DDR und Volkspolen unterzeichneten gemeinsamen Deklaration über die Markierung der Oder-Neiße-Friedensgrenze, die den Grenzverlauf zwischen beiden Staaten endgültig regelte. In der Deklaration manifestierte sich der Wille des im Oktober 1949 gegründeten ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates auf deutschem Boden, mit seinen östlichen Nachbarn in Frieden und Freundschaft zusammenzuleben.[53]

Die wirtschaftliche und die soziale Integration der Neubürger, die 1947 nach Einschätzung der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler "noch nicht so fortgeschritten (war), wie es sein könnte",[54] beschleunigte sich unter den Bedingungen des Wirtschaftsaufschwungs, den die DDR während des Zweijahrplanes nahm (vgl. VI, S. 232 ff.; VII, S. 92 ff.), beträchtlich. Bereits im letzten Jahr des Zweijahrplanes konnte der FDGB feststellen, "daß die Mehrzahl der Umgesiedelten in der DDR seßhaft geworden ist und eine neue Heimat gefunden hat".[55] Die Tendenz der Wanderung der Umsiedler vom flachen Land in die Städte, vor allem zu den im Zweijahrplan und dann im ersten Fünfjahrplan (1951 bis 1955) entstandenen neuen Industriezentren setzte sich gleichzeitig weiter fort. Einige dieser Vorhaben, wie der Aufbau der Schiffswerften an der Ostseeküste[56], des Eisenhüttenkombinates Ost an der Oder oder der Großkokerei Lauchhammer, lagen in den Umsiedler-Schwerpunktgebieten Mecklenburg und Brandenburg.[57] Aber auch in die Aufbauzentren des

47 Aus der Arbeit des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes ..., S. 278 f.
48 ZGA, Nr. 2985.
49 Barthel, S. 61.
50 Merker, Die Deutschen Zentralverwaltungen ..., Anhang, S. 17 f.; Vom Werden unseres Staates, Bd. 1, S. 98. - Die Auflösung entsprach den Intentionen der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, die ihre Zuständigkeit nur für befristet ansah. Bereits zwei Jahre zuvor hatte Paul Merker angekündigt: "Sind sie (die Umsiedler - J. R.) über den Zustand der Hilfsbedürftigkeit hinweg, sind sie eingebürgert, in ständiger Wohnung und Arbeit oder Versorgung, dann sollten sie auch aus den Umsiedlerstatistiken gestrichen werden." (Merker, Die nächsten Schritte ..., S. 13).
51 Aus der Arbeit des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes ..., S. 276; Merker, Die nächsten Schritte ..., S. 30.
52 Aus der Arbeit des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes ..., S. 277.
53 Vgl. Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1981, S. 122; vgl. auch die 1949 von der SED herausgegebene Broschüre Die Grundlagen der deutsch-polnischen Freundschaft, auszugsweise zit. in: Deutschland, Polen und die Oder-Neiße-Grenze, S. 554 f.
54 Merker, Die nächsten Schritte ..., S. 8.
55 Aus der Arbeit des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes ..., S. 275.
56 Vgl. ZGA, Nr. 11/554/2102.
57 Černy, Jochen, Die Herausbildung sozialistischer Kollektive und Arbeiterpersönlichkeiten beim Aufbau des Eisenhüttenkombinats Ost (EKO) 1950 - 1952, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 17, Berlin 1977, S. 430 f.

Südens zog es die Umsiedler,[58] die während der 50er Jahre endgültig mit den Alteingesessenen verschmolzen.

58 Hübner, Peter, Zu den Auswirkungen des Auf- und Ausbaus von Industriekapazitäten in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus auf die soziale Struktur der Arbeiterklasse in der DDR, in: Die DDR in der Übergangsperiode, Berlin 1979, S. 200 f.

Eine Untersuchung über das tschechische Proletariat von 1945 bis 1948

Ondřej Felcman, Český proletariát v boji za vítězství socialistické revoluce 1945 - 1948

Academia, Praha 1984, 248 S.

von Jaroslav Mlýnský

Die vorliegende Publikation von Ondřej Felcman zur Problematik der führenden Rolle der Arbeiterklasse in der sozialistischen Revolution gehört zu den ersten tschechoslowakischen Forschungsergebnissen auf diesem Gebiet.

Felcman beschäftigte sich in seiner Untersuchung mit der Arbeiterklasse in der Epoche der nationalen und demokratischen Revolution sowie ihres Übergangs zur sozialistischen Revolution. Dabei konzentrierte er sich auf die böhmischen Länder, und zwar aufgrund der beträchtlichen historischen Entwicklungsunterschiede, die zwischen dem tschechischen und dem slowakischen Proletariat bestanden.

In dem Buch werden die Veränderungen in der Sozialstruktur der Arbeiterklasse in jenen ökonomischen, sozialen und politischen Zusammenhängen analysiert, die für die Formung der neuen volksdemokratischen Gesellschaft von Bedeutung waren. Der Autor knüpft an die bisherigen Forschungsergebnisse an und trägt dazu bei, die Arbeiterklasse der böhmischen Länder nicht allein als Subjekt, sondern auch als Objekt der Revolution zu erkennen, und zwar vor allem durch eine Analyse ihrer konkreten historischen Form, ihrer inneren Zusammensetzung, ihrer sozialen Verhältnisse, der Struktur ihrer Organisiertheit und des Grades ihres Klassenbewußtseins. Gerade die Tatsache der ökonomisch relativ entwickelten Gesellschaft in der Tschechoslowakei und in den böhmischen Ländern bedeutete eine stark strukturierte Gesellschaft auf einer hohen Stufe politischer Organisiertheit. Die nationale und demokratische Revolution wurde nicht nur durch den Linksruck im Denken, sondern auch durch den bürgerlichen Nationalismus, durch kleinbürgerliche und reformistische Illusionen zahlreicher antifaschistischer Persönlichkeiten aus der Bourgeoisie beeinflußt. In seiner Arbeit legt Felcman überzeugend dar, wie in einer komplizierten Situation die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei mit ihrer Politik die Bewußtseinsbildung des Proletariats und der übrigen Werktätigen bei der Erfüllung der revolutionären Aufgaben vertiefte und das Proletariat durch seinen revolutionären Elan bei der Verteidigung seiner Klasseninteressen der KPČ Impulse für die Weiterentwicklung der Revolution gab. In diesem Sinne bringt das Buch neue Tatsachen und auch Verallgemeinerungen.

Der Autor teilte seine Arbeit in sieben Kapitel ein. Im 1. Kapitel charakterisiert er die politische Gesamtsituation in den böhmischen Ländern während der Schlußphase des Krieges und der ersten Monate nach der Befreiung, wobei er sich auf das politische Kräfteverhältnis konzentriert. Grundlegende Fragen dieses Zeitraums werden behandelt: die Durchsetzung der Hegemonie der Arbeiterklasse im nationalen Befreiungskampf sowie die Verdrängung der Bourgeoisie aus ihren Machtpositionen in der kurzen Zeitspanne von wenigen Jahren. Der Autor verzeichnet im Ergebnis der Niederwerfung des Faschis-

mus einen allgemeinen Linksruck im gesellschaftlichen Denken und stellt heraus, daß die Arbeiterklasse mit ihrer politischen Repräsentanz, der kommunistischen Partei, zum anerkannten integralen Bestandteil der Nation wurde. Er zeigt, daß sich nach Erreichen des gemeinsamen Zieles des kommunistischen und des bürgerlichen Widerstandskampfes nach und nach die Differenzen vertieften und die Dynamik der weiteren Entwicklung bestimmten. Zugleich untersucht er die konkreten Positionen, die die Arbeiterklasse in den einzelnen Bereichen der machtpolitischen Sphäre einnahm. Das methodologische Problem, inwieweit man diese Positionen für eine Situation festlegen kann, in der über die soziale Zusammensetzung keine einschlägigen Daten geführt wurden und nicht verfügbar sind, löst der Autor dahingehend, daß er ein Gleichheitszeichen zwischen der Arbeiterklasse und ihrer politischen Vertretung, der kommunistischen Partei, setzt. Dabei ist er sich der allgemein gültigen Zusammenhänge in der Beziehung zwischen Klasse und Partei, aber auch dessen bewußt, daß dies in bestimmten Sphären nicht absolut gilt.

Umfangreichster Teil der Publikation ist das 2. Kapitel, in dem die Rolle der Arbeiterklasse bei der Erneuerung des Wirtschaftslebens nach dem Krieg, ihr Kampf um die Verstaatlichung und ihre Bemühungen um die Festigung des staatlichen Sektors der Wirtschaft behandelt werden. Der Autor weist nach, wie die Positionen der Arbeiterklasse immer nachhaltiger bei der Lenkung, Organisation und Kontrolle der Produktion vor allem über die Gewerkschaftskomponente und die Betriebsräte zum Durchbruch gelangten, wie sich im Kampf um die Verstaatlichung der Kampf zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie widerspiegelte, wie die Bourgeoisie faktisch aus der Entscheidungssphäre in der Ökonomik verdrängt wurde. Die Abhandlung erfaßt die sozialökonomischen Wandlungen, die zu Änderungen in der Einstellung der Arbeiterklasse zur Arbeit führten und ihr Klassenbewußtsein vertieften.

Im 3. Kapitel mit der Überschrift "Die Nachkriegsgesellschaft und die Arbeiterklasse" behandelt Felcman die Stellung der Arbeiterklasse innerhalb der Gesellschaftsstruktur. Die nationale und demokratische Revolution in der Tschechoslowakei ging über die Grenzen des Kapitalismus hinaus, denn die revolutionären Veränderungen untergruben die existierenden gesellschaftlichen Beziehungen und Bindungen, hoben die gesellschaftliche Bedeutung der Arbeiterklasse und stärkten ihren Einfluß auf die Lenkung der Gesellschaft. Nachhaltig wirkte hier vor allem die Verstaatlichung, die durch die Schaffung von Grundlagen zur Gestaltung neuer Produktionsbeziehungen die neue Stellung der Arbeiterklasse beeinflußte. Der Autor befaßt sich dabei mit der Frage, wer nach den damaligen Statistiken in die Kategorie der Arbeiterklasse einzureihen ist, und verweist auf die sich aus der unklaren Grenze zwischen Handwerks- und Fabrikunternehmen ergebenden Probleme.

Im 4. Kapitel "Wandlungen in der Zusammensetzung der Arbeiterklasse in den Jahren 1945 - 1948" widmet der Autor seine Aufmerksamkeit dem quantitativen Anwachsen der Arbeiterklasse, wobei er nachweist, daß bei der Erfüllung der historischen Aufgabe der Arbeiterklasse nicht die zahlenmäßige Stärke, sondern vor allem ihre Organisiertheit, ihr Klassenbewußtsein und ihr Bündnis mit den übrigen Schichten der Werktätigen entscheidend sind. Er behandelt eingehend die Industriearbeiter, die Veränderungen in ihrer Branchenstruktur, die Annäherung der Landbevölkerung an die Stadt durch Vermittlung der Nebenerwerbsbauern sowie die Quellen, aus denen die verstaatlichte Industrie neue Arbeitskräfte bezog. Zugleich stellt er Erwägungen darüber an, welchen Einfluß diese Verschiebungen auf den Grad des politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse als Gesamtheit hatten. Interessant ist die Feststellung, daß der Rückgang der Landarbeiter auf dem Lande infolge der Durchführung der Bodenreform zugleich deren geringe politische Aktivität im Kampf um den Einfluß der Arbeiterklasse auf dem Lande im Laufe des Jahres 1947 zeigte. Der Autor weist nach, daß die Industriearbeiter den klassenbewußtesten und bestorganisierten Teil der Arbeiterklasse repräsentierten.

Das 5. Kapitel behandelt den Kampf der Arbeiterklasse gegen die reaktionären Kräfte, die ihre Angriffe auf die verstaatlichten Unternehmen und auf die Beschlagnahmungen richteten. Der Autor zeigt dies an einer Reihe konkreter Beispiele und hebt dabei die Rolle der Gewerkschaftsorganisationen als größte Massenorganisation der Arbeiterklasse hervor. Er erörtert die Entfaltung der Arbeitsinitiative in den Betrieben zur Erfüllung der Aufgaben des Zweijahrplanes ebenso wie zur Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Im 6. Kapitel mit der Überschrift "Die Veränderungen in der sozialen Stellung der Arbeiter in den Jahren 1945 - 1948" wird auf Veränderungen im sozialen Bereich eingegangen. Es handelte sich einerseits um die Überwindung sozialer Relikte der bürgerlichen Vergangenheit, andererseits um die beschränkten Möglichkeiten der volksdemokratischen Ordnung, in ausreichendem Maße den Forderungen der Werktätigen sofort nachzukommen. Aufgrund einer Untersuchung der Lebensbedürfnisse der Arbeiterklasse - der Konsequenzen der Preispolitik, des Lohnniveaus, der Wohnungsfrage usw. - wird die zielstrebige Sozialpolitik der kommunistischen Partei gezeigt, die zu einer etappenweisen Beseitigung ungerechter sozialer Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen der Werktätigen führte. In diesem Kapitel werden die Preispolitik der KPČ in bezug auf die soziale Stellung der Arbeiterschaft erläutert und unbekannte Zusammenhänge zwischen den Privatgewinnen und dem Lebensniveau der Arbeiterklasse aufgedeckt.

Das letzte Kapitel gilt der Rolle der Arbeiterklasse im politischen Kampf während des Jahres 1947 bis zum Februar 1948. Der Autor verfolgt das zahlenmäßige Anwachsen der KPČ sowie die Festigung der Positionen der Kommunisten in den Betrieben durch die Parteiorganisationen, Gewerkschaften, Betriebsräte und Produktionsausschüsse, volkswirtschaftliche Kommissionen u. ä. Er verfolgt auch die Tätigkeit der sozialdemokratischen und der sozialistischen Organisationen in den Betrieben und analysiert die anteilmäßige Mitgliederstärke unter den Arbeitern.

Der Schlußteil der Publikation mit dem Titel "Die Arbeiterklasse und die Februartage des Jahres 1948" enthält eine Zusammenfassung der behandelten Problematik. Es wird festgestellt, daß alle Veränderungen in der Arbeiterklasse die Folge der ständigen Vertiefung ihres Klassenbewußtseins sowie der Erhöhung ihrer Organisiertheit und Aktionsfähigkeit waren. Ebenso war die Festigung der revolutionären Einheit der Arbeiterklasse das Ergebnis des unermüdlichen ideologisch-politischen Wirkens der kommunistischen Partei und der Tätigkeit der revolutionären Gewerkschaften.

In seiner Gesamtheit ist das Buch Felcmans ein wichtiger Beitrag der marxistischen Historiographie zur Rolle der Arbeiterklasse in der sozialistischen Revolution in der Tschechoslowakei.

Quelleneditionen zur Bankgeschichte

Office of Military Government for Germany, United States, Finance Division - Financial Investigation Section, O.M.G.U.S., Ermittlungen gegen die Deutsche Bank - 1946/47 -, übers. u. bearb. v. d. Dokumentationsstelle zur NS-Politik Hamburg = Sonderband der Anderen Bibliothek, hg. v. Hans Magnus Enzensberger (im folgenden: I)

GRENO Verlagsgesellschaft m. b. H., Nördlingen 1985, 541 S.

Office of Military Government for Germany, United States, Finance Division - Financial Investigation Section, O.M.G.U.S., Ermittlungen gegen die Dresdner Bank - 1946 -, bearb. v. der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, übers. v. Ulrike Bischoff = Sonderband der Anderen Bibliothek, hg. v. Hans Magnus Enzensberger (im folgenden: II)

GRENO Verlagsgesellschaft m. b. H., Nördlingen 1986, CXXXIV u. 354 S.

von Karin Lehmann

Die in den beiden Bänden wiedergegebenen Berichte von amerikanischen Untersuchungsgruppen sind Zeitdokumente im doppelten Sinne. Sie enthalten Fakten und Wertungen über die Tätigkeit der beiden kapitalkräftigsten Geschäftsbanken während der faschistischen Diktatur und erinnern zugleich an ein Kapitel aus der Geschichte der Antihitlerkoalition. Sie wurden vor mehr als vier Jahrzehnten verfaßt.[1] Damals, am Ende des zweiten Weltkrieges, hatte die Militärregierung der Vereinigten Staaten für Deutschland den Auftrag erteilt, gegen einige wichtige Banken und industrielle Großunternehmen, darunter die IG Farbenindustrie AG, die Daimler-Benz AG, die Mannesmann AG und die Vereinigte Stahlwerke AG, zu ermitteln.[2] Jetzt liegt erstmals eine deutsche Übersetzung der amerikanischen Originale über drei Konzerne vor, die seinerzeit nur intern vervielfältigt wurden und in den National Archives in Washington aufbewahrt werden.

1 Der Bericht "Ermittlungen gegen die Deutsche Bank" wurde im November 1946 fertiggestellt. Ein ergänzender Bericht folgte im März 1947. Er basiert auf Akten, die erst nach Abschluß des Hauptberichtes der Untersuchungskommission zugänglich waren. Diese beiden Berichte und der im Frühjahr 1946 beendete Bericht "Ermittlungen gegen die Dresdner Bank" sind in den hier besprochenen Bänden abgedruckt. Ein weiterer Bericht vom Juni 1947, in dem die oben genannten Reporte zusammengefaßt wurden, ist nicht veröffentlicht. Die Untersuchungen über die Dresdner Bank standen im Zusammenhang mit einem geplanten Prozeß gegen diese Bank im Rahmen der Nürnberger Nachfolgeprozesse. Er fand nicht statt.

2 Davon erschien bisher in deutscher Sprache: O.M.G.U.S., Ermittlungen gegen die I.G. Farbenindustrie AG, übers. u. bearb. v. d. Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik Hamburg = Sonderband der Anderen Bibliothek, hg. v. Hans Magnus Enzensberger, Nördlingen 1986.

Ein Vergleich des Inhalts beider Berichte zeigt, daß sich die Kommissionen bei ihren Ermittlungen und bei der Abfassung der Berichte im wesentlichen von einheitlichen Gesichtspunkten leiten ließen. Sie wollten die Rolle dieser Bankkonzerne in der Rüstungs- und Kriegswirtschaft sowie deren Funktion in dem Mechanismus, mit dessen Hilfe der zweite Weltkrieg finanziert wurde, aufdecken. Die recherchierten Tatsachen veranlaßten die Kommissionen zu der Empfehlung, beide Banken zu liquidieren. Die Berichte informieren ausführlich über die Entwicklung der Banken, über deren ökonomische Bedeutung sowie über Management und interne Struktur. Ein weiterer Schwerpunkt der Ermittlungen war die Verbindung der Banken zu Rüstungskonzernen. Dementsprechend wird ausführlich über die Verflechtung mit industriellen Unternehmen sowie über Mittel und Praktiken zur Einflußnahme und Kontrolle durch die Banken berichtet. Einzelne, von der Deutschen bzw. der Dresdner Bank beherrschte oder ihnen nahestehende Gesellschaften werden eingehender beschrieben, so z. B. die Mannesmannröhren-Werke AG als Tochterunternehmen der Deutschen Bank (I, S. 103 ff.)[3] und die Krupp AG (II, S. 34 ff.), mit der die Dresdner Bank eng verbunden war. Im Bericht über die Deutsche Bank existiert zudem ein spezielles Kapitel über die Beherrschung bzw. Beeinflussung einheimischer Finanzinstitutionen.

An zahlreichen Beispielen werden die Beziehungen beider Banken und einzelner Vorstandsmitglieder oder Mitglieder und Vorsitzender der Aufsichtsräte zum faschistischen Staatsapparat, zur NSDAP, zu faschistischen Verbänden und Organisationen dokumentiert. Zu den Verdiensten der Ermittlungsgruppen gehört zweifelsohne der Nachweis, wie die beiden Banken dazu beitrugen, das ökonomische Potential des deutschen Imperialismus auf die Kriegswirtschaft auszurichten. Zahlenmaterial über einzelne Bilanzposten, wie Kapital, Reserven und diverse Aktiva, erhellen, daß es sich dabei um ungewöhnlich profitable Geschäfte handelte. Jeweils etwa ein Drittel der Berichte konzentrieren sich auf Aktivitäten der Banken in okkupierten Ländern, vor allem auf die Angliederung ausländischer Banken, auf Transaktionen, welche es industriellen Konzernen ermöglichten, die Kontrolle über ausländische Unternehmen zu erlangen, und auf die Beteiligung am Zahlungsverkehr zuungunsten der okkupierten Staaten. Ebenfalls werden über die Haltung zur "Arisierung" jüdischen Kapitaleigentums Belege angeführt. Die Untersuchungskommissionen berichteten auch über die Situation beider Banken unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg. Erwähnenswert sind Kurzbiographien. Sie vermitteln überwiegend Fakten über Aufsichtsratsmitglieder. Aber nur ein Vorstandsmitglied der Deutschen Bank und vier Vorstandsmitglieder der Dresdner Bank werden biographisch vorgestellt.

Für die wirtschaftshistorische Forschung über den Faschismus bieten die Berichte wertvolles Quellenmaterial und geben Aufschluß über wichtige ökonomische und politische Zusammenhänge. Natürlich sind inzwischen viele neue Erkenntnisse über den Faschismus, über die Beziehungen zwischen Monopolkapital und faschistischem Machtapparat, zwischen Wirtschaft und Staat, über die Kriegswirtschaft sowie über einzelne Seiten der Geschäftstätigkeit von Banken und Industriemonopolen erzielt worden, die bei der Benutzung dieser Quelle berücksichtigt werden müssen. Zu beachten ist ferner, daß die Ermittlungsberichte auf Quellen mit unterschiedlichem Aussagewert beruhen. So konnten sich die Ermittler einerseits auf zwar unvollständig vorliegende, doch durchaus informative Aktenfunde stützen. Sie verwendeten Geschäftskorrespondenz, Berichte und Protokolle von Aufsichtsratssitzungen, Hauptversammlungen usw., Geschäftsberichte u. ä. Andererseits dienten ihnen als Beweismittel auch Aussagen, Stellungnahmen und Ausarbeitungen zu bestimmten Sach-

3 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im Text beziehen sich auf die hier besprochenen Bände.

verhalten, die sie von verhafteten Bankmanagern und anderen Personen erhielten, sowie Protokolle von Befragungen eben dieser Verhafteten.

Es ist verständlich, daß in den Ermittlungsberichten nicht alle wichtigen Seiten der Entwicklung und Geschäftstätigkeit dieser Banken ausgelotet werden konnten. Wesentliche Lücken sind von der Forschung bis heute nicht geschlossen worden. So fehlen unter anderem noch immer eingehende Untersuchungen über jene Aktivgeschäfte der Banken, durch die ihre Stellung im Reproduktionsprozeß des Kapitals bestimmt wird. Es existieren weder marxistische sozialstrukturelle Untersuchungen noch Biographien von Bankiers. Es gibt keine wissenschaftliche Geschichte der Deutschen Bank oder der Dresdner Bank, für die allerdings noch immense Vorarbeiten zu leisten wären.

Im Lichte der Erfahrungen, die während der seit dem Ende des zweiten Weltkrieges vergangenen 40 Jahre über imperialistische Rüstung und Kriegsfinanzierung gesammelt wurden, muß auch manche Wertung der Untersuchungskommissionen durchdacht werden. Das betrifft z. B. eine gewisse Überbetonung des Universalbankcharakters der untersuchten Banken (I, S. 13 ff.; II, S. 5 ff.), die neben dem Kredit- und Depositengeschäft auch das industrielle Anlagegeschäft betrieben, was in den USA, Großbritannien und in anderen Ländern nicht üblich war. Ein Universalbanksystem hatte sich auch in anderen Ländern historisch herausgebildet, ohne jedoch zu einer vergleichbar hypertrophen Kriegsfinanzierung geführt zu haben. Hierfür waren vor allem politische Faktoren ausschlaggebend. Es ist hinzuzufügen, daß durch das Spezialbanksystem, das z. B. in den USA vorherrscht, die gegenwärtige Hochrüstung nicht gehemmt wird.

Die Berichte und sicherlich noch mehr die bisher nicht veröffentlichten Beweismittel bieten auch einige Ansätze zu differenzierenden Einschätzungen über das Vorgehen beider Banken bei "Arisierungen" und über Pläne und Vorkehrungen für die Nachkriegszeit. Auf sie hat der Bearbeiter hingewiesen (I, S. 536; II, S. XLII ff., S. LIV ff.).

Von großem Interesse ist es, daß die Verfasser des Berichtes über die Deutsche Bank auf Alternativen zur Beteiligung an der finanziellen Sicherung der Rüstungs- und Kriegswirtschaft verwiesen haben, die vor und nach der Errichtung der faschistischen Diktatur offenstanden (I, S. 133).

Nicht nur den Berichten der Untersuchungsgruppen, auch der Edition und den Ausführungen des Bearbeiters, die auf zusätzlichen Recherchen beruhen, gebührt Anerkennung. Der Bearbeiter, Karl Heinz Roth, hat die Texte anhand der den Ermittlern zur Verfügung stehenden Beweismittel überprüft und Verzeichnisse dieser Beweismittel hinzugefügt. Seine den Bericht ergänzenden Anmerkungen enthalten Korrekturen, Literaturhinweise und Belegstellen sowie über die Berichte hinausgehende Kommentare sowie biographische Skizzen von erwähnten Bankiers, Industriellen und Politikern.[4] Besonders hervorzuheben sind Roths Ausführungen über die für den Leser heute interessante Entstehungsgeschichte der Berichte und ihren Aussagewert für die historische Forschung.

Für die Edition dieser für die wirtschaftshistorische Forschung wertvollen Quelle ist dem Herausgeber und dem Bearbeiter zu danken.

4 Bedauerlicherweise wurden vom Bearbeiter auch Fehler übersehen. So wurden im Bericht Zitate und Zahlen nicht immer eindeutig eingeordnet, was zu falschen Interpretationen führen kann. Z. B. bezieht sich das Zitat (I. S. 164) nicht auf die Ausgabe von Industrieobligationen durch die Deutsche Bank allein oder durch von ihr geführte Konsortien, sondern, wie aus dem betreffenden Geschäftsbericht hervorgeht (Deutsche Bank, Geschäftsbericht für 1940, S. 9), auf die Emissionen aller Kreditbanken.

Berliner Welt von 1900 bis 1914

Dieter und Ruth Glatzer, Berliner Leben 1900 - 1914. Eine historische Reportage aus Erinnerungen und Berichten

Rütten & Loening, Berlin 1986, Bd. 1, 718 S., Bd. 2, 628 S., 43,- M

von Jürgen Kuczynski

Die beiden Bücher stellen eine überaus bedeutsame Leistung unserer Geschichts-, unserer Kulturwissenschaft dar. Großartig ist die Sammlung zeitgenössischer Dokumente, großartig sind die knappen Erläuterungen.

Großartig ist auch die Breite und Verschiedenheit der historischen Landschaft, die vor uns ausgebreitet wird. Mit Ausnahme der Kirche, die zu kurz kommt, gibt es kein Gebiet des gesellschaftlichen Lebens, in das nicht ausgiebig, bis in die fernsten Ecken, hineingeleuchtet wird.

Sofort, nachdem mir Ruth Glatzer die beiden Bände gesandt hatte, rief ich die "Weltbühne" an, daß ich es für sie besprechen wollte, doch der für solche Kostbarkeiten stets wache Dieter Fricke war mir zuvorgekommen.

So schreibe ich nun eine Besprechung für unser "Jahrbuch" - natürlich ganz anders als ursprünglich geplant, auf Probleme der Wirtschaftsgeschichte ausgerichtet. Auch das zeigt den Wert der Bände an, daß sie in spezialisierten Zeitschriften, behandeln diese das Theater, die Wissenschaftsentwicklung, die Presse, Heimatkunst, die Freizeit der Arbeiterklasse, den Sport, mit Recht besprochen werden können, da sie auch deren "speziellen" Lesern Anregung bringen werden.

Den Autoren ist also genau das gelungen, was sie sich vorgenommen haben: "Auf den ersten Blick mag es befremdlich erscheinen, daß die Darstellung lokalen Geschehens in einer so verhältnismäßig kurzen Zeitspanne so viel Raum verlangt. Wir haben jedoch versucht, nicht nur den einen oder anderen Aspekt der stadtgeschichtlichen Entwicklung vorzuführen, sondern, soweit das im Rahmen eines L e s e b u c h e s möglich ist, die Vielfalt der miteinander in Wechselwirkung stehenden sozialökonomischen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Prozesse und Tendenzen dieses Geschichtsabschnitts deutlich zu machen. Und wie dicht an dramatischen Ereignissen und Entwicklungen sind diese anderthalb Jahrzehnte vom Neujahrstag des Jahres 1900, an dem der Monarch im Hof des Zeughauses den deutschen Anspruch auf Weltgeltung wiederholt, bis hin zu den schwülheißen Sommertagen des Jahres 1914! Das sind anderthalb Jahrzehnte, in denen vieles im Leben der Berliner a n d e r s wird." (S. 5)[1]

Dabei wollen die Autoren nicht zum wenigsten die Berliner Welt von 1900 bis 1914 als von den Zeitgenossen selbst erlebte uns vor Augen führen: "Wir wollen bewußt auch die subjektive Sicht historischen Seins und Handelns zur Wirkung bringen, wie sie aus Tagebüchern und Briefen, aus Erinnerungen

1 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im Text beziehen sich auf die hier besprochenen Bände.

und Memoiren spricht. Nur so kann jenes spezifische Zeitgefühl in uns aufkommen, das um so erregender wirkt, als wir Heutigen die Folgen dessen kennen, was damals gedacht und gesagt, ausgesprochen oder verschwiegen, getan oder unterlassen worden ist." (S. 12)

Ganz gerührt wird der nachfolgende Satz von alten erfahrenen Historikern gelesen werden: "Wir haben bei diesem Gestaltungsprinzip in Kauf zu nehmen,... daß die vorgetragenen Meinungen und Urteile nicht immer bis ins letzte ausgewogen sind." Wo in aller Welt gibt es historische Zeugnisse irgendeiner Art, die "bis ins letzte ausgewogen sind"?!

Doch nun zu einigen wirtschaftshistorischen Leckerbissen. Im allgemeinen gilt Kaiser Wilhelm II. als halbfeudaler Dilettant in jeder Beziehung, außer in der gewalttätigen Unterdrückung der werktätigen Massen. Natürlich spielten Hofprediger und Religion am kaiserlichen Hofe ebenso wie an dem des Zaren eine große Rolle. Bestimmt aber wird man nicht vom Zaren und auch nicht von der englischen Königin Victoria schreiben können, wie es der von W. I. Lenin in seinem Werk über den Imperialismus so oft zitierte Alfred Lansburgh von Kaiser Wilhelm tut:

"Den leichtesten Zugang zum Ohr des Kaisers haben nun die leitenden Persönlichkeiten der Hochfinanz und der Großindustrie ...

Vorträge in geschlossenem Kreise sind das beliebteste, weil unauffälligste und wirksamste Mittel, um die kaiserlichen Anschauungen in eine gewünschte Richtung zu drängen. Die Leiter einiger Elektrizitätsgesellschaften sind geradezu Meister im Arrangement derartiger Zweck-Vorlesungen. Auch Einweihungsfeierlichkeiten und Nachtischreden in gewissen 'kaiserlichen' Klubs sind als Suggestivmittel sehr geschätzt. Denn es genügt vollkommen, durch wenig hingeworfene Worte auf eine neue Gelegenheit zur Stärkung der wirtschaftlichen Stellung unseres Vaterlandes anzuspielen: das Weitere darf man ruhig der Wißbegier, Auffassungsgabe und Initiative des Kaisers überlassen.

Wie schnell hat sich nicht die Dampfturbine Eingang in die deutsche Kriegsmarine verschafft! Allerdings haben auch andere Staaten die Turbine für besonders manövrierfähige Schiffstypen adoptiert, aber erst nachdem die Regierungen sich geeignete Patente gesichert hatten. In Deutschland werden die Patente angewendet, die im privaten Besitz einflußreicher Industriegesellschaften sind. Und wie mit der Turbine, so verhält es sich mit zahlreichen anderen Errungenschaften der Technik: Mit Windesschnelle setzt sich das platonische Interesse in eine landesväterliche Anregung und diese in Staatsbestellungen um ...

So schreitet Deutschland scheinbar von Fortschritt zu Fortschritt. Die den unmittelbaren Vorteil daraus ziehen, sind immer dieselben Gruppen von Industriellen. Das 'System Krupp', die einseitige Bevorzugung bestimmter Personen und Gesellschaften, bricht sich immer mehr Bahn ...

So geschickt sind zuweilen die Wünsche der Krone in die Richtung privater Interessen gelenkt. Man denke an die marokkanische Kaiserreise, die man herbeizuführen verstanden hat, indem man die liliputanischen deutschen Handelsinteressen in Nordafrika aufbauschte und nationaler Opfer wert erklärte. Man denke an die Palästinareise und ihre unmittelbare Folge, die Bagdadbahn, dieses verhängnisvolle 'Standardwerk deutschen Unternehmungsgeistes', das an der 'Einkreisung' mehr schuld ist als alle unsere politischen Fehler zusammengenommen. Man denke an alle die Möglichkeiten, die sich daraus ergeben können, daß das Reich sich mit dem ganzen Nachdruck der deutschen Bajonette für private Vorteile einsetzt." (S. 386 ff.)

Wahrlich ein kaiserlicher Industrie-Militärkomplex, und mehr noch, auch Schlüsselindustrien umfassend.

Ein kaiserlicher! Die Glatzers schreiben in einem Kommentar: "Der Reichskanzler Hohenlohe, der von des Kaisers 'Weltpolitik' aus der Tageszeitung erfahren hat, resigniert. 'Die ganze chinesische Angelegenheit ist ohne meine Mitwirkung in Szene gesetzt worden; ich habe weder von den Rüstungen, noch von den Truppensendungen, noch von der Ernennung Waldersees zum Oberfeldherrn vorher Kenntnis erhalten.' (Hohenlohe, Denkwürdigkeiten/3) Sein Nachfolger wird jener Bernhard von Bülow, der die Forderung nach Neuaufteilung der Welt in die Formel vom 'besseren Platz an der Sonne' gekleidet hat." (S. 393)

Interessant auch, wie sich das Bild des Kapitalisten ändern kann. Der alte Krupp verstand noch etwas vom Eisengießen und ließ sich nicht selten an den Hochöfen sehen. Der Herr des großen Pressekonzerns Scherl aber ... doch hören wir einen Zeitgenossen über ihn: "August Scherl war vielmehr seit mehr als einem Jahrzehnt für seine Angestellten völlig unsichtbar. Er betrat sein Büro durch einen für ihn reservierten Privateingang, und die stellvertretenden Geschäftsführer empfingen seine Aufträge entweder durch seinen Privatsekretär oder durch seinen Leibbarbier. Der Friseur übermittelte auch den Chefredakteuren die Befehle des Gebieters. Es gab und gibt im Hause zahlreiche leitende Redakteure, die Herrn Scherl niemals von Angesicht zu Angesicht gegenüberstanden und seine Ansichten lediglich durch den Mund des Leibbarbiers kennen." (S. 616)

Natürlich wehrte sich die nichtmonopolisierte Industrie gegen die Kartelle, Trusts und Riesenbetriebe, die immer stärker die Wirtschafts-, ja die allgemeine Politik bestimmten. Und jeder Wirtschaftshistoriker des Imperialismus weiß, daß die Regierung unter ihrem Druck eine sog. Expertenkommission berief, die sich mit dieser Problematik in "kontradiktorischen Verhandlungen" auseinandersetzen sollte. Welcher Historiker aber hat so wie die Glatzers kommentiert, natürlich auf der Basis der Bemerkung eines Zeitgenossen?: "Die Kontradiktorischen Verhandlungen enden wie das Hornberger Schießen. 'Es ist wie in der alten Tragödie, wo am Anfange eine Menge kraftstrotzender Menschen vorhanden ist und am Schluß nur ein Held oder ein Intrigant und ein Chor der Leidtragenden übrigbleibt, der sich in philosophischen Betrachtungen über die Hinfälligkeit und Veränderlichkeit alles Irdischen ergeht.' (Prager, Die Mittelstandsfrage) Die bürgerlichen Nationalökonomen begeben sich 'auf den Boden der Tatsachen'. Der Staat gibt den letzten Schein auf, als stehe er über den Klassen, indem er sich an den lukrativsten Monopolen zu beteiligen beginnt." (S. 297)

Damals kam das Fahrrad als Verkehrsmittel der Arbeiter auf. Sogar eine Zeitschrift wurde gegründet, die sicherlich nur wenige Wirtschaftshistoriker gelesen haben. Aber ist es nicht wichtig für sie, wenn sie die Lage der Arbeiter behandeln, im "Arbeiter-Radfahrer" vom 1. Juni 1912 zu lesen: "Tirolertuch oder Lodentuch mit stumpfem Spiegel, wie es allenthalben erhältlich ist, ist der beste Stoff für Radfahrerkleidung ... Der einzige Fehler, den dieses Tuch besitzt, ist, daß es ziemlich teuer ist; aber man holt den Mehranschaffungspreis sehr schnell wieder durch die ersparte Erneuerung der Kleidung ein. Man muß natürlich darauf bedacht sein, den Hosenboden, der sich am schnellsten abnutzt, füttern zu lassen, und außerdem sollte man sich beim Ankauf des Stoffs stets ein Reservestück geben lassen, das man später für die Erneuerung jenes Teils benutzen kann." (S. 136)

Und im Thema gar nicht weit entfernt die Mitteilung der Glatzers: "1902 wird der erste Verkehrspolizist Berlins an der Ecke Unter den Linden/Friedrichstraße aufgestellt." (S. 135)

Ich habe nur aus dem ersten Band zitiert, dem fünften in der langen Reihe Berliner Studien der Glatzers, der die Zeit von 1900 bis 1904 behandelt, nur einige Kostproben gegeben, um unsere Wirtschaftshistoriker zu reizen, beide Bände zu lesen.

Welche Freude war es, nach Ernst Engelbergs Buch über Otto von Bismarck jetzt diese so wertvolle Leistung unserer gesellschaftswissenschaftlichen Literatur rezensieren zu können. Langsam und vereinzelt noch, aber es erscheinen doch Spitzenleistungen auf dem Gebiet der Geschichtsschreibung bei uns!

Geld, Waffen und Rohstoffe - die "Sehnen des Krieges"

Kathleen Burk, Britain, America and the Sinews of War 1914 - 1918

George Allen & Unwin, Boston/London/Sydney 1985, 286 S.

von Reinhold Zilch

In den letzten Jahren zeigt sich bei britischen und amerikanischen Forschern, die sich mit der Geschichte des ersten Weltkrieges beschäftigen, eine verstärkte Hinwendung auch zu den wirtschaftshistorischen Problemen der Zeit. Besondere Aufmerksamkeit widmen sie dabei den ökonomischen Verhältnissen in beiden Staaten sowie der Entwicklung ihrer Beziehungen zueinander. Wichtige Impulse für die Großbritannien berührende Forschung ergaben sich aus dem 1982 von der Autorin des hier zu besprechenden Buches herausgegebenen Sammelband.[1] In der drei Jahre später aus einer Dissertation entstandenen Monographie "Britain, America and the Sinews of War 1914 - 1918" ist es das spezielle Anliegen Kathleen Burks, die Finanzbeziehungen zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten herauszuarbeiten. Als ein Indiz für das bereits erwähnte Interesse der Historiker beider Länder an der Thematik sei erwähnt, daß nahezu gleichzeitig in den USA die zweite Auflage einer Biographie des Bankiers J. P. Morgan jr.[2] erschien, die hierzu umfangreiche Abschnitte enthält.

In ihrem Buch gibt Burk in einer kurzen Einleitung einen Abriß über die britisch-amerikanischen Beziehungen zwischen 1895 und 1918 (S. 1 - 10)[3]. Ihre Thesen machtpolitischer Betrachtungsweise, vermischt mit Anschauungen vom "age of debased Darwinism" (S. 5) und Elementen der Industriegesellschaftslehre, bestimmten die Aussage des gesamten Buches, das "the passing of hegemony from Britain to the United States" (S. 5) zeigen soll. So sei Großbritannien vor 1914 zwar noch die führende Finanzmacht gewesen, aber mit seinem industriellen Potential, das besonders auf die Produktion hochwertiger Waren, vor allem Waffen, spezialisiert war, habe das Land den USA unter den Bedingungen des Krieges unterliegen müssen, die bevorzugt große Mengen billiger, schnell wechselnder Produkte auf den Markt werfen konnten und aus *demographischen Gründen* (größere Bevölkerungszahl bei höherer Geburtenrate sowie umfangreiche Einwanderung) letztlich die Vorhand bekommen mußten (S. 4).

Der erste Hauptabschnitt des Buches umfaßt mit den Jahren von 1914 bis 1917 die Periode der amerikanischen, die Entente begünstigenden Neutralität (S. 11

1 War und the State: The Transformation of British Government, 1914 - 1919, hg. v. Kathleen Burk, London 1982.

2 Forbes, John Douglas, J. P. Morgan, Jr. 1867 - 1943, Charlottesville 1984; vgl. meine Besprechung Zilch, Reinhold, Details aus dem Leben eines Bankiers, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 2/1987, S. 173 - 175. - Burk zieht den Band lt. Anmerkungen und Auswahlbibliographie nicht heran.

3 Nicht näher bezeichnete Seitenangaben beziehen sich auf das besprochene Buch.

- 95). In den hier vereinigten fünf Kapiteln wird anschaulich gezeigt, wie die ökonomischen Probleme bei Ausbruch des Weltkrieges die britische Wirtschaft weitgehend unvorbereitet trafen[4] und wie das Land zur Aufrechterhaltung seiner Kampffähigkeit gezwungen war, Rohstoffe sowie Waffen und Ausrüstungen in den USA zu kaufen. Burk behandelt nacheinander die Schlüsselrolle des Bankhauses Morgan bei der Finanzierung der Käufe (S. 13 - 27), das beginnende direkte Engagement des erst im Krieg gegründeten Ministry of Munitions (vom Juni 1915 an; S. 28 - 43), das Problem der Versorgung der Koalitionspartner Großbritanniens und seiner Garantien für die Schulden Frankreichs, Rußlands usw. (S. 44 - 53), die u. a. auch dadurch wachsende britische finanzielle Abhängigkeit von den USA 1914/15 (S. 54 - 76), welche dann 1916/17 in einer Krise der Finanzbeziehungen gipfelte (S. 77 - 95).

Der zweite Hauptabschnitt, der die Jahre 1917/18 umfaßt, behandelt die "love-hate relationship" Großbritanniens zum "Public America". Das Kapitel 6 ist dem Besuch Arthur James Balfours in den USA und dem "Erwachen des amerikanischen Riesen" ("the American giant awakens") gewidmet, worin sich eine Darstellung der neuen Qualität der wirtschaftspolitischen Beziehungen zwischen beiden Ländern verbirgt, die mit dem US-amerikanischen Kriegseintritt verbunden war. Dies fand institutionell seinen Ausdruck nicht nur darin, daß die britische Militärmission in den Vereinigten Staaten, im April 1917 noch aus 1 600 Personen bestehend, Ende des Jahres bereits auf 10 000 Personen angewachsen war. Außerdem wandelte sich ihr Charakter: Aus der unabhängig von der Botschaft in Washington handelnden Institution entstand die offizielle British War Mission. Von Februar 1918 an wurde sie in Personalunion durch den neu ernannten Botschafter Lord Reading geleitet.

Die Entwicklung der Beziehungen zwischen Großbritannien und den USA, die in der beschriebenen Veränderung der Organisationsstruktur ihren Ausdruck fand, ist das Thema der Kapitel 7 bis 9. Während die Kapitel 7 und 8 den Missionen von Northcliffe (Juni bis November 1917) und Reading (September bis November 1917 sowie Februar bis November 1918) gewidmet sind, bietet das Kapitel 9 eine abschließende Zusammenfassung der Finanzbeziehungen der Jahre 1917/18.

Ein mehr aphoristisch angelegtes Nachwort unter dem polemischen Titel "Did History come to a Full Stop?" (S. 221 - 225) und Bemerkungen zu den britisch-amerikanischen Beziehungen bis zur Zeit nach dem zweiten Weltkrieg beschließen den Textteil des Buches, dem die zahlreichen Anmerkungen, ein Tabellenanhang, ein Quellenverzeichnis und eine Auswahlbibliographie sowie ein Register folgen.

Die Monographie zeichnet sich durch eine große Materialfülle aus. Burk hat zahlreiche private und staatliche Archivalien der USA, Großbritanniens und Kanadas sowie die einschlägige englischsprachige Sekundärliteratur benutzt, was den bleibenden Wert des Buches ausmacht. Wenn ferner hervorzuheben ist, daß die Autorin viele Memoirenwerke geschickt als Quelle nutzt, so ist das zugleich Ausdruck einer etwas personalistisch orientierten Problemsicht. Dadurch scheint die Beschreibung der Finanzbeziehungen zwischen den beiden Ländern sehr stark auf das eigentliche Kreditgeschäft orientiert zu sein, ohne daß die volkswirtschaftliche Dimension der ökonomischen Verflechtung voll ausgeschöpft wird. Das zeigt sich besonders bei der Behandlung der Finanzbeziehungen während der Krise in den Jahren 1916/17. Die Fragen der Beeinflussung der britischen Währung bzw. ihres Wechselkurses durch die

4 Vgl. jüngst Schädlich, Karlheinz, Probleme der militärischen, strategischen und kriegswirtschaftlichen Planung in Großbritannien (1890 - 1914), in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 32, Berlin 1985, S. 289 - 323.

fortgesetzten Käufe auf dem US-amerikanischen Markt müßten wegen der hieraus resultierenden Langzeitwirkungen hinsichtlich der Ablösung des Pfund Sterling als Leitwährung nach Meinung des Rezensenten stärker behandelt werden. So wurden weder Akten des amerikanischen Federal Reserve System noch der Bank of England herangezogen.

Kontinuität im bürgerlichen Monopolverständnis

Kartelle und Kartellgesetzgebung in Praxis und Rechtsprechung vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Im Auftrage der Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft hg. v. Hans Pohl = Nassauer Gespräche der Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft, Bd. 1

Franz Steiner Verlag Wiesbaden GmbH, Stuttgart 1985, 328 S., 54,- DM

von Reinhold Zilch

Wenn in einem der abgedruckten Konferenzbeiträge von der "weitgehenden Kontinuität" des "Problems der Kartellgesetzgebung ... in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts" (Ulrich Nocken, Die Nationalökonomie und das Zwangskartellgesetz von 1933, S. 176)[1] die Rede ist, dann wurde damit der wissenschaftliche Tenor einer Diskussion unter "jüngeren Wissenschaftlern aus verschiedenen Disziplinen (Historikern, Juristen, Nationalökonomen)" (Hans Pohl, Vorwort und Einleitung, S. 9) der BRD formuliert, deren Ergebnisse hier vereinigt sind. Das Meinungsspektrum auf der von der Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft im Oktober 1982 veranstalteten Konferenz entspricht Grundpositionen der bürgerlichen Wissenschaft seit dem Aufkommen von Monopolen Ende des 19. Jh. Es enthält generelle oder partielle Befürwortungen, scheinliberale, rein deskriptive Wiedergaben einzelner Erscheinungen und Merkmale der neuen Produktionsverhältnisse, mehr oder weniger vorsichtige Kritik an einzelnen Seiten und Zügen monopolistischer Herrschaft sowie widersprüchliche Stellungnahmen: einerseits für die Kartelle und Syndikate als wesentlichen Elementen eines hochentwickelten Wirtschaftssystems und die von ihnen ausgehende (begrenzte) Organisation und Planung des Reproduktionsprozesses; andererseits gegen die Ausnutzung der monopolistischen Stellung zur Erlangung "ungerechtfertigter Gewinne", also zur schamlosen Profitmacherei. Es fehlen von der marxistisch-leninistischen Monopoltheorie getragene Wortmeldungen und sogar weitgehend die Kenntnisnahme marxistischer historischer Literatur. Das steht durchaus in der Tradition des mehrfach erwähnten Begründers der Kartellforschung, des österreichischen Nationalökonomen Friedrich Kleinwächter[2], der 1883 feststellte, "daß 'die Regelung der Volkswirtschaft ein dringendes Bedürfnis (sei)', freie Konkurrenz und Sozialismus aber nicht in der Lage (seien), diesem Bedürfnis zu entsprechen" (Klaus Herrmann, Die Haltung der Nationalökonomie zu den Kartellen bis 1914, S. 43). Noch deutlicher formuliert das Karl-Heinz Fezer in seinem Diskussionsbeitrag "Die Haltung der Rechtswissenschaften zu den Kartellen bis 1914": Kleinwächter empfahl "die Kartellierung als ein geeignetes Instrument zur Lösung der sozialen Frage", "nicht zuletzt, um die Angriffe des Sozialismus auf die Institution des privaten Eigentums abzuwehren" (S. 51).

1 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im Text beziehen sich auf den hier besprochenen Band.

2 Kleinwächter, Friedrich v., Die Kartelle. Ein Beitrag zur Frage der Organisation der Volkswirtschaft, Innsbruck 1883.

Die Vielfalt der Positionen zur Kartellproblematik auf der zu besprechenden Konferenz geht einher mit einer bereits aus dem Jahre 1918 überlieferten und hier zitierten Einschätzung, daß "überhaupt 'ziemlich wahllos'[3] mit der gesamten Kartellterminologie" umgegangen werde (Hermann Schäfer, Kartelle in der Zeit des Ersten Weltkrieges. Funktionen im Rahmen von Kriegswirtschaft und Sozialisierung, S. 90).

Dies findet seinen Ausdruck vor allem darin, daß neben "Kartellen" und "Syndikaten" vereinzelt auch von "Trusts" und "Konzernen" gesprochen wird, gegebenenfalls die Unterschiede zwischen ihnen betont werden, jedoch nicht nach begrifflichen Verallgemeinerungen dieser Erscheinungsformen ökonomischer Konzentration gesucht wird, wie sie z. B. im marxistisch-leninistischen Monopolbegriff gegeben sind. Statt dessen verweist Ulrich Wengenroth auf die von konkreten Produktions- und damit Eigentumsverhältnissen scheinbar losgelöste, seiner Meinung nach aber "viel grundlegendere Frage nach Wettbewerb oder Marktregulierung" (Die Entwicklung der Kartellbewegung bis 1914, S. 16). Indem jedoch so den Monopolformen die Spezifik als höchstmögliche Stufen der Konzentration von Produktionsmitteln und Produktivkräften sowie daraus resultierendem gesellschaftlichem Einfluß unter den Bedingungen des Privateigentums an Produktionsmitteln genommen wird, löst sich alle in den Referaten angehäufte Kritik an den Kartellen und Syndikaten in eine Kritik an Oberflächenerscheinungen und Schönheitsfehlern, also sekundären Elementen des kapitalistischen Wirtschaftssystems auf - die Gesellschaftsordnung wird nicht angetastet. Wengenroth geht sogar soweit, zu behaupten, daß der Aufgabenbereich des deutschen Staates nach Beginn der Schutzzollgesetzgebung 1879 "auf die außenwirtschaftlichen Beziehungen begrenzt" blieb, die sich angeblich "dem Einfluß der inländischen Unternehmen auf jeden Fall entzogen" (S. 21). Diese Feststellung ist in ihren beiden Teilen falsch: sowohl vor als auch nach 1879 hat der deutsche Staat Binnenwirtschaftspolitik betrieben,[4] und die Einflußnahme von Unternehmen, vor allem von Monopolen, auf die Außenwirtschaft ist vielfältig zu belegen.[5]

Zum einleitenden thematischen Schwerpunkt des Bandes, der Analyse der Kartelle vor 1914, gehören neben den bereits zitierten Referaten von Wengenroth, Herrmann und Fezer noch die Studie von Rainer Fremdling und Jochen Krengel "Kartelle und ihre volks- bzw. einzelwirtschaftliche Bedeutung bis 1914" sowie der Aufsatz von Rainer Gömmel "Kartelle in der öffentlichen Meinung bis 1914". "Öffentliche Meinung", hier dem Zeitungswissenschaftler Emil Dovifat sowie dem Historiker Wilhelm Mommsen folgend, als "die Atmosphäre, die Stimmung, das allgemeine Milieu einer Zeit" betrachtend und diese am prägnantesten in der Presse als dem einzigen Massenmedium der Wilhelminischen Zeit verkörpert sehend, versucht Gömmel einen Überblick zur Kartellfrage vor 1914 zu geben.

Im wesentlichen den Einschätzungen der politischen Couleur der wichtigsten deutschen Zeitungen in dem von Hans-Dietrich Fischer herausgegebenen Handbuch[6] folgend, reduzieren sich die Bewertungen Gömmels zumeist auf pauscha-

3 Passow, Richard, Zwangskartelle ("Zwangssyndikate"), in: Zeitschrift für Sozialwissenschaft, NF 9, 517, 1918.

4 Vgl. die Wengenroth sicher ideologisch unverdächtig erscheinende Darstellung bei Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 4: Struktur und Krisen des Kaiserreichs, Stuttgart 1969, S. 1117.

5 Vgl. das umfangreiche Aktenmaterial bei Gutsche, Willibald, Monopole, Staat und Expansion vor 1914. Zum Funktionsmechanismus zwischen Industriemonopolen, Großbanken und Staatsorganen in der Außenpolitik des Deutschen Reiches 1897 bis Sommer 1914 = Akademie der Wissenschaften der DDR. Schriften des Zentralinstituts für Geschichte, Bd. 65, Berlin 1986.

6 Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, hg. v. Hans-Dieter Fischer, München 1972.

le Urteile zur Haltung der mit den Presseorganen verbundenen Parteien. Notgedrungen muß diese Methode scheitern bei der Untersuchung der sog. Massenpresse, worunter Blätter wie der "Berliner Lokal-Anzeiger" oder die "Berliner Morgenpost" verstanden werden. Zwar finden sich auf der knappen, ihnen gewidmeten Druckseite (S. 76 f.) Angaben zu den Verlegern August Scherl und Rudolf Mosse sowie zum Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg, es fehlen jedoch irgendwelche Aussagen zur Position der Presse gegenüber den Kartellen. Vollends unverständlich ist es, wenn unter der Überschrift "Die Sozialdemokratische Partei und ihre Presse" (S. 71 f.) mit der Begründung, daß der "Vorwärts" "nicht von der breiten Masse gelesen wurde und ... um die Jahrhundertwende schwere ideologische Auseinandersetzungen die Redaktion erschütterten" (S. 71), die "Fränkische Tagespost" zum Kronzeugen für die Haltung zu den Kartellen in der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung gemacht wird. Bei aller Bedeutung, die gerade der Analyse der regionalen Parteipresse für die Einschätzung der ideologischen Situation an der Basis zukommt,[7] wird doch auf diese Weise ein verzerrtes Bild aus opportunistischer Sicht[8] gezeichnet.

Klaus J. Bremer (Die Kartellverordnung von 1923: Entstehung, Inhalt und politische Anwendung, Gottfried Plumpe (Konzentrationsbewegung und Wiedereingliederung der deutschen Wirtschaft in ihre weltwirtschaftlichen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg) sowie Georg Crezelius (Zur Entwicklung der Kartellbesteuerung) betonen besonders die geistige und legislative Kontinuität in der Kartellgesetzgebung von Weimarer Republik und BRD.

Wilfried Feldenkirchen (Das Zwangskartellgesetz von 1933. Seine wirtschaftliche Bedeutung und seine praktischen Folgen) beschreibt das von der Hitlerregierung erlassene Gesetz, ohne eine klar distanzierende oder verurteilende Haltung gegenüber der faschistischen Wirtschaftspolitik erkennen zu lassen. Lapidar wird zur Bildung eines Zwangskartells der Kfz-Reifenhersteller vermerkt: Man "sah sich zu Maßnahmen veranlaßt, die eine Abwälzung der Verteuerung auf den Käufer verhindern" sollten, "da die Autoindustrie von den Nationalsozialisten besonders gefördert wurde" (S. 150). Kein Wort gibt es über die damit im Zusammenhang stehende faschistische Kriegsvorbereitung. Feldenkirchen übernimmt an anderer Stelle die zeitgenössische Gesetzessprache, wenn er schreibt, daß den Kartellen erlaubt wurde, "'unzuverlässige' Wettbewerber durch Boykott oder ähnliche Maßnahmen vom Markt fernzuhalten. 'Unzuverlässigkeit' (sei) immer dann als gegeben angesehen (worden), wenn ein Wettbewerber unter dem 'gerechtfertigten' Preis verkaufte" (S. 148). Kein Hinweis ist an dieser Stelle auf die auch mit dieser Gesetzeskonstruktion schein-legalisierten Ausschaltung der sog. jüdischen Schleuderkonkurrenz zu finden. Ebenso fällt auf, daß zwar konstatiert wird, daß im Wortlaut des Zwangskartellgesetzes von einer Übergangsregelung die Rede ist entsprechend den wirtschaftlichen Grundthesen des Parteiprogramms der NSDAP, tatsächlich aber das Gesetz "dann einen völlig anderen Übergangscharakter (hatte), indem es in dem Maße überflüssig wurde, in dem die von den Nationalsozialisten angestrebte Wirtschaftslenkung durch andere Maßnahmen gewährleistet war" (S. 154). Der hiermit im Zusammenhang stehende "Widerspruch zwischen der Monopolbourgeoisie als dem sozialen Träger des Faschismus und seiner Massenbasis", der mit Hilfe der "zugesagten Durchführung von 'antikapitalistischen' Maßnahmen im Sinne des Trugbildes eines sogenannten deutschen

7 Vgl. Bartel, Horst, Marxismus und Opportunismus in der revolutionären deutschen Sozialdemokratie am Ende des 19. Jahrhunderts. Theoretische Probleme und Forschungsfragen, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 12/1985, S. 1075 ff.

8 Vgl. ebenda, S. 1077.

Sozialismus"[9] gelöst werden sollte, wird ausgespart. Neben dem bereits erwähnten Beitrag von Nocken über die Haltung der deutschen Nationalökonomen zum Zwangskartellgesetz von 1933 war dies auch Gegenstand der Untersuchungen von Horst A. Wessel (Die Haltung der Unternehmer zur Zwangskartellierung).

Rolf Wank läßt in seinem Referat zu den alliierten sog. Entflechtungsmaßnahmen in der deutschen Wirtschaft in Verwirklichung des Potsdamer Abkommens (S. 202 - 209) die Verhältnisse in der französischen sowie der sowjetischen Besatzungszone außer acht, während Günther Schulz darauf zwar eingeht, hier jedoch eine "unechte Entflechtung" (S. 212) zu finden glaubt. Schulz geht in seinem Referat (S. 210 - 228) auf den Wesensunterschied in der Handlungsweise beider Besatzungsmächte nicht ein. Ging es der französischen Seite nach seinen Worten um die ökonomische Ausnutzung ihrer Zone sowie um die Schaffung dauernden wirtschaftlichen Einflusses (S. 213), so seien nach Harald Winkel in der sowjetischen Besatzungszone "Entflechtung oder Dekartellierung ... nur andere Bezeichnungen für eine Sozialisierung"[10] gewesen (S. 212). Der abwertende Terminus einer "unechten Entflechtung" wird von Schulz verwandt, ohne zu untersuchen, inwieweit die Entwicklung auf dem Boden der heutigen DDR Geist und Buchstaben des Potsdamer Abkommens entsprach.

Während sich die Beiträge von Horst Satzky (Grundsätze, Entstehung und Novellierungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen [GWB), Hans-Joachim Landmesser (Der Einfluß der Nationalökonomie auf die Gestaltung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen [GWB]) und Heinz-Josef Willemsen (Der Einfluß der Rechtswissenschaft auf die Gestaltung des GWB) mit der Entstehung des heute in der BRD geltenden Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen beschäftigen, äußert sich Franz Häuser zur gerichtlichen Praxis im Kartellrecht (S. 288 - 302) sowie Hans-Heinrich Barnickel, der am Bundeskartellamt tätig ist, über "die Praxis der Kartellbehörden" (S. 264 - 287).

Das thematische Spektrum des vorzustellenden Bandes runden Beiträge ab, die internationalen Vergleichen gewidmet sind. Hans-Peter Schwintowski "Die internationale Diskussion der Kartellproblematik", Theodor Baums "Das Kartellverbot in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und seine Anwendung" sowie Claudia Loy "Die Entwicklung des amerikanischen Antitrustrechts".

Faßt man den wissenschaftlichen Ertrag des vorliegenden Bandes zusammen, dann kommt man einerseits zu der Feststellung, daß die Autoren zumeist umfangreiches und oftmals auch wertvolles Material zu Detailthesen vorgetragen haben, andererseits aber keine grundsätzlich neuen Ansätze im bürgerlichen Monopolverständnis zu erblicken sind.

9 Mottek, Hans/Becker, Walter/Schröter, Alfred, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß, Bd. 3: Von der Zeit der Bismarckschen Reichsgründung 1871 bis zur Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus 1945, Berlin 1975, S. 303.

10 Winkel, Harald, Die Wirtschaft im geteilten Deutschland 1945 - 1970 = Wissenschaftliche Paperbacks. Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 4, Wiesbaden 1974, S. 49.

Bayern auf dem Weg zur Industrialisierung
Leben und Arbeiten im Industriezeitalter. Katalog einer Ausstellung zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bayerns seit 1850, hg. v. Gerhard Bott

Konrad Theiss Verlag, Stuttgart 1985, 704 S., 488 Abb., 45,- DM

von Gerd Henniger

Am 13. Juli 1978 beschloß der Bayrische Landtag die Ausrichtung einer Ausstellung zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bayerns über die letzten 200 Jahre unter besonderer Berücksichtigung der bayrischen Arbeiterbewegung. Während der erste Teil dieser Ausstellung in Augsburg gezeigt wurde und die Zeit bis 1850 umfaßte, war vom 10. Mai bis 25. August 1985 in Nürnberg der zweite Teil zu sehen.

Unter dem Titel "Leben und Arbeiten im Industriezeitalter" erschien ein umfangreicher Katalog zu dieser Ausstellung. Die insgesamt 21 Komplexe sind unterteilt in: Wege ins Industriezeitalter - Vorinformation; Eisenbahn und Industrialisierung; Fahrrad, Auto, Flugzeug - Die Demokratisierung der Geschwindigkeit; Nachrichtenwesen; Stadt und "Verstädterung" seit der Mitte des 19. Jh.; Bevölkerungsmobilität im Industrialisierungsprozeß; Schule und Industrialisierung; Industriezweige in Bayern; Bayrische Landesausstellungen; Phasen des technologischen Wandels; Arbeitswelt in Fabrik und Büro; Die bayrischen Unternehmer, Kapitalbildung und Unternehmerorganisationen im Industriezeitalter; Arbeiterbewegung; Die Arbeiterbewegung als Kulturbewegung; Der Staat und die "Soziale Frage"; Gewerbeförderung; Warenhaus und serielle Massenproduktion; Vom Wohnen und der Haushaltführung; Technik und Ästhetik; Technik und Kommunikation; Technik, die wir brauchen!

Als vorteilhaft erweist sich, daß jeder Komplex mit einem wissenschaftlichen Beitrag eingeleitet wird. Industrielle Entwicklung und Arbeiterbewegung sind die eindeutigen Schwerpunkte und bilden darüber hinaus eine Ausnahme, da zwar zu den einzelnen Industriezweigen bzw. den einzelnen Etappen der Arbeiterbewegung Einschätzungen vorliegen, eine Gesamtbeurteilung jedoch fehlt. So unterschiedlich die Beiträge auch sind, ist das Bemühen hervorzuheben, einen Gesamtüberblick zu vermitteln. Der unbestreitbare Vorzug des Katalogs besteht in der Präsentation der ausgestellten Objekte. Das betrifft sowohl die wissenschaftliche Aufarbeitung als auch die große Anzahl von Abbildungen. Mit der hervorragenden Handhabung der einzelnen Sachzeugen wird der Versuch unternommen, sie in das jeweilige Beziehungsfeld der industriellen Entwicklung zu stellen. Insgesamt werden so über 1 220 Objekte erfaßt. Ein weiterer Vorzug des Katalogs ist in dem vom Herausgeber als Vorinformation bezeichneten ersten Teil zu sehen. In einer synoptischen Tabelle werden Veränderungen von Überbau und Basis vorgestellt sowie anschließend ein kurzer Überblick über die Entwicklung von Landwirtschaft und Handwerk gegeben. Daß diese beiden Bereiche im Vergleich zu den anderen Komplexen unterbelichtet sind, liegt m. E. nicht an dem Mangel an historischen Sachzeugen zu diesen Themen, sondern an einer fehlerhaften Konzeption. Wenn einerseits immer der Entwicklung Bayerns im Industrialisierungsprozeß eine Sonderstellung zugewiesen und als eine sehr spät einsetzende und mit ausgeprägten agrarischen Strukturen behaftete angesehen wird, sollte doch dann auch der

landwirtschaftlichen Entwicklung unter den Auswirkungen der Industrialisierung genügend Rechnung getragen werden.

Schwerpunkte der industriellen Entwicklung in Bayern waren bis in die 70er und 80er Jahre des 19. Jh. hinein Zentren wie Nürnberg, Augsburg, Hof, Kaufbeuren und Kempten. München entwickelte sich relativ spät zu einem industriellen Ballungsgebiet. Eisenbahn- und Maschinenbau sowie Textilindustrie waren vor allem in diesen Städten anzutreffen. Daneben gab es aber auch Gewerbezweige mit längeren Traditionen, wie Porzellan- und Glasfabrikation, die vor allem in ländlichen Gebieten angesiedelt waren. Außerdem begann ein relativ früher Aufschwung in Bereichen der Konsumgüterindustrie, wie bei der Produktion von Fahrrädern und Nähmaschinen. Veränderungen an der Basis, wie die Weiterentwicklung alter und die Entstehung neuer "wissenschaftlicher" Industriezweige, sowie Anpassungen des Überbaus an die neuen ökonomischen Bedingungen kommen in einzelnen Beiträgen zum Ausdruck. Dabei wird nicht genügend herausgearbeitet, daß die industrielle Revolution der prägende Prozeß für die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte im 19. Jh. in den deutschen Staaten war und das Gesamtsystem der Produktivkräfte umgewälzt wurde.[1] Auch die Auffassung von einer verspäteten oder besonderen industriellen Entwicklung Bayerns hält näherer Prüfung nicht stand. Es sei denn, man nimmt nur Preußen und Sachsen als Indikator, dann träfe dasselbe Argument auf alle anderen Bundesstaaten zu. Nach der Zollvereinsstatistik von 1846/47 nahm beispielsweise Bayern bei der Anzahl und Leistung der eingesetzten Dampfmaschinen nach Preußen und Sachsen den 3. Platz ein.[2] Sicher stellen die 64 bayrischen Dampfmaschinen nur 5,5 % der gleichzeitig in Preußen arbeitenden bzw. 28,7 % der in Sachsen vorhandenen Dampfmaschinen dar, doch gegenüber allen anderen Zollvereinsstaaten war die kapitalistische Industrialisierung Bayerns vergleichsweise weiter fortgeschritten.

Wie in anderen Bundesstaaten entstand auch in Bayern in den Jahren nach 1840 die Grundlage der Maschinenbauindustrie. "Sie ist durch das Vorhandensein zahlreicher größerer und vieler mittlerer Maschinenbaubetriebe charakterisiert. Die fabrikindustriell und manufakturell organisierten Betriebe beherrschen das Bild. Zwar sind die handwerklichen Betriebe noch in der Mehrzahl, jedoch nehmen ihr Anteil und ihre Bedeutung fortlaufend ab."[3] Obwohl Alfred Schröter das für den gesamten deutschen Maschinenbau ausführte, gilt es auch in modifizierter Form für Bayern. Die großen Maschinenbaubetriebe waren am Ende der 40er Jahre des 19. Jh. gegründet worden und entwickelten sich in der folgenden Zeit auf der Grundlage der fabrikmäßigen Produktion. So waren 1846 im bayrischen Maschinenbau 16 Dampfmaschinen, das sind vergleichsweise 20 % der im preußischen Maschinenbau vorhandenen, eingesetzt.[4] Am Ende der 60er Jahre des 19. Jh. war die materiell-technische Basis des vormonopolistischen Kapitalismus vorhanden, die maschinelle Produktion von Maschinen war möglich, die beiden Hauptklassen des Kapitalismus hatten sich konstituiert, und die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus der freien Konkurrenz wirkten auch in Bayern.

Diese Aspekte werden zwar nicht genannt, die in den einzelnen Beiträgen enthaltenen Aussagen dazu geben jedoch unserer Auffassung von Inhalt und Verlauf der industriellen Revolution - auch unter bayrischen Bedingungen - recht.

1 Lärmer, Karl, Zur Problematik der Periodisierung der Geschichte der Produktivkräfte im 19. Jahrhundert - Ein Diskussionsbeitrag, in: Studien zur Geschichte der Produktivkräfte, hg. v. Karl Lärmer, Berlin 1979, S. 15 ff.
2 Berechnet nach: Zollvereinsstatistik von 1847/48, o. O., o. J.
3 Schröter, Alfred/Becker, Walter, Die deutsche Maschinenbauindustrie in der industriellen Revolution, Berlin 1962, S. 111.
4 Berechnet nach: Zollvereinsstatistik von 1847/48.

Im Katalog kam es zu einer bewußten Beschränkung auf ausgewählte Komplexe oder Leitmotive - wie es im Vorwort heißt. Dabei wurde das Schwergewicht eindeutig auf den Zeitraum von 1850 bis 1900 gelegt. Probleme der Zeit nach 1900, insbesondere nach 1914, wurden dadurch völlig vernachlässigt. Viele Faktoren in einzelnen Aufsätzen sowie die entsprechenden Werkzeuge, Maschinen, Fotos, Dokumente, Grafiken u. a. m. der Zeit der Jahrhundertwende weisen darauf hin, daß der Kapitalismus in ein neues Stadium trat. Obwohl der Bayrische Landtag den Auftrag erteilte, die letzten 200 Jahre bayrischer Wirtschafts- und Sozialgeschichte darzustellen, wurden eben die letzten 50 bis 80 Jahre nahezu ausgeklammert. Die Veränderungen, die sich mit dem Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus auch und gerade auf industriellem Gebiet infolge der Konzentration der Produktion und des Kapitals vollzogen, kommen nicht oder nur völlig unzureichend zum Ausdruck.

Aus der Reihe der Aufsätze ist der von Alto Brachner zum technologischen Wandel zu nennen, da er den Versuch unternimmt, die Industrialisierung Bayerns in gewisser Weise zu systematisieren. Er arbeitet ein vereinfachtes Schema technologischer Phasen heraus und verzichtet dabei auf die Gesetzmäßigkeiten produktionstechnischer Vorgänge. Daß die Technologie die Grundlage für die effektive Gestaltung des materiellen Produktionsprozesses nach technisch-ökonomischen und die menschliche Arbeitskraft berücksichtigenden Grundsätzen bildet, wird nicht dargestellt. Bei der Einteilung sowie Kennzeichnung der einzelnen Phaseninhalte wird der Bezugspunkt gewechselt und oft auf die eine oder andere Nutzung unterschiedlicher Energieformen und -träger reduziert. Die technologische Entwicklung wird in 6 Phasen unterteilt und reicht von der Entstehung einer leistungsfähigen Meßinstrumentenindustrie, über die Entwicklung spezialisierter Werkzeuge und Werkzeugmaschinen, den Bau von Dampfmaschinen, die Ausbreitung des Verkehrs, den Übergang von der zentralen zur individuellen, leistungsfähigen und billigen Kraftmaschine bis hin zur Anwendung der Mikroelektronik. Davon ausgehend, werden einzelne Aspekte im Verhältnis von Technologie und Industrialisierung sehr früh angesiedelt, wie etwa die Spezialisierung im Maschinenbau oder die Massenfabrikation. Beide Merkmale treten doch wohl erst nach 1900, z. T. erst während des ersten Weltkrieges auf und sind nicht in dem vorangegangenen Zeitraum anzusiedeln. Noch unverständlicher wird es, wenn der Autor etwa den Konzentrationsprozeß der Elektroindustrie ausschließlich auf technologische und wirtschaftliche Spezialisierungen zurückführt. Auch kann von einem schnellen Verlauf der Elektrifizierung der Industrie keine Rede sein. Weder konkrete Angaben über den Einsatz des Elektromotors noch andere Fakten geben Anlaß zu einer solchen Einschätzung. Beispielsweise übertraf der Kraftstromanteil den des Lichtstroms in Bayern erst 1911, in Preußen war das 1909 der Fall, in Sachsen 1911 und im Deutschen Reich 1909.[5] Auch die mangelnde Berücksichtigung neuerer Forschungen verleitet den Autor zu der Aussage, daß Bayern bereits kurz nach 1870/71 in die technologische Phase der Elektrifizierung eintrat.[6]

5 Berechnet nach: Historische Energiestatistik von Deutschland, Bd. 1: Statistik der öffentlichen Elektrizitätsversorgung Deutschlands 1890 - 1915 = Quellen und Forschungen zur historischen Statistik von Deutschland, hg. v. Wolfram Fischer, Franz Irsigler, Karl Heinz Kaufhold und Hugo Ott, Bd. 1, St. Katharinen 1986.

6 Siehe dazu u. a. Kuczynski, Jürgen, Vier Revolutionen der Produktivkräfte. Theorie und Vergleiche. Mit kritischen Bemerkungen und Ergänzungen v. Wolfgang Jonas, Berlin 1975; Baudis, Dieter/Nussbaum, Helga, Wirtschaft und Staat in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1918/19 = Wirtschaft und Staat in Deutschland, Bd. 1, Berlin 1978; Henniger, Gerd,

Im Katalog sind eine Reihe weiterer beachtenswerter Einzeldarstellungen und Beispiele zur bayrischen Wirtschaftsgeschichte enthalten, die sich insbesondere mit der Entwicklung einzelner Industriezweige, wie dem Bergbau, der Metall- und Textilindustrie, der chemischen Industrie und der Elektroindustrie, beschäftigen. Aber auch die Aufsätze zur Kapitalbildung und zu den Unternehmerorganisationen würde ich dazu zählen. Andere Beiträge vermitteln Detailkenntnisse und geben Anregungen.

Der Einsatz des Elektromotors in den Berliner Handwerks- und Industriebetrieben 1890 bis 1914 unter besonderer Berücksichtigung der Berliner Elektrizitäts-Werke. Ein Beitrag zur Geschichte der Elektrifizierung der Industriebetriebe, Diss. A, Berlin 1980.

Die Lösung der Agrarfrage und die Durchsetzung des Kapitalismus in der Landwirtschaft

Bauern und bürgerliche Revolution, hg. v. Manfred Kossok u. Werner Loch = Studien zur Revolutionsgeschichte, hg. v. Manfred Kossok u. a.

Akademie-Verlag, Berlin 1985, 336 S., 48,- M

von Rudolf Berthold

1. Agrarfrage - Bauernbewegung - bürgerliche Revolution in ihrem funktionalen Zusammenhang
2. Die Revolutionstypologie und das Problem des Weges zur kapitalistischen Produktionsweise
3. Die zwei Lösungswege der Agrarfrage erster Art
4. Der Stand der Lösung der Agrarfrage und der Durchsetzung des Kapitalismus in der Landwirtschaft bis zur Revolution von 1848/49 in Deutschland

In den bürgerlichen Revolutionen der Neuzeit haben die Bauern eine entscheidende Funktion. Sie bestimmen an der Seite der zur Herrschaft strebenden Klasse Richtung und Intensität der Revolution mit und bilden deren Massenbasis. Die große Bedeutung, die die Bauernbewegung für den Verlauf der neuzeitlichen Revolutionen hat, veranlaßte die Geschichtsforschung, sich mit ihr zu befassen. Man kann aber nicht behaupten, daß dieser Gegenstand bereits umfassend untersucht worden sei. Die Lücken sind unübersehbar, und das theoretische Defizit ist beachtlich.

Dem interdisziplinären Zentrum für vergleichende Revolutionsforschung in Leipzig ist deshalb dafür zu danken, sich der Rolle der Bauern in der bürgerlichen Revolution angenommen zu haben. Die Bemühungen des Arbeitskreises, besonders seines Leiters, Manfred Kossok, führten zur Herausgabe des vorliegenden Sammelbandes, der 26 Beiträge von 27 mit der Materie bestens vertrauten Forschern enthält. Die Beiträge umfassen den Zeitraum von 1517/25 bis 1910 und behandeln vorwiegend die bürgerlichen Revolutionen in den europäischen Staaten. Erstmalig ist ein repräsentativer Überblick über den erreichten Forschungs- und Erkenntnisstand (bis 1980) eines der wichtigsten Probleme der bürgerlichen Revolution vorhanden: die Agrarfrage als soziale Kernfrage.

Die Agrarfrage und deren Lösung steht in einem engen sachlichen Zusammenhang mit der seit einigen Jahrzehnten international und national intensiv diskutierten Problematik der Transition vom Feudalismus zum Kapitalismus. Über die Ergebnisse dieser Diskussion in der sowjetischen Geschichtswissenschaft urteilt Peter Hoffmann in seinem Beitrag "Die bäuerliche Klassenkomponente beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus in Rußland" folgendermaßen: "Bei gleichartigen methodologischen Ausgangspositionen gelang es nicht, über solche grundlegenden Fragen wie Periodisierung des Gesamtprozesses, Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus, Bewertung der Anfänge der Großproduktion, Differenzierung der russischen Bauernschaft usw. zu einheitlichen

Standpunkten vorzudringen." (S. 129)[1] Es erhebt sich dabei aber die Frage, ob es überhaupt möglich ist, zu einer übereinstimmenden Meinung zu gelangen. Solange noch erhebliche Aktenbestände in den Archiven ihrer Durchsicht harren, wird es nicht gelingen, abschließende Urteile zu fällen, die die Grundlage für eine Annäherung der Stadtpunkte bilden. Und trotzdem waren und sind diese Diskussionen außerordentlich nützlich. Rodney Hilton, der die in verschiedenen Zeitschriften geführte Diskussion marxistischer Wirtschafts- und Sozialhistoriker Englands, Frankreichs und weiterer Länder zum gleichen Gegenstand in einem Sammelband zusammenfaßte und 1976 publizierte, sah den Nutzen dieser Auseinandersetzung darin, daß sie dazu anregt, "die theoretischen Aspekte weiter" zu verfolgen und die "ungelösten Probleme" zu erforschen.[2]

Die Einschätzungen von Hoffmann und Hilton über die Forschungen zur Transition vom Feudalismus zum Kapitalismus treffen auch auf den Sammelband "Bauern und bürgerliche Revolution" zu. Er stellt von der Substanz her einen wichtigen Beitrag zu dieser Thematik dar und enthält eine Fülle von Informationen. Bestimmte theoretische Ansätze und Erkenntnisse lassen sich nun exakter formulieren. In einer Reihe wichtiger Fragen gibt es unterschiedliche Auffassungen, die noch deutlicher geworden sind. Für die Forschung sind diese unterschiedlichen Meinungen bedeutungsvoll, da sie zeigen, auf welchen Gebieten und in welcher Richtung weiter gearbeitet werden müßte.

Obwohl sich der Sammelband thematisch auf die Rolle der Bauern in den bürgerlichen Revolutionen beschränkt, werden derartig viele Informationen geboten und Probleme angesprochen, daß sich die Rezension auf einige grundsätzliche Fragen beschränken muß. Es soll dabei auf solche Gegenstände eingegangen werden, die für die wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Forschungen zur Transition vom Feudalismus zum Kapitalismus von besonderem Interesse sind.

1. Agrarfrage - Bauernbewegung - bürgerliche Revolution in ihrem funktionalen Zusammenhang

Es gehört zu den Vorzügen des Sammelbandes, deutlich gemacht zu haben, daß zwischen den drei Gliedern dieser Kette ein enger funktionaler Zusammenhang besteht, ein Ursachen- und Wirkungsgefüge. Agrarfrage, Bauernbewegung und bürgerliche Revolution sind historische Kategorien, denen bestimmte Tatsachekomplexe entsprechen, die die Rolle der Bauern in der bürgerlichen Revolution umfassen. Die Agrarfrage beinhaltet den Ursachenkomplex und die Ausgangsbedingungen für die Bauernbewegung. Die Bauernbewegung ist die Folge des Vorhandenseins der Agrarfrage und umfaßt die politischen Aktivitäten, die auf eine demokratische Lösung drängen. Die bürgerliche Revolution bezieht die Bauernbewegung in ihre gesamtgesellschaftlichen Aktionen ein und entscheidet über die Wege zur Lösung der Agrarfrage. Der Schlüssel für das Verständnis von Bauernbewegung und bürgerlicher Revolution ist die Agrarfrage.

Auch für die proletarische Revolution hat die Agrarfrage eine große Bedeutung, worauf in dieser Rezension nicht ausführlich eingegangen werden soll.

Die Agrarfrage wurde in der europäischen Geschichte zweimal zu einem akuten gesellschaftlichen Problem. Beim erstenmal hemmte das feudale System den

1 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

2 Der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus, Frankfurt (a. M.) 1984, S. 12. - Vgl. dazu meine Besprechung im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (JWG), 3/1986, S. 202 f.

Fortschritt der Produktivkräfte in der Landwirtschaft und verschlechterte zunehmend die Lage bestimmter Teile der Bauernschaft. So führten die seit dem ausgehenden 18. Jh. zu beobachtenden Krisenerscheinungen in der Landwirtschaft des Feudalismus zum Entstehen einer Agrarfrage. Im 19. Jh. wurde die Agrarfrage im bürgerlichen Sinne gelöst. Bevor aber die Bourgeoisie die Agrarfrage in ihrem Sinne gelöst hatte, trat im Zusammenhang mit der langfristigen Agrarkrise im Rahmen der großen Depression in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts eine neue Agrarfrage auf. Die Widersprüche in der kapitalistischen Agrarproduktion hatten zu einer über 20 Jahre dauernden Krise geführt, die in vielen Staaten durch die Art der Liquidierung des feudalen Systems in der Landwirtschaft verschärft wurde. Da sich die zweite Agrarfrage in ihrem Inhalt qualitativ von der ersten unterschied, verlangte sie auch nach neuen Lösungswegen. Obwohl die Agrarfrage der zweiten Art - sie wird auch als moderne Agrarfrage bezeichnet - für die bürgerlichen Revolutionen des beginnenden 20. Jh. eine bedeutende Rolle spielte, ließ sie sich nicht mit deren Mitteln lösen. Hierzu war nur die proletarische Revolution in der Lage, die mit der Liquidierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse auch das kapitalistische System in der Landwirtschaft beseitigt, das auf einer bestimmten Stufe seiner Entwicklung erneut zum Aufkommen einer Agrarfrage führt.

Leider gibt es keine Abhandlung, die sich mit der marxistisch-leninistischen Agrartheorie und ihrem hier speziell interessierenden Teilgebiet, der Theorie der Agrarfrage, beschäftigt. Einen bemerkenswerten Ansatz hierzu haben wir in der gründlichen Studie von Fritz Schaaf über das Verhältnis der deutschen Arbeiterbewegung zu den Landarbeitern und Bauern zwischen 1848 und 1890, die bedauerlicherweise keine entsprechende Fortsetzung fand.[3]

Karl Marx und Friedrich Engels äußerten im Zusammenhang mit der Revolution von 1848/49 und dem großen Bauernkrieg von 1525 grundlegende Gedanken über das Wesen der Agrarfrage erster Art und die Möglichkeiten ihrer Lösung.[4] Das für die preußischen Verhältnisse wohl wichtigste Werk, das durch die umfangreiche neuere Forschung nicht überflüssig geworden ist, schrieb der bürgerlich-liberale Agrarhistoriker Georg Friedrich Knapp.[5] Die Vorrede des Autors beginnt mit den programmatischen Sätzen: "Die Geschichte der Bauernbefreiung ist die Geschichte der sozialen Frage des 18. Jahrhunderts. Die soziale Frage des 19. Jahrhunderts hat es weniger mit den Bauern zu tun als mit den Arbeitern".[6] Obwohl Knapp große Sympathien für das traurige Los der Bauern hegte, engte er die soziale Frage des 18. Jh. zu sehr auf eine Bauernfrage ein und unterließ es, dem erheblich verschleppten Abbau der Adelsherrschaft im ostelbischen Dorf nachzugehen. Außerdem wertete er die statistischen Nachweisungen in den Akten des Landwirtschaftsministeriums zur Durchführung der Agrarreformen unzureichend aus.

Ein wesentlich größeres theoretisches Interesse rief die Agrarfrage zweiter Art hervor. In Deutschland beschäftigten sich mit ihr die Parteitage der Sozialdemokratie. Ihre führenden Kräfte verfaßten Artikel in der Arbeiterpresse und in theoretischen Zeitschriften. Engels schrieb seine kleine, aber inhaltsreiche Schrift "Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland" (1894). Von Karl Kautsky erschien 1899 "Die Agrarfrage", der er den Untertitel "Eine Übersicht über die Tendenzen der modernen Landwirtschaft und die Agrarpo-

3 Schaaf, Fritz, Der Kampf der deutschen Arbeiterbewegung um die Landarbeiter und werktätigen Bauern 1848 - 1890 = Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Schriften des Instituts für Geschichte, Bd. 16, Berlin 1962.

4 Ebenda, S. 31 - 48.

5 Knapp, Georg Friedrich, Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Teilen Preußens, 2 Bde., Leipzig 1887.

6 Ebenda, Bd. 1, S. III.

litik der Sozialdemokratie" gab.[7] Diese bis dahin gründlichste Analyse zweiter Art war nach dem "Kapital" von Marx das wichtigste Buch der politischen Ökonomie im 19. Jh. Anhand der amtlichen Statistiken verschiedener europäischer Länder wies Kautsky die Instabilität des Kleinbetriebes in der Landwirtschaft seiner Zeit nach. In mehreren Abschnitten seines Buches ist ausgezeichnetes Material enthalten über die Wirkungsweise des ökonomischen Gesetzes der Konzentration des Kapitals in der Landwirtschaft und die Überlegenheit des Großbetriebes über den Kleinbetrieb, was von bürgerlichen Agrarökonomen und den Agrarrevisionisten geleugnet wurde. Die betriebsökonomische Unterlegenheit des Kleinbetriebes war die Ursache für seine Instabilität und die soziale Unsicherheit der Klein- und Parzellenbauern, die ebenfalls große Teile der Mittelbauern bedrohte. Im Schlußkapitel, das durch die Dürftigkeit seiner Beweisführung und die Begrenztheit der Argumente gegenüber den anderen Kapiteln erheblich zurücksteht, befaßte sich Kautsky mit den Mitteln zur Lösung der Agrarfrage. Nur der Sozialismus könne die soziale Sicherheit des Kleinbetriebes garantieren und durch den Zusammenschluß der Bauern in Produktionsgenossenschaften ihnen die Vorteile des Großbetriebes gewähren.[8] Kautsky befand sich mit dieser Argumentation in Übereinstimmung mit der Ansicht von Engels in der Schrift "Die Bauerfrage in Frankreich und Deutschland"[9], was er auch ausdrücklich betonte.[10] Doch das war nur der halbe Engels. In seiner Einleitung, die die Absicht der ganzen Schrift ausdrückt, führt Engels folgenden Gedanken aus: "Die Eroberung der politischen Macht durch die sozialistische Partei ist in absehbare Nähe gerückt. Um aber die politische Macht zu erobern, muß diese Partei vorher von der Stadt aufs Land gehn, muß eine Macht werden auf dem Land. Sie, die vor allen andern Parteien voraus hat die klare Einsicht in den Zusammenhang der ökonomischen Ursachen mit den politischen Folgen, die also auch die Wolfsgestalt unter dem Schafspelz des großgrundherrlichen zudringlichen Bauernfreunds längst erspäht hat - darf sie den dem Untergang geweihten Bauern ruhig in den Händen seiner falschen Beschützer lassen, bis er aus einem passiven in einen aktiven Gegner der industriellen Arbeiter verwandelt wird? Und damit sind wir inmitten der Bauernfrage."[11] Die Bündnisproblematik und die des Hegemons in der proletarischen Revolution hatte Kautsky weggelassen. Das entsprach ganz seinem Auftreten auf dem Breslauer Parteitag von 1895, der sich u. a. mit dem Entwurf eines neuen Agrarprogramms befaßte.

Mit der Verlagerung des revolutionären Schwerpunktes aus einem Industrieland (Deutschland) in ein Agrar-Industrie-Land (Rußland) erhielt die Agrarfrage zunehmende Bedeutung. Am Vorabend der Revolution von 1905 begannen sich die russischen Marxisten intensiver mit der Agrarfrage zu befassen. Lenin nahm damals und später in verschiedenen Schriften hierzu Stellung, wobei er die bei Kautsky fehlende Einheit von Weg und Ziel wiederherstellte. In seinem Beitrag "Bauernbewegung und demokratische Revolution in Rußland. Zur Agrar- und Bauenfrage in bürgerlich-demokratischen Revolutionen der Epoche des Imperialismus" wertet Wolfgang Küttler die Schriften Lenins zur Agrarfrage gründlich aus. Aus der Sicht der russischen Verhältnisse wird das Wesen der Agrarfrage zweiter Art dargelegt. Leider gibt es im vorliegenden Sammelband keinen Beitrag, in dem in gleicher Weise das Wesen der Agrarfrage erster Art erörtert wird. Lediglich einzelne Bemerkungen sind vorhanden.

7 Kautsky, Karl, Die Agrarfrage. Eine Übersicht über die Tendenzen der modernen Landwirtschaft und die Agrarpolitik der Sozialdemokratie, Stuttgart 1899.
8 Ebenda, S. 440 ff.
9 Engels, Friedrich, Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland, in: Marx/Engels, Werke (MEW), Berlin 1956 ff., Bd. 22, S. 483 - 505.
10 Kautsky, S. 446.
11 Engels, S. 483.

Es soll versucht werden, auf der Grundlage des bisherigen Forschungsstandes die wesentlichen Aspekte der Agrarfrage erster und zweiter Art zusammenzustellen, wobei zu bedenken ist, daß zwischen den einzelnen Aspekten der jeweiligen Agrarfrage ein enger Zusammenhang besteht. Die Aspekte sind wechselseitig verflochtene Teile eines Ganzen, überlappen sich gegenseitig und werden nur zum Zwecke der Analyse getrennt genannt. Die Agrarfrage erster Art umfaßte

- die Einschränkung der persönlichen Freiheit der Bauern (Leibeigenschaft, Schollenpflichtigkeit und Erbuntertänigkeit);

- das eingeschränkte Bodeneigentum, das Anlaß sozialer Unsicherheit war;

- die Gemengelage der Flurparzellen, die Gemeinheiten und die Servituten auf den Bauernfeldern, die eine ökonomische zweckmäßigere Art der Bodenverwertung behinderten;

- die Abgaben und Dienstleistungen (feudale Ausbeutung im engeren Sinne);

- die Adelsprivilegien, wie das Recht auf Besitz von Rittergütern, den besonderen Gerichtsstand, die Standschaft auf Landtagen, die Steuerfreiheit, die Gutsherrschaft mit der Patrimonialgerichtsbarkeit und der Polizeihoheit im Dorf, das Kirchen- und Schulpatronat, die Jagdgerechtigkeit auf den Feldern des Dorfes und in dem gemeinschaftlichen Wald, den Ausschankzwang, den Mühlenzwang, das Vorkaufsrecht bäuerlichen Getreides und anderer Erzeugnisse usw.;

- das Verhältnis der Bauernschaft zur bürgerlichen Revolution und die Funktion des Bürgertums bzw. der Bourgeoisie als Hegemon in ihr.

Die Agrarfrage zweiter Art umfaßte

- die Eigentumsstruktur in der Landwirtschaft, die durch die unzureichende Betriebsgröße der Mittel- und Kleinbauern ihre besondere Ausprägung erhielt;

- die Überlegenheit des Großbetriebes über den Kleinbetrieb, die die wirtschaftliche Instabilität des letzteren bedingte;

- die Auswucherung der werktätigen Bauern durch das städtische Kapital, das Steuersystem und die Zölle, die im Zusammenhang mit den Schwankungen des Marktes die soziale Unsicherheit großer Teile der Bauernschaft verursachten;

- die Beseitigung noch vorhandener feudaler Überreste;

- den Weg der Bauern zur modernen Großproduktion und die Nutzung aller wissenschaftlichen Erkenntnisse und technischen Möglichkeiten im Rahmen von Produktionsgenossenschaften und der dafür erforderlichen Zwischenstufen;

- das Bündnis der werktätigen Bauernschaft mit der Arbeiterklasse und deren Funktion als Hegemon in den Revolutionen, die zur sozialistischen führten;

- das Verhältnis der Landarbeiter zu den Agrarkapitalisten und die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung.

Die Agrarfrage erster Art hatte eine ausgesprochen antifeudale Stoßrichtung. Sie verlangte die Liquidierung der feudalen Ausbeutung und Unterdrückung, d. h. die Beseitigung der feudalen Produktionsverhältnisse. Die Stoßrichtung der Agrarfrage zweiter Art war antikapitalistisch.

Die Agrarfrage ist mehr als nur Bauernfrage. Sie umfaßt das Ganze der Landwirtschaft, und ihre Lösung zielt auf das Ganze der Gesellschaft (Übergang von der feudalen zur kapitalistischen und von der kapitalistischen zur sozialistischen Produktionsweise). Die Bauernfrage bildet den Kern der Agrarfrage. Die Bauern waren die stärkste Gruppe der Agrarproduzenten (eine Ausnahme bildete Großbritannien). Sie stellten in den politischen Auseinandersetzungen

im Dorf (bis auf die ausgesprochenen Großgrundbesitzergebiete) die wichtigste politische Kraft dar. In den bürgerlichen Revolutionen haben sie in entscheidendem Maße zur Machterhöhung der Bourgeoisie beigetragen, in den bürgerlich-demokratischen Revolutionen zu deren Machtminderung und zur Stärkung der Arbeiterbewegung. Nach der Darstellung von Georg Friedrich Knapp, der wohl als erster den Begriff der Bauernfrage in die deutsche Geschichtswissenschaft einführte, beinhaltet die Bauernfrage die persönliche Abhängigkeit der Bauern, das feudale Besitzrecht und die bäuerlichen Leistungen an ihre Herren. Das sind zwar wichtige Seiten der sozialen Lage der Bauern im Spätfeudalismus, aber nicht alle.

Auf den Inhalt der Begriffe Agrar- und Bauernfrage wurde deshalb eingegangen, weil sie im vorliegenden Sammelband verschiedentlich ohne erkennbaren Unterschied und in unterschiedlichen Zusammenhängen verwendet wurden (S. 14, 33, 44, 47 ff., 50 f., 191). Zweckmäßig ist es, die Lösung der Agrarfrage als die soziale Hauptaufgabe der bürgerlichen Revolution zu betrachten und die Bauernfrage als deren Kern.

In der Geschichtswissenschaft der DDR wurde für die Agrarentwicklung des endenden 18. und die erste Hälfte des 19. Jh. höchst selten der Begriff der Agrarfrage verwandt. Noch nicht einmal der von Knapp geprägte Terminus Bauernfrage fand Eingang. Es drehte sich immer alles um die "Bauernbefreiung" und später um die "kapitalistische Bauernbefreiung" als den Kernprozeß des preußischen Weges des Kapitalismus in der Landwirtschaft. Unter "Bauernbefreiung" wurde die staatlicherseits verfügte Aufhebung der Leibeigenschaft, Untertänigkeit und Schollenzugehörigkeit, die Herstellung des vollen Eigentums der Bauern an ihrer Wirtschaft gegen Landabtretung und/oder Geldleistung sowie die Ablösung der Naturallasten und Abgaben gegen Bezahlung verstanden. Von den drei Komplexen, die die "Bauernbefreiung" ausmachten, war nur die Aufhebung der persönlichen Bindungen der Bauern eine Befreiung, alles andere eine Sache des Loskaufs. Wenn die bürgerlich-liberale Forschung diesen Begriff wählte, war es ihre Sache. Bürgerliche Forscher zweifeln heute an dessen Richtigkeit. Der marxistischen Geschichtsschreibung ist der Begriff "Bauernbefreiung" nicht zu empfehlen. Das bringt die preußische Lösung der Agrarfrage nicht nur verbal in die Nähe der Forderungen der Bauern nach Freiheit, die eine entschädigungslose Aufhebung aller Feudallasten bezweckte. Man sollte von preußischen Agrarreformen sprechen. Die preußische Ministerialbürokratie, die den Sachverhalt der Agrarreformen am besten kannte, benutzte in der Agrargesetzgebung, in den Ausführungsbestimmungen und Erläuterungen sowie im amtlichen Schriftverkehr, soweit er in den vielbändigen Werken verschiedener Autoren publiziert ist, niemals den Begriff "Bauernbefreiung". Sie faßte alle diesbezüglichen Gegenstände unter den Terminus "Landeskulturgesetzgebung". Dieser Begriff erscheint heute etwas ungewöhnlich, weil wir ihn in der verengten Form der Landschaftsgestaltung und der Bodenmeliorationen benutzen. Damals gehörten zur Landeskultur noch die Bodenproduktion und die damit zusammenhängenden ökonomischen und sozialen Probleme.

Mit dem Begriff "Bauernbefreiung" werden die im Dorf ablaufenden Veränderungen unzureichend erfaßt. Die Separationen und Zusammenlegungen, die Aufteilungen der Gemeinheiten und die Ablösungen der Servituten bleiben unberücksichtigt, die die entscheidende Vorbedingung für eine moderne Bodennutzung darstellten (Übergang von der Getreide- zur Getreide-Hackfrucht-Wirtschaft). Außerdem wird die Zurückdrängung der Macht des Adels im Dorfe und der Abbau der Adelsprivilegien aus der Analyse der realen Verhältnisse ausgeschlossen. Wir sollten den preußischen Weg nicht mehr isoliert als "Bauernbefreiung" betrachten. Das tat die bürgerlich-liberale Agrargeschichtsforschung vor 100 Jahren. Die marxistische Betrachtungsweise verlangt nach einer Beachtung größerer Zusammenhänge. Ansonsten ließe sich der Vorwurf nicht entkräften, wir wären in der theoretischen Bewältigung des Problems der Lösung der Agrarfrage nicht weiter als vor 100 Jahren.

Ein den modernen Forschungsstand berücksichtigender Denkansatz findet sich in dem Beitrag von Albert Soboul "Bauernfrage und bürgerliche Revolution", wonach "das Bauernproblem im Herzen der bürgerlichen Revolution unter dem dreifachen Aspekt des Ancien régime zu sehen ist: feudale Abgaben, Verteilung des Eigentums an Boden, Auflösung der ländlichen Gemeinschaft. Das sind wesentliche Probleme in bezug auf die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. Um frei über ihre Person und Arbeit verfügen zu können, durften die Bauern zuallererst nicht mehr leibeigen und hörig sein, es galt, ihren Boden von der Überlast der Feudalrechte zu befreien. Sie mußten die Herrschaft des Landadels niederwerfen, der ihre Mehrarbeit und ihr Mehrprodukt an sich riß und sich dabei auf den Rechtsapparat und die Machtmittel des Staates unter dem Ancien régime stützte. Außerdem hatten sie sich, um frei produzieren und austauschen zu können, von den Beschränkungen und Begrenzungen zu befreien, die durch die traditionellen Gewohnheitsrechte der ländlichen Gemeinschaft auf ihren Wirtschaften lasteten." (S. 66) Soboul erweitert also die "Bauernbefreiung" um den Komplex der Ablösung der Servituten, der Aufhebung der Flurgemeinschaft und der Gemeinheiten sowie der Separation der Dorffluren ("traditionelle Gewohnheitsrechte der ländlichen Gemeinschaften") und um den Komplex der Zerstörung der feudalherrlichen Machtausübung im Dorf und der alten Machtstrukturen. Unverkennbar leistete Soboul von allen Autoren des Sammelbandes den größten Beitrag für das Verständnis der Agrarfrage erster Art.

Die Agrarfrage erster Art steht in einem engen Zusammenhang mit den feudalen Produktiongsverhältnissen, ohne mit ihnen deckungsgleich zu sein. Die feudalen Produktionsverhältnisse umfaßten die Eigentumsordnung sowie das Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem. Für den Feudalismus ist die viel gebrauchte Formel "Ausbeutung und Unterdrückung" von besonderer Bedeutung. Da die Bauern als Besitzer ihrer Produktionsmittel nicht aus ökonomischen Zwängen ein Mehrprodukt produzierten, das sich die herrschende Klasse aneignen konnte, existierte der außerökonomische Zwang (S. 60). Mit Hilfe dieser Institution realisierte die herrschende Klasse die Feudalrente. Der außerökonomische Zwang war eine historische Besonderheit der feudalen Produktionsverhältnisse. Er war in der Rechtsordnung, in der Guts- und Dorfherrschaft des Adels, in der Patrimonialgerichtsbarkeit und Polizeigewalt institutionalisiert. Außerdem hatte der Landadel einen mittelbaren Zugriff auf die staatlichen Machtmittel. Die Liquidierung der feudalen Produktionsverhältnisse war untrennbar verbunden mit der Beseitigung der Institutionen, die den außerökonomischen Zwang oder, wie A. V. Ado es in seinem Beitrag "Probleme der 'Bauernrevolution' in der Großen Revolution der Franzosen" nennt, die "Seigneuralverfassung" umfassen (S. 81).

In der logisch-historischen Kausalkette Agrarfrage - Bauernbewegung - bürgerliche Revolution ersetzt Manfred Kossok in dem den Sammelband einleitenden theoretischen Beitrag "Bemerkungen zum Verhältnis von Agrarstruktur, Agrarbewegung und bürgerlichem Revolutionszyklus" erstaunlicherweise das erste Glied Agrarfrage durch den völlig anderen Begriff Agrarstruktur. Mit der Agrarstruktur werden zwar besondere Züge der Agrarbewegung erklärt, aber keinesfalls deren Ursache. Die Agrargeschichtsschreibung und die Agrarökonomik verstehen unter der Agrarstruktur eines Landes die Produktionsstruktur, die Erzeugnisstruktur, die Betriebsgrößenstruktur, die Beschäftigtenstruktur und ähnliche Strukturelemente ökonomischer und sozialer Provenienz.

Die Ausführungen über die Beziehungen zwischen der Agrarstruktur und dem Revolutionstyp sind nicht sehr umfangreich - eine knappe Druckseite (S. 31 f.). Bei näherem Hinsehen werden unter dem Begriff der Agrarstruktur grundherrschaftliche oder gutsherrschaftliche Verhältnisse, freibäuerliche Siedlungskolonisation oder Plantagensklaverei sowie feudale Verhältnisse oder kapitalistische Entwicklungsansätze verstanden. Die aufgeführten Institutionen und Relationen wurden von der Agrargeschichtsschreibung und der Agrarökonomik

bislang unter dem Begriff der Agrarverfassung subsumiert. Es besteht auch gar kein Zweifel, daß die Agrarverfassung, natürlich im Komplex mit weiteren Faktoren, einen grundlegenden Einfluß auf den Revolutionstyp ausübt. Ein ähnlicher Zusammenhang läßt sich zwischen der Agrarstruktur, wie die vorgenannten Wissenschaften diese verstehen, und dem Revolutionstyp schwerlich nachweisen.

Der Beitrag von Gerhard Heitz und Günter Vogler "Agrarfrage, bäuerlicher Klassenkampf und bürgerliche Revolution in der Übergangsepoche vom Feudalismus zum Kapitalismus" gehört zu den wenigen, in denen die Autoren die Agrarfrage ihres Zeitabschnittes näher erläutern. An einer Stelle heißt es: "Die Agrarfrage der Übergangsepoche betraf inhaltlich alle für die Gestaltung, Veränderung und Beseitigung der feudalen Produktionsweise und Gesellschaftsformation wesentlichen Faktoren. Wir fassen also die Agrarfrage in diesem Zeitraum grundsätzlich als die Bündelung der aus den feudalen Agrarverhältnissen sich ergebenden Probleme, vor allem in ihrer antifeudalen, auf Modifizierung oder Zerstörung der Feudalverhältnisse gerichteten Dynamik." (S. 47) An einer anderen Stelle werden die Faktoren abgehandelt, die die Agrarfrage bilden: Agrarstruktur, Produktionsverhältnisse, Bevölkerungsentwicklung, Warenproduktion, Differenzierung der Bauernschaft, Formen der Entlohnung, feudale Belastung, Formen des bäuerlichen Eigentums, Mobilität des Bodens, Rechtslage der Produzenten (S. 48).

Nach der Aufzählung der Faktoren und der Feststellung ihrer Wirkungsweise (Gestaltung, Veränderung und Beseitigung) muß man annehmen, daß die Agrarfrage ein wesentlicher Bestandteil des gesamten Spätfeudalismus war und dieser historischen Epoche ihr besonderes Gepräge gab. Eine solche Auffassung befindet sich nicht in Übereinstimmung mit dem Wesen der Agrarfrage. Die Theorie der ständig wirkenden Faktoren widerspricht auch der "antifeudalen, auf Modifizierung oder Zerstörung der Feudalverhältnisse gerichteten Dynamik" der Agrarfrage. Eine so verstandene "Dynamik" ist ein zeitweiliger Vorgang, der in enger Beziehung zur bürgerlichen Revolution steht. Mit dieser letzteren Auffassung ist zwar noch keine umfassende Definition der Agrarfrage gegeben, aber Heitz und Vogler haben ihren wesentlichen Grundzug genannt.

Die abschließende Feststellung mag vielleicht simpel erscheinen. Aber es ist nicht zu übersehen: Eine Agrarfrage trat immer dann auf, wenn das Verhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen eine Störung erfuhr, wenn die Produktionsverhältnisse als Bewegungsform der Produktivkräfte deren weitere Entfaltung behinderten. Der beste Beweis für diese Erkenntnis sind die Beiträge des Sammelbandes, in denen die Autoren ausführlich auf die Ursachen der jeweiligen Bauernbewegungen und der bürgerlichen Revolutionen eingehen.

2. Die Revolutionstypologie und das Problem des Weges zur kapitalistischen Produktionsweise

An dem Erfassen und Einordnung der Tatsachen, die das Verhältnis der Bauern zur bürgerlichen Revolution erhellen, lassen sich im vorliegenden Sammelband zwei unterschiedliche Standpunkte, ein unterschiedliches Herangehen an die Lösung der gestellten Aufgabe erkennen. Die beiden Beobachtungsweisen kommen am deutlichsten in den schon genannten Beiträgen von Kossok und von Soboul zum Ausdruck. Kossok geht von den unterschiedlichen Typen der bürgerlichen Revolution im Rahmen des diesbezüglichen Zyklus aus, in die er die bäuerliche Bewegung einordnet und bewertet (S. 14). Die Qualifizierung der einzelnen Typen bürgerlicher Revolution erfolgt nach der jeweils erreichten Stufe beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus (S. 18).

Als Revolutionstypen werden genannt:

- Revolution im Feudalismus gegen den Feudalismus (Frankreich 1789)
- Revolution im Kapitalismus für den Kapitalismus (Frankreich 1848)
- Revolution auf dem Wege zum Kapitalismus (Deutschland 1848)
- Revolution unter Hegenomie des Proletariats (Rußland 1905). (S. 14)

Da es keinen allgemeingültigen oder prinzipiell gleichen Weg zum Kapitalismus gab - jedes europäische Land mußte seine Probleme auf eigene Weise lösen -, bestand der bürgerliche Revolutionszyklus aus durchaus unterschiedlichen Revolutionen, d. h., sie besaßen ihre nationalen und stadialen Besonderheiten. Zu diesen gehörten auch die Beziehungen der Bauernbewegung zur Revolution und die Erfolge bei der Lösung der Bauernfrage.

Für die Analyse der Beziehungen zwischen der Bauernbewegung und der bürgerlichen Revolution hat der revolutionstypologische Ansatz seine volle Berechtigung. Insofern die Klippe "Ereignisgeschichte" durch die Einordnung in die Transition vom Feudalismus zum Kapitalismus überwunden wird, läßt sich die Logik des historischen Prozesses erkennen, die erst eine Bewertung nach der Systematik des Revolutionszyklus ermöglicht. Im Sinne dieser Revolutionstypologie sind einige der Aufsätze des Sammelbandes geschrieben. Sie haben einen hohen Informationsgehalt und vermitteln tiefere Einsichten in das Verhältnis der Bauern zur Revolution (das sind vor allem die Studien, die sich mit einer bestimmten Revolution befassen).

Soboul geht bei der Betrachtung der Rolle der Bauern in der bürgerlichen Revolution vom Gesamtprozeß der Transition vom Feudalismus zum Kapitalismus aus, dessen wichtigste Frage die "Produktion im Zusammenhang mit den sozialen Strukturen" war (S. 63). An anderer Stelle heißt es hierzu: "... der eigentliche Prozeß des Zerfalls der Feudalwirtschaft oder (aber das ist der Hauptaspekt der gleichen Erscheinung) die Art und Weise der Differenzierung der Bauernschaft war es, welche die charakteristischen Züge der Bildung und Struktur des Kapitalismus in jedem Land bestimmte. Mit anderen Worten, die Struktur des modernen Kapitalismus wurde in jedem Land durch die inneren Beziehungen zwischen dem Zerfall des feudalen Eigentums an Boden und der Bildung des Industriekapitals in der Übergangsphase der alten zur neuen Gesellschaftsordnung geprägt." (S. 63) Der Kern der Transition vom Feudalismus zum Kapitalismus war demnach die Ablösung der feudalen durch die kapitalistische Produktionsweise, die wechselseitig mit der Transformation der feudalen Agrargesellschaft zur kapitalistischen Industriegesellschaft verknüpft war. In dieser sich über Jahrhunderte hinziehenden Umwälzung aller gesellschaftlichen Beziehungen und Verhältnisse nahmen die Bauern ihren Platz ein, der auch ihre Rolle in den bürgerlichen Revolutionen bestimmte. Für Soboul ging es nicht um ein "Ereignis", sondern um einen "Prozeß" - "(in der Geschichte gibt es keine Modelle, es gibt nur Wege)" (S. 63) -, obwohl er sich in seiner Studie eingehend mit der Bauernrevolution im Rahmen der französischen Revolution von 1789 bis 1795 beschäftigte.

Der gleiche Ansatzpunkt bei der Betrachtung der Bauern und der Bauernbewegung, wie ihn Soboul anwandte, läßt sich in den Beiträgen von Gerhard Heitz/Günter Vogler, Helmut Bleiber/Walter Schmidt, Georg Moll, Peter Hoffmann u. a. erkennen, deren Untersuchungen sich nicht auf eine einzige Revolution beschränkten.

Auf die unterschiedlichen Auffassungen zur Transition vom Feudalismus zum Kapitalismus (Hoffmann, Hilton) wurde eingangs hingewiesen. Divergierende Meinungen gibt es auch im vorliegenden Sammelband. Heitz und Vogler unterscheiden zwischen Übergangsepoche und Prozeß des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus (S. 43, 45, 62). Aus dem Kontext ist zu entnehmen, daß der Prozeß den Inhalt der Übergangsepoche bildet (S. 62). In zeitlicher Hinsicht wird die Übergangsepoche vom Ende des 15. Jh. bis 1789 angesetzt (S. 45). Für eine Kontinentgeschichte Europas ist es durchaus berechtigt,

das Zeitalter des moderenen Kapitalismus 1789 beginnen zu lassen. Es soll aber nicht verschwiegen werden, daß eine größere Gruppe bekannter Wirtschafts- und Sozialhistoriker verschiedener europäischer Länder die Zäsur 1850 setzt.[12] 1789 hatten erst drei europäische Länder, England, Frankreich und die Niederlande, den Feudalismus überwunden. In den meisten europäischen Ländern waren zwar gesellschaftliche und ökonomische Veränderungen vor sich gegangen, aber die feudale Produktionsweise und die ihr entsprechende feudale Agrargesellschaft bestanden noch bis ins 19. Jh. hinein, teilweise bis in dessen zweite Hälfte.

Wie aber in Frankreich, das von allen europäischen Ländern den nachhaltigsten Bruch mit dem Ancien régime vollzogen hatte, die Durchsetzung des Kapitalismus nach dem Abschluß der Übergangsepoche im Sinne von Heitz und Vogler tatsächlich aussah, beschreibt Soboul in seinem Beitrag folgendermaßen: "Sicher bedeutete der Sieg über den Feudalismus und das Ancien régime nicht das gleichzeitige Auftreten neuer gesellschaftlicher Verhältnisse. Der Übergang zum Kapitalismus stellt keinen einfachen Prozeß dar, in dessen Verlauf sich die kapitalistischen Elemente im Schoße der alten Gesellschaftsordnung bis zu dem Augenblick entwickeln, wo sie stark genug sind, deren Rahmen zu sprengen. Es brauchte noch lange Zeit, bis sich der Kapitalismus endgültig in Frankreich durchsetzte. Während der revolutionären Periode zeigten sich nur zögernd Fortschritte, die Unternehmen waren meist bescheiden, das Handelskapital herrschte immer noch vor." (S. 67) Die Französische Revolution hatte zwar die feudalen Produktionsverhältnisse liquidiert und der kapitalistischen Gesellschaft zum Durchbruch verholfen, aber die Produktivkräfte befanden sich nach wie vor auf dem Niveau der alten Ordnung. Erst die ökonomische Revolution des 19. Jh. mit ihrem Kernprozeß, der industriellen Revolution, sollte das Industriekapital und den entscheidenden Bestandteil der beiden Hauptklassen der modernen bürgerlichen Gesellschaft, die Fabrikarbeiterschaft und die Fabrikherren, hervorbringen. Das Vorhandensein dieser beiden sozialen Gruppen bedeutete, daß sich die kapitalistische Industriegesellschaft etabliert hatte. Damit war eine der grundlegenden Aufgaben der Transition vom Feudalismus zum Kapitalismus erfüllt. Aber selbst 1830 befand sich Frankreich in diesem Prozeß erst auf "halbem Weg" (S. 181).

In England und Frankreich erfolgte die ökonomische Revolution bereits im Rahmen der bürgerlichen Ordnung. Beide Länder stellten gewissermaßen eine Ausnahme dar. In den meisten noch feudalen Ländern verliefen die Liquidierung der feudalen Ordnung und die ökonomische Revolution nebeneinander und sich gegenseitig bedingend, d. h., zwischen beiden Prozessen bestand ein Kausalverhältnis. Deshalb kann für diese Länder für das Jahr 1789 noch nicht von einem Ende der Transition gesprochen werden. Sie trat unter dem Einfluß der französischen Revolution und der industriellen Revolution in England in ihre zweite Etappe ein.

Der im Zusammenhang mit der Beschreibung des sozialen Inhalts der Transition vom Feudalismus zum Kapitalismus benutzte Begriff der "Agrargesellschaft" wird von Heitz und Vogler abgelehnt. Sie führen zwei Gründe an. Erstens werden dadurch der feudale Charakter der Produktionsverhältnisse verschleiert, und zweitens bestimme "die Manufaktur als Erscheinungsform kapitalistischer Produktion ... - allerdings in unterschiedlichem Maße - die sozialökonomische Gesamttendenz der Epoche" (S. 45).

Es ist natürlich richtig, daß der Begriff "Agrargesellschaft" nichts über ihren historischen Standort aussagt. Er gibt lediglich die Struktur der Gesellschaft an und verschweigt deren Charakter. Struktur und Charakter stellen

12 Vgl. hierzu: Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, hg. v. Wolfram Fischer u. a., Bd. 5: Mitte des 19. Jh. bis zum ersten Weltkrieg, Stuttgart 1985.

jedoch eine Einheit dar. Eine "Agrargesellschaft" an sich gibt es nicht, auch wenn die "Strukturalisten" diesen Begriff in ähnlicher Art verwenden (wie die "Industriegesellschaft"). Die ernstzunehmende bürgerliche Sozialgeschichtsforschung ging auch diesen Weg nicht mit. Rudolf Vierhaus, der in seiner Geschichte Deutschlands im Absolutismus der Struktur der Gesellschaft ein eigenes Kapitel widmete, meint hierzu grundsätzlich: "... ein soziales Gefüge ist nicht bloß eine quantitative Größe, sondern ein qualitatives System, ein Funktions- und Wirkungszusammenhang, der durch ökonomische und kulturelle Faktoren, durch Besitz und Recht, politische Aufgaben, Bildung und Ansehen, Lebensweise und Macht bestimmt ist", und speziell: "Das soziale System, von dem hier zu reden ist, war hierarchisch gegliedert und bis in seine Tiefen hinein obrigkeitlich geprägt".[13]

Der sozialökonomische Charakter einer Gesellschaft wird in aller Regel durch ein entsprechendes Eigenschaftswort angegeben, das gleichzeitig auf ihren historischen Standort Bezug nimmt. In unserem Falle haben wir es mit einer feudalen Agrargesellschaft zu tun.

Auf das Begriffsglied "agrar" bezog sich das zweite Argument von Heitz und Vogler: Die Manufaktur bestimme die Gesamttendenz der Epoche. Leider hat das Wort "Tendenz" verschiedene Bedeutungen: Neigung, Absicht, Stimmung. Da die Autoren dieses Wort auch völlig anders gemeint haben könnten, müßte angenommen werden, daß die Manufaktur als Erscheinungsform kapitalistischer Produktion die Gesamtstimmung der Epoche prägte. Wenn das der Fall wäre, dann hätte die Transition vom Feudalismus zum Kapitalismus auf ökonomischem Gebiet einen völlig anderen Inhalt: Im Vordergrund stünde der Übergang von einer niederen zu einer höheren Form kapitalistischer Produktion. Der Fortschritt würde sich auf die Revolution der Produktivkräfte beschränken. Das widerspricht jedoch aller bisherigen Erkenntnis und der eingangs genannten Diskussion über die Transition vom Feudalismus zum Kapitalismus. Am Übergang von der feudalen zur kapitalistischen Produktionsweise ist auf jeden Fall festzuhalten.

Für den Wirtschaftshistoriker spielen die ökonomischen Faktoren des qualitativ strukturierten Systems der feudalen Agrargesellschaft die entscheidende Rolle. Wenn die anderen Faktoren, die in einem engen Zusammenhang mit den ökonomischen stehen, an die zweite Stelle rücken, so verlieren sie dadurch nichts von ihrer besonderen Bedeutung. In den Jahrhunderten vor dem Beginn der ökonomischen Revolution bestimmte die Landwirtschaft die Wirtschaft als Ganzes. Die Landwirtschaft bestimmte das Wirtschaftswachstum, die Konjunktur und Krisen und letztendlich auch die allgemeinen Bedingungen der gesellschaftlichen Reproduktion bis hin zum Bevölkerungsgesetz. Die Eigentümer der großen Landwirtschaftsbetriebe (Rittergüter und Domänen) bildeten den Kern der herrschenden Klasse. Die selbständigen Bauernwirtschaften, die den Feudalherren Dienste und Abgaben zu leisten hatten, waren der gesellschaftliche Gegenpol der herrschenden Klasse (unterdrückte und ausgebeutete Klasse). Mit ihren Familienangehörigen umfaßten die Bauern in vielen Ländern 80 und mehr Prozent der Bevölkerung. Trotz des hohen Anteils der Bauern an der gesamten Bevölkerung können wir nicht von einer "Bauerngesellschaft" sprechen, wie Heitz und Vogler sehr richtig bemerken (S. 45).[14]

13 Vierhaus, Rudolf, Deutschland im Zeitalter des Absolutismus (1648 - 1763) = Deutsche Geschichte, Bd. 6 (kleine Vandenhoeck-Reihe, 1439), Göttingen 1984, S. 52.

14 Berthold, Rudolf, Bemerkungen über den Entwicklungsstand des bäuerlichen Ackerbaus vor den Agrarreformen des 19. Jh., in: Beiträge zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte 18. und 19. Jh. = Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Schriften des Instituts für Geschichte, Reihe I: Allgemeine und deutsche Geschichte, Bd. 10, Berlin 1962, S. 81 f.

Aber von einer feudalen Agrargesellschaft kann gesprochen werden, wenn das Wesen der feudalen Gesellschaft ein wenig näher bestimmt werden soll. Die Verwendung dieses Begriffs berührt auch nicht die Bedeutung des Manufakturkapitalismus für die erste Stufe der Transition vom Feudalismus zum Kapitalismus. Der Manufakturkapitalismus trug dazu bei, dieser Stufe ihr besonderes Gepräge zu geben, ohne jedoch das Gefüge der damaligen Wirtschaft zu sprengen. Das war erst die Aufgabe der ökonomischen Revolution, die der Manufakturkapitalismus mit vorbereiten half.[15] In diesem Zusammenhang sollte nicht vergessen werden, daß der Fortschritt der Produktivkräfte in der Landwirtschaft beachtlich war (Beginn der Agrarrevolution).[16]

Für die Verwendung der Begriffe "feudale Agrargesellschaft" und "kapitalistische Industriegesellschaft" sprechen auch pragmatische Überlegungen. Die bislang vorwiegend verwendeten Termini "feudale Gesellschaft" und "bürgerliche Gesellschaft" drücken nicht genau genug den historischen Standort aus. In England gab es beispielsweise bereits 1750 eine bürgerliche Gesellschaft, die 1850 noch die gleiche Bezeichnung verdiente. Doch zwischen beiden Zeitpunkten lag die industrielle Revolution, die zu ganz erheblichen Veränderungen in der Gesellschaftsstruktur führte. Will man die Unterschiede begrifflich erfassen, muß der Terminus "bürgerliche Gesellschaft" erweitert werden. Anders lag die Sache beispielsweise in Dänemark, das vor den Agrarreformen ein Agrarland war und danach noch für eine längere Periode in diesem Status verharrte. Da jedoch die feudale durch die kapitalistische Produktionsweise abelöst wurde, transformierte die feudale Agrargesellschaft in eine kapitalistische.

3. Die zwei Lösungswege der Agrarfrage erster Art

Ein weiterer wichtiger Gegenstand der bürgerlicher Revolution, zu dem es unterschiedliche Auffassungen im vorliegenden Sammelband gibt, betrifft das Verhalten der Bourgeoisie gegenüber den Forderungen der Bauern, d. h. zur Lösung der Agrarfrage der ersten Art. In dem Beitrag von Helmut Bleiber "Bauernbewegungen und bäuerliche Umwälzung im Spannungsfeld zwischen Revolution und Reform in Deutschland 1848/49"[17] wird hierzu die Meinung geäußert, daß "die Bourgeoisie als Ausbeuterklasse einerseits die revolutionäre Aktivität der Volksmassen mit Vorbehalten bzw. zumindest mit Unbehagen betrachtet und andererseits - stets auch in ihrer Aufstiegsphase (überall, auch in Frankreich) - möglichst einen Ausgleich mit dem Adel anstrebt" (S. 206). An anderer Stelle seines Beitrages greift Bleiber diesen Gedanken noch einmal auf. "Die Lösung der feudalen Bindungen der Bauernschaft nach dem Prinzip der Entschädigung ist keineswegs nur ein Wunschtraum des in die Enge getriebenen französischen Adels. Der Grundsatz des Loskaufs stellt vielmehr die Grundmaxime auch der französischen Bourgeoisie für die Befreiung der Bauern aus feudalen Ausbeutungsverhältnissen dar." (S. 214) Als Begründung für den Widerstand der Bourgeoisie gegen die entschädigungslose

15 Vgl. hierzu: Kriedte, Peter/Medick, Hans/Schlumbohm, Jürgen, Industrialisierung vor der Industrialisierung, Göttingen 1978.

16 Abel, Wilhelm, Geschichte der deutschen Landwirtschaft vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert = Deutsche Agrargeschichte, Bd. 2, Stuttgart 1978, S. 285 - 350; Berthold, Rudolf, Die Entwicklungstendenzen des Ackerbaus in spätfeudaler Zeit unter besonderer Berücksichtigung des Anteils der Bauern am landwirtschaftlichen Fortschritt, phil. Habil.-Schr., Berlin 1963.

17 Die Überschrift müßte aus sachlichen Erwägungen folgendermaßen heißen: Bauernbewegungen und bürgerliche Umwälzung im Spannungsfeld zwischen Reform und Revolution in Deutschland 1848/49.

Aufhebung der Feudallasten wird genannt: "Er entspricht vielmehr den Existenzbedingungen der Bourgeoisie an sich und bleibt weitgehend unabhängig von den zeitlichen und räumlichen Umständen, unter denen sie mit dieser Frage konfrontiert wird." (S. 214)

Die gesellschaftlichen Bedingungen für die Existenz der Klasse "Bourgeoisie" veränderten sich im Verlauf des 19. Jh. in ganz erheblichem Maße. Das hing mit der ökonomischen Revolution zusammen. In exakt konstatierbarer Abhängigkeit von der ökonomischen Revolution veränderte sich die Sozialstruktur der Bourgeoisie. Wenn auf die Frage nach den jeweiligen Gründen für die Haltung der Bourgeoisie zur Lösung der Agrarfrage erster Art eine ausreichende Antwort gefunden werden soll, dann kann sie nur im Zusammenhang mit den zeitlichen und räumlichen Umständen gegeben werden. Eine Bourgeoisie, deren politisch entscheidender Flügel von den Bankherren, den Großkaufleuten, mit ihnen verbundenen Teilen der Intelligenz und Angehörigen der Ministerialbürokratie sowie weiteren Klienten gebildet wird, neigt natürlich dazu, in einer nicht ihre Existenz gefährdenden Angelegenheit einen Kompromiß mit dem Adel zu suchen. Da die Bankherren und Großkaufleute in umfangreichen geschäftlichen Verbindungen mit dem Adel standen, profitierte die Bourgeoisie noch zusätzlich von den Abfindungssummen der Bauern, wenn sie, was in Deutschland in beträchtlichem Maße geschehen ist, für den Luxuskonsum ausgegeben wurden. Eine solche Bourgeoisie existierte real 1789 in Frankreich. Aufgrund ihrer Existenzbedingungen und ihrer historischen Traditionen tendierte sie in wichtigen Fragen zu Kompromissen mit dem Adel.

1789 gehörten zur Bourgeoisie noch weitere Elemente, die in der Produktion und im Verkehr angelegtes Kapital besaßen, die vom Profit lebten, den sie aus der Ausbeutung der Lohnarbeiter erhielten. Auch diese Gruppe der Bourgeoisie hatte ihre Klienten in der Intelligenz und der Beamtenschaft. Im Zusammenhang mit der schon genannten ökonomischen Revolution wuchs ihre Zahl und ihre wirtschaftliche Stärke, so daß dieser Flügel der Bourgeoisie eines Tages die Klasse als Ganzes politisch vertrat. Diese Fraktion der Bourgeoisie besaß wenig Neigungen zu einem Kompromiß in der Agrarfrage mit dem Adel. Wenn, dann nur wegen der bourgeoisen Auffassung von der Unverletzlichkeit des Eigentums. Aus ökonomischer Sicht sprach alles gegen den Loskauf, nicht nur weil Teile der Bauernschaft als Ausbeuter von Lohnarbeit zur Bourgeoisie gehörten, vielmehr wegen der engen Beziehungen zwischen den Volkswirtschaftszweigen Industrie, Landwirtschaft und Verkehr. In Deutschland hatten die Bauern zwischen ungefähr 1820 und 1890 für den Loskauf 1,8 Mrd. Mark bezahlt und Land im Werte von 212,6 Mill. Mark abgetreten.[18] Dieser immense Betrag fehlte der bäuerlichen Landwirtschaft zu einer Zeit, als die kapitalistische Intensivierung der Produktion die ökonomische Aufgabe Nummer eins war. Einerseits wollte die Industrie in das Dorf Gebrauchsgüter und landwirtschaftliche Arbeitsmittel liefern, und andererseits benötigte die Industrie Rohstoffe aus der Landwirtschaft und billige Nahrungsmittel für die Industriearbeiter (die Nahrungsmittelpreise beeinflußten die Höhe der Industriepreise).

Aufgrund der Existenzbedingungen und der historischen Umstände bestanden für die Bourgeoisie durchaus Voraussetzungen für eine unterschiedliche Haltung zur Lösung der Agrarfrage. Eine vorausbestimmte oder unabhängige Haltung von den jeweiligen Existenzbedingungen und Umständen gab es nicht und konnte es auch nicht geben.

18 Berthold, Rudolf, Die Entwicklung der deutschen Landwirtschaft von den Agrarreformen bis zum Ende des ersten Weltkrieges, in: Von den bürgerlichen Agrarreformen zur sozialistischen Landwirtschaft in der DDR, Hochschullehrbuch für Agrargeschichte, hg. v. Volker Klemm, Berlin 1985, S. 30.

Für das von Bleiber ausdrücklich genannte Frankreich machen die schon erwähnten Beiträge von Soboul und Ado deutlich, daß die Bourgeoisie durchaus in der Lage war, zwei grundsätzlich verschiedene Standpunkte zur Lösung der Agrarfrage erster Art zu vertreten.

Soboul geht in seinem Beitrag von der Überlegung aus, daß die "bürgerliche Revolution ... in letzter Instanz die Unterordnung des Handelskapitals unter das Industriekapital und dadurch die Errichtung der neuen Wirtschaft und Gesellschaft zur Folge" (S. 64) hatte. Mit anderen Worten: In der bürgerlichen Revolution verändert sich die soziale Zusammensetzung der Bourgeoisie, die Industriebourgeoisie wird zur politisch und ökonomisch führenden Schicht, wodurch die gesellschaftliche Funktion der Bourgeoisie einen neuen Charakter erhält. Einer sich in ihrem inneren Aufbau wandelnden Bourgeoisie billigt Soboul auch eine sich verändernde Haltung hinsichtlich der revolutionären Forderungen der Bauern zu. "Der vorwärtsstrebende Flügel der Französischen Revolution war allerdings nicht die Handelsbourgeoisie. In dem Maße, wie sie einzig und allein die Bourgeoisie blieb, die Handel treibt und vermittelt, paßte sie sich der alten Gesellschaft an; von 1789 bis 1793, von den Anhängern der Monarchie zu den Feuillants und dann zu den Girondisten, tendierte sie immer zum Kompromiß. Dieser vorwärtsstrebende Flügel bildete die Masse der kleinen Direktproduzenten, deren Mehrheit bzw. Mehrprodukt sich der Feudaladel mit Hilfe des Justizapparates und der Machtmittel des Staates unter dem Ancien régime aneignete. Das politische Instrument der Umwälzung war die Jakobinerdiktatur der kleinen und mittleren Bourgeoisie, die sich auf die Volksmassen in Stadt und Land stützte, soziale Schichten, denen als Ideal eine Demokratie der kleinen selbständigen Produzenten, der Bauern und Handwerker bei freier Arbeit und Austausch vorschwebte." (S. 69)

Die Finanzleute, Großhändler und Manufakturbesitzer betrieben eine Politik des Kompromisses mit dem alten Adel, während die kleinen und mittleren Unternehmer, aus denen sich die spätere Industriebourgeoisie rekrutierte, für den Sturz des Ancien régime und die politische Entmachtung des Adels eintraten. Diese beiden Flügel der französischen Bourgeoisie standen jeweils hinter dem, was Ado als die "zwei Linien bei der Lösung des Agrarproblems und bei der Wahl des Weges zur Liquidierung der in der agrarischen Struktur noch vorhandenen feudalen Verhältnisse" (S. 80) bezeichnet. Die Linie "von oben" ging von der gemäßigten Bourgeoisie und dem liberalen Adel aus, hatte den Erhalt des adligen Großgrundbesitzes und den Loskauf der Bauern zum Ziel. Die Linie "von unten" betrieb die Jakobiner-Partei, die die Zerschlagung des adligen Besitzes und die entschädigungslose Aufhebung aller feudalen Lasten verlangte. Das entsprach den Forderungen der "Bauernrevolution", der Massenbasis der Revolution.

Die unterschiedlichen Meinungen in bezug auf die Haltung der Bourgeoisie zur "Bauernrevolution" machen deutlich, daß es nicht ausreicht, die Bourgeoisie zu betrachten. Das läßt keine umfassende Beurteilung der realen Verhältnisse zu. Notwendig ist es, die einzelnen sozialen Schichten der Bourgeoisie und deren Interessenlage zu erfassen, um dann deren Stellung zum Hauptverbündeten zu ergründen. Nur so war es Soboul und Ado möglich, die beiden Linien in der Agrarpolitik der Französischen Revolution zu erkennen und auf ihre sozialen Grundlagen zurückzuführen.

4. Der Stand der Lösung der Agrarfrage und der Durchsetzung des Kapitalismus in der Landwirtschaft bis zur Revolution von 1848/49 in Deutschland

Der Übergang von der Landwirtschaft des Feudalismus zu der des Kapitalismus unterscheidet sich prinzipiell von den gleichzeitigen Veränderungen im Gewerbe, so z. B. durch die Art und Weise der Liquidierung der feudalen Produktionsverhältnisse und der Durchsetzung des Kapitalismus. Beide Prozesse bedingen sich gegenseitig, sind aber nicht deckungsgleich. Die Liquidierung der feudalen Produktions- und Machtverhältnisse im Dorf bildeten den wesentlichen Inhalt der Lösung der Agrarfrage (vgl. Abschnitt 1 dieser Rezension). Die Vernichtung alles Unzeitgemäßen und Überholten, was das ökonomische Wachstum hemmt, stellte eine entscheidende gesellschaftliche Vorbedingung für den Fortschritt der Produktivkräfte in ihrer neuen Bewegungsform der kapitalistischen Produktionsverhältnisse dar. Das Anwachsen der landwirtschaftlichen Produktion war eng verknüpft mit der Liquidierung der feudalen Produktionsverhältnisse durch die Lösung der Agrarfrage.

Die Lösung der Agrarfrage ist in erster Linie ein politisches Problem. Sie hängt von den jeweiligen Klassen- und Herrschaftsverhältnissen ab, von dem Reifegrad der gesellschaftlichen Widersprüche, von der Stärke der bäuerlichen Bewegung, von der Qualität des Hegemons in der bürgerlichen Revolution und weiteren diesbezüglichen Faktoren. Natürlich wirkt auch der Verlauf der ökonomischen Revolution auf die Lösung der Agrarfrage ein, steht aber hinter den politischen Bedingungen zurück.

Die Lösung der Agrarfrage ist der politische Komplex im Prozeß der Durchsetzung des Kapitalismus in der Landwirtschaft, zu der auch die das Neue ausmachenden ökonomischen und sozialen Vorgänge gehören. Die Entfaltung der neuen Produktivkräfte, das Wachstum der Produktion und die Veränderung ihrer Struktur, die Herausbildung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und die sich damit in einem dialektischen Wechselverhältnis befindliche Umwälzung der Sozial- und Betriebsgrößenstruktur bilden den entscheidenden Inhalt der Durchsetzung des Kapitalismus in der Landwirtschaft. Dieser Prozeß wurde von den Machtstrukturen und politischen Auseinandersetzungen erheblich beeinflußt, aber in einem viel stärkeren Umfang vom Verlauf der ökonomischen Revolution des 19. Jh. Letztendlich war er selbst Teil dieser Form der Revolution.

Für die Beurteilung der Durchsetzung des Kapitalismus in der Landwirtschaft ist es erforderlich, zu wissen, um welche Komplexe es sich im einzelnen handelt, in welchem Verhältnis sie zueinander stehen und mit welchen Begriffen sie zu erfassen sind. Auf keinen Fall kann ein Komplex für das Ganze genommen werden. Der Grad der Lösung der Agrarfrage gibt nur Auskunft über den politischen Komplex, während der Stand der Durchsetzung des Kapitalismus in der Landwirtschaft das Ganze im Auge hat. Auf das Verhältnis zwischen dem Grad der Lösung der Agrarfrage und dem Stand der Durchsetzung des Kapitalismus in der Landwirtschaft wurde deshalb ausführlicher eingegangen, weil diese Problematik für die Beurteilung der Bauernbewegung in der Revolution von 1848/49 von entscheidender Bedeutung ist. Zu letzterem gibt es im vorliegenden Sammelband und in der weiterführenden Literatur in der DDR eine interessante Diskussion und gegensätzliche Meinungen, deren Ursachen in der unzureichenden Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen der Lösung der Agrarfrage und der Durchsetzung des Kapitalismus in der Landwirtschaft sowie des Wesens beider Gegenstände liegen.

Auffallend ist das unterschiedliche Herangehen an die genannte Problematik und die Verwendung entsprechender Begriffe sowie die Auffassungen über ihren Inhalt. Ohne ausdrücklich auf das Wesen der Agrarfrage einzugehen, verwenden die Autoren des Sammelbandes, Manfred Kossok, Walter Schmidt,

Helmut Bleiber und Roland Zeise, diesen Begriff, wie er im Abschnitt 1 dieser Rezension beschrieben wurde. Georg Moll benutzt in seinem Beitrag "Zeitpunkt und Kriterien der Beseitigung des Feudalismus in der Landwirtschaft auf 'preußischem Weg'" den Begriff der Agrarfrage überhaupt nicht. Er spricht, wie auch andere Historiker, vom "preußischen Weg" der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft (S. 118). Vielleicht mag es an dem erklärenden Zusatz des "preußischen Weges" liegen, daß nur ein sehr begrenzter Sachverhalt erfaßt wird: die "kapitalistische Bauernbefreiung", das Hinüberwachsen der fronherrlichen Eigenwirtschaft in die junkerliche Gutswirtschaft auf der Grundlage von kapitalistischer Lohnarbeit und die Auflösung der feudalen Bauernschaft im Zusammenhang mit der Herausbildung der Klassen- und Sozialstruktur des Dorfes im Kapitalismus (S. 113 - 115).[19]

Mit der Begriffsverengung auf wenige Bereiche des Übergangs von der Landwirtschaft des Feudalismus zu der des Kapitalismus wird man weder dem Teilkomplex "Lösung der Agrarfrage" noch dem Gesamtprozeß "Durchsetzung des Kapitalismus in der Landwirtschaft" gerecht. Vor allen Dingen sind den Mißverständnissen Tür und Tor geöffnet. Generalisierende Urteile aus der Analyse des historischen Prozesses, der mit dem Begriff "Durchsetung des Kapitalismus in der Landwirtschaft" erfaßt wird, sind nicht vergleichbar mit derartigen Urteilen, die aus der Analyse der Entwicklung gewonnen worden sind, die mit dem Begriff "'preußischer Weg' der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft" bezeichnet wird. Obwohl sich die Begriffe ähneln, sind die Bezugsebenen unterschiedlich. Die "Durchsetzung des Kapitalismus in der Landwirtschaft" umfaßt den Gesamtprozeß, der "'preußische Weg' der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft" betrifft nur einen Teil des Ganzen und ist dem untergeordnet. Aus dem Ganzen kann man wohl auf das Teil schließen, aber ein umgekehrter Schluß ist nicht möglich. Die Meinungsverschiedenheiten beziehen sich auf den Stand der Lösung der Agrarfrage in der Revolution von 1848/49 für ganz Deutschland und für Preußen, speziell für seine sechs ostelbischen Provinzen (Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Pommern, Schlesien, Brandenburg). Wenden wir uns zuerst dem größten deutschen Staat zu.

Die preußischen Ministerien für Finanzen und für Landwirtschaft, Domänen und Forsten beauftragten August Meitzen, auf der Grundlage ihrer umfangreichen Aktenbestände ein Werk über die landwirtschaftlichen Verhältnisse im 19. Jh. zu verfassen, das zwischen 1868 und 1908 in acht großformatigen Bänden erschien.[20] Es enthält für den historischen "Normalverbraucher" alles, was man über die Durchsetzung des Kapitalismus in der dortigen Landwirtschaft wissen muß, und vor allem ausführliche Angaben über den Verlauf der Agrarreformen. Die ersten vier Bände, die von 1868 bis 1869 erschienen, betrafen die Erfolge der Reformen bis 1865. Die restlichen vier Bände bezogen die weitere Entwicklung ab 1866, zeitlich wie auch territorial, in die Darstellung ein.

Das Resümee des von August Meitzen und Friedrich Großmann bereits Anfang unseres Jahrhunderts erreichten Forschungsstandes, insofern es unsere Fragestellung nach dem Grad der Lösung der Agrarfrage in Preußen am Vor-

19 Harnisch, Hartmut, Kapitalistische Agrarreform und Industrielle Revolution, phil. Diss. B, Rostock 1978, S. 344 ff. (Agrarreform, 1978). - Erscheinungsort ist nicht "Berlin", wie es im vorliegenden Sammelband, S. 14, Anm. 10, steht. - Überarbeitete Fassung: derselbe, Kapitalistische Agrarreform und Industrielle Revolution = Veröffentlichungen des Staatsarchivs Potsdam, Bd. 19, Weimar 1984 (Agrarreform, 1984).

20 Meitzen, August, Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des Preußischen Staates, 8 Bde., Berlin 1868 - 1908.

abend der Revolution von 1848/49 betrifft, sieht folgendermaßen aus.[21] An Fortschritten war erreicht worden: die Herstellung des vollen Eigentums bei fast allen Bauernwirtschaften, die Aufhebung der persönlichen Bindungen, die Ablösung fast aller Frondienste und Servituten sowie die Beseitigung des größeren Teils der Gemengelage der Äcker. Ohne Zweifel begünstigten gerade diese Maßnahmen den Fortschritt der Produktivkräfte mehr als alle anderen. Negativ machte sich bemerkbar, daß vom Volumen der feudalen Ausbeutung erst 33 % beseitigt waren und die das Ausbeutungssystem sichernden Machtverhältnisse auf dem Lande im Prinzip unverändert fortbestanden. Trotz aller Fortschritte war man in Preußen mit der Lösung der Agrarfrage bis 1848/49 noch nicht sehr weit vorangekommen. Außerdem hatte die Art und Weise der Regulierungen und Ablösungen neuen sozialen Zündstoff angehäuft, da die Bauern damit nicht einverstanden waren.

An den quellenmäßig ausreichend abgesicherten Forschungsergebnissen von Meitzen und Großmann gab es bislang keine Zweifel. Neue Quellen konnten auch nicht gefunden werden, die eine Revision des erreichten Standes erlaubt hätten. Die Geschichtsforschung der DDR sah den Abschluß des preußischen Weges in der Landwirtschaft mit dem Jahre 1865 als gegeben an (Erfüllung der Aufgaben der Agrarreformgesetzgebung von 1807 bis 1850), wie dies Meitzen in Band 1 dargestellt hatte.[22]

1974 veröffentlichte Hartmut Harnisch einen Aufsatz, in dem er auf der Grundlage der von Meitzen publizierten statistischen Nachweisungen den Verlauf der Agrarreformen von 1811 bis 1865 in den preußischen Ostprovinzen untersuchte.[23] Gegenüber Meitzen bezog er zwei weitere auf amtlichen Quellen fußende gedruckte statistische Nachweisungen von 1831 und 1838 in seine Analyse ein, deren Richtigkeit sich durch einen Vergleich mit den Akten der Generalkommissionen bestätigte.[24] Vor allem durch den Eckwert 1838 konnte Harnisch nachweisen, daß nicht erst 1848 (wie Meitzen behauptete), sondern schon 1838 ein hoher Stand in der Beseitigung zweier von den die Entwicklung der Produktivkräfte am stärksten hemmenden feudalen Institutionen (schlechtes Besitzrecht und Frondienste) erreicht war.[25] Im Konnex zu dieser Einschätzung ist folgende Schlußfolgerung zu sehen: "Etwa 1860 endet daher auch der preußische Weg kapitalistischer Agrarentwicklung. Die weitere Entwicklung war nicht mehr durch die Auflösung und Überwindung der feudalen Produktionsverhältnisse bestimmt, sondern erfolgte jetzt auf der Basis kapitalistischer Eigentums- und Ausbeutungsverhältnisse nach den ökonomischen Gesetzen des Kapitalismus."[26] Damit setzte Harnisch den Abschluß des preußischen Weges um fünf Jahre früher als die bisherige Forschung der DDR an.

21 Meitzen, August/Großmann, Friedrich, Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des preußischen Staates, Bd. 6, Berlin 1901, S. 274 f.

22 Harnisch, Agrarreform, 1978, S. 344, Anm. 20, enthält die entsprechenden Literaturangaben. Der Abschluß 1865 geht auf Engels zurück, der nur den 1. Band von Meitzen kannte. Engels, Friedrich, Zur Geschichte der preußischen Bauern, in: MEW, Bd. 21, S. 246 f.

23 Harnisch, Hartmut, Statistische Untersuchungen zum Verlauf der kapitalistischen Agrarreformen in den preußischen Ostprovinzen (1811 bis 1865), in: JWG, 4/1974, S. 149 - 182.

24 Ferber, Carl Wilhelm, Neue Beiträge zur Kenntnis des gewerblichen und commerziellen Zustandes der preußischen Monarchie, Berlin 1832, Tab. IV; Weber, Friedrich Benedict, Handbuch der staatswirtschaftlichen Statistik und Verwaltungskunde der preußischen Monarchie, Breslau 1840, S. 375 - 387.

25 Harnisch, Statistische Untersuchungen ..., S. 156 ff.

26 Ebenda, S. 167.

Vier Jahre nach Erscheinen dieses Aufsatzes sah sich Harnisch veranlaßt, seine neugewonnene Auffassung vom Abschluß des preußischen Weges zu revidieren und ihn nochmals um zehn Jahre zurückzuverlegen: "... ziehe ich also den Schluß, daß im Bereich der preußischen Ostprovinzen insgesamt die Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft nach dem Typ des preußischen Weges 1848 abgeschlossen war." Und an anderer Stelle: "Im Prinzip hatte der befreite Bauer mit seinem alten Gutsherrn nichts mehr zu schaffen."[27]

Es dürfte verständlich sein, daß die marxistische Agrargeschichtsforschung der DDR, insbesondere diejenigen, die ebenfalls Arbeiten zur Durchsetzung des Kapitalismus in der Landwirtschaft publizierten, die Variante des Abschlusses des preußischen Weges im Jahre 1848 als zu früh ablehnten.

Der erste, der sich mit Harnischs Ansichten auseinandersetzte, war Georg Moll. Bereits 1979 konnte man in der "Zeitschrift für Geschichtswissenschaft" lesen: "Der neuerdings von H. Harnisch vertretenen Aufassung, daß die Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft im Bereich der preußischen Ostprovinzen insgesamt bereits vor der Revolution von 1848 abgeschlossen gewesen sei, kann man m. E. nicht zustimmen. Die von Harnisch analysierten Quellen und nicht zuletzt die von R. Berthold vorgelegten Untersuchungsergebnisse lassen nicht den Schluß zu, daß die von Harnisch herausgearbeiteten Voraussetzungen - das Hinüberwachsen der Fronhofswirtschaft zur Junkerwirtschaft und der Prozeß der Klassendifferenzierung im Dorf - bereits 1848 in vollem Umfange bestanden hätten."[28]

Auf diese Problematik ging Moll in seinem Beitrag für den vorliegenden Sammelband noch einmal ein, wobei er sich gründlich mit den Kriterien auseinandersetzte, die Harnisch als Beweis für die Richtigkeit seines Standpunktes anführte. Im Gegensatz zu Harnisch kam er zu dem Urteil: "Bis 1850 sind maximal 25 Prozent der nachweisbar für Regulierungen und Ablösungen in dieser oder jener Form zu zahlenden Gelder in die Kassen der preußischen Junker geflossen ...; demgegenüber werden in der ersten Hälfte des Jahrhunderts mehr als 90 Prozent der Landabtretungen realisiert." (S.117) Diese Einschätzung beruht auf dem Forschungsstand, den Meitzen und Großmann schon 1908 erreichten.

Moll schloß 1980 seine Dissertation B "'Preußischer Weg' und bürgerliche Umwälzung in Deutschland. Studien zur kapitalistischen Bauernbefreiung" ab,

27 Harnisch, Agrarrefom, 1978, S. 349 f. - Der prinzipiell gleiche Standpunkt, jetzt vorsichtiger formuliert, in: derselbe, Agrarreform, 1984, S. 352 ff. - Ein weiterer Termin wird genannt in: derselbe, Die Herrschaft Boitzenburg = Veröffentlichungen des Staatsarchivs Potsdam, Bd. 6, Weimar 1968, S. 236 ff., 239.

28 Moll, Georg, Bürgerliche Umwälzung und kapitalistische Agrarentwicklung, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), 2/1979, S. 144; vgl. Berthold, Rudolf, Der sozialökonomische Differenzierungsprozeß der Bauernwirtschaft in der Provinz Brandenburg während der industriellen Revolution (1816 bis 1878/82), in: JWG, 2/1974, S. 13 - 50. - Über diesen Aufsatz urteilt Hartmut Harnisch: "Am Beispiel der Provinz Brandenburg wird hier die Entwicklung der Betriebsgrößenstruktur und des Bodeneigentums bis zur Kreisebene unter Heranziehung aller erreichbaren statistischen Unterlagen bis zur größten wohl überhaupt möglichen Genaugikeit geklärt" (Harnisch, Statistische Untersuchungen ..., S. 156, Anm. 30). - In der gleichen Art wurde mit den Provinzen Sachsen und Pommern verfahren. Berthold, Rudolf, Die Veränderungen im Bodeneigentum und in der Zahl der Bauernstellen, der Kleinstellen und der Rittergüter in den preußischen Provinzen Sachsen, Brandenburg und Pommern während der Durchführung der Agrarreformen des 19. Jahrhunderts, in: JWG, Sonderband 1978, S. 7 - 116.

die von der Thematik her in sehr engem Zusammenhang zu den Beiträgen des Sammelbandes steht, die sich mit Deutschland beschäftigen (Helmut Bleiber, Walter Schmidt, Siegfried Schmidt, Roland Zeise).[29] Leider konnten die genannten Autoren die 1981 verteidigte Dissertation nicht mehr nutzen. Sie stellt einen Forschungsbericht zur "kapitalistischen Bauerbefreiung" dar und fußt auf der bis 1979 erschienenen Literatur, mit der sich Moll gründlich auseinandersetzte. Lediglich für das Linksrheinische wertete Moll Akten des Hauptstaatsarchivs Düsseldorf aus.[30]

Aus der angeführten Literatur läßt sich der Stand der Lösung der Agrarfrage bis zur Revolution von 1848/49 ermitteln, was für unsere Untersuchung von großem Wert ist. Molls Einschätzung für Preußen stimmt mit der bereits aus seinem Beitrag zitierten überein (S. 117).[31] Außerdem weist er auf die "weitgehende Erhaltung feudaler Vorrechte" des Adels im Dorf hin.[32]

Molls Betrachtung der Lösung der Agrarfrage in Kurhessen fußt auf der 1967 publizierten Darstellung von Eihachira Sakai.[33] Bis 1848 ging es mit der Ablösung der Zehnten und der Dienste voran, während die Abgaben aus den ungünstigen Besitzrechten der Bauern fortbestanden. Obwohl bis einschließlich 1848 insgesamt 55 % der Kredite für den Loskauf aufgenommen worden sind, war die Lage der kurhessischen Bauern so schlecht, daß es im März 1948 in einer Reihe von Dörfern zu Aufständen gegen die Gutsherren kam.

Für die Analyse der Lösung der Agrarfrage in Bayern wurde vorwiegend das 1892 erschienene Buch von Sebastian Hausmann benutzt.[34] Da die alten Agrarreformgesetze alles in das Ermessen der Beteiligten stellten, änderte sich bis 1848 sehr wenig an der bisherigen Agrarverfassung. Erst unter dem Druck bäuerlicher Aktionen kamen neue Agrarreformgesetze zustande, die bis 1872 auch nur schleppend verwirklicht wurden.

Für Baden lag die 1958 eingereichte Dissertation von Adolf Kohler über die Grundentlastung vor, die Moll auswertete.[35] Hier ging der Loskauf nach 1830 zügig voran und erreichte bis 1848 bereits einen beträchtlichen Umfang. Die Frondienste waren weitgehend abgelöst und bei den Zehnten 75 % aller Fälle erledigt. Und trotzdem kam es gerade in Baden im März und April 1848 zu den wohl umfangreichsten Bauernaufständen.

Die württembergischen Verhältnisse wurden in der Monographie von Wolfgang v. Hippel aus dem Jahre 1977 analysiert. Die Ergebnisse seiner Analyse flossen ebenfalls in die Darstellung bei Moll ein.[36] Bis 1848 konnte der Adel die Agrarreform weitgehend verhindern. Erst der "Bauernkrieg" vom März 1848 zwang zu einer zügigen Durchführung von Reformen und zur Aufhebung der Machtbefugnisse des Adels im Dorf.

29 Moll, Georg, "Preußischer Weg" und bürgerliche Umwälzung in Deutschland. Studien zur kapitalistischen Bauernbefreiung, phil. Diss. B, Rostock 1980.
30 Ebenda, Bd. 2, S. (127).
31 Ebenda, Bd. 1, S. 70, 72 - 88, 110 - 129, bes. S. 127, 173, 195.
32 Ebenda, S. 264 f.
33 Ebenda, Bd. 1, S. 198 - 209; Sakai, Eihachira, Der kurhessische Bauer im 19. Jahrhundert und die Grundlastenablösung = Hessische Forschungen zur geschichtlichen Landes- und Volkskunde, H. 7, Melsungen 1967.
34 Moll, "Preußischer Weg" ..., Bd. 1, S. 212 - 214; Hausmann, Sebastian, Die Grundentlastung in Bayern, Straßburg 1892.
35 Moll, "Preußischer Weg" ..., Bd. 1, S. 214 - 221; Kohler, Adolf, Die Bauernbefreiung und Grundentlastung in Baden, phil. Diss., Freiburg 1958.
36 Moll, "Preußischer Weg" ..., Bd. 1, S. 222 - 240; Hippel, Wolfgang, Die Bauernbefreiung im Königreich Württemberg, 2 Bde. = Forschungen zur deutschen Sozialgeschichte, hg. v. d. Hist. Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 1, Boppard (Rhein) 1977.

Nach den in der Dissertation von Moll aufgeführten Fakten war der Stand der Lösung der Agrarfrage bis zum Beginn der Revolution von 1848/49 alles andere als fortgeschritten. In Preußen waren höchstens 25 % der Feudalrente abgelöst und 90 % der Landabtretungen erfolgt, d. h. etwa ein Drittel des Gesamtvolumens des Loskaufs festgelegt. In Kurhessen hatten die Bauern 55 % der Kredite für den Loskauf aufgenommen. Nur in Baden war die Lösung der Agrarfrage sehr weit fortgeschritten. In Bayern und Württemberg hingegen stand man erst am Anfang.

Um das Bild vom Stand der Lösung der Agrarfrage abzurunden, soll auch auf Sachsen und Mecklenburg eingegangen werden, die Moll in seine Darstellung nicht einbezog. In Sachsen waren bis 1848 erst zwei Fünftel aller Feudallasten wertmäßig abgelöst, weshalb es zu "lokalen revolutionär-antifeudalen Aktionen gegen Grund- und Gutsherren" kam (S. 228; S. 231). Besonders unzulänglich sahen die Agrarreformen in Mecklenburg aus. 1821 wurde zwar die Leibeigenschaft aufgehoben, aber die Bauern erhielten kein volles Eigentum an ihren Wirtschaften. Das Zeitpachtrecht wurde sehr schleppend in ein Erbpachtrecht mit entsprechenden Abgaben an die Gutsherren umgewandelt, deren Herrschaftsrechte weiter bestanden.[37]

Sachsen und Mecklenburg verstärken den Eindruck der noch nicht sehr weit fortgeschrittenen Lösung der Agrarfrage in der ersten Hälfte des 19. Jh. in Deutschland. Die beiden fortgeschritteneren kleinen Staaten Kurhessen und Baden fallen im Gesamtbild wenig ins Gewicht. Auf dem Lande waren die feudalen Machtverhältnisse, d. h. die Stellung des Landadels im Dorf, noch nicht grundsätzlich angetatstet. Fortschritte gab es eher in der Beseitigung anderer Bestandteile der feudalen Produktionsverhältnisse, wodurch der Entwicklung der Produktivkräfte ein größerer Spielraum gewährt wurde. Trotzdem blieb die bäuerliche Landwirtschaft noch mit einer hohen feudalen Ausbeutungsquote belastet. Hinsichtlich der Liquidierung des feudalen Ausbeutungs- und Unterdrückungssystems war noch viel zu leisten. Die schleppende Lösung der Agrarfrage und die Mängel im bisherigen Erfüllungsstand der Agrarreformen erklären, warum es in vielen Teilen Deutschlands erneut zu einer Bauernbewegung kam, die zur Basis der Revolution von 1848/49 wurde. Erst die durch die Revolution von 1848/49 erzwungene neuere Agrarreform- und sonstige Gesetzgebung sollte hier den endgültigen Durchbruch bringen.

Die Geschichtsforschung der DDR sah den Stand der Lösung der Agrarfrage bis zur Revolution von 1848/49 keinesfalls als so unzureichend an, wie er hier geschildert wurde. Die Ursache dafür lag darin, daß diese Problematik immer nur in Richtung der Gegenstände gesehen wurde, die Georg Friedrich Knapp als "Bauernbefreiung" verstand. Auf die Enge dieser Fragestellung wies Ernst Engelberg im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung über den Charakter der preußischen Reformen hin: "Es ist nicht angängig die Agrarreformen nach 1807 auf das Problem der 'Bauernbefreiung' einzuschränken und uns von den Liberalen nur durch den Nachweis zu unterscheiden, daß es mit ihr nicht weit her war."[38] Es ging um wesentlich mehr. Die feudalen Produktions- und Machtverhältnisse im Dorf, das feudale System in der Landwirtschaft verlangten nach seiner Liquidierung.

In dem Hochschullehrbuch für Agrargeschichte "Von den bürgerlichen Agrarreformen zur sozialistischen Landwirtschaft in der DDR" befaßt sich der erste Teil mit den Agrarreformen und mit der Durchsetzung des Kapitalismus in der Landwirtschaft. Der Abschnitt "Die Revolution von 1848/49 und die Bau-

37 Mager, Friedrich, Geschichte des Bauerntums und der Bodenkultur im Lande Mecklenburg = Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Veröffentlichungen der Hist. Kommission, Bd. 1, Berlin 1955, S. 348 ff.

38 Engelberg, Ernst, Immer noch Meinungsverschiedenheiten über die Epoche der sozialen Revolution von 1789 bis 1871, in: ZfG, 8/1985, S. 730.

ernfrage" beginnt mit der Feststellung: "In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren bereits beachtliche Fortschritte beim Zurückdrängen der feudalen Gesellschaftsordnung erzielt worden. Aber es bestanden noch erhebliche f e u d a l e R e l i k t e in Wirtschaft und Gesellschaft, die die weitere Entwicklung behinderten. Die große Mehrheit der reaktionären Feudalklasse war nicht bereit, die begonnenen gesellschaftlichen Reformen zu beenden. Nur eine Revolution konnte die weitere Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung vorantreiben."[39] An anderer Stelle wird dieser Gedanke folgendermaßen weitergeführt: "Die Revolution von 1848 und die Aktionen der Bauern und Landarbeiter hatten der herrschenden Klasse deutlich gemacht, daß die Agrarreformen abgeschlossen werden mußten. Viele Staaten erließen daher n e u e A g r a r r e f o r m g e s e t z e ."[40] Die neuen Agrarreformgesetze hatten aber mehr als nur "erhebliche feudale Relikte" zu beseitigen.

Moll, der durch das in seiner Dissertation zusammengetragene Material über den Stand der "Bauernbefreiung" bis 1848 den Anstoß dafür gab, über die unbefriedigende Lösung der Agrarfrage nachzudenken, sieht die erreichten Ergebnisse nicht so positiv wie das genannte Hochschullehrbuch für Agrargeschichte. Trotzdem führte nach seiner Meinung die "kapitalistische Bauernbefreiung" zu einer schrittweisen Lösung der feudalen Fesseln, wodurch sich die revolutionären Potenzen der Bauern verminderten. Auf diese Weise wurden von vornherein die Bedingungen für den Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolution erschwert.[41]

Mit diesem Urteil steht Moll keinesweg allein da. Im vorliegenden Sammelband heißt es in dem Beitrag von Kossok: "In der deutschen Revolution von 1848 spielte dagegen die Agrarfrage in Entsprechung zu den Fortschritten auf dem 'preußischen Weg' eine abgeschwächte Rolle." (S. 14) Ausführlicher gehen auf diesen Gegenstand Helmut Bleiber und Walter Schmidt in ihrem Beitrag "Deutsche Bauernbewegungen und bürgerliche Umwälzung zwischen 1789 und 1871" ein: "Die Durchführung von bürgerlichen Agrarreformen hatte auf längere Sicht notwendig eine Reduzierung der antifeudalen revolutionären Potenzen der Bauernschaft zur Folge. Die Tatsache, daß 1848 die Bauern etwa der preußischen Provinzen Brandenburg, Pommern und Ostpreußen nur sporadisch mit revolutionären Aktionen hervortraten, muß sicher mit dem hier erreichten fortgeschrittenen Stadium der Lösung feudaler Abhängigkeit in Zusammenhang gebracht werden." (S. 98) Als Kronzeugen für den bis 1848 erreichten fortgeschrittenen Stand der Agrarreformen nennt Kossok die Dissertation von Harnisch (S. 14), mit dessen Meinung sich, wie bereits berichtet, Moll kritisch auseinandersetzte.

In ihren ausführlicher gebrachten Gedanken zum Verhältnis zwischen dem Verlauf der "kapitalistischen Bauernbefreiung" und der bäuerlichen Bewegung entwickelten Moll, Kossok, Bleiber und Schmidt eine bemerkenswerte Theorie: Mit der zunehmenden "Befreiung" der Bauern gehen deren revolutionäre Potenzen zurück. Eine derartige Feststellung schließt ein, daß zu Beginn der "Bauernbefreiung" die revolutionären Potenzen am größten waren. Es werden als Perioden, in denen bäuerliche Bewegungen eine bedeutsame Rolle spielten, genannt: 1789 bis 1815, Anfang der 30er Jahre und 1848/49 (S. 90). Logischerweise müßte die bäuerliche Bewegung 1789 bis 1815 ihren Höhepunkt gehabt haben, um 1848/49 ihren Tiefstand zu erreichen. Leider wird kein Ver-

39 Berthold, Die Entwicklung der deutschen Landwirtschaft ..., S. 24.
40 Ebenda, S. 25.
41 Moll, "Preußischer Weg" ..., Bd. 1, S. 266 f. - Die These vom Nachlassen der revolutionären Potenz der Bauernschaft ist nicht dazu angetan, die andere These vom Verrat der Bourgeoisie an ihrem Bundesgenossen Bauernschaft glaubhaft zu machen.

gleich in bezug auf die Intensität der bäuerlichen Bewegung zwischen den drei Perioden angestellt, um deren Rückgang beweisen zu können (S. 90 - 94, 101, 110). Dafür treffen Bleiber und Schmidt eine Feststellung, die die genannte Theorie in Frage stellt (zumindest bis zur Revolution von 1848/49): "Trotz mancher einschränkender Feststellung, die bei der Analyse des Auftretens der Bauernschaft in der deutschen Revolution von 1848/49 unumgänglich ist, bleibt aber hervorzuheben, daß die Landbevölkerung in dieser Revolution in hohem Maße als Triebkraft wirksam wurde und die höchste Entfaltung ihrer historischen Schöpferkraft seit dem Bauernkrieg von 1525 erreichte." (S. 111) Das Erfreuliche an diesem Urteil ist: Es paßt wesentlich besser zu der Erkenntnis über den noch nicht sehr weit fortgeschrittenen Stand der Lösung der Agrarfrage vor der Revolution als die Theorie von der nachlassenden revolutionären Potenz der Bauernschaft.

Wie die Stimmung der Bauernschaft 1848 in einem preußischen Gebiet aussah, in dem es nicht einmal wie in den drei von Bleiber und Schmidt genannten Ostprovinzen zu sporadischen Aktionen der Landbevölkerung kam, soll anhand des Regierungsbezirkes Magdeburg der Provinz Sachsen dargestellt werden. Dieser Regierungsbezirk gehörte bereits damals zu den wirtschaftlich am weitesten entwickelten deutschen Gebieten. Über die Hälfte des bäuerlichen Loskaufs war getätigt. Durch den beginnenden Zuckerrübenanbau hatte die Landwirtschaft einen hohen Stand erreicht. Die soziale Lage der Bauern war durchschnittlich besser als in den Ostprovinzen (hier waren die feudalen Produktionsverhältnisse längst nicht so ausgeprägt wie in Pommern).[42] Und trotzdem war die Unzufriedenheit in den Dörfern groß.

Unmittelbar nachdem in verschiedenen preußischen Provinzen bäuerliche Aktionen begonnen hatten, schrieb am 3. April 1848 der Innenminister Alfred v. Auerswald an den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen,[43] daß bereits Truppen in die Aufstandsgebiete zur Herstellung von Ruhe und Ordnung entsandt worden seien. Das reiche aber nicht aus. Es gehe vielmehr darum, die Ursachen zu beseitigen, die den Aufruhr hervorriefen. Deshalb müsse alles getan werden, um auf gütlichem Wege die Ablösung der bäuerlichen Belastungen schneller als bisher voranzubringen. Die Regierung in Berlin bereite ein neues Gesetz vor, wonach in jedem Einzelfall die Ablösungs- und Regulierungsverfahren vollständig abzuschließen seien (das war bislang nicht die Regel), die Loskaufbedingungen für die Bauern günstiger zu gestalten und deren Erfüllung zu sichern seien. Für die Armen in den Dörfern sei ein Arbeitsbeschaffungsprogramm der öffentlichen Hand zu organisieren. Abschließend wurde der Oberpräsident nachdrücklich ermahnt, alles zu tun, um Ruhe und Ordnung in der Provinz wieder herzustellen.

42 Vgl. Plaul, Hainer, Grundzüge der Entwicklung der sozialökonomischen Verhältnisse in der Magdeburger Börde unter den Bedingungen der Durchsetzung und der vollen Entfaltung des Kapitalismus der freien Konkurrenz in der Landwirtschaft (1830 bis 1880), in: Landwirtschaft und Kapitalismus = Akademie der Wissenschaften der DDR, Zentralinstitut für Geschichte, Veröffentlichungen zur Volkskunde und Kulturgeschichte, Bd. 66/1, 1. Halbbd., Berlin 1978; Müller, Hans-Heinrich, Zur Geschichte und Bedeutung der Rübenzuckerindustrie in der Provinz Sachsen im 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung der Magdeburger Börde, in: ebenda, 2. Halbbd., Berlin 1979; Berthold, Rudolf, Bevölkerungsentwicklung und Sozialstruktur im Regierungsbezirk Magdeburg und in den vier Börde-Kreisen von 1816 bis 1910, in: ebenda.

43 Staatsarchiv Magdeburg, Rep. C 28 Ie Gen.No. 1, Acta der Regierung zu Magdeburg betr. die Ablösung der Untertanen-Dienste und Abgaben, S. 91.

Dieser traf aufgrund des ministeriellen Schreibens entsprechende Anordnungen für die Provinz Sachsen. An die Regierung zu Magdeburg schrieb er am 12. April 1848.[44] Sie solle vor allem für die Domänenbauern die Ablösungen aller Lasten zu den günstigsten Bedingungen schnell vorantreiben. Eine weitere säumige Behandlung dieses Gegenstandes würde sich nicht nur "nachteilig für das Ansehen der Landesbehörde auswirken", da "die bestehenden Realabgaben verhältnismäßig für die Pflichtigen wirklich drückend" seien. Mit gleicher Post ging an die Generalkommission, die die Reformverfahren bei den Privatbauern betrieb, ein Schreiben,[45] in dem der Oberpräsident die bisherige schleppende Realisierung der Agrarreformgesetze beklagte, obwohl bei den Bauern dafür objektive Bedürfnisse bestünden. Die Ursache dafür sah er in den "auf die höchste Spitze gestellten Anforderungen der Berechtigten". Die Generalkommission solle deshalb günstigere Bedingungen für die Bauern aushandeln, auch wenn sie nicht den Bestimmungen der gegenwärtigen Gesetze entsprechen. Es komme alles darauf an, die Wünsche der Bauern zu befriedigen. Das sei deshalb nicht schwierig, weil die Bauern durch die günstige Agrarentwicklung der letzten Jahre beträchtliche Einnahmen hätten und diese zur Schatzbildung benutzten. Die Generalkommission solle ihre Spezialkommissionen "mit einer für die jetzigen außergewöhnlichen Verhältnisse passenden Anweisung versehen, um mit Beseitigung aller nicht durchaus unerläßlichen Förmlichkeiten und den möglichst geringsten Kostenaufwendungen auch durch diese vergleichsweise Regelung die Ablösung irgend zulässig zu fördern." Gemeinheitsteilungen mit ihren großen Menschenansammlungen hingegen sollten wegen "der noch herrschenden Aufregung" möglichst unterbleiben.

Auf der Grundlage der Schreiben des Oberpräsidenten verfaßte die Regierung zu Magdeburg für die ihr nachgeordneten Behörden des Regierungsbezirkes ein unter dem 18. Juni 1848 publiziertes Dekret,[46] das mit der Feststellung beginnt: "Die auch gegenwärtig noch an manchen Orten stattfindende Aufregung findet eine vorzügliche Nahrung in den Lasten und Beschränkungen, welche noch vielfach auf dem Grundbesitze ruhen. Auch da, wo diese Lasten und Beschränkungen in ihrer ursprünglichen Form nicht mehr existieren, sondern in Rente verwandelt sind, hat die Aufregung sich gegen dieselbe gewandt." Selbst wenn diese Lasten rechtlich begründet seien, müßten sie schnellstens aufgehoben werden, um die Unzufriedenheit unter der Dorfbevölkerung zu beseitigen. "Und das empfiehlt sich um so mehr, als auf der anderen Seite diese Lasten wirklich eine große Unbequemlichkeit sind und den freien Verkehr mit dem Grund und Boden, der bei den Gewerbs- und Verkehrsverhältnissen, wie sie sich einmal gestaltet haben, unentbehrlich ist, wesentlich hemmen." Die Landräte, Stadtmagistrate, die Domänen- und Forstverwaltung und die Generalkommission sollten alle erforderlichen Schritte hierzu einleiten. Und wenn die Bauern eine Ablösung zu dem gesetzlich festgelegten Kapitalisierungsfaktor der ermittelten jährlichen Belastung von 25 nicht wollten, dann könnten die Behörden auf das 20fache heruntergehen und diese "unter Umständen selbst zu geringerem Betrage" durchführen.

Die Unzufriedenheit der Bauern mit dem bisherigen Gang der Agrarreform und den bereits erzielten Ergebnissen in den abgeschlossenen Verfahren hatte die preußische Administration in Unruhe versetzt. Wieder einmal wurde ihr deutlich, wie sehr Loskauf den bäuerlichen Interessen widersprach. Leider sind archivalische Zeugnisse, die die ablehnende Haltung der Bauern erkennen lassen, selten publiziert worden. Bleiber, der diesen Fakt ebenfalls als bedauerlich ansieht, weil er eine empfindliche Lücke in der Erforschung der preußischen Agrarreformen darstellt, verweist auf die bislang vernachlässigte

44 Ebenda, S. 88.
45 Ebenda, S. 89.
46 Ebenda, S. 219 f.

Auswertung der zeitgenössischen Publizistik.[47] Seiner Ansicht nach würde hier mehr an Nachrichten zu finden sein als in den Akten der Generalkommissionen.[48] Da die Auswertung dieser Akten erst begonnen hat und die Forschung deren tatsächlichen Umfang noch nicht überblickt, dürfte bei einer Einschätzung mehr Vorsicht geboten sein.

Die Reaktion der preußischen Verwaltung in einer Provinz, in der es zu keinen bewaffneten Erhebungen der Landbevölkerung gekommen war, zeigt, wie stark die revolutionäre Potenz der Bauernschaft noch 1848/49 war. Das wird auch durch eine Nachricht aus Mecklenburg bestätigt. Johann Heinrich v. Thünen, Musterlandwirt und Begründer einer selbständigen agrarökonomischen Wissenschaft in Deutschland, begrüßte begeistert die revolutionären Ereignisse der Märztage des Jahres 1848: "Die Macht der Fürsten und der Dünkel ihrer Allmacht ist jetzt gebrochen." Und über die Zustände in Mecklenburg schrieb er: "Die Aufregung in den Städten ist groß ... Das Landvolk ist bis jetzt noch ruhig, aber ein einziger Funke kann das ganze Land im Flammen setzen."[49]

Für die Lösung der Agrarfrage hatte die Revolution von 1848/49 wahrscheinlich eine viel größere Bedeutung als ihr bisher zugemessen worden ist. Die weitverbreitete Unzufriedenheit in der Landbevölkerung, deren Umschlagen in Widersetzlichkeiten und bewaffnete Aktionen machten es Adel und Bourgeoisie klar, weckten in der Ministerialbürokratie der deutschen Einzelstaaten die Einsicht, daß das Tempo beschleunigt sowie neue Maßnahmen für die Überwindung der feudalen Produktionsverhältnisse und die Beseitigung der Macht des Landadels im Dorf getroffen werden mußten. Die Agrarfrage verlangte nach einer baldigen Lösung. Die Mehrzahl der kleineren und mittleren Staaten stellte sich auch dieser Aufgabe und erzielte einen schnellen Abschluß. Doch die beiden großen Staaten Preußen und Bayern sowie das kleine Mecklenburg waren noch die ganze zweite Hälfte des 19. Jh. damit beschäftigt.

Für die Problematik der Durchsetzung des Kapitalismus in der Landwirtschaft hat die hier vorgetragene Einschätzung zum Stand der Lösung der Agrarfrage bis 1848 und der Funktion der Revolution von 1848/49 im Prozeß der weiteren Liquidierung erhebliche Bedeutung. Der Rahmen für die kapitalistische Entwicklung erweiterte sich in der ersten Hälfte des 19. Jh. zögernd und noch nicht ausreichend, obwohl wichtige Voraussetzungen für den Fortschritt der Produktivkräfte geschaffen wurden (Beginn der ersten Etappe der kapitalistischen Intensivierung der Landwirtschaft). Aber erst die Revolution von 1848/49 und die durch sie bewirkte neuere Agrarreformgesetzgebung sprengten die alten Fesseln nachhaltig und führten zu einem wesentlich stärkeren Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion. Gleichzeitig trat der soziale Umwälzungsprozeß im Dorf in ein neues Stadium. Trotzdem wäre es nicht richtig, diesen Zeitabschnitt von 1807 bis 1848 nur als Vorbereitungsetappe für das folgende Geschehen betrachten zu wollen. Schätzungsweise wurde ein Drittel des Loskaufs rechtskräftig, die Bauern wurden aus der persönlichen Unfreiheit entlassen, in Ostelbien die Besitzrechte größtenteils beseitigt und neue Bewirtschaftungsmethoden in ganz erheblichem Maße in den Landwirtschaftsbetrieben angewandt.

Der Unterschied zwischen beiden Perioden liegt eindeutig im Tempo der Lösung der anstehenden Aufgaben. Nach einem zögernden Voranschreiten wurde erst unter dem nochmaligen Druck der Volksmassen ein erheblich größeres Tempo eingeschlagen, wodurch das Ziel, die kapitalistische Produktionsweise und eine neue Sozialstruktur des Dorfes durchzusetzen, schneller erreicht werden konnte.

47 Bleiber, Helmut, Erkenntnisse und Fragen in der agrarhistorischen Erforschung des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus, in: JWG, 4/1987, S. 169.

48 Ebenda, S. 170.

49 Werner, Lutz, Politik und Agrarpolitik im Lebenswerk von Johann Heinrich von Thünen (1783 - 1850), phil. Diss. A, Rostock 1983, 1. T., S. 77.

Abschließend soll ein Problem mehr erwähnt als tatsächlich analysiert werden. Es wurde mehrfach darauf hingewiesen, daß der Widerspruch zwischen den vorwärtsdrängenden Produktivkräften und den hemmenden Produktionsverhältnissen feudaler Art die Agrarfrage zur sozialen Hauptfrage machte und deren Lösung zur Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft führte. Dieser Vorgang füllte eine ganze historische Epoche aus, in Deutschland die Epoche der sozialen Revolution. Mit dem Erlaß der ersten Agrarreformgesetze und deren Realisierung, wodurch in Deutschland zumeist die persönliche Unfreiheit der Bauern beseitigt wurde, begann der Einbruch in die feudalen Produktionsverhältnisse. Jedes folgende Gesetz riß weitere Barrieren nieder. Die Gesetze zur Beschränkung der Macht des Landadels im Dorf wirkten in der gleichen Richtung. Man kann sich zwar darüber streiten, welches Gesetz in den jeweiligen deutschen Staaten das letzte feudale Hindernis beseitigte, aber eines Tages hatten sich die kapitalistischen Produktionsverhältnisse durchgesetzt. Bis zu diesem Zeitpunkt waren die Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft weder eindeutig feudal noch eindeutig kapitalistisch. In historischer Sicht wurden sie immer weniger feudal und immer mehr kapitalistisch. Es waren Produktionsverhältnisse, wie sie für eine Übergangsepoche charakteristisch waren: eine Mischung von feudalen und von kapitalistischen Elementen. Die Übergangsverhältnisse erklären es, warum beispielsweise ein in den 30er Jahren regulierter großer pommerscher Bauer mit einer Betriebsfläche von 82 ha neben seiner Familie ständig vier fremde Arbeitskräfte (Lohnarbeiter) beschäftigte und trotzdem weiter an den Gutsherrn eine Geldrente zu zahlen und Frondienste zu leisten hatte, zu denen noch die Realabgaben an die Kirche, die Schule und eventuell an ein nahegelegenes Spital kamen. Obwohl die Erbuntertänigkeit aufgehoben war, unterlag ein solcher Bauer weiterhin der Patrimonialgerichtsbarkeit und der Polizeigewalt des Gutsherrn, der als Kirchen- und Schulpatron über diese öffentlichen Einrichtungen im Dorf bestimmte. Dieser regulierte Bauer war kein Feudalbauer mehr und trotzdem noch kein Agrarkapitalist, obwohl die Ausbeutung von Lohnarbeit als das entscheidende Kennzeichen des Kapitalismus gilt. Feudale Leistungen und Abhängigkeiten bestanden weiter.[50]

Die divergierenden Meinungen und Urteile im vorliegenden Sammelband - nur auf einige für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte besonders wichtige konnte eingegangen werden - beruhen natürlich auch auf der "persönlichen Handschrift" der Autoren. Stärker aber drücken sie die Unzulänglichkeiten im gegenwärtigen Forschungsstand aus. Obwohl der Sammelband zahlreiche bisher kaum oder gar nicht bekannte Informationen und eine Fülle neuer Erkenntnisse über die Funktion der Bauern in den verschiedenen Typen bürgerlicher Revolution vermittelt, die seinen hohen Wert ausmachen, wissen wir über viele Probleme noch zu wenig.

Im Rahmen der ökonomischen und sozialen Transformation der Bauern spielte die Bauernbewegung eine wichtige Rolle, hatte die bürgerliche Revolution (hier im engeren Sinne) eine entscheidende Funktion. Trotz ihrer großen historischen Bedeutung waren beide nur Schritte auf einem Weg. Wer aber die Schritte in ihrer Vielgestaltigkeit und in ihrer jeweiligen historischen Ausprägung erkennen und einschätzen will, muß den gesamten Weg in seinen nationalen Besonderheiten und in seiner Vielfalt überblicken und einschätzen können. Hierin liegt gegenwärtig noch der Hauptmangel der Forschung. Das deutlich gemacht zu haben ist ein weiteres Verdienst des vorliegenden Sammelbandes.

50 Vgl. Harnisch, Agrarreform, 1984, S. 287 ff., 203, 228 ff., insb. S. 290, der den nach der Regulierung noch vorhandenen feudalen Bindungen keinerlei Bedeutung für die Gestaltung der Produktionsverhältnisse mehr zumißt. - Schissler, Hanna, Die Junker, in: Preußen im Rückblick, hg. v. Hans-Jürgen Puhle u. Hans-Ulrich Wehler = Geschichte und Gesellschaft, Sonderh. 6, Göttingen 1980, S. 104.

Unverständlich bleibt aber, warum auf den Seiten 97 bis 112 und 206 bis 220 jeweils der gleiche Text zu finden ist. Ein sicher vermeidbarer Schönheitsfehler.

ANHANG

T a b e l l e 1

Regulierung und Ablösungen nach dem Gebietsstand von 1865 in Preußen (1816 bis 1898)

Provinz	Zahl der spannfähigen Bauern 1816	Zahl der regulierten Bauern absolut	in %	Aufgehobene Spanndienste absolut	pro Bauer
Preußen	84 517	15 704	19	388 759	5
Brandenburg	51 073	17 025	33	1 201 260	24
Pommern	21 371	10 930	51	830 122	39
Posen	48 151	26 662	55	2 045 594	42
Schlesien	69 592	13 536	19	1 599 818	23
Sachsen	40 976	3	-	212 137	5
Westfalen	35 927	-	-	75 699	2
Rheinprovinz	-	-	-	244	-

Quelle:

Berechnet nach: Zeitschrift des kgl. Preußischen statistischen Bureaus, Berlin, 5. Jg., 1865, S. 5; Meitzen, August/Großmann, Friedrich, Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des preußischen Staates, Bd. 6, Berlin 1901, S. 274 f.

Kapital u. kapitalisierte Rente (x 20) in Mark		Landabtretung in ha	
absolut	pro Bauer	absolut	pro regulierter Bauer
72 993 437	864	54 222	3,45
120 761 044	2 364	105 619	6,20
65 850 004	3 081	165 941	7,76
87 995 219	1 827	56 276	1,17
147 014 104	2 112	38 085	0,54
135 169 761	3 298	4 494	-
56 198 941	1 564	410	-
5 925 836	-	38	-

Eine Studie zum Verhältnis von Klerus und Bürgertum im Spätmittelalter

Wolfram Heitzenröder, Reichsstädte und Kirche in der Wetterau. Der Einfluß des städtischen Rates auf die geistlichen Institute vor der Reformation = Studien zur Frankfurter Geschichte, H. 16

Verlag Waldemar Kramer, Frankfurt (Main) 1982, 266 S.

von Barbara Pätzold

Wolfram Heitzenröder greift in seiner Arbeit, die 1978 als Dissertation an der Universität Frankfurt (Main) angenommen wurde, ein Thema auf, das von der Forschung in den letzten Jahrzehnten schon häufig behandelt wurde.[1] Es geht um die Untersuchung des Verhältnisses von Städtebürgertum und Klerus in den Städten des späten Mittelalters. Dieses war besonders im 14./15. Jh. zunehmend durch Spannungen und oftmals heftige Auseinandersetzungen gekennzeichnet, die aus der ökonomischen und juristischen Sonderstellung des Klerus rührten: Kämpften die Städte um deren Beseitigung, so war der Klerus um deren Beibehaltung bemüht. Insbesondere betraf das die Steuerfreiheit des Klerus, seine Nichtunterstellung unter Stadtrecht und -pflicht sowie Handelsfreiheit in den Immunitäten durch das "ius immunitatis"; und durch das "ius fori" fiel er nicht unter die städtisch-weltliche Gerichtsbarkeit. Aufgrund der beträchtlichen Steuereinbußen, bedingt durch den hohen Anteil des Klerus an der städtischen Gesamtbevölkerung (bis zu einem Drittel!) und seinen ständig wachsenden innerstädtischen Grundbesitz, strebten die Städte vor allem auch nach Ausbau ihrer autonomen Rechte und ließ sie gegen diese Privilegien des Klerus vorgehen. Zunehmend waren aber auch die Räte bestrebt, in Positionen und Institutionen vorzudringen, die bisher ausschließlich kirchliche Domänen gewesen waren. Das betraf das Eindringen in die Verwaltung von Kirchen, Klöstern und Hospitälern und Mitsprache bei deren Vermögensverwaltung mit Hilfe von Pflegschaften, den Erwerb von Patronatsrechten, Versuche zur Einflußnahme auf Pfarrerwahlen und die Besetzung von Altarpfründen u. a. m. Diese Probleme sind auch Untersuchungsgegenstand des Verfassers. Er geht von der Prämisse aus, daß die "Beschreibung des Verhältnisses von Geistlichkeit und Stadtgemeinde im späten Mittelalter die Erklärung für die Ereignisse zu liefern (hat), die im Verlaufe der Reformation bindend festgeschrieben wurden" und die "die Entstehungsgeschichte

1 Programmatisch erstmals von Schultze, Alfred, Stadtgemeinde und Kirche im Mittelalter, in: Festschrift für Rudolf Sohm, München/Leipzig 1914. - An neuerer Literatur seien genannt Kießling, Rolf, Bürgerliche Gesellschaft und Kirche in Augsburg im 14. und 15. Jahrhundert = Abhandlungen zur Geschichte der Stadt Augsburg, Bd. 19, Augsburg 1971; Trüdinger, Karl, Stadt und Kirche im spätmittelalterlichen Würzburg = Spätmittelalter und Frühe Neuzeit 1, Stuttgart 1978; Garzmann, Manfred, Stadtherr und Gemeinde in Augsburg im 13. und 14. Jahrhundert = Braunschweiger Werkstücke, Reihe A: Bd. 13/53, Braunschweig 1976; Voltmer, Ernst, Reichsstadt und Herrschaft. Zur Geschichte der Stadt Speyer im hohen und späten Mittelalter = Trierer Historische Forschungen, Bd. 1, Trier 1981.

eines Prozesses aufzeigt, der in der Verstaatlichung der Kirche" endete (S. 9)[2]. Damit folgt Heitzenröder der in der bürgerlichen Historiographie verbreiteten Auffassung von einer Kontinuität von Spätmittelalter und Reformation, die im Kern auf eine Leugnung des durch die Reformation als Teil der frühbürgerlichen Revolution vollzogenen qualitativen Umbruchs abzielt.

Interessant ist die Wahl des Untersuchungsgegenstandes in Gestalt der 4 in der Wetterau gelegenen Reichsstädte Frankfurt, Friedberg, Gelnhausen und Wetzlar, waren doch die bisher vorliegenden Arbeiten zum Thema Klerus - Bürgertum in ihrer Mehrzahl Städten mit einem geistlichen Stadtherrn und besonders starker geistlicher Präsenz gewidmet, in denen meist auch diese Spannungen besonders eklatant waren. Mit Recht geht der Verfasser jedoch davon aus, daß sich die Beziehungen Klerus - Bürgertum je nach Stadttyp und -größe unterschiedlich gestalten mußten (S. 9). Auch in dieser Hinsicht lassen sich die gewählten Städte gut vergleichen; hinzu kommt, daß die Wetterau seit den Staufern ein wichtiger Stützpunkt des Königtums gewesen ist.

So stellt sich fast automatisch die Frage nach der Haltung des Königtums in diesen Auseinandersetzungen. Heitzenröder geht ihr jedoch nicht gesondert nach, vielmehr behandelt er sie lediglich als Teilaspekt des Kampfes der Städte um die Besteuerung des Klerus. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, daß trotz einiger Steuerbefreiungen für den Klerus (so u. a. 1228 durch Heinrich VII. für das Zisterzienserkloster Arnsburg und seine Stadthöfe sowie 1340 durch Ludwig dem Bayern für das Liebfrauenstift in Frankfurt) die Besteuerungsprivilegien der Herrscher von Richard von Cornwall bis Karl IV. für die wetterauischen Städte weitaus zahlreicher waren (S. 78 ff. u. Tab. S. 86). Eine durchgängige Steuerpolitik zugunsten der Städte stellt Heitzenröder nur bei Ludwig dem Bayern fest (S. 80). Zwar hatte schon Richard von Cornwall 1257 den 4 Reichsstädten als Dank für die Anerkennung seines Königtums Steuerpflicht für die Geistlichkeit verbrieft, doch war damit, wie vom Autor zu Recht festgestellt wird, noch keine Garantie für ihre tatsächliche Durchsetzung gegeben. Dazu hätte es wohl eines stärkeren Rückhalts bei der Zentralgewalt bedurft, als ihn diese geben konnte. Eine solche Einordnung vermißt man bei Heitzenröder. Den Städten war mit Ausnahme von Gelnhausen bei ihren Versuchen, mit Hilfe der königlichen Besteuerungsprivilegien die Kirche der kommunalen Steuerhoheit zu unterwerfen, folgerichtig kein dauernder Erfolg beschieden. Damit unterscheiden sich diese Reichsstädte nicht von den übrigen Städten in Deutschland. Dieses Ergebnis hätte der Autor stärker herausarbeiten sollen.

Nach Darstellung der geographischen und kirchlichen Verhältnisse und des Kampfes um den Abbau der wirtschaftlichen Sonderrechte (Kap. I u. II) analysiert er die Versuche der Städte zur Beseitigung der juristischen Privilegien, wie sie durch das "ius fori" gegeben waren. Den Schwerpunkt bildet die Frage nach der Durchsetzung der weltlichen Gerichtsbarkeit und ihre Ausdehnung auf die Geistlichkeit für weltliche Delikte. Hier kann besonders Ludwig dem Bayern größere Aktivität bescheinigt werden, der z. B. für Wetzlar viermal zugunsten des weltlichen Gerichts intervenierte (S. 150). Auch für Karl IV. und Ruprecht von der Pfalz sind solche Entscheidungen nachweisbar, ebenfalls für Wetzlar. Obwohl der kirchliche Widerstand gegen die Beschneidung dieses Privilegs damit nicht beseitigt war, scheint doch die königliche Unterstützung den Städten einen gewissen Rückhalt geboten und sie in ihrem Vorgehen gegen die geistlichen Gerichte ermutigt zu haben, wie es Heitzenröder für das Jahr 1448 ebenfalls für Wetzlar feststellen kann (S. 151).

Unklar ist, warum er einen geschlossenen Abschnitt, in dem er Obliegenheiten des Rates, die wichtige Bestandteile städtischer Autonomie darstellten, wie etwa Wehrhoheit und Bauordnungen, als Exkurs darstellt. Gerade diese Rechte

2 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

mußten vor allem in Städten mit geistlichem Stadtherrn diesem meist erst mühsam abgerungen werden. Es wäre interessant zu sehen - soweit sich das nachweisen läßt -, wie sich dieser Prozeß in den Reichsstädten vollzogen hat. Im Falle Gelnhausens wird es angedeutet, wo dem Rat durch die auf ein Privileg Ludwigs des Bayern von 1333 zurückgehenden sog. Landscheidungen ein gerichtliches Instrument zur baulichen Kontrolle auch von geistlichen Institutionen in die Hand gegeben war (S. 156 ff.).

In seinem Kapitel über die bürgerliche Einflußnahme auf die Verwaltung der Kirchenvermögen durch Pflegschaften geht Heitzenröder mit Recht davon aus, daß diese Pflegschaften eine "Haupteinbruchstelle des Rates in die Veste der Hierarchie kirchlicher Institutionen" (S. 165) darstellten.[3] Überwiegend anhand ungedruckter Quellen verfolgt er erstmals diese Entwicklung an der Frankfurter Bartholomäuskirche, einem der prominentesten Reichsstifte. Wenn auch auf weit spärlicherer Quellenbasis, so wird der Entstehungsprozeß der Pflegschaften auch in den übrigen Städten der Wetterau verfolgt. Dabei kann der Autor vor allem anhand des Wetzlarer und partiell auch des Frankfurter Materials zeigen, daß sich das Bürgertum sein Mitspracherecht an der Verwaltung des Kirchenvermögens in bewußten politischen Aktionen erkämpfte (S. 190), wobei allerdings nur in Gelnhausen "das Bürgertum die alleinige Kompetenz über die Belange der Kirchenfabrik" erlangte, während sich in den übrigen Städten gemischte bürgerlich-geistliche Pflegschaften durchsetzten.

Das letzte und umfangreichste Kapitel (S. 191 - 254) behandelt die städtischen Klosterpflegschaften, die in allen 4 wetterauischen Reichsstädten seit der zweiten Hälfte des 15. Jh. existierten und die Heitzenröder ebenfalls als Element der städtischen Kirchenpolitik betrachtet. Bei ihrer Entstehung mißt er vor allem der innerstädtischen Reformbewegung des 15. Jh. besonders in den Bettelorden, die in Übereinstimmung mit den städtischen Interessen stand, eine wichtige Rolle zu. Der Einfluß, den der Rat mit Hilfe dieser Pflegschaften erlangte, war in den einzelnen Städten unterschiedlich. In Frankfurt und Wetzlar beispielsweise gelang es ihm, eine fast vollständige Oberaufsicht über die Vermögensverwaltung der Klöster zu erringen und einen starken Einfluß auf die Personalpolitik der Konvente auszuüben (S. 247, 253). Insofern sieht Heitzenröder die Klosterpflegschaften "als Vehikel zur vollkommenen Verbürgerlichung (oder Säkularisation) der Klöster" an, die letztendlich die Übernahme der Konvente durch das Bürgertum während der Reformation gefördert hätten (S. 254). Zum anderen räumt er ein, daß der Rat nicht unbedingt an den im Spätmittelalter erreichten Einwirkungsmöglichkeiten auf die geistlichen Institutionen rütteln wollte, deshalb als regierende Körperschaft auch "nicht zu einem forcierten Angriff auf die abbröckelnden Bastionen der alten Kirche drängte". So erklärt er, daß die untersuchten Städte lange an der alten Lehre festhielten, zumal die reformatorische Bewegung mit erheblichen sozialen Spannungen einherging.

Insgesamt ergänzt diese Studie die umfangreiche Literatur zum Thema des Verhältnisses von Klerus und Bürgertum im Spätmittelalter. Sie bestätigt einerseits das bereits für andere Städte gewonnene Bild, läßt aber andererseits auch neue Aspekte, so u. a. die Haltung des Königtums, hinzutreten. Die geschlossene Behandlung von Städten einer Region mit unterschiedlich geprägtem Charakter des Stadtregiments (Frankfurt - patrizisch, Friedberg - maßgeblich bestimmt durch die Reichsburg, Gelnhausen - zünftisch) bietet zudem gute Vergleichsmöglichkeiten. Ein umfangreiches Quellen- und Literaturverzeichnis rundet den Band ab, wobei besonders die Benutzung zahlreichen ungedruckten Quellenmaterials in Form von Urkunden, Kopialbüchern von Klöstern, Akten, Amtsbüchern, Ratsprotokollen und Stadtbüchern hervorgehoben werden muß.

3 Heitzenröder folgt hier Büttner, Ernst, Die Kirche im spätmittelalterlichen Hannover. Organisation und Geist, in: Zeitschrift der Gesellschaft für niedersächsische Kirchengeschichte 38 (1933), S. 40; Kießling, S. 98, u. a.

Mittelalterliche und frühneuzeitliche Siedlungsentwicklung in Moor- und Marschengebieten

Siedlungsforschung. Archäologie - Geschichte - Geographie, Bd. 2

Verlag Siedlungsforschung, Bonn 1984, 348 S., Abb., 5 Kt.

von Eike Gringmuth-Dallmer

Zu den eindrucksvollsten Beispielen für die Auseinandersetzung zwischen Mensch und Natur gehört der Kampf um die Besiedlung und wirtschaftliche Nutzung in den ständig von Überschwemmungen heimgesuchten bzw. bedrohten Gebieten an der Nordsee, der deshalb auch seit Jahrhunderten die Forschung beschäftigt. Da in den letzten Jahrzehnten zu diesem Problemkreis vor allem durch die Archäologie und die Geographie neue Quellen erschlossen und eine Reihe grundsätzlich neuer Gesichtspunkte erarbeitet wurden, widmete der Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa seine 10. Arbeitstagung (vom 21. bis 24. November 1983 in Aurich) diesem Thema. Die reich bebilderte Publikation der Vorträge bildet den Schwerpunkt des zu besprechenden Bandes der Zeitschrift "Siedlungsforschung", die vornehmlich zur Veröffentlichung von Tagungsbeiträgen des Arbeitskreises ins Leben gerufen wurde und sich, wie der Untertitel ausweist, um eine Zusammenführung aller beteiligten Disziplinen bemüht, zu denen im vorliegenden Fall noch die Geologie tritt. Da der zusammenfassende Tagungsbericht von Michael Müller-Wille (S. 245 - 285)[1] auch die zu den Vorträgen geführten Diskussionen berücksichtigt, gewährt der Band zumindest für bestimmte Bereiche einen hervorragenden Überblick über den gegenwärtigen Forschungsstand.

In seinem einleitenden Referat verfolgt Müller-Wille als Archäologe die "Mittelalterliche und frühneuzeitliche Siedlungsentwicklung in Moor- und Marschengebieten" (S. 7 - 14) in einem Raum, der die See- und Flußmarschenzone von Seeflandern im Westen bis zur Elbe im Osten und Südwestjütland im Norden umfaßt. Nach einem Überblick über die Transgressions- und Regressionsphasen der Nordsee (Zeiten des Vordringens und des Zurückweichens der Strandlinie), deren Berücksichtigung für eine Erklärung der Siedlungsgeschichte im Küstengebiet unumgänglich ist, behandelt er vor allem die Geschichte der Wurten, jener künstlich aufgehöhten Siedlungshügel, die Schutz vor Überschwemmungen boten und noch ein entscheidendes Element im heutigen Landschaftsbild darstellen. Unter Eliminierung regionaler Besonderheiten, die vor allem Beginn und Ende der

1 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im Text beziehen sich auf den hier besprochenen Band.

einzelnen Perioden sowie die gleichzeitige Anlage von Flachsiedlungen betreffen, läßt sich ein allgemeiner Entwicklungsgang herausarbeiten. Während der vorrömischen Eisenzeit, also in der zweiten Hälfte des 1. Jt. v. u. Z., legte man neben Flachsiedlungen Hof- und später Dorfwurten an, die zwischen dem 1. Jh. v. u. Z. und dem 4. Jh. u. Z. im Rahmen eines intensiven Landesausbaus erheblich vermehrt wurden. Im 4./5. Jh. erfolgte ein Wüstungsprozeß, der weitgehend zu einer totalen Entsiedlung führte; lediglich in Friesland und Groningen ist mit einer durchgehenden Besiedlung bis ins Mittelalter hinein zu rechnen. Ansonsten setzte überall im 7./8. Jh. eine neue Ausbauphase mit Flach- und Wurtsiedlungen ein, die vielerorts schließlich durch eine vierte Wurtengeneration des Hoch- und Spätmittelalters ergänzt wurde, charakterisiert durch Hauswurten (oder Wurten mit Einzelhöfen bzw. Gehöftgruppen). Sie ging teilweise mit einer partiellen Entsiedlung der Dorfwurten einher.

Obgleich der Titel des Beitrages "Die mittelalterliche und frühneuzeitliche Besiedlung von Marsch und Moor zwischen Ems und Weser" (S. 43 - 76) von Hans-Jürgen Nitz nur eine regionale Vertiefung des bereits genannten Berichts von Müller-Wille vermuten läßt, unterscheidet er sich sowohl hinsichtlich des behandelten Zeitraums als auch der Fragestellungen wesentlich. Während Müller-Wille hauptsächlich die archäologischen Zeugnisse der Kolonisation von der vorrömischen Eisenzeit bis ins Mittelalter aufbereitet, geht Nitz als Geograph zeitlich bis ins 18. Jh. zurück und betrachtet vor allem die Orts- und Flurformen sowie die historischen und sozialen Voraussetzungen und Folgen des Landesausbaus.

Der älteste historisch greifbare, seit dem frühen 12. Jh. erfolgte hochmittelalterliche Ausbau, die Marschhufenkolonisation der linksseitigen Wesermarsch, wurde vom Erzbischof von Bremen-Hamburg als Landes- und Grundherr organisiert. Im Unterschied zum altbesiedelten Hochland mit seiner kleingliedrigen Flur aus kurzen Streifen und Blöcken weist das jungbesiedelte Bruchland lange Parallelstreifen, die Marschhufen, auf. Verantwortlich für den Ausbau waren Siedlungsunternehmer, die das Land vom Erzbischof gekauft hatten, Ministerialen, die in dessen Auftrag handelten, oder direkt die Siedlergemeinschaft, der vertraglich bestimmte Rechte zugestanden wurden. Auf jedem Kolonisationsabschnitt bestand ein Herrenhof, der mit den Lokatoren in Verbindung zu bringen ist.

Erheblich früher als im Bremer Gebiet, nämlich im 10./11. Jh., begann die mittelalterliche Kolonisation im westlichen Ostfriesland, wo sich eine besondere Siedlungsform herausbildete. Es handelt sich um Reihensiedlungen mit zugehörigen breitstreifigen Aufstreckfluren (ausführlich dargestellt von Ekkehard Wassermann "Reihensiedlungen mit Aufstreck-Breitstreifenfluren im westlichen Ostfriesland", S. 111 - 122). Im Gegensatz zu den von Anfang an in der Fläche vermessenen Marschhufenfluren wurden sie zunächst nur in der Breite vermessen und durften dann so weit verlängert werden, wie das Moor kultiviert wurde. Interessant ist ein zweifacher Wechsel in der Trägerschaft der Siedlung "von einer zunächst herrschaftlich beeinflußten über eine genossenschaftlich-gemeindemäßige zu einer am Ende wieder herrschaftlich ... bestimmten Organisation" (S. 55). Ihren wirtschaftlichen Hintergrund hatte die genossenschaftlich bestimmte Phase "im Aufblühen der fernhandelsorientierten Mastviehwirtschaft und in der Vergrößerung und Verbesserung der Nutzflächen durch Deichbau und Entwässerung" (S. 56).

Eine weitere Ansiedlungsform in den Seemarschengebieten bildete seit dem 11. Jh. die Einzelhofkolonisation und -aussiedlung aus den Dorfwurten, die mit der individuell geformten Blockeinödflur verbunden war.

Wichtig ist der Hinweis des Verfassers, daß außerhalb des Bremer Raumes "überwiegend, wenn nicht ausschließlich, Stedinger Sachsen aus der Wurtenmarsch als Siedler aufgetreten" sind (S. 51), ein deutlicher Hinweis darauf, die Kultivierungsarbeit nicht nur und nicht überall mit den Niederländern in Verbindung zu bringen.

Nachdem es in der alten Marsch zu Neuregelungen in der Flurauftteilung und seit dem 13. Jh. zu Siedlungsverlusten durch Meereseinbrüche und Sturmfluten gekommen war, nahm vom ausgehenden 15. bis zum 18. Jh. der Landesausbau einen erneuten Aufschwung, bewirkt durch eine Staatskolonisation großen Stils, und zwar auf dem Wege der Wiedergewinnung verlorenen Landes durch systematische Einpolderung der Meeresbuchten in der Marsch, durch sog. Fehnkolonisation im Hochmoor seit dem 17. Jh. und mittels Moorbrandwirtschaftskolonisation seit dem 18. Jh. Auf diese Weise waren Ende des 18. Jh. die seit dem 14. Jh. eingetretenen Landverluste wieder ausgeglichen. Eine wesentliche Triebkraft hierfür stellten die konkurrierenden Territorialherrschaften dar, die infolge der starken Getreidenachfrage und der deshalb steigenden Preise soweit wie möglich das Grünland in Ackerland umwandelten. Gleichfalls überregional bedingt war die Hochmoorkolonisation seit dem 17. Jh., die auf erhöhten Brennstoffbedarf zurückzuführen war. Ihre Träger waren frühkapitalistische private Einzelunternehmer oder Unternehmergruppen. Schließlich ist das Urbarmachungsedikt Friedrichs II. von Preußen zu nennen, das zur Entstehung von Moorkolonien führte. Fehler der preußischen Provinzialverwaltung, insbesondere eine fehlende oder nachlässige Siedlungsplanung, ließen diesen Versuch jedoch insgesamt zu einem Fehlschlag werden.

Zu den beiden folgenden Artikeln niederländischer Autoren sei vor allem auf die Auseinandersetzung mit einigen wichtigen, noch heute landläufigen Auffassungen hingewiesen. Man ging davon aus, daß die Voraussetzung für die Kultivierung der Marsch deren Bedeichung gewesen und diese Kultivierung von Nordwestdeutschland ausgegangen sei, für die das bekannte Bremer Ansiedlungsprivileg von ca. 1113 (früher auf 1106 datiert) den ersten Beleg darstellte. Beide Thesen müssen als überholt angesehen werden.

Den ersten Anstoß, die Voraussetzungen des Bremer Vertrages doch im Herkunftsgebiet der Kolonisten, in den Niederlanden, zu suchen, gab bereits 1901 Siegfried Rietschel[2]. Er wurde jedoch, wie Hendrik van der Linden in seinem Beitrag "Die Besiedlung der Moorgebiete in der holländisch-Utrechter Tiefebene und die Nachahmung im nordwestdeutschen Raum" (S. 77 - 99) zeigt, erst in den 50er Jahren aufgegriffen. Die Auswertung von Schriftquellen und Flurkarten führte ihn zu dem Schluß, daß sowohl die Art der Kultivierung als auch ihre Rechtsformen von den Niederländern fertig ausgebildet mit nach Nordwestdeutschland gebracht wurden. Diese

2 Rietschel, Siegfried, Die Entstehung der freien Erbleihe, in: Zeitschrift der Savignystiftung für Rechtsgeschichte, Germ. Abt., 22, 1901, S. 181 ff.

als friesisch-holländisch bezeichnete Kultivierungsmethode bestand darin, "daß in regelmäßigen Abständen Gräben angelegt wurden, die das überschüssige Moorwasser zu nahegelegenen kleinen Fluß- oder Wasserläufen ableiteten, und daß sich die Siedler auf eigenen Parzellen zwischen zwei Gräben niederließen" (S. 79). Entsprechende Formen waren im Herkunftsgebiet (Utrechter Moorgebiet nördlich des Rheins) spätestens seit Beginn des 11. Jh. bekannt, ebenso das verwendete Hofmaß von 720 mal 30 Ruten. Unbekannt hingegen war der Deichbau. Wie Guus J. Borger in seinem Beitrag "Die mittelalterliche und frühneuzeitliche Marschen- und Moorbesiedlung in den Niederlanden" (S. 101 - 110) ausführt, ist die Vorstellung von einer der Urbarmachung unbedingt vorausgehenden Bedeichung deshalb nicht zutreffend, weil sich vor allem durch die Bewirtschaftung die Erdoberfläche gesenkt hat, weshalb zu Beginn der Besiedlung eine Eindeichung noch nicht notwendig war.

Die drei letzten Beiträge zum Schwerpunktthema des Bandes zeigen eindrucksvoll, in welcher Weise interdisziplinäre Forschungsansätze auch bei kleinräumigen Untersuchungen zu weiterführenden Ergebnissen verhelfen. Klaus Brandt untersucht auf der Grundlage archäologischer Forschungen "Die mittelalterliche Siedlungsentwicklung in der Marsch von Butjadingen (Landkreis Wesermarsch)" (S. 123 - 146). Die Gesamtentwicklung entspricht der oben skizzierten. In der römischen Kaiserzeit erfolgte eine dichte Besiedlung in Wurtenreihen, die im 4./5. Jh. auslief. Die Wiederbesiedlung im frühen Mittelalter nahm z. T. die vorhandenen Wurten erneut in Besitz, daneben kam es zur Anlage von Wohnplätzen zu ebener Erde. Sie wurden seit dem 8. Jh. zu Wurten aufgehöht, auf denen neben Landwirtschaft auch Gewerbe (Knochen- und Geweihbearbeitung, Weberei) als Nebenerwerb betrieben wurde. Ein weiterer Ausbau im 12./13. Jh. führte sowohl zu einer Verdichtung des vorhandenen Siedlungsnetzes als auch zur Erschließung völlig neuer Landschaften, was vor allem durch systematische Entwässerung und den Bau von Deichen möglich wurde. Als Folge dieses Landesausbaus spielte der Handel eine zunehmende Rolle, getragen von wohlhabenden Bauern, die in diesen ländlichen Gebieten die Oberschicht darstellten.

Die folgenden Ausführungen von Rosemarie Krämer "Landesausbau und mittelalterlicher Deichbau in der hohen Marsch von Butjadingen" (S. 147 bis 164) betreffen etwa den gleichen Raum und führen Brandts Beobachtungen von geographischer Seite fort. Neben Aussagen über die Flurformen - unregelmäßige Blöcke bei den alten Dorfwurten, regelmäßige Blöcke und geplante Flurausbauten in Form von Streifen in den Zonen des Landesausbaus - beanspruchen besonders die Ausführungen der Verfasserin zum Gang der Bedeichung allgemeineres Interesse. Das älteste Stadium stellen sog. Ringdeiche dar, die lediglich relativ kleine Flächen von Ackerland umschlossen, um das Getreide vor Überflutung mit Meerwasser zu schützen. Datierungshinweise fehlen aus Butjadingen; in benachbarten Küstenregionen werden sie vornehmlich dem 11. Jh. zugewiesen. In einer zweiten Phase wurden von den Dorfwurten aus, getragen von den zugehörigen Siedlerverbänden, Deichabschnitte angelegt, die sich schließlich zusammenfügten und eine geschlossene Deichlinie bildeten. Darauf folgte die ins 12. Jh. datierte "Deichstallung", die auf etwa 9 km Länge sicher rekonstruiert werden konnte. Bei diesem Ausmaß ist anzunehmen, daß an ihrer Errichtung eine überörtliche Institution organisatorisch mitwirkte. Sicher

ist das für die seit dem 12./13. Jh. errichteten Küstendeiche, die "eine geschlossene Schutzanlage für ausgedehnte Kulturlandschaftsflächen darstellten" (S. 160), indem sie ganze Wurtenketten miteinander verbanden. Die Küstendeiche stellten eine neue Qualität im Küstenschutz dar, indem sie als Winterdeiche eine erheblich höhere Sicherheit boten als alle vorher errichteten Anlagen, die nur im Sommer Schutz vor Überschwemmungen gewährten. Gleichzeitig mit den Küstendeichen wurden als letzte Form Sturmdeiche errichtet, die erstere miteinander verbanden, um bei Deichbruch den Schaden in Grenzen zu halten. Sie behielten ihre Bedeutung bis ins 18. Jh.

Wenn die von Krämer gezeichnete, in einer Kleinlandschaft verfolgte Entwicklung auch nicht in allen Einzelheiten auf andere Gebiete übertragbar ist, so entspricht sie doch in ihren Grundzügen der in weiten Bereichen der Küstenregion, wie u. a. eine Reihe von Aufsätzen in der Zeitschrift "Probleme der Küstenforschung im südlichen Nordseegebiet"[3] zeigt. Danach setzte im niederländischen und niedersächsischen Küstengebiet ein geregelter Deichbau durchweg im 11. Jh ein, in den Elbmarschen erst im 12. Jh. Daneben versucht jedoch Dirk Peter Blok[4], anhand der Schriftquellen für einige Gebiete bereits für das frühe Mittelalter den Bau einfacherer Deiche wahrscheinlich zu machen.

Der letzte in die Thematik passende Beitrag schließlich führt Geologie, Archäologie und Geographie zu einem Forschungsbericht über "Landschafts- und Siedlungsgeschichte im Bereich der heutigen Marscheninseln und Watten Nordfrieslands" von Dietrich Hoffmann, Hans Joachim Kühn und Bodo Higelke zusammen (S. 165 - 185). Als wichtigstes Ergebnis ist herauszustellen, daß das heutige Landschaftsbild sowie die heutigen Umweltverhältnisse in keiner Weise in ältere Zeiten zurückprojiziert werden können, wie an Karten des Zustandes um 1600 und um 1650 (Abb. 9, 10) demonstriert wird. Als Hinweis auf noch frühere Zustände kann die Tatsache gelten, daß die ältesten Wohnplätze durchweg Flachsiedlungen darstellten, die Marsch also in dieser Zeit weitgehend frei von Sturmfluten war. Im 11./12. Jh. machte sich dann deren verstärkter Einfluß bemerkbar, der zur Anlage von Wurten führte und in den großen Sturmflutkatastrophen von 1362 und 1634 gipfelte, von denen die erste hauptsächlich auf natürliche Ursachen zurückzuführen ist, während die zweite vornehmlich anthropogen bedingt war.

Nicht als Tagungsvortrag, aber zweifellos nicht ohne Absicht in den Band aufgenommen wurde der Bericht von Peter Schmid über "Das Niedersächsische Landesinstitut für Marschen- und Wurtenforschung in Wilhelmshaven" (S. 263 - 281), in dem auch drei Forschungsprojekte der stark interdisziplinär ausgerichteten Einrichtung kurz vorgestellt werden. Im Flußmarschgebiet Rheiderland an der unteren Ems zeichnet sich wieder der oben als allgemein gültig herausgestellte Besiedlungsablauf ab. Als

3 Probleme der Küstenforschung im südlichen Nordseegebiet, Bd. 15, 1984.

4 Blok, Dirk Peter, Wie alt sind die ältesten niederländischen Deiche? Die Aussagen der frühesten schriftlichen Quellen, in: ebenda, S. 1 - 7.

Besonderheit läßt sich jedoch für die römische Kaiserzeit mit der Flachsiedlung Bentumersiel ein Stapel- und Umschlagplatz nachweisen, auf dem die Anwesenheit römischen Militärs zu Beginn des 1. Jh. zu belegen ist. Für das frühe Mittelalter wurde dann eine Handelssiedlung in Hatzum mit einer Tuchmacherei und zahlreichen Funden von rheinischen Importen ausgegraben, in der offensichtlich die begehrten "friesischen Tuche" produziert wurden. Träger des Handels war eine ländliche Oberschicht. In beiden Fällen führte die günstige geographische Lage an der Emsmündung zur Herausbildung zentraler Funktionen der Orte.

Während das zweite Beispiel, das Land Wursten mit der berühmten, vollständig ausgegrabenen Wurt Feddersen Wierde, wieder den üblichen Gesamtablauf erkennen läßt, beansprucht die letzte Region, die Geestinsel Flögeln im Kr. Cuxhaven, besonderes Interesse, gestattet doch die völlig andere naturräumliche Ausstattung der Geest Vergleiche mit den bisher ausschließlich behandelten Marsch- und Moorgebieten. Eine umfangreiche Landnahme seit dem 1. Jh. v. u. Z. führte zunächst zur Anlagen von Einzelgehöften oder Hofgruppen, die im 2. Jh. zu einer geschlossenen Dorfanlage zusammengefaßt wurden. Zu der auf etwa 150 bis 200 Einwohner berechneten Siedlung gehörte eine Flus von etwa 100 ha. Im 4. Jh. löste sich das geschlossene Dorf zugunsten größerer Wirtschaftseinheiten auf; im 5. Jh. fiel die gesamte Geestinsel wüst. Die Wiederbesiedlung begann auch hier im 7. Jh., die zugehörige Flur hatte eine Größe von etwa 170 ha. Im 14. Jh. wurde das Dorf durch ein nahegelegenes Kloster aufgekauft und aufgegeben.

Versucht man eine Gesamteinschätzung der vorgestellten Beiträge, so ist zunächst festzustellen, daß für den Raum zwischen den nördlichen Niederlanden und der Weser ein eindrucksvolles Bild sowohl von Wurten- als auch, zumindest für Teillandschaften, von Deich-, Orts- und vor allem Flurentwicklung gezeichnet wird, das als repräsentative Darstellung des Forschungsstandes gewertet werden kann. Hingegen werden die Landschaften östlich der Weser und nördlich der Elbe (mit Ausnahme des Beitrages von Hoffmann, Kühn und Higelke) weitgehend ausgespart, was zumindest von seiten der Archäologie mit auf den geringeren Besatz mit Wurten zurückzuführen sein dürfte[5], deren Bau zudem in Nordfriesland erst im Mittelalter einsetzte (vgl. die Gesamtkarte der Wurtenverbreitung bei Müller-Wille, Abb. 8, S. 16). Hingegen wird nicht versucht, das Ausbaugeschehen in die größere gesamthistorische und sozialökonomische Entwicklung einzuordnen, hier seine Ursachen und seine Folgen darzustellen. Zwar finden sich bei fast allen Autoren Hinweise auf die Träger des Landesausbaus, aber was dahintersteckt, wenn sich im Bremer Kolonisationsgebiet ein zweimaliger Wechsel in den bestimmenden Kräften vollzieht oder wenn mit einer Ausweitung des Deichbaus eine überörtliche Institution wirksam wird, bleibt letztlich unklar. Das gilt vor allem auch für die Ursachen der Kolonisation. Gewiß ist es wichtig, daß die Anfang des 12. Jh. ins Bremer Gebiet übertragenen Siedlungs- und auch Rechtsformen bereits im niederländischen Herkunftsgebiet der Siedler ausgebildet waren, aber schließlich

5 Entsprechende Untersuchungen fehlen natürlich auch hier nicht, vgl. bes. Bantelmann, Albert, Tofting, eine vorgeschichtliche Warft an der Eidermündung, Neumünster 1955; derselbe, Die frühgeschichtliche Marschensiedlung beim Elisenhof in Eiderstedt, Bern/Frankfurt (Main) 1975.

haben sie sich nicht zu ihrem Vergnügen aufgemacht, um außerhalb ihrer Heimat die schwere Arbeit der Urbarmachung von Sümpfen auf sich zu nehmen. Zu welchen Ergebnissen der Verfolg einer solchen Fragestellung führen kann, hat z. B. Siegfried Epperlein für den Bereich der feudalen Ostexpansion gezeigt.[6] Einige zusammenfassende Bemerkungen zu dem Problem hat Franz Petri[7] in einem umfangreichen Artikel über die niederländische Marschenkolonisation in Europa gemacht, der eine wichtige Ergänzung zum vorliegenden Band darstellt, gibt er doch, vor allem aus rechtshistorischer Sicht, einen Überblick über die Aktivitäten der Niederländer von England und Frankreich bis zur Elbe und Saale. Seiner Meinung nach waren die Auswanderungen der Frühzeit wohl z. T. auf Verheerungen des Meeres zurückzuführen, die jedoch mit den Fortschritten im Deichbau keine Rolle mehr spielten. Auch eine relative Überbevölkerung kann bestenfalls vorübergehend wirksam gewesen sein, da schon am Ende des 12. Jh. versucht wurde, die Bevölkerung im Lande zu halten, und bis ins 14. Jh. hinein der innere Landesausbau in den Niederlanden vorangetrieben wurde. Der längerwirkende Hauptgrund bestand wohl darin, daß die Niederländer als Experten für Trockenlegung und Deichschutz von den verschiedenen Feudalherrschaften für ihre ehrgeizigen Ausbaupläne angeworben wurden, die ihnen dafür günstige Ansiedlungsbedingungen gewähren mußten. Da, wie man hinzufügen kann, Menschen ohnehin gebraucht wurden und diese Ansiedlungsbedingungen für alle Niederländer galten, ließen sie sich auch dort nieder, wo Trockenlegungen überhaupt nicht nötig waren, wie bei der bekannten Ansiedlung in Flemmingen bei Naumburg, die quellenmäßig detailliert zu verfolgen ist.[8]

Die Reihe wichtiger historischer Problemstellungen könnte fortgesetzt werden, was hier nicht unsere Aufgabe sein kann. Hingewiesen sei noch auf das interessante Problem der Gemeindebildung in ihrem Zusammenhang mit der Kolonisation, zu dem bereits fundierte Untersuchungen vorliegen,[9] und auch auf die Notwendigkeit vergleichender Untersuchungen mit naturräumlich anders strukturierten Landschaften, zunächst vor allem der Geest. Wenn, wie das Beispiel Flögeln zeigt, hier die gleichen Ausbau- und Wüstungsphasen auftreten, so müssen dem Geschehen überregionale Ursachen zugrundeliegen, die zu analysieren sind.

6 Epperlein, Siegfried, unter Mitwirkung v. Gringmuth-Dallmer, Eike, Die bäuerliche Siedlung im 12. und 13. Jahrhundert, in: Die Slawen in Deutschland. Ein Handbuch, Neubearbeitung, hg. v. Joachim Herrmann, Berlin 1985, S. 404 ff.

7 Petri, Franz, Entstehung und Verbreitung der niederländischen Marschenkolonisation in Europa (mit Ausnahme der Ostsiedlung), in: Die deutsche Ostsiedlung des Mittelalters als Problem der europäischen Geschichte, hg. v. Walter Schlesinger, Sigmaringen 1975, S. 695 - 754, bes. 753 f.

8 Schlesinger, Walter, Flemmingen und Kühren. Zur Siedlungsform niederländischer Siedlungen im mitteldeutschen Osten, in: ebenda, S. 263 - 309.

9 Stoob, Heinz, Landesausbau und Gemeindebildung an der Nordseeküste im Mittelalter, in: Die Anfänge der Landgemeinde und ihr Wesen, Konstanz/Stuttgart 1964, S. 365 - 422.

Die kritischen Bemerkungen sollen in keiner Weise den Wert der Beiträge schmälern; denn schließlich handelt es sich nicht um eine Gesamtdarstellung zur Besiedlung der Marschen und Moore, sondern um das Ergebnis einer Tagung, bei der naturgemäß nicht nur die Vorstellungen der Veranstalter, sondern auch mancherlei nicht planbare Faktoren eine Rolle spielen. So kann man den Band insgesamt allen empfehlen, die sich, von welcher Seite auch immer, mit mittelalterlichen Ausbauvorgängen beschäftigen.

Neben den besprochenen Aufsätzen zum Schwerpunktthema enthält der Band einige weitere Beiträge, auf die hier nicht mit der gleichen Ausführlichkeit eingegangen werden kann. Wolfgang H. Fritze behandelt "Die Begegnung von deutschem und slawischem Ethnikum im Bereich der hochmittelalterlichen deutschen Ostsiedlung" (S. 187 - 219). Die umfassende Einbeziehung schriftlicher, archäologischer, namenkundlicher, historisch-geographischer und rechtsgeschichtlicher Quellen führt ihn zu einem Gesamtbild, das weitgehend dem von der DDR-Forschung erarbeiteten und jüngst wieder zusammenfassend dargestellten[10] entspricht. Als wichtige Ergebnisse seien herausgestellt:

- Die Veränderung der Siedlungsstruktur im Gefolge der feudalen Ostexpansion und der mit ihr verbundenen bäuerlichen Siedlung verlief regional und in ihrer konkreten Ausprägung sehr differenziert und teilweise in mehreren Phasen.

- Die hochmittelalterliche Vogteiverfassung knüpfte vielfach an ältere slawische Burgbezirke an.

- In vielen Fällen war die slawische Bevölkerung ein Hauptträger des hochmittelalterlichen Landesausbaus.

- Die deutschrechtliche Stadt verdankt ihre Entstehung keinem einmaligen Gründungsakt. Sie knüpft in der Regel an ältere slawische Burgstädte oder einfachere Burgsiedlungen an, stellt aber qualitativ etwas Neues dar.

Aus der Vielzahl weiterer Ergebnisse sei lediglich darauf hingewiesen, daß die gerade auch in der wirtschaftshistorischen Literatur immer wieder vorgenommene Gleichsetzung der Kossäten mit einer slawischen Bevölkerungsgruppe, die rechtlich und ökonomisch schlechter gestellt war als die der deutschen Hufenbauern, in dieser allgemeinen Form nicht aufrechterhalten werden kann.

Nach Rezensionen (vornehmlich zur Wüstungs- und Hausforschung) und einem Bericht über die historisch-geographische Landesaufnahme der Niederlande schließt der Band mit der "Bibliographie zur europäischen Siedlungsforschung. Archäologie - Geschichte - Geographie. Neuerscheinungen 1983/84", bearbeitet von Dietrich Denecke unter Mitarbeit von Klaus Fehn. Die über 700 Titel erfassen den Zeitraum vom Neolithikum bis zur Gegenwart mit dem Schwerpunkt Mittelalter/Neuzeit. Regional wird vor allem Mitteleuropa berücksichtigt. Die seit 1983 jährlich erscheinende Zusammenstellung schließt eine bisher fühlbare Lücke und erhöht den Wert der ohnehin inhaltreichen Publikationsreihe.

10 Die Slawen in Deutschland.

Fertilitätstrends. Methode - Analyse - Politik, hg. v. Parviz Khalatbari = Beiträge zur Demographie, Nr. 8

Akademie-Verlag, Berlin 1984, 270 S., 28,- M

Seit der Mitte der 60er Jahre vollzieht sich in den meisten kapitalistischen und sozialistischen Industrieländern ein Rückgang der Zahl der Geburten pro Frau im gebährfähigen Alter. Durch diesen Rückgang ist gegenwärtig das Niveau der einfachen Reproduktion der Bevölkerung fast erreicht und in manchen Ländern (darunter in der DDR) bereits unterschritten.

Im vorliegenden Band bemühen sich in 12 Beiträgen 15 Autoren aus 6 Ländern um die Beantwortung der Frage nach den Ursachen des sinkenden Fertilitätsniveaus und stellen Überlegungen an über Wege und Möglichkeiten, diese Entwicklungstendenz aufzuhalten bzw. umzukehren. Das alles geschieht mit der dieser Reihe eigenen Offenheit und Gründlichkeit sowie in dem Bestreben, Vertreter unterschiedlicher Erklärungsmuster zu Wort kommen zu lassen. Dies ist um so mehr angebracht, als es eine ausgearbeitete Theorie der Fruchtbarkeit bisher noch nicht gibt (vgl. S. 13). Übereinstimmung herrscht jedoch darüber, daß sich die Fertilitätstrends aus der Wechselwirkung einer Vielzahl von Faktoren ergeben und daß diese Tatsache der Analyse der Fertilitätsproblematik einen komplizierten Charakter gibt. Zweck des vorliegenden Bandes ist es nach Khalatbari, sich durch "die Schaffung eines Überblicks über den historischen Prozeß des Rückgangs der Fruchtbarkeit und seinen Zusammenhang mit der gesamten materiell-technischen und gesellschaftlich-ökonomischen Entwicklung Klarheit über den Ausgangspunkt für eine Theorie der Fruchtbarkeit zu schaffen" (S. 13).

Damit ist vom Herausgeber explizit der Zusammenhang von demographischer und ökonomischer Entwicklung angesprochen, den auch die meisten Autoren in ihren Aufsätzen ins Spiel bringen. Der wirtschaftshistorisch und sozialgeschichtlich interessierte Leser wird in diesem Zusammenhang besonders den Beitrag des tschechischen Autors Josef Koubek aufmerksam lesen, der die Auswirkungen der sozialpolitischen Maßnahmen auf die Geburtenentwicklung in den europäischen RGW-Ländern zwischen 1965 und 1980 untersucht. Er gelangt zu der Feststellung, "daß die ökonomischen Maßnahmen wirksamer sind als die administrativen" (S. 35). Beim Einsatz ökonomischer Stimuli sei jedoch im Ergebnis der in den 70er Jahren gewonnenen Erfahrungen zu beachten, "daß es für längerdauernde Auswirkungen nötig ist, eine Serie von bevölkerungspolitischen Maßnahmen so zu planen, daß die neuen Maßnahmen immer dann getroffen werden, wenn die Wirksamkeit der vorangehenden nachzulassen beginnt" (S. 33). Der Autor kommt dann zu der Schlußfolgerung: "Die demographischen Probleme der europäischen RGW-Länder in den 80er Jahren erfordern zu ihrer Lösung vor allem auch eine Verbesserung der Ökonomie, insbesondere der Wirtschaftsleitung." (S. 38)

Jörg Roesler

Wirtschaftsdynamik - Wirtschaftsrecht. Überlegungen eines internationalen Autorenkollektivs zur Rolle des Rechts bei der weiteren Vervollkommnung des Systems von Leitung, Planung und wirtschaftlicher Rechnungsführung, Autorenkollektiv unter Ltg. v. Uwe-Jens Heuer

Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986, 301 S., 25,- M

Im Februar 1983 waren entsprechend einem Auftrag der 5. Tagung des ZK der SED vom Politbüro Maßnahmen zur weiteren Vervollkommnung der Leitung, Planung und wirtschaftlichen Rechnungsführung in der DDR beschlossen worden. Auf ihrer Grundlage wurde vom Ministerrat der DDR eine Reihe rechtlicher Regelungen verabschiedet, die überwiegend ab 1. Januar 1984 wirksam wurden. "Die Wirtschaftsrechtswissenschaft ist vor die Notwendigkeit gestellt, diese Veränderungen in ihrer praktischen und theoretischen Bedeutung für das Wirtschaftsrecht zu untersuchen", heißt es in der Einleitung des Sammelbandes zu den Beweggründen für die Veröffentlichung des vorliegenden Buches. Die Autoren erfüllen ihre Aufgabe in einer Weise, die auch das Interesse des wirtschaftshistorisch interessierten Lesers weckt.

Der erste Teil des durch ein ausführliches Sachregister erschlossenen Sammelbandes ist vor allem den theoretischen Fragen der Triebkräfte der Wirtschaftsentwicklung und den Aufgaben und Funktionsweisen des Wirtschaftsrechts gewidmet. In ihm entwickelt Uwe-Jens Heuer u. a. eine interessante Auffassung vom Zusammenhang zwischen Leitungssystem und Interessen mit bemerkenswerter Konsequenz und Transparenz. Er schreibt: "Wird die objektive Existenz von Interesen und Interessenwidersprüchen bei Dominanz der gesellschaftlichen Interessen akzeptiert, dann ist das Wirken eines auf die Lösung dieser Widersprüche orientierten, befähigten Leitungssystems unumgänglich, ist seine Leistungs- und Reaktionsfähigkeit für das Tempo der ökonomischen Entwicklung von ausschlaggebender Bedeutung. Werden ökonomische Widersprüche nicht über den Markt gelöst, so müssen sie mit Hilfe politischer Mechanismen aufgedeckt und ausgetragen werden". (S. 25) Und er fährt fort: "Bei Interessenwidersprüchen kann es sich darum handeln, auf beide Seiten des Widerspruchs Einfluß zu nehmen, die widersprechenden Interessen in Übereinstimmung zu bringen, auch Kompromisse zu ermöglichen oder aber sich auf eine der beiden Seiten festzulegen, bestimmte Interessen zurückzudrängen, sei es, weil es sich um antisozialistische Interessen handelt oder aber - und das ist der Hauptfall - weil es um Interessen geht, die zwar legitim, aber gegenwärtig nicht zu befriedigen sind und die dann natürlich weiterhin Wirkungen auslösen ... Maßstab ist letztlich das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus und die auf seiner Grundlage erfolgende allseitige Festlegung der Stärkung der DDR." (S. 25 f.)

Das Fällen und Durchsetzen von Entscheidungen in der Wirtschaft erfolgt nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus, den dialektische Wechselwirkung von verbindlicher staatlicher Entscheidung, eigenverantwortlicher Entscheidung der Wirtschaftseinheiten (überwiegend im Bereich horizontaler Koordinierung) und Rückwirkung ermöglichen (S. 33).

Wie die Potenzen des Rechts voll in den Dienst einer möglichst störungsfreien Funktionsweise des Leitungssystems gestellt werden können, wird in den Kapiteln 2 bis 6 behandelt, die den zweiten Teil des Buches ausmachen. Die Autoren analysieren die seit 1984 geltenden rechtlichen Regelungen zur Weiterentwicklung der Planung und wirtschaftlichen Rechnungsführung im Maßstab der Volkswirtschaft und auf Kombinatsebene, untersuchen die zur Qualifizierung der Leitung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sowie zur Stimulierung des Exports ergriffenen Maßnahmen. Dabei wird auf "konkrete Widersprüche im System der Leitung und Planung" (S. 29) hingewiesen. Inwiefern es sich dabei um Mechanismus-Widersprüche "rein technischer Art"

handelt bzw. inwieweit sie Ausdruck von Interessenwidersprüchen sind, darauf wird in der Regel jedoch nicht eingegangen, und manch nützlicher Interpretationsansatz, der im ersten Kapitel bei der Behandlung der Grundsätze der Leitung entwickelt wurde, findet in der Analyse der Leitungsbeziehungen en détail kaum Beachtung.

Weniger um das Detail als um den kursorischen Überblick über den gesamten Wirtschaftsmechanismus geht es im dritten Teil des Bandes, in dem Autoren aus Bulgarien, Polen, Rumänien, der ČSSR, Ungarn und der Sowjetunion über den Stand der Wirtschaftsreformen bzw. über die "weitere Vervollkommnung des Wirtschaftsmechanismus" in ihren Ländern berichten. Sie geben einen - ohne Kenntnis der jeweiligen Landessprache für den DDR-Wirtschaftshistoriker kaum zu gewinnenden - komprimierten Überblick über Leitung, Planung und wirtschaftliche Rechnungsführung in den europäischen RGW-Ländern. Erkennbar wird, daß auf der Grundlage prinzipieller Übereinstimmung z. T. recht unterschiedliche Wege eingeschlagen und verschiedenartige Lösungen angestrebt werden. Ihrem Charakter nach stellen die Länderberichte eine Information dar. Der nächste Schritt, die Wertung der nationalen rechtlichen Regelungen, konnte von den Autoren der Publikation noch nicht vollzogen werden.

Was den vorliegenden Band für alle diejenigen, die sich mit der Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus befassen, wertvoll macht, sind erstens die grundsätzlichen Ausführungen Heuers, die hervorragende Denkansätze für die wirtschaftshistorische Analyse der Struktur und vor allem der Dynamik des Leitungssystems enthalten, und zweitens eine materialreiche Information über den Stand der Leitung und Planung in der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1984/85 und über die europäischen sozialistischen Länder vom Beginn bis zur Mitte der 80er Jahre. Das Buch kann sehr wohl als notwendiger Orientierungspunkt für die wirtschaftshistorische Untersuchung der Entwicklung des Wirtschaftsmechanismus in der DDR und in ihren sozialistischen Nachbarländern während der 70er Jahre und zu Beginn der 80er Jahre dienen.

Jörg Roesler

Geschichte des Staates und des Rechts der DDR. Dokumente 1945 - 1949, hg. v. Karl-Heinz Schöneburg

Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1984, 279 S., 20,- M

Der Herausgeber war um ein breites Spektrum der Dokumentation bemüht. In einer ersten Abteilung werden von ihm Dokumente der mit der Regierungsgewalt in Deutschland nach Kriegsende betrauten Institutionen (Alliierter Kontrollrat, Sowjetische Militäradministration) vorgestellt. Es folgen in einer zweiten Abteilung Quellen zur staatspolitischen Konzeption der SED, in einer dritten Dokumente über die Zulassung und die Programme der anderen politischen Parteien und Massenorganisationen sowie über die Bildung des Demokratischen Blocks. In einer vierten Abteilung des Dokumentenbandes kann der Leser die Herausbildung der antifaschistisch-demokratischen Staatsorgane verfolgen, die sich zunächst auf Kreis- und Landesebene, bald aber auch auf zentraler Ebene (Deutsche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission - DWK) vollzog. Die fünfte Abteilung enthält Quellen zu den wichtigsten von den Staatsorganen ergriffenen Maßnahmen auf wirtschaftlich-organisatorischem und

kulturell-erzieherischem Gebiet. Den Abschluß des Bandes bilden in der sechsten Abteilung Dokumente zur Verfassungsgeschichte der DDR.

Für den Wirtschaftshistoriker sind die Abteilungen vier und fünf besonders interessant. Die Abteilung vier enthält u. a. 8 Dokumente zur Entstehung und Entwicklung der DWK, darunter deren "Gründungsurkunde". Zur Bodenreform enthält die Abteilung fünf 15 Quellen, darunter den aufschlußreichen "Entwurf einer Bodenreformverordnung", 1942 von Edwin Hoernle im sowjetischen Exil entworfen (S. 167 ff.). 5 Dokumente aus den Jahren 1945 bis 1949 geben Auskunft über staatliche Hilfe für die Neubauern. 14 Quellen beziehen sich auf die Maßnahmen zur Enteignung des Monopolkapitals und zur Leitung und Planung der Volkswirtschaft.

Als Quellen herangezogen wurden vor allem die Gesetzblätter der Länder und die Befehle der SMAD, die wohl erstmals so umfassend zitiert werden, ferner Archivmaterialien unterschiedlicher Provenienz. Der Vorteil des Dokumentenbandes liegt in der Information über ein so breites Spektrum antifaschistisch-demokratischer Tätigkeit sowie in der Wiedergabe von Dokumenten, die die Aktivität staatlicher Organe auf allen Ebenen widerspiegeln, angefangen vom Kreis und Land bis zur DWK und der SMAD sowie dem Alliierten Kontrollrat.

Der Vorteil des Bandes - die Breite des behandelten Spektrums - schließt einen Nachteil mit ein: Auf begrenztem Raum können die Dokumente trotz des platzsparenden Zweispaltendrucks in der Mehrzahl nur in Auszügen wiedergegeben werden. Bedauerlich ist auch der vollständige Verzicht auf Regesten, die dem Leser helfen könnten, das einzelne publizierte Dokument in einen größeren Zusammenhang einzuordnen bzw. die Beziehungen zwischen verschiedenen im Band veröffentlichten Quellen aufzuhellen, sofern das aus den angegebenen Dokumenten selbst nicht ersichtlich ist. So wird z. B. zunächst kaum jemand vermuten, daß der "Befehl Nr. 138 der SMAD zur weiteren Entwicklung der Wirtschaft" sich mit der Gründung der DWK (unter der Bezeichnung "Ständige Wirtschaftskommission") beschäftigt. Es wäre für den Leser auch nicht uninteressant zu erfahren, warum der vom 4. Juni datierte Befehl erst am 14. Juni 1947 (bisher immer als Gründungsdatum der DWK angegeben) veröffentlicht wurde.

Mit dem vorliegenden Band wurde eine Dokumentenreihe zur DDR-Geschichte veröffentlicht, auf die zweifellos auch die Wirtschaftshistoriker in ihrer Forschungsarbeit gern zurückgreifen werden.

Jörg Roesler

Siegfried Suckut, Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945 - 1949. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfront-Ausschusses - Quellenedition = Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR, Bd. 3

Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1986, 640 S., 58,- DM

Der Dokumentenband enthält die fast vollständige Wiedergabe der Sitzungsprotokolle des zentralen Blockausschusses (Gemeinsamer Ausschuß der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien Deutschlands), und zwar - beginnend mit der Gründungssitzung vom 13./14. Juni 1945 - 9 für 1945, 15 für 1946, 8 für 1947, 5 für 1948 und 9 für 1949. Bei den Protokollen der ersten Sitzungen (1945) handelt es sich lediglich um kurzgefaßte Niederschriften, an deren Stelle 1946/47 ausführlichere Zusammenfassungen treten. Über die Sitzungen der Jahre 1948 und 1949 liegen stenographische Protokolle vor.

Auf den Tagungen des zentralen Blockausschusses rangen die Parteien der sowjetischen Besatzungszone (zunächst KPD und SPD bzw. SED, CDU und LDPD; ab 1948 auch NDPD, DBD und FDGB) um eine gemeinsame Position zu Gegenwartsproblemen der deutschen Nachkriegsentwicklung und verständigten sich in der Mehrzahl der Fälle, gemeinsam vorzugehen. Der jeweiligen Sitzung des zentralen Blockausschusses lagen häufig Resolutionsentwürfe zu einzelnen Punkten der Tagesordnung vor, die nach Beratung im Block verabschiedet und veröffentlicht wurden. Vielfach hat Siegfried Suckut sie gleichfalls publiziert, da sie für die Jahre 1945 bis 1947, in denen Blockausschußsitzungen nur knapp protokolliert wurden, Aufschlüsse über den Inhalt der Diskussionen im Ausschuß geben. Insbesondere für die ersten, äußerst kurz gehaltenen Verlautbarungen über Blockausschußsitzungen fügte der Herausgeber Aktennotizen, in der Regel Gedächtnisprotokolle, von Ausschußmitgliedern (nur von Vertretern der CDU bzw. SPD) bei.

Die Teilnehmer der Blockausschußsitzungen nahmen Stellung zum Problem der deutschen Einheit und zu Fragen der Beziehungen mit den westlichen Besatzungszonen, zur Politik der Siegermächte und zur Zusammenarbeit mit der SMAD. Sie diskutierten über die Beziehungen zwischen den Blockparteien auf Landes-, Kreis- und Gemeindeebene, besprachen die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen 1946 und beschäftigten sich mit der Arbeit der antifaschistisch-demokratischen Verwaltungsorgane.

Neben politischen und rechtlichen bestimmten ökonomische und soziale Fragen die Diskussionen im zentralen Blockausschuß. Die Bodenreform 1945 und die Enteignung der Nazi-Aktivisten und Kriegsverbrecher (1946), beides Grundfragen der sozialökonomischen Umgestaltung im Osten Deutschlands, wurden erst in Angriff genommen, nachdem im demokratischen Block Einstimmigkeit über die zu verfolgenden Ziele und die zu ergreifenden Maßnahmen erreicht worden war. Probleme der Landwirtschaft standen auch in den folgenden Jahren wiederholt auf der Tagesordnung der Blockausschußsitzungen. Zu den ausführlich behandelten wirtschaftshistorisch relevanten Themen gehörten der Zweijahrplan, die Entwicklung der Deutschen Wirtschaftskommission und die Wiedergutmachungsleistungen. Das sind bereits weitgehend erforschte Themenkomplexe. Neues kann der Leser vor allem bezüglich der (sich in der Diskussion teilweise wandelnden) Haltung der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien zu diesen Wirtschaftsfragen von erstrangiger Bedeutung aus dem Dokumentenband entnehmen.

Sozialgeschichtlich ist die Zeitspanne 1945 bis 1949 bisher weit weniger erforscht. In den Ausschußsitzungen des zentralen Blockes wurden sozialgeschichtlich relevante Fragen, wie die Entnazifizierung, die Ernährungslage, das Schicksal der Umsiedler und der Heimkehrer sowie die Neubauernhilfe, wiederholt behandelt. Hier vermitteln die Protokolle dem Leser über den parteilichen Standpunkt hinaus wertvolle Basisinformationen.

Suckut, der die Protokolle der Blockausschußsitzungen und die sie vorbereitenden oder auf ihnen verabschiedeten Dokumente in erster Linie aus dem Fundus des Archivs des Hauptvorstandes der CDU in der DDR entnahm, sie - in der Regel - ungekürzt abdruckte und für notwendige Erläuterungen sorgte, hat dem Dokumententeil eine recht umfangreiche (mehr als 40 Seiten umfassende) Einleitung vorangestellt, in der er die Entwicklung der Parteien in der sowjetischen Besatzungszone im allgemeinen und deren Beziehungen zum Block sowie die Arbeitsweise des Blocks im besonderen zu charakterisieren versucht. Er stellt mit sichtlichem Bedauern fest, daß der Block als Organ zur gemeinsamen Bewältigung der nach Krieg und Faschismus vor dem Osten Deutschlands stehenden politischen und ökonomischen Aufgaben unter Führung der KPD/SED funktioniert hat (S. 44). Suckuts in diesem Zusammenhang erhobene Behauptung, daß die "Anpassung" der CDU und der LPD (immerhin spricht er nicht von "Gleichschaltung") beide Parteien unter ihren Mitgliedern und in den Mittelschichten unglaubwürdig gemacht hat (S. 45), wurde durch

die Parteiengeschichte in den 50er Jahren in der DDR - hingewiesen sei hier nur auf die Rolle der CDU bei der Bildung halbstaatlicher Betriebe und der LDP(D) beim Aufbau von Genossenschaftsbetrieben des Handwerks - widerlegt.

Jörg Roesler

Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945

Bd. 1: Harold Hurwitz, Die politische Kultur der Bevölkerung und der Neubeginn konservativer Politik

Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1983, 395 S., 38,- DM

Bd. 2: Harold Hurwitz/Klaus Sühl, Autoritäre Tradierung und Demokratiepotential in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung

Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1984, 320 S., 32,- DM

Bd. 3: Harold Hurwitz, Die Eintracht der Siegermächte und die Orientierungsnot der Deutschen 1945 - 1946

Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1984, 295 S., 32,- DM

Mit dem mehrbändigen Publikationsvorhaben wurde die Aufgabe gestellt, die Berliner politische Szenerie in den Jahren 1945 und 1946 zu analysieren. Bürgerliche Untersuchungen zur Entwicklung Berlins v o r der imperialistischen Spaltung der Stadt sind nicht allzu zahlreich. Hinzu kommt, daß sich die Autoren auf umfangreiches Archivmaterial Westberliner, englischer und amerikanischer Provenienz stützen können und in breitem Umfang statistische Analyseverfahren anwenden. Das führt beim Leser zu recht hohen Erwartungen. Sie werden jedoch enttäuscht. Die drei Bände - ein vierter ist geplant - bieten Neues lediglich im Detail. Schuld daran ist m. E. in erster Linie das Forschungsziel, das sich die Mitarbeiter dieses Projektes am Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität in Berlin (West) gestellt haben.

Sie wollen "die Entstehung einer antikommunistischen Abwehrhaltung in Berlin erklären" (S. 10). Dabei nehmen sie folgende Situation für das Berlin der Nachkriegszeit als gegeben an: Seit Kriegsende "beteiligte sich die Berliner Bevölkerung an einem von Sozialdemokraten geführten Abwehrkampf gegen die Vormachtstellung und späteren Einschüchterungsversuche deutscher Kommunisten und der sowjetischen Besatzungsmacht" (S. 7). Die umfangreichen Untersuchungen sollen allein durch diese Grundthese der traditionellen antikommunistischen bürgerlichen Berlin-Historiographie gestützt werden.

Die Publikation beruht vor allem auf internen Berichten und Arbeitsunterlagen amerikanischer Dienststellen, die ab Oktober 1945 demoskopische Untersuchungen im amerikanischen Sektor Berlins (und in der amerikanischen Besatzungszone) durchführten, deren Ergebnisse, ausgewertet vor allem in Band 1, sie für repräsentativ hielten. Weitere quantifizierte Argumentationen werden aus statistischen Zusammenstellungen über politische und berufliche Karriereverläufe von Mitgliedern und Funktionären der SPD (Bd. 2 u. 3), über die Parteizugehörigkeit der Stadträte in den 20 Bezirksämtern Groß-Berlins vom Mai 1945 bis Ende 1948 (Bd. 3), über das Wahlverhalten der Berliner bei den Gemeindewahlen im Oktober 1946 geschöpft.

In den ersten drei Bänden sind voneinander relativ unabhängige Untersuchungsthemen konzipiert, die die Rahmenbedingungen für die politische Meinungsbildung behandeln (Bd. 1), einen historischen Abriß über das politische Denken und Verhalten von Sozialdemokraten während des Kaiserreichs, der Weimarer Republik und unter dem Faschismus geben (Bd. 2) sowie auf die Zusammenarbeit und die sich entwickelnden Divergenzen zwischen den Besatzungsmächten eingehen (Bd. 3). Wenn auch die in Band 4 vorgesehene Synthese noch aussteht, so läßt sich doch anhand der ersten drei Bände erkennen, daß die vorgegebene Zielstellung von den Autoren erreicht werden wird: Es war ihrer Meinung nach genau so, wie es die bürgerliche Berlin-Geschichtsschreibung antikommunistischer Prägung schon immer behauptet hat.

An dieser Stelle könnte die Einschätzung enden, wenn nicht das Bemühen der Autoren gewesen wäre, die hauptsächlich zur Grundlage ihrer Untersuchung gemachten demoskopischen Materialien bis zu einem gewissen Grade durch Analysen zur Entwicklung der Wirtschaft Berlins und der Lebenslage der Berliner zu ergänzen. Dies geschieht vor allem im Kapitel I des Bandes 1 (Materielle und strukturelle Folgen von Krieg, Niederlage und Besetzung in Berlin nach 1945), das mehr als zwei Dutzend aufschlußreiche Tabellen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte enthält, die die Autoren allerdings im Sinne ihrer "zentralen Zielstellung" interpretieren, was vom Leser jedoch mit Vorsicht aufgenommen werden sollte.

Aufschlußreich, weil viel Neues im Detail bietend, ist auch die Darstellung der Herausbildung der Viermächteverwaltung in Berlin im Sommer 1945 und der bei der gemeinsamen Bewältigung der Aufgaben auf wirtschaftlichem Gebiet, insbesondere bei der Sicherung der Versorgung der Stadt, aufgetretenen Probleme. Dabei wurden allerdings die 1945 und 1946 noch weitgehend lösbaren und gelösten Differenzen in den Auffassungen der Besatzungsmächte - auch wieder im Sinne der "zentralen Zielstellung" - einseitig hervorgehoben (vgl. Kap. I, Bd. 3).

Jörg Roesler

John Burnheim, Über Demokratie. Alternativen zum Parlamentarismus, mit einem Vorw. v. Thomas Schmid

Verlag Klaus Wagenbach, Berlin (West) 1987, 191 S., 16,50 DM

Der Charme dieses Essays geht vom Geist des 18. Jh. aus, einer Periode großer Essayisten. Der Verfasser könnte ein Zeitgenosse Adam Fergusons sein, der die aufkommende bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft einer scharfsinnigen konservativen Kritik unterzog. Unversehrt ist der Zauber einer sozialwissenschaftlichen Betrachtung, die sich noch nicht in die später jeweils für sich betriebene ökonomische, soziologische und juristische Analyse vereinzelt hatte. Vielleicht hätte der Autor auch schon von dem epochemachenden Werk über den Reichtum der Nationen des großen Schotten Adam Smith gehört, aber seine ökonomische Begriffswelt ist älter. Wäre unter den ersten Europäern, die sich 1787 in Ohio niederließen, ein Sozialwissenschaftler gewesen, er hätte wohl diese sozialwissenschaftlich-politökonomische Betrachtungsweise aus der Manufakturperiode von seinem Kontinent nach Amerika mitgebracht.

John Burnheim ist in dem nördlich von Cincinnati gelegenen Sidney geboren - im Jahre 1927. Er lehrt an der University of Sidney als Professor Philosophie, politische Wissenschaften, Marxismus und Ethik. In dem vorliegenden

Essay, der in Cambridge 1985 unter dem Titel "Is Democracy possible?" erschien, läuft die Kritik am bürgerlichen Parlamentarismus darauf hinaus: "Mein Vorschlag ist also ein Mittelweg zwischen der marktlibertären und der sozialistischen Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums auf die verschiedenen Produktionsziele und der entsprechenden Kontrolle der Produktverteilung. Ich möchte keineswegs behaupten, daß dieser Mittelweg irgendeinem Ideal nahekommt, aber ich bin davon überzeugt, daß er funktionieren könnte und einige unserer gegenwärtigen Probleme lösen würde, wenn er erst einmal eingerichtet wäre. Insbesondere würde in der skizzierten Gesellschaft jede staatsähnliche Gewalt hinfällig. Sie wiese die Verteilungseffizienz auf, die man gemeinhin dem kompetitiven Markt zuschreibt, mit Ausnahme der Preise und Nutzungsbedingungen verschiedener Rohstoffe, die monopolistisch festgesetzt würden. Die Monopole würden bestimmte gesellschaftliche Präferenzen zum Ausdruck bringen, die anders nicht wirkungsvoll in das Marktgeschehen eingebracht werden können, und wären insofern gerechtfertigt. Die Treuhänder dieser Monopole wären für die durch ihre Entscheidungen Betroffenen repräsentativ und für öffentliche Kritik und Anregungen empfänglich. Die gesellschaftliche Kontrolle der Ressourcen wäre mithin zwiefach vermittelt: durch den Markt und durch den demokratischen Prozeß." (S. 152) Dem Verfasser "schwebt als beste Lösung eine Gesellschaft vor Augen, in der jedem ein Mindesteinkommen garantiert wird, egal ob die Person arbeitet oder nicht. Sie würde arbeiten, weil sie sich für die Arbeit interessiert oder - wo sich niemand interessiert, die Arbeit aber dennoch getan werden muß - um der speziellen Belohnung willen, die damit verknüpft ist. Unter diesen Rahmenbedingungen dürfte man eine Vielzahl von unterschiedlichen Vereinbarungen erwarten; manche Leute würden auf sofortiger Bezahlung bestehen, andere wären auf einen langfristigen Gewinn aus, wieder anderen wäre die Befriedigung in der Arbeit wichtiger. Auf diesem Markt wären die unangenehmsten Arbeitsplätze die bestbezahlten, während die angesehenen oder interessanten Arbeiten nur wenig äußerliche, finanzielle Vorteile mit sich brächten." (S. 155) Eine Utopie vernachlässigt die sozialen Kräfte, die sich ihrer Realisierung entgegenstellen. Aber sie bedürfte doch einer Vorstellung vom Wirtschaftsmechanismus, in dem sich die wissenschaftlich-technische Revolution im Interesse der Menschen durchsetzt. Merkwürdigerweise wird dieser grundlegende sozialökonomische Prozeß kaum reflektiert.

Hermann Lehmann

Der Weg in die Soziale Marktwirtschaft. Referate, Protokolle, Gutachten der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath 1943 - 1947, bearb. und eingel. v. Christine Blumenberg-Lampe = Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 9

Klett-Cotta, Stuttgart 1986, 633 S., 220,- DM

Innerhalb der 1934 gegründeten "Akademie für Deutsches Recht", die an der "Schaffung eines arteigenen deutschen Rechts" mitwirken sollte, entstand 1940 eine "Arbeitsgemeinschaft Volkswirtschaftslehre" unter Vorsitz Erwin von Beckeraths, der seit 1939 (bis 1957) Ordinarius in Bonn für Verkehrs- und Finanzwissenschaften, politische Soziologie und Dogmengeschichte war. Sie erarbeitete 1941 eine "Systematik der wirtschaftspolitischen Aufgaben mit besonderer Ausrichtung auf die Nachkriegszeit". Einen Monat nach der am 2. Februar 1943 erfolgten Kapitulation der deutschen Truppen bei Stalingrad, dem Beginn der Wende im zweiten Weltkrieg, wurde die Akademie als "nicht

kriegswichtig" geschlossen. Die Diskussion über Probleme einer Nachkriegswirtschaft wurde aber in dem einmal geschaffenen Kreis, nun unter dem Namen "Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath", weitergeführt, besonders intensiv im Zeitraum von Juli 1943 bis Juli 1944, als 7 Zusammenkünfte, jeden zweiten Monat eine, stattfanden. Damals traf man sich das erste Mal fast 2 Wochen nach der in Krasnogorsk bei Moskau am 12./13. Juli 1943 vollzogenen Gründung des Nationalkomitees "Freies Deutschland" (NKFD), das für die Beendigung des Krieges durch den Sturz der Hitlerregierung und für den Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands kämpfte. Die in der Arbeitsgemeinschaft erörterten Ausarbeitungen können als ein Kontrastprogramm zur antifaschistisch-demokratischen Zielstellung des NKFD gelten. Das letzte Mal traf man sich knapp 2 Wochen vor dem mißglückten Attentat auf Adolf Hitler vom 20. Juli 1944. Danach schienen solche internen Zusammenkünfte nicht mehr ratsam. Die Beteiligung war unterschiedlich, meist kamen weniger als zehn Personen zusammen. Immer nahm der äußerst rührige Schriftführer Adolf Lampe teil, seit 1926 außerordentlicher Professor in Freiburg für Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft. Häufig zugegen waren, neben von Beckerath, Franz Böhm, dem 1940 die Lehrbefugnis entzogen worden war, Theodor Wessels, seit 1943 (bis 1970) Leiter des Energiewirtschaftlichen Instituts der Universität zu Köln, Constantin von Dietze, seit 1937 Ordinarius in Freiburg für Volkswirtschaftslehre, 1944 abgesetzt, sowie Walter Eucken, seit 1927 (bis 1950) Ordinarius in Freiburg für theoretische Nationalökonomie und Wirtschaftspolitik, öfter auch Fritz Hauenstein, seit 1933 Leiter des Wirtschaftsteils der "Kölnischen Zeitung", und Erich Preiser, seit 1940 Ordinarius in Jena für Volkswirtschaftslehre - alle in ihrem 5. oder 6. Lebensjahrzehnt. Der vorliegende Band enthält Protokolle, Leitsätze, Thesen, Vorgutachtenentwürfe, Diskussionspapiere und Stellungnahmen zu den Themen Arbeits- und Lohnpolitik, industrielle Konzentration, Finanz- und Steuerpolitik, Währungsordnung, Wohnungsbaupolitik und Agrarpolitik in der Nachkriegswirtschaft. Weit über die Hälfte der Schriftstücke verfaßte Lampe. Ferner schrieben zur Arbeits- und Lohnpolitik Gerhard Albrecht, seit 1935 (bis 1957) Ordinarius in Marburg für wirtschaftliche Staatswissenschaften, zur Währungspolitik Eucken, zur industriellen Konzentration Böhm und Wessels, zur Wirtschaftslenkung Preiser und Heinrich Freiherr von Stackelberg, seit 1941 Ordinarius in Bonn für Volkswirtschaftslehre und Statistik, zum Kriegsdienst einberufen, danach beurlaubt, seit 1943 Gastprofessor in Madrid. Der Band enthält weiterhin für den Diskussionskreis informative "Vertrauliche Mitteilungen des Bankhauses Hardy & Co. GmbH, Berlin" vom 12. April 1944 über publizistische Erörterungen von Fragen der Nachkriegswirtschaft in westeuropäischen Ländern und den USA, Gutachten zu Währungsfragen für die westlichen Besatzungsmächte, im August 1945 und Januar 1946 von Lampe verfaßt, sowie, auf dieser Grundlage, Materialien für eine Hochschullehrertagung im September 1947. Die Bearbeiterin Christine Blumenberg-Lampe teilt in Fußnoten zu den Schriftstücken Randbemerkungen und Briefäußerungen der Beteiligten mit, so daß der Leser nicht nur die im einzelnen erheblich divergierenden Positionen der Teilnehmer kennenlernt, sondern auch die internen Auseinandersetzungen nachvollziehen kann. Grundsätzlich einig waren sich alle darin, daß der Abbau der kriegsbedingten Wirtschaftsreglementierung und der Aufbau einer Nachkriegswirtschaft zur Stärkung der kapitalistischen Unternehmer und zur erheblichen Senkung des Lebensstandards der Werktätigen führen müsse - das kam in den ständig wiederholten Prämissen aller Überlegungen zum Ausdruck. Mehrmals geäußerte Gedanken darüber, wie die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Führung eines neuen Krieges zu schaffen seien, blieben in diesem Kreis unwidersprochen. Arbeitervertretungen konnten sich die meisten nur in völliger Abhängigkeit vom Unternehmer vorstellen. Mit näherrückendem Kriegsende mehrten sich die Erwägungen, mit welchen demagogischen Formeln die Restauration der Machtverhältnisse sozial verklärt

werden müsse - den Titel dieses Bandes hätten die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft durchaus auch selber anregen können.

Hermann Lehmann

Karl Erich Born, Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Deutschen Kaiserreichs (1867/71 - 1914) = Wissenschaftliche Paperbacks Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 21, hg. v. Hans Pohl

Franz Steiner Verlag Wiesbaden GmbH, Stuttgart 1985,
175 S., 24,- DM

Sieht man von einer kurzen Einleitung und einer ebenso knappen Zusammenfassung ab, so gliedert sich die auf eine umfangreiche Literatur gestützte, von Positionen der Industriegesellschaftslehre ausgehende Abhandlung in zwei Teile. Deren erster und umfangreicherer gibt einen materialreichen Überblick über "Strukturen": Gebiet und Bevölkerung, Bildung, Wissenschaft und Technik, Landwirtschaft, Industrie, Handwerk und Handel, Finanz- und Verkehrswesen, Öffentliche und Außenwirtschaft, soziale Strukturen usw. Nachdem dergestalt "Rahmenbedingungen und Wirkungszusammenhänge, in denen sich die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Tätigkeiten und Auseinandersetzungen abspielten" (S. 9), abgesteckt wurden, werden diese selbst im zweiten Teil näher vorgestellt. Den Betrachtungen zur Wirtschafts- und Konjunkturentwicklung, zur Schutzzoll-, Handelsvertrags- und Finanzpolitik bzw. zur staatlichen Sozialpolitik in ihren verschiedenen Phasen ist eine Auseinandersetzung mit der Theorie der "langen Wellen" der Konjunktur sowie der auf ihr fußenden These von der "Großen Depression" 1873 bis 1896 vorangestellt. Vertreten wird die Auffassung, daß beim gegenwärtigen Stand der Forschung die "langen Wellen" der Konjunktur oder des wirtschaftlichen Wachstums zwar Artefakte, aber keine Fakten und sowohl die Periodisierung einer Konjunktur- oder Wachstumsphase 1873 bis 1896 als auch die Bezeichnung "Große Depression" oder "Große Deflation" dafür als irreführend und der tatsächlichen Entwicklung nicht angemessen abzulehnen seien. Eine umfangreiche Auswahlbibliographie vervollständigt den Band, mit dem nicht zuletzt auf "gewichtige Momente der Kontinuität zwischen dem Kaiserreich und der Gegenwart in der Bundesrepublik Deutschland" verwiesen werden soll, lassen sich doch - so Karl Erich Born - in den "wirtschaftlichen und sozialen Strukturen und Strukturwandlungen des deutschen Kaiserreiches die geschichtlichen Grundlagen und Voraussetzungen für die Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland aufspüren" (S. 9).

Unübersehbar zieht sich durch die aus konservativer Sicht abgefaßte Darstellung das Bestreben, "Leistungen" gebührend herauszustreichen: das rasche wirtschaftliche Wachstum und die Entwicklung Deutschlands zur zweitgrößten Industriemacht mit daraus resultierenden Spitzenpositionen auf vielen Gebieten der Produktion und des Handels oder das im Vergleich zu anderen fortgeschrittenen Industrieländern entwickeltere System von Bildungs- und Forschungseinrichtungen bzw. sozialer Vor- und Fürsorge. Genau umgekehrt wird hingegen mit "Schattenseiten" wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung verfahren. Hier dominiert das Bestreben, innere und äußere Widersprüche abzuschwächen, Fehlentwicklungen zu verharmlosen und Verantwortlichkeiten dafür zu verschieben, den Klassenkampf im Nachhinein zu entschärfen, ja seine revolutionäre Komponente aus der Geschichte zu eliminieren.

Als das "größte und schwierigste soziale und zugleich politische Problem des Kaiserreiches" (S. 148) wird die "Arbeiterfrage" behandelt. Verstanden wird darunter die materielle und geistige Lage der Arbeiter sowie die Notwendigkeit ihrer Besserung und der Eingliederung dieser "breiten Unterschicht" in die gesellschaftliche und politische Ordnung des Reiches. Trotz eingeräumter noch bestehender Mißstände (so in der Wohnungsfrage) und Benachteiligungen (so hinsichtlich der Bildungs- und Aufstiegschancen) wird ein deutlicher Trend zur Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter herausgestellt. Damit nicht Schritt gehalten habe dagegen die politische Lösung der "Arbeiterfrage", die es notwendig gemacht hätte, das Klassenwahlrecht abzuschaffen, zur parlamentarischen Regierungsform überzugehen, die unbeschränkte Koalitionsfreiheit herzustellen. Doch werden auch hier hoffnungsvolle Ansätze vermerkt, wie eine Zunahme des Gewichtes des Reichstages oder eine "mildere" Behandlung der Arbeiterbewegung, so daß die Novemberrevolution letztlich mit den bestehenden Besitz- und Machtverhältnissen gar nichts zu tun habe, ihre Ursachen vielmehr lediglich im Hinausschieben des Kriegsendes, im militärischen Zusammenbruch, in der jahrelangen physischen und psychischen Überlastung zu suchen seien.

Die in Anlehnung an das Schmollersche "Schichtungsmodell" vorgenommene Analyse der sozialen Strukturen hebt ein "Großbürgertum" als soziale Schicht heraus und ordnet ihm neben Großunternehmern, Großkaufleuten und Bankiers auch die leitenden Angestellten (Manager) von Großunternehmen zu. Als wichtigste gesellschaftliche und soziale Verhaltensänderung dieses Großbürgertums erscheint faktisch seine "Feudalisierung", deren Ursachen außer in gesellschaftlichem Ehrgeiz in der politischen Interessengemeinschaft mit dem Adel zu gemeinsamer Abwehr der Arbeiterbewegung gesehen werden. Auf außenpolitischem Gebiet hingegen habe dieses Großbürgertum mit seinen weltmarktwirtschaftlichen Interessen der deutschen "Führungsschicht" den Impuls zur Weltmacht- und Flottenpolitik gegeben. Diese Beschränkung auf einen bloßen Impulsgeber dient letztlich dem Versuch, die Monopolbourgeoisie, um die es sich hier der Sache nach handelt, aus ihrer Verantwortung für die aggressive Politik des kaiserlichen Deutschlands weitgehend zu entlassen. Konkret zeigt sich das nicht zuletzt dort, wo auf Beispiele dieser Politik eingegangen wird. So erscheint in den knappen Betrachtungen zur Bagdadbahnpolitik die Deutsche Bank als die von Regierung und Kaiser zu diesem Unternehmen Gedrängte, der es zudem niemals um Vorherrschaft, sondern immer nur um eine Internationalisierung dieses Projektes gegangen sei. Ähnlich zurückhaltend-bescheiden wird die Rolle deutscher Monopole in der ersten Marokkokrise gewertet, die Schuld für eine "politische Überspitzung" der deutsch-französischen Auseinandersetzungen ausschließlich den Politikern zugemessen.

Diese und die Militärs hätten dann auch in der Julikrise 1914 jene verhängnisvolle Entscheidung für den Krieg getroffen. Dazu habe sie einerseits die Furcht bewogen, daß die Zeit gegen Deutschland arbeite, das schließlich seinen einzigen Bundesgenossen verlieren werde, falls es ihm nicht zu einem politischen Erfolg verhelfe, und andererseits die illusionäre Zuversicht, im Schlieffenplan eine erfolgverheißende Planung für einen kurzen und siegreichen Krieg zu haben. Mit der Wahrnehmung wirtschaftlicher Interessen aber, so schließen die Betrachtungen, den historischen Entlastungsversuch für das deutsche Monopolkapital konsequent fortsetzend und die Tatsache ignorierend, daß die deutsche Außenpolitik bereits in den Vorkriegsjahren mehr und mehr von dessen ökonomischen Expansionsinteressen bedingt und bestimmt wurde, habe die Entscheidung für den Krieg nichts zu tun gehabt.

Baldur Kaulisch

Manfred Pohl, Entstehung und Entwicklung des Universalbankensystems. Konzentration und Krise als wichtige Faktoren = Schriftenreihe des Instituts für bankhistorische Forschung e. V., Bd. 7

Fritz Knapp Verlag, Frankfurt (Main) 1986, 199 S., 19,80 DM

Im Mittelpunkt der Abhandlung stehen die Geschäftstätigkeit sowie die Zentralisation des Kapitals von Notenbanken, Privatbankiers, Sparkassen, Kreditgenossenschaften, Hypothekenbanken und von den als Aktiengesellschaften organisierten Kreditbanken vom jeweiligen Zeitpunkt ihres Entstehens im 19. Jh. bis zur Gegenwart. Letztere waren, wie Manfred Pohl zeigt, von Anfang an Universalbanken, während Sparkassen und Kreditgenossenschaften zunächst als Spezialinstitute fungierten. Die wachsenden Anforderungen an das Kreditsystem im Zuge der kapitalistischen Entwicklung einerseits sowie die Suche nach neuen profitablen Anlagesphären für das Leihkapital andererseits bewirkten, daß sich seit dem Ende des 19. Jh. die Tendenz zu universellen Geschäften bei nahezu allen Finanzierungsinstitutionen verstärkte.

Die Herausbildung eines Systems von Universalbanken wird vom Autor in drei Perioden untergliedert. Die erste beginnt mit dem industriellen Aufschwung nach 1895 und endet mit der Währungsstabilisierung im Jahre 1924. In dieser Periode forcierten die großen Aktienbanken das Depositen- und Kreditgeschäft mit industriellen Kunden und führten daneben das Geschäft mit Effekten weiter. Sie bauten ihre Auslandsbeziehungen aus und zentralisierten Kapital durch Fusionen, die oftmals durch den Zusammenschluß zu Interessengemeinschaften bereits vorbereitet worden waren.

Ebenfalls in dieser Periode nahmen die Sparkassen den Depositen-, Giro- und Kontokorrentverkehr auf, d. h., sie wandten sich Geschäften zu, die bis dahin Banken vorbehalten waren.

Die zweite Periode datiert Pohl von 1924 bis 1945. Die Folgen der Inflation für das Kreditwesen und die Veränderungen, die durch die Weltwirtschaftskrise vorangetrieben wurden, werden in diesem Kapitel ausführlich behandelt. Dagegen räumt der Autor dieser Problematik für die Zeit des Faschismus nur wenig mehr als eine Druckseite ein. Zu den wichtigsten Ergebnissen dieser zweiten Periode der Herausbildung des deutschen Universalbankensystems gehören zweifellos die von Pohl geschilderten Fusionen von Großbanken, die als Reaktion auf die Auswirkungen von Inflation und Krise erfolgten. Diese Großbanken waren weiterhin als Universalbanken tätig. Nach Auffassung des Autors machte die Umwandlung von Sparkassen und Kreditgenossenschaften in Universalbanken während dieses Zeitabschnitts keine nennenswerten Fortschritte.

Die dritte Periode, die nach dem zweiten Weltkrieg einsetzte, ist, wie der Autor beschreibt, durch eine weitere Ausformung des Universalbankwesens gekennzeichnet, dieses Mal sowohl durch die Neuaufnahme von Geschäftsarten durch Kreditgenossenschaften und Sparkassen als auch umgekehrt dadurch, daß Großbanken in Domänen des Kreditmarktes eindrangen, die vordem nur von Sparkassen beansprucht worden waren. Die Zentralisation des Kapitals habe sich bei Großbanken und bei den anderen Instituten verstärkt. Pohl schildert, wie in den 60er und 70er Jahren die Großbanken kräftig zu expandieren begannen, indem sie zunächst Interessengemeinschaften bildeten, nun, im Gegensatz zur Zeit vor dem ersten Weltkrieg, auch mit Banken anderer europäischer Länder. Sie erweiterten ihr Filialnetz in Europa und Übersee. Bei der Analyse dieser dritten Periode werden die Auswirkungen von zyklischen Krisen allerdings nicht berücksichtigt. Dadurch konnte trotz der Fülle an wichtigen Informationen nur für die beiden erstgenannten Perioden

der Nachweis erbracht werden, daß Konzentration bzw. Zentralisation und Krisen für die Herausbildung des Universalbanksystems eine wichtige Rolle spielten. Diese Frage blieb für die Jahrzehnte nach dem zweiten Weltkrieg unbeantwortet.

Karin Lehmann

Hans-Joachim Braun, Wirtschafts- und finanzpolitische Entscheidungsprozesse in England in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts = Europäische Hochschulschriften, R. III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 200

Verlag Peter Lang AG, Frankfurt (Main)/Bern/New York 1984, 236 S., 15 Tab., 7 Abb., 53,- sfr

Mit dem hohen Anspruch, interdisziplinär Geschichtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Politikwissenschaft sowie Kommunikationswissenschaft für eine "politische Wirtschaftsgeschichte" (S. 7) zu verwenden, tritt Hans-Joachim Braun in seiner für den Druck gekürzten Habilitationsschrift (Ruhr-Universität Bochum, 1978) an, in der er sog. wirtschafts- und finanzpolitische Entscheidungsprozesse analysiert. Damit will Braun einen Beitrag leisten zur Bewertung verschiedener von der modernen bürgerlichen Politik- und Kommunikationswissenschaft aufgestellten Thesen über Bedeutung, Stellenwert und Funktionsweise einzelner Faktoren in sog. politischen Entscheidungsprozessen. Zu solchen Faktoren zählt der Verfasser die öffentliche Meinung (S. 31 - 34), die Rolle der zeitgenössischen Nationalökonomen bzw. die Verwendung ihrer Theorien und Auffassungen in der Diskussion (S. 34 - 41), Interessengruppen ("pressure groups") (S. 41 - 43) sowie Zeitschriften (S. 43 - 45) und Zeitungen (S. 45 - 48).

Wenn Braun England in der ersten Hälfte des 19. Jh. als Untersuchungsgegenstand auswählt, dann erregen seine Ergebnisse nicht nur deshalb schlechthin Aufmerksamkeit, als sie Details der britischen Geschichte liefern können, sondern vor allem auch, weil in jenen Jahrzehnten das Land das ökonomisch fortgeschrittenste war und wesentliche Elemente der klassischen bürgerlichen Ökonomie entwickelt wurden. Aus dieser Sicht sind somit die in vier Fallstudien behandelten Entscheidungsprozesse, nämlich die Auseinandersetzungen um die Korngesetze bis zum Jahre 1828 (S. 59 - 101), die Senkung der Importzölle auf Seidenwaren (S. 101 - 130), die Aufhebung des Exportverbotes für Maschinen(teile) (S. 131 - 159) sowie die Einkommenssteuer (S. 161 - 186) als typisch und aussagefähig anzusehen, auch wenn der Titel des Bandes mit der globalen Zeitraumangabe der ersten 50 Jahre des 19. Jahrhunderts mehr verspricht, als tatsächlich gehalten wird. Braun behandelt lediglich die Jahre zwischen 1815 und 1833, was z. B. dazu führt, daß die stark wechselnden Entwicklungen um die Korngesetze bis zum Gesetz von 1828 zwar detailliert dargestellt werden, aber der Umschwung der öffentlichen Meinung, der dann in der Aufhebung der Gesetze im Jahre 1846 gipfelte, nur in einem kurzen Absatz Erwähnung findet (S. 100). Andere, in ihrer historischen Bedeutung und ihrem Stellenwert für die Zeitgenossen zumindest gleichwertige Entwicklungen, wie z. B. die Auseinandersetzungen um die britische Währung im allgemeinen und die Struktur der Bank von England im besonderen, aus denen der Peelsche Bankakt von 1844 hervorging, sucht man in dem zu besprechenden Band vergebens - einzelne Aspekte aus der Vorgeschichte des Peelschen Bankaktes klingen zwar gelegentlich an, bleiben aber den erwähnten vier Themenkreisen untergeordnet.

Untersucht man nun die vier Fallbeispiele, so muß die umfangreiche Auswertung der zeitgenössischen Publizistik, die meistens nur schwer zugänglich ist, hervorgehoben werden. Dadurch ist es dem Verfasser möglich, den Bereich der öffentlichen Meinung gut zu dokumentieren. Archivalien helfen, den Weg vor allem nationalökonomischer Argumente weiter zu erhellen. Da sich Braun aber im wesentlichen auf Nachlässe beschränkt und Regierungsakten fast völlig fehlen, bleibt die Meinungsbildung innerhalb der Regierung unterrepräsentiert. Den Argumentationen der Parlamentsabgeordneten, die ausführlich dargestellt werden, fehlt gleichsam das Gegenstück der Entscheidungsfindung im Staatsapparat. Die Haltung der Regierungsvertreter wird in der Regel nur mit ihren Reden vor Ober- und Unterhaus belegt.

Ebenso ist auffallend, daß Braun zwar die erwähnten, von ihm als besonders wichtig erachteten Faktoren für die Entscheidungsprozesse im Untersuchungszeitraum historisch konkret zu erfassen sucht und auch in den einzelnen Fallbeispielen punktuell darauf zu sprechen kommt, jedoch am Schluß seiner Studie keine wertende Zusammenfassung bringt, die sich mit den einleitend genannten Thesen kritisch auseinandersetzt. Das kann auch nicht dadurch ersetzt werden, daß sich in Text und Fußnoten hierzu verschiedene Bemerkungen finden. So wird der Eindruck einer positivistischen Darstellungsweise verstärkt, der besonders bei den Ausführungen zur Rolle der klassischen bürgerlichen Nationalökonomie deutlich wird. Zwar finden sich verschiedentlich Formulierungen wie jene, daß erwähnte zeitgenössische Theoreme nicht mit dem Maßstab der heutigen politischen Ökonomie gemessen werden dürften, der Verfasser unterläßt es aber, seine eigene Position näher zu bestimmen.

Als Ergebnis des Bandes bleibt, daß interessantes, vor allem publizistisches Material zu vier wichtigen Ereignissen aus der Wirtschaftsgeschichte Englands der ersten Hälfte des 19. Jh. zutage gefördert wurde, aber nähere Aufschlüsse über den politischen Mechanismus der bürgerlichen Gesellschaft jener Zeit jedoch künftigen Forschungen vorbehalten sind.

Reinhold Zilch

Hans-Jürgen Gerhard, Diensteinkommen der Göttinger Officianten 1750 - 1850 = Studien zur Geschichte der Stadt Göttingen, hg. v. d. Stadt Göttingen, Bd. 12

Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1978, 534 S.

Wenngleich die Beamtenschaft in Verwaltung und Gerichtsbarkeit in der historischen und verwaltungsgeschichtlichen Literatur hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Entwicklung des kapitalistischen Staatsapparates stets allgemeine Beachtung gefunden hat, so gibt es nach wie vor nur wenige aussagekräftige Untersuchungen über ihre soziale Stellung und ihre wirtschaftliche Lage. Mit der Studie über das "Diensteinkommen der Göttinger Officianten 1750 - 1850" hat Hans-Jürgen Gerhard ein Thema aufgegriffen, das als Teil der "Geschichte der Besoldungsverhältnisse im öffentlichen Dienst" wichtige Schlaglichter auf die wirtschaftliche und soziale Lage der Göttinger Stadtbeamten wirft.

In dieser noch von Wilhelm Abel im Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte angeregten und von Karl Heinrich Kaufhold betreuten Dissertation wird von einer Beamtengruppe aus dem Bereich der städtischen Kommunalverwaltung erstmals die "Grundbesoldung" unter Einbeziehung der Nebeneinkünfte (Akzidenzien, Deputate, einmalige Zahlungen u. a.) über einen Zeit-

raum von 100 Jahren - von der Mitte des 18. bis zur Mitte des 19. Jh. - im Detail untersucht. Die wenigen Arbeiten zu dieser Problematik beschränkten sich bisher im wesentlichen auf die "Grundbesoldung" mit pauschalen Vermerken, "daß das Diensteinkommen aus Barbesoldung, Naturalien und einigen Nebeneinkünften bestand" (S. 4); sie umfaßten noch seltener einen Zeitraum mit mehreren Vergleichsjahren, oder sie erstreckten sich im wesentlichen auf die zweite Hälfte des 19. Jh. mit einer bereits entwickelten Verwaltungsstruktur und einer Besoldungspolitik, die von feudalen Relikten befreit war.

Für die sehr differenzierten Aussagen über die einzelnen Bestandteile der Diensteinkommen stand dem Verfasser ein relativ vollständiger Aktenbestand des Göttinger Stadtarchivs "von wohl selten vorhandener Dichte" (S. 13) zur Verfügung. Einer übersichtlichen Aufbereitung und Darstellung dieser umfangreichen Materialien stand eine Reihe von Schwierigkeiten entgegen, die aus der wechselvollen Geschichte des Landes Hannover mit einschneidenden politischen Zäsuren im Untersuchungszeitraum von 1750 bis 1850 resultierte. So wirkte sich allein die Gültigkeit von drei verschiedenen Stadtverfassungen auf die städtische Verwaltungs- und Besoldungsstruktur aus, die sich darüber hinaus durch die Währungsproblematik in dieser Zeit (Wechsel von vier verschiedenen Landeswährungen sowie Umlauf zahlreicher Münzen aus anderen Ländern) komplizierte.

Bei der Auswahl der Officianten-Stellen hat sich der Autor auf die Untersuchung von 18 städtischen Ämtern beschränkt, die in der Verschiedenartigkeit der städtischen Beamtenhierarchie einen repräsentativen Querschnitt durch die Einkommensstruktur der Göttinger Stadtverwaltung geben (vgl. S. 18). Um dabei eine größtmögliche Verdichtung der Einzeldaten zu erzielen und zugleich die historisch bedingten Veränderungen in der städtischen Behördenstruktur berücksichtigen zu können, hat Gerhard die Arbeit in 2 Teile untergliedert, einen darstellenden Teil I und einen tabellarischen Teil II. Im Teil I werden zum Verständnis für die Einordnung der Daten die Charakteristika und Auswirkungen der verschiedenen Stadtverfassungen auf die Diensteinkommen der Göttinger Officianten im jeweiligen historischen Zeitraum erörtert. Hier hätte man sich etwas mehr an zusammenfassender Information über die Stellung und Entwicklung der Stadtverwaltung in ihrem Abhängigkeitsverhältnis von den Landesregierungen in Hannover gewünscht.

Im Teil II der Arbeit verdienen jedoch sowohl die Ordnung der zahlreichen Fakten in eine übersichtliche Ämterstruktur als auch die Umrechnung der Deputate und einzelnen Besoldungsteile auf ein vergleichbares Geldmaß (Reichstaler und Silberäquivalent) vom methodischen Standpunkt her Beachtung. Den Umrechnungen ist ein "allgemeiner Tabellenteil" (S. 189 - 214) vorangestellt, in dem auf einer soliden Quellengrundlage für jedes einzelne Jahr des Untersuchungszeitraums die in Göttingen gültigen Durchschnittspreise von Deputatsgütern (Getreidesorten, Brennholz, Stroh, Wild, Hühner, Bier und Lichte) und von verschiedenen Fleischsorten errechnet worden sind. Des weiteren enthält dieser Teil Informationen über Währungen, Maße, Gewichte sowie Officiantenzahlen im Verhältnis zur Bevölkerung. Den Kern bilden die umfangreichen "Ämter-Tabellen" (S. 216 - 482). Sie vermitteln dem Leser instruktive Informationen über die wirtschaftliche Lage und die sozialen Unterschiede zwischen den städtischen Officianten. Die Auswahl der überwiegend hauptberuflich besetzten 18 Ämter umfaßt die wichtigsten Officianten-Schichten in ihrer hierarchischen Gliederung, angefangen vom dirigierenden Bürgermeister (1., 2. und 3. Bürgermeister, Stadtsyndikus, Stadtsekretär und Kämmerer) über die mittleren Schichten (1. und 2. Stadtschreiber, Kämmerer-, Bau- und Kornschreiber sowie ein Schreib- und Rechenmeister) bis hin zu den Unterbeamten (Ratspedell, 1. Ratsdiener, Polizei- und Kämmereidiener) sowie dem hauptamtlich für die Stadt tätigen Förster. Soweit die folgenden Daten bei der Einkommenserhebung angefallen sind, enthalten die Tabellen auch Informationen über die einzelnen Amtsinhaber, wie Namen, frühere Amtspositionen und Herkunft, Gründe des Ausscheidens und Angaben über die Ausübung

weiterer Ämter. Als Kernstück beinhalten die "Ämter-Tabellen" in komprimierter Form die einzelnen Bestandteile der Diensteinkommen. Über die Grundbesoldung und ihre Zulagen hinaus hat der Verfasser nur jene zusätzlichen bzw. beweglichen Bestandteile in das Diensteinkommen aufgenommen, die entweder auf verläßlichen Quellen basieren oder aufgrund von Zusatzinformationen als sicher gelten dürfen. Man kann diesem "Konzept des gesicherten Mindest-Einkommens" (S. 16) nur zustimmen, zumal in einem ausführlichen Anmerkungsapparat durch Zusatz- und Hintergrundinformationen zum einzelnen Amt bzw. zu seinem jeweiligen Amtsinhaber die tatsächliche Einkommenshöhe in bekannten Einzelfällen zur Kenntnis gebracht wird.

Die ausgezeichneten tabellarischen Zusammenstellungen führten zu einem über die Lokalgeschichte Göttingens hinausführenden Untersuchungsergebnis: In zwar unterschiedlichem Maße machte die "Grundbesoldung" insgesamt "lediglich einen Bruchteil der Bezüge" aus, so daß sie "die wirtschaftliche Lage der Bediensteten nur unvollkommen ausdrückte" (vgl. Geleitwort). Obwohl man in der Arbeit trotz einer Privilegienbeschreibung in dem Abschnitt "Kautionen, Gnadenzeiten und Pensionen" eine Bestimmung des sozialen Standortes der Göttinger Officianten im gesellschaftlichen Gesamtgefüge vermißt, sind die Untersuchungsergebnisse für die Erforschung des Übergangs von der frühkapitalistischen zur kapitalistischen Gesellschaft, wo sich die Struktur des bürgerlichen Machtapparates unter allmählicher Beseitigung feudaler Relikte herausgebildet hat, von besonderem wissenschaftlichem Wert.

Helga Berndt

Quellen zur Geschichte des Handwerks. Ein Bestandsnachweis für die Kreishandwerkerschaften in Westfalen und Lippe, bearb. v. Wilfried Reininghaus = Veröffentlichungen der Stiftung Westfälisches Wirtschaftsarchiv, hg. v. Ottfried Dascher, Bd. 14

Stiftung Westfälisches Wirtschaftsarchiv, Dortmund 1984, XXII u. 275 S., 25,- DM

Der von Wilfried Reininghaus bearbeitete Band weist den im Westfälischen Wirtschaftsarchiv vorhandenen Aktenbestand von 39 Kreishandwerkerschaften nach, gegliedert nach den 4 Handwerkskammern Arnsberg, Dortmund, Ostwestfalen-Lippe zu Bielefeld und Münster, die 90 Berufsgruppen des Handwerks betreuten. Kreishandwerkerschaften, 1934 gebildet, "verwalten geschäftsführend für die Innungen ihres Bereiches deren Schriftgut" (S. IX). Die Innungen wurden zum Ausgangspunkt des Bestandsnachweises genommen. Der Zeitraum, zu dem die überlieferten Quellen zur Geschichte des Handwerks Auskünfte erteilen, umfaßt in der Regel die Jahre von etwa 1880 bis 1934, in verschiedenen Fällen bis in die 70er Jahre. Ausnahmen bilden die Zunftakten der Stadt Berleburg (1589 bis 1845), das Amtsbuch des Bäckeramtes Lemgo (ab 1621) und das Restarchiv der Zünfte in Beckum (17./18. Jh.). Unter den Archivalien dominieren die Protokollbücher der Innungen, deren Quellenwert um so höher ist, je weiter sie zurückreichen, weil sie sehr detailliert über den Verlauf von Versammlungen der Innungen, ihrer Gremien und über die Gesellenprüfungen informieren, während in den Protokollen ab 1950 nur noch Ergebnisse festgehalten wurden. Das aus der Selbstverwaltung des Handwerks entstandene und in das Westfälische Wirtschaftsarchiv übergeführte Schriftgut dürfte ganz gewiß eine wertvolle Ergänzung staatlicher Akten darstellen und die Forschungsgrundlage für die Geschichte des Handwerks, die sich bisher

zumeist auf Schriftgut aus staatlichen Institutionen stützte, erweitern, womöglich auch zu neuen Erkenntnissen führen. Es ist keine Frage, daß gedruckte Bestandsnachweise neu erschlossener Quellengattungen bei Historikern, in unserem Falle der Orts-, Landes-, Wirtschaftsgeschichte und Volkskunde, stets Anerkennung finden, was selbstverständlich den Dank an Bearbeiter und Herausgeber einschließt.

Hans-Heinrich Müller

Prestations paysannes, dîmes, rente foncière et mouvement de la production agricole à l'époque préindustrielle. Actes du Colloque préparatoire (30. Juni - 2. Juli 1977) au VII[e] Congrès international d'Histoire économique, Edinburgh 13. - 19. August 1978, hg. v. Joseph Goy u. Emmanuel Le Roy Ladurie = Cahiers des Etudes Rurales IV

Mouton Editeur, Paris/Den Haag/New York 1982, 2 Bde., 799 S.

Die beiden Bände haben ihre Vorgeschichte. Nachdem bereits auf dem ersten Nationalkongreß der französischen Wirtschaftshistorikervereinigung im Jahre 1969 Probleme der Schwankung des Zehntertrags vom Mittelalter bis zum 18. Jh. erörtert worden waren, schlugen französische Historiker vier Jahre später vor, das Thema der bäuerlichen Abgaben, des Zehnten, der Grundrente und der Agrarproduktion in der vorindustriellen Epoche in den Mittelpunkt der Diskussion einer Sektion des VII. Internationalen Wirtschaftshistorikerkongresses 1978 in Edinburgh zu stellen. Um dieses Thema möglichst umfassend zu diskutieren, wurde 1977 auf Initiative von J. Goy und E. Le Roy Ladurie ein Vorbereitungskolloquium in Paris organisiert, an dem sich mehr als 50 Forscher aus 14 Ländern beteiligten. In der Mehrzahl kamen die Teilnehmer aus Europa, aber auch aus Kanada, Mexiko und Chile. Die Ergebnisse dieses Kolloquiums, einschließlich einer sehr informativen Einleitung der Herausgeber sowie einer Zusammenfassung der Diskussion von J.-P. Desaive, wurden in den vorliegenden Sammelbänden publiziert. Die 54 Beiträge gliedern sich unter geographischen Gesichtspunkten in vier große Abschnitte: 1. Mittel- und Osteuropa vom 15. bis 19. Jh., darunter die Arbeiten von Wirtschaftshistorikern der DDR, Ungarns, der Sowjetunion und Polens; 2. Italien und Schweiz vom 15. bis 18. Jh.; 3. Spanien und Lateinamerika vom 16. bis 19. Jh.; 4. Frankreich, Großbritannien und Amerika.

Auffallend ist neben der geographischen Breite des Herangehens die Vielfalt der benutzten Quellen. Neben langen Reihen von Zehntabgaben (in Naturalien oder Geld), die sich aus Einkommensregistern großer Herrengüter oder von Pachthöfen ableiten, wurden auch solche quantitativen Quellen wie Preisreihen für Hauptagrarprodukte, Kataster, Register aus Gutsarchiven, Gerichtsakten, Dorfrechnungen u. a. herangezogen. Die Verarbeitung dieser Massendaten erfolgte mit Hilfe statistischer Methoden. Den meisten Beiträgen sind Tabellen, Grafiken oder Karten beigefügt worden, was den Wert der Sammelbände außerordentlich erhöht.

Inhaltlich kristallisieren sich zwei Hauptanliegen heraus. Zum einen wird das Bemühen deutlich, den Platz des Zehnten und der Grundrente innerhalb der Agrargesellschaften des 15. bis 19. Jh. zu bestimmen. Nach dem Verständnis von Goy sind Zehnt und Grundrente Elemente des Abzugs vom bäuerlichen Einkommen und avancieren damit in den Rang von sozialen oder auch sozialökonomischen Indikatoren. Dies zeigt sich besonders deutlich bei Fragen des

bäuerlichen Widerstandes gegen Zehnt oder Grundrente (vgl. z. B. L. Makkai, J. Nicolas und B. Vincent). G. Lemeunier hat in diesem Zusammenhang gefordert, eine "Soziologie des Zehnten" zu erarbeiten, die den Zehnt oder auch die Rente in ein Verhältnis zu anderen feudalherrlichen Forderungen wie Dienste oder Steuer sowie zum gesamten Wirtschaftsmechanismus (z. B. Rolle des Marktes) setzt. Allerdings werfen dabei insbesondere die Dienste, die naturgemäß beim Themenkomplex des mittel- und osteuropäischen Raums (so bei H. Harnisch/H.-H. Müller, F. W. Henning) in den Mittelpunkt rückten, Probleme auf, wenn es um die Berechnung des Umfangs der Grundrente geht. Aber auch dort, wo die Quellenlage günstig ist und - wie im Falle von Ungarn, Frankreich oder Spanien - lange Zehntreihen vorliegen, erweist sich die Interpretation der Quellen oft als schwierig. Da die Mehrzahl der Untersuchungen zwangsläufig ausschließlich auf Angaben für das Hauptagrarprodukt, das Getreide, basieren, äußerten einige Teilnehmer Bedenken in bezug auf deren Aussagefähigkeit für die gesamte Agrarproduktion (z. B. J. Goy, J. Revel). Auch wurde darauf verwiesen, daß die Quellengrundlage überwiegend von geistlichen Grundherrschaften oder von großen Herrengütern, also von in der Regel gut bewirtschafteten Betrieben, stammt. Die daraus gewonnenen Ergebnisse dürften demzufolge nicht auf die gesamte Region übertragen werden. Bei einigen Beiträgen bestehe zudem die Gefahr, daß die Zehntproblematik zu isoliert von den politischen und wirtschaftlichen Gesamtzusammenhängen betrachtet werde.

Den zweiten inhaltlichen Schwerpunkt bildet die Untersuchung der bäuerlichen Abgaben im Hinblick auf die Entwicklung der Agrarproduktion. Hierfür wurden Studien sowohl zu mittelfristigen (zehnjährigen) als auch langfristigen (säkularen und multisäkularen) Zeiträumen vorgelegt. Auf dieser Grundlage lassen sich die nachfolgenden Trends für die Agrarproduktion ableiten. Für das 16. Jh. zeigt sich in bemerkenswerter Übereinstimmung von Polen über Ungarn bis hin nach Spanien eine allgemeine Konjunktur. Auch die Krise des 17. Jh. (besonders in der Zeit zwischen 1640 und 1650) erweist sich als europäische Erscheinung, doch war sowohl ihr zeitlicher Verlauf als auch das Ausmaß der Krisenerscheinungen in den einzelnen Ländern unterschiedlich. Faktoren wie Kriege, Klima (Kälteperiode), Geldverschlechterungen usw. wirkten sich im nördlichen Europa offenbar stärker aus als etwa in Spanien (vgl. P. Ponsot) oder in Italien (M. Aymard). Wiederum als Wachstumsperiode läßt sich das 18. Jh. kennzeichnen. Allerdings war dieser Aufschwung weniger massiv und für die einzelnen Länder auch nicht so übereinstimmend wie der des 16. Jh. Zeitweilige Konjunkturerscheinungen traten beispielsweise in Spanien, einigen Regionen Frankreichs, Polen, der Schweiz und den Niederlanden hervor, während etwa in Ungarn der Niedergang andauerte und einige französische Gebiete (Bretagne, Auvergne d'A. Poitrineau, Anjou) stagnierten.

Eine Reihe wichtiger Fragen wurden in der Diskussion angesprochen, so z. B. Trends in der Preis-, Lohn- und Produktionsentwicklung, die Produktivität des Bodens, der Arbeit und des Kapitals, der Einfluß der langfristigen Bewegungen auf die Strukturen. Das zuletztgenannte Problem beschäftigte insbesondere G. Bois. Er konstatierte eine zu starke Beschränkung vieler Konferenzbeiträge auf die Produktion und regte statt dessen an, gezielter zu einer Erklärung des Wachstums innerhalb des Feudalsystems vorzudringen, zumal sie nicht allein auf der Malthusischen Theorie basiert.

Beachtenswert sind schließlich auch die richtungweisenden Schlußfolgerungen für die weitere Forschung, die die Herausgeber in Auswertung des Kolloquiums entwickelten. Nach ihrer Meinung ist es u. a. erforderlich, das Quellenstudium im Hinblick auf die bäuerlichen Einkünfte und Abgaben zu vertiefen und dieses auch auf bisher kaum berücksichtigte Gebiete wie Zentral- und Mittelamerika, Finnland und Schweden auszudehnen. Sie regen Studien zum Nahrungsmittelkonsum unter dem Blickwinkel von Angebot und Nachfrage an und plädieren für die Erarbeitung eines systematischen Inventars von Regionen mit Nahrungsmittelmangel. Auch sollte sich die Forschung - zumindest

zeitweilig - auf die Struktur, die Produktion und das Verhältnis von kleinen bäuerlichen Betrieben und großen Herrengütern konzentrieren.

Diese Anregungen ebenso wie die Beschäftigung mit den Konferenzergebnissen insgesamt sind für die DDR-Agrargeschichtsforschung, die den Fragen der Abgaben- und Agrarstruktur schon seit langem Beachtung schenkt, von großem Nutzen. Insbesondere im Hinblick auf das Aufspüren und die Interpretation von neuem, statistisch auswertbarem Quellenmaterial stellen diese Studien für den Leser ein unentbehrliches Hilfsmittel dar.

Martina Schattkowsky

Lexikon früher Kulturen, hg. v. Joachim Herrmann in Verb. m. Hans Quitta, Horst Klengel, Johannes Irmscher u. Irmgard Sellnow

Bibliographisches Institut, Leipzig 1984, Bd. 1: A - L, 533 S.; Bd. 2: M - Z, 447 S., 128 Taf., Textabb., Kt., Tab., 120,- M

Dem Verlag, erfahren in der Herstellung von Nachschlagewerken zu bestimmten, meist engeren Sachgebieten, ist es in Zusammenarbeit mit z. T. weit über die DDR hinaus bekannten Wissenschaftlern gelungen, auf der Basis inzwischen gesicherten Wissens ein wirklich neues Lexikon zu erarbeiten: eine Überblicksdarstellung zur Geschichte und Kulturgeschichte der gesamten Menschheit von ihren Anfängen bis in das Feudalzeitalter. Mehr als 8 000 in ihrer Ausführlichkeit sehr unterschiedliche Stichwörter, verfaßt von 155 Autoren, geben über praktisch alle Aspekte menschlichen Lebens rund um den Erdball aus den Bereichen Produktionsweise, Staat, Klassenkämpfe und Aufstände, Sprache und Schrift, Kunst, Wissenschaft und Philosophie, Kult und Religion Auskunft.

Soweit irgend möglich, werden die Gegenstände gemäß ihren konkret-historischen Existenzbedingungen erläutert. Diese - stellvertretend seien hier nur die größeren Überblicksartikel "Austausch und Handel", "Lohnarbeit", "Monarchie" und der kleine Artikel "Ziegel" zu einem Spezialgebiet der materiellen Produktion genannt - werden in ihren verschiedenen wesentlichen gesellschaftlichen Beziehungen und Wirkungen dargestellt. Auf diese Weise werden drei Dinge sichtbar: Zunächst tritt der Prozeßcharakter vieler Erscheinungen hervor, ihre Entstehung, Ausformung und Verbreitung sowie gegebenenfalls ihr Niedergang und Verschwinden. Sodann werden die Verbindungen zu anderen gesellschaftlichen Ereignissen und Vorgängen herausgearbeitet. Schließlich - und hier liegt im besonderen das Neue an diesem Lexikon - werden alle in Frage kommenden Zeiten und Räume zusammen, nach einem einheitlichen Konzept betrachtet, also nicht nur die "klassischen", sondern ausgewogen auch die bisher nicht oder zuwenig berücksichtigten. Damit kommen erstmals in einer solchen Darstellung die frühen Etappen im Geschichtsverlauf in vielen heutigen Entwicklungsländern zur Geltung, können sie besser mit den schon bekannten historischen Gegebenheiten verglichen werden.

Natürlich kann man in einem Lexikon nicht alles und erschöpfend aufbereiten. Das Volumen eines Buches, unterschiedliche Sichtweisen der Autoren, die Möglichkeiten der Redaktion und des Verlages setzen gewisse Grenzen.

So lassen sich wohl auch Unstimmigkeiten zwischen einzelnen Stichworten erklären: Bei "Libra" beispielsweise wird infolge eines unterschiedlichen metrologischen Ansatzes ein anderer absoluter Betrag als bei derselben Einheit im Stichwort "Maße" angegeben.

Das Werk wendet sich an alle, die allgemein historisch Interessierten wie die Spezialisten. Zahlreiche Stichwörter erhielten deshalb ergänzende bibliographische Angaben, ein zusammenfassendes Literaturverzeichnis unterstützt gleichfalls dieses Vorhaben. Aufgrund der sehr langen Bearbeitungszeit des Manuskriptes im Verlag sind jedoch die jüngsten herangezogenen Schriften immerhin 4 bzw. 5 Jahre älter als das Lexikon.

Die Wissensvermittlung nach Stichwörtern erschwert bekanntlich das Verstehen größerer Zusammenhänge. Den Herausgebern ist darum zu danken, dem Nutzer dieses Lexikons durch Beigabe eines Indexes, d. h. einer thematischen Gliederung von Stichwortgruppen zu übergreifenden Sachbereichen, sowie durch eine umfangreiche synchronoptische Tabelle hilfreich entgegengekommen zu sein. Eine große Zahl von Abbildungen, Tabellen und (leider nur schwarzweißen) Fotos erhöhen den Informationsgehalt des Lexikons, so daß jeder, der es zur Hand nimmt, aus ihm großen Gewinn ziehen wird.

Reinhard Schumacher

Memorias de historia antigua

1/1977, 2/1978, 3/1979, 4/1980, 5/1981, 6/1984, 7/1986
hg. v. Instituto de historia antigua, Servicio de publicaciones, Universidad de Oviedo

Das Institut für Alte Geschichte der Universität Oviedo veröffentlicht seit 1977 etwa einmal im Jahr einen Band (durchschnittlich 240 S.) mit Arbeiten, die m. E. den Stand der spanischen Forschungen zur Alten Geschichte und Wirtschaftsgeschichte des Altertums repräsentieren. Die sieben bisher erschienenen Bände geben die Referate und Diskussionsbeiträge, die auf Kolloquien mit folgenden Themen gehalten wurden, wieder: 1. Soziale Strukturen in der Antike; 2. Kolonat und andere Formen der Abhängigkeit (ohne Sklaverei); 3. Eigentum, Produktion und Distribution in der Antike; 4. Formen des Austauschs in der Antike; 5. Paganismus und Christentum im Westen des Römischen Reiches; 6. Bevölkerung und Besiedlung im Norden der Iberischen Halbinsel; 7. Landwirtschaft im Norden der Halbinsel (mit dem Untertitel Ureinwohnerschaft und Romanisierung)/Römische Religion. Etwa zeitgleich mit den beiden ersten Bänden erschienen noch zwei Beihefte: 1. Die germanischen Völker in der zweiten Hälfte des 4. Jh. u. Z.; 2. Sklaven und Freigelassene im hellenistischen Kleinasien.

Im Mittelpunkt der Abhandlungen steht Spanien. Sowohl in römischer Zeit als auch in der neuzeitlichen nichtspanischen Forschung zur Antike fand die Geschichte dieses Landes nur selten gebührendes Interesse. Die verstärkte Hinwendung zur eigenen Geschichte trifft nun auf die heute überall anerkannte Auffassung, daß die komplexen Probleme, die mit der antiken Klassengesellschaft verbunden sind, nur durch die Analyse der konkreten Bedingungen in einem bestimmten, wirklich überschaubaren Gebiet und durch den Vergleich ihrer Ergebnisse gelöst werden können. Man spürt das Bemühen, alle nur greifbaren Quellen einer erneuten Auswertung zu unterziehen, um zu neuen, sicheren Erkenntnissen über diese Region zu gelangen.

Ein nur indirekter Vergleich der Entwicklung in Spanien mit der in anderen Regionen wird durch die Darstellung verschiedener Aspekte des Austausches im Altertum vorgenommen. Er reicht von der Beurteilung des Obsidian als Quelle der Macht in Çatal Hüyük, über die Dynamik in der griechischen Kolo-

nisationsbewegung, den atlantischen Zinnhandel, die römische Getreidegesetzgebung bis zur Handelstätigkeit von Klerikern in der Spätantike. Ohne es ausdrücklich hervorzuheben, wird dabei die Vielfalt der ökonomischen, politischen und sozialen Beziehungen in den alten Staaten und Wirtschaftsgebieten festgestellt und zugleich erneut verdeutlicht, daß das antike Eigentum, die antiken Produktionsverhältnisse in vielen Teilen des Römischen Reiches nicht durchgängig, sondern oft nur punktuell bestimmend gegenüber anderen Verhältnissen waren.

Ein besonderes Problem bei der Aufarbeitung der antiken Geschichte Spaniens stellt die iberische Urbevölkerung dar. Sie ließ sich lange nicht oder nur sehr begrenzt in den Romanisierungsprozeß integrieren. Daraus ergibt sich die in vielem besondere sozialökonomische Entwicklung dieser Region. Künftige Untersuchungen über die Wechselbeziehungen von Heer - Bevölkerung - Produktion werden diesen in Spanien regional unterschiedlich verlaufenden Prozeß sichtbar machen. Dazu konnte inzwischen herausgearbeitet werden, daß der Einfluß des Heeres auf die Umgebung seiner Standorte in Nordspanien geringer war als bisher angenommen wurde. Weitere Forschungen zur agrarischen und gewerblichen Produktion sollen zeigen, wie sehr die antike Produktionsweise in den iberischen Provinzen im einzelnen verbreitet war, in welchem Verhältnis Spanien im Laufe seiner Entwicklung zu den anderen Teilen des Römischen Reiches stand.

Die "Memorias de historia antigua" sind eine sehr interessante wissenschaftliche Reihe, die aber in der DDR nur sehr wenig bekannt ist. Liegt es daran, daß Spanien einst "am Rande der Welt" lag?

Reinhard Schumacher

BIBLIOGRAPHIE

Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR
32. Lieferung

von Dieter Müller

Theorie und Methodik

5196.

Espenhayn, Rolf: Die bürgerliche Sozialismuskritik im wachsenden Konflikt mit der sozialistischen Wirtschaftspraxis. - In: Wirtschaftswissenschaft, Berlin, 34 (1986) 8, S. 1157 - 1170.

5197.

Galander, Ehrenfried; Block, Klaus-Dieter: Die Rolle der Kolonien im ökonomischen Schaffen von Karl Marx und Friedrich Engels : Eine erw. Materialgrundlage durch d. Ed. d. neuen Marx-Engels-Gesamtausgabe. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 15 (1987) 1, S. 5 - 17.

5198.

Handke, Horst: Die politisch-soziale Sprache in der Klassenauseinandersetzung. Geschichtliche Grundbegriffe : Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Bd. 3 u. 4. Stuttgart 1982, 1978. - In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, (1986) 4, S. 159 - 161.

5199.

Handke, Horst: Regionale und betriebliche Entwicklung in gesamtgesellschaftlicher Sicht. Rudolf Vetterli, Industriearbeit, Arbeiterbewußtsein und gewerkschaftliche Organisation, Göttingen 1978; Volker Hunecke, Arbeiterschaft und Industrielle Revolution in Mailand 1859 - 1930, Göttingen 1978; Hannes Siegrist, Vom Familienbetrieb zum Managerunternehmen, Göttingen 1981. - In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, (1986) 3, S. 141 - 149.

5200.

Hartwig, Werner A.: Zu Problemen der Arbeitsproduktivität in Gemeinwesen sogenannter "früher" oder "anfänglicher" Bodenbauern. - In: Museum Völkerkd. Leipzig, Berlin, 35 (1984), S. 100 - 107.

5201.

Kuczynski, Jürgen: Die Entwicklung der Imperialismus-Theorie in der KPD. 1. Leipziger Tagung zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Leipzig 1985. - In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, (1986) 4, S. 167 - 170.

5202.

Kuczynski, Jürgen: Die wissenschaftlich-technische Revolution. - In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, (1986) 4, S. 9 - 15 : Tab.

5203.

Lulei, Wilfried: Zum Verhältnis von sozialökonomischen Veränderungen und politischer Macht am Beispiel von Vietnam, Laos und Kampuchea. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 15 (1987) 1, S. 29 - 37.

5204.

Müller, Klaus: Anmerkungen zu theoretischen Grundlagen und zur Wirksamkeit staatlicher Geldpolitik in kapitalistischen Ländern. - In: Wirtschaftswissenschaft, Berlin, 34 (1986) 4, S. 557 - 583 : Tab.

5205.

Müller, Klaus O. W.: Einige aktuelle Erscheinungen und Tendenzen in den Angriffen bürgerlicher Ökonomen auf die sozialistische Planwirtschaft. - In: Wirtschaftswissenschaft, Berlin, 34 (1986) 2, S. 209 - 220.

5206.

Richter, Siegfried: Sachzeugen der Produktions- und Verkehrsgeschichte. Technische Denkmale in der Deutschen Demokratischen Republik, Leipzig 1983. - In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, (1986) 4, S. 171 - 174.

5207.

Roesler, Jörg: Überlegungen zur Charakterisierung von Industriezweigen unter reproduktionsgeschichtlichem Aspekt : Inhaltliche u. method. Probleme bei d. Analyse von Industrizweigen in d. Übergangsperiode. - In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin (1986) 4, S. 143 - 157.

5208.

Schatter, Manfred: Das linksradikale politökonomische Denken in Entwicklungsländern : Systematische, histor. u. theoriekrit. Aspekte seiner Erforsch. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 14 (1986) 5, S. 770 - 787.

5209.

Zur Kritik methodologisch-weltanschaulicher Angriffe der bürgerlichen Ökonomie auf den Sozialismus : Studie / Hochsch. für Ökon. "Bruno Leuschner", Berlin. /Verantwortl.: Sekt. Marxismus-Leninismus, Günter Hoell (Leiter) .../. - Berlin : Hochsch. für Ökonomie "Bruno Leuschner", 1984. - 314 S.

Bibliographien

5210.

Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebsgeschichte in der Deutschen Demokratischen Republik. - 21. Forts. Bearb. von Renate Günther. - In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, (1986) 4, S. 209 - 215.

5211.

Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR, Lfg. 29. - In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, (1986) 4, S. 237 - 254.

5212.

DDR-Publikationen zur Imperialismusforschung : Auswahlbibliographie / Inst. für Internat. Politik u. Wirtsch. d. DDR. - Berlin. 16 (1986) 1. - 90 S.

5213.

Günther, Renate: Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte. - In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, (1986) 3, S. 227 - 242.

Festschriften, Biographien, Kongresse, Quellennachweise

5214.

Baudis, Dieter: Ein Leben im Dienste des Reformismus. Rudolf Wissell, Aus meinen Lebensjahren, Berlin 1983. - In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin (1986) 3, S. 151 - 153.

5215.

Dube, Martin: Zur Geschichte der sozialistischen Industrie der DDR (5. bis 7. Juni 1985 in Jena). - In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, (1986) 3, S. 217 - 222.

5216.

Eichler, Helga: Die Hugenotten in Brandenburg-Preußen. Ihre Rolle in Wirtschaft und Kultur (25. und 26. Oktober 1985 in Berlin). - In: Jb. Wirtsch. - gesch., Berlin, (1986) 4, S. 225 - 234.

5217.

Endler, Renate; Ehrentraut, Bettina: Der Bestand "Allodifikation der Lehen" : Ein Arb. ber. - In: Archivmitteilungen, Berlin, 36 (1986) 4, S. 123 - 126.

5218.

Kruss, Lothar; Lohse, Ingrid: 70 Jahre Lenins Werk über den Imperialismus : Leipziger Symposium zur Imperialismusforsch. - In: IPW Ber., Berlin, 16 (1987) 2, S. 31 - 36.

5219.

Kuczynski, Jürgen: Eine großartige Quellensammlung. Löhne im vor- und frühindustriellen Deutschland, Göttingen 1984. - In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, (1986) 3, S. 155 - 157.

5220.

Lexikon Metros der Welt : Geschichte, Technik, Betrieb / Autorenkoll. unter Leitung von Hans-Werner Schleife. - Berlin : Transpress, 1985. - 378 S. : Ill.

5221.

Numismatik und Heimatgeschichte : VI. Münzausstellung d. Bez. Berlin, 1985 im Palast d. Republik zu Berlin, 15. Okt. bis 27. Okt. / Veranst. : Kulturbund d. DDR, Gesellsch. für Heimatgesch., Bezirksfachausschuß Numismatik Berlin. - Berlin, 1985. - 96 S. : Ill. - (Numismatische Hefte ; 11).

5222.

Rehbein, Elfriede: Verkehrshistorische Probleme der deutschen Eisenbahnen (30. November 1985 in Dresden). - In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, (1986) 4, S. 217 - 223.

5223.

Christian Reichart 1685 - 1775 : Pionier u. Förderer d. Erfurter Erwerbsgartenbaues. - Erfurt : Rat d. Stadt Erfurt, 1985. - 96 S. : Ill., Tab. - (Veröffentlichungen des Naturkundemuseums Erfurt : Sonderh.).

5224.

Rink, Bernhard: August Boeckh und die Wirtschaftsgeschichte (14. und 15. November 1985 in

Berlin). - In: Jb. Wirtsch. - gesch., Berlin, (1986) 3, S. 223 - 225.

5225.

Schilling, Renate: Stadt und Kirche im Spätmittelalter und während der Reformation (1. bis 3. Oktober 1985 in Frankfurt/ Oder). - In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, (1986) 4, S. 235 - 236.

5226.

Schmidt, Edwin: Die Dorfflur als Geschichtsquelle. - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 33 (1987) 2, S. 82 - 84 : Ill., Tab.

5227.

Schwärzel, Renate: Quellenanalyse und Betriebsgeschichte. 8. Kolloquium der Fachkommission Betriebsgeschichte der Historiker-Gesellschaft der DDR (29. Januar 1986 in Berlin). - In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, (1986) 4, S. 207 - 208.

5228.

Toepel, Achim: Cantillons Beitrag zur politischen Ökonomie. - In: Wirtschaftswissenschaft, Berlin, 34 (1986) 8, S. 1190 - 1203.

5229.

Werner, Lutz: Johann Heinrich von Thünen (1783 - 1850) und Johann Pogge (1793 - 1854) : Theorie und Praxis d. kapitalist. Agrarentw. in Mecklenburg. - In: Rostocker wiss. hist. Manuskripte, Rostock, 12 (1985), S. 69 - 73.

Mehrere Zeitabschnitte umfassend

5230.

Baumgarten, Karl: Bauernhaus, Scheune und Büdnerei im Freilichtmuseum Schwerin-Mueß : Unter d. Aspekt d. Regionalität von Kulturformen. - In: Jb. Volkskd. u. Kulturgesch., Berlin, 29 (1986), S. 148 - 154.

5231.

Emons, Hans-Heinz; Walter, Hans-Henning: Historische Entwicklung und zukünftige Tendenzen der Siedesalz-Produktion unter besonderer Berücksichtigung der ehemaligen Salinen im sächsisch-thüringischen Raum. - Berlin : Akad.-Verl., 1986. - 42 S. : Ill., Tab. - (Sitzungsberichte der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig : Mathematisch-naturwiss. Klasse ; 119, 3).

5232.

Khalatbari, Parviz: Kontinuität und Diskontinuität der Bevölkerungsbewegung vor der industriellen Revolution. - In: Jb. Wirtsch. - gesch., Berlin, (1986) 4, S. 17 - 50.

5233.

Küstenbilder : Beiträge zur Heimatgesch. u. zur Denkmalpflege im Bez. Rostock / Bezirksvorstände Rostock d. Gesellsch. für Heimatgesch. u. Denkmalpflege beim Kulturbund d. DDR. - Rostock, 1984. - 96 S. : Ill., Kt.

5234.

Oberdörfer, Eckhard: Aus der Geschichte der altmärkischen Elbschiffervereine. - In: Magdeburger Bl., Magdeburg, (1986), S. 54 - 59 : Ill.

5235.

Rach, Hans-Jürgen: Der regionale Aspekt in der Lebensweise und Kultur der werktätigen Dorfbevölkerung in der Magdeburger Börde. - In: Jb. Volkskd. u. Kulturgesch., Berlin, 29 (1986), S. 116 - 119.

5236.

Richter, Siegfried: Zur Geschichte der Automaten und der Automatisierung. - In: Jb. Wirtsch.-gesch., Berlin, (1986) 3, S. 11 - 23.

5237.

Scholze, Renate: Zu einigen Problemen der Entwicklung der Elektrizitätsversorgung Berlins von den Anfängen bis 1945. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1986) Sonderbd., S. 109 - 128.

5238.

Strube, Irene; Stolz, Rüdiger; Remane, Horst: Geschichte der Chemie : Ein Überblick von d. Anfängen bis zur Gegenwart. - Berlin : Dt. Verl. d. Wiss., 1986. - 251 S. : Ill.

5239.

Walter, Hans-Henning: 3000 Jahre Salzgewinnung im Magdeburger Land. - Schönebeck (Elbe) : Kr.museum Schönebeck (Elbe), 1986. - 72 S. : Ill., Kt., Tab.

5240.

Walter, Hans-Henning: Geschichte der Salzproduktion in Südthüringen - alte Salinen in Salzungen, Schmalkalden und Lindenau. - In: Veröff. Naturhist. Mus. Schleusingen, Schleusingen, 1 (1986), S. 3 - 14 : Ill., Tab.

5241.

Walter, Hans-Henning: 2000 Jahre Salzproduktion am Kyffhäuser : Geschichte d. Salinen Frankenhausen, Auleben u. Artern. - Bad Frankenhausen : Kr. heimatmuseum Bad Frankenhausen, 1986. - - 75 S. : Ill., Tab. - (Veröffentlichungen des Kreisheimatmuseums Bad Frankenhausen ; 10) (Historische Beiträge zur Kyffhäuserlandschaft).

- 500

5242.

Endesfelder, Erika: Die Nahrungsmittel der alten Ägypter und ihre Zubereitung. - In: Altertum, Berlin, 32 (1986) 1, S. 18 - 26 : Ill.

5243.

Icke-Schwalbe, Lydia: Bodeneigentümer und Nichteigentümer in der Dorfgemeinschaft der Oraon in Chota Nagpur (Süd-Bihar, Republik Indien). - In: Jb. Museum Völkerkd. Leipzig, Berlin, 36 (1985), S. 164 - 168.

5244.

Okladnikova, E. A.: Felszeichnungen Sibiriens und der Pazifikküste Nordamerikas als Quellen zur Erforschung der Sozialstruktur von Jäger- und Fischer-Bevölkerungen in der Zerfallsperiode der Urgesellschaft. - In: Jb. Museum Völkerkd. Leipzig, Berlin, 36 (1985), S. 151 - 157.

500 - 1789

5245.

Brandt, Lothar: Cacaoatl : Zum Gebrauch d. Kakaos im vorspan. Mexiko. - In: Altertum, Berlin, 32 (1986) 4, S. 225 - 229 : Ill.

5246.

Bürkmann, Ulrich: Studienaufenthalt in der VR Tansania 1984. - In: Ethnogr.-archäol. Z., Berlin, 27 (1986) 2, S. 297 - 302.

5247.

Burgmann, Sigrid: Die Fayence- und Steingutmanufaktur von Johann Philipp Guischard in Magdeburg : Zum 300. Jahrestag d. Edikts v. Potsdam. - In: Magdeburger Bl., Magdeburg, (1985), S. 42 - 46 : Ill.

5248.

Deutsche Agrargeschichte des Spätfeudalismus / Hrsg. von Hartmut Harnisch u. Gerhard Heitz. - Berlin : Akad.-Verl., 1986. - 331 S. : Tab. - (Studienbibliothek DDR-Geschichtswissenschaft ; 6).

5249.

Dräger, Lothar: Die Sonnenhäuptlinge der Natchez als Ausbeuterschicht : Ausbeutungs- u. Abhängigkeitsverhältnisse bei d. histor. Natchez-Indianern d. unteren Mississippi. - In: Jb. Museum Völkerkd. Leipzig, Berlin, 36 (1985), S. 115 - 129.

5250.

Drobny, Manfred: Frondienste in der Grundherrschaft Gnandstein im 16. Jahrhundert. - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 32 (1986) 6, S. 252 - 257 : Tab.

5251.

Engelmann, Dieter: Preise in Berlin/Cölln um 1570: Aus d. Rechnungsbüchern d. Berliner Münzmeisters Lippold. - In: Numismatik und Heimatgeschichte : VI. Münzausstellung d. Bez. Berlin, 1985 im Palast d. Republik zu Berlin, 15. Okt. bis 27. Okt. / Veranst.: Kulturbund d. DDR, Gesellsch. für Heimatgesch., Bezirksfachausschuß Numismatik Berlin. - Berlin ; 1985. - (Numismatische Hefte ; 11). - S. 15 - 23 : Ill.

5252.

Epperlein, Siegfried: Ein Streifzug durch Lebensbereiche der Feudalgesellschaft. Otto Borst, Alltagsleben im Mittelalter, Frankfurt (Main) 1983. - In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, (1986) 4, S. 183 - 185.

5253.

Fengler, Heinz: Entwicklung der Münztechnik. - Berlin : Staatl. Museen, Münzkabinett, 1982. - 32 S. : Ill. - (Kleine Schriften des Münzkabinetts Berlin ; 9).

5254.

Harnisch, Hartmut: Probleme einer Periodisierung und regionalen Typisierung der Gutsherrschaft im mitteleuropäischen Raum. - In: Jb. Gesch. Feudalismus, Berlin, 10 (1986), S. 251 - 274.

5255.

Held, Wieland: Wirtschaftliche Bedeutung und soziale Physiognomie thüringischer Kleinstädte im 16. Jh. - In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, (1986) 3, S. 119 - 133.

5256.

Kusch, Reinhard: Handelskapital und Manufaktur im Spätfeudalismus : Das Beispiel Stralsund (1720 bis 1815). - In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, (1986) 4, S. 119 - 142.

5257.

L'vova, E. S.: Zur Entstehung und Entwicklung der Ausbeutungsbeziehungen bei den Völkern des Kongobeckens. - In: Jb. Museum Völkerkd. Leipzig, Berlin, 36 (1985), S. 74 - 81.

5258.

Mägdefrau, Werner: Adel und Klerus, Bauer und Bürger in der Stauferzeit. - In: Wiss. Z. Friedrich-Schiller-Univ. Jena, Gesellsch. wiss. R., Jena, 35 (1986) 3/4, S. 209 - 238 : Ill., Kt.

5259.

Mauter, Horst: Zur Geschichte der Berliner Fayencemanufakturen von 1678 bis etwa 1779. - In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, (1986) Sonderbd., S. 29 - 65 : Tab.

5260.

Münch, Ernst: Bäuerliche Zensualität und entwickelter Feudalismus in Altbayern. - In: Jb. Gesch. Feudalismus, Berlin, 10 (1986), S. 29 - 59.

5261.

Peters, Jan: Alte bäuerliche Schreibebücher : Eine Quelle für Museologen u. Historiker. - In: Neue Museumskd., Berlin, 29 (1986) 2, S. 150 - 153 : Ill.

5262.

Platen, Michael: Eine mittelalterliche Waidhandelsgesellschaft zwischen Nordhausen und Jena. - In: Beitr. Heimatkd. Stadt u. Kreis Nordhausen, Nordhausen, 11 (1986), S. 24 - 25.

5263.

Schattkowsky, Martina: Zur Bedeutung der Grangienwirtschaft für das Zisterzienserkloster Altzella in der Mark Meißen (1162 - 1540). - In: Jb. Gesch. Feudalismus, Berlin, 10 (1986), S. 75 - 97.

5264.

Schultz, Helga: Sozialstruktur und Lebensweise Berliner Lohnarbeiter im 18. Jh. - In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, (1986) Sonderbd., S. 7 - 28 : Ill., Tab.

5265.

Seemann, Jürgen: Weistümer und andere ländliche Rechtsquellen : Positionen - Probleme - Perspektiven. - In: Jb. Gesch. Feudalismus, Berlin, 10 (1986), S. 61 - 74.

5266.

Seiwert, Wolf-Dieter: Krieg und militärische Demokratie bei den Nomaden der Westsahara (vorkoloniale Zeit). - In: Jb. Museum Völkerkd. Leipzig, Berlin, 36 (1985), S. 92 - 97.

5267.

Sellnow, Irmgard: Die Entstehung von Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnissen bei den Ibo (Nigeria). - In: Jb. Museum Völkerkd. Leipzig, Berlin, 36 (1985), S. 82 - 91.

5268.

Tewes, Lothar: Das "Franzgeld" : Ein Bild d. Geldumlaufes in Preußen in d. ersten Hälfte d. 18. Jh. - In: Numismatik und Heimatgeschichte : VI. Münzausstellung d. Bez. Berlin, 1985 im Palast d. Republik zu Berlin, 15. Okt. bis 27. Okt. / Veranst.: Kulturbund der DDR, Gesellsch. für Heimatgesch., Bezirksfachausschuß Numismatik Berlin. - Berlin, 1985. - (Numismatische Hefte ; 11). - S. 32 - 38 : Ill.

5269.

Thiede, Hans-Joachim: Zur Geschichte der Uebinger Postsäule. - In: Gesch. u. Gegenwart Bez. Cottbus, Cottbus, 19 (1985), S. 171 - 174 : Ill., Tab.

5270.

Thomä, Siegfried: In einem alten Innungsbuch geblättert. - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 33 (1987) 2, S. 84 - 87 : Ill.

5271.

Walter, Hans-Henning: Alte Salinen in Lützens Umgebung : Poserna, Teuditz, Kötzschau. - Lützen : Mus. Schloß Lützen, 1985. - 12 S. : Ill. - (Neue Lützener Heimatblätter ; 2).

1789 - 1917

5272.

Baar, Lothar: Berlin in der industriellen Revolution : Zu Anstoß u. Anlauf, Durchsetzung u. Abschluß. - In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, (1986) Sonderbd., S. 67 - 84.

5273.

Baudis, Dieter: Vom "Schweinemord" zum "Kohlrübenwinter" : Streiflichter zur Entw. d. Lebensverh. in Berlin im ersten Weltkrieg (Aug. 1914 bis Frühjahr 1917). - In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, (1986) Sonderbd., S. 129 - 157.

5274.

Berthold, Rudolf: Zum Verhältnis von Mensch und Technik in der Landwirtschaft. Ulrich Bentzien, Landbevölkerung und agrartechnischer Fortschritt in Mecklenburg, Berlin 1983. - In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, (1986) 3, S. 159 - 171.

5275.

Cimermanis, Saulvedis: Die Bedeutung ökologischer, sozialökonomischer und ethnischer Faktoren für die Entwicklung der traditionellen Fischereigeräte der Letten. - In: Jb. Volkskd. und Kulturgesch., Berlin, 29 (1986), S. 120 - 129 : Ill., Kt.

5276.

Creutz, Hans-Jürgen: Die Entwicklung des Erfindungsschutzes in Sachsen während der industriellen Revolution. - In: Jb. Wirtsch.-gesch., Berlin, (1986) 3, S. 91 - 118.

5277.

Etzold, Heike: Salzbergbau und Industrielle Revolution im Regierungsbezirk Magdeburg. - In: Magdeburger Bl., Magdeburg, 1986, S. 37 - 46 : Tab.

5278.

Grabas, Margrit: Statistisch-ökonomische Analyse des Verlaufs der Krise von 1913 in Deutsch-

land und den USA. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1986) 4, S. 83 - 117.

5279.

Grimm, Christina: Bezeichnungen für den lohnabhängigen Agrarproduzenten im Preußen des 19. Jahrhunderts. - In: Linguist. Stud. R. A, Berlin, 150 (1986) 1, S. 219 - 301.

5280.

Irsigler, Helga: "Thue den Mund auf für die Stummen!" : Ein Beitr. zur zeitgenöss. Kritik d. Bürgertums an d. spätfeud. Agrarverfassung in d. zweiten Hälfte d. 18. Jh. - Dargest. anhand einer Untersuchung am Rezensionsorgan "Allgemeine Dt. Bibliothek". - In: Jb. Gesch. Feudalismus, Berlin, 10 (1986), S. 315 - 347.

5281.

Jacobeit, Sigrid: Neue Forschungen zum Alltag der Frau. Ingeborg Weber-Kellermann, Frauenleben im 19. Jahrhundert, München 1983. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1986) 3, S. 173 - 180.

5282.

Kabisch, Karl-Heinz: Aus dem Tagebuch des herrschaftlichen Kutschers Jacob Zwingmann. - In: Eichsfelder Heimath., Heiligenstadt, 26 (1986) 2, S. 103 - 112 : Ill.; 3, S. 203 - 213 : Tab.

5283.

Krusche, Rolf: Soziale und ökonomische Ungleichheit bei den Indianern der Prärie- und Plainsgebiete Nordamerikas. - T. I. - In: Jb. Museum Völkerkd. Leipzig, Berlin, 36 (1985), S. 130 - 150.

5284.

Landau, Zbigniew; Tomaszewski, Jerzy: Wirtschaftsgeschichte Polens im 18. und 20. Jahrhundert / Hrsg. von Berthold Puchert. - Berlin : Akad.-Verl., 1986. - VI, 300 S. : Kt. - (Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte ; 19).

5285.

Milkowski, Fritz: Meine Eltern - Erinnerungen an das Leben von Dorfarbeitern um 1900. - In: Magdeburger Bl., Magdeburg (1985), S. 64 - 66.

5286.

Narweleit, Gerhard: Zur Umweltproblematik in der Stadt Berlin während der Industriellen Revolution (1800 - 1870). - In: Jb. Wirtsch.-gesch., Berlin, (1986) Sonderbd., S. 85 - 107 : Tab.

5287.

Petzold, Helmut: Widersprüche und Anachronismen beim Einzug der Industrie in das Weißeritztal. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1986) 3, S. 59 - 70.

5288.

Proletariat : Kultur u. Lebensweise im 19. Jh. / Hrsg. von Dietrich Mühlberg. - Leipzig : Edition Leipzig, 1986. - 275 S. : Ill.

5289.

Puškareva, Irina: Sowjetische Arbeiten zur Geschichte der Arbeiterklasse in Rußland vor 1917. - In: Jb. Gesch. sozialist. Länder Europas, Berlin, 29 (1985), S. 243 - 251.

5290.

Sternkiker, Edwin: Bäuerliche Ablösungsgelder, ihre Empfän-

gergruppen und Verwendungsarten in Preußen nach 1850. - In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, (1986) 3, S. 71 - 89.

5291.

Walter, Hans-Henning; Emons, Hans-Heinz: Salinenwesen und chemische Industrie im 19. Jahrhundert. - In: NTM Schriftenr. Gesch. Naturwiss., Technik u. Med., Leipzig, 23 (1986) 2, S. 65 - 73 : Tab.

5292.

Werner, Lutz: Liberalismus und bürgerlicher Großgrundbesitz in Mecklenburg vor 1850 : Zu d. polit. Ansichten von Johann Heinrich v. Thünen. - In: Z. Gesch. wiss., Berlin, 34 (1986) 12, S. 1080 - 1095.

5293.

Wulfert, Heiner: Die Agrarreformen in Schleswig-Holstein von 1765 bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. - In: Z. Gesch. wiss., Berlin, 34 (1986) 1, S. 40 - 46.

1917 - Gegenwart, sozialistische Länder

5294.

Asamoa, Ansa: The process of economic change in the rural communities of the Ho-district of Ghana. - In: Jb. Museum Völkerkd. Leipzig, Berlin, 35 (1984), S. 23 - 38 : Tab.

5295.

Bechler, Bernhard: Erinnerung an die Bodenreform. - In: Märkische Heimat, Potsdam, (1985) 4, S. 14 - 23 : Ill.

5296.

Borchert, Fritz; Kirsche, Hans-Joachim: Lokomotiven der Deutschen Reichsbahn : Ellok, Dieselloc u. Triebwagen 1945 bis heute. - Berlin : Transpress, 1986. - 376 S. : Ill.

5297.

Bugaj, N. F.: Industrieproduktion, Arbeitsorganisation und Arbeitslöhne in Sowjetrußland 1918 bis 1921. - In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, (1986) 4, S. 65 - 82.

5298.

Buna produziert durch die Hilfe der Roten Armee : 30 Jahre VEB Chem. Werke Buna. - Schkopau : Kombinat VEB Chem. Werke Buna, 1983. - 49 S. - (Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung des Kombinates VEB Chemische Werke Buna ; 12).

5299.

Dzun, Włodzimierz: Veränderung in der Struktur der Landbevölkerung in Volkspolen. - In: Themat. Inf. u. Dok. Akad. Gesellsch.-wiss. R. A, Berlin, (1986) 54, S. 70 - 92 : Tab.

5300.

Die erfolgreiche Entwicklung der Landwirtschaft des Kreises Görlitz von der Befreiung vom Hitlerfaschismus durch die ruhmreiche Sowjetarmee bis zur Gegenwart 1945 - 1985 / Hrsg.: Kreisvorstand Görlitz d. VdgB ; Rat d. Kreises Görlitz, Fachorgan Land- und Nahrungsgüterwirtsch.; Komm. zur Gesch. d. Erforsch. d. Örtl. Arb. bew. d. SED-Kreisleitung Görlitz. - Görlitz, 1985. - 80 S. : Ill.

5301.

Falk, Waltraud: Der Berliner und seine Initiativen : Zur Gesch. d. Aktivisten- u. Wettbewerbsbewegung u. zu ihrer aktuellen Bedeutung. - In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, (1986) Sonderbd., S. 263 - 281.

5302.

Gindin, Iosif: Die Rolle der Banken bei der Finanzierung der sowjetischen Industrie 1917 bis 1927. - In: Jb. Gesch. sozialist. Länder Europas, Berlin, 30 (1986), S. 257 - 322.

5303.

Hoffmann, Hans: Zu Fragen der Entwicklung des technischen Schöpfertums der Arbeiterklasse (Neuererbewegung) in den europäischen Mitgliedsländern des RGW. - In: Themat. Inf. u. Dok. Akad. Gesellsch. wiss., R. A, Berlin, (1986) 60, S. 23 - 43 : Tab.

5304.

Kaliński, Janusz: Investitionen in Polen 1947 bis 1975. - In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin (1986) 3, S. 25 - 39.

5305.

Kleinpeter, Oswald: Zur Entwicklung der Seehäfen der DDR. - In: Küstenbilder : Beiträge zur Heimatgesch. u. zur Denkmalpflege im Bez. Rostock / Bezirksvorstände Rostock d. Gesellsch. für Heimatgesch. u. Denkmalpflege beim Kulturbund d. DDR. - Rostock : 1984. - S. 5 - 14 : Ill.

5306.

Kratsch, Ottomar: Vierzig Jahre Volkseigentum : Zum 40. Jahrestag d. Volksentscheids in Sachsen. - In: Wirtschaftswissenschaft, Berlin, 34 (1986) 7, S. 961 - 972.

5307.

Mai, Bernhard: Die Entwicklung des Pendlerverkehrs in der Magdeburger Börde von den Anfängen bis um 1960. - In: Die werktätige Dorfbevölkerung in der Magdeburger Börde : Studien zum dörfl. Alltag vom Beginn d. 20. Jh. bis zum Anfang d. 60er Jahre / Hrsg. von Hans-Jürgen Rach, Bernhard Weissel u. Hainer Plaul. - Berlin : Akad.-Verl., 1986. - S. 179 - 220 : Kt., Tab. - (Untersuchungen zur Lebensweise und Kultur der werktätigen Dorfbevölkerung in der Magdeburger Börde ; 3) (Veröffentlichungen zur Volkskunde und Kulturgeschichte ; 66, 4).

5308.

Panzig, Klaus: Boden und Technik in einer Hand : Der Weg von d. Maschinen-Traktoren-Station (MTS) zu d. Kreisbetrieben für Landtechnik (KfL) im Bez. Dresden 1958 bis 1965. - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 32 (1986) 6, S. 248 - 251 : Tab.

5309.

Plaul, Hainer: Über grundlegende Veränderungen in der Lebensweise der Landarbeiter im 20. Jahrhundert (1918 - 1961). - In: Die werktätige Dorfbevölkerung in der Magdeburger Börde: Studien zum dörflichen Alltag vom Beginn d. 20. Jh. bis zum Anfang d. 60er Jahre / Hrsg. von Hans-Jürgen Rach, Bernhard Weissel u. Hainer Plaul. - Berlin : Akad.-Verl., 1986. - S. 105 - 178 : Tab. - (Untersuchungen zur Lebensweise und Kultur der werktätigen Dorfbevölkerung in der Magdeburger Börde ; 3) (Veröffentlichungen zur Volkskunde und Kulturgeschichte ; 66, 4).

5310.

Rach, Hans-Jürgen: Zur Lebensweise der Bauern in der Magdeburger Börde vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis zum Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft. - In: Die werktätige Dorfbevölkerung in der Magdeburger Börde : Studien zum dörfl. Alltag vom Beginn d. 20. Jh. bis zum Anfang d. 60er Jahre / Hrsg. von Hans-Jürgen Rach, Bernhard Weissel u. Hainer Plaul. - Berlin : Akad.-Verl., 1986. - S. 17 - 103. : Tab. - (Untersuchungen zur Lebensweise und Kultur der werktätigen Dorfbevölkerung in der Magdeburger Börde ; 3) (Veröffentlichungen zur Volkskunde und Kulturgeschichte ; 66, 4).

5311.

Radandt, Hans: Probleme der Betriebsgeschichte in der DDR. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1986) 3, S. 205 - 216.

5312.

Rietze, Willi: Partner des Außenhandels : Internationale Binnenschiffahrt d. DDR. - In: Jb. Schiffahrt, Berlin, 1985 (1985), S. 95 - 101 : Ill., Tab.

5313.

Roesler, Jörg: Wiederaufbau des Kabelwerkes Oberspree (KWO) : Die Wirtsch.entw. eines Berliner Großbetriebes in d. Nachkriegszeit (1945/50). - In: Jb. Wirtsch.-gesch., Berlin, (1986) Sonderbd., S. 209 - 262 : Tab.

5314.

Roesler, Jörg: Zum Strukturwandel in der Industrie der DDR während der fünfziger Jahre : Fakten u. Überlegungen. - In: Z. Gesch.-wiss., Berlin, 35 (1987) 2, S. 138 - 149 : Tab.

5315.

Schröder, Stefanie; Stöckigt, Rolf: Das LPG-Gesetz vom 2. Juli 1982 - Ergebnis zielstrebiger Bündnispolitik der SED. - In: Themat. Inf. u. Dok. Akad. Gesellsch. wiss., R. A, Berlin, (1985) 48, S. 105 - 120.

5316.

Schröter, Hans-Joachim: Die Förderung und Festigung des Volkseigentums in der Industriestadt Chemnitz durch die Sowjetische Militäradministration in Deutschland. - In: Jb. Wirtsch.-gesch., Berlin, (1986) 4, S. 51 - 64 : Tab.

5317.

Schwärzel, Renate: Vom Berliner Glühlampenwerk zum Kombinat VEB NARVA : Ein Berliner Großbetrieb als Zentrum d. Kombinatsbildung in d. Lichtquellenindustrie im Jahre 1969. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1986) Sonderbd., S. 283 - 303 : Tab.

5318.

Siegert, Erich: Aspekte der Dialektik von genossenschaftlichem Eigentum der LPG und rechtlicher Gestaltung der Arbeits- und Sozialverhältnisse der Genossenschaftsbauern. - In: Staat u. Recht, Berlin, 35 (1986) 5, S. 359 - 367.

5319.

Das sozialistische Dorf : Sozialstruktur u. Lebensweise ; Materialien d. wiss. Kolloquiums d. Forsch.bereiches Agrarsoziol. d. Inst. für Marxist.-Leninist. Soziol. d. Akad. für Gesellsch.-

wiss. beim ZK d. SED u. d. Problemrates "Entw. d. Klasse d. Genossenschaftsbauern/Stadt-Land" beim Wiss. Rat für Soziol. Forsch. d. DDR vom 16. Febr. 1984 /Hrsg.: Akad. für Gesellsch. wiss. beim ZK d. SED, Rektorat Bereich Forsch., Ant. Information u. Dokumentation, Berlin. - Berlin, 1985. - 143 S. - (Thematische Information und Dokumentation/Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED : Reihe B ; 47).

5320.

Die Sozialstruktur auf dem Lande in sozialistischen Ländern Europas : Materialien d. III. Problemkommission d. multilateralen Zs.arbeit d. Akad. d. sozialist. Länder "Soziale Prozesse in der sozialist. Gesellsch.", Untergruppe "Bauernschaft u. soziale Probleme d. Dorfes in d. sozialist. Gesellsch." / Wiss. Red. : Sonja Müller (Ltg.) ... - Berlin : Akad. für Gesellsch. wiss. beim ZK d. SED, 1986. - 133 S. - (Themat. Inf. u. Dok. : R. A ; 54).

5321.

Staroverov, W. I.: Die Evolution der sozialen Struktur der Landbevölkerung der UdSSR. - In: Themat. Inf. u. Dok. Akad. Gesellsch. wiss., R. A, Berlin, (1986) 54, S. 93 - 114 : Tab.

5322.

Stölting, Friedhelm: Die weitere Entwicklung der industriemäßigen Pflanzenproduktion in der Landwirtschaft der DDR : Wege u. Wirkungen - In: Themat. Inf. u. Dok. Akad. Gesellsch. wiss., R. A, Berlin, (1986) 60, S. 121 - 142.

5323.

Traditionen des Kampfes der Bunawerktätigen zur Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik : Auszüge aus Referat, Diskussionen u. Schlußwort auf d. 3. Gesch. konferenz im 35. Jahr d. Bestehens d. DDR. - Schkopau : Kombinat VEB Chem. Werke Buna, 1984. - 65 S. - Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung des Kombinates VEB Chemische Werke Buna ; 15).

5324.

Unser Wald und unsere Menschen : Aus d. Gesch. d. Staatl. Forstwirtschaftsbetriebes Jena, Bez. Gera, DDR / Hrsg. Staatl. Forstwirtschaftsbetrieb Jena, DDR. - Jena, 1984. - 80 S. : Ill., Kt.

5325.

Unter dem Banner Karl Liebknechts : Betriebsgeschichte d. Stammwerkes VEB Schwermaschinenbau "Karl Liebknecht" Magdeburg - Kombinat für Dieselmotoren u. Industrieanlagen. - Magdeburg : Betriebsparteiorganisation d. SED im VEB Schwermaschinenbau "Karl Liebknecht" Magdeburg
T. 3. 1949 - 1961 / Hans Otto Gericke, Manfred Wille (unter Verwendung einer Materialsammlung von Rudolf Jungnickel). - 1983. - 88 S. : Ill., Tab.

5326.

40 /Vierzig/ Jahre demokratische Bodenreform : Dokumentation / Hrsg. : Bezirksvorstand d. VdgB Dresden. - Dresden, 1985. - 69 S. : Ill.

5327.

Wendt, Hartmut: Aspekte und Tendenzen der Binnenwanderung im Urbanisierungsprozeß der DDR. - In: Petermanns geogr. Mitt., Gotha, Leipzig, 130 (1986) 3, S. 165 - 172 : Tab.

5328.

Die werktätige Dorfbevölkerung in der Magdeburger Börde : Studien zum dörfl. Alltag vom Beginn d. 20. Jh. bis zum Anfang d. 60er Jahre / Hrsg. von Hans-Jürgen Rach, Bernhard Weissel und Hainer Plaul. - Berlin : Akad.-Verl., 1986. - 306 S. : Ill., Kt., Tab. - (Untersuchungen zur Lebensweise und Kultur der werktätigen Dorfbevölkerung in der Magdeburger Börde ; 3) (Veröffentlichungen zur Volkskunde und Kulturgeschichte ; 66, 4).

5329.

Wieczorek, Evelyn: Die Politik der SED zur Förderung von Handwerk und Gewerbe in Berlin von 1976 bis 1984. - In: Beitr. Gesch. Arb.bew., Berlin, 29 (1987) 3, S. 391 - 398.

5330.

Wille, Manfred: Die demokratische Bodenreform und die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in der Magdeburger Börde (1945 bis 1961). - In: Die werktätige Dorfbevölkerung in der Magdeburger Börde : Studien zum dörfl. Alltag vom Beginn d. 20. Jh. bis zum Anfang d. 60er Jahre / Hrsg. von Hans-Jürgen Rach, Bernhard Weissel u. Hainer Plaul. - Berlin : Akad.-Verl., 1986. - S. 221 - 251 : Tab. - (Untersuchungen zur Lebensweise und Kultur der werktätigen Dorfbevölkerung in der Magdeburger Börde ; 3) (Veröffentlichungen zur Volkskunde und Kulturgeschichte ; 66, 4).

5331.

Zschaler, Frank: Zu einigen Besonderheiten bei der Gründung einer wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an der Berliner Universität. - In: Jb. Wirtsch.-gesch., Berlin, (1986) Sonderbd., S. 305 - 316.

1917 - Gegenwart, kapitalistische Länder

5332.

Deutschland, Ruth: Herausbildung und Entwicklung der schwarzen Gewerkschaftsbewegung in Südafrika. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin 15 (1987) 1, S. 99 - 111.

5333.

Eichholtz, Dietrich: Zur Erhaltung der ökonomischen Machtgrundlagen des deutschen Imperialismus 1945. - In: Bull. Arb. kr. 2. Weltkrieg, Berlin (1985) 1/4, S. 32 - 40.

5334.

Friedemann, Erich: Zur Rolle des Goldes und anderer Währungsreserven im gegenwärtigen Kapitalismus. - In: Wirtschaftswissenschaft, Berlin, 34 (1986) 9, S. 1171 - 1189 : Tab.

5335.

Grasnick, Georg: Alter Kapitalismus - "neue Armut" / Hrsg. vom Inst. für Internat. Politik u. Wirtsch. d. DDR. - Berlin : Dietz Verl., 1985. - 78 S. : Ill., Tab.

5336.

Gunst, Péter: Außenwirtschaftliche Probleme in Ost- und Südosteuropa zwischen den beiden Weltkriegen. - In: Jb. Wirtsch.-gesch., Berlin, (1986) 3, S. 41 - 57.

5337.

Guthermuth, Rolf; Schumacher, Kurt: Neue Erscheinungen in Lage und Kampf der Arbeiterklasse. - In: IPW Ber., Berlin, 15 (1986) 11, S. 10 - 17 : Tab.

5338.

Habedank, Heinz: Zur Entwicklung der Löhne der Metallarbeiter in der Berliner Elektroindustrie (1924 - 1936). - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1986) Sonderbd., S. 159 - 168 : Tab.

5339.

Köpke, Alfred: Erfolgreiche Königslinie : Die Entw. d. Fährroute Saßnitz-Trelleborg. - In: Jb. Schiffahrt, Berlin. 1985, S. 54 - 61 : Ill.

5340.

Kohl, Monika: Der Handel mit Dienstleistungen und seine Rolle in der Hegemonialstrategie des USA-Imperialismus. - In: IPW Ber., Berlin, 16 (1987) 4, S. 34 - 39 : Tab.

5341.

Lassnig, Helmut: 100 Jahre Bau von Viermastbarken auf deutschen Werften. - In: Panorama marit., Rostock, 19 (1986), S. 36 - 38 : Ill., Tab.

5342.

Lehmann, Karin: Inflation und Wiederaufbau in Deutschland und anderen europäischen Ländern 1914 bis 1924. Zum Gesamtprojekt und zu ersten Ergebnissen. The German Inflation reconsidered, Berlin/New York 1982; The Experience of Inflation, Berlin/New York 1984. - In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, (1986) 4, S. 175 - 182.

5343.

Lehmann, Karin: Staatshaushalt und staatsmonopolistische Eingriffe in den Kreditmarkt in Deutschland und Großbritannien während der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932/33 : Anhang (Ergänzung zu Band 4/1985). - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1986) 3, S. 135 - 139.

5344.

Lewin, Erwin: Bündnispolitische Vorstellungen und Aktivitäten der Kommunistischen Internationale gegenüber den werktätigen Bauern in den Jahren 1924 bis 1928. - In: Jb. Gesch. sozialist. Länder Europas, Berlin, 30 (1986), S. 43 - 70.

5345.

Lüdemann, Ernst: Kapitalistische Schiffbaukrise hält an. - In: IPW Ber., Berlin, 15 (1986) 11, S. 44 - 47 : Tab.

5346.

Marx, Justina: Zur sozialen Struktur der Arbeitslosigkeit. - In: IPW Ber., Berlin, 16 (1987) 4, S. 21 - 27 : Tab.

5347.

Matwejew, Ingrid: Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Dänemark. - In: IPW Ber., Berlin, 16 (1987) 2, S. 43 - 45 : Tab.

5348.

Papies, Udo: USA - Außenwirtschaft unter dem Einfluß der Hochrüstungs- und Hegemonialpolitik. - In: IPW Ber., Berlin, 16 (1987) 1, S. 21 - 27 : Tab.

5349.

Schiemann, Frank: Strukturveränderungen der Arbeiterklasse in kapitalistischen Industriestaaten. - In: IPW Ber., Berlin, 16 (1987) 2, S. 36 - 38.

5350.

Tammer, Hans: Profite und Profitraten der BRD-Industriekonzerne im Jahre 1985 / Unter Mitarb. v. Holle Grünert. - In: IPW Ber., Berlin, 15 (1986) 12, S. 9 - 19 : Tab.

5351.

Vogel, Matthias: Verschärfung des internationalen Konkurrenzkampfes auf dem kapitalistischen Steinkohlenmarkt. - In: IPW Ber., Berlin, 16 (1987) 1, S. 52 - 54 : Tab.

5352.

Voigt, Manfred: Nicht nur zwei bedeutsame Jahrzehnte in der Geschichte einer ägyptischen Bank. Eric Davis, Challenging Colonialism - Bank Misr and Egyptian Industrialization, 1920 - 1941. - In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, (1986) 4, S. 163 - 165.

5353.

Zumpe, Lotte: Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Berlin 1932 bis 1935 und die Maßnahmen zu ihrer Verringerung : Vom "Papen-Plan" bis zum "Göring-Plan". - In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, (1986) Sonderbd., S. 169 - 209 : Kt., Tab.

1917 - Gegenwart, Entwicklungsländer

5354.

Czaya, Eberhard: Die am wenigsten entwickelten Länder und ihre Stellung in der internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung. - In: IPW Ber., Berlin, 16 (1987) 2, S. 24 - 30 : Tab.

5355.

Das, Mita; Ray, Ranjana; Gosh, Asok K.: Technology of pottery making among the Hiras of Assam (India). - In: Abh. u. Ber. Staatl. Museums Völkerkd. Dresden, Dresden, 42 (1986), S. 207 - 210 : Ill.

5356.

Göthner, Karl-Christian: Wirtschaftskrise und "Heterodoxer Schock" : Neue Aspekte in d. Wirtsch. pol. Argentiniens, Brasiliens u. Perus. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 15 (1987) 1, S. 122 - 133 : Tab.

5357.

Graf, Robert: Zur sozialen Lage der Indianer auf den peruanischen Hochland-Haziendas (1945 - 1960). - In: Jb. Völkerkd. Leipzig, Berlin, 35 (1984), S. 60 - 88 : Tab.

5358.

Güttler, Wolfgang: Stellung und Funktionsmechanismus des nationalen industriellen Privatkapitals in Algerien. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 14 (1986) 5, S. 847 - 855.

5359.

Hartwig, Vera: Der Fall Yaqui (Sonora) innerhalb des Integrationsprozesses in Mexiko. - In: Jb. Völkerkd. Leipzig, Berlin, 35 (1984), S. 89 - 99 : Kt.

5360.

Hartwig, Werner A.: Präkapitalistische Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnisse und nationaler Markt in lateinamerikanischen Ländern. - In: Jb. Museum Völkerkd. Leipzig, Berlin, 36 (1985), S. 98 - 106.

5361.

Michalski, Klaus-Joachim: Erfordernisse und Wege zur Steigerung der Agrarproduktion in den Entwicklungsländern. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 14 (1986) 1, S. 29 - 41.

5362.

Müller, Frank Armin: Aspekte und Probleme der Entwicklung der Arbeitsproduktivität im Kohlebergbau Moçambiques. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 15 (1987) 1, S. 112 - 121 : Tab.

5363.

Schilling, Horst: Nahrungsmittel als Waffe : Die Entwicklungsländer im Würgegriff d. imperialist. Nahrungsmittelpol. / Inst. für Internat. Politik u. Wirtsch. d. DDR. - Berlin: Dietz Verl., 1986. - 227 S.

5364.

Schmid, Volkmar: Lohnarbeit, proletarische Klassenkonstituierung und Unterentwicklung unter den Bedingungen der portugiesischen Kolonialherrschaft in Moçambique. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 14 (1986) 5, S. 870 - 879.

5365.

Schmidt, Waldtraut: Ursachen und Folgen der Abwanderung von Arbeitskräften aus Entwicklungsländern. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 15 (1987) 1, S. 18 - 28 : Tab.

5366.

Schubert, Werner: Die Agrarwirtschaft Indonesiens am Anfang der achtziger Jahre. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 15 (1987) 1, S. 38 - 49 : Tab.

5367.

Treide, Barbara: Big-men im Prozeß sozialökonomischer Differenzierung. T. 1. - In: Jb. Museum Völkerkd. Leipzig, Berlin, 36 (1985), S. 169 - 204 : Tab.

5368.

Treide, Barbara: Zum Verhältnis von Schweinehaltung und Bodenbau im zentralen Hochland von Papua-Neuguinea. - In: Jb. Museum Völkerkd. Leipzig, Berlin, 35 (1984), S. 274 - 287.

5369.

Weidnitzer, Eva: Haupttendenzen der Wirtschaftspolitik Tunesiens : Kontinuität u. Wechsel. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, 14 (1986) 5, S. 836 - 846.

B e r n d t, H e l g a, Dr. phil., wissenschaftliche Mitarbeiterin, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

B e r t h o l d, R u d o l f, Prof. Dr. phil. habil. em., Berlin.

F i s c h e r, H a g e n, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

G r i n g m u t h - D a l l m e r, E i k e, Dr. phil., wissenschaftliche Mitarbeiterin, Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

H e n n i g e r, G e r d, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

K a u l i s c h, B a l d u r, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

K u c z y n s k i, J ü r g e n, Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

L e h m a n n, H e r m a n n, Prof. Dr. rer. oec. habil., Chefredakteur, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

L e h m a n n, K a r i n, Dr. sc. oec., wissenschaftliche Mitarbeiterin, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

M a ł e c k a, T e r e s a, Dr., wissenschaftliche Mitarbeiterin, Hochschule für Planung und Statistik, Warszawa, VR Polen.

M l ý n s k ý, J a r o s l a v, Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für tschechoslowakische und Weltgeschichte, Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften, Brno, ČSSR.

M ü l l e r, D i e t e r, Dipl.-Anglist/Amerikanist, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

M ü l l e r, H a n s - H e i n r i c h, Dr. rer. oec. habil., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR. Berlin.

M u s i o l e k, P e t e r, Dr. phil., Bereichsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

P ä t z o l d, B a r b a r a, Dr. phil., wissenschaftliche Mitarbeiterin, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

P e č í r k a, J a n, Dr. sc. phil., Sektion Alte Geschichte, Karls-Universität, Praha, ČSSR.

R o e s l e r, J ö r g, Prof. Dr. sc. oec., Bereichsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

S c h a t t k o w s k y, M a r t i n a, Dr. phil., wissenschaftliche Mitarbeiterin, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Schumacher, Reinhard, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Werner, Lutz, Dr. phil., Sektion Geschichte, Wilhelm-Pieck-Universität Rostock.

Zilch, Reinhold, Dr. oec., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

СОДЕРЖАНИЕ

Юрген Кучинский, Развитие социальной структуры и производительность труда с 1850 г.

Тереза Малецка, Попытки стабилизации польской валюты и американский капитал (1924 - 1927)

Лутц Вернер, Экономико-политические выводы Тюнена из его основного труда "Изолированное государство"

К проблемам экономической истории греческо-римского античного мира

Ян Печирка, Две модели древнегреческой экономики. "Модернизм" в интерпретации античной истории в 19-ом и в начале 20-ого столетия

Петер Мусиолек/Хаген Фишер, Новейшая литература по социальной и экономической истории греческо-римского античного мира

Йорг Рёслер, О проблеме переселенцев в экономической и социальной политике СЕПГ с 1945 по 1949/50 г.

Ярослав Млински, Исследование чешского пролетариата с 1945 по 1948 г.

Карин Леманн, Издание источников по банковской истории

Юрген Кучинский, Мир Берлина с 1900 по 1914 г.

Райнхольд Цильх, Деньги, оружие и сырьё - струны войны

Райнхольд Цильх, Преемственность в буржуазном истолковании монополии

Герд Хеннигер, Бавария на пути к индустриализации

Рудольф Бертольд, Решение аграрного вопроса и развитие капитализма в сельском хозяйстве

Барбара Петцольд, Исследование отношения между духовенством и буржуазией в позднем средневековье

Айке Грингмут-Далльмер, Развитие поселений в болотистых и маршевых областях в период средневековья и раннего нового времени

Библиография литературы ГДР по экономической истории, 32-ой выпуск (Дитер Мюллер)

CONTENTS

Jürgen Kuczynski, The development of social structure and productivity since 1850

Teresa Małecka, Efforts to stabilize the Polish currency and US capital (1924 - 1927)

Lutz Werner, Thünen's economic-political conclusions from his main work "Der isolierte Staat"

On problems of the economic history of the Greek and Roman antiquity

Jan Pečírka, Two models of ancient Greek economy. "Modernism" and the interpretation of ancient history in the 19th and early 20th centuries

Peter Musiolek/Hagen Fischer, Recent literature on the social and economic history of the Greek and Roman antiquity

Jörg Roesler, On the problem of resettlement in the economic and social policy of the Socialist Unity Party of Germany (SED) between 1945 and 1949/50

Jaroslav Mlýnský, Research on the Czech proletariat between 1945 and 1948

Karin Lehmann, A publication of sources on the history of banking

Jürgen Kuczynski, The world of Berlin between 1900 and 1914

Reinhold Zilch, Money, arms, and raw materials - the sinews of war

Reinhold Zilch, The continuity in the bourgeois conception of monopolies

Gerd Henniger, Bavaria on the way towards industrialization

Rudolf Berthold, The solution of the agrarian question and the development of capitalism in agriculture

Barbara Pätzold, A study on the relations of the clergy and the bourgeoisie in the late Middle Ages

Eike-Gringmuth-Dallmer, The development of medieval and early modern settlements in fens and marshes

Bibliography of GDR publications on economic history, 32nd part (Dieter Müller)

CONTENU

Jürgen Kuczynski, Le développement de structure sociale et de productivité depuis 1850

Teresa Małecka, Tendances pour la stabilisation de la monnaie polonaise et le capital américain (de 1924 à 1927)

Lutz Werner, Les conclusions de politique économique de Thünen tirées de son oeuvre principale "L'Etat isolé"

Sur des problèmes de l'histoire économique de l'antiquité grecque et romaine

Jan Pečírka, Deux modèles de l'économie de la Grèce antique. Le "modernisme" dans l'interprétation de l'histoire de l'antiquité au 19e siècle et au début du 20e siècle

Peter Musiolek/Hagen Fischer, De la littérature plus récente sur l'histoire sociale et économique de l'antiquité grecque et romaine

Jörg Roesler, Sur le problème de déplacés dans la politique économique et sociale du Parti socialiste unifié d'Allemagne de 1945 à 1949/50

Jaroslav Mlýnský, Une recherche sur le prolétariat tchèque de 1945 à 1948

Karin Lehmann, Edition de sources sur l'histoire bancaire

Jürgen Kuczynski, La vie berlinoise de 1900 à 1914

Reinhold Zilch, L'argent, les armes et les matières premières - les axes de la guerre

Reinhold Zilch, Continuité dans la compréhension bourgeoise à l'égard du monopole

Gerd Henniger, La Bavière sur la voie de l'industrialisation

Rudolf Berthold, La solution de la question agraire et le développement du capitalisme dans l'agriculture

Barbara Pätzold, Une étude sur le rapport entre clergé et bourgeoisie au Moyen Age tardif

Eike Gringmuth-Dallmer, Le développement de la colonisation dans les régions marécageuses et les régions côtières basses au Moyen Age et au début des Temps modernes

Bibliographie de la littérature de l'histoire économique de la R. D. A., 32e fascicule (Dieter Müller)

SUMARIO

Jürgen Kuczynski, El desarrollo de la estructura social y la productividad desde hace 1850

Teresa Małecka, Empeños para la estabilización de la moneda polaca y el capital estadounidense (desde 1924 hasta 1927)

Lutz Werner, Conclusiones económico - políticas de la obra principal de Thünen "El Estado aislado"

Acerca de problemas de la historia económica de la antigüedad grecorromana

Jan Pečírka, Dos modelos de la economía griega antigua. El "modernismo" a la interpretación de la historia antigua en el siglo XIX y al comienzo del siglo XX

Peter Musiolek/Hagen Fischer, Literatura reciente acerca de la historia social y económica de la antigüedad grecorromana

Jörg Roesler, Acerca del problema de los trasladados en la política económica y social del PSUA desde hace 1945 hasta 1949/50

Jaroslav Mlýnský, Una disquisición sobre el proletariado checo desde hace 1945 hasta 1948

Karin Lehmann, Una edición de las fuentes acerca de la historia bancaria

Jürgen Kuczynski, Mundo berlinés desde hace 1900 hasta 1914

Reinhold Zilch, Dinero, armas y materias primas - los nervios de la guerra

Reinhold Zilch, Continuidad en el concepto burgués del monopolio

Gerd Henniger, Baviera en el camino de la industrialización

Rudolf Berthold, La solución de la cuestión agraria y la ralización del capitalismo en la agricultura

Barbara Pätzold, Un estadio tocante la relación del clero y la burguesía en la Edad media tardía

Eike Gringmuth-Dallmer, El desarrollo de asentamientos medievales y de la edad moderna temprana en terrenos pantanosos y en marismas

Bibliografía de literatura sobre historia económica de la RDA, suministro trigésimo segundo

In Vorbereitung für die nächsten Bände des Jahrbuchs:

A n d r e a s H e r s c h e l / K a r l N e e l s e n
Krisen und Strukturveränderungen in der Wirtschaft der imperialistischen Hauptländer seit den 70er Jahren (untersucht an der Entwicklung der Sachanlagen des konstanten fixen Kapitals)

G y ö r g y K ö v é r
Die Entwicklung des Banksystems in der österreichisch-ungarischen Monarchie

P e t e r F r a n k e
Struktur und soziale Beziehungen von Glasarbeitern im 19. Jh. Eine Untersuchung der Patenschaftsbeziehungen und Familienverbände in den Glashütten Neuglobsow und Pian zwischen 1804 und 1889

H e l g a S c h u l t z
Bewegung und Entwicklung - demographische Prozesse in Städten des Spätfeudalismus

W a l t e r B r a e u e r
Vauban, ein bedeutender Kritiker des Ancien Régime

J a n H á j e k / M i l a n H l a v a č k a
Neue Ergebnisse wirtschaftshistorischer Forschung in der Tschechoslowakei (Hospodářské dějiny. Economic History, Bd. 11 - 15)

J a n P e t e r s
Sozialgeschichtliche Wege zur Volkskultur. Eine Zwischenbilanz der historischen Lebensweiseforschung in der BRD (Kultur der einfachen Leute; Volkskultur)

J ü r g e n K u c z y n s k i
Versuch einer Gesellschaftsgeschichte (Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 1 u. 2)

J ö r g R o e s l e r
Die vernachlässigte Zone (Mathias Manz, Stagnation und Aufschwung in der französischen Besatzungszone 1945 - 1948)

G e r d H e n n i g e r
"Bayern kann kein Fabrikstaat sein" (Aufbruch ins Industriezeitalter, Bd. 1 - 4)

K u r t W e r n i c k e
Ein wertvolles Kompendium - trotz mancher unkritischen Quellenverwertung (Jürgen Bergmann, Wirtschaftskrise und Revolution)

B e r n d F l o r a t h
Geschichtsphilosophische Fragen zu frühen Gesellschaftsformationen (Marlene Njammasch, Untersuchung zur Genesis des Feudalismus in Indien = Gesellschaftsformation in Theorie und Geschichte; Eric L. Jones, The European Miracle)

H a g e n F i s c h e r
Eine Gratwanderung zwischen geschichtstreuer Darstellung der Antike und populärwissenschaftlicher Vereinfachung (Hermann Bengtson, Die Flavier)

H e r m a n n R o t h
VII. Kolloquium von Wirtschaftshistorikern der Ungarischen Volksrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik (26. bis 30. Mai 1987 in Balatonalmádi)

B u r g h a r d S c h m i d t
Zur Geschichte der sozialistischen Industrie der DDR (20. bis 22. Mai 1987 in Jena)

M a r t i n D u b e
Zur Geschichte der ökonomischen Forschung und Lehre in Berlin (1. Oktober 1987 in Berlin)

B e r n h a r d R i n k
Vergleich und Analogieschluß in den Altertumswissenschaften (3. bis 5. November 1987 in Heiligendamm)

Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte (Renate Günther)

Jahrbuch für WIRTSCHAFTS GESCHICHTE

Sonderband 1987

1987. ca. 350 Seiten - 17 cm × 24 cm - DDR 18,- M; Ausland 28.- DM

ISBN 3-05-000339-1

Bestell-Nr. 754 783 9

Bestellwort: Jb. Wirt-Gesch. 2103/87/S

Das Grundeigentum in Mesopotamien

Fachleute aus der DDR, Großbritannien, Kanada, der UdSSR, den USA und Berlin (West) stellen jeweils für ihr Spezialgebiet, eine Epoche in der Geschichte Mesopotamiens, die Agrarstruktur des Zweistromlandes dar. Unter Vermeidung soziologischer Schemata werden die konkreten Verhältnisse analysiert und dargelegt. Es sind Resultate einer weltweiten Diskussion, die erstmals in deutscher Sprache vorgelegt werden. Behandelt werden Materialien aus sechs Jahrtausenden. Sie lassen die Geschichte der Gesellschaft im Kernland Vorderasiens seit dem späten 4. Jahrtausend v. u. Z. bis zum Ausgang der Osmanenzeit in ihrer sozialen Grundlage, der Verfügung über das wichtigste Produktionsmittel, den Boden, verfolgen.

Deutlich wird, daß die Entwicklung in Vorderasien sich nicht mit der Geschichte des Grundeigentums in Europa gleichsetzen läßt, da sich sehr unterschiedliche Formen des Eigentums an Grund und Boden einander im Laufe der Jahrhunderte ablösen, bedingt durch Besonderheiten der sozialen Strukturen und der mehrfachen Veränderungen der Umwelt. Der Band ist für Historiker, Wirtschaftswissenschaftler und Lehrer unentbehrlich.

Bestellungen durch eine Buchhandlung erbeten.

AKADEMIE VERLAG BERLIN
Deutsche Demokratische Republik

DDR-1086 Berlin, Leipziger Straße 3-4 Postfach 1233

Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland von 1800 bis 1945 in drei Bänden

Band 2: Produktivkräfte in Deutschland 1870 bis 1917/18

Autorenkollektiv unter Leitung von Karl Lärmer

1985. 489 Seiten, 122 Tabellen, 15 Abbildungen, 13 Karten, 153 Fotos - 20,5 cm × 27,0 cm
Leinen 48,- M
Bestell-Nr: 754 213 0
Bestellwort: Produktivkraefte 6739/2

Die Erforschung der Produktivkräfte als ein Grundelement der Gesellschaftsentwicklung ist ein wichtiger Auftrag der Geschichtswissenschaft. Obwohl Aspekte der Produktivkraftentwicklung in allgemeinen historischen und wirtschaftshistorischen Untersuchungen sowie in der Technikgeschichte eine Rolle spielen, gibt es bisher keine alle Seiten umfassende Darstellung der Entwicklung eines Landes in einer Epoche.

Diese Lücke wird nun mit der „Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland von 1800 bis 1945 in drei Bänden" geschlossen. Wissenschaftler mehrerer Forschungseinrichtungen in der DDR stellen darin das Gesamtsystem der Produktivkräfte in seinen Wechselwirkungen mit Ökonomie und Politik dar. Besonderes Gewicht wurde im vorliegenden Band (1870 bis 1917/18) auf die Entwicklung in Industrie und Landwirtschaft gelegt. Aber auch das Transport- und Nachrichtenwesen, die Beziehungen zwischen Produktivkräften und Standorten, der Beitrag der Wissenschaften werden dokumentiert. Kapital über die Veränderungen der Arbeitskräfte-, Berufs- und Bevölkerungsstrukturen und des Ausbildungswesens rücken die Hauptproduktivkraft Mensch in den Mittelpunkt der Darstellung. Bedeutende technische Errungenschaften, Fortschritte der Arbeitsorganisation und der Produktion werden mit ihren sozialen Folgen verknüpft, der Mißbrauch der Produktivkräfte als Destruktivkräfte — im ersten Weltkrieg auf die Spitze getrieben — erfährt eine gründliche Analyse.

In einem einleitenden Überblick werden allgemeine Bedingungen und Tendenzen beschrieben sowie theoretische Probleme des Forschungsfeldes „Produktivkraft" behandelt.

In Vorbereitung:
Band 3: Produktivkräfte in Deutschland 1917/18 bis 1945 (erscheint 1987)
Band 1: Produktivkräfte in Deutschland 1800 bis 1870 (erscheint 1988)

Bestellungen durch eine Buchhandlung erbeten.

AKADEMIE VERLAG BERLIN
Deutsche Demokratische Republik
DDR-1086 Berlin, Leipziger Straße 3-4 Postfach 1233